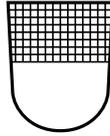


Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates des Kantons Freiburg

Jahr 2006



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Direktion für Erziehung,
Kultur und Sport

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil	17
1. Gesetzgebung	5	5. Primarschule Deutschfreiburg	19
2. Allgemeines	5	6. Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil	20
3. Interkantonale Direktorinnen- und Direktorenkonferenzen	6	7. Orientierungsschule Deutschfreiburg ...	21
		8. Sonderschulunterricht und Schuldienste .	22
		9. Schüleraustausch	25
I. Generalsekretariat	7		
1. Allgemeines	7	V. Sekundarstufe II	25
2. Streitsachen im Schulbereich	7	1. Allgemeines	25
3. Interkantonale Zusammenarbeit	7	2. Kollegium St. Michael	27
		3. Kollegium Heilig Kreuz	30
II. Amt für Ressourcen	9	4. Kollegium Gambach	31
1. Allgemeines	9	5. Kollegium des Südens	33
2. Personal	9	6. Kantonale Diplommittelschule (KDMS) .	35
3. Schulbauten	9	7. Interkantonales Gymnasium der Region Broye	36
4. Schülertransporte	10		
5. Kostenverteilung bei der obligatorischen Schule	10	VI. Amt für Universitätsfragen	38
6. Regionales Schulabkommen	10	1. Universitätspolitik	38
		2. Lehrerbildung	38
III. Kantonale Lehrmittelverwaltung ..	10	3. Fachhochschule	39
1. Allgemeines	10		
2. Tätigkeit	11	VII. Universität	40
3. Aufsichtskommission	11	1. Studierende	40
4. Personal	11	2. Zentrale Organe	40
5. Gegen aussen	11	3. Professuren	40
		4. Studienorganisation	41
IV. Ämter für obligatorischen Unterricht	13	5. Finanzen	41
1. Allgemeines	13	6. Bauten und Räumlichkeiten	41
2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil	15	7. Bedeutende Ereignisse	41
3. Kindergarten Deutschfreiburg	16		

VIII. Pädagogische Hochschule (PH) ...	42	XIII. Amt für Sport	54
1. Allgemeines	42	1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung	54
2. Sektor «Grundausbildung»	42	2. Sporterziehung (Schule)	54
3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»	43	3. Jugend + Sport	54
4. Fachstelle Fri-Tic	44	4. Sport-Toto	55
IX. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule	45	XIV. Amt für Kultur	56
1. Organe	45	1. Kulturförderung	56
2. Programme	45	2. Staatsarchiv	58
3. Studiengang FH	45	3. Kantons- und Universitätsbibliothek ..	60
4. HES-SO Freiburg: Zusammenarbeit und Qualität	47	4. Konservatorium	67
5. Technische Operationsassistentz (TOA)	47	5. Museum für Kunst und Geschichte ...	70
6. Pflegeassistentz	47	6. Naturhistorisches Museum	72
7. Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe) ..	47	7. Schloss Greyerz	73
8. Praxisausbildungsorte – Praktika	47	8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont	74
9. Personal	47	9. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle ..	74
10. Veranstaltungen an der HEdS-FR und Kommunikation	47	10. Römisches Museum Vallon	75
X. Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit	48	XV. Amt für Archäologie	76
1. Direktionsrat	48	1. Allgemeines	76
2. Grundausbildung	48	2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen ..	76
3. Weitere Aufgaben der FH	49	3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen	76
4. Personal	50	4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter	77
5. Veranstaltungen der FHF-SA und Kommunikation	50	5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt	77
 		6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar ..	77
XI. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung	51	7. Weitere Tätigkeiten	79
1. Berufsberatung	51	 	
2. Erwachsenenbildung	52	XVI. Amt für Kulturgüter	81
 		1. Verzeichnis der Kulturgüter	81
XII. Ausbildungsbeiträge	53	2. Schutzmassnahmen	81
1. Kommission für Ausbildungsbeiträge ..	53	3. Erhaltung und Restaurierung	81
2. Stipendien	53	4. Dokumentation der Kulturgüter	82
3. Ausbildungsdarlehen	53	5. Publikationen und Öffentlich- keitsarbeit	82
 		6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall	82
		7. Kommissionen	82

Direktion

1. Gesetzgebung

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 9. Mai 2006 über ein Baurecht und einen Beitrag an den Bau der Sportanlagen St. Leonhard in Freiburg.

Dekret vom 15. Mai 2006 zur Genehmigung der Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen.

Gesetz vom 15. Mai 2006 zur Änderung des Gesetzes über die kulturellen Angelegenheiten.

Dekret vom 3. Oktober 2006 zur Änderung des Dekrets über ein Globalkonzept für die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht an allen Schulstufen.

1.2 Verordnungen, Beschlüsse und Reglemente

Verordnung vom 13. März 2006 über die Aufnahme zur Grundausbildung der Pädagogischen Hochschule Freiburg.

Verordnung vom 13. März 2006 über die Aufnahmebeschränkung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg für das Schuljahr 2006/07.

Verordnung vom 13. März 2006 über die Aufnahmekapazität der Sektion Human- und Zahnmedizin und die Einführung des Eignungstests für das Medizinstudium an der Universität Freiburg im akademischen Jahr 2006/07.

Verordnung vom 23. Mai 2006 zur Genehmigung des Reglements über die Zulassung an die Universität Freiburg.

Verordnung vom 27. Juni 2006 über die Entschädigung der Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Direktion der Orientierungsschulen.

Reglement vom 4. Juli 2006 über die Beiträge an Kindergarten-, Primar- und Orientierungsschulbauten.

Verordnung vom 22. August 2006 zur Änderung der Verordnung über die Einschreibe- und Kursgebühren für die Grundausbildung und den Vorkurs an der Pädagogischen Hochschule.

Reglement vom 22. August über die kaufmännische Berufsmaturität.

Verordnung vom 19. September 2006 über die Verleihung eines Bachelor of Arts in Music durch die Musikhochschule des Konservatoriums.

Verordnung vom 19. September 2006 zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung zur Pflegefachfrau FH / zum Pflegefachmann FH an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 19. September 2006 über die Bachelor-Ausbildung in Pflege an der Hochschule für Gesundheit Freiburg.

Verordnung vom 2. Oktober 2006 über die Einschreibe- und Studiengebühren für die Grundausbildung an der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit.

Verordnung vom 5. Dezember 2006 zur Änderung des Beschlusses über die Verkehrserziehung in der Schule.

2. Allgemeines

Schweizweit war das Jahr 2006 geprägt von einer beschleunigten Verstärkung der interkantonalen Koordination der Schulpolitik. Dieser Grundbewegung kann sich auch der Kanton Freiburg nicht entziehen. Er muss wichtige Punkte seiner Schulgesetzgebung anpassen. Weitere Projekte sind im Schulbereich vorangekommen. Dazu gehören die Eröffnung der ersten Anschlussklassen und die Einweihung der definitiven Räumlichkeiten für das französischsprachige Inspektorat Nord; in den folgenden Kapiteln werden viele neue Elemente erläutert. Im Kulturbereich sei insbesondere auf die positive Zwischenbilanz der Schaffenspartnerschaften und die Einweihung der neuen Räumlichkeiten des Konservatoriums hingewiesen. Im Bereich des Sports haben EKSD und RUBD das Beitragsdossier des geplanten Sportkomplexes St. Leonhard realisiert.

2.1 Verstärkung der interkantonalen Koordination

Am 21. Mai 2006 haben Volk und Stände mit grosser Mehrheit der Revision der Bildungsartikel der Bundesverfassung zugestimmt. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist daraufhin zum Verfassungsgrundsatz geworden, wodurch Qualität und Durchlässigkeit des Bildungssystem sichergestellt werden sollen; die Harmonisierung einzelner Parameter wird zur Pflicht, und der gesamte Hochschulbereich muss von Bund und Kantonen gemeinsam gesteuert werden.

Im Bereich obligatorische Schule müssen die Kantone das Bildungswesen, das Schuleintrittsalter, Dauer und Ziele der Unterrichtsstufen und den Übertritt von einer Stufe zur nächsten sowie die Anerkennung der Diplome harmonisieren. Tun sie es nicht, übt der Bund an ihrer Stelle die gesetzgebende Gewalt aus. In Vorwegnahme der Volksabstimmung vom 21. Mai und um den Bürgerinnen und Bürger ein konkretes Beispiel dafür, was interkantonale Harmonisierung bedeuten kann, zu liefern, hat die EDK am 16. Februar den Entwurf für ein interkantonales Konkordat über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) in die Vernehmlassung gegeben. Gleichzeitig hat die CIIP den Entwurf einer Westschweizer Schulvereinbarung in Vernehmlassung gegeben, der vor dem Hintergrund von HarmoS auf Ebene der Sprachregion zu sehen ist. Die Kantonsregierungen wurden aufgefordert,

bis zum 30. November 2006 zu diesen beiden Vorlagen Stellung zu nehmen. Im Kanton Freiburg führte die EKSD eine Vernehmlassung bei den Direktionen, den Parteien und den betroffenen Organisationen nach der üblichen kantonalen Vernehmlassungspraxis durch. Der Staatsrat legte dem Grossen Rat die beiden Dokumente zusammen mit dem Bericht Nr. 255 vom 4. April 2006 gleichzeitig vor. Die Regierung lud das Parlament ein, eine interparlamentarische Kommission einzusetzen und in Anwendung der Vereinbarung über die Vereinbarungen die sieben Vertreterinnen und Vertreter zu ernennen. Nach Ablauf dieser beiden internen Vernehmlassungen hat der Staatsrat der EDK und der CIIP seine Stellungnahmen am 21. November 2006 zukommen lassen und den Vernehmlassungsbericht beifügt. Diese Unterlagen wurden auch an die Medien verteilt und via Internet verbreitet.

In Bezug auf die Bereitstellung von Indikatoren für die Steuerung und das Qualitätsmanagement des Bildungsraums Schweiz konnte die EDK im Dezember 2006, nach mehrjähriger Erarbeitung eines Monitoring-Konzepts, einen ersten Monitoring-Bericht, den «Bildungsbericht Schweiz», publizieren lassen.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass die Kantone ebenfalls ihre Praxis bezüglich Sonderpädagogik zu harmonisieren haben, umso mehr, als der Bund mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) den Kantonen die Gesamtheit der Aufgaben betreffend den Sonderschulunterricht übergibt. Um diese Notwendigkeit zu erfüllen, hat die EDK den Entwurf einer interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik in Vernehmlassung gegeben. Für den Kanton Freiburg wurde eine Vernehmlassung durchgeführt, und der Staatsrat konnte der EDK seine Bemerkungen in der ersten Sitzung des Jahres 2007 vorlegen. Die Reform der Organisation der Sonderpädagogik wird im Kanton Freiburg eine grössere Sache sein, weil es auch darum geht, die Zuständigkeit für diesen Bereich von der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) zur EDK zu verschieben. Wegen des Rückzugs der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) vom Sonderschulunterricht wird die Unterscheidung zwischen IV-Bereich (Sonderschulunterricht) und Nicht-IV-Bereich (Schuldienste) aufgehoben. Es sei erwähnt, dass Sonderpädagogik und Schuldienste zum gleichen Bereich der Unterstützungsmassnahmen für Kinder mit Lernschwierigkeiten gehören. Somit braucht es einen umfassenden Dienst für die Kinder mit Lernschwierigkeiten mit einer guten Systemsteuerung. Eine Arbeitsgruppe untersucht die Auswirkungen aller dieser Änderungen und bereitet Vorschläge zu ihrer Bewältigung vor.

2.2 Revision des Schulgesetzes und des Schulreglements

Die Einzelheiten der laufenden Schulgesetzes- und Schulreglementsrevision sind im Bericht Nr. 176 des Staatsrates an den Grossen Rat enthalten, von dem letzterer am 2. Februar 2005 Kenntnis genommen hat. Während des Jahres 2006 hat die Direktion die Vorarbeiten zum Vorentwurf des Schulgesetzes und des Schulreglements weitergeführt. Zu diesem Zweck fanden zahlreiche Sitzungen statt, an denen

die Direktorin der EKSD, deren Generalsekretär und die zwei juristischen Berater sowie die Vorsteher der Ämter für obligatorischen Unterricht und ihre Stellvertreter teilgenommen haben. In der Gesetzgebung werden vielfältige und komplexe Bereiche behandelt, wobei Arbeitsgruppen sich mit spezifischen Unterprojekten befassen. Paradoxiertweise hat die erwähnte Beschleunigung bei der interkantonalen Zusammenarbeit die Revisionsarbeiten des freiburgischen Schulgesetzes verlangsamt. Aufgrund des vorgegebenen Datums für die eidgenössische Abstimmung wurden die Entwürfe von EDK und CIIP für interkantonale Vereinbarungen früher als ursprünglich angegeben in die Vernehmlassung gegeben, so dass nicht mehr genügend Zeit blieb, den Vorentwurf des Schulgesetzes und das entsprechende Reglement vor der Verabschiedung der endgültigen Versionen der beiden Vereinbarungen abzuschliessen. Diese werden im Laufe des Jahres 2007 festgelegt, und zu diesem Zeitpunkt können die freiburgischen Vorentwürfe im Hinblick auf das Vernehmlassungsverfahren angepasst werden. Für das zweite Kindergartenjahr, das im Prinzip nicht mehr bestritten wird und wozu Planungsarbeiten für die Gemeindebehörden erforderlich sind, ist eine schnellere Festlegung der gesetzlichen Grundlagen vorgesehen, damit die Gemeinden, die dies wünschen, diese Massnahme im Herbst 2008 in Kraft setzen können.

3. Interkantonale Direktorinnen- und Direktorenkonferenzen

Die EKS-Direktorin nimmt aktiv an den interkantonalen Konferenzen teil, die in den Bereichen Erziehung, Kultur und Sport arbeiten. Bereiche der Zusammenarbeit, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (insbesondere Interkantonales Gymnasium der Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Universitätskonferenz, Conférence universitaire de Suisse occidentale, Strategieausschuss HES-SO) werden im Folgenden in den Kapiteln der betreffenden Ämter behandelt; die drei folgenden Konferenzen sind jedoch umfassender und werden deshalb hier, im Kapitel der Direktion, ausführlich dargestellt.

3.1 Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Im Jahr 2005 ist die EDK dreimal zu einer ordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten. Sie hat insbesondere die folgenden Themen und Projekte behandelt: Entwurf der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat), HarmoS-Bildungsstandards, Revision der Bildungsartikel der Bundesverfassung (Volksabstimmung vom 21. Mai 2006), NFA und Sonderschulung, Masterplan Fachhochschulen 2008–2011, Botschaft des Bundesrates zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft), Optimierung des Übergangs obligatorische Schule – Sekundarstufe II, Gründung des Dienstleistungszentrums Berufsbildung – Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (DBB), Bildungsmonitoring Schweiz, erster Bericht dazu und sowie verschiedene Dossiers, die die Berufsbildung betreffen und in den Zuständigkeitsbereich

der VWD, nicht der EKSD fallen. Für mehr Details sei auf den Geschäftsbericht der Konferenz verwiesen.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der EDK. Am 9. März 2006 wurde sie zur Präsidentin der Konferenz gewählt und hat dieses Amt am 1. Juli angetreten. Der Vorstand der Konferenz ist vier Mal zusammengetreten und hat auch eine Reihe von Entscheidungen auf dem Zirkularweg getroffen.

3.2 Regionale Erziehungsdirektorenkonferenz Westschweiz/Tessin (CIIP)

Im Jahre 2006 hat die CIIP sich fünf Mal versammelt. Sie hat sich insbesondere mit den folgenden Geschäften und Projekten befasst: Westschweizer Schulvereinbarung, Auswirkungen dieser Vereinbarung auf die Organisation der CIIP, Referententests und Profile der Westschweizer Kompetenzen, Politik des Französischunterrichts (Erstsprache), Begleitdispositiv des Mathematikunterrichts, Europäisches Sprachenportfolio. Für mehr Details sei auf den Tätigkeitsbericht der Konferenz verwiesen. Im Übrigen hält die CIIP seit September 2004 auch teilweise als Politischer Rat der Conférence universitaire de Suisse occidentale (CUSO) Sitzungen ab. Der Kanton Freiburg hat die Jahresversammlung vom 8. und 9. Juni in Charmey durchgeführt

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der CIIP und war bis zum Antritt ihres Amtes als EDK-Präsidentin Vize-Präsidentin dieser Konferenz.

3.3 Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK)

Im Jahr 2006 hat die NW EDK insbesondere die folgenden Gegenstände und Projekte behandelt: externe Evaluation der Schulen der Sekundarstufe II, Netzwerk «Sprachförderung in mehrsprachigen Schulen», Kooperation der Kantone BL, BS, BE, FR, SO für Französisch als erste Fremdsprache und Englisch als zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse, Entwicklung von Instrumenten für die Evaluation der Fremdsprachkompetenzen, Grundlagenprojekt Deutschschweizer Lehrplan, Leistungsmessungen an der Volksschule. Für mehr Details sei auf den Geschäftsbericht der Konferenz verwiesen. Für Themen, die die gesamte Deutschschweiz betreffen, kommen die drei deutschsprachigen Konferenzen in der D-EDK zusammen.

Die EKS-Direktorin ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK.

sche Beratung und Regelung von Streitfällen, Finanzen und Ausrüstung sowie die operationelle Unterstützung der EKS-Direktorin, was das Direktionssekretariat und die Übersetzung umfasst. In diesem Rahmen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Generalsekretariats ihre Stabsdienstaufgaben im Laufe des Jahres 2006 für die EKS-Direktorin erfüllt und sich mit schriftlichen Dokumenten, Gesetzes- und Reglementsentwürfen, der Teilnahme an Projekten und Sitzungen (in ständiger Form im Vorsitz der Konferenz der Ämter für Unterricht, Steuerung der Voranschlags- und Buchhaltungsverfahren, Arbeitsgruppe für die Anerkennung der Lehrdiplome) und Referaten zu verschiedenen Themen (juristische Aspekte des Lehrerberufs, Berufsverantwortung des Lehrkörpers und der Schulkader, Rolle und Kompetenzen der Schulkommissionen, Grundsätze der öffentlichen Verwaltung im Unterrichtswesen, Bildungspolitik, interkantonale Zusammenarbeit) an der Arbeit der administrativen Einheiten beteiligt. 2006 war das Generalsekretariat besonders befasst mit: der Revision des Schulgesetzes und von dessen Ausführungsreglement, dem Gesetz über die Ausbildungsbeiträge, dem Gesetz über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, dem Gesetz über die Lehrmittelverwaltung, den Stellungnahmen zu den Vernehmlassungen der EDK über die Vorlage eines interkantonalen Konkordats über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, die Vorlage eines interkantonalen Konkordats über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik sowie die Vernehmlassung der CIIP über die Vorlage eines Westschweizer Schulkonkordats, der Reorganisation des Sonderschulunterrichts und der Schuldienste sowie der Organisation von Tagen der offenen Tür, die im April 2007 stattfinden werden. Es wurde zudem mit der Steuerung der Arbeitsgruppe beauftragt, die eine Vereinbarung über die Organisation des Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule auszuarbeiten hat, sowie der Steuerung der Arbeitsgruppe, die Sicherheitsmassnahmen für das Staatpersonal im Unterrichtswesen auszuarbeiten hat; ein Bericht wurde von Letzterem am 7. Juni 2006 genehmigt und der Direktion am 27. Juli übermittelt. Eine Zusammenarbeit mit anderen Direktionen hat insbesondere in den folgenden Bereichen stattgefunden: Beteiligung am Steuerungsausschuss der Reform des interkommunalen Finanzausgleichs, am Steuerungsausschuss der NFA, an der Kommission, die mit einem Gesetzesvorentwurf über die Information der Öffentlichkeit befasst ist, an der Subventionskommission, an der Controlling-Gruppe FLA, an der Planung der Umsetzung der neuen Verfassung, an der Kommission FRI-INFO, an der kantonalen Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen und an der Gruppe der Kontaktpersonen für Datenschutz.

I. Generalsekretariat

1. Allgemeines

Die vier hauptsächlichen Aufgaben des Generalsekretariats der EKSD umfassen strategische Unterstützung für die EKS-Direktorin, was Kommunikation, Koordination und Controlling der EKSD-Aktivitäten einschliesst, juristi-

2. Streitsachen im Schulbereich

Was die Streitsachen im schulischen Bereich (Beschwerden gegen Entscheide der Inspektorinnen und Inspektoren, der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren oder der Maturitätsprüfungskommissionen, für die die Direktion hierarchische Beschwerdebehörde ist) anbelangt, sind 2006 bei der Direktion 21 Beschwerden eingegangen

(16 betrafen den französischsprachigen und 5 den deutschsprachigen Unterricht). 1 wurde als unzulässig, 5 als gegenstandslos erklärt, 1 wurde gutgeheissen, und 14 wurden abgewiesen.

Die weiteren Streitsachenbereiche betreffen Entscheide in den Bereichen Personal, Kultur und Sport.

3. Interkantonale Zusammenarbeit

Der Generalsekretär der EKSD bereitet die Dossiers der EKS-Direktorin für ihre verschiedenen Sitzungen im Rahmen der EDK und der CIIP vor. Zudem hat er die Aufgabe, die Direktion in bestimmten Themenbereichen zu vertreten.

3.1 Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Konferenz der Generalsekretäre (4 Sitzungen im Jahr 2006) und der Kommission der Generalsekretäre und dessen Finanzausschuss (5 Sitzungen). Er ist Vizepräsident der Kommission für die Anerkennung der Hochschuldiplome für Kindergarten-

und Primarlehrpersonen (5 Plenarsitzungen, Vorsitz einer Expertengruppe anlässlich einer zweitägigen Expertentätigkeit, 1 Sitzung mit einer PH-Leitung). Schliesslich hat er die Bildungs- und Kultursysteme der Kantone BE, JU, NE und FR am Kurs zur Erlangung des Interkantonalen Fachausweises für Kaderleute der Gemeindeverwaltung vorgestellt.

3.2 Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP)

Der Generalsekretär ist Mitglied der Generalsekretärenkonferenz (8 Sitzungen im Jahr 2006) und des Konferenzbüros (4 Sitzungen). Der Kanton Freiburg hat am 28. und 29. September die Plenarversammlung der Generalsekretäre und Vorsteher der Ämter für obligatorischen Unterricht, der allgemein bildenden Sekundarstufe II und der Berufsbildung bei sich aufgenommen.

3.3 Netzwerk des Bundesamts für Statistik (BFS) der Kontaktpersonen für die Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben

Der Generalsekretär muss punktuell Fragen des BFS zur Statistik der öffentlichen Bildungsausgaben beantworten.

II. Amt für Ressourcen

1. Allgemeines

Nachdem der Schwerpunkt bei den Funktionsbeschreibungen des gesamten Lehrkörpers, der von der EKSD abhängt, gelegen hat, konzentrierten sich die Bemühungen in diesem Jahr auf das Verfassen der Pflichtenhefte des Verwaltungspersonals. Mehrere Ämter haben die Unterlagen über ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktualisiert. Die Aufgaben der Direktorinnen und Direktoren der Orientierungsschule und ihrer Adjunktinnen und Adjunkten, deren Funktion somit offizielle anerkannt wird, wurden neu festgelegt.

2. Personal

Das Amt verwaltete die Dossiers folgender Anzahl Lehrerinnen und Lehrer (Schulbeginn 2006):

2.1 Lehrpersonen nach Stufen

	Anzahl Personen	Vollzeit- äquivalente
Kindergarten	363	226
Primarschule	1 846	1 267
Orientierungsschule	1 210	846
Sekundarstufe II	525	367
Pädagogische Hochschule	108	55
Krankenpflegeschule *	63	48
Total	4 138	2 809

* Ein Lehrgang der Schule ging zu Schulbeginn 2006 an die Volkswirtschaftsdirektion über.

2.2 Lehrpersonen nach Sprache und Geschlecht

	französischsprachig		deutschsprachig		% Frauen
	M	F	M	F	
Kindergarten	0	246	0	117	100 %
Primarschule	245	1067	87	447	82 %
Orientierungsschule	388	442	183	197	53 %
Sekundarstufe II	223	159	73	70	44 %

2.3 Beschäftigungssituation

Ende Schuljahr 2005/06 gab es 11 Rücktritte beim Kindergarten, 65 (davon 23 aus Altersgründen) bei der Primarschule, 69 (davon 29 aus Altersgründen) bei der Orientierungsschule, 22 (davon 12 aus Altersgründen) bei der Sekundarstufe II.

Beim Kindergarten und bei der Primarschule wurden über 160 Lehrerstellen ausgeschrieben (119 im französischsprachigen Kantonsteil und 47 in Deutschfreiburg), rund ein Viertel davon volle Pensen. Alle Stellen konnten besetzt werden. Rund vierzig Stellen wurden an neue PH-Diplomierete vergeben. Es war sehr schwierig, ausgebildetes Lehrpersonal für die Klein- und Werkklassen und den heilpädagogischen Stützunterricht zu finden.

In der Orientierungsschule wurden 88 Stellen ausgeschrieben (53 im französischsprachigen Kantonsteil und 35 in

Deutschfreiburg), etwa ein Viertel davon volle Pensen. Es gab mehr Bewerberinnen und Bewerber mit anerkanntem Diplom als in den Vorjahren. Bei bestimmten Fächern, insbesondere Deutsch als Fremdsprache, Musikerziehung und Technisches Gestalten, war es schwierig, die Stellen zu besetzen. Für diese Bereiche mussten Studierende im letzten Ausbildungsjahr und Personen, die wohl über höhere Diplome, jedoch nicht über eine pädagogische Ausbildung verfügen, angestellt werden.

Mehrere erfahrene Primarlehrer/innen unterrichten in den Klein- und Werkklassen und in den Realklassen der OS. Sie absolvieren nebenher am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg eine Zusatzausbildung.

Auf Sekundarstufe II wurden 19 Stellen ausgeschrieben, davon 6 volle Pensen. Die Lehrpersonen mit einem Pensum von mehr als 50 % verfügen praktisch alle über die erforderlichen Ausweise. Die Lehrpersonen, die ihre pädagogische Ausbildung noch nicht abgeschlossen haben, wurden nur für ein Jahr angestellt.

Zum Schulbeginn 2006/07 wurden über 1200 Arbeitsverträge erstellt, dabei ging es um Neuanstellungen, um Anstellungsverlängerungen und Stellenwechsel beziehungsweise Änderung des Beschäftigungsgrads.

40 Lehrpersonen wurden mit befristetem oder unbefristetem Vertrag am Kindergarten angestellt, davon 11 mit einem vollen Pensum, 215 in der Primarschule, davon 48 mit vollem Pensum, 175 an der Orientierungsschule, davon 21 mit vollem Pensum, und 59 in der Sekundarstufe II, davon 5 mit vollem Pensum.

3. Schulbauten

3.1 Reglement über die Beitragsleistung an Kindergarten-, Primarschul- und Orientierungsschulbauten

In seiner Sitzung vom 4. Juli 2006 hat der Staatsrat ein neues Reglement über die Schulbauten verabschiedet, das rückwirkend auf den 1. Juli 2006 in Kraft gesetzt wurde.

3.2 Auf Primarstufe

Die Kommission für Schulbauten hat 5 Sitzungen abgehalten und dabei 16 Dossiers behandelt.

Schulhausneu- und -umbauten wurden abgeschlossen oder werden noch ausgeführt in den Gemeinden Cottens, Cressier, Le Glèbe, Kerzers, Montet (Glane), Rossens, Treyvaux und Vuisternens-devant-Romont.

Die Gemeinden Corserey, La Brillaz, Domdidier, Kerzers, Sviriez, Treyvaux und Vuadens prüfen den Umbau und die Erweiterung ihrer Schule.

Sporthallen wurden in den Gemeinden Le Glèbe und Ursy eingeweiht.

Der Staat hat 2 249 985 Franken für die Beitragsleistung an Schulbauten auf Primarstufe bezahlt.

3.3 Orientierungsschule

Der Bau der OS Saane West kommt gut voran. Der Neubau sollte die Schülerinnen und Schüler zum nächsten Schuljahrbeginn aufnehmen können.

Die OS-Verband Broye plant die Erweiterung der OS Estavayer-le-Lac und Domdidier, um der Zunahme der Schülerinnen und Schüler gewachsen zu sein. Während des Jahres wurden Architekturwettbewerbe lanciert. Der Preisträger des Wettbewerbs für Domdidier ist bekannt. In Estavayer-le-Lac ist das Verfahren noch im Gange.

Die Gemeinde Estavayer-le-Lac hat in Zusammenarbeit mit dem OS-Verband Broye für den Bau einer Dreifachsporthalle einen Wettbewerb lanciert.

Die Gemeinde Châtel-St-Denis und der Gemeindeverband Vivisbach möchten ebenfalls einen Dreifachsporthalle bauen. Sie haben einen Architekturwettbewerb durchgeführt, dessen Ergebnis im Juli bekannt gegeben wurde.

Die Umbau- und Erweiterungsarbeiten der OS Wünnewil-Flamatt wurden fortgesetzt. Das erste Gebäude wurde Ende Jahr in Betrieb genommen.

Der Staat hat 8 143 290 Franken Beiträge an die Investition geleistet, davon sind 3 983 341 Franken für eine Provision und 160 430 Franken für die Miete.

4. Schülertransporte

Alle Voranschläge der Schülertransporte für das Schuljahr 2006/07 wurden überprüft und genehmigt. Jede Erhöhung gegenüber dem Vorjahr musste gerechtfertigt werden.

Die von den Transportunternehmen vorgelegten Rechnungen 2005/06 wurden überprüft und die Restbeträge ausbezahlt. Insgesamt belaufen sich die Kosten auf rund 335 000 Franken beim Kindergarten, 4 579 000 Franken bei der Primarschule und 1 049 000 Franken bei der Orientierungsschule.

Das Amt für Ressourcen prüft in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr und Energie ein neues System mit einer Pauschalbeteiligung des Kantons. Die Schlussfolgerungen dieser Untersuchung werden im Rahmen der Schulgesetzrevision wieder aufgenommen.

5. Kostenverteilung bei der obligatorischen Schule

Das Finanzinspektorat hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gemeinden die interkommunale Aufteilung der Kindergarten- und Primarschulskosten 2005 geprüft. Bei dieser Überprüfung stellte sich heraus, dass die Abrechnung 2005 korrekt war. Die Voranschläge 2007 berücksichtigen die neue Klassifikation der Gemeinden sowie die neue Besoldungsklasse für Primarlehrpersonen und Kindergärtnerinnen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des EVALFRI-Berichts. Die Begleitgruppe für den gemeinsamen Topf, die sich aus Vertretern der Gemeinden, des ITA und der EKSD zusammensetzt, wird die Rech-

nung 2005 und den Voranschlag 2007 Anfang Januar 2007 prüfen. Für das Jahr 2006 zeigt der Ende Dezember 2006 ausgeführte 13. Durchgang, dass die durchschnittlichen Kosten pro Klasse 106 290 Franken für den Kindergarten und 135 691 Franken für die Primarschule betragen. Sechs Gemeinden kamen beim Kindergarten und sechs Gemeinden bei der Primarschule in den Genuss des Korrekturkoeffizienten.

6. Regionales Schulabkommen

Im Regionalen Schulabkommen (RSA 2000) der Kantone der Nordwestschweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz NW EDK (Aargau, Baselland, Baselstadt, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich) konnte die geplante Gesamtrevision nicht fortgesetzt werden. Die Gesamtrevision hätte zum Ziel, nur noch jene Fälle zu regeln, die nicht durch andere interkantonale Abkommen geregelt sind. Weil sich das Abkommen für die höheren Fachschulen verzögert, kann die Gesamtrevision nicht vorangetrieben werden.

In diesem Jahr wurden für 190 (171) Schülerinnen und Schüler und Studierende 3 696 802 Franken Schulgelder bezahlt. Der Anteil an Freiburger Studierenden, welche in einem anderen Kanton eine Fachhochschule besuchen, hat von 63 auf 81 Studentinnen und Studenten zugenommen. Die Zunahme erklärt sich durch die rückwirkende Fachhochschulankennung der PH Bern, an der 41 Freiburgerinnen und Freiburger Studierende eine Lehrerinnen- und Lehrerausbildung absolvieren. Diese unerwartet hohe Anzahl erforderte einen Nachtragskredit, um die Mehrausgaben decken zu können.

Der Kanton hat für die Aufnahme von 146 (148) ausserkantonalen Schülerinnen und Schülern (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule und Fachmittelschule) 1 638 261 Franken erhalten. 135 (132) dieser Ausserkantonalen kommen aus dem Kanton Bern.

III. Kantonale Lehrmittelverwaltung

1. Allgemeines

Die EKSD hat bei den betroffenen Kreisen einen Vorentwurf des Gesetzes über die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLV) in Vernehmlassung gegeben, das der KLV den Status einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit verleiht. Der Entwurf wurde nach dem Muster des Gesetzes für das Strassenverkehrs- und Schifffahrtsamt erstellt, einer Einheit, die ebenfalls Aufgaben von öffentlichem Interesse erfüllt und gleichzeitig eine kommerzielle Tätigkeit ausübt. Der Grosse Rat wird 2007 damit befasst.

2. Tätigkeit

In Erfüllung ihres Mandats belieferte die KLV alle obligatorischen Schulen des Kantons mit den für den reibungslosen Betrieb erforderlichen Lehrmittel und Schulmaterialien. Ihre Tätigkeit lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- 20 650 Verkäufe, davon 15 160 im Laden;
- rund 8000 verwaltete Artikel;
- Umsatz: 6,6 Millionen Franken;
- mehr als 600 Tonnen behandelte Waren: Eingang, Lagerung, Kommissionierung und Versand;
- Nachdruck/Herstellung von 68 freiburgischen Lehrmitteln für den Betrag von 408 360 Franken durch das kantonale Druckgewerbe;
- die KLV besorgte im Kanton Freiburg in Zusammenarbeit mit der Commission du Centre de réalisation des ouvrages romands (CCR-OR) im Auftrag der Conférence intercantonale de l'instruction publique de la Suisse romande et du Tessin (CIIP) den Nachdruck/die Herstellung von vier Westschweizer Lehrmitteln für einen Gesamtbetrag von 115 930 Franken. Bei der CIIP kaufte die KLV Westschweizer Lehrmittel für 456 330 Franken;
- mit dem Amt für französischsprachigen obligatorischen Unterricht, Primarstufe, nahm die KLV an der Erarbeitung und Herstellung des neuen Zeugnisses für einige Primarschulen teil, die im Schuljahr 2006/07 einem Test unterzogen werden;
- in enger Zusammenarbeit mit der EKSD gab das KLV im Frühling 2006 das deutschsprachige Geschichtslehrmittel «Freiburger Geschichte(n), eine Reise durch die Zeit, Band 1: Urgeschichte, Kelten, Römer und Germanen» für die Schüler/innen der 4. Klasse sowie einen pädagogischen Ordner für den Lehrkörper heraus;
- mit dem Amt für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht stellt das KLV die Broschüre «Sprechlust +» her, die die Verwendung des Hochdeutschen in den deutschsprachigen Kindergärten und Primarschulen des Kantons fördern soll;
- ein neues französisches Musiklehrmittel für die Orientierungsschule, 9. Klasse, wurde hergestellt und in den OS verteilt. Es besteht aus einem Lehrbuch und einem Übungsheft für die Schüler/innen sowie einem Lehrerhandbuch;
- für den Lehrkörper und die Schüler/innen der französischsprachigen Orientierungsschulen hat die KLV den Ordner «L'éducation aux choix» hergestellt und verteilt;
- in Verbindung mit dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung wurde eine neue Version des Ordners «Une vie, des directions» für den Bedarf der zwei nächsten Jahre hergestellt; die KLV kümmert sich auch um die Verteilung in den OS;

- die Zusammenarbeit aufgrund des Abkommens, das 2005 zwischen dem Amt für Berufsbildung und der KLV abgeschlossen wurde, hat sich 2006 für beide Parteien günstig entwickelt;
- auf Wunsch der Aufsichtskommission hat die KLV die Bestellung, die Etikettierung und den Verkauf der Artikel mit Strichcodes geprüft. Die Einführung dieser Technik ist mit Rücksicht auf die verschiedenen Informatik- und Organisationsvorgaben 2006 gut über die Bühne gegangen.

3. Aufsichtskommission

Die Mitglieder der Aufsichtskommission traten 2006 zweimal zusammen. In der ersten Sitzung nahmen sie Kenntnis von der Rechnung des Geschäftsjahres 2005, für die sie der KLV-Leitung Entlastung erteilten. Für einen neuen Rechtsstatus für die KLV wurde ein Gesetzesentwurf mit erläuterndem Text bei den Gemeinden, der Kantonsverwaltung und den verschiedenen politischen Parteien in Vernehmlassung gegeben. An jedes Mitglied der Kommission wurde eine Auflistung der Reaktionen der verschiedenen Parteien zur Information verteilt. Die Kommission beschloss, bei der Interkantonalen Lehrmittelzentrale (ILZ) ein Beitritts-gesuch einzureichen. Diese hat den Kanton Freiburg als neues Mitglied aufgenommen. Damit wird letzterer einem Verband von 18 deutschsprachigen Kantonen angehören, der sich um die Herstellung und Verbreitung von Lehrmitteln kümmert. Die EKSD wird den pädagogischen Aspekt und die KLV die Logistik und den finanziellen Teil besorgen.

Die zweite Sitzung fand am 14. September statt. Dabei haben die Mitglieder vom Ergebnis der Vernehmlassung über den neuen Status der KLV Kenntnis genommen. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet und beauftragt, die finanziellen Beziehungen zwischen Kanton und KLV zu verstärken und die Fragen des Gebäudeeigentums zu regeln. Die Arbeiten wurden Ende Jahr 2006 abgeschlossen

4. Personal

Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich derzeit auf 13 Angestellte, die sich 9,7 VZÄ teilen, sowie 3 Hilfskräfte mit insgesamt 0,6 VZÄ. In kritischen Zeiten greift die KLV auf externe Hilfskräfte zurück.

5. Gegen aussen

Die KLV arbeitet bei den Lehrmitteln mit der Commission du Centre de réalisation des ouvrages romands (CCR-OR) zusammen, die sich aus Lehrmittelverantwortlichen der Westschweizer Kantone (Genf, Waadt, Wallis, Neuenburg, Jura, französischsprachiger Teil der Kantone Bern und Freiburg) zusammensetzt. Die gemeinsame Tätigkeit betrifft die Herstellung neuer Lehrmittel und den Nachdruck bestehender Lehrmittel (siehe unter

«Tätigkeit») sowie die gemeinsame Verwaltung der kantonalen Bestände.

Beim Erwerb einiger Schulmaterialien arbeitet die KLV auch eng mit den Westschweizer Lehrmittelverwaltungen zusammen. Dank seiner aktiven Beteiligung erhält der Kanton Freiburg bei einigen Produkten bessere Konditionen. Die KLV hält sich stets über die Situation der Schulmaterialien auf dem Weltmarkt auf dem Laufenden, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen und den Schulen des Kantons günstige Bedingungen anzubieten.

IV. Ämter für obligatorischen Unterricht

1. Allgemeines

1.1 Gemeinsame Themen der beiden Kantonsteile

Die beiden Ämter für obligatorischen Unterricht haben übergreifende Themen gemeinsam behandelt. Am wichtigsten dabei waren:

- Auf erzieherischer Ebene: Massnahmen im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern. Diese Massnahmen beinhalten Interventionen in den Schulen der Primar- und Orientierungsstufe als Antwort auf problematische Situationen, die Eröffnung zweier Anschlussklassen in Freiburg (je einer in den beiden Sprachen), in denen jene Schüler/innen aufgenommen werden, für die in den Schulen keine befriedigende Lösung gefunden wurde, und die Ausschreibung der Stelle des Verantwortlichen der Koordinationsstelle. Zweite Umfragenserie zum Versuchsprojekt Schulgesundheit (PESS) in 4 Zentren der deutsch- und französischsprachigen OS. Das Projekt wird von der EKSD und der GSD geleitet und vom Psychologischen Institut sowie vom Medizinischen Institut der Universität Freiburg unterstützt; Begleitung der zweiten Phase des Projekts «Jugendgesundheit» mit den vier Säulen der Freiburger Wirtschaft als Partner. In dieser Phase werden zum Thema Jugend und Gesundheit 10 Filme gedreht und 10 Broschüren herausgegeben;
- Weiterführung des Projekts der Integration der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Unterricht. Ausbildung eines zusätzlichen Jahrgangs von Ansprechpersonen und Fortsetzung der konkreten Anwendungen im Unterricht;
- Revision des Schulgesetzes und des Ausführungsreglements: Gedankenaustausch über die einzufügenden Neuigkeiten, erste Redaktionsphase der Hauptthemen, für die eine Aktualisierung der Texte nötig ist;
- Sprachunterricht: Reinschrift des allgemeinen Konzepts des Sprachenlernens, zweite Phase der Aktualisierung der Lehrmittel und -methoden der Orientierungsstufe (französischsprachig), Fortsetzung der Versuchsprojekte auf der Primarstufe;
- Kindergarten: Weiterführung des Mehrstufenprojekts in den Schulkreisen Barberêche, Fräschels und Murten. Im Weiteren hat eine kantonale Arbeitsgruppe die Einführung des zweiten Kindergartenjahres vorbereitet. Das Mandat dazu erhielt sie von der EKSD. Der Bericht, welcher der Direktion im Dezember 2006 vorgelegt wurde, enthält ein Modell mit 2 Jahren Kindergarten und den Folgen für Personal, Räumlichkeiten und Finanzen.

1.2 Französischsprachiger Kantonsteil

Wie in den vorausgegangenen Jahren hat das Amt für obligatorischen Unterricht die Schulkreisversammlungen

organisiert. Diese Treffen, die in sämtlichen Primarschulkreisen sowie in mehreren OS-Zentren durchgeführt wurden, sind ein Bindeglied zwischen den Amtsverantwortlichen, dem mittleren Kader und den Lehrpersonen und bieten Gelegenheit, aus erster Hand über die wichtigsten aktuellen Themen zu informieren und zu erfahren, wie diese Informationen von den Lehrpersonen aufgenommen werden. Diese Versammlungen sollen ein Klima gegenseitigen Vertrauens erhalten helfen und sind deshalb sehr wertvoll für die Qualität der Kommunikation.

Die 2006 behandelten Themen (zusätzlich zu jenen, die unter 1.1 oder in den Rubriken der einzelnen Stufen aufgeführt sind) betrafen vor allem:

- die Einführung des neuen Bezugsrahmens für die Beurteilung. Auf der Grundlage eines Staatsratsentscheids (Antwort vom 14. November 2005 auf das Postulat Deschenaux-Joye Nr. 217.02) hat das Amt für Unterricht eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die aus Inspektoren, pädagogischen Beraterinnen und Mitarbeitern sowie Lehrpersonen besteht. Diese Arbeitsgruppe bereitet die erste Umsetzung der neuen Ausrichtung vor, namentlich durch die Gestaltung eines neuen Schulzeugnisses. Am 15. September 2006 gab die EKSD spezielle Richtlinien für den Kindergarten und die Primarstufe heraus, am 22. Juni 2006 solche für die Orientierungsstufe. In diesen Texten wird festgehalten, wie die Lernprozesse der Schüler/innen beurteilt werden sollen, und es werden die Übertrittsbedingungen festgelegt.
- Schulkreise der Kindergarten- und Primarstufe sowie sämtliche Klassen der 13 französischsprachigen Orientierungsschulen haben sich an dieser ersten Phase beteiligt. Alle übrigen Primarklassen werden im Herbst 2007 folgen;
- Frühjahr 2006: erste Anwendung des neuen Vororientierungsverfahrens, das den Übertritt von der Primar- in die Orientierungsschule regelt (Entscheid der EKSD vom 4. Juli 2005); erstmalige Verwendung der eigens für diesen Zweck entwickelten Statistik-Hilfsmittel;
- aktive Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Neuchâtel, Jura, Valais und Genève in der Pilotgruppe sowie in den verschiedenen Redaktorengruppen, die mit der Einführung eines gemeinsamen Lehrplans beauftragt sind;
- experimenteller Zugang der 5. und 6. Primarklassen sowie der Orientierungsschulen zum Europäischen Sprachenportfolio (Version 11–15 Jahre) in Übereinstimmung mit den Arbeiten der CIIP;
- Aushändigung der Zeugnisse für die Mediator-Ausbildung an 13 Lehrpersonen und erste Einführung dieses Dienstes in den französischsprachigen Primarschulen; Fortführung der Supervision der bereits im Amt befindlichen Mediatoren durch die «Equipe Education générale»; Ausarbeitung des Westschweizer Fragebogens zum Schulklima für die Primarschule (QES). Unterstützung und Begleitung werden den Lehrpersonen einzeln oder in Gruppen angeboten in Situationen wie berufliche Erschöpfung, Konfliktbewältigung, spe-

ziell in den Beziehungen Schule – Familie, wie auch in den Projekten erzieherischer Natur (Primar- und Orientierungsstufe);

- Intensivausbildung für 10 neue Kader des Amts für obligatorischen Unterricht; diese Ausbildung ist Teil des Westschweizer Dispositivs für die Ausbildung der Schulleiter (FORRES). Ausbildungsbeginn für einen neuen Jahrgang von Kleinklassenlehrern. Er zählt 25 Teilnehmer (Primar- und Orientierungsstufe); geleitet wird der Kurs vom Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg.

Das französischsprachige Amt für obligatorischen Unterricht hat 2006 folgende Ernennungen ausgesprochen: Corinne Monney-Buchs, Sonderschulinspektorin, sie ersetzt Suzanne Gremaud (Pensionierung); Chantal Vienny-Guerry, Direktorin der OS Domdidier, eigenständige Schule ab August 2006; Yvan Girard, Direktor der OS Saane-West, Nachfolger von Pierre-Alain Buchel, der am 12. Juli 2006 an Krebs starb. Philippe Jordan, Direktor der OS Glane, seit Anfang Jahr wegen Krankheit beurlaubt, hat sich für eine berufliche Neuorientierung entschieden; seine Stelle wurde Ende Dezember 2006 ausgeschrieben.

1.3 Deutschfreiburg

Auf pädagogischer Ebene waren das deutschsprachige Amt für obligatorischen Unterricht (DOA) und seine Mitarbeiter/innen hauptsächlich mit den folgenden Themen beschäftigt:

- externe Evaluation der Qualität einer Schule. Erstmals hat eine Gruppe externer Fachleute an der OS Gurmels eine externe Evaluation durchgeführt. 3 Bereiche wurden dabei untersucht: die Leitung einer Klasse, die Beherrschung der unterschiedlichen Lernfähigkeiten und die pädagogische Leitung durch die Schuldirektion. Eine zweite externe Evaluation einer OS ist für das Schuljahr 2006/07 geplant;
- Schulleitung der Primarschulen. Eine Arbeitsgruppe hat einen Bericht zum Grundkonzept dieser Einrichtung verfasst. Darin werden alle wichtigen Aspekte beleuchtet. In einem Diagramm werden die unterschiedlichen Aufgaben und Befugnisse einer Schulleitung aufgezeigt. Der Bericht wurde allen betroffenen Lehrpersonen vorgestellt;
- Broschüre SPRECHLUST+: Der ersten Auflage dieser Publikation war ein riesiger Erfolg beschieden. Eine zweite Broschüre über die sinnvolle Verwendung von Standardsprache und Dialekt in der Schule wird allen Lehrpersonen ausgehändigt werden;
- Einführung des Englischunterrichts ab der 5. Primarklasse und Einführung einer integrierten Sprachdidaktik. Die diesbezüglichen Arbeiten wurden intensiviert (Zusammenarbeit mit den Kantonen BE, BS, SO und VS);
- Europäisches Sprachenportfolio. Die Erarbeitung eines Konzepts für eine etappenweise Einführung auf allen Stufen ist abgeschlossen. Die Ausbildung der Lehrpersonen, die bei der Einführung des Portfolios als Mentoren eingesetzt werden, hat begonnen;

- Neugestaltung der Inspektion: Die Einführung einer Schulleitung für Kindergarten und Primarschule und gegebenenfalls die Funktionen der Inspektion müssen überdacht und angepasst werden.

Überprüfung der Organisation des Amts: auf der Grundlage der Empfehlungen der Befragten wird ein allgemeines Kommunikationskonzept entwickelt. Die Leitung hat eine externe Fachperson inne. Ausserdem gehören der Amtsvorsteher und je eine Vertretung der Direktorenkonferenz und der Inspektorenkonferenz zur Gruppe.

1.4 Schülerzahlen

1.4.1 Kindergarten

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Anzahl Schüler	2 510	2 506	996	999	3 506	3 505
Anzahl Klassen	151	154	60	62	211	216
Durchschnitt pro Kl.	16,62	16,27	16,60	16,11	16,62	16,23

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 3 (– 4 im Schuljahr 2005/06) zugenommen, die Anzahl Schüler/innen nahm um 4 (– 84) ab. In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 2 (+ 1) und die Anzahl Schüler/innen um 3 (+ 4) zugenommen. Insgesamt gab es eine Zunahme um 5 (– 5) Klassen und eine Abnahme 1 (– 80) Schüler/in.

1.4.2 Primarschule

Bestände

In den Regelklassen der Primarschule waren zum Schuljahresbeginn 19 757 (19 902) Schüler/innen, davon 14 723 (14 751) in den französischsprachigen Klassen und 5034 (5151) in den deutschsprachigen Klassen.

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Zahl der Klassen um 5 (+ 7) zugenommen und die Anzahl Schüler/innen um 28 (+ 133) abgenommen. In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 2 (– 3) abgenommen und diejenige der Schüler/innen um 117 (– 105). Insgesamt beträgt die Zunahme der Klassen 3 (+ 4) und die Abnahme der Schülerzahl 145 (+ 28). Die durchschnittliche Anzahl Schüler/innen pro Klasse beträgt 19,52 (19,73) und mit den Kleinklassen 19,13 (19,26).

Verteilung der Schüler

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
1. Jahr	2 514	2 430	762	763	3 276	3 193
2. Jahr	2 444	2 568	864	774	3 308	3 342
3. Jahr	2 486	2 428	825	855	3 311	3 283
4. Jahr	2 513	2 464	951	832	3 464	3 296
5. Jahr	2 420	2 482	889	923	3 309	3 405
6. Jahr	2 374	2 351	860	887	3 234	3 238
Total	14 751	14 723	5 151	5 034	19 902	19 757
Anzahl Klassen	749	754	260	258	1 009	1 012
Durchschnitt pro Klasse	19,69	19,53	19,81	19,51	19,73	19,52

Zusätzlich zu den obigen Beständen ist noch zu erwähnen, dass 344 (363) Schüler/innen die Kleinklassen besuchen, davon 246 (267) die französischsprachigen Klassen und 98 (96) die deutschsprachigen Klassen.

1.4.3 Orientierungsschule

Im französischsprachigen Kantonsteil hat die Anzahl Klassen um 9 (+ 14) zugenommen, diejenige der Schüler/innen um 160 (+ 417). In Deutschfreiburg hat die Anzahl Klassen um 2 (+ 2) abgenommen, diejenige der Schüler/innen um 44 (+ 89). Insgesamt beträgt die Zunahme der Klassen 7 (+ 16) und diejenige der Schülerbestände 116 (+ 506).

Klassenbestände nach Schuljahr

	französischsprachig		deutschsprachig		Total	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
7. Jahr	2 602	2 530	975	928	3 577	3 458
8. Jahr	2 645	2 691	946	970	3 591	3 661
9. Jahr	2 335	2 521	1 003	982	3 338	3 503
Total	7 582	7 742	2 924	2 880	10 506	10 622
Anzahl Klassen	355	364	162	160	517	524
Durchschnitt pro Klasse	21,36	21,27	18,05	18,00	20,32	20,27

Durchschnittl. Bestände nach Abteilungen

	französischsprachig		deutschsprachig	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Sek. A	24,16	23,79	20,61	20,36
Sek. Allg. Abt.	23,19	22,42	21,25	21,46
Realabt.	16,55	17,57	15,62	15,27
Werkklassen	10,55	11,13	9,15	8,74
Total	21,36	21,27	18,05	18,00

Schülerzahlen nach Abteilung (alle drei Schuljahre)

	französischsprachig				deutschsprachig			
	2005/06		2006/07		2005/06		2006/07	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Sek. A	2 984	39,36	3 016	38,96	742	25,38	733	25,45
Sek. Allg. Abt.	3 096	40,83	3 158	40,79	1 296	44,32	1 309	45,45
Realabt.	1 291	17,03	1 326	17,12	703	24,04	672	23,34
Werkklassen	155	2,04	178	2,30	183	6,26	166	5,76
Aufnahme- klasse	56	0,74	64	0,83	-	-	-	-
Total	7 582	100	7 742	100	2 924	100	2 880	100

Schüler im 10. (oder 11.) Schuljahr

	französischsprachig				deutschsprachig			
	2005/06		2006/07		2005/06		2006/07	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
10. Jahr	548	7,23	649	8,38	184	6,29	167	5,79

1.5 Einschulung fremdsprachiger Kinder

4 Französischkurse (Gastsprache) wurden im französischsprachigen Teil des Kantons organisiert. Während der ersten 3 Sommerferienwochen besuchten rund 50 neuangekommene Kinder und Jugendliche einen Intensiv-Sprachkurs, der ihre Integration zum Schuljahresbeginn 2006 erleichtern soll.

Das Projekt «Aufnahme der neuankommenden Schüler/innen auf der Orientierungsstufe», das von der kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkindern (KKEMK) ausgearbeitet wurde, ist in den Orientierungsschulen Bulle und Murten teilweise umgesetzt worden. Mit diesem Projekt sollen die neuzugezogenen Schüler/innen besser in die Regelklassen integriert, die sprachliche Immersion gefördert und die soziale Integration der betroffenen Jugendlichen erleichtert werden.

Neulich wurde eine Kommission für die Integration und gegen den Rassismus eingesetzt. Deshalb wurden die Zusammensetzung und Organisation der KKEMK angepasst. Künftig wird die KKEMK nur noch 2 Sitzungen jährlich abhalten. Die Zahl der Vertreter/innen aus dem Schulbereich wurde reduziert und eine von der KKEMK unabhängige Arbeitsgruppe «Einschulung des Migranten-schülers» geschaffen. Diese Arbeitsgruppe wird enger mit dem Bereich der Berufsbildung zusammenarbeiten. Die Koordinatorin für die Einschulung der Migrantenkinder wird die Verbindung zwischen diesen verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen sicherstellen.

2. Kindergarten, französischsprachiger Kantonsteil

2.1 Klassenbestände und Organisation

Im Herbst 2006 zählte die Region Nord des französischsprachigen Teils des Kantons Freiburg 78 Kindergartenklassen, die Region Süd deren 76, was ein Total von 154 Klassen ergibt. In 5 Klassen wird wegen der geringen Schülerzahl teilzeitlich unterrichtet.

Die mittelfristige Einführung eines zweiten Kindergartenjahres ist weitgehend unbestritten. Folgende Schulkreise haben diesen Entscheid vorweggenommen und kommen für die entstehenden Kosten selber auf: Givisiez / Chésopelloz, Corminbœuf / Murten / Cressier-sur-Morat und Dompierre, Russy. Eine Grundstufe mit Schülerinnen und Schülern der beiden Kindergartenklassen sowie der ersten und zweiten Primarklasse wird im zweiten aufeinanderfolgenden Jahr in Barberêche geführt.

2.2 Geografische Verteilung

	2005/06		2006/07	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg	18	298	17	274
Stadt Freiburg	17	274	17	293
Saane-Land	44	765	45	743
Greyerz	34,5	550	33	539
See	9	159	10	162
Glane	14	240	14,5	231
Broye	20,5	325	22,5	341
Vivisbach	12	197	12	197
Total	151	2 510	154	2 506

2.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

9 Klassen wurden in folgenden Schulkreisen eröffnet: Givisiez / Cottens / St-Aubin / Estavayer-le-Lac / Châbles, Cheyres, Font / Siviriez / Corbières, Hauteville, Villarvoldard und Corminbœuf (1/2). Einige Klassen erhielten wegen ihrer Schülerzahlen ein zusätzliches Teilpensum. Es handelt sich um Riaz und Cressier-sur-Morat.

Demgegenüber mussten 6 Klassen geschlossen werden: in Villars-sur-Glâne / Pont-en-Ogoz / Treyvaux (1/2) / Léchelles (1/2) / Sâles und Gruyères. Jene von Cheiry / Dompierre, Russy / Châtelard / Mézières und St-Martin wurden wegen ungenügender Schülerzahlen um 20 Stellenprozent gestutzt.

Zum Schuljahresbeginn 2006/07 gab es somit 3 (- 4) Klassen mehr als im Vorjahr.

2.4 Schwerpunkte

Im Laufe des Schuljahres 2005/06 haben die Kindergärtnerinnen, die Lehrerinnen der ersten und zweiten Primarklassen sowie die Handarbeitslehrerinnen eine Ausbildung zum vermehrten Einbezug des Körpers in den Lernprozess besucht. In einem offiziellen Referenzdokument werden fortan die Fertigkeiten im Bereich «Körper und Bewegung» festgehalten, detailliert auf die verschiedenen Körperaktivitäten verteilt: Psychomotorik, Graphomotorik und Leibübungen.

Die neuen Lehrmittel «S'exprimer en français – Séquences didactiques pour l'oral et pour l'écrit» wurden im Jahre 2006 sämtlichen Lehrpersonen vorgestellt. Zum Schuljahresbeginn 2006 wurden sie auf den Stufen Kindergarten, 1. und 2. Primarklasse offiziell eingeführt. In jedem Schulkreis fanden zu diesen Lehrmitteln 2 zusätzliche Weiterbildungstage statt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Kompetenzen vorgestellt, die ein Kindergartenkind im Bereich der Sprache erwerben sollte.

2.5 Einschulung

Die Eltern von 165 (146) Schülern haben beschlossen, den Schuleintritt ihrer Kinder um ein Jahr aufzuschieben. Die Eltern von 78 (76) Kindern haben für ihre Kinder um eine vorzeitige Einschulung ersucht.

2.6 Sprachkurse

Sechs Lehrpersonen sind mit einem Beschäftigungsgrad von 50 % angestellt (zwei in der Region Süd, vier in der Region Nord); sie arbeiten mit Kindergartenkindern und zum Teil auch mit Schülern des 1. oder 2. Schuljahrs. Die Lehrpersonen arbeiten eng zusammen (unter der Leitung der kantonalen Koordinatorin für die Einschulung von Migrantenkindern), was ein einheitliches Vorgehen gewährleistet.

2.7 Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen

15 Kinder profitieren vom Integrationskonzept, 44 werden mittel- oder langfristig von Sonderschullehrpersonen betreut. 2 sehbehinderte und 3 taube oder schwerhörige

Kinder haben das gesamte Programm der Regelklasse absolviert und sind dabei in den Genuss von Stützunterricht gekommen. 5 Kinder aus einem Heim absolvierten einen Teil des Programms in Regelklassen, während eine Gruppe von 4 Kindern aus dem «Centre Educatif et Scolaire de la Glâne» (CESG) in Begleitung ihrer Lehrerin an 2 Integrationstagen teilgenommen hat. Mehrere Kinder erhalten Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU).

2.8 Beziehungen KG-PS

Um die begonnene Arbeit fortzusetzen und harmonische Übergänge zwischen den drei ersten Schuljahren sowie Kontinuität im Lernprozess der Schüler zu ermöglichen, arbeiten die betroffenen Lehrpersonen in ihren Schulkreisen häufig zusammen und besuchen regelmässig gemeinsame Weiterbildungskurse.

2.9 Beziehungen Spielgruppe-KG

Seit vier Jahren ist ein Austauschnachmittag für die Spielgruppenleiterinnen und die Kindergärtnerinnen vorgesehen. Im Jahre 2006 haben sie ein Dokument ausgearbeitet, mit dessen Hilfe pädagogisch wertvolle Informationen und Daten übermittelt werden.

2.10 Sonderschullehrerinnen

3 Sonderschullehrerinnen mit insgesamt 2,4 Vollzeitstellen beschäftigen sich mit lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern der ersten drei Schuljahre. Auf diese Weise kann ein verhaltensauffälliger Schüler und auch die betroffene Klasse längerfristig betreut werden.

3. Kindergarten Deutschfreiburg

3.1 Allgemeines

3.1.1 Zukunftsperspektive Einschulung

Das hat die Schulverantwortlichen hellhörig gemacht, und vor allem Gemeinden mit sinkenden Schülerzahlen zeigen nun Interesse, statt eine Klassenschliessung oder einen Teilzeitkindergarten in Kauf zu nehmen, bereits vor der kantonalen Einführung das zweite Kindergartenjahr auf eigene Kosten anzubieten. Ab dem Schuljahr 2006/07 führt Rechthalten neu einen Zweijahreskindergarten. In Murten, Galmiz, Fräschels und Jaun wurde das zweite Kindergartenjahr schon vor längerer Zeit eingeführt. Das Angebot wird von den Kindern, den Eltern und den Lehrpersonen sehr geschätzt.

Auch das Modell Basisstufe weckt bei Schulbehörden und Lehrerschaft nach wie vor grosses Interesse. 85 Personen haben im Schuljahr 2005/06 die Basisstufe Fräschels besucht. Zu Beginn des Schuljahrs 2006/07 wurde in Murten die 3. Projektklasse Basisstufe des Kantons eröffnet.

3.1.2 Integration behinderter und verhaltensauffälliger Kinder in Regelklassen

Im Schuljahr 2005/06 wurden 11 (13) Kinder mit besonderen Bedürfnissen in Regelkindergärten unterrichtet. Die Integration von 10 Kindern erfolgt über das Schulheim Les

Buissonnets; hier kamen Stützmassnahmen zu Anwendung. Zur Förderung und Unterstützung dieser Kinder arbeiten 5 (10) Heilpädagoginnen in den Regelkindergärten mit.

3.1.3 Deutschunterricht für Fremdsprachige

In 25 (24) Schulkreisen wird zur besseren Eingliederung der fremdsprachigen Kinder Deutschunterricht angeboten. 162 (158) Kinder besuchen diesen Unterricht im Schuljahr 2006/07.

3.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

Zum Schuljahresbeginn werden 4 (4) Kindergartenklassen neu eröffnet in Kerzers (1), Gurmels (1), Murten (1) und Giffers/Tentlingen (1).

Wegen ungenügender Schülerzahl müssen 2 Klassen geschlossen werden: Bösing (1), Heitenried (1).

3.3 Geografische Verteilung

	2005/06		2006/07	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg (dt.)	6	84	6	85
Sense	33	555	32	544
Greyerz (deutsch)	1	11	1	10
See (deutsch)	20	346	23*	360
Total	60	996	62	999

* 2 Klassen des Projekts Basisstufe mitgezählt

Durchschnittlicher Klassenbestand im Schuljahr 2006/07: 16,11 (16,60) Kinder. Alle Kindergärten werden vollzeitlich geführt.

In 5 (4) Schulkreisen werden wegen geringer Schülerzahlen oder aufgrund einer langen Tradition zwei Jahre Kindergarten angeboten: Murten (8), Galmiz (1), Fräschels (1), Jaun (1) und Rechthalten (1).

44 (46) Kindergärten werden von je zwei Lehrpersonen geführt. 6 (5) Kindergärtnerinnen nehmen Schulleitungsfunktionen wahr.

3.4 Weiterbildung

Die Lehrpersonen des Kindergartens unterrichten seit dem Schuljahr 2001/02 nach dem Lehrplan Kindergarten. Nachdem die Einführung in den Lehrplan mit modularen Veranstaltungen während zwei Jahren erfolgreich abgeschlossen war, wurde den Lehrpersonen eine geraume Zeit für die praktische Umsetzung gewährt. Der Kurs «Lernen mit Lernzielkarten» knüpft an die Module an und bietet eine zusätzliche Möglichkeit, die Lernziele gegenüber den Kindern und auch den Eltern mit Bildkarten noch anschaulicher und verständlicher zu machen.

Der Kurs «Kinder erforschen die Schriftkultur» knüpft an die Tatsache an, dass sich Kinder bereits im Vorschulalter mit Zeichen, Symbolen, Buchstaben, Wörtern und Texten beschäftigen. In speziell gestalteten Lernumgebungen können sich Kinder je nach ihren Fähigkeiten und Interessen mit den Kulturtechniken Schreiben und Lesen auseinandersetzen.

3.5 Einschulung

Die Eltern von 125 (135) Kindern haben darum ersucht, den Schuleintritt ihres Kindes um ein Jahr aufzuschieben. Dies betrifft 13,63 % (14,90 %) aller Kinder, welche im Jahre 2006 das Schulalter erreichten. Demgegenüber nahmen die Eltern von 9 (10) Kindern die Möglichkeit der vorzeitigen Einschulung wahr.

3.6 Beschäftigungssituation

Die Schülerzahlen in den Kindergärten haben sich praktisch stabilisiert. 2 Klassen mussten geschlossen werden. Einzelne Lehrpersonen haben deshalb keine Anstellung gefunden oder müssen weiterhin mit einem Teilpensum vorlieb nehmen.

4. Primarschule, französischsprachiger Kantonsteil

4.1 Geografische Verteilung

	2005/06		2006/07	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Stadt Freiburg	88	1 626	87	1 584
Saane-Land	223	4 346	223	4 344
Greyerz	154	3 192	159	3 208
See	39	715	40	732
Glane	81	1 652	80	1 587
Broye	102	1 966	102	1 965
Vivisbach	62	1 254	63	1 303
Total	749	14 751	754	14 723

4.2 Klasseneröffnungen und -schliessungen

15,5 Klassen wurden eröffnet: Freiburg-Auge / Freiburg-Schoenberg / La Sonnaz (1/2) / Treyvaux (1/2) / Cottens / Corpataux, Magnedens, Rossens (1/2) / Hauterive / Vernay / Auboranges, Chapelle, Ecublens, Rue / Pont-en-Ogoz / Sâles / Bulle-Léchère / La Tour-de-Trême / Gruyères / Murten, Courgevax, Meyriez, Greng, Muntelier / Le Flon und Attalens.

10,5 Klassen wurden geschlossen: Grolley (1/2) / Villars-sur-Glâne (2) / St-Aubin, Les Friques, Vallon / Villaz-St-Pierre, La Folliaz / Romont / Riaz und St-Martin. Bei diesen Schliessungen ist speziell die Privatisierung der FOS Freiburg zu erwähnen, die in der Statistik zu einer Verminderung um 3 Klassen führt, die bislang dem Staat unterstellt waren.

Zum Schuljahresbeginn 2006/07 gab es somit 5 (7) Klassen mehr als im Vorjahr.

4.3 Schwerpunkte

4.3.1 Französischunterricht

Ein besonderes Augenmerk galt dem Lesenlernen im Hinblick auf die Wahl eines neuen Lehrmittels. Dabei konnte man auf die Unterstützung der Fachfrau Laurence Rieben zählen.

Die neuen Lehrmittel «S'exprimer en français – Séquences didactiques pour l'oral et pour l'écrit» wurden anlässlich der Frühjahrs-Schulkreissitzungen sämtlichen Lehrpersonen

vorgestellt. Offiziell eingeführt wurden sie auf den Stufen Kindergarten, 1. und 2. Primarklasse zum Schuljahresbeginn 2006/07. In jedem Schulkreis fanden zu diesen Lehrmitteln 2 zusätzliche Weiterbildungstage statt. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Kompetenzen vorgestellt, die ein Kindergartenkind im Bereich der Sprache erwerben sollte, sowie verschiedene Anwendungsmöglichkeiten der IKT.

Die Pilotgruppe bereitete einen Referenztext zum Lesenlernen vor. Die weiteren Tätigkeitsfelder dieser Gruppe waren die Vorbereitung der von der CIIP geplanten Einführung der künftigen Westschweizer Lehrmittel im Fach Französisch sowie die Broschüre «Enseignement/Apprentissage du français en Suisse romande – Orientations», die im April 2006 erschienen ist.

4.3.2 Deutschunterricht

Sämtliche Schüler/innen des französischsprachigen Kantons teils, von der dritten bis zur sechsten Klasse, benützen das Unterrichtsmittel Tamburin. Der bis im August 2004 getestete Lehrplan liegt nun in seiner endgültigen Fassung vor. Die Weiterbildung für die Lehrkräfte der 3. bis 6. Klasse wurde fortgesetzt. Die EKSD hat in sechs Primarschulkreisen sowie einer Orientierungsschule ein Sprachprojekt bewilligt.

Nach den Sechstklässlern waren dieses Jahr die Viertklässler an der Reihe mit einer gemeinsamen kantonalen Prüfung. Dabei wurden die 4 Grundkompetenzen (Lesen, Zuhören, Sprechen, Schreiben) getestet. Jede Lehrperson erhielt anschliessend die von der Gesamtheit aller Viertklässler des Kantons erzielten Resultate (Durchschnitte) und konnte so selbst die Leistungen ihrer Schüler/innen einordnen.

4.3.3 Mathematikunterricht

Besondere Beachtung schenkte man den beiden Bereichen Lernziele 3. und 4. Klasse sowie Hausaufgabenblätter.

- Auf den Stufen 3 und 4 war es mit der Westschweizer Evaluation MATHEVAL nicht gelungen, für die Lehrpersonen ausreichend genaue Hilfen und Ratschläge zu formulieren. In den diesbezüglichen Treffen aller französischsprachigen Lehrpersonen wurde an die Kompetenzen und Kenntnisse erinnert, über die ein Viertklässler am Ende des Schuljahres verfügen sollte. Zudem fand ein Gedankenaustausch statt. Im Juni 2006 wurden im Auftrag des Amtes für obligatorischen Unterricht alle Viertklässler mit 2 Aufgabenserien getestet, welche die erwarteten Kompetenzen abdecken sollten. Die Lehrpersonen wurden anschliessend über die Resultate ihrer Schüler/innen informiert.

Die Aufgabenblätter, die in Übereinstimmung mit dem «Cadre pour les devoirs à domicile» der Inspektorenkonferenz verfasst wurden, konnten den Lehrpersonen zur Verfügung gestellt werden. Die Ausarbeitung der Aufgabenblätter wird im Jahre 2007 auf die noch nicht berücksichtigten Stufen ausgeweitet.

4.3.4 Musikunterricht

Im Bereich der Musikerziehung fanden Weiterbildungskurse zu folgenden Themen statt: Computerprogramme für die Notenschrift in der Musik; Reigen und Körperaus-

druck; Erarbeitung kleiner Partituren für die Klasse mit dem Computer.

Im Jahre 2006 wurden die vierten Primarklassen systematisch besucht. Mit diesen Besuchen, die in Zusammenarbeit mit der Inspektorenkonferenz organisiert wurden, will man herausfinden, wie es um die Musikerziehung am Ende der zweiten Stufe (3./4. Primarklasse) bestellt ist, wie sich die «Méthodologie romande» auf den Unterricht auswirkt und welche Bedürfnisse die Lehrpersonen in diesem Bereich haben. Mehr als 100 Klassen hat der pädagogische Berater besucht. In den meisten Fällen begleitete ihn der Inspektor des Schulkreises. Nach Abschluss der Besuche (Sommer 2007) wird ein Bericht verfasst.

4.3.5 Schulprojekte

Im Laufe des Schuljahrs 2005/06 wurden die Projekte von 7 neuen Schulen offiziell anerkannt, 3 Schulen befinden sich momentan in der Phase der Anerkennung, womit die Zahl dieser Schulen auf rund 40 angewachsen ist. 11 weitere können zusätzlich erwähnt werden, da sie sich mit Themen in den Bereichen Erziehung und berufliche Identität befassen.

Jede Schule verfolgt gemäss ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen ihre eigenen Ziele. Mehrere Schulen befassen sich mit dem Bereich des Lesens, andere mit dem schriftlichen und/oder mündlichen Ausdruck oder der Selbstbeurteilung. Die Grundidee der Projekte besteht darin, dass in einer Schule die Lehrpersonen aller Stufen zusammenarbeiten, um letztlich dem Schüler zu mehr Lernerfolg zu verhelfen. Die regelmässige Zusammenarbeit in diesen Schulen (Treffen der Verantwortlichen, Ausbildung der Lehrpersonen, Organisation des Forums, ...) erhält die Projekte am Leben.

Diese Versuchsphase wird im Schuljahr 2007/08 von einer allgemeinen Einführung abgelöst werden.

4.4 Kleinklassen

Der französischsprachige Kantonsteil verfügt über 25 Kleinklassen, die von 216 Schülerinnen und Schülern besucht werden. Die Region Nord zählt 15 Kleinklassen, 8 in Freiburg, 3 in Estavayer-le-Lac, 3 in Villars-sur-Glâne, eine in Belfaux; die Region Süd hat deren 10, nämlich 5 in Bulle, eine in Marly, 2 in Romont und 2 in Châtel-St-Denis.

Für Heilpädagogischen Stützunterricht (HSU) stehen 36,39 (36,41) Stellen zur Verfügung, 18,8 in der Region Nord, 17,59 in der Region Süd.

4.5 Aufnahmeklassen

Im Herbst 2006 war die Situation bei den Aufnahmeklassen (vormals Sprachklassen) die folgende:

Region Nord, Kreis 1: Courtepin, ein halbes Pensum; Kreis 2: Freiburg, 3 Aufnahmeklassen, 3 ganze Pensen, 7 Lehrpersonen (unterschiedliche Beschäftigungsgrade) für Stütz- und Sprachunterricht; Kreis 3: 2 volle Pensen für die ganze Broye; Kreis 4: ein ganzes Pensum (in 2 Teilpensen aufgeteilt) in Villars-sur-Glâne.

Region Süd: Bulle und La Tour-de-Trême, 1,25 Pensen; Marly, ein halbes Pensum; Romont, ein ganzes Pensum für die Aufnahmeklasse und zusätzlich vereinzelt Unterrichtseinheiten in gewissen Schulkreisen.

Kurse zu zwei bis vier wöchentlichen Lektionen werden für einzelne Schüler oder für ganze Gruppen in allen Schulkreisen mit anderssprachigen Kindern erteilt.

4.6 Konferenz der Schulinspektorinnen und -inspektoren

Im Schuljahr 2005/06 haben die französischsprachigen Inspektorinnen und Inspektoren 20 Versammlungen abgehalten. Die Konferenz hat zu verschiedenen Berichten Stellung genommen: Beurteilungspraxis, PPO (neues Vororientierungsverfahren für die OS), Funktionsbeschreibung für die Lehrpersonen, Schulleitbilder.

Ferner wurden folgende Themen behandelt: Vergleichsprüfungen in den Fächern Deutsch und Französisch, Ausbildung Heterogenität, Kontakte mit der PH, Kreisräte in der Region Nord, fri-tic-Ausbildung, Mehrstufenprojekt, Versuche mit dem zweiten Kindergartenjahr, Verfassen von Informationsdokumenten für die Lehrpersonen, Dispositiv «Approche par le mouvement».

Der Lernerfolg in den ersten Schuljahren wurde genauer unter die Lupe genommen. Bei den Klassenbesuchen wurde das Hauptgewicht auf die Fächer Musikerziehung und Deutsch gelegt. Die Konferenz hat ausserdem den Vorstand des SPFF (Französischsprachiger pädagogischer Verein des Kantons Freiburg) empfangen.

4.7 Schulmediation

Fünf Primarlehrpersonen haben diese Ausbildung abgeschlossen; sie befanden sich in einer Gruppe von 22 Lehrpersonen unterschiedlicher Schulstufen. Zu Beginn des Schuljahrs 2006/07 haben sie ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie befassen sich mit problematischen Schulsituationen in allen 8 Primarschulkreisen.

4.8 Zusammenkünfte mit den Berufsverbänden

Die EKSD hat den Vorstand des SPFF zu 2 Gesprächen empfangen. Diese drehten sich vor allem um das Vorgehen bei der Vororientierung in der Orientierungsschule, die Arbeitszeit (Unterrichtsentlastung), Hilfestellungen, den Sprachunterricht (Englisch), das zweite Kindergartenjahr, den Unterricht in Werken und Gestalten, die Fahrkosten, die Verweiblichung des Lehrkörpers, die Spezialisierungen I und II der PH sowie die «Passerelle»-Ausbildung.

5. Primarschule Deutschfreiburg

5.1 Allgemeines

5.1.1 Schulentwicklung

Neues Geschichtslehrmittel für die 4. Klasse

Mit dem Geschichtsbuch für die 4. Klasse «Eine Reise durch die Zeit – Urgeschichte, Kelten, Römer und Germanen» ist der letzte Band des neuen Geschichtslehrmittels

für die Primarschule erschienen. Somit liegt nun für die Schüler/innen sowie die Lehrpersonen der 4., 5. und 6. Klasse ein modernes Lehrmittel vor, das die Freiburger Geschichte vom Urknall bis zum Monolith umfassend darstellt.

Konzept für die Schulleitung

Im Konzept, Gegenstand eines Berichts, wird die Einführung einer geleiteten Schule auf der Stufe Kindergarten und Primarschule nochmals ausführlich begründet, indem die Innovationskraft der Schule vor Ort hervorgehoben wird. Die erforderlichen Rahmenbedingungen werden detailliert aufgeführt. Schliesslich gibt der Bericht Auskunft über die Anforderungen, welche an die Schulleitungen zu stellen sind, und beschreibt den notwendigen Gesetzgebungsbedarf.

5.1.2 Zusammenkünfte mit dem Berufsverband

Die EKSD traf sich zweimal mit dem Lehrer/innenverein Deutschfreiburgs (LDF). In den beiden Sitzungen ging es insbesondere um die Pädagogische Tagung 2007, um die Stellengarantie der Lehrpersonen, die Spezialisierung der Abgänger/innen der Pädagogischen Hochschule, die Planung einer weiteren Zusatzausbildung für die Lehrpersonen «Technisches Gestalten» und um das Erlernen einer zweiten Fremdsprache in der Primarschule.

5.2 Geografische Verteilung der Klassen

	2005/06		2006/07	
Stadt Freiburg (dt.)	32	561	30	530
Sense	144	2 901	143	2 824
Greyerz (dt.)	3	59	3	58
See (deutsch)	81	1 630	82	1 622
Total	260	5 151	258	5 034

5.3 Sprachkurse, Stand am 1. September 2006

Alterswil 1/28; Bösinggen 8/28; Cordast-Guschelmuth 5/28; Courtepin 9/28; Düdingen 11/28; Flamatt: Fräschels 33/28; Freiburg 20/28; Giffers-Plaffeien 6/28; Gurmels 7/28; Heitenried 3/28; Schulkreis Jeuss, Lurtigen, Salvenach 2/28; Jaun 1/28; Kerzers 23/28; Liebistorf 6/28; Schulkreis ABGRU 5/28; Murten 30/28; Rechthalten 1/28; Schmitten 6/28; St. Ursen 2/28; Tifers 7/28; Wünnewil 11/28.

5.4 Weiterbildung

5.4.1 Für den Lehrkörper

Die Lehrpersonen wurden zu folgenden obligatorischen Kursen aufgebildet:

- Einführung in das neue Geschichtslehrmittel für die 4. Primarklasse
- Einführung in den neuen Lehrplan Musik und das neue Lehrmittel für die 5. und 6. Klasse
- Einführung in den neuen Lehrplan für das Technische Gestalten
- Präsentation der Entwicklungsschwerpunkte der Kindergartenstufe

- Einführung in die kollegiale Hospitation im heilpädagogischen Bereich
- Kooperatives Lernen mit behinderten Kindern in Regelklassen

5.4.2 Für die Schulleiter/innen

Sie besuchten folgende obligatorischen Veranstaltungen:

- Konferenz der Schulleiter/innen
- Konfliktbewältigung in der Schule

5.5 Schulinspektorenkonferenz

Die Konferenz hat 17 Sitzungen abgehalten und sich dabei mit vielen Themen auseinandergesetzt, welche die Schüler/innen, die Lehrpersonen, den Unterricht sowie die Schule allgemein betreffen, beispielsweise: Lernzielkatalog und Lernberichte für fremdsprachige Kinder und Jugendliche, das heilpädagogische Angebot im Kindergarten, Besuch der Anschluss-Klassen, Organisation der Tagesklinik in Freiburg, Koordinationsfragen mit der Weiterbildungsstelle, das Funktionendiagramm für die Schulleitungen, der Konzeptbericht Schulleitung, die externe Evaluation der OS Gurmels, Vernehmlassung des HarmoS-Konkordats, Fertigstellung des Übergangslehrplans für die Primarschule, Leseprojekt der Pädagogischen Hochschule, neue Lehrmittel im Deutschunterricht, Sprachprojekt an der Primarschule Schönberg/Freiburg, Standortbestimmung zur Basisstufe, Konzept zum Zweijahreskindergarten.

Mit der Konferenz der französischsprachigen Schulinspektorinnen und Schulinspektoren wurden folgende Bereiche bearbeitet: die externe Evaluation von Schulen, die Anschluss-Klassen, die Rolle und Funktion der schulischen Mediatoren und das Thema «Körper und Bewegung».

5.6 Kleinklassen

Im Schuljahr 2006/07 werden 10 Kleinklassen (11) geführt, und zwar in Düdingen 3, Schmitten 2, Flamatt 2, Kerzers 3. In Düdingen gilt die Einführungsklasse, welche auch sog. lernbehinderte Schüler/innen betreut, administrativ als Kleinklasse.

Das Angebot des Heilpädagogischen Stützunterrichts (HSU) sieht wie folgt aus: Gesamthaft 21,5 Vollzeitstellen (2005/06: 21,5) in folgenden Schulkreisen: ABGRU, Alterswil, Bösing, Brünisried, Cordast-Guschelmuth, Courtepin, Freiburg, Freiburg FOS, Giffers, Gurmels, Heitenried, Jaun, JLS, Liebistorf, Murten, Plaffeien, Plasselb, Rechthalten, St. Antoni, St. Silvester, St. Ursen, Schwarze, Tafers, Überstorf, Wünnewil.

6. Orientierungsschule, französischsprachiger Kantonsteil

6.1 Allgemeines

Im Herbst 2006 nahm die Schülerzahl an der französischsprachigen OS um 160 (417) zu. Dies zog die Neueröff-

nung von 9 (14) Klassen nach sich. Seit Schuljahresbeginn 2006/07 zählt die französischsprachige Orientierungsschule 13 Zentren, statt 12 wie bisher. Die Schüler/innen der Broye, obwohl auf 3 Standorte verteilt (Estavayer-le-Lac, Domdidier und Cousset), sind nun auf zwei Orientierungsschulen aufgeteilt, Estavayer-le-Lac und Domdidier, das neuerdings als eigenständige Schule anerkannt ist. Die OS Saane-West hat ihren dritten Jahrgang in den Pavillons von Avry-sur-Matran untergebracht. 146 Schüler/innen des ersten Jahres (7 Klassen) ergänzen den bisherigen Bestand der 180 Schüler/innen des zweiten und der 159 Schüler/innen des dritten Jahres. So wie der Bau der neuen Schule voranschreitet, dürfte das nächste Schuljahr in den neuen Räumlichkeiten beginnen.

6.2 Bestände nach OS

	2005/06		2006/07	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Belluard	34	707	34	679
Bulle	37	833	38	876
Domdidier	17	336	18	383
Estavayer	29	634	31	67
Gibloux	21	432	18	363
Glane	39	862	41	911
Jolimont	36	760	35	738
La Tour/Jaun	40	867	39	832
Marly	26	568	27	582
Murten	9	168	9	162
Pérolles	26	539	25	496
Saane West	17	336	24	485
Vivisbach	24	540	25	564
Total OS	355	7 582	364	7 742

6.3 Sprachklassen und -kurse für ausländische Schüler

Zu Beginn des ersten Semesters werden 5 (5) Aufnahme-klassen für 64 (56) Schüler geführt, und zwar im Belluard, in Bulle, im Jolimont (2) und im Pérolles. In den übrigen Schulen bilden die anderssprachigen Schüler keine eigenen Klassen, werden aber mit Stützunterricht gefördert, insbesondere im Fach Französisch.

6.4 Verteilung der Schüler nach dem Übertrittsverfahren in die OS

Das Vororientierungsverfahren betraf 2398 (2415) Schüler/innen. Ihre Verteilung auf die verschiedenen OS-Abteilungen sieht folgendermassen aus:

	Schüler		%	
	2005/06	2006/07	2004/05	2005/06
Progymnasialabteilung	899	873	37,22	36,41
Allgemeine Abteilung	1 049	1 102	43,44	45,95
Realabteilung	436	396	18,05	16,52
Wiederholung der 6. Klasse	6	1	0,25	0,04
Wahl einer anderen Schule	25	26	1,04	1,08

Im Sommer 2005 hat die EKSD das neue Vororientierungsverfahren beschlossen, welches erstmals mit den Sechstklässlern des Schuljahres 2005/06 durchgeführt wurde. Die erworbenen Fertigkeiten des Schülers sowie

seine Einstellung zum Lernen werden dabei in Betracht gezogen; die Resultate kantonaler Prüfungen sollen das Bild vervollständigen. Am Entscheidungsprozess beteiligt sind die Eltern, die Lehrperson/en, der Schulinspektor und der Direktor der OS.

6.5 Schwerpunkte

Die französischsprachige OS hat die Einführung der neuen Stundentafel auf der Stufe 8 fortgesetzt. Im neuen Schuljahr haben die Schüler/innen des 2. Jahres eine zusätzliche Stunde Englisch, das bedeutet für die meisten Klassen 3 Englischstunden pro Woche. Der neue Unterricht in Allgemeinbildung betont vor allem die Erziehung zur Wahl; eine Ad-hoc-Gruppe hat dazu ein Lehrmittel verfasst. Das Fach Ethik und Religionen, das letztes Jahr erstmals für die 1. OS angeboten wurde, richtet sich in diesem Jahr auch an die Zweitklässler. Es wird von jenen Schülerinnen und Schülern besucht, die vom Religionsunterricht dispensiert sind (20,4 % aller Schüler/innen der 2.OS). Im Informatikunterricht der zweiten Jahrgangsstufe geht es um eine Vertiefung der Begriffe des Vorjahres.

Weitere Neuerung: die Einführung der neuen Französischlehrmittel (coll. Nathan) im 3. Jahr und der neuen Deutschlehrmittel (coll. Genial) im 2. Jahr mit Erproben des Sprachenportfolios II. Im Zusammenhang mit den neuen Mathematiklehrmitteln, die nun von sämtlichen Schülerinnen und Schülern benützt werden, brauchen die Lehrpersonen noch methodische Unterstützung; deshalb setzen die Verantwortlichen in den Schulen und die kantonale Begleitgruppe ihre Arbeit fort. Die neuen Musiklehrmittel «La musique au cycle d'orientation» wurden im Herbst 2006 in der 3. OS eingeführt. Damit wird eine gewisse Einheitlichkeit in der Musikerziehung der ganzen obligatorischen Schulzeit erreicht.

Im Frühjahr 2006 wurde die dritte Phase der internationalen PISA-Studie durchgeführt. Mehr als 1300 Schüler/innen aus sämtlichen Schulen der französischsprachigen Orientierungsstufe nahmen daran teil. Andere bedeutende Evaluation in jedem Schuljahr: die Diplomprüfungen am Ende der Schulpflicht; sie waren auf 4 Tage verteilt und betreffen die Hauptfächer Französisch, Deutsch, Mathematik, Latein und Englisch. Neuerdings wird auch im Fach Englisch der mündliche Bereich geprüft, wie das für Deutsch bereits der Fall war.

Das Ausbildungskonzept für die Turnlehrer der OS wird gemeinsam mit dem Amt für Sport entwickelt.

6.6 Direktorenkonferenz

Die Konferenz der OS-Direktorinnen und -Direktoren (OSDK) hat im Jahr 2006 29 Sitzungen abgehalten und in enger Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Amt für obligatorischen Unterricht (FOA) folgende Dossiers behandelt: Stundentafel, Evaluation, Einführung neuer Hilfsmittel und Methoden in verschiedenen Fächern, informatisierte Verwaltung der Noten und Schülerdossiers, Angleichung der Ausbildung in der Westschweiz und schweizweit (HarmoS), Schul- und Berufsberatung, Versuchsprojekt Schulgesundheit.

Speziell konzentriert hat sich die OSDK auf folgende Dossiers:

Die neue Stundentafel, die ab 2007 für die 3. OS gelten wird.

Die Einführung neuer Lehrmittel und neuer «Wanderpläne» in Deutsch (2. Klasse), Französisch (3. Klasse), Ethik und Religionen (2. Klasse), Musik (3. Klasse) und Allgemeinbildung (2. Klasse).

Im Übrigen traf sich die OSDK mit dem Chef des Amtes für Berufsberatung, mit der Koordinatorin für die Integration von Migrantenkindern, mit dem Direktor der kantonalen Lehrmittelverwaltung, mit den Ausbildnern in verschiedenen Fächern, mit dem pädagogischen Mitarbeiter des Bereichs Sportunterricht, mit der Präsidentin der kantonalen Kommission für Religionsunterricht, mit den fr-tic-Verantwortlichen und mit den Verantwortlichen des Büros für die Vermittlung in Straffällen Minderjähriger.

Schliesslich ist im Bereich Gesundheit noch das Projekt «Jugend und Gesundheit» zu erwähnen, das von den vier Pfeilern der Freiburger Wirtschaft lanciert und unterstützt wurde. Die Schulen beteiligten sich an diesem Projekt zusätzlich zum Programm, welches jede Schule für sich ausgearbeitet hat.

7. Orientierungsschule Deutschfreiburg

7.1 Allgemeines

7.1.1 Schulinterne Weiterbildung

Das Konzept für die interne Weiterbildung wurde weitergeführt. Jede Schule konnte innerhalb eines bestimmten Finanzrahmens und in Absprache mit dem OS-Inspektorat interne Weiterbildung planen und durchführen. Die Weiterbildungsvorhaben standen im Zusammenhang mit der laufenden Schulentwicklung und bei schon evaluierten Schulen mit den Empfehlungen aus dem Evaluationsbericht.

7.1.2 Pilotversuch mit einem Testsystem

Das Testsystem «Stellwerk» dient der Standortbestimmung nach der ersten Hälfte der achten Klasse. Die OS Kerzers begann das zweite Testjahr, um die Entscheidung über die Einführung vorzubereiten.

7.1.3 Gesundheitsförderung

Die Gesundheitsförderung in den Orientierungsschulen wurde systematisch nach einheitlichen Kriterien des Projektmanagements durch das Inspektorat beurteilt. Dieser Qualitätsnachweis war für jede einzelne Schule Bedingung, damit sie die finanzielle Unterstützung des Kantons beanspruchen konnte.

7.1.4 Sprachförderung: Einführung des Europäischen Sprachenportfolios (ESP II)

Alle Sprachlehrpersonen wurden in die Struktur des ESP II eingeführt. Nach ergänzenden schulinternen Weiterbildungskursen wurde das ESP II im Herbst 2006 in allen Orientierungsschulen eingeführt. So genannte Mentoren,

speziell ausgebildete Lehrpersonen aus den einzelnen Schulen, vermittelten ihren Kolleginnen und Kollegen den Umgang mit dem ESP.

7.1.5 Weiterbildung der Schuldirektoren

Die Schuldirektoren wurden im Rahmen mehrerer Weiterbildungskurse auf neue Themen und Aufgaben vorbereitet. Als Kursthema stand dabei die Weiterbildung der Lehrpersonen als zentrale Personalführungsaufgabe der Schuldirektoren im Mittelpunkt.

7.1.6 Externe Evaluation der Orientierungsschule Gurmels

Die erste externe Evaluation in Deutschfreiburg fand an der OS Gurmels statt. Der Bericht wurde der Schule und dem Amt für Unterricht vorgestellt. Die Schule begann, einen Plan zur Umsetzung der Vorschläge des Berichtes auszuarbeiten.

7.2 Bestände der einzelnen Schulen

	Klassen		Schüler	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Stadt Freiburg (deutsch)	21	20	374	363
Sensebezirk				
Düdingen	25	25	473	449
Plaffeien	23	23	411	419
Tafers	24	25	473	461
Wünnewil	19	18	299	303
Gurmels	10	10	215	202
Kerzers	17	17	293	292
Murten	23	22	386	391
Total	162	160	2 924	2 880

Das Übertrittsverfahren verlief wie im Vorjahr: Der Entscheid über die Zuweisung in eine Abteilung basiert auf der Empfehlung der Klassenlehrperson der Primarschule und auf einer Vergleichsprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik. Beim Entscheid wird ergänzend dazu die Meinung der Eltern berücksichtigt.

7.3 Integration fremdsprachiger Schüler/innen

Das im Jahre 2005 geplante Projekt der Kantonalen Kommission für die Einschulung von Migrantenkindern der Orientierungsschule wurde mit je einer Klasse an der OS Bulle und OS Murten gestartet. In Murten wurden die Schüler/innen aus Gurmels, Kerzers und Murten zusammengeführt. Vormittags besuchen sie Sprachintensivkurse und für den Nachmittag kehren sie in ihre Klassen am angestammten Schulort zurück. Die Projektklasse in Murten umfasst zurzeit 26 Schüler/innen. Diese sind jedoch in der Regel nicht gleichzeitig anwesend. Nach der Auswertung dieser Erfahrungen wird eine kantonal einheitliche Lösung angestrebt.

In den übrigen Orientierungsschulen Deutschfreiburgs gab es keine speziellen Sprachklassen. Die Sprachkurse wurden an allen Orientierungsschulen in Form einzelner Lektionen erteilt.

7.4 Direktorenkonferenz

Die Mitglieder der Direktorenkonferenz versammelten sich zu 21 ordentlichen Sitzungen. In der Regel waren der Amtsvorsteher oder sein Stellvertreter, der Inspektor und die Fachinspektorin für Hauswirtschaft und Handarbeit anwesend. Für die Diskussion einzelner spezieller Themenkreise nahmen externe Fachleute an den Sitzungen teil. An mehreren Klausurtagungen wurden die Entwicklung von thematisch-strategischen Schwerpunkten für die deutschsprachige OS und die Ausgestaltung von schulrelevanten Reglementen angegangen. Die Konferenz ist in insgesamt 24 Arbeitsgruppen und Kommissionen mit einer Delegation vertreten.

Schwerpunktmässig behandelte Geschäfte: die Funktions- und Arbeitsweise der Konferenz, die Gesundheitswoche, der Leitfaden für Eltern, Kinder und Jugendliche, interne Weiterbildungen zum Thema des Schulmanagements vor Ort, die Regelung der Entschädigung für Begleitpersonen in Klassen- und Sportlagern sowie in Spezialfachwochen, die externe Evaluation der OS Gurmels, die Durchlässigkeitsbestimmungen im Hinblick auf das neue Zeugnis, die Übertrittsbestimmungen OS-MS-BS, Gespräch mit dem Jugendrichter, der Gebrauch der Standardsprache im Unterricht, Gespräch mit dem Leiter der Lehrmittelverwaltung, Aufnahme und Einschulung von Migrantenkindern, Einführung des Europäischen Sprachenportfolios, Projekt «Santé jeunesse».

8. Sonderschulunterricht und Schuldienste

8.1 Statistische Angaben

	französischsprachiger Kantonsteil		Deutschfreiburg		Total	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Anzahl Schüler	710	734	120	122	830	856
Anzahl Klassen	100	102	19	17	119	119
Durchschnitt Schüler	7,1	7,2	6,3	7,2	6,97	7,2

Die Sonderschulen des Kantons bieten 752 (752) Plätze in Sonderklassen. Sie sind überbelegt (856 Kinder).

Freiburgische Kinder in anderen Kantonen:

- Deutschfreiburg: 23 (24) (BE)
- Franz. Kantonsteil: 23 (22) davon 21 im Kanton VD, 1 in NE und 1 in VS

Kinder aus anderen Kantonen in Freiburger Schulen:

- Deutschfreiburg: 3 (4) 2 BE; 1 VD
- Franz. Kantonsteil: 44 (44) 30 VD; 5 NE; 4 BE; 2 VS; 3 GE

8.2 Lehrkörper

Der Lehrkörper zählt 178 (162) französischsprachige und 46 (49) deutschsprachige Lehrpersonen, insgesamt 224 (211): 54 haben ein volles Pensum, 171 ein Teilpensum. Sie teilen sich 154,4 (148,4) volle Stellen (Deutschfreiburg 27,7 und französischsprachiger Kantonsteil 126,7). Die Lehrpersonen, die in den Regelklassen Heilpädagogischen Stützunterricht erteilen, sind nicht in diesen Zahlen enthalten.

208 von 224 Lehrpersonen sind im Besitz eines Sonderschullehrerdiploms (92,85 %).

8.3 Klasseneröffnungen und -schliessungen

2 Klassen wurden eröffnet, je eine in der Heimschule Les Buissonnets (HER) und im Therapeutischen Tageszentrum (CTJ). Die Übersicht 2006/07 zeigt eine Zunahme der Zahl der Sonderschüler/innen um 26.

8.4 Integration in der Regelklasse

Im französischsprachigen Kantonsteil leitet das Erziehungs- und Schulzentrum der Glane (CESG) den Integrationsdienst für geistig und körperlich behinderte Kinder nach kantonalem Konzept (Juni 1999). Dieses Zentrum ist vom Kanton und vom Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) anerkannt für die pädagogische Unterstützung körperlich behinderter Kinder in den Regelklassen.

Im laufenden Schuljahr befinden sich in den Regelklassen des ganzen Kantons 144 (131) Kinder, die von der IV anerkannt sind. Sie erhalten (von der IV finanzierten) Stützunterricht, der von Sonderschullehrern erteilt wird. 16 Schüler/innen sind körperlich und 128 geistig behindert. Das Institut St. Joseph sorgt für die pädagogische Unterstützung 23 gehörloser oder hörbehinderter Kinder, die ganz in einer Regelklasse der Primarschule integriert sind. 11 Kinder sind teilweise integriert.

Die sehbehinderten oder blinden Kinder, die in den Regelklassen integriert sind, werden von Sonderschullehrerinnen des Centre pour handicapés de la vue (CPHV) von Lausanne betreut und einmal wöchentlich in einer Spezialklasse in Freiburg zusammengefasst.

In Deutschfreiburg werden 54 (54) Kinder und Jugendliche im Rahmen des kantonalen Integrationskonzepts vom Schulheim Les Buissonnets betreut: 9 (11) im Kindergarten, 28 (28) in der Primarschule und 17 (15) in der Orientierungsschule. Es werden auch mehrere Kinder mit weiteren Behinderungen oder Verhaltensauffälligkeiten integriert: 1 (2) im Kindergarten, 17 (18) in der Primarschule und 16 (14) in der Kleinklasse.

Für die Integrationsdienste gibt es beim CESG 27,66 (24,3) volle Stellen, beim Institut St-Joseph 5,86 (5,68) und beim Schulheim Les Buissonnets 10,55 (10,55) Stellen.

8.5 Schuldienste

8.5.1 Personal

50 (49) Psychologen teilen sich 29,32 (28,76) ganze Stellen, 72 (77) Logopäden teilen sich 47,24 (49,13) ganze Stellen und 22 (23) Psychomotoriktherapeuten teilen sich 12,36 (11,6) ganze Stellen.

8.5.2 Schulpsychologischer Dienst

	Mädchen	Knaben	Total	%
Freiburg (französisch)	137	217	354	11,89
Freiburg (deutsch)	51	57	108	10,75
Saane, ohne Stadt	314	429	743	9,86
Broye	100	191	291	8,84

	Mädchen	Knaben	Total	%
Glane	81	108	189	6,86
Greyerz	115	178	293	5,30
See (französisch)	39	70	109	10,65
See (deutsch)	134	160	294	10,12
Sense	237	292	529	10,24
Vivisbach	35	66	101	5,06
Total	1 243	1 768	3 011	8,86

Abgeklärt, behandelt und/oder begleitet wurden in diesem Schuljahr 3011 Kinder und Jugendliche. Das ergibt einen Prozentsatz von 8,86 aller Schüler/innen der Kindergärten, Primarschulen, Kleinklassen und Orientierungsschulen. Im französischsprachigen Teil waren es 2072 (2061) Schüler/innen oder 8,34 % (8,4 %), in Deutschfreiburg 939 (950) Schüler/innen oder 10,3 % (10,3 %).

In den einzelnen Bezirken zeigten sich folgende Anteile der Schüler/innen, welche die Dienste in Anspruch nahmen: See 10,26 %, Saane 10,60 %, Sense 10,24 %, Glane 6,86 %, Broye 8,84 %, Greyerz 5,30 %, Vivisbach 5,06 %. Von den 3011 betreuten Kindern sind 1768 Knaben (58,7 %) und 1243 Mädchen (41,3 %). Bezogen auf die Gesamtzahl der Schulkinder ergibt das bei den Knaben einen Anteil von 10,19 % und bei den Mädchen einen solchen von 7,47 %.

Informationen zum Schulpsychologischen Dienst des Kantons Freiburg für das Schuljahr 2005/06:

Im vierten aufeinanderfolgenden Jahr hat der Schulpsychologische Dienst mehr als 3000 Schüler/innen betreut. Da der Dienst eng mit den Schulen zusammenarbeitet, kann er sofort intervenieren. Daneben erhalten zahlreiche Lehrpersonen im Rahmen von Gesprächen wertvolle Ratschläge und Hinweise. Die Schuldirektionen und Schulleiter/innen nehmen die Hilfe der Schulpsychologen auch regelmässig in Anspruch.

Die prozentuale Verteilung der untersuchten und betreuten Kinder in den verschiedenen Schulstufen ergibt folgendes Bild: Kleinklassen der Primarschule: 47,59 %, Kindergärten: 13,27 %, Primarschule: 9,54 %, Orientierungsschule: 4,21 % (Progymnasium: 1,78 %, Sekundarklassen: 4,43 %, Realklassen: 6,3 %, Werkklassen: 19,4 %). In der Primarschule verteilen sich die betreuten Kinder ziemlich gleichmässig auf die 6 Jahrgangsstufen mit leicht verminderter Nachfrage auf den Stufen 5 und 6.

Von den betreuten Kindern wurden 64,4 % von den Lehrpersonen, 23,6 % von den Eltern und die übrigen von Logopädinnen, Ärzten usw. angemeldet. 39 Schüler/innen nahmen selber mit den Diensten Kontakt auf. Die Anmeldegründe liegen in den Problemfeldern «Lernen und Leisten» (55,8 %), «Verhalten und Umfeld» (46 %) oder «Eigene Persönlichkeit» (33,6 %); es gibt auch Kombinationen dieser Kategorien als Anmeldegrund. Schulische Massnahmen wurden bei 21,2 % der Fälle, pädagogische/heilpädagogische bei 16,7 % der Fälle empfohlen. Weit häufiger wurden angeboten: Beratung und Begleitung (32,9 %), psychologische Unterstützung (43,6 %) sowie Systemberatung (25,4 %). Bei 5,3 % der Fälle waren keine Massnahmen erforderlich.

Die meisten Fälle wurden während des laufenden Schuljahres oder nach einem Jahr abgeschlossen (83 %). Ledig-

lich 7,6 % wurden länger als drei Jahre betreut. Diese effiziente Arbeit wird auch dadurch belegt, dass im letzten Schuljahr nur in gut 9 % der Fälle mehr als 20 Stunden aufgewendet wurden. 65 % der Fälle waren nach 10 Behandlungsstunden abgeschlossen.

8.5.3 Logopädischer Dienst

Kantonsteil	Anzahl Kinder	% der Gesamtschülerzahl	Knaben	Mädchen
Französischer Teil	1 854 (1 806)	7,46 %	1 106	748
Deutschfreiburg	1 077 (1 119)	11,72 %	691	386
Total	2 931 (2 925)	8,6 %	1 797	1 134

Nach Schulstufen:

	französisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	56	36	92	–
Kindergarten	362	216	578	16,49
Primarschule	1 298	764	2 062	10,47
Kleinklasse	64	19	83	23,71
Orientierungsschule	74	42	116	1,10
Total	1 854	1 077	2 931	8,6

Kinder in Behandlung während des Schuljahres

Stadt Freiburg (französisch)	195
Stadt Freiburg (deutsch)	61
Saane ohne Stadt (französisch)	507
Saane ohne Stadt (deutsch)	12
Saane französisch	702
Saane deutsch	73
Broye	100
Glane (7 Kinder sind deutschsprachig)	119
Greyerz (6 Kinder sind deutschsprachig)	318
See (französisch)	65
See (deutsch)	178
Sense	410
Vivisbach	78
Total	2 043

Durch die Invalidenversicherung getragene Behandlungen

Franz. Kantonsteil	1025	(919)	oder 55,3 %
Deutschfreiburg	406	(443)	oder 37,7 %
Total	1 431	(1 362)	oder 48,8 %

Die Zahlen haben sich im Vergleich mit den beiden letzten Jahren praktisch nicht verändert.

Im Schuljahr 2005/06 wurden 2931 (2925) Kinder angemeldet; dies entspricht 8,6 % der Gesamtschülerzahl, 7,46 % im französischsprachigen Teil des Kantons und 11,72 % in Deutschfreiburg. 2043 Kinder sind regelmässig in Behandlung. Dies entspricht 6 % der Gesamtschülerzahl, wobei die Verteilung auf die Regionen recht unterschiedlich ausfällt. Der Sensebezirk hat mit 7,93 % aller Schüler/innen die höchste Anzahl betreuter Kinder, der Broyebezirk mit 3,03 % den geringsten Anteil. Im Saanebezirk (französischsprachig 6,78 %; deutschsprachig 7,19 %) werden 6,82 % aller Schüler/innen logopädisch betreut.

8.5.4 Psychomotoriktherapie

Im Schuljahr 2005/06 wurden im Kanton insgesamt 649 (662) Kinder psychomotorisch betreut.

Franz.

Kantonsteil 504 (525) Schüler/innen, wovon 128 Mädchen und 376 Knaben oder 2,03 % (2,15 %) der Gesamtschülerzahl

Deutsch-

freiburg 145 (137) Schüler/innen, wovon 34 Mädchen und 111 Knaben oder 1,58 % (1,48 %) der Gesamtschülerzahl

Total 649 (662) Schüler/innen oder 1,91 % (1,96 %) der Gesamtschülerzahl.

Verteilung nach Schulstufen

	französisch	deutsch	Total	%
Vorkindergarten	11	213	–	–
Kindergarten	120	42162	464	4,62
Primarschule	363	101	8	2,35
Kleinklassen	8	0	8	2,28
Orientierungsschule	2	0	2	0,02
Total	504	145	649	1,91

Durch die Invalidenversicherung getragene Behandlungen: 14 oder 2,16 % der Behandlungen

Verteilung nach Regionen

	Mädchen	Knaben	Total
Stadt Freiburg (französisch)	19	53	72
Stadt Freiburg (deutsch)	4	20	24
Saane (französisch, ohne Stadt)	37	113	150
Broye	27	62	89
Glane	20	79	99
Greyerz	8	32	40
See (französisch)	1	4	5
See (deutsch)	18	44	62
Sense	12	47	59
Vivisbach	16	33	49
Total	162	487	649

Die Statistik für das Schuljahr 2005/06 bestätigt, dass die Zahl der Anmeldungen konstant geblieben ist. Im vergangenen Schuljahr haben 649 (662) Schüler/innen – 504 (525) französischsprachige und 145 (137) deutschsprachige – die Psychomotoriktherapie beansprucht. Davon waren 75,04 % Knaben und 24,96 % Mädchen. Dies entspricht 1,91 % aller Schüler/innen des Kantons. 85 % der Anmeldungen und der Behandlungen betrafen Kinder vom Kindergarten bis zur 3. Klasse. 73 % der Anmeldungen erfolgten durch Lehrpersonen, die übrigen durch Psychologen (11 %), Logopädinnen (5 %), Eltern (5 %) und Ärzte (2,5 %).

92 % der Anmeldungen führten je nach Schweregrad zu einer Beratung (48 %) oder Behandlung (51 %). Auf eine eingehende Analyse (Bilanz, Gespräche, klinische Beobachtungen) folgt meist eine Einzeltherapie, gelegentlich werden die Kinder auch in Gruppen betreut. Die Therapie-dauer ist recht unterschiedlich. In 90 % aller Fälle beträgt sie 6 Monate bis 2 Jahre. Im kantonalen Mittel entfällt eine

Stelle auf 2752 (2744) Schulkinder. 22 (23) Psychomotoriktherapeutinnen und -therapeuten teilen sich insgesamt 12,36 (12,25) Vollzeitstellen.

9. Schüleraustausch

9.1 Allgemeines

Im Jahre 2006 wurde in den Räumlichkeiten der OS Greyerz in La Tour-de-Trême das Koordinationsbüro definitiv eingerichtet. Während die Zahl der Schüler/innen im partnersprachlichen 10. Schuljahr leicht abgenommen hat, war bei den individuellen Austauschen während der Ferien erneut eine vermehrte Nachfrage zu verzeichnen.

Im vergangenen Jahr feierte die Organisation CH Jugendaustausch / Solothurn anlässlich des nationalen Austauschkongresses vom November 2006 in Freiburg ihren 30. Geburtstag. Ausserdem wurde Bernard Dillon, Koordinator, zum Präsidenten der Gruppe «Austausch – UGA» der NWEDK gewählt.

9.2 Partnersprachliches 10. Schuljahr

Für 145 Schüler/innen konnte ein Platz gefunden werden. Gegenüber dem Vorjahr (150) ging diese Zahl leicht zurück. Das unausgeglichene Verhältnis zwischen Deutschsprachigen (49 (54)) und Französischsprachigen (96 (96)) sorgt weiterhin für organisatorische Schwierigkeiten. Einseitige Austausche (61 mit Platzierung in einer Gastfamilie (Variante 3) und Austausche mit täglicher Rückkehr an den Wohnort (54, Variante 1) werden bevorzugt. 30 Schüler/innen haben sich für einen gegenseitigen Austausch (Variante 2) entschieden.

9.3 Klassenaustausch

Die Zahl der Klassenaustausche, die bei der Koordinationsstelle gemeldet wurden, ist im Steigen begriffen: insgesamt wurden 17 (12) Klassen (auf allen Schulstufen zusammen) und 7 (4) individuelle Austausche auf der Sekundarstufe II gezählt. Die französischsprachigen Klassen waren dabei stärker vertreten als die deutschsprachigen (11 gegenüber 6).

Es bleibt festzuhalten, dass die Zahl der Austausche sicher höher ist, da gewisse direkte Schüleraustausche vom Koordinationsbüro nicht erfasst werden.

9.4 Einzelaustausch während der Ferien

Erneut wurde eine leicht erhöhte Teilnehmerzahl festgestellt: von den 89 (86) französischsprachigen Angemeldeten konnten 77 (76) platziert werden, bei den deutschsprachigen waren es 17 (14) von 34 (26). Für den Kanton Tessin hatten sich 8 Französischsprachige und ein Deutschsprachiger angemeldet.

9.5 Schweizerischer Austauschkongress 2006 in Freiburg

CH Jugendaustausch in Solothurn hat anlässlich des nationalen Kongresses seinen 30. Geburtstag gefeiert. Mehr als 150 Lehrpersonen aus 23 Kantonen haben an diesem Kongress teilgenommen. Die Stiftung CH und der Kanton Freiburg organisierten den Anlass gemeinsam. Dabei wurden sie vom Bundesamt für Kultur unterstützt.

Spezialisten aus der Schweiz und anderen europäischen Ländern machten die Teilnehmer/innen auf die verschiedenen Aspekte der Sprachenaustausche aufmerksam, namentlich auf die praktischen Fragen der Projektdurchführung und der interkulturellen Kommunikation, die berufliche Mobilität, das Austauschangebot über Internet, die neuen Schüleraustauschmodelle sowie die Zertifizierung dieser Aktivitäten.

Im Rahmen der offiziellen Feier vom 9. November 2006 an der Universität Freiburg hielt Bundesrat Pascal Couchepin einen Vortrag über die Wichtigkeit des Austauschs zwischen Jugendlichen. Zudem äusserten sich Staatsrätin Isabelle Chassot, Präsidentin der EDK, und Christian Wanner, Stiftungspräsident und Landammann von Solothurn, zum Thema der Austauschaktivitäten im Schweizer Erziehungswesen.

Mehr als 250 Geladene aus den Bereichen Bildung, Kultur, Politik und Wirtschaft haben an der offiziellen Feier in Freiburg teilgenommen.

V. Sekundarstufe II

1. Allgemeines

1.1 Schulen und Bestände

Die Ausbildungswege der Sekundarstufe II führen zur gymnasialen Maturität, zum Handelsdiplom, zur kaufmännischen Berufsmaturität (KBM) oder zum Fachmittelschulabschluss. Folgende Schulen bieten diese Ausbildungen an:

Kollegium St. Michael, Freiburg, gymnasiale Maturität
 Kollegium Heilig Kreuz, Freiburg, gymnasiale Maturität
 Kollegium Gambach, Freiburg, gymnasiale Maturität, Handelsschule

Kollegium des Südens, Bulle, gymnasiale Maturität, Handelsschule, Fachmittelschule
 KDMS, Freiburg, Fachmittelschule.

Zudem verwaltet das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II (S2) gemeinsam mit der Direktion der Gymnasien des Kantons Waadt das Interkantonale Gymnasium Broye (GYB) in Payerne, das ebenfalls die drei Ausbildungsrichtungen anbietet.

Der Bestand der Schüler/innen der öffentlichen kantonalen Schulen auf der Sekundarstufe II sieht im Herbst 2006 folgendermassen aus:

	Knaben		Mädchen		Total (Schüler, Klassen, Mittel)					
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	2005/06			2006/07		
Fr.	1 280 = 39,06 %	1 161 = 37,60 %	1 997 = 60,94 %	1 926 = 62,40 %	3 277	151	21,7	3 087	144	21,4
Dt.	493 = 41,15 %	464 = 36,42 %	705 = 58,84 %	810 = 63,58 %	1 198	54	22,2	1 274	58	21,9
Tot.	1 773 = 39,62 %	1 625 = 37,26 %	2 702 = 60,38 %	2 736 = 62,73 %	4 475	205	21,8	4 361	202	21,6

Dazu kommen die Freiburger Schüler/innen, die das GYB besuchen, nämlich:

	Knaben	Mädchen	Total	
	2006/07	2006/07	2005/06	2006/07
Fr.	106 = 35,70 %	191 = 64,30 %	174	297

Berücksichtigt man sowohl die Abnahme der Schülerzahl in den öffentlichen Schulen als auch die Zunahme der Zahl der Freiburger/innen am GYB, stellt man fest, dass der Gesamtbestand stabil ist (+ 9). Hingegen lässt sich eine Zunahme der Zahl deutschsprachiger Schüler/innen feststellen (+ 2,44 %). Ausserdem sind die Mädchen immer stärker in der Überzahl (+ 2,35 %). Die Anzahl Schüler/innen anderer Kantone und ausländischer Schüler/innen beträgt 37 (57).

1.2 Zweisprachigkeitsangebot

Das vielfältige Immersionsangebot wird weiterhin gut genutzt. Insgesamt 411 (347) Schüler/innen absolvieren ein zweisprachiges Programm. Sie verteilen sich auf 16 (14) zweisprachige Klassen, nutzen aber auch das übrige Angebot einer kompletten oder partiellen Immersion. 2006 wurden 76 (82) eidgenössisch anerkannte Maturitätszeugnisse mit Vermerk «zweisprachig» abgegeben.

1.3 Kantonale Kollegien

Die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) und das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) haben gemeinsam eine Revision des Maturitätsanerkennungsreglements von 1995 (MAR) eingeleitet. Die EKSD hat dazu die Stellungnahmen der Schuldirektionen, der Schulkommissionen, des Unirektorats und der Lehrervereinigungen eingeholt.

Die zweite Phase der Evaluation der neuen Maturität, EVAMAR II genannt, wurde 2006 gestartet und soll ab 2007 die erworbenen Fähigkeiten und das erreichte Maturitätsniveau beurteilen, im Hinblick auf eine geeignete Vorbereitung auf ein Universitätsstudium.

1.4 Rektorenkonferenz der kantonalen Kollegien

Diese Konferenz hat neben den laufenden Geschäften der pädagogischen und administrativen Führung der Schulen insbesondere folgende Themen behandelt: Organisation der Hörverständnisprüfungen; technische Ausstattung der Klassenzimmer für den Gebrauch der IKT im Unterricht; Vernehmlassungsverfahren zur Teilrevision der Maturität.

1.5 Kommissionen

1.5.1 Schulkommissionen

Die fünf Schulkommissionen haben die laufenden Geschäfte, insbesondere die Voranschläge, die Aufnahme-

kapazitäten und die Ausstattung der Schulzimmer, behandelt. Sie wurden auch konsultiert im Rahmen der von der EDK vorgesehenen Revision des Maturitätsanerkennungsreglements.

1.5.2 Informatik

Die Kantonale Kommission für Informatik an den Schulen der Sekundarstufe II (KKI) hat ihre Arbeiten mit zwei Unterkommissionen weitergeführt. Diejenige, die sich mit der Technik befasst, erstellt das Inventar des Materials, bereitet Budgetvorschläge vor und koordiniert die Verfahren der Netzverwaltung und den Erwerb sowie den Unterhalt der Ausrüstungen. Die pädagogische Unterkommission hat ihre Abklärungen über die Weiterentwicklung des Informatikunterrichts an den Schulen der Sekundarstufe II fortgesetzt. Die Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU), zu der auch der Amtsvorsteher gehört, übermittelt der Finanzdirektion die analysierten Budgetvorschläge.

Die Fachstelle fri-tic hat zum dritten Mal den Lehrgang für Ansprechpersonen der Schulen durchgeführt. Gemäss Beschluss der EKSD müssen alle Lehrpersonen der Sekundarstufe II eine Grundausbildung im pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken absolvieren. Bis Ende 2008 müssen alle Lehrpersonen ein pädagogisches Szenario ausarbeiten, das den Einsatz der IKT nachweist, die im Verzeichnis der Fachstelle fri-tic aufgeführt sind.

1.5.3 Prüfungen

Die kantonale Prüfungskommission, die für die Maturitätszeugnisse, die Handelsdiplome und KBM zuständig ist, hat die für einen reibungslosen Ablauf der Prüfungssession 2006 erforderlichen Voraussetzungen geschaffen. Sie prüfte die Berichte der Präsidenten der Prüfungskommissionen und versuchte Probleme möglichst einheitlich zu lösen. Der Präsident der Prüfungskommission der Abschlussprüfungen der KDMS hat bei diesen Arbeiten mitgewirkt.

1.5.4 Schüleraustausche

Die Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für obligatorischen Unterricht, dem Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und der Koordinationsstelle für Sprachaustausche fördert die gegenseitige Information und die allfällige

Anpassung der Bedingungen für die Schülerschaft und die Eltern im Sinn eines bestmöglichen Aufenthalts.

1.6 Psychologischer Beratungsdienst

Der Psychologische Beratungsdienst (CPS2) setzte seine Tätigkeit im Rahmen der gegebenen Strukturen und Modalitäten fort. Das Beratungsteam besteht aus drei Personen mit einem Beschäftigungsgrad von insgesamt 50 %. Einzelne Fälle wurden wegen der langen Behandlungsdauer an private Psychotherapeuten weitergeleitet. Der CPS2 traf sich auch mit sämtlichen Mediatorinnen und Mediatoren der Kollegien und der KDMS.

1.7 Mediationsdienst

Die Mediationsdienste der Schulen werden rege beansprucht. Die Kommunikation unter den verschiedenen Diensten und die gegenseitige Unterstützung funktionieren und sind effizient. Der Zusammenhalt wird durch zwei jährliche Treffen gestärkt, die vom zuständigen Amt der Direktion organisiert werden. Ein Ausbildungszyklus, der in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung zur Sicherstellung des Nachwuchses geschaffen worden war, wurde im Herbst 2006 abgeschlossen.

1.8 Leistungsverträge mit den katholischen und reformierten Seelsorgediensten

Gemäss der Rahmenvereinbarung vom 3. Mai 2005 über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge in den staatlichen Anstalten hat die EKSD Leistungsverträge über die Ausübung der römisch-katholischen und der evangelisch-reformierten Seelsorge an den Schulen der Sekundarstufe II unterzeichnet. Künftig werden die katholischen Seelsorger direkt vom Bischofsvikariat des Kantons Freiburg angestellt und entschädigt, die reformierten Seelsorger vom Synodalrat der evangelisch-reformierten Kirche. Für diese Leistungen bezahlt der Staat den Kirchen die in der Rahmenvereinbarung vorgesehene Entschädigung.

1.9 Vereine

1.9.1 Verein der freiburgischen Mittelschullehrerinnen und -lehrer (VFM)

2006 hat die EKSD den VFM getroffen, um folgende Themen zu besprechen: Ausbildung der Lehrerschaft im pädagogischen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechniken; Klassenbestände; Fernbleiben der Schüler/innen.

1.9.2 Elternvereinigungen

Die EKSD ist mit den französischsprachigen Elternvereinen der Kollegien und dem deutschsprachige Elternverein der Kollegien der Stadt Freiburg zusammengetroffen.

1.10 Weiterbildung der Lehrpersonen

Für Kurse und Seminare, die vorwiegend von der Schweizerischen Weiterbildungszentrale in Luzern (WBZ), vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT), von der Universität Freiburg und intern von jeder Schule organisiert werden, gab es zahlreiche Anmeldungen. Der

Bereich Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule (PH) hat mehrere Abholkurse organisiert. Die Koordinationsgruppe hat die Kursorganisationsgrundlagen für die Lehrerschaft der Sekundarstufe II ausgearbeitet und die Teilnahmebedingungen festgelegt.

1.11 Analyse der staatlichen Leistungen

Die Kollegien Heilig Kreuz, des Südens, Gambach und die KDMS haben an der ersten Phase des Projekts zur Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) teilgenommen. An der Versuchsphase des Projekts ASL waren im Jahre 2005 das Amt für Unterricht der Sekundarstufe II und das Kollegium St. Michael beteiligt gewesen.

1.12 Interkantonale Zusammenarbeit

Im Rahmen der allgemeinen Schulkoordination nimmt der Vorsteher des Amts für Unterricht der Sekundarstufe II regelmässig an den interkantonalen Zusammenkünften der entsprechenden Ämter der Westschweizer Kantone und des Tessins und der Kantone der Nordwestschweiz teil. Diese Zusammenarbeit betrifft insbesondere die Qualitätskontrolle der Schulen, die Evaluation der Gymnasialausbildung, die Sprachenpolitik sowie die Reform der Handels- und Diplommittelschulen. Auf nationaler Ebene ist der Amtsvorsteher Mitglied des Beirats der Schweizerischen Weiterbildungszentrale (WBZ).

1.13 Aufnahme in die Hochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit

Die Anwärter/innen konnten die im Bereich Gesundheit verlangten Praktika dank der Organisation und Verwaltung durch die Diplommittelschule (KDMS) absolvieren. Anwärter/innen, die nicht über die erforderlichen Qualifikationen verfügen, können diese Lücken in einer modularen Ad-hoc-Ausbildung der KDMS schliessen.

2. Kollegium St. Michael

2.1 Schüler/innen

2.1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2006/07 zählt das Kollegium St. Michael 1230 (1192) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Gymnasium, fr. Abteilung	725	722	33	33
Gymnasium, dt. Abteilung	467	508	22	23
Total	1192	1230	55	56

Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Schülerzahl um 38 Einheiten zu, was zur Eröffnung einer zusätzlichen Klasse führte. Diese Veränderung betraf das deutsche Gymnasium. Die zweisprachigen Klassen wurden grösstenteils der deutschen Abteilung zugeteilt.

Verpflegung

Rund 450 Schüler/innen nehmen ihr Mittagessen entweder in der Cafeteria oder in der näheren Umgebung des Kolle-

giums ein. Die Geschäftsführung der Cafeteria wurde der Firma SCOLAREST, einer Zweigstelle der COMPASS GROUP (Schweiz), übertragen.

Wohnort	2005/06	2006/07
Im Kanton Freiburg	1 178	1 222 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	14	8 Schüler/innen

2.1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium wurden aufgenommen:

1. Jahr	321	355 Schüler/innen (französische Abteilung: 210; deutsche Abteilung: 145)
2. Jahr	12	28 Schüler/innen

2.1.3 Ausgestellte Diplome

Im Juni 2006 wurden zum fünften Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Von den insgesamt 274 Kandidatinnen und Kandidaten stellte die französische Abteilung 162, die deutsche 112. Es waren 3 Rückzüge und 14 Misserfolge zu verzeichnen, 9 bei den Französischsprachigen, 5 bei den Deutschsprachigen. Somit wurden 257 Abschlusszeugnisse ausgestellt. Die Diplome verteilen sich wie folgt:

Schwerpunktfach	fr. Gymnasium	dt. Gymnasium	zweisprachig	Total
Griechisch	10	2	1	13
Latein	8	1	1	10
Italienisch	14	2	3	19
Englisch	0	5	6	11
Spanisch	34	15	10	59
Physik und Angew. Math.	19	14	0	33
Biologie + Chemie	16	10	1	27
Wirtschaft und Recht	33	12	9	54
Bildnerisches Gestalten	16	11	3	30
Musik	0	1	0	1
Total	150	73	34	257

Bemerkungen:

- Von den insgesamt 257 eidgenössischen Maturitätsausweisen konnten 55 % an Kandidatinnen übergeben werden. Diese Beobachtung bestätigt die allgemein festgestellte Tendenz, dass der Frauenanteil für das Maturitätsdiplom weiter zunimmt.
- Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kollegien der Stadt Freiburg wurden 16 Schüler/innen von Gambach und Heilig Kreuz in ihrem Ergänzungsfach am Kollegium St. Michael geprüft, 8 Schüler/innen von St. Michael an den anderen beiden Kollegien.

2.2 Allgemeiner Schulbetrieb

2.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte

Französischsprachige Abteilung

Elternabende im Verlauf der Monate Februar und März 2006, nach den Resultaten des ersten Semesters, für das erste Jahr. 80 % der Eltern waren anwesend.

Für das zweite, dritte und vierte Jahr wurden auf Wunsch der Eltern oder der Schüler/innen Einzeltreffen durchgeführt.

Die Eltern können sich mit dem Halbsemester-, dem Semester- und dem Jahreszeugnis regelmässig über die Schulleistungen der Schüler/innen informieren.

Anfang September 2006: Informationssitzungen für die Eltern der Schüler/innen des 1. Jahrs; Vorstellung der Ausbildung (Ziele, Programme, Methoden) durch die Vorsteher.

Der Rektor und die Vorsteher haben an der GV des Elternvereins vom 9. November 2006 teilgenommen.

Der Rektor und die Vorsteher haben sich mit dem Vorstand des Elternvereins getroffen.

Deutschsprachige Abteilung

Elternabende im Februar für das erste Jahr. Die Eltern der Schüler/innen waren zahlreich anwesend. Ende Juni wurden die Eltern der zukünftigen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Ausserdem fanden individuelle Treffen der Vorsteher mit den Eltern von Schülerinnen und Schülern zur Besprechung konkreter Probleme statt.

Der Rektor und die Vorsteher haben an der Generalversammlung des Elternvereins teilgenommen. Der Rektor und die Vorsteher haben ausserdem die beiden Delegierten des Elternvereins zur Besprechung anstehender Probleme getroffen.

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

2.2.2 Lehrkörper

Im September 2006 zählt das Kollegium St. Michael 150 (152) Lehrpersonen; davon sind 50 Frauen und 100 Männer. Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 gab es 102,77 volle Pensen für 2454 Unterrichtsstunden, was eine Zunahme von einem Pensum (genau 1,12) im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Eine entsprechende Zunahme zeigt sich auch bei den Klassen (+ 1) und bei den Schülerinnen und Schülern (+ 38).

8 Lehrpersonen gingen in den Ruhestand und 5 weitere verliessen das Kollegium am Ende des Schuljahres.

10 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 5 für weniger als 12 und 5 für mehr als 12 Wochenstunden.

2.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Die kulturellen Anlässe wurden von den Vorstehern in Zusammenarbeit mit den beiden Kulturkommissionen, je eine pro Abteilung, geplant und organisiert.

Die wichtigsten kulturellen Veranstaltungen in der französischen Abteilung:

- *Il Mondo della Luna*, Oper von Joseph Haydn, Aula der Universität Freiburg
- Treffen mit dem Schweizer Schriftsteller *Franz Hohler* und seinem Übersetzer

- Vortrag von Prof. Th. Basset, Geologe: *Les multiples aspects du volcanisme*
- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg
- *Puccini sous les étoiles* mit der Freiburger Opéra de poche
- *L'art de la chute* von Guy Foissy, Theatergruppe St. Michael und Heilig Kreuz
- *Le Jardin de l'orthographe*, interaktive Ausstellung, Ass. des Semaines de la lecture
- *La Gonfle* von R. Martin du Gard, Théâtre des Osses
- *Maupassant ...en passant*, troupe du Nouveau Théâtre
- *Victor ou les enfants au pouvoir* von R. Vitrac, Théâtre des Osses
- *Percussions du monde* Vortrags-Konzert der Gruppe Top Djembe
- *Thank for smoking*, Film von J. Reitman über Lobbying der Tabakindustrie in den USA

Die wichtigsten kulturellen Veranstaltungen in der deutschen Abteilung:

- Teilnahme am Internationalen Filmfestival Freiburg
- Vorstellung der deutschsprachigen Theatergruppe St. Michael, Heilig Kreuz und Gambach

Nachdem sie am 3. Dezember 2005 am Jubiläumskonzert in der Kollegiumskirche zur 100. St. Nikolausfeier teilgenommen hatte, lud die Blasmusik des Kollegiums mit ihren 30 Mitgliedern am 31. Mai 2006 zum Jahreskonzert in die Aula des Lyzeums. Ausserdem fand vom 11. bis 14. Mai im Hospiz auf dem Simplon ein Musiklager statt.

Während der Fasnachtsferien weilten die 36 Mitglieder des Kollegiumschor im traditionellen Chorlager. Sie sangen auch am erwähnten Nikolauskonzert. Unter der Leitung von André Ducret führte der Chor am 18. Juni 2006 zum Anlass des 30jährigen Bestehens die Barockoper «Didon et Enée» von Henry Purcell auf. Bei dieser Gelegenheit verabschiedete sich A. Ducret vom Chor, den er selbst gegründet hatte. Der neue Dirigent heisst Philippe Savoy.

2.2.4 *Dies Collegiarius*

Wie im letzten Jahr wurde ein *Dies Collegiarius* organisiert, und zwar am 22. Dezember. Mit ihrem Klassenlehrer und einer weiteren Lehrperson entwickelten die Klassen ein Projekt für den Tag der offenen Tür vom kommenden April. Dieser Tag unter dem Motto «Zeig mir deine Schule» wird dem Publikum die Möglichkeit bieten, das Kollegium St. Michael im Licht der besten Projekte (wieder) zu entdecken. Aufgelockert wurde der *Dies Collegiarius* von einer Talent-Show, in der sich einige Schüler/innen allen Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schülern präsentieren konnten.

2.2.5 *Besondere Ereignisse*

Vom 14. bis 17. September fand am Kollegium St. Michael und an der Universität Miséricorde das zweite «Festival fran-

cophone de philosophie» statt. Dieser Anlass, der grossen Anklang fand, wurde vom Schweizer Presseklub und einer Gruppe von Lehrpersonen des Kollegiums organisiert.

Am Samstag, dem 2. Dezember, fand zum 101. Mal die Feier des Sankt Nikolaus statt. Ein Jahr nach dem grossen Jubiläum (100 Jahre) kehrte man wieder zu einem gemächlicheren Rhythmus zurück.

2.2.6 *Schüleraustausche*

Einzelaustausche: 2006/07 haben 10 Schüler/innen der französischsprachigen und 10 der deutschsprachigen Abteilung ein Jahr im Ausland (USA, Deutschland, Schweden) oder in der Deutschschweiz verbracht. Das Kollegium hat 4 ausländische Schüler/innen in der französischsprachigen und 6 in der deutschsprachigen Abteilung aufgenommen.

Im Winter 2006 haben 10 Schüler/innen des 2. Jahres zwei Wochen in einem Zürcher Gymnasium (Stadelhofen) verbracht; im Gegenzug gingen Zürcher Schüler/innen im Kollegium St. Michael zur Schule.

2.2.7 *Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit*

Die Schüler/innen des Ergänzungsfachs «Histoire-Sciences politiques» haben vom 22. bis 24. Mai an den SUNESCO-Tagen teilgenommen. In der Woche vor den Osterferien (3. bis 7. April) haben die meisten Schüler/innen der 3. Klassen Studientage durchgeführt. Die 1., 2. und 3. Klassen der deutschsprachigen Abteilung nahmen an einer Studienwoche teil und hatten dabei Gelegenheit, ein spezielles Thema ausführlicher und fächerübergreifend zu behandeln.

Das Kollegium zählt zu Schuljahresbeginn 2006 sieben zweisprachige Klassen, zwei im 2. Jahr, zwei im 3. Jahr und drei im 4. Jahr. Der Besuch der zweisprachigen Klassen führt zur «zweisprachigen Maturität» nach MAR-Anforderungen.

2.2.8 *Unterrichtsreform*

Die neue Maturität ist nun in allen Bereichen umgesetzt. Die Maturitätsprüfungen wurden zum fünften Mal nach dem neuen Reglement durchgeführt.

Im Herbst 2006 wurden zum sechsten Mal Maturaarbeiten abgeschlossen: die 264 Schüler/innen des 4. Jahres haben in 21 französischsprachigen und 9 deutschsprachigen Seminaren Arbeiten zu Themen in den Bereichen Literatur, Alte Sprachen, Bildnerisches Gestalten, Geschichte, Wirtschaft, Naturwissenschaften, Psychologie, Musik und Sport verfasst. Die Texte wurden auf Französisch oder Deutsch, ausnahmsweise auch auf Englisch, geschrieben. 38 Lehrpersonen betreuten die Schüler/innen.

2.3 **Gebäude, Sanierung, Umbau**

Während des Jahres 2006 wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

2.3.1 *Hauptgebäude*

- Malerarbeiten an den Fenstern auf Hofseite

- Restauration der Nische für die Muttergottes-Figur mit Kind auf Hofseite

2.3.2 *Gymnasium*

- Vollständige Instandsetzung des 2. Stocks: 5 Schulzimmer und Gang

2.3.3 *Sportzentrum*

- Vollständige Instandsetzung des Bodens und der Wände der Halle 2

2.3.4 *Kirche*

- Arbeiten am Sandstein der Aussenmauer der Sakristei (insbesondere die Gesimse und die Erneuerung der Rinnen)

2.3.5 *Aussen*

- Anschluss an das Frigaz-Netz
- Unterhalt der Wasserleitungen
- Arbeiten an der Heizung und Anschluss des alten Internats an das Gymnasium

3. Kollegium Heilig Kreuz

3.1 Schüler/innen

3.1.1 *Bestände*

Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 zählte das Kollegium Heilig Kreuz 956 (937) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Fr. Abteilung	612	612	27	27
Dt. Abteilung	325	344	14	15
Total	937	956	41	42

Verpflegung

Ungefähr 450 Schüler/innen essen mittags in der Cafeteria des Kollegiums (kleine Verpflegung), in der Mensa von Regina Mundi oder in der Ingenieurschule.

<i>Wohnort</i>	2005/06		2006/07	
Im Kanton Freiburg	926	947	Schüler/innen	
In einem anderen Kanton	11	9	Schüler/innen	

3.1.2 *Aufnahmen*

Ins Gymnasium	275	243	Schüler/innen
---------------	-----	-----	---------------

3.1.3 *Ausgestellte Diplome*

Im Juni 2006 wurden zum fünften Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Insgesamt haben 188 (226) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 183 (215) bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	fr. Gymnasium	dt. Gymnasium	zweisprachig	Total
Italienisch	7	6	6	19
Englisch	6	3	0	9
Spanisch	14	7	7	28
Physik und Angew. Math.	8	10	0	18
Biologie + Chemie	21	11	4	36
Wirtschaft und Recht	26	21	6	53
Bildnerisches Gestalten	20	0	0	20
Total	102	58	23	183

3.2 Allgemeiner Schulbetrieb

3.2.1 *Neue Rektorin*

Am 1. August 2006 trat Christiane Castella Schwarzen ihre Stelle als neue Rektorin an. Sie ersetzt Annemarie Schobinger, die in den Ruhestand trat.

3.2.2 *Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte*

In der französischen Abteilung: 21 Elternabende für 13 Klassen: Beteiligung der Eltern: 70 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

In der deutschen Abteilung: 7 Elternabende für 7 Klassen: Beteiligung der Eltern: 75 %; ein Informationsabend für die Eltern der neuen Schüler/innen.

Elternvereine: die Leitung hat an zwei Sitzungen der Schulkommission teilgenommen.

3.2.3 *Lehrkörper*

Im September 2006 zählt das Kollegium Heilig Kreuz 120 (123) Lehrpersonen, davon sind 65 (63) Frauen und 55 (60) Männer. Im Voranschlag 2006 waren 76,05 (78,39) volle Pensen vorgesehen.

7 Lehrer/innen wurden neu angestellt, davon

6 für weniger als 12 und 1 für mehr als 12 Wochenlektionen.

3.2.4 *Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe*

Veranstaltungen: 2 Theateraufführungen, 2 Filme im Rahmen des «Freiburger Filmfestivals», 3 Filme in engl. Originalfassung, 4 Schüleraufführungen, 2 Konzerte, eine Oper, das traditionelle Sportfest, Vorträge (Abstimmungen), 2 Ausstellungsbesuche und 2 Fabrikbesuche im Rahmen des Schwerpunktfachs «Wirtschaft und Recht», 4 Ausstellungsbesuche im Rahmen des Schwerpunktfachs «Bildnerisches Gestalten», Besuch einer Ausstellung im Rahmen des Ergänzungsfachs «histoire ancienne».

Themen der Projektwoche waren: Die Menschenrechte und die Tätigkeit des IKRK, Indien im Leben Gandhis, CO₂-neutral leben, Jugendprobleme, Kriminologie, Gewalt, Sozialaspekte, Wirkung und Folgen der Drogen (Le Tremplin), Synthese und Analyse von Molekülen.

3.2.5 Besondere Ereignisse

Verfassen des jährlichen Sempervivum (yearbook); Besinnungstage auf dem Simplon; WINS-Woche (Women in science and technology) für die Schülerinnen der 3. Klassen.

SUNESCO.

Vortrag «Jugend debattiert».

Studienwoche in Rom für Schüler/innen der «Alten Sprachen», organisiert vom kantonalen Forum der Alten Sprachen.

«Don Quijote»-Tag für die Schüler/innen des Schwerpunktfachs «Spanisch».

Wirtschaftswoche, organisiert von der Freiburger Handelskammer.

3.2.6 Schüleraustausche

34 Schüler/innen des Kollegiums Heilig Kreuz verbrachten einen Sprachaufenthalt in der deutschsprachigen Schweiz, in den USA oder in Deutschland. Die Schule nahm 7 Schüler/innen aus der Deutschschweiz, Deutschland, Italien, Schweden, den USA und aus Argentinien auf.

3.2.7 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zweisprachigkeit:

1 deutschsprachige Schülerin in der französischsprachigen Abteilung,

11 französischsprachige Schüler/innen in der deutschsprachigen Abteilung,

1 zweisprachige 4. Klasse

1 zweisprachige 3. Klasse

1 zweisprachige 2. Klasse

Den Maturitätsausweis mit dem Vermerk «zweisprachige Matura» haben 23 Schüler/innen erhalten, 10 deutschsprachige, 13 französischsprachige.

3.3 Gebäude, Reparaturen und Unterhalt

Ersetzung von 6 Türen in der Sporthalle

Neue Bodenbeläge in 2 Schulzimmern

Einrichtung von 8 «Whiteboards» in der Eingangshalle

Neue Fliesen in 3 Umkleieräumen

Kauf und Austausch von Schülerfächlein

Neue Lampen in den Umkleieräumen und in der Velo-Garage

Installation eines Verdunkelungsvorhangs im Saal 307

Ersetzung von 225 Schülerstühlen

Ersetzung von 45 Lehrerstühlen

4. Kollegium Gambach

4.1 Schüler/innen

4.1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahrs 2006/07 zählt das Kollegium Gambach 658 (626) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Klassen		
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07	
Fr. Abteilung	267	268	14	14	
Dt. Abteilung	176	207	8	9	
Handelsschule fr.	Diplom	76	81	4	4
	KBM	38	33	2	2
Handelsschule dt.	Diplom	31	40	2	2
	KBM	20	16	1	1
Kant. Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung (FAV) dt. und fr.	18	13	1	1	
Total	626	658	32	33	

Am Anfang des Schuljahrs 2005/06 zählt die unter der Verantwortung des Kollegiums Gambach geführte Handelsschule Sacré-Cœur 22 Schüler/innen. Seit Beginn des Schuljahrs 2006/07 besuchen die Schüler/innen, die im Broyebezirk wohnen, die Handelsschule im Interkantonalen Gymnasium in Payerne.

Wohnort	2005/06	2006/07
Im Kanton Freiburg	618	645 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	7	8 Schüler/innen
Im Ausland wohnhaft (Austausch)	1	5 Schüler/innen

4.1.2 Aufnahmen

Ins Gymnasium	118	165 Schüler/innen
In die Handelsschule und KBM	57	59 Schüler/innen
In die kant. FAV-Ausbildung	18	13 Schüler/innen
Total neu aufgenommen	193	237 Schüler/innen

4.1.3 Diplome

Gymnasialmaturität

Im Juni 2006 wurden zum fünften Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Insgesamt haben 88 (91) Kandidatinnen und Kandidaten am Examen teilgenommen; davon haben 84 (88) bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfach	Fr. Abteilung	Dt. Abteilung	Zweisprachige	Total
Italienisch	11	2	0	13
Englisch	8	7	0	15
Spanisch	12	5	1	18
Biologie + Chemie	11	0	0	11
Wirtschaft und Recht	12	13	2	27
Total	54	27	3	84

Handelsdiplom

Von den 59 (63) Kandidatinnen und Kandidaten haben 53 (59) das Handelsdiplom erhalten. Verteilung:

fr. Abteilung	40 (40)
dt. Abteilung	13 (19)
Handelsschule Sacré-Cœur: 19 (22) Kand.	13 (18)

Kaufmännische Berufsmaturität

Von den 22 (29) Kandidatinnen und Kandidaten haben 22 (22) die Berufsmaturität bestanden. In der Handelsschule Sacré-Cœur haben 7 (9) Kandidatinnen und Kandidaten von 7 (9) die KBM erfolgreich abgeschlossen.

Kantonale Ausbildung Fachangestellte/r für Verwaltung FAV:

Von den 13 (11) Kandidatinnen und Kandidaten haben 13 (11) das Diplom erhalten.

4.2 Allgemeiner Schulbetrieb*4.2.1 Zusammenarbeit mit den Eltern und andere Kontakte*

In den Monaten Februar und März 2006 wurden 18 deutsche und französische Elternabende für die Eltern der Schüler/innen der 1. 2. und 3. Klassen organisiert.

Zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen jeder Abteilung haben im Juni 2006 stattgefunden.

Während des Schuljahrs gab es auch zahlreiche persönliche Kontakte zwischen den Eltern und der Direktion (Rektor/Vorsteherin/Vorsteher).

Der Rektor hat an den Sitzungen der Schulkommission teilgenommen, ebenso an 3 Informationssitzungen, die für die Eltern der OS-Schüler/innen organisiert wurden.

4.2.2 Lehrkörper

Im September 2006 zählt das Kollegium Gambach 96 (92) Lehrpersonen, 44 (42) Frauen und 52 (50) Männer. Im Vorschlag 2006 waren 63,18 (63,05) volle Pensen vorgesehen.

Die Handelsschule Sacré-Cœur in Estavayer-le-Lac existiert ab dem Schuljahr 2006/07 nicht mehr.

5 Lehrerinnen haben das Kollegium am Ende des Schuljahrs 2005/06 verlassen: Sind in Pension gegangen: Bernhild Känzig und Monique Vonlanthen; Rücktritt von Michèle Comte, Miriam Keel und Christiane Castella Schwarzen, die zur Rektorin am Kollegium Heilig Kreuz ernannt wurde.

Tod von Bruno Schuwey, Philosophielehrer.

13 Lehrpersonen sind neu angestellt worden, davon 6 für weniger als 12 und 7 für mehr als 12 Wochenstunden.

4.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderem haben ganze Klassen oder Teile von Klassen folgende Anlässe besucht:

- Filme: «Joyeux Noël» von Christian Carion; internationales Filmfestival, Freiburg: «A Maquina», brasiliani-

sche Produktion, im Rahmen der Thema-Tage für interessierte Klassen (Vorbereitung auf die Filme, Vorführung, Begegnungen, Gespräche mit Regisseuren).

- Theateraufführungen und Konzerte: «Médiévaux 2005», von der Truppe Gamb'Art inszenierte Theaterstücke; «The Taming of the Shrew» von William Shakespeare by the Cambridge University; «Mère Courage et ses enfants» sowie «L'Avare» von Molière im Théâtre des Osse; «Odysseus kehrt heim», Freifachtheater der 3 Kollegien; «La Pastorale des Santons», Weihnachtsspiel, und «La Cantatrice chauve» von Eugène Ionesco, beide inszeniert von der Truppe Gamb'Art, unter der Regie von Sr. A.-F. Hostettler; «La Bête» von David Hirson im Espace Nuithonie.
- Besuche und Ausflüge: Geografielager im Jura, Ausflug nach Champ-Pittet, Studententage in der Ingenieurschule, im Naturhistorischen Museum, im Institut für Pflanzenbiologie, im Atomkraftwerk Mühleberg, im Flugzentrum Payerne, Beteiligung am SUNESCO.
- Die Thema-Tage: Arbeitsmethoden, interdisziplinäre Tagungen, KBM-Bildungstage, berufliche Praxis und für alle Klassen verschiedene Themen wie: Die Landwirtschaft in der Schweiz, das Recht in der Praxis, Ernährung, Herstellung von Drehbüchern und Filmen.
- Informationssitzungen/Vorträge: Vorstellung der Schwerpunktfächer, Teilnahme der Schüler/innen der 3. Gymnasialklassen und der 2. Handelsschulklassen an Berufsinformationen, Job-info, «People with AIDS»: Zeugenaussagen, Vortrag der ACAT zum Thema «Verlust der Menschenwürde», Bildungstag in Broc über das Arbeitsrecht und zum Thema «Die Unternehmung und ihr Personal», Tage der offenen Tür an der Universität Freiburg, Informationen über Austauschmöglichkeiten (Ausland).
- Die Schule organisierte drei aufeinander folgende polysportive und Ski-Sporttage; die Schüler/innen nahmen auch an den Wettkämpfen teil, die von den Sportlehrerinnen und -lehrern organisiert wurden.

4.2.4 Besondere Ereignisse

Neues Kollegium Gambach: Vorstellen der Vorschläge und Diskussion.

400-Jahr-Jubiläum der Gründung der Ursulinenschwestern-Kongregation.

4.2.5 Schüleraustausche

10-tägiger Schüleraustausch mit dem Kollegium Harker von San José, Kalifornien.

*4.2.6 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit**Berufspraxis an der Handelsmittelschule*

Gambach Challenge Enterprise ist ein Pilotprojekt, das momentan an unserer Schule getestet wird. Sein Ziel ist die Förderung der praktischen Berufsausbildung an der Handelsschule. Im Herbst 2006 fand eine erste Zwischenbe-

wertung durch das BBT statt. Einige Verbesserungen sollen helfen, das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Schüler/innen des 3. Jahres sind jetzt in der spannenden Phase der Projektverwirklichung.

Integration der IKT im Unterricht

Die Ausbildung der Lehrpersonen in den IKT ist in vollem Gang. Sämtliche Lehrpersonen nehmen an solchen Kursen teil. Das Ziel ist, ein pädagogisches Szenario zu erstellen, das zeigen soll, dass die Lehrer/innen diese Mittel einsetzen können. Dank der unterstützenden Personen sind schon mehrere Projekte realisiert worden, weitere sind im Entstehen begriffen.

Die Gesundheit der Schüler/innen

Die Gesundheit der Schüler/innen ist sehr wichtig. Mit Hilfe der LIFAT und der Suchtpräventionsstelle schlägt das Kollegium Gambach ein fortschrittliches Präventionsprogramm vor, das unterschiedliche Aspekte beinhaltet und den Bedürfnissen der Schüler/innen entspricht. Solch ein Programm verfolgt als allgemeines Ziel die Gesundheit und das Wohlergehen der Schüler/innen und damit auch den erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung. Studientage für die Lehrpersonen und Klassendelegierten sollen diesem Projekt zum Erfolg verhelfen.

4.3 Gebäude, Sanierung und Anpassung

4.3.1 Gebäude

Das Kollegium hat vier Gebäudekomplexe: das Hauptgebäude (A), Eigentum der Ursulinschwestern; 3 Schulzimmer in einem Pavillon im Garten (Eigentum des Staates); 17,5 Schulzimmer in den FOS-Gebäuden (B); das Kollegium benutzt ein Drittel der Sportinfrastrukturen der KDMS.

Wie schon in den vergangenen Jahren gibt es zunehmend ein Platzproblem (Raummangel, ungeeignete Ausstattung usw.). Mit dem Neubau und den neuen Einrichtungen werden diese Probleme aufgehoben.

4.3.2 Bauarbeiten 2006

Gebäude A: verstellbare Hocker für das Schulzimmer der Naturwissenschaften mit Labor. Installation weiterer Beamer (Geografiezimmer, Patio).

Gebäude B (FOS): Montage von Lamellenvorhängen in den 3 Schulzimmern des Untergeschosses.

4.3.3 Projekte

Neues Kollegium, Stand des Projekts

Dank der Arbeit der dafür eingesetzten Arbeitsgruppe ist das Projekt abgeschlossen. In zahlreichen Sitzungen, an denen auch die Lehrpersonen teilnahmen, wurden für alle angesprochenen Probleme geeignete Lösungen gefunden. Auch der Quartierverein Guintzet-Gambach wurde über dieses Projekt auf dem Laufenden gehalten. Gleiches galt für die direkten Nachbarn des Kollegiums. Dieses transparente Vorgehen dürfte die Realisierung des Projekts erleichtern.

Das Dossier wurde am 15. Dezember 2006 zur öffentlichen Auflage weitergegeben. Dies ist zweifellos eine wichtige Etappe auf dem Weg zum neuen Kollegium.

5. Kollegium des Südens

5.1 Schüler/innen

5.1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 zählte das Kollegium des Südens 837 (800) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Abteilungen:

	Schüler/innen		Klassen	
	2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Gymnasium	546	563	27	26
Handelsschule Diplom	74	73	6	6
KBM	29	32	0	0
Diplommittelschule	151	169	7	7
Total	800	837	40	39

Trotz der Zunahme der Schülerbestände konnte eine Klasse wegen verschiedener Zusammenlegungen geschlossen werden.

Verpflegung: Die Anzahl der in der Schule eingenommenen Mittagessen bleibt stabil bei 250.

<i>Wohnort</i>	2005/06	2006/07
Im Kanton Freiburg	798	837 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	2	0 Schüler/innen

5.1.2 Aufnahmen

	2005/06	2006/07
Ins Gymnasium	157	195 Schüler/innen
In die Handelsschule	40	36 Schüler/innen
In die Diplommittelschule	77	55 Schüler/innen
Total neu aufgenommen	274	286 Schüler/innen

5.1.3 Ausgehändigte Diplome

Maturitätsausweis

Im Juli 2006 wurden zum fünften Mal Maturitätsausweise nach dem Reglement des MAR 95 ausgehändigt. Von 142 (133) Kandidatinnen und Kandidaten haben 139 (126) die neue Matura bestanden. Verteilung:

Schwerpunktfächer	Französischspr.	Zweisprachig	Total
Griechisch	4	0	4
Latein (Fortgeschrittene)	1	1	2
Italienisch	2	1	3
Englisch	8	2	10
Spanisch	24	4	28
Physik und Angewandte Mathem.	12	0	12
Biologie + Chemie	31	5	36
Wirtschaft und Recht	25	2	27
Bildnerisches Gestalten	13	0	13
Musik	3	1	4
Total	123	16	139

Handelsdiplom

Von 29 (11) Kandidatinnen und Kandidaten haben 26 (10) das Diplom erhalten.

Kaufmännische Maturität

Von 9 (5) Kandidatinnen und Kandidaten haben 9 (5) die Berufsmaturität bestanden.

Diplommittelschule

Von 28 (20) Kandidatinnen und Kandidaten haben 28 (20) das Diplom erhalten.

5.2 Allgemeiner Schulbetrieb*5.2.1 Eltern- und andere Kontakte*

- Dezember 2005: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 1. Klassen.
- Februar 2006: Elternabend für die Eltern der Schüler/innen der 2. und 3. Klassen.
- Zahlreiches Erscheinen der Eltern (Treffen mit der Direktion und den Lehrpersonen).
- Zahlreiche persönliche Kontakte (Direktion, Lehrkörper) mit Eltern der Schüler/innen bei Problemen jeglicher Art oder bei Neuorientierung.
- Informationsabend für die Eltern künftiger Schüler/innen Anfang Dezember 2006: Präsentation der verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten (Handelsschule-Diplommittelschule-Gymnasium).

5.2.2 Lehrkörper

Im September 2006 zählte das Kollegium des Südens 108 (101) Lehrpersonen, 40 (37) Frauen und 68 (64) Männer. Im Voranschlag 2006 waren 71,66 (69,27) volle Pensen vorgesehen.

Ein Lehrer ist in den Ruhestand getreten.

9 Lehrer/innen wurden neu angestellt, davon

4 für weniger als 12 und 5 für mehr als 12 Wochenlektionen.

5.2.3 Kulturelle Veranstaltungen

Die meisten kulturellen Aktivitäten werden von der Kulturkommission (OS Greyerz in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens) angeboten. Hinzu kommen die vom Lehrkörper organisierten Veranstaltungen (Vorträge, Besuche, Thementage usw.). Hier die wichtigsten Aktivitäten und Veranstaltungen:

- Konzerte: Dobrzelewski-Konzert; Opéra de poche, Freiburg; Salon – Passion: Streichorchester; Sunside: Jazz; Konzert des Kollegiumschors; Konzert des «Ensemble instrumental du Collège du Sud et du Cycle d'Orientation de la Gruyère».
- Theater: *Mère Courage* von Bertolt Brecht, Théâtre des Osses; *On liquide* von Antoine Jaccoud, Théâtre en Flammes; *Shakespeare for Sale*, englisch gesprochenes Theaterstück.

- Filme: «Ciné-club» des Kollegiums des Südens, 6 Vorführungen pro Schuljahr; *Mais im Bundeshuus*, von Jean-Stéphane Bron.
- Vorträge: *Die Zukunft der Schweiz*; Begegnung mit Martin Gray, Autor von *Au nom de tous les miens*; Vortrag von Professor Hubert Schneuwly über die Relativitätstheorie; Vortrag über die Frankophonie (Sandra Coulibaly Leroy, Jean-Marie Vodoz, Jean-François Paroz); Vortrag von Jacques Salomé; Vortrag von Léon Reich, Überlebender des KZ Buchenwald.
- Ausstellungen «Regards sur la francophonie»; Romano Riedo; Polnische Auswanderer in der Schweiz; zeitgenössisches Theater; Die wunderbare Reise des Hl. Augustinus; Comics; Arbeiten von Schüler/innen des Schwerpunktfachs Bildnerisches Gestalten.
- Thementage: Besuch des Konzentrationslagers Struthof (Elsass) für die Schüler/innen der Abschlussklassen; Besuch des Schweizer Parlaments für die Schüler/innen der 3. Klasse; Wallfahrt nach Santiago de Compostela; Museumsbesuche in Genf (Penthes und Rotes Kreuz); *De l'un à l'autre un autre regard* (Ausstellung, Vorträge, Film); Leserpreis des Kollegiums des Südens; Verkauf von gebrauchten Büchern durch den Schülerrat; Suchtprävention «Alkohol am Steuer»; Sartres.
- Sportliche Anlässe: 2 Sommer- und ein Winter-Sporttag:

5.2.4 Schüleraustausche

Die Austausche sind zahlreich und verschiedenartig.

28 Schüler/innen kamen in den Genuss eines Auslandsaufenthalts: 11 für ein ganzes Jahr, 4 für 3 Monate, 13 für einen Kurzaufenthalt.

Das Kollegium des Südens hat im einseitigen Austausch 12 Schüler/innen aufgenommen.

Die kulturelle Partnerschaft mit dem «Lycée Mahamane Alassane HAIDARA» Tumbuktu (Mali) wurde fortgesetzt. Es finden regelmässige Austauschprojekte mit dem «Collège Edouard-Montpetit» von Longueuil (Québec) statt. Ebenso wird in Tilff (Belgien) ein jährliches Treffen mit dem Dreikönigsgymnasium (Köln) und dem Miniemeninstituut (Löwen) organisiert.

5.2.5 Programme, Ausbildung, Zweisprachigkeit

Zu Schulbeginn 2006 besuchten 119 (74) Schüler/innen das zweisprachige Programm. Die in deutscher Sprache unterrichteten Fächer sind: in der 1. Klasse: Einführung in Wirtschaft und Recht; in der 2. Klasse: Physik und Geschichte; und in der 3. und 4. Klasse: Mathematik und Geschichte. Die betreffenden Schüler/innen werden ihre gymnasiale Ausbildung mit dem in der neuen Maturität vorgesehenen Vermerk «zweisprachig» abschliessen.

6. Kantonale Diplommittelschule (KDMS)

6.1 Schüler/innen

6.1.1 Bestände

Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 zählte die KDMS 683 (724) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt:

		Schüler/innen		Klassen	
		2005/06	2006/07	2005/06	2006/07
Fr. Abteilung	1. Jahr	202	187	9	8
	2. Jahr	192	160	7	7
	3. Jahr	151	179	6	7
Dt. Abteilung	1. Jahr	76	52	3	3
	2. Jahr	46	66	2	3
	3. Jahr	57	39	2	2
Total		724	683	29	30

Von den 683 (724) Schülerinnen und Schülern sind 150 (160) Knaben.

Verpflegung:

Rund 400 Schüler/innen bleiben am Mittag in der Schule: 300 essen im Schulrestaurant und 100 verpflegen sich selbst.

Wohnort	2005/06	2006/07
Im Kanton Freiburg	701	676 Schüler/innen
In einem anderen Kanton	23	7 Schüler/innen

6.1.2 Aufnahmen

In der französischsprachigen Abteilung wurden 208 (224) neue Schüler/innen aufgenommen. In der deutschsprachigen Abteilung zählt man 61 (102) neue Schüler/innen. Insgesamt wurden 269 (326) neue Schüler/innen aufgenommen.

43 (52) Erwachsene, die zusammen eine Klasse bildeten, besuchten den Ergänzungskurs, der auf die Aufnahme in die Fachhochschule für Gesundheit und Soziale Arbeit der HES-SO vorbereitet.

6.1.3 Diplome

In der französischen Abteilung: 136 (118) Schüler/innen haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Fachmittelschuldiplom erhalten, davon 91 (90) Mädchen.

Deutschsprachige Abteilung: 52 (31) Schüler/innen haben nach 3 Ausbildungsjahren ihr Fachmittelschuldiplom erhalten, davon 47 (27) Mädchen.

Erwachsenenbildungskurse: 43 (32) Erwachsene haben ein Zertifikat für die Aufnahme in die HES-SO erworben, davon waren 26 (19) Frauen.

6.2 Allgemeiner Schulbetrieb

6.2.1 Schule – Eltern und andere Kontakte

Folgende Begegnungen haben stattgefunden:

- zwölf Elternabende mit den Lehrpersonen, Schülerinnen und Schülern;

- zwei Informationsabende für die neuen Schüler/innen und ihre Eltern;
- zwei Informationsabende für die Schüler/innen des 3. OS-Jahrs und ihre Eltern;
- eine Informationsveranstaltung über die Erwachsenenbildungskurse.

Die Schulkommission hat drei Sitzungen abgehalten.

6.2.2 Lehrkörper

Im September 2006 zählte die KDMS 84 (80) Lehrpersonen, davon 44 (42) Frauen und 40 (38) Männer. Im Vorschlag 2006 waren 52,67 (53,42) volle Pensen vorgesehen.

8 Lehrpersonen haben die Schule am Ende des Schuljahres verlassen, 3 wurden pensioniert.

Eine Lehrperson hat einen einjährigen unbezahlten Urlaub gewählt.

12 Lehrer/innen wurden neu angestellt, davon

7 mit weniger als einem halben Pensum, 5 mit mindestens einem halben Pensum.

Zum Thema der Neuorganisation der Schule wurde für die Lehrpersonen ein pädagogischer Tag organisiert: Änderung der Benennung (Fachmittelschule), Änderung der Studentafel und Revision des Rahmenlehrplans.

6.2.3 Kulturelle, erzieherische und sportliche Anlässe

Unter anderen wurden folgende Veranstaltungen organisiert, besucht oder angeboten:

- Filme: «Va, vis et deviens» von R. Mihaileanu und «Joyeux Noël» von C. Carion; Teilnahme am Internationalen Filmfestival, Freiburg.
- Theater, Tanz, Musik, Gesang: «Le Tanneur» von J. Steinauer, im Werkhof; «Mère Courage» von Bertolt Brecht, Théâtre des Osse; «Puccini sous les étoiles», International Pocket Opera; «Il Mondo della Luna» von F.-J. Haydn; «George Sand et Gustave Flaubert»; «Echanges épistolaires», Inter-Europe Spectacles, Paris; musikalische Aufführung in der Kirche des Kollegiums St. Michael; «Les Pas perdus» von D. Bonal, Theatergruppe der KDMS; «L'abbé Bovet Superstar» in Vallamand; Schauspiel «Musique et Danse», Chor und Tanzgruppe der KDMS; «I have a dream»; Oper «Il Trovatore» von G. Verdi, in Avenches.
- Seelsorge: zusätzlich zu den Aktivitäten, die mit dem liturgischen Jahr verbunden sind: Besuch von 12 Heimen und Institutionen während der Adventszeit, intergymnasiale Besinnungstage auf dem Simplon, im Ranft und in Taizé, Orangen- und Mimosaverkauf, Aktion «Le Puits» für den Bau eines Brunnens in Senegal.
- Besuche: Schulreisen mit Besuch von 15 Museen und Gegenden der Schweiz; Ökologische Exkursionen; Besuche von Ausstellungen des Naturhistorischen Museums; Educa 2006 in Genf; Labor Seculab an der Berufsschule.

- Vortrag: «La mémoire intérieure» von C. Singer, Schriftstellerin.
- Sport: Orientierungslauf im Moncor-Wald; traditionelle Basketball-, Volleyball- und Fussballturniere; Unihockey; Match zwischen Lehrern und Schülern; Teilnahme an der «Giant X Tour 2006» in Montana; Winterlager in Montana für die Schüler/innen des 2. Jahres; Polysporttage mit Ski und Snowboard in Anzère und verschiedenen Sportarten in Freiburg (Fitness, Kampfsport, Badminton, Hip-Hop, Schlittschuhlaufen, Schwimmen, Schneeschuhlaufen); Leichtathletik und Fussmarsch am Ende des Schuljahres.

6.2.4 Besondere Ereignisse

In der Studienwoche «Gesundheit, Information und Berufsorientierung» wurden 56 Veranstaltungen (Vorträge und Informationen) mit Workshops zu anschliessenden Schulen und Ausbildungen in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Erziehung durchgeführt.

Da nun ein Vorbereitungsjahr für die Aufnahme an die HES-SO eingeführt wird, entfällt das obligatorische vorbereitende Praktikum von 12 Wochen. Alle Schüler/innen der Richtungen Gesundheit sowie Soziales und Erziehung verbringen während ihrer Zeit an der FMS 2 bis 4 Wochen in einer Institution.

6.2.5 Austausch

Die Aktion Tandem, die Schülerpaare aus beiden sprachlichen Abteilungen gruppiert, hat gut funktioniert.

Einige zweite Klassen beider Sprachabteilungen besuchten gemeinsam zweisprachigen Unterricht.

Zwischen Schülerinnen und Schülern der ersten Klassen und der Fachmittelschule Zug fand ein Briefwechsel statt.

25 Schüler/innen haben einen einjährigen Sprachaufenthalt absolviert, teils in andern Regionen der Schweiz, teils in anderen europäischen Ländern, aber auch in Australien und Amerika.

6.2.6 Programme, Ausbildung

Das Verfahren zur Qualitätsmanagement-Zertifizierung wird demnächst abgeschlossen (2007).

Die Überarbeitung der Reglemente der FMSF und des Fachmittelschulausweises sowie die Revision der Lehrpläne werden im Hinblick auf die Anerkennung der neuen Fachmittelschule durch die EDK weitergeführt.

6.3 Gebäude

Die 3 Schulgebäude sind vollständig belegt.

7. Interkantonales Gymnasium der Region Broye

Die Eigenheit des Interkantonalen Gymnasiums der Region Broye besteht darin, dass es sowohl Schüler/innen aus der Freiburger Broye als auch solche aus der Waadtländer Bro-

ye aufnimmt. Am 1. September 2006 zählte das GYB 547 Schüler/innen. Der Vollbestand wird erst im August 2008 erreicht sein, mit etwa 850 bis 900 Schülerinnen und Schülern.

7.1 Schüler/innen

7.1.1 Schülerzahlen

Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 zählte das GYB 547 (308) Schüler/innen. Sie verteilen sich wie folgt:

	Schüler/innen		Aufteilung		Klassen
	FR	VD	Mädchen	Knaben	
1. Jahr Maturität	104 (98)	11 (15)	61 (52,6 %)	55 (47,4 %)	5
2. Jahr Maturität	88 (4)	94 (73)	117 (64,3 %)	65 (35,7 %)	7
3. Jahr Maturität	5 (0)	61 (0)	41 (62,1 %)	25 (37,9 %)	3
1. Jahr Diplom	49 (55)	42 (46)	62 (68,1 %)	29 (31,9 %)	4
2. Jahr Diplom	38 (17)	39 (0)	55 (71,4 %)	22 (28,6 %)	3
3. Jahr Diplom	13 (0)	2 (0)	7 (46,6 %)	8 (53,4 %)	1
Total	297 (54,4 %)	249 (45,6 %)	343 (62,7 %)	204 (37,3 %)	23

Das Restaurant findet weiterhin grossen Anklang: etwa 300 Mahlzeiten im Tagesdurchschnitt, was 55 % der Schüler/innen entspricht. Nicht mitgezählt sind dabei Mahlzeiten, die in den zur Verfügung stehenden Mikrowellengeräten aufgewärmt werden.

7.2 Allgemeiner Schulbetrieb

7.2.1 Interkantonale Organe

Der Aufsichtsrat des GYB ist für die Oberaufsicht der Schule und ihren guten Betrieb verantwortlich. Im Jahre 2006 wird er von Anne-Catherine Lyon, Staatsrätin des Kantons Waadt, präsidiert. Unter ihrer Leitung wurden 3 Sitzungen abgehalten. Der Aufsichtsrat hat sowohl die Rechnung 2005 als auch den Voranschlag 2007 des Direktors genehmigt. Ausserdem hat er die Stundentafel und den Lehrplan für die Fachmittelschule und die Handelsschule festgelegt. Für die Maturitätsabteilung hatte er diese Arbeit bereits im Jahre 2005 erledigt. Diese Bildungswege haben damit ihr eigenes Profil, wobei die gleichwertigen Ausbildungen in den Kantonen Waadt und Freiburg berücksichtigt werden.

Die interparlamentarische Aufsichtskommission des GYB besteht aus 7 Waadtländer und 7 Freiburger Grossräten. Im Jahre 2006 wird sie von der Waadtländer Grossrätin Roxanne Meuwly Meyer präsidiert. Die interparlamentarische Aufsichtskommission konnte Kenntnis nehmen von der Rechnung 2005 und vom Voranschlag 2007.

Die beratende Kommission setzt sich zusammen aus Vertretern der lokalen Behörden, Eltern von Schülerinnen und Schülern, Schülerinnen und Schülern selbst sowie Lehrpersonen. Ihre 15 Mitglieder wurden vom Aufsichtsrat des GYB im Frühjahr und im Herbst 2006 bestimmt. Sie hat unter der Präsidentschaft von Jean-Edouard Buchter 2 Sitzungen abgehalten.

7.2.2 Verwaltung und Lehrkörper

Direktion und Verwaltung des GYB werden allmählich eingesetzt. Im Jahre 2006 wurden 2 Hilfs-Abwarte angestellt. Damit stieg die Zahl der Mitarbeiter von 5,4 Vollzeitäquiva-

lenten auf 6,4. Der finanzielle Aufwand für die Verwaltung in Bezug auf den Gesamtaufwand nimmt indessen stetig ab (von 19 % im Jahr 2005 auf 10 % im Jahr 2006). Gleiches gilt für die «Unterstützenden Dienste», bei denen eine Präparatorin für die Naturwissenschaften sowie ein Bibliothekar zur Gruppe mit der Berufsberaterin, der Mediatorin und dem Mediator gestossen sind.

Zum Schuljahresbeginn 2006/07 zählte die vom GYB angestellte Lehrerschaft 56 Personen, 24 Frauen und 32 Männer, bei insgesamt 43 vollen Stellen. Mehr als die Hälfte des Lehrpersonals war bereits vor seiner Anstellung in der Region Broye ansässig, viele andere haben sich nun ebenfalls dort niedergelassen.

7.2.3 Besondere Ereignisse, Anlässe

Eine Kulturkommission, bestehend aus Lehrpersonen des GYB, organisiert im Wäschereiraum öffentliche Ausstellungen und Vorträge. Im Programm findet man:

- Vorträge: Ehepaar Roethli (Weltreise zu Fuss) – Professor N. Cordonier anlässlich der Herausgabe des vollständigen Werks von Ramuz in der Bibliothek der «Pléiade» – Galeristin Lucy Macintosh.
- Konzerte: Kammermusik (Vitali, Boulanger, Prokofiev und Schumann) mit Marianne Schönbächler (Geige) und Josette Weber (Klavier) – Vortrag-Konzert von L. Sevhonkian unter dem Titel «Mozart und das romantische Wien».
- Ausstellungen: «La Francophonie» in Zusammenarbeit mit dem Kollegium des Südens in Bulle – «Perfektion», eine Ausstellung moderner Kunst von Ryota Kuwakubo und Reiko Yamaguchi – «Irak, Haiti, Tschernobyl», Fotos von Matthias Bruggmann.

Eine Klasse des GYB hatte das Privileg, in Zusammenarbeit mit dem Flugmuseum von Payerne am internationalen Programm ARRISS teilzunehmen. Dabei waren die Schüler/innen in Funkkontakt mit dem deutschen Astronauten Thomas Reiter, während sich dieser in der internationalen Raumstation auf der Umlaufbahn über Europa befand. Das Projekt ermöglichte auch mehrere Treffen mit dem Schweizer Astronauten Claude Nicollier, u.a. war er in den Vorträgen über seine Ausflüge im Raum zu hören.

Im Jahr 2006 fanden im GYB ausserdem das internationale Filmfestival «IMAGIN' AIR» und die «Space Days» der Schweizerischen Raumfahrtgesellschaft statt.

7.2.4 Sprachaufenthalte und Zweisprachigkeit

Das Austauschangebot *Tandem* über einen Zeitraum von 2 bis 7 Wochen erlaubte 14 Schülerinnen und Schülern im Frühjahr 2006 einen Aufenthalt in Reussbühl (LU), resp. Hannover. Das GYB ist momentan im Begriff, sein Netz der Partnerschulen zu erweitern, damit eine grössere Zahl von Schülerinnen und Schülern in den Genuss eines Sprachaufenthalts kommen kann.

Eine Schülerin erlebte einen dreimonatigen Austausch in Perth (Australien), während eine andere das ganze Schuljahr 2006/07 in den USA verbringt.

Zum Schuljahresbeginn 2006 zählt das GYB mehr als 90 Schüler/innen in der zweisprachigen Abteilung (Maturitäts-, Handels- und Fachmittelschule zusammen genommen). Auf Deutsch werden unterrichtet: Wirtschaft und Recht (erstes und drittes Maturajahr), Biologie (erstes Maturajahr), Mathematik und Geschichte (alle 3 Schultypen und alle Jahrgangsstufen, ausser erstes Maturajahr).

VI. Amt für Universitätsfragen

Die Tätigkeit des Amts erstreckt sich auf die eigentlichen Universitätsfragen sowie diejenigen der Hochschulen, die der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport unterstellt sind: Pädagogische Hochschule (PH); Krankenpflegeschule (KPS) und Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA). Das Amt übernimmt auch die Rolle der kantonalen Stelle der HES-S2.

1. Universitätspolitik

1.1 Auf Bundesebene

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), bei der die EKS-Direktorin Mitglied ist, hat 2006 sechs Sitzungen abgehalten, während deren sie insbesondere die folgenden Geschäfte behandelt hat:

- Kosten- und Leistungsrechnung: Ergebnisse 2005.
- Akkreditierungsorgan (OAQ): Evaluationsbericht der OAQ.
- Qualitätssicherungsrichtlinien der Schweizer Universitäten: Genehmigung.
- Strategieplan der CRUS für die Jahre 2008–2011.
- Botschaft FRI 2008–2011.
- Innovationsprojekte 2008–2011: Verfahren und Auswahlkomitee.
- Verbesserung der Betreuungsbedingungen in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften: Bericht 2005.

Die Jahreskonferenz der SUK, an der die Vertreter aller von den Hochschulen betroffenen Bundes- und interkantonalen Organe teilnehmen, fand am 16. und 17. Juni in Brienz statt. Sie hat sich mit der Präsentation und der Besprechung des Stands der Arbeiten beim neuen Rahmengesetz über die Hochschulen befasst. Dieses Gesetz ist im Hinblick auf ein Inkrafttreten am 1. Januar 2011 in Vorbereitung. Es wurde über die Berichte der 2005 gebildeten Arbeitsgruppen und die Texte des Entwurfs debattiert.

Die Vorsteherin des Amts für Universitätsfragen ist Mitglied der Konferenz der Amtsvorsteher der SUK (zwei Sitzungen 2006). Sie vertritt die Konferenz im Stiftungsrat des Vorbereitungskurses auf das Hochschulstudium in der Schweiz und hat im Namen der SUK an der Begleitgruppe der Evaluation der Kosten- und Leistungsrechnung (Ad-hoc-Gruppe) teilgenommen.

Die EKS-Direktorin nimmt am politischen Pilotausschuss des Projekts «Hochschullandschaft 2008» teil und ist Mitglied der diesbezüglichen Projektgruppe, die von Staatssekretär Charles Kleiber präsidiert wird.

1.2 Auf interkantonaler Ebene

In Anwendung der Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 hat der Kanton Freiburg 2006 57 012 305 Franken für ausserkantonale, an der Univer-

sität Freiburg immatrikulierte Studierende erhalten und 14 782 510 Franken für freiburgische Studierende an anderen Universitäten bezahlt. Unter dem Strich nahm der Kanton damit 42 229 795 Franken (2005: 41 047 290 Franken) ein.

1.3 Auf regionaler Ebene

Neben der umfangreichen Zusammenarbeit im Rahmen von BeNeFri oder mit anderen Universitäten haben die zwei Kooperationsmandate, die die EKSD 2005 aufgegeben hat, zu den folgenden Ergebnissen geführt:

- die Rektorate der Universitäten Freiburg und Luzern haben den Schlussbericht über die Kooperationsmassnahmen zwischen ihren Theologischen Fakultäten vorgelegt. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen nun von den Fakultäten umgesetzt werden. Sie werden von den Rektoraten mit einer Evaluation bis Ende Studienjahr 2008/09 begleitet.
- die Zusammenarbeit in den Naturwissenschaften zwischen den Universitäten Freiburg und Bern war Gegenstand eines Zwischenberichts. Der Schlussbericht und ein Projekt für die Jahre 2008–2011 sind in Vorbereitung.

2. Lehrerbildung

Die pädagogische Bildungskonferenz hat in diesem Jahr eine Sitzung abgehalten. Sie hat interkantonale Konkordatsvorlagen über die Harmonisierung der obligatorischen Schule und ein Westschweizer Konkordat geprüft und sich zustimmend zu diesen beiden Geschäften geäussert.

Der Leitungsausschuss der allgemeinen Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen der Pädagogischen Hochschule und der Universität hat drei Sitzungen abgehalten. Dabei wurden die folgenden Geschäfte behandelt: gemeinsame Information über die Lehrerbildung im Kanton, Prüfung der Möglichkeit von Passerellen zwischen der PH, dem Departement für Erziehungswissenschaften und der Abteilung für Lehrerbildung der Universität. In diesem Zusammenhang haben die beiden Institutionen eine Vereinbarung über die gegenseitige Anerkennung des Studiengangs Bachelor of Arts der PH und dem Bachelor of Science in Erziehungswissenschaften der Universität unterzeichnet, die von der EKSD genehmigt wurde. Der Leitungsausschuss hat sich zudem mit dem Gesuch der interfakultären Kommission der Universität, der Vorbereitung der universitären Aufnahmeprüfungen für den Diplomstudiengang Sekundarlehrerdiplom I für über 30-jährige Personen und die allfällige Annäherung zum Vorbereitungskurs der PH beschäftigt. Der Ausschuss hat zudem Überlegungen über der Lehrerbildungsstrukturen gegenüber anderen Bildungsinstitutionen der Schweiz angestellt: Strukturen, Herausforderungen und Positionierung in Freiburg? Schaffung eines Kompetenzzentrums in Freiburg?

Die stellvertretende Amtsvorsteherin ist Mitglied der PH-Kommission (siehe Kapitel VIII) und der interfakultären Lehrerbildungskommission der Universität. 2006 hat sich diese hauptsächlich mit der neuen Organisation des Studi-

ums für den Unterricht an den Sekundarstufe I, mit den verschiedenen Fächerkombinationen und den diesbezüglichen Reglementen befasst. Sie war zudem mit der Revision des Reglements über die Sekundarlehrerdiplome II beschäftigt und hat die Möglichkeit für die Studierenden, nur ein Studienfach zu wählen, geprüft.

Die französischsprachige Abteilung der universitären Lehrerinnen- und Lehrerausbildung hat im September 2006 die Anerkennung ihres Sekundarlehrerdiploms II (SLD) durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erlangt.

3. Fachhochschule

3.1 Ausbildungen Gesundheit-Soziales auf FH-Ebene

Die EKS-Direktorin vertritt den Kanton Freiburg im Strategieausschuss der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Musik. Der Kanton hat zwei Ausbildungsstätten im Bereich Gesundheit-Soziales, die Teil des HES-SO-Netzes sind, die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HEdS-FR) und die Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit Freiburg (FHF-SA). Eine dritte Ausbildungsstätte, die Musikhochschule – FH-Abteilung des Konservatoriums – ist daran, ihre Strukturen an das FH-Dispositiv anzupassen. Bis zu ihrer vollständigen Integration in das FH-System müssen noch verschiedene Bedingungen erfüllt werden (vgl. Kapitel Konservatorium beim Amt für Kultur).

Nach einem Anerkennungsverfahren hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement im Juni die Anerkennung unter gewissen Bedingungen der Diplome der HES-SO in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit erteilt.

Der Strategische Ausschuss der HES-SO hat vier Sitzungen abgehalten. Er befasste sich hauptsächlich mit der Einführung eines neuen Führungsmodells, dem Entwurf der neuen interkantonalen Vereinbarung in Vorbereitung sowie der Erarbeitung des Entwurfs gemeinsamer Personalstatuten. Die weiteren hauptsächlichsten Geschäfte: verschiedene Finanzierungsdossiers, aF&E und die Nachdiplomabildungen, Umsetzung der Bologna-Erklärung, Entscheidungen über den gemeinsamen Master für Gesundheit, Integration der Musik und der Bildenden Künste, internationale Austausche, praktische Ausbildung und Entschädigung der Studierenden, Vorbereitungsjahr (Zusatzmodule) im Sektor Gesundheit. Die Vorbereitung dieser Sitzungen erfolgte gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion, die für die beiden anderen Freiburger Hochschulen, die der HES-SO angehören, verantwortlich ist.

Die freiburgischen Ausbildungsstätten für die Bereiche Gesundheit, Soziales und Musik werden durch den Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) in den Leitungsausschüssen der HES-SO vertreten. Letztere haben sich zu vier Sitzungen getroffen, an denen sie die Dossiers zu Händen des Strategischen Ausschusses vorzubereiten und grundlegende Fragen bezüglich des Betriebs der HES-SO zu besprechen hatten, sowie zwei Mal in erweiterter Zusammensetzung zu Seminaren. Die Sitzungen werden vom Generaldirektor

der FHF-TW und der stellvertretenden Vorsteherin des Amts für Universitätsfragen vorbereitet.

Im Hinblick auf das HES-SO-Freiburg-Gesetz, das alle FH-Ausbildungsstätten des Kantons zusammenführen soll, wird die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen (EKSD und VWD) und den freiburgischen FH-Ausbildungsstätten sowie zwischen dem Generaldirektor der Freiburger Hochschule für Technik und Wirtschaft (FHF-TW) und der Stellvertretenden Vorsteherin des Amts für Universitätsfragen verstärkt. Verschiedene gemeinsame Projekte haben begonnen. Der Gesetzesentwurf wurde in eine interne Vernehmlassung gegeben.

3.2 Ausbildungen Gesundheit-Soziales auf nicht FH-Ebene

Mit der Genehmigung des Berichts der interdirektionalen Steuerungsgruppe für die Berufsausbildungen Gesundheit-Soziales der Sekundarstufe II durch den Staatsrat und die Übertragung der Verwaltung der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe) von der KPS auf die neue Berufsschule Gesundheit-Soziales (ESSG) in Grangeneuve, der Trennung in Krankenpflegeschule (KPS) / Hochschule für Gesundheit (HedS-FR) der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe ist bald abgeschlossen. Neben den Ausbildungen Technische/r Operationsassistent/in (TOA) und Pflegeassistent/in, die im Frühling 2007 beziehungsweise 2008 auslaufen, umfasst die KPS nur noch die FH-Ausbildung Pflege. Die ESSG wurde am 22. September 2006 eingeweiht. Die vorher erwähnte interdirektionale Steuerungsgruppe hat ihren Auftrag erfüllt und wurde im Herbst aufgelöst.

Um die Reorganisation der Ausbildungen für die Gesundheitsberufe zu konsolidieren, hat die stellvertretende Vorsteherin des Amts für Universitätsfragen in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt, insbesondere in der Gruppe zur Integration der neuen Gesundheitsberufe, und sich an der Einrichtung einer nationalen «Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit» (Dach-OdA Gesundheit) beteiligt. Diese Organisation wird vom neuen Bundesgesetz über die Berufsbildung verlangt. Der Statutenentwurf dieser Dach-OdA wurde in Vernehmlassung gegeben.

Die Mitarbeiterinnen des Amts für Universitätsfragen sorgen für die laufende Aktualisierung der interkantonalen Vereinbarungen über den Besuch von ausserkantonalen Schulen in den Bereichen Gesundheit und Soziales sowie auf Universitätsebene. Sie behandeln die entsprechenden Gesuche und regeln die Finanzierungsfragen. Viele Gesuche betreffen die Ausbildungen im Bereich Gesundheit. Dieser Bereich befindet sich derzeit in einer kompletten Umbauphase.

VII. Universität

Die Tätigkeit der Universität wird jährlich im Bericht über das akademische Jahr sowie in Kurzform im Jahresbericht ausgeführt. Diese Berichte umfassen insbesondere die Informationen über die Forschungs-, Dienstleistungs- und Weiterbildungstätigkeit.

1. Studierende

	Winter 2004-2005	Winter ¹ 2005-2006	Winter 2006-2007
Total	9 927 100,0 %	9 895 100,0 %	9 828 100,0 %
a) Studierende nach Herkunft			
Freiburg	2 049 20,6 %	2 050 20,7 %	2 098 21,4 %
Andere Kantone	6 300 63,5 %	6 266 63,3 %	6 127 62,3 %
Ausland	1 578 15,9 %	1 579 16,0 %	1 603 16,3 %
b) Studierende nach Fakultäten			
Theologie	382 3,9 %	367 3,7 %	383 3,9 %
Recht	1 894 19,1 %	1 820 18,4 %	1 787 18,2 %
Wirtschafts- und Sozialwiss.	2 271 22,9 %	2 285 23,1 %	2 282 23,2 %
Philosoph. Fak.	4 177 42,1 %	4 201 42,5 %	4 044 41,2 %
Math.-Naturwiss. Fak.			
a) Naturwissensch.	938 9,5 %	942 9,5 %	1 035 10,5 %
b) Medizin	265 2,7 %	280 2,8 %	297 3,0 %

¹ Die Angaben 2005/06 weichen leicht von jenen des Rechenschaftsberichts 2005 ab, da letztes Jahr die «Weiterbildungsstudierenden» (Executive Master) ausnahmsweise mitgezählt wurden. Letztere müssen gesondert aufgeführt werden (s. Punkt f).

Die Analyse der Entwicklung der Studierendenzahlen gibt zu folgenden Bemerkungen Anlass:

- Die Stabilisierung der Studierendenzahl wird durch eine leichte Abnahme des Gesamtbestands (0,7 %) bestätigt.
- Betrachtet man die Zahlen, aufgeteilt nach der Herkunft der Studierenden, so stellt man in zwei Bereichen eine Zunahme fest: Freiburger oder Wohnsitz im Kanton: 48 (2,3 %), Ausland: 24 (1,5 %). Der dritte Bereich (andere Kantone) weist eine Abnahme von 139 (2,2 %) auf.
- Die Aufschlüsselung der Studierendenzahlen nach Fakultäten zeigt folgendes Bild:
Zunahme in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (9,0 %) und der Theologischen Fakultät (4,4 %), Stabilität in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (– 0,1 %), Rückgang in der Philosophischen Fakultät (3,7 %) sowie den Rechtswissenschaften (1,8 %).
- Die Zahl der Studienanfänger/innen stabilisiert sich ebenfalls mit einer leichten Zunahme von 1 % (1764 neue Studierende). Nach Herkunftsbereichen: Freiburg: + 29 (+ 7,8 %), andere Kantone: – 34 (– 3,1 %), Ausland: + 22 (+ 8,3 %).

Die Zahl der Studienanfänger/innen ist in der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät beträchtlich

gestiegen (392, d.h. + 89 oder 29,4 %), in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bleibt sie unverändert (345). In der theologischen Fakultät ändert sich diese Zahl nur unwesentlich (– 3), deutlicher ist der Rückgang in den Rechtswissenschaften (– 28 oder – 8,0 % und in der Philosophischen Fakultät (– 41 oder – 6,1 %).

- Die Zahl der Studentinnen macht 56,3 % der Gesamtzahl der Studierenden aus, von den Studienanfängerinnen und -anfängern sind 60,4 % Frauen.

Im Studienjahr 2006/07 haben in den folgenden Fakultäten und Sektionen mehr Frauen als Männer ein Studium begonnen: Philosophische Fakultät: 69,2 %, Medizin: 52,2 %, Recht: 54,5 %.

- Von den sehr zahlreichen Personen, die Weiterbildungskurse besuchen, werden nur jene als «Weiterbildungsstudierende» bezeichnet, die für ein Programm von mindestens 60 Kreditpunkten eingeschrieben sind. Ihre Zahl ist von 57 (2005/06) auf 111 (2006/07) angestiegen.

2. Zentrale Organe

Der Hochschulrat, ein beratendes Organ des Staatsrats, wurde auf den 1. Januar 2006 vollständig erneuert. Die Zahl der Mitglieder wurde von 21 auf 13 reduziert.

Der Senat der Universität hat 5 Sitzungen abgehalten. Ausserdem hat er die Strategie der Universität genehmigt (Horizont 2015) und Professor Guido Vergauwen zum Rektor der Universität für den Zeitraum vom 15. März 2007 bis zum 14. März 2011 gewählt; diese Wahl wurde vom Staatsrat am 4. Juli 2006 bestätigt. Am 24. November 2006 hat der Staatsrat zudem für den gleichen Zeitraum 3 Vizerektoren und erstmals eine Vizerektorin gewählt.

3. Professuren

In den folgenden Bereichen wurden Professuren besetzt:

- Theologische Fakultät: Kirchengeschichte (Beförderung);
- Rechtswissenschaftliche Fakultät: Obligationenrecht, Privatrecht, Steuerrecht und Rechtsphilosophie (Beförderung), Schweizerisches Zivilrecht (Beförderung);
- Philosophische Fakultät: Mehrsprachigkeit, Französische Literatur, Amerikanische Literatur;
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Kommunikation und Medien (Beförderung);
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Organische Chemie, Anorganische Chemie, Statistik und Wahrscheinlichkeitstheorie, Mathematik.

In folgenden Bereichen wurden assoziierte Professuren besetzt:

- Theologische Fakultät: Moralthologie;

- Philosophische Fakultät: Gesellschaftspolitik, Allgemeine Didaktik, Zeitgenössische Geschichte (deutschsprachig), Englische Linguistik, Italienische Philologie;
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Soziologie;
- Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät: Angewandte Petrologie (Archäometrie).

3 der 13 ordentlichen Professuren wurden mit Frauen besetzt; bei den assoziierten Professuren zählt man eine Frau und 7 Männer.

Eine Titularprofessur wurde an 3 Lehrbeauftragte der Philosophischen Fakultät und an einen Lehrbeauftragten der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät verliehen.

Das Durchschnittsalter der Professorinnen und Professoren beträgt 51,8 Jahre (im Dezember 2006), 47,9 bei den assoziierten und 54,0 bei den ordentlichen Professorinnen und Professoren.

4. Studienorganisation

Auf Empfehlung der Schweizerischen Universitätskonferenz hat der Kanton Freiburg mit der Staatsratsverordnung vom 13. März 2006 beschlossen, den Eignungstest für das Human- und Zahnmedizinstudium beizubehalten. Die Zahl der Plätze für das erste Studienjahr wurde in der Humanmedizin auf 103 und in der Zahnmedizin auf 17 beschränkt. Gemäss Vereinbarung, die 2002 von den Universitäten, den Erziehungsdirektionen der Kantone und den Medizinischen Fakultäten von Freiburg, Bern, Basel, Lausanne und Zürich unterzeichnet wurde, werden die Studierenden, welche die zwei Studienjahre Medizin in Freiburg abgeschlossen haben, auf die Medizinischen Fakultäten der vier anderen Standorte verteilt.

Im Jahre 2006 hat die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport 4 Reglemente und eine Reglementsänderung zum Erwerb der akademischen Grade genehmigt.

5. Finanzen

Im Vergleich mit der Entwicklung der Studierendenzahlen sieht die Betriebsrechnung nach den Voranschlägen wie folgt aus:

	Voranschlag in Millionen Franken			Kosten pro Student/in in tausend Franken			Landes- index ⁽²⁾
	Ausgaben	Einnahmen	Überschüsse	Anzahl Student/in	Ausgaben/ Stud.	Überschüsse/ Stud.	
1992	116,2	72,6	43,6	6 909	16,8	6,3	100,0
1997	138,4	97,3	41,1	8 586	16,1	4,8	109,0
2004	165,5	111,4	54,1	10 007	16,5	5,4	114,8
2005	172,1	113,6	58,4	9 927	17,8	5,9	116,5
2006	175,8	113,1	62,7	9 895	17,7	6,3	117,7
2007 ⁽³⁾	177,8	113,4	64,4	9 828	18,1	6,5	118,3

Bemerkungen:

⁽¹⁾ die Beträge von 1992 sind nach dem alten Berechnungssystem, ohne Abschreibung, angegeben.

⁽²⁾ beim Vergleich der Beträge muss die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise berücksichtigt werden (Index vom November des Vorjahres).

⁽³⁾ in den Ausgaben, Überschüssen und Kosten pro Student/in sind die Abschreibungen von 5,7 Millionen Franken für den Bau von Pérolles 2 inbegriffen.

6. Bauten und Räumlichkeiten

Das Weiterbildungszentrum wurde fertig gebaut und konnte Ende November 2006 den Benutzern übergeben werden. Am 6. Dezember 2006 fand die Einweihung im Beisein der Kantons- und Bundesbehörden statt.

Die siebte und letzte Etappe der Fassadenrenovation der Gebäude aus dem Jahr 1940 stellte die wichtigste bauliche Tätigkeit am Miséricorde-Gebäude im Jahr 2006 dar. Diese Arbeiten umfassten die Beton- und Gitterrenovation im hinteren Teil des Hauptgebäudes (Aula magna: Bühne und Sitzreihen). Parallel dazu wurde auch das feste Mobiliar der Aula restauriert.

Nach dem Wegzug des Informatikdienstes (IDUF) ins Pérolles 2 werden die freigewordenen Lokale für 80 Computer-Arbeitsplätze benützt sowie für die Archive des Rektorats, der Theologischen Fakultät, der Rechtswissenschaften, der Philosophischen Fakultät und der Zentralen Verwaltung.

7. Bedeutende Ereignisse

11. Mai – 10-jährige Tätigkeit des Zentrums für neue Technologien im Unterricht (NTU).

17. Mai – Europatag mit dem Vortrag von Bernard Kouchner zum Thema «Europa und die Globalisierung».

3. November – Einweihung des Frimat-Zentrums (Zentrum für die Wissenschaft der Nanomaterialien an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät).

6. Dezember – Einweihung des Weiterbildungszentrums-Gebäudes.

14. Dezember – Erstes Wissenschafts-Zvieri für die Schüler/innen der Altersklasse 9 bis 12 Jahre zum Thema «Sprache der Tiere».

Während des ganzen Jahres organisiert die Universität zahlreiche Vorträge internationaler Prägung, wie etwa:

4.–7. Juli – «Getting involved: Global Citizenship Development and Sources of Moral Values» mit 250 Teilnehmenden aus 37 Ländern.

7.–9. Dezember – European International Business Academy mit 350 Teilnehmenden aus 43 Ländern.

VIII. Pädagogische Hochschule (PH)

1. Allgemeines

Die PH setzte ihre Entwicklung im Jahr 2006 fort. Zu den prioritären Aufgaben der Institution gehörten die Evaluation der Ausbildungsdispositive, die Weiterentwicklung der Zusatzausbildung «Passerelle» für Lehrpersonen des Kindergartens sowie die Weiterführung bestehender oder der Beginn neuer Projekte in Forschung und Entwicklung.

2006 hat die PH-Kommission unter der Präsidentschaft von Anne-Claude Demierre drei Sitzungen abgehalten. Wichtige Traktanden bildeten die Abrechnung von 2005 sowie die Budgetanträge für 2007. Nach den Rücktritten von Herrn Alexandre Etienne, Rektor und Abteilungsleiter der französischsprachigen Grundausbildung, Herrn Gabriel Schneuwly, Abteilungsleiter der deutschsprachigen Grundausbildung, und Frau Antonia Zurbriggen, Abteilungsleiterin des Sektors Forschung, Ressourcen und Entwicklung und Verantwortliche der deutschsprachigen Dienststelle für Weiterbildung, war die Kommission aktiv an der Neubesetzung dieser Stellen beteiligt. Frau Pascale Marro wurde als Abteilungsleiterin der französischsprachigen Grundausbildung, Herr Josef Catillaz als Abteilungsleiter der deutschsprachigen Grundausbildung und Herr Michaël Piek als Verantwortlicher der deutschsprachigen Dienststelle für Weiterbildung ernannt. Diese Stellen werden auf Herbst 2008 wieder ausgeschrieben, wenn die EKSD neue Führungsstrukturen umsetzen wird.

2005 hatte die EKSD eine Expertin mit der Untersuchung der Strukturen und des Betriebs der PH-Direktion sowie der Zweisprachigkeit der Institution beauftragt. Nun müssen zusammen mit der Revision des PH-Gesetzes die von der EKSD beschlossenen Verbesserungen umgesetzt werden, um dem Grossen Rat einen Gesetzesentwurf vorlegen zu können.

Eine Arbeitsgruppe wurde beauftragt, die Umsetzung der im Bericht empfohlenen Massnahmen zu planen. Das Gesetz muss dahingehend geändert werden, dass die nötigen gesetzlichen Grundlagen für eine starke Direktion und effizientere interne Strukturen gewährleistet sind. Insbesondere gilt es die Funktionen Rektor/-in-Abteilungsleiter/-in und Abteilungsleiter/-in-Verantwortliche/r für die Weiterbildungsstelle zu trennen und eine/n Schulverwalter/-in anzustellen.

Am 13. Juli und 14. Dezember 2006 fand die Diplomverleihung statt, an der auch Zertifikate für Praktikumsleiter/-innen (49 für die französischsprachige und 22 für die deutschsprachige Abteilung) verliehen wurden.

Bei den Gebäuden wurde ein neues Zugangskontrollsystem installiert. Sämtliche Gebäude wurde innen und aussen beschildert.

An der PH gab es verschiedene Veranstaltungen von nationalem Interesse: unter anderen am 8. Mai 2006 die Bologna-Tagung der Schweizerischen Fachhochschulkonferenz (KFH) zur Umsetzung der Bologna-Deklaration, am

9./10. November 2006 den 30. Kongress der ch-Stiftung, Jugendaustausch.

Auf kantonaler oder interkantonalen Ebene nahm die PH an verschiedenen Vernehmlassungen zur Schulentwicklung und zu Lehrerbildungsfragen teil.

Im Rahmen der Qualitätssicherung wurden die Ausbildungsdispositive evaluiert. Derzeit werden Verbesserungsvorschläge ausgearbeitet. Die Umsetzung dieser Vorschläge soll gleichzeitig mit dem neuen akademischen Jahr für September 2007 erfolgen.

Eine Sondervereinbarung zwischen der Pädagogischen Hochschule Freiburg und der Universität Freiburg über die Anerkennung des Bachelor of Arts in Pre-Primary Education an der Pädagogischen Hochschule Freiburg beziehungsweise des Bachelor of Science in Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg wurde für das akademische Jahr 2006/07 unterzeichnet und von der EKSD genehmigt. Sie wird anschliessend verlängert werden.

2. Sektor «Grundausbildung»

Zu Beginn des akademischen Jahres 2006/07 zählte die PH 473 Studierende, wovon 45 den Vorbereitungskurs, 345 die Grundausbildung, 55 die Ausbildung Sek I und 28 die Zusatzausbildung «Passerelle» besuchten.

2.1 Abteilung Vorbereitungskurs

Am 5. Juli 2006 fand die Schlussfeier des fünften Vorbereitungskurses statt. 65 Zertifikate wurden überreicht (43 in der französischsprachigen und 22 in der deutschsprachigen Abteilung). Wer dieses Zertifikat besitzt, kann sich zum Aufnahmeverfahren der Grundausbildung anmelden. 10 Personen haben die Schlussprüfungen des Vorbereitungskurses nicht bestanden.

Anzahl Schülerinnen und Schüler im Vorbereitungskurs 2006:

– franz. Abteilung	32
– dt. Abteilung	13

2.2 Abteilung Grundausbildung

Am 13. Juli 2006 fand im Podium in Düringen die Diplomverleihung statt. Von den 64 verliehenen Diplomen (45 in der französischsprachigen und 19 in der deutschsprachigen Abteilung) trugen 5 den Vermerk «zweisprachig».

25 weitere Diplome wurden am 14. Dezember 2006 an diejenige verliehen, die ihre Ausbildung im Herbst abgeschlossen hatten.

Zum dritten Mal in Folge hat der Staatsrat die Zulassungen für das akademische Jahr 2006/07 eingeschränkt (Verordnung vom 13. März 2006).

Studierende 2006/07	fr. Abteilung	dt. Abteilung
1. Jahr	74	35
2. Jahr	64	26
3. Jahr	108	38
Total	246	99

2.3 Ausbildung LDS I

Dank genügend Anmeldungen konnte im Rahmen der Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Universität Freiburg wiederum mit den Ausbildungen «Technisches Gestalten» und «Hauswirtschaft» zur Erlangung des Lehrerdiploms für die Sekundarstufe I begonnen werden.

Wer diese Fachausbildungen 2003, 2004 und 2005 aufgenommen hatte, setzte sie und die Fachdidaktik zur Erlangung des Lehrerdiploms für die Sekundarstufe I fort.

Insgesamt sind 55 Studierende in diesen Ausbildungen (37 belegen «Technisches Gestalten» und 18 «Hauswirtschaft»).

2.4 Zusatzausbildung «Passerelle»

28 Personen waren im zweiten Ausbildungsjahr (8 französischsprachige und 20 deutschsprachige).

Eine Arbeitsgruppe war mit der Organisation eines zweiten Jahrgangs der «Passerelle»-Ausbildung beauftragt, der im Herbst 2007 beginnen soll.

3. Sektor «Pädagogische Beratung, Forschung und Entwicklung»

3.1 Didaktisches Zentrum (DZ/CFDP)

3.1.1 Dokumentation und Ausleihe

	CFDP	DZ
Medienbestand	27 700 / 52 000	26 000 / 40 000
Katalogisierung	2000 / 4 000	1 630 / 2 100
Ausleihen	94 000	70 600
		(inkl. Klassensätze / ohne Verlängerungen)
Eingeschr. Benutzer	4 200	4 000
Aktive Benutzer	1 900	1 100
Neue Benutzer	310	190

3.1.2 Dienstleistungen

Die Ausleihen in der Mediathek und im Multimedia-Atelier CFDP/DZ haben erneut um 10 % zugenommen. Mit der Verlängerung der Öffnungszeiten ab 1. Januar 2006 von 17 auf 27 Stunden konnte das Personal mehr beratend tätig sein.

Unzählige weitere nicht bezifferte Dienstleistungen wurden erbracht: pädagogische, technische und didaktische Beratung, Einführung in die Dokumentensuche, Unterstützung bei audiovisuellen Projekten usw.

Die Benutzer des DZ haben neu über Internet Zugriff auf ihr persönliches Benutzerkonto und können die Ausleihfristen selber verlängern.

3.1.3 Veranstaltungen

Neben Führungen für Studierende der PH und der Universität sowie für Lehrpersonen durch die Mediathek und das Multimedia-Atelier haben CFDP/DZ folgende Veranstaltungen durchgeführt: Abende der offenen Tür CFDP,

Leseateliers in Zusammenarbeit mit dem Forschungsdienst der PH, Ausstellung «Mit Comics zur Sache», DZ-Lunch (Informationsflash für das Lehrpersonal der PH), Hörspielwettbewerb, MIK-Kurs über Zeichentrickfilme usw.

3.1.4 Neues Unterrichtsmaterial

CFDP (inkl. Multimedia-Atelier):

- Herstellung neuer Klassensätze: «kit-lecture».
- Herstellung einer neuen Reihe «Fêtes et traditions fribourgeoises». Erster Band: «La Saint-Nicolas», pädagogisches Material zur St.-Nikolaus-Tradition vom Kindergarten bis zur 6. Klasse (Unterlagen, DVD mit 4 Filmen und CD-ROM).

DZ (inkl. Multimedia-Atelier):

- Publikation von begleitendem Unterrichtsmaterial zum neuen Lehrmittel für Freiburger Geschichte (4. Primarklasse).
- Herstellung des interaktiven Leseprojekts ToBuQU, bestehend insbesondere aus den drei Teilen Ton, Buch und Internet-Quiz. Herstellung des Materials zum Forschungsprojekt LiFuS.
- Übersetzung des Freiburger Archäologie-Koffers «Parures et bijoux».

3.1.5 Interkantonale Zusammenarbeit

CFDP/DZ

- Teilnahme an der Einrichtung einer PH-Bibliothekengruppe zwecks Bildung einer Arbeitsgruppe oder Kommission SK-PH der PH-Bibliotheken. Die CFDP/DZ-Verantwortlichen übernehmen die Vizepräsidentschaft der französisch- und deutschsprachigen Gruppe.
- Teilnahme an einer Arbeitsgruppe der SK-PH für den Beitritt der PHs zum Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken, um Zugang zu Datenbanken und elektronischen wissenschaftlichen Zeitschriften zu erhalten.

CFDP

- Organisation eines Thematags über Leseförderung und Zirkulierenlassen der Ausstellung «Le Jardin de l'orthographe» im Rahmen der GROCEDOP (Groupe romand et tessinois des centres de documentation pédagogique).
- Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen PH Freiburg und HEP BEJUNE über das Bibliothekssystem HORIZON.

3.2 Französisch- und deutschsprachige Dienststelle für Weiterbildung

3.2.1 Sommerkurse, Jahreskurse, Abholkurse und individuelle Ausbildungen

Das Weiterbildungsprogramm 2006 stand dem gesamten Freiburger Lehrpersonal offen. Informiert wurde mit zwei Plakaten (deutsch und französisch) und über die Internetseite.

Ein Programmschwerpunkt war das Thema «Pädagogik der Vielfalt». Zu diesem Thema gab es einen Vortrag und 12 Workshops. Allein dafür gingen über 180 Anmeldungen ein. Das Thema wird 2007 in anderer Form wieder aufgegriffen werden.

Die Abholkurse verzeichnen bei der französischen Abteilung eine deutliche Zunahme: Die Anmeldungen sind von 921 im Jahr 2005 auf 1291 im Jahr 2006 gestiegen. Für den deutschsprachigen Lehrkörper wurden 2006 10 Abholkurse durchgeführt. Zudem wurden die Schulen bei der Organisation der schulinternen Weiterbildung unterstützt. Zwei «Kurier-Kursen» haben 86 Teilnehmende verzeichnet.

Die Anmeldungen verteilten sich wie folgt:

- 1070 Anmeldungen (f) für 100 Sommerkurse (f);
- 427 (f) und 886 (d) Anmeldungen für 52 (f) und 97 (d) Jahreskurse;
- 1291 (f) und 124 (d) Anmeldungen für 102 (f) 10 (d) Abholkurse.

Individuelle Ausbildungen:

Sprachprogramme 2006: 8 (f) und 12 (d) Anmeldungen.

Perfectionnement intensif – Horizon 2006 – langues: 14 (f) Anmeldungen.

Perfectionnement intensif – Horizon 2006 – bien-être professionnel: 15 (f) Anmeldungen.

Andere individuelle Ausbildungen: 4 Anmeldungen

Ausbildung Schulleiter/in: 15 Personen (d) haben die Ausbildung 2006 mit Zertifikat abgeschlossen. 11 Personen (d) sind noch in Ausbildung.

3.2.2 Berufseinführung

Die Berufseinführung, die seit dem 1. Juni 2005 der Weiterbildung angegliedert ist, wurde im akademischen Jahr 2005/06 von 60 (f) und 31 (d) Berufseinsteiger/-innen besucht.

3.3 Französisch- und deutschsprachige Dienststelle für Forschung und Entwicklung

3.3.1 Ausbildung und Forschungsprojekte

Die Ausbilder/-innen konnten sich im Rahmen verschiedener Foren, Forschungskolloquien und Konferenzen, die von der Dienststelle Forschung organisiert wurden, weiterbilden. Die verschiedenen Themen ermöglichten die Verbreitung von Informationen über verschiedene Forschungsprojekte und eine Vertiefung der Reflexion über die vorrangigen Forschungsgegenstände der Dienststelle. Die beiden Dienststellenverantwortlichen haben gemeinsam für ein kohärentes und komplementäres Programm gesorgt.

Seit dem akademischen Jahr 2005/06 haben mehrere Ausbilder/-innen an Forschungsprojekten zur Entwicklung der Dienststelle gearbeitet. Diese Projekte wurden insbesondere in methodologischer Hinsicht breit begleitet.

Die französischsprachige Dienststelle bearbeitet mehrere externe Mandate. Sie arbeitete zudem an einem Projekt, das die Wirkungen der PH-Ausbildungen der letzten Jahre im Bereich Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in den Schulen evaluiert. Zu diesem Projekt gab es Publikationen und Vorträge und es war Gegenstand eines Beitragsgesuchs beim DORE-Fonds (DoResearch), dem stattgegeben wurde. Der zweite Teil des Projekts beginnt im Februar 2007.

Bei der deutschsprachigen Dienststelle geht es bei einem laufenden Projekt um die Hausaufgaben. Der DORE-Fonds hat einen Beitrag von 90 000 Franken gewährt. Ein weiterer Kredit in Höhe von 125 000 Franken erhielt die Dienststelle für das neue Projekt LiFuS (Lesen in Familie und Schule). Ein drittes Forschungsprojekt befasst sich mit dem Mentoring. Die Dienststelle ist Mitglied einer internationalen Gruppe, die ein Projekt «Lernen im Praktikum» lanciert.

3.3.2 Konferenzen und Publikationen

Die Verantwortlichen beider Dienststellen tragen auf verschiedenen Ebenen zur Verbreitung ihrer Forschungsergebnisse bei. Der Verantwortliche der französischsprachigen Dienststelle hat an mehreren Schweizer und internationalen Konferenzen teilgenommen und mehrere Artikel in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Er ist Mitglied von Wissenschaftsräten und nationalen und internationalen Koordinationsgruppen und Kommissionen. Einige Forschungsprojekte, die von Ausbilder/-innen initiiert wurden, haben zu Publikationen (in wissenschaftlichen Werken oder Zeitschriften) oder zu Communiqués geführt.

Der Verantwortliche der deutschsprachigen Dienststelle hat im In- und Ausland Vorträge zum Thema Lehrerbildung gehalten. Er hat Artikel in Fachzeitschriften und Konferenzunterlagen publiziert.

4. Fachstelle Fri-Tic

4.1 Ausbildung

Der dritte und letzte Ausbildungsgang für Ansprechpersonen dauerte von Januar bis Dezember 2006. In diesem vom Bund subventionierte Lehrgang konnten insgesamt 120 Personen ausgebildet werden. Diese Ansprechpersonen werden jetzt an den Schulen zur pädagogischen Betreuung angestellt.

Im akademischen Jahr 2005/06 absolvierten über 800 Lehrpersonen aller Schulstufen einen Fri-Tic-Kurs. Die Ausbildung wird mit der Erarbeitung eines pädagogischen Szenarios abgeschlossen. Über 1000 Szenarien wurden bisher veröffentlicht. Für Studienjahr 2006/07 haben sich bereits wieder über 800 Lehrpersonen für die Ausbildung angemeldet. Insgesamt nehmen über 60 % aller Lehrpersonen des Kantons Freiburg an Fri-Tic-Kursen teil.

4.2 Pädagogische und technische Ressourcen

Die Onlinedienste der Fachstelle wurden weiter ausgebaut. Über 7000 Benutzer/-innen (Studierende und Lehrperso-

nen) sind auf der Moodle-Lernplattform registriert. Der gesamte Lehrkörper des Kantons ist an die Plattform educanet2.ch angeschlossen. Die Internetsite verzeichnet durchschnittlich 70 000 Besuche pro Monat.

Die Internet-Sicherheit ist ein wichtiges Thema. Die Fachstelle Fri-Tic hat mit dem Generalsekretariat der EKSD Richtlinien für die Internet-Sicherheit an den Schulen ausgearbeitet. Parallel dazu wurde Didaktikmaterial erarbeitet: mit der Werkzeugkiste Ch@rte können die Lehrpersonen mit den Schüler/-innen eine Internet-Charta entwickeln.

4.3 Infrastruktur

Dank dem Sponsoring-Vertrag mit der Swisscom sind heute über 200 Schulen dem kantonalen Bildungsnetz angeschlossen. Eine 2006 bei den Schulen durchgeführte Umfrage hat ergeben, dass sich die Anzahl Computer in den Schulen seit 2000 verdreifacht hat. Praktisch alle Schulen haben heute Zugang zum Internet. Allerdings sind noch nicht alle Computer ans Bildungsnetz angeschlossen, und die Unterschiede bei der Ausrüstung sind gross. In vielen Schulen, insbesondere Primarschulen, ist die Ausrüstung veraltet, und die Computer entsprechen den heutigen Multimedia-Anforderungen nicht mehr.

Ende 2005 hat die Fachstelle Fri-Tic ihre technische Kompetenz mit der Anstellung eines weiteren Ingenieurs ausgebaut. Er ist unter anderem für den Unterhalt der Ausrüstung auf Sekundarstufe II verantwortlich.

IX. Hochschule für Gesundheit – Krankenpflegeschule

Das Jahr 2006 war geprägt von der allmählichen Trennung der Sekundär- und Tertiärstufe der Hochschule für Gesundheit (HEdS) / Krankenpflegeschule (KPS) im Zusammenhang mit der Gründung der Berufsschule Gesundheit-Soziales (ESSG) in Posieux. Letztere bietet die EFZ-Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe) und die neue EFZ-Ausbildung Fachperson Betreuung (FaBe) an. Auf Ebene der FH hat die Schule die ersten Diplome Pflegefachfrau/Pflegefachmann FH verliehen und die ersten Studierenden in den Studiengang Bachelor of Science HES-SO in Pflege aufgenommen.

1. Organe

Der Direktionsrat, präsiert von der EKS-Direktorin, hat drei Sitzungen abgehalten. Dabei hat er insbesondere:

- die Rechnung, die Bilanz und den Geschäftsbericht 2005 geprüft und an den Staatsrat überwiesen;
- den Voranschlag 2007 geprüft;
- neues Personal angestellt und von Rücktritten Kenntnis genommen;

- vom Rücktritt von zwei Mitgliedern des Direktionsrats Kenntnis genommen;
- zwei Mitglieder der Subkommission für Zulassung bezeichnet;
- vom neuen Organigramm und den entsprechenden Dokumenten Kenntnis genommen;
- von den laufenden Geschäften Kenntnis genommen: Bolognaprozess und Umsetzung des Bachelor of Science HES-SO in Pflege; Schaffung der ODA Gesundheit-Soziales und Arbeit der Integrationsarbeitsgruppe, welcher Arbeitgeber, kantonale Ämter und Ausbilder angehören;
- Informationen über den Fortgang der Arbeiten zur Schaffung der ESSG erhalten, die seit September dem Amt für Berufsbildung zugewiesen ist;
- Informationen über die Situation der Ausbildung der Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten im neuen Ausbildungskontext und die Schaffung der zusätzlichen FaGe-Ausbildung für die Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten SRK erhalten.

Neben den statutarischen Aufgaben hat er sich über alle Projekte auf Landes- und Westschweizer Ebene bezüglich der neuen Studiengänge FH, FaGe und FaBe auf dem Laufenden gehalten.

2. Programme

Am 31. Dezember 2006 zählen die 4 Studiengänge und Abteilungen der Schule 334 Studierende und Lernende. Dabei sind die Lernenden der Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe) nicht mitgerechnet, die in die ESSG übergewechselt haben. An drei Diplomverleihungen haben in diesem Jahr 135 Personen ein Diplom oder einen Ausweis erhalten.

2.1 Die Ausbildungen Pflegefachfrau/Pflegefachmann («auslaufende» Ausbildungen) Diplome des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK)

Die berufsbegleitende Ausbildung Pflegefachfrau/Pflegefachmann Niveau II für französischsprachige Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner Niveau I: die einjährige berufsbegleitende Ausbildung richtet sich an erwachsene Berufsleute, oft mit Familienverantwortung, die bereits über ein Diplom verfügen. Im Dezember 2006 wurden die letzten 12 Diplome verliehen, die Ausbildung wird jetzt nicht mehr angeboten. Insgesamt haben über 125 Personen diesen Ausbildungsgang besucht. Mit seinem Ende läuft die letzte der SRK-Ausbildungen Pflegefachfrau/Pflegefachmann aus.

3. Studiengang FH

3.1 Studiengang Pflegefachfrau/Pflegefachmann FH: Hauptstudium

Am 7. Juni 2006 hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement wie folgt entschieden: *Es werden die von der*

HES-SO in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit in den folgenden Studiengängen (Beginn ab dem akademischen Schuljahr 2002/03) verliehenen Diplome anerkannt: Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner FH.

Die ersten 31 Pflegefachfrauen FH wurden am 13. Oktober 2006 diplomiert und sind in die Berufswelt eingetreten.

Zu Beginn des akademischen Jahres 2006/07 hat die Schule zum ersten Mal Studierende des Studiengangs Bachelor of Science HES-SO in Pflege aufgenommen. Dem Studium liegt die Idee der Alternierung zwischen Theorie und Praxis zugrunde, und es bereitet die Studierenden auf die berufliche Realität vor. Dieses pädagogische Konzept verlangt eine enge Zusammenarbeit zwischen Praxisausbildungsstellen und Schule.

Das Vorbereitungsjahr hat mit 19 deutschsprachigen und 65 französischsprachigen Studierenden begonnen.

3.2 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

Auf der Ebene der Weiterbildung hat die HEdS Freiburg Nachdiplomaausbildungen und punktuelle Weiterbildungstage für Berufsleute des Bereichs Gesundheit und Soziale Arbeit entwickelt und angeboten.

Es ging dabei insbesondere um:

- die Entwicklung von Nachdiplomaausbildungen (Niveau MAS) gemeinsam mit den Ausbildungsstätten Gesundheit und Soziale Arbeit der HES-SO, besonders im Bereich der gesundheitlichen und sozialen Interventionen für geistige Gesundheit und Psychiatrie und in der Alterspflege;
- die Realisierung von zwei von der HES-SO anerkannten Nachdiplomlehrgängen für Praxisausbilderinnen der Praxisausbildungsorte, die eine Vereinbarung mit der HES-SO abgeschlossen haben; für die Regionen, mit denen die HEdS-FR zusammen arbeitet (Region BeJUNeFri und Region VS-Fri); die Lehrgänge wurden im Jahr 2006 von rund 110 Teilnehmenden besucht;
- die Realisierung eines von der HES-SO anerkannten Nachdiplomlehrgangs in Psychogeriatric, der von der HES-SO anerkannt wird, für Pflegeberufsleute der Kantone Freiburg, Waadt, Jura und Neuenburg. Diese Ausbildung entspricht den Bedürfnissen der Berufskreise AP-Heime, Hauspflege, Spitaldienste der Alterspsychiatrie, Rehabilitationszentren;
- das Angebot punktueller Weiterbildungstage in Pflegepraxis und der Begleitung der Studierenden unserer Ausbildungsstandorte;
- die Fortführung des Weiterbildungsangebots für verschiedene Berufsleute von Gesundheitsinstitutionen, insbesondere die Organisation von sechs Tagen für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten.

3.3 Dienstleistungen

2006 wurde mit der Dienstleistungstätigkeit erfolgreich auf Anfragen von Institutionen im Bereich der Gesundheit und allgemeinen Erziehung eingegangen, dies insbesondere über die folgenden Realisierungen:

- Entwicklung der Organisation der Pflegedienste und der Pflegepraxis in verschiedenen Institutionen wie AP-Heimen, Spitex, Spitälern der Kantone Freiburg und Bern;
- Seminarien und Konferenzen in verschiedenen Ausbildungszentren des Gesundheitsbereichs auf tertiärer und universitärer Ebene in der Schweiz und im Ausland;
- die Entwicklung von Praktiken zum Umgang mit Aggressionen in der Pflege und vorbeugender Massnahmen bei Gesundheitsinstitutionen und Ausbildungszentren in der Westschweiz und in der Deutschschweiz;
- die Entwicklung von Schulprojekten, die sich auf die Schulgesundheit in den obligatorischen Schulen des Kantons Freiburg konzentrierten;
- die Ausbildung der Elternassistentinnen und Elternassistenten der Tagesbetreuungs-Vereine im Kanton Freiburg;
- die Realisierung verschiedener Aufträge für die HES-SO in den Bereichen Gesundheit und Soziales, insbesondere: die Behandlung aller Geschäfte betreffend Anerkennung der bereits erbrachten Bildungsleistungen zusammen mit den Praxisausbildnern FH, Bereich Gesundheit und Soziales; die Westschweizer Verantwortung für den Studiengang Pflege; die Koordination der Arbeiten zur Einführung des Bachelor of Science in Pflege; die Teilnahme am Netzwerk Beschäftigungsausbildung mit der Realisierung eines Forschungsauftrags des BBT; die Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen, insbesondere der HES-SO und der Schweizerischen FH-Konferenz;
- die Realisierung von Begutachtungs- und Beratungsaufträgen bei der Aufsichtscommission für Gesundheitsberufe und Patientenrechte des Kantons Freiburg.

3.4 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E)

Die Tätigkeit der Abteilung Forschung und Entwicklung wurde 2006 fortgesetzt und schlug sich in verschiedenen wissenschaftlichen Kongressen nieder, bei denen die Ergebnisse der Forschung präsentiert werden konnten, insbesondere am Graduiertenkolleg der Fakultät für Pflegewissenschaft der Universität Laval in Québec, an der Fakultät für Pflegewissenschaft der Universität St. Joseph in Beirut, am Bildungszentrum des Universitätsspitals Zürich sowie an der ersten internationalen wissenschaftlichen Konferenz der Fakultäten für Nursing der Arabischen Welt, an der die Hochschule für Gesundheit die Schweiz vertrat.

Die HEdS-FR war auch an internationalen Konferenzen und Kongressen zugegen, insbesondere am nationalen FH-Forschungstag (Mai 2006), an der 2. Europäischen Konferenz der Pflegeausbilderinnen in Paris (Oktober 2006), am Dreiländerkongress (CH/D/A) Pflege in Psychiatrie (Oktober 2006) und an den aF&E- und Dienstleistungsaktivitäten der Hochschule Robert Schuman von Libramont in Belgien.

Im Rahmen der Vermittlung von Forschungsergebnisse im Unterricht hat die HEdS verschiedene Kurse gegeben, ins-

besondere in den jurassischen, neuenburgischen, waadtländischen, Walliser und Tessiner FH-Ausbildungsstätten des Studiengangs Pflege. Die HEdS-FR ist mehrere Male zur Teilnahme an Forschungsprojekten mit verschiedenen Partnern eingeladen worden.

Neben der eigentlichen Forschungstätigkeit und ihrer Auswertung, die den Kanton Freiburg und seine Pflegewissenschaftsaktivitäten auf die internationale Bühne bringen, ist die HEdS-FR auch in den aF&E-Strukturen der Westschweiz vertreten. Sie nimmt insbesondere an einem Kompetenznetzwerk (RCSO) und an den Forschungsaktivitäten der 13 Kompetenznetzwerke HES-SO teil und ist im Forschungsrat vertreten. Einer der Forscher der Forschungsabteilung ist ausserdem assoziierter Professor an einer kanadischen Universität, ein anderer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität der italienischen Schweiz und eine Forscherin ist derzeit in ihrem zweiten Nachdiplomjahr an der Fakultät für Pflegewissenschaft der Johns Hopkins University von Baltimore (USA).

4. HES-SO Freiburg: Zusammenarbeit und Qualität

Die Zusammenarbeit mit den vier Fachhochschulen von Freiburg hat sich im Hinblick auf die Schaffung einer unter einem Dach vereinten Schule, der HES-SO Freiburg, verstärkt. Zur gemeinsamen Finanz- und Informatikverwaltung kommt mit dem ISO 9001: 2000-Zertifizierungsprojekt bis Ende 2007 die Qualitätssicherung hinzu.

5. Technische Operationsassistenten (TOA)

2006 wurden 10 TOA-Diplome verliehen. Heute sind noch 3 Lernende in der Ausbildung. Sie schliessen im Februar 2007 ab. Das bedeutet auch das Ende der TOA-Ausbildung am Standort Freiburg. Zwei Lehrerinnen leiten das Programm und werden die Ausbildung noch zu Ende führen.

6. Pflegeassistenten

Dieses einjährige Programm ist eine berufsbegleitende Ausbildung. Derzeit sind 49 Personen in der Ausbildung. Die Mehrheit von ihnen sind bereits in Alterssiedlungen, Aufnahmestrukturen für Behinderte, Gesundheitszentren und Spitälern tätig. 2008 wird das Zertifikat Pflegeassistentin/Pflegeassistent aufgehoben. Eine Zusatzausbildung wird erarbeitet um diesen Berufsleuten ab 2007 zu ermöglichen, ein EFZ in FaGe zu erlangen.

7. Fachangestellte/r Gesundheit (FaGe)

Im Juli 2006 haben 49 FaGe ihr Zertifikat erhalten und sind auf den freiburgischen Arbeitsmarkt gekommen. Diese Berufsleute haben in einem Heim, im Behindertenbereich oder in einem Spital eine Anstellung gefunden. Einige setzen ihre Ausbildung mit der Berufsmaturität Gesundheit-Soziales fort.

Das Jahr war vom Transfer der FaGe-Ausbildung in die neue Berufsschule Gesundheit-Soziales (ESSG) in Posieux und der Übergabe der Verantwortung für diese Ausbildung an das Amt für Berufsbildung, das in der Volkswirtschaftsdirektion angesiedelt ist, gekennzeichnet. Auf finanzieller Ebene wird die ESSG ab 1. Januar 2007 ihr eigenes Budget verwalten.

Seit September gibt es 136 FaGe-Lernende, die sich auf 3 Klassen verteilen, davon sind 46 im 1. Jahr, 48 im 2. Jahr und 42 im 3. Jahr.

8. Praxisausbildungsorte – Praktika

Im Laufe des Jahres 2006 haben die Studierenden und Lernenden rund 780 Praktika in den verschiedenen Pflegeinstitutionen des Kantons und anderer Kantone absolviert. Diese Zahl ist praktisch die gleiche wie 2005. Wegen Restrukturierungen, einer grösseren Nachfrage nach Praktika durch andere Berufsstände und kleinen Personalbeständen für alle Aufgaben, die im Bereich der Pflege anfallen, wird es immer schwieriger, die nötigen Praktikumsplätze zu erhalten. Das Angebot an Praktikumsplätzen ist auch in den anderen Kantonen tendenziell rückläufig.

9. Personal

Fünf Lehrerinnen und Lehrer haben ihre Nachdiplomaausbildungen auf höherem oder universitärem Niveau abgeschlossen oder schliessen sie bald ab, darunter eine Lehrerin, die ein Master in Public Health an der Universität Bern erlangt hat, und ein Lehrer, der seine Ausbildung mit einem Master in Nursing Science (MNS) an der Universität Basel abschliesst. Ein weiterer Lehrer schliesst demnächst seine Doktorausbildung in Public Health Management an den Universitäten Bern, Basel, Zürich, Lugano, Lausanne und Genf (Swiss Network of health economics) ab.

Das Projekt Kompetenzmanagement ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des FH-Studiengangs und das Verwaltungs- und Technikpersonal in der Endphase angelangt.

Die 22 Dossiers des Lehrkörpers des Studiengangs FaGe (Berufsschule Gesundheit-Soziales) wurden an das Amt für Berufsbildung weitergeleitet, das diese Dossiers seit Beginn des Schuljahres 2006/07 verwaltet.

10. Veranstaltungen an der HEdS-FR und Kommunikation

Neben der Teilnahme an den Informationssitzungen verschiedener Orientierungsschulen des Kantons hat die Schule selber mehrere ähnliche Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler der Fachmittelschule Freiburg (FMS) (vorher KDMS) durchgeführt.

Die Information der Öffentlichkeit, der Kandidatinnen und Kandidaten, der Partner der Schule und intern erfolgte durch:

- die Internetseite der HEdS-FR, die nun im Zusammenhang mit der Schaffung der HES-SO Freiburg auf einem Server der HTA Freiburg beherbergt wird;
- die HEdS/KPS-Zeitung «Ouvertüre», die zweimal erschienen ist; wegen der Trennung der Schulen der Tertiärstufe (HEdS) und der Sekundarstufe (ESSG) wird nun über die Zukunft dieses Blatts nachgedacht (Weiterführung in anderer Form, anderes Konzept usw.);
- zahlreiche Informationsveranstaltungen, die an der HEdS-FR und an verschiedenen Orten durchgeführt wurden, um die Ausbildungen vorzustellen.

Die bereits bestehende Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung wurde noch verstärkt.

Verschiedene Treffen mit den Arbeitgebern und Praxisausbildnern fanden statt mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Praxisausbildungsorten und der Schule zu verstärken.

Vom 15. bis 22. Februar 2006 wurde die traditionelle Ausstellung mit dem Titel «Der Ausbildungsmarkt» in Zusammenarbeit mit verschiedenen Arbeitgebern organisiert, um die Studierenden der Schule mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen.

Vom 24. März bis 13. April 2006 hat die Schule die Wanderausstellung «Le peuple venu du bout du monde» gezeigt, eine Ausstellung mit Bildern und Texten über Aufnahmestrukturen für ältere Menschen.

Über das ganze Jahr hinweg hat die HEdS ihre Räumlichkeiten verschiedenen kantonalen Ämtern und Gruppen und Vereinen aus dem Bereich Gesundheit-Soziales zur Verfügung gestellt.

X. Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit

Im Herbst 1972 wurde die «Ecole d'éducateurs et d'éducatrices spécialisés de Fribourg (EESF)» gegründet. Zwischen 1972 und Herbst 2002 entwickelte sich die Schule und erlebte zahlreiche Änderungen. Ihr Name wechselte mehrmals, bis sie 2002 zur Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FHF-SA) wurde. Seither ist die FHF-SA eine Ausbildungsstätte der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO).

Auf institutioneller Ebene erfolgte 2006 eine Änderung beim Rechtsstatus der FHF-SA. Mit der Genehmigung des FHF-SA-Gesetzes durch den Grossen Rat am 9. September 2005 geniesst die Schule seit 1. Januar 2006 öffentlich-rechtlichen Status und ist administrativ der EKSD zugewiesen.

1. Direktionsrat

Mit diesem neuen Rechtsstatus wurde der Direktionsrat der FHF-SA Anfang 2006 neu gebildet. Er hat im Laufe des Jahres drei Sitzungen abgehalten und dabei die folgenden Geschäfte behandelt:

- Genehmigung der Rechnung 2005 (letztes Jahr der FHF-SA mit altem Rechtsstatus);
- Prüfung des Voranschlags 2007 zuhanden des Staatsrates;
- Prüfung eines internen Anerkennungsverfahrens für die erworbenen Bildungsleistungen der Dozierendenschaft und zustimmende Stellungnahme zu Handen der EKSD;
- Prüfung des Reglements über den Fonds für angewandte Forschung und Entwicklung der FHF-SA und zustimmende Stellungnahme zu Handen des Staatsrats;
- Zur Kenntnisnahme der laufenden Dossiers: einheitliche Vereinbarung in Erarbeitung auf Ebene HES-SO; Gesetzesentwurf in Vorbereitung über die künftige HES-SO Freiburg; Weiterverfolgung des Bologna-Prozesses und Bachelor ab 2006.

Neben den statutarischen Aufgaben hat er sich über alle nationalen und Westschweizer Projekte bei den FH-Studiengängen auf dem Laufenden gehalten.

2. Grundausbildung

Auf nationaler Ebene hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement per Entscheid vom 7. Juni 2006 die Ausweise der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) in allen Studiengängen des Bereichs Soziale Arbeit anerkannt.

2.1 Die Ausbildung in einigen Zahlen

Folgende Ausbildungen werden an der FHF-SA angeboten:

Sozialpädagogik: Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen betreuen kleine Gruppen und/oder einzelne Menschen pädagogisch in Problemsituationen und erschwerten Lebenslagen. Sie arbeiten in Organisationen und Einrichtungen der stationären, teilstationären und ambulanten Sozialen Arbeit, zu Hause, in sozialpädagogischen Einrichtungen und auf der Strasse.

Sozialarbeit: die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter befassen sich mit einzelnen Menschen und Gruppen in Sozialzentren, sozialmedizinischen Institutionen und verschiedenen Sozialdiensten (Eröffnung der Ausbildung an der FHF-SA im Herbst 2005).

Dauer der Ausbildungen:

- Mind. 3 Jahre im Vollzeitstudium.
- Mind. 4 Jahre im berufsbegleitenden Studium, das mit mindestens 50 % Beschäftigung in einer Sonderinstitution verbunden werden muss.

- Mind. 4 Jahre im Teilzeitstudium.

Am 31. Dezember 2006 wurden in den beiden Studiengängen insgesamt 377 Studierende gezählt:

- 217 Studierende im Vollzeitstudium;
- 150 Studierende im berufsbegleitenden Studium;
- 10 Studierende im Teilzeitstudium.

Davon sind 72 % Frauen und 28 % Männer.

Die praktische Ausbildung, 1/3 der gesamten Ausbildung, hat sich ebenfalls stark entwickelt. Hier einige Zahlen des akademischen Jahres 2005/06:

- 161 Praktikumsbildungsplätze wurden ausgehandelt;
- 4 Studierende absolvieren ihr Praktikum im Ausland;
- 16 Praktikumsplätze im Ausland sind in Planung;
- 315 Studierende werden in ihrem Praktikum begleitet.

Im Studienjahr 2005/06 wurden 70 Diplome ausgestellt.

2.2 Interesse am Studium und Zahl der Studienanfänger/innen (Herbst 2006)

Studiengang/ Programm	Anfragen	Anmel- dungen	Aufnahmen	Studienan- fänger/innen
Sozialpädagogik	97	79	67	67
Sozialarbeit	26	22	19	19
Soziokulturelle Animation	3	3	0	0
Total	126	104	86	86

2.3 Der neue Rahmenlehrplan (RSP 06) und Bologna

Die Umsetzung des neuen Rahmenlehrplans 2006 für den Bereich Soziale Arbeit der HES-SO, zu der die FHF-SA gehört, erfolgt nach dem Bologna-System. Der RSP 06 stimmt mit den Vorgaben des Bundes und den Empfehlungen der Schweizerischen Fachhochschulkonferenz überein. Überdies stellt die Einführung eines einzigen Diploms mit Vertiefungsrichtung im Bereich der Sozialpädagogik in der Westschweiz eine Innovation dar.

2.4 Neues akademisches Jahr

Auf Schweizer Ebene wurde eine Abstimmung des akademischen Jahres zwischen Universitäten, FHs und ETHs beschlossen. Spätestens ab akademischem Jahr 2007/08 beginnen die Lehrveranstaltungen in Woche 38 (Mitte September) anstatt in Woche 43. An der FHF-SA beginnt das Studienjahr für die neuen Studierenden am Montag der Woche 38, also am 18. September 2006, während die Bisherigen ihr akademisches Jahr nach dem gewohnten Rhythmus angefangen haben. Für sie wechselt der Rhythmus ab dem akademischen Jahr 2007/08.

3. Weitere Aufgaben der FH

3.1 Weiterbildung und Nachdiplomstudium

2006 betrafen die Nachdiplomstudien der FHF-SA verschiedene Projekte, die sich auf die ganze Westschweiz

erstreckten. So koordiniert oder beteiligt sich die FHF-SA an den NDS:

- Zertifikat «Violence conjugale et ses répercussions sur le couple et la famille: connaître et intervenir» (Konzeption FHF-TW und HEVs).
- Zertifikat «Handicap: connaître et accompagner» (4 Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit der Westschweiz).
- Zertifikat «Praticiennes et praticiens formateurs» (Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsstätten für Gesundheit und Soziales Arc und Kanton Freiburg).
- Diplom «Direction d'institutions éducatives sociales et médico-sociales» (4 Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit der Westschweiz zusammen mit den HEG).
- Master of advanced studies en action et politiques sociales (4 Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit der Westschweiz).

Die FHF-SA bietet auch kurze Weiterbildungen an. Im Studienjahr 2006/07 werden 33 ein- oder mehrtägige Kurse angeboten.

3.2 Angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E) und Dienstleistungen

2006 haben die Forschungs- und Dienstleistungsaktivitäten an Stundenvolumen und Vielfalt der realisierten Projekte, Partnerinstitutionen und Auftraggeber zugenommen. Von Anfang an standen bei der Entwicklung der FHF-SA Synergien und Wissens- und Expertisentransfer unter den verschiedenen neuen Aufgaben und Ausbildungsaktivitäten im Vordergrund. Die den Schwerpunktzentren der FHF-SA zugrunde liegenden Aufgaben laufen alle über diese Vielzahl von Verbindungen.

Hier einige Beispiele von abgeschlossenen und laufenden Projekten:

- Folgen des Selbstmords eines Kunden für die Berufsleute im Sozial- und Gesundheitswesen;
- Bestandteile und Bildung einer gefestigten und ermutigenden beruflichen Identität bei den Personen in der Berufsbildung;
- Leben in der Familie für alternde, geistig behinderte Personen: Wie sieht die Wirklichkeit aus?
- Öffentliche Bank: Beurteilung des zweijährigen Betriebs dieser neuen Struktur unter vielen Gesichtspunkten;
- Förderung der Lebensqualität in Marly. Prüfen der Bedürfnisse in Form einer Aktionsforschung mit Beteiligung der Bevölkerung;
- Ausbildung zum Einsatz im Rahmen der ausserschulischen Betreuung (ASB);
- Neun Erziehungsheime im Kanton Freiburg: Die Studie versteht sich als Entscheidungshilfe und versucht das Angebot mit der Nachfrage nach stationären Platzierungen zu vergleichen; dabei wurden die wichtigste Dienststelle zur Platzierung im Kanton und die Heime befragt.

4. Personal

Am 31. Dezember 2006 verfügt die FHF-SA über 34,6 VZÄ. Der Betreuungsgrad hat mit der starken Zunahme der Studierendenzahlen zwischen 2002 und 2006 (300 %) nicht Schritt gehalten.

5. Veranstaltungen der FHF-SA und Kommunikation

Die Information der Öffentlichkeit, der Bewerberinnen und Bewerber, der Partner der Schule und intern hat sich 2006 durch die Verstärkung der folgenden Mittel weiterentwickelt:

- Jahresbericht;
- Internetsite der FHF-SA;
- Berufsinformationsveranstaltungen an der FHF-SA und an verschiedenen Orten;
- Ausstellungen im Zusammenhang mit der Sozialen Arbeit in den Räumlichkeiten der FHF-SA.

Zur Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Praktikumsorten und der Schule haben zudem verschiedene Zusammenkünfte mit Arbeitgebern und Praxisausbildner/innen stattgefunden.

XI. Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung

1. Berufsberatung

1.1 Vorbereitung auf die Berufswahl

Die Vorbereitung auf die Berufswahl erfolgt vorwiegend im Unterricht, durch Berufsberater/innen oder dafür ausgebildetes Lehrpersonal. In den Orientierungsschulen fanden insgesamt 1668 Informationssitzungen statt.

Im französischsprachigen Kantonsteil wird der Berufswahlvorbereitungsordner «Une vie, des directions» an alle Schüler/innen des zweiten OS-Jahres abgegeben. Er dient den Berufsberaterinnen und -beratern als pädagogisches Werkzeug für die Arbeit im Unterricht.

1.2 Schul- und Berufsinformation

Die Information über die Berufe und Bildungsgänge wurde wie bisher organisiert, und zwar mit folgenden Hilfsmitteln:

- Schriftliche Information (Leihmappen, Berufsinformationsblätter);
- Mündliche Information (Vorträge über Berufe und Schulen);
- Audio-visuelles Material (Videokassetten, CD-Rom, DVD);
- Kantonale und nationale Berufsberatungssites (Lehrstellenliste und Anmeldefristen);
- Betriebsbesichtigungen (in Zusammenarbeit mit den Berufskreisen);
- Berufsvorbereitungspraktika.

15 433 Dossiers oder Dokumente wurden ausgeliehen.

Anhand der Ergebnisse der Umfrage, die jeden Herbst bei den Unternehmen und Verwaltungen durchgeführt wird, veröffentlicht das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung eine Lehrstellenliste. 2006 umfasste diese Liste 1392 (1393) Stellen. Diese Zahl entspricht jedoch nicht genau der Realität, weil nicht alle Lehrstellen von den Betrieben öffentlich ausgeschrieben werden.

Um eine optimale Aktualisierung der Lehrstellenliste im Internet zu gewährleisten, hat das Amt im Frühjahr und Sommer 2006 bei den Ausbildnern in den Betrieben zwei schriftliche Umfragen durchgeführt und einen Telefondienst eingerichtet.

Für die Schüler der Orientierungsschule und ihre Eltern kam die Broschüre «Après le Cycle d'orientation: quelles voies de formation?» in einer neuen Auflage heraus.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Centre de production documentaire romand hat sich der Dokumentationsdienst an der Schaffung oder Aktualisierung mehrerer Informationsblätter-Sammlungen beteiligt: für den Kanton Freiburg wurden 93 UNI INFO-Blätter, 42 ECOL'INFO-

Blätter über die freiburgischen Schulen und 50 INFOP-Blätter über Berufe neu erstellt oder angepasst. 1047 Weiterbildungsangebote wurden in die Datenbank www.bop.ch aufgenommen.

1.3 Berufsinformationszentren

Die Berufsinformationszentren bieten Informationsmaterial über Berufe und Ausbildungsgänge an. Im ganzen Kanton zählte man 24 248 Besucher/innen, von denen sich 9959 in einem persönlichen Gespräch informierten.

1.4 Internetsite der kantonalen Berufsberatung

Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung verfügt über eine Internetsite, die insbesondere ein Verzeichnis der Berufsinformationszentren und die Anmeldefristen für die verschiedenen Bildungsgänge umfasst. Es gibt einen Link zur nationalen Berufsberatungssite, die eine Lehrstellenliste führt.

1.5 Einzelberatung

Die folgenden Zahlen umfassen die gesamte Beratertätigkeit, also die Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen. Anhand der Zahlen dieses Jahres kann festgestellt werden:

- Die Zahl der behandelten Fälle hat um 6,7 % abgenommen. Die Zahl der Gespräche fiel gegenüber dem Vorjahr um 253, was einer Abnahme von 2,4 % entspricht. Dieser Rückgang ist auf die vorübergehenden Stellenvakanz zurückzuführen.
- Die Anzahl Beratungen, während denen Tests durchgeführt wurden, beläuft sich auf 1630 oder 15,6 %;
- Die 1211 erwachsenen Ratsuchenden (20-jährig und älter) machen 22,2 % der gesamten Beratungen aus.

Statistik der Ratsuchenden:	2006			2005
	M.	F.	Total	
Anzahl beratene Personen	2 318	3 130	5 448	5 841
Anzahl Beratungsgespräche	4 433	6 018	10 451	10 704
Alter der Ratsuchenden				
– bis 19-jährig	1 843	2 394	4 237	4 460
– 20-jährig und älter	475	736	1 211	1 381

1.6 Erwachsenenberatung

192 (246) Arbeitslose erschienen zu einem Beratungsgespräch. Dank der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung und dem Amt für den Arbeitsmarkt konnten 27 Personen betreut werden.

1.7 Schul- und Berufswahl der Jugendlichen

Im Jahr 2006 haben 3347 (3176) Schüler/innen die Orientierungsschule beendet; sie haben sich für die folgenden Schul- und Berufsrichtungen entschieden:

Gewählte Richtung in %:	2006			2005
	M.	F.	Total	
– Lehre, Grundausbildung	57,5	30,7	44,9	45,5
– Schulen der Sekundarstufe II	28,4	46,4	36,9	36,7

Gewählte Richtung in %:	2006			2005
	M.	F.	Total	
– Andere Schulen	2,3	2,8	2,5	2,1
– Erwerbsarbeit	0,3	0,3	0,3	0,3
– Sprachliches 10. Schuljahr	3,1	4,2	3,6	4,1
– Übergangs- und unbekannte Lösungen	3,9	10,6	7,1	6,2
– Vorbereitungs- oder Integrationskurse	4,5	5,0	4,7	5,1

Der Anteil der Jugendlichen, die eine Lehre gewählt haben, beträgt 44,9 % (45,5 %); das sind 1501 (1444) Personen. Dieser Anteil hat um 0,6 % abgenommen. (Abnahme um 4,1 % bei den Knaben, Zunahme um 0,9 % bei den Mädchen).

Das Lehrstellenangebot konnte der Zunahme der Anzahl Schüler/innen, welche die OS abschlossen, nicht folgen. Die Anzahl freier Lehrstellen reicht in einigen Sektoren wie dem Bau- oder Gastgewerbe aus. In den Berufen, die mit den neuen Technologien verbunden sind, besteht im Vergleich zur Bewerberzahl ein zu kleines Angebot an freien Lehrstellen. Die Mädchen haben allgemein mehr Mühe, eine Lehrstelle zu finden. Immer häufiger beginnen die Jugendlichen ihre Lehre im Alter von 17-18 Jahren.

Das Dispositiv «Brücken zur Lehre» hilft Übergangslösungen für Schüler/innen zu finden, die noch ohne Lehrstellenvertrag dastehen. Dank der Jugendplattform, die im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit mit den zuständigen Ämtern geschaffen wurde, können die Jugendlichen in der am besten geeigneten Struktur einer Übergangslösung zugeführt werden. Das Arbeitsamt finanziert für diese Struktur eine Berufsberaterstelle zu 50 %.

Die freiburgische Berufsberatung widmet sich besonders den am meisten benachteiligten Jugendlichen. Massnahmen aktiver Unterstützung in Form intensiver Begleitung wurden ergriffen, damit jeder junge Mensch nach der obligatorischen Schule eine Lösung finden kann. Bis Anfangs September wurden Jugendliche betreut, die keine Lehrstelle gefunden hatten. Eine Spezialaktion mit der Bezeichnung «Last Minute» ermöglichte mit Unterstützung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, während des ganzen Sommers eine Anlaufstelle anzubieten. Im gleichen Rahmen erhielten mehrere Jugendliche dank einer Zusammenarbeit mit dem Lokalradio Gelegenheit, sich in einer Sendung vorzustellen und für eine Lehrstelle zu empfehlen.

2. Erwachsenenbildung

2.1 Kommission für Erwachsenenbildung

Die Kommission hat fünf Sitzungen abgehalten; sie hat die Subventionsgesuche geprüft und gegenüber der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport Empfehlungen abgegeben.

Weiter hat die Kommission:

- die Entwicklung der Anerkennung und Validierung bereits erbrachter Bildungsleistungen im Kanton verfolgt;
- den Austausch über die unterschiedlichen Erwachsenenbildungsinstitutionen gepflegt.

Ein Betrag von 28 180 Franken wurde für erneuerbare oder ausserordentliche Beiträge verwendet.

2.2 Volkshochschule

2005/06 haben 3371 (3260) Personen Kurse der Volkshochschule besucht, insgesamt zählte man 48 004 (48 223) «Teilnehmerstunden» (= Total der Stunden, über alle Teilnehmer summiert). 584 (515) Kurse wurden angeboten und 377 (309) durchgeführt.

Ein Leistungsvertrag zwischen dem Staat Freiburg und der Volkshochschule des Kantons Freiburg legt einerseits die Leistungen fest, die von der Volkshochschule erwartet werden, und andererseits die finanziellen Mittel, die der Staat zur Verfügung stellt. Er definiert zudem die Ziele, die über quantitative und qualitative Indikatoren erreicht werden müssen. Ein Beitrag von 51 000 Franken wird als Beteiligung an den Betriebskosten gewährt sowie ein Beitrag von 2.10 Franken pro «Teilnehmerstunde». Insgesamt beläuft sich der Beitrag auf 151 808.40 Franken.

2.2.1 Eigenmittel

Kursgebühren, Beiträge, Schenkungen 82,43 % (81,21 %)

2.2.2 Beiträge

Kanton	16,44 %	(17,57 %)
Gemeinden	1,13 %	(1,22 %)
Beiträge insgesamt	17,57 %	(18,79 %)

2.3 Verein Lesen und Schreiben

Der Leistungsvertrag mit dem Verein Lesen und Schreiben ist in Kraft getreten. Dieser Institution wurde ein Beitrag von 15 000 Franken für ihre Tätigkeit in der Bekämpfung des Analphabetismus gewährt.

2.4 Diplom für Erwachsenenbildner/in DIFA

Dieses Programm für Erwachsenenbildner/innen wurde unter der Ägide der Regierungen der Kantone Bern, Jura, Neuenburg und Freiburg aufgestellt.

Den Ausbildungszyklus 2004-2006 absolvierten 4 Personen aus dem Kanton Freiburg, für den Zyklus 2006-2008 wurden deren 5 aufgenommen.

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg betrug 30 870 Franken.

2.5 Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne

Dank einer Vereinbarung mit dem Abendgymnasium Lausanne gelten für Freiburger die gleichen Zulassungsbedingungen wie für Waadtländer. 5 Freiburger sind an dieser Schule eingeschrieben.

Die finanzielle Beteiligung des Kantons Freiburg betrug 20 000 Franken.

2.6 Anerkennung und Validierung von Bildungsleistungen

Die kantonale Kommission für Anerkennung und Validierung von Bildungsleistungen hat dem Staatsrat ihren

Schlussbericht abgeliefert. Dieser untersucht die Bedürfnisse in diesem Bereich, plant die Gesetzesänderungen, legt das Verfahren fest, bestimmt die verantwortlichen Stellen und zeigt die finanziellen und personellen Auswirkungen auf. Zwei Pilotversuche wurden durchgeführt, der eine mit den Logistikassistentinnen und -assistenten, der andere mit den Maurern. Im Anschluss daran wurden 4 eidgenössische Fähigkeitszeugnisse ausgestellt.

XII. Ausbildungsbeiträge

1. Kommission für Ausbildungsbeiträge

Die Kommission trat zu einer Plenarsitzung und 15 Unterkommissionssitzungen zusammen. Dabei wurden die Stipendien- und Darlehensgesuche sowie 47 Einsprachen behandelt. An das Verwaltungsgericht wurde keine Beschwerde gerichtet.

Drei Sitzungen einer Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» dienten der Vorbereitung der bevorstehenden Revision des Gesetzes vom 28. November 1990 über die Stipendien und Ausbildungsdarlehen.

Die Plenarsitzung diente hauptsächlich der Festlegung von Schwerpunkten zuhanden der Arbeitsgruppe «Gesetzgebung» und zur Überarbeitung der internen Richtlinien der Kommission, unter Berücksichtigung der im Schuljahr 2005/06 gemachten Erfahrungen.

2. Stipendien

Ein Vergleich mit dem Ausbildungsjahr 2004/05 zeigt, dass sich die Anzahl Gesuche nur wenig verändert hat.

Ausbildungsjahr	Gesuche	Bezüger/innen	Abgelehnte Gesuche	
			Total	Ablehnungssatz
2004/05	3 238	1 745	1 493	46,11 %
2005/06	3 142	1 743	1 399	44,52 %

Der Beitragssatz an die Deckung des berechneten Fehlbeitrags ist mit 75 % unverändert geblieben.

Die nachfolgend aufgeführten bezahlten Beträge entsprechen den im Kalenderjahr 2006 ausbezahlten Beträgen. Sie verteilen sich wie folgt auf die vom Bundesamt für Statistik (BFS) vorgegebenen neun Ausbildungskategorien:

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
<i>Sekundarstufe II</i>		
Gymnasiale Maturitätsschulen	541	1 655 375
Andere Mittelschulen	334	1 023 377
Vollzeitberufsschulen	273	876 498
Berufslehren und Anlehren	676	1 532 880
Nach Berufslehre erworbene Berufsmaturitäten	36	103 380

Ausbildungskategorien	Anzahl	Beträge in Fr.
<i>Tertiärstufe</i>		
Höhere (nicht universitäre)		
Berufsbildung	63	314 886
Fachhochschulen	252	1 174 237
Universitäten und Eidgenössische Technische Hochschulen	379	1 930 177
Weiterbildung	16	51 896
Total	2 570	8 662 706

Im Ausbildungsjahr 2005/06 konnten die Stipendien des Kantons 75 % der von den Bezügerinnen und Bezüger berechneten Bedürfnisse decken. Der nicht gedeckte Teil wird ganz oder teilweise von den Gemeinden übernommen, die aus freien Stücken Stipendien gewähren.

Die Gemeinden legen ihre Stipendien anhand der Berechnung des Kantons und des von diesem gewährten Beitrags fest.

Die Gemeinden haben folgende Beiträge geleistet:

Jahr	Anzahl Gemeinden	Gemeindestipendien in Fr.
2005	122	959 005
2006	114	1 027 084

Die privaten Institutionen, die einen Bundesbeitrag erhalten, haben 85 398 (97 876) Franken an Personen in Ausbildung ausbezahlt.

Unter dem Vorbehalt der Kreditmöglichkeiten hat der Bund den Beitragssatz für die Stipendien an den Kanton Freiburg bei 48 % festgesetzt. Die Jahresendrechnung 2005, die Ende Dezember 2006 vorlag, hat aber gezeigt, dass der reduzierte Kredit des Bundes, der im Rahmen des Entlastungsprogramms festgelegt wurde, bei weitem nicht ausreicht, die Aufwendungen der Kantone gemäss festgelegtem Beitragssatz zu decken. Die Beträge der Kantone werden in der Folge linear gekürzt, so dass der Beitragssatz für den Kanton Freiburg ungefähr 40 % beträgt.

3. Ausbildungsdarlehen

Die Kommission hat im Kalenderjahr 51 (57) Gesuche geprüft, 50 (53) Gesuchen wurde stattgegeben. Der veranschlagte Betrag von 450 000 (500 000) Franken wurde nicht voll ausgeschöpft.

Der Bund vergütet die Zinsen (4 %) der ab dem 1. Januar 2000 gewährten Darlehen zum gleichen Beitragssatz wie die Stipendien.

XIII. Amt für Sport

1. Kantonale Kommission für Sport und Sporterziehung

2006 hat die Kommission sieben Sitzungen abgehalten. Sie hat:

- die von der Unterkommission vorgeschlagenen ordentlichen Beiträge und andere Zuwendungen angenommen und dem Staatsrat beantragt, wie die Gewinne 2005 von «Loterie Romande – Sport» (LORO-Sport) verteilt werden sollen;
- die 50 %-ige Beteiligung von LORO-Sport am freiwilligen Schulsport beschlossen;
- sieben Beschwerden zu LORO-Beiträgen behandelt und sieben ausserordentliche Beiträge gesprochen;
- im Kloster Part Dieu einen Workshop durchgeführt und dabei beschlossen, Freiburger Sportlerinnen und Sportlern, die sich auf die olympischen Spiele von Peking 2008 und Vancouver 2010 vorbereiten, einen ausserordentlichen Beitrag zukommen zu lassen, die Aktion «ado move» in Form von Schneeschuhtagen mit 30 000 Franken zu unterstützen und einen Ausbildungszyklus für Vereins- und Verbandsleitende auf die Beine zu stellen;
- eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Machbarkeit der Verwaltung von LORO-Sport durch den Freiburger Verband für Sport zu prüfen;
- dem Staatsrat zwei Kandidaten für den Sportpreis des Kantons vorgeschlagen;
- anlässlich ihrer Stizung vom 12. Oktober den Segelclub Estavayer-le-Lac besucht;
- entschieden, zwei Förderpreise zu vergeben, den einen an Herrn Pascal Mancini (Leichtathletik, Sprint) von Estavayer-le-Lac, den andern an Frau Sandra Stocker (Volleyball) von Bulle;
- die laufenden Angelegenheiten, für die die Kommission zuständig ist, behandelt.

2. Sporterziehung (Schule)

Sport und Sporterziehung werden auf allen Stufen der obligatorischen Schule und an den Schulen der Sekundarstufe II unterrichtet. Die folgenden Hauptaktivitäten prägten das Jahr 2006:

2.1 Lehrerfortbildung

Obligatorische Fortbildung:

Die Erneuerung der Lebensrettungsbrevets erforderte die Organisation einer grossen Zahl von Fortbildungskursen. Mehr als 350 Lehrpersonen haben daran teilgenommen.

Die Sportlehrer der Sekundarstufe II haben an einem 2-tägigen Seminar teilgenommen.

Fakultative Fortbildung:

Folgende Formen der Fortbildung sind angeboten worden: Wochenkurse, Kurse auf Vorschlag des Amtes und solche auf Vorschlag der Lehrpersonen. Die Tatsache, dass kaum Kurse haben abgesagt werden müssen zeigt das Interesse, das die Lehrerschaft dem Sportunterricht entgegenbringt.

2.2 Freiwilliger Schulsport

Eine gezielte Informationskampagne hat erlaubt, die Angebote des freiwilligen Schulsports auf allen Altersstufen massiv zu erhöhen. Ungefähr vierzig Schulen haben solche Aktivitäten angeboten.

2.3 Schülermeisterschaften

2006 haben sich die Primarschüler in Orientierungslaufen, Basketball und Fussball messen dürfen.

Die Klassen der Orientierungsschulen haben an folgenden Turnieren teilgenommen: Basketball, Handball, Eishockey und Fussball. Die Sieger gewisser dieser Turniere haben den Kanton am schweizerischen Schulsporttag vertreten dürfen.

Auf Gymnasialstufe haben die «Collégiades» am Gymnasium Heilig-Kreuz 600 Studentinnen und Studenten zusammengebracht.

2.4 Förderung der jungen Talente

Die Aktivitäten im Bereich der Förderung junger Freiburger Talente lassen sich so zusammenfassen: Beratungen, Anpassungen der Stundenpläne, finanzielle Hilfe (LORO-Sport und/oder kantonaler Sportfonds), Koordination mit den Schulbehörden und den Sportverbänden.

Dank der guten Zusammenarbeit mit den Schuldirektionen konnten die Kaderfahrer von «Schneesport Mittelland» und «Ski romand» zum zweiten aufeinander folgenden Jahr von Stundenplanentlastungen profitieren.

Auf der Basis des gleichen Konzepts sind für die Mitglieder der ganz neuen «Basketball Akademie» ebenfalls Stundenplananpassungen vorgenommen worden.

3. Jugend + Sport

2006 war das «Jahr des J+S-Coachs». Das gute Funktionieren der neuen – 2003 eingeführten – J+S-Administration erfordert eine gute Qualität der «J+S-Coachs»: Dreizehn Aus- und Fortbildungskurse für Coachs haben zu einer qualitativen und quantitativen Qualitätssteigerung beigetragen. Die detaillierten Statistiken betreffend Jugend- und Kaderausbildung wird das Amt für Statistik vorlegen.

3.1 Tätigkeit und Weiterbildung der Experten

129 (153) Experten haben bei der Aus- und Weiterbildung der J+S-Leiterinnen und -Leiter mitgewirkt.

33 (23) Freiburger Experten haben den vom Kanton Wallis organisierten regionalen Ski- und Snowboard-Zentralkurs in Zermatt besucht.

3.2 Aus- und Weiterbildung der Leiterinnen und Leiter

252 (292) Leiterinnen und Leiter wurden in 12 (9) kantonalen Leiterkursen ausgebildet. Nur ein Kurs (Schwingen) musste mangels Anmeldungen abgesagt werden.

632 (676) Leiterinnen und Leiter haben 15 (20) kantonale Weiterbildungskurse besucht.

3.3 Sportlager des kantonalen Amts

Das Kletter- und Bergsteigerlager von Finhaut wurde mit 6 (8) Teilnehmenden durchgeführt. An den zwei Schwimmsport/Polysport-Lagern in Tenero haben insgesamt 147 (135) Jugendliche teilgenommen; 5 (11) haben an einer polysportiven Woche, die J+S Jura in Le Bémont durchgeführt hat, mitgemacht. Das Kanulager in La Roche wurde wegen mangelnder Abmeldungen abgesagt.

3.4 J+S-Kurse und -Lager (für 10- bis 20-Jährige) der Vereine und Schulen

An J+S-Kursen und -Lagern haben 28 653 (26 539) Jugendliche in folgenden Sportarten teilgenommen: Rollschuhlaufen, Karate, Lagersport, Segeln, Squash, Badminton, Basketball, Bergsteigen, Eishockey, Eislauf, Fechten, Turnen, Polysport, Fussball, Kunst- und Geräteturnen, Gymnastik und Tanz, Handball, Judo, Ju-Jitsu, Kanu, Unihockey, Inline-Hockey, Leichtathletik, Schwingen, Orientierungslauf, Radsport, Ringen, Rudern, Schwimmen, Ski, Snowboard, Ski-Langlauf, Skitouren, Streethockey, Wasserspringen, Tchoukball, Rettungsschwimmen, Sportklettern, Tennis, Tischtennis, Volleyball, Lagersport/Trekking, Mehrfächerkurse.

Für diese Aktivitäten sind die J+S-Leiterinnen, -Leiter, -Coachs und ihre Vereine und Gruppierungen vom Bund mit 1 916 650 (1 893 810) Franken entschädigt worden.

4. Sport-Toto

Der Kantonsanteil am Gewinn von «LOTÉRIE ROMANDE – Sport» betrug 2 215 121 (2 046 735) Franken, derjenige des Sport-Toto 31 458 (31 458) Franken.

Dieser Betrag wurde wie folgt verteilt:	Fr.
– Unterstützung des ordentlichen Sportbetriebs	924 850
– Bauten und Materialeinkäufe	567 073
– Unterstützung von Spitzensportler und Talenten	280 000
– Veranstaltungen, Kurse und Lager, Sport für alle, andere Trainingsformen	250 000
– Kommissionen	5 000
– Verschiedene administrative Ausgaben	60 000
– Werbung	10 000
– Aktion LORO-Sport	30 000
– Zuweisung an den Reservefonds	49 656
Total	2 246 579

69 (67) Verbände, Vereine und Institutionen haben aufgrund der Erhebung 2005, die auch 2007 noch gültig sein wird von der ordentlichen Unterstützung für ihren Sportbetrieb profitiert. Weil sich die Auswertung der Umfrage 2005 des Freiburgischen Verbands für Sport verzögerte, konnte der Saldo 2005 der Unterstützung für die ordentliche Tätigkeit erst 2006 ausgezahlt werden.

XIV. Amt für Kultur

1. Kulturförderung

1.1 Kommissionen

1.1.1 Kommission für die Verwaltung des kantonalen Kulturfonds

Die Kommission hat zwei Sitzungen abgehalten. Sie hat die Fonds überprüft, aus denen sich der kantonale Kulturfonds zusammensetzt, und hat Anträge zu ihrer Verwendung geprüft.

1.1.2 Kommission für kulturelle Angelegenheiten

Die Kommission hat acht Sitzungen abgehalten. Sie hat zu 179 (193) beim Amt eingegangenen Beitragsgesuchen Stellung genommen. Sie hat die Einsprache eines Antragstellers über die nicht erfolgte Erneuerung seiner Schaffenspartnerschaft geprüft und ihre negative Stellungnahme dazu bestätigt. Sie hat ausserdem die Richtlinien, die im Laufe der vergangenen Jahre im Bereich der Schaffensbeiträge angenommen wurden, erneuert. Für die Künstler und Künstlergruppen, welche sich über die Kriterien und Bedingungen zum Erhalt eines Schaffensbeitrags informieren möchten, steht auf der Internetseite des Amtes ein neues Dokument bereit. Die Kommission hat ausserdem dem Staatsrat den Preisträger des Kulturpreises des Staates Freiburg vorgeschlagen.

1.2 Kulturförderungsbeiträge

Zur Förderung aller kulturellen Ausdrucksformen (Theater, Literatur, Musik, Film, bildende Kunst, Tanz, Kulturanimation) sowie Projekte der kulturellen Zusammenarbeit verfügte das Amt für Kultur über einen Gesamtbetrag von 3 500 000 Franken, davon stammen 2 000 000 Franken aus dem Kulturfonds, der eine Schenkung in der Höhe von 1 500 000 Franken von der freiburgischen Kommission der Loterie romande und einen Betrag über 500 000 Franken, die einem Teil der Lotteriesteuer entspricht, erhalten hat.

1.2.1 Statistik

82 % der gewährten Beiträge gingen an die Förderung des Kulturschaffens und 18 % an Kulturveranstaltungen der folgenden Ausdrucksformen:

– Theater:	35,6 %
– Musik:	19,1 %
– Bildende Kunst:	12,4 %
– Tanz:	12,2 %
– Literatur / Publikationen:	3,1 %
– Film / Video:	2,6 %
– Verschiedenes:	15,0 %

Die Internetsite des Amtes (www.fribourg-culture.ch) ist technisch und optisch überarbeitet worden. Sie wurde weltweit über 44 000 Mal von Besuchern aus der ganzen Welt besucht.

1.2.2 Schaffenspartnerschaften

Die folgenden Schaffensgruppen haben eine mehrjährige Schaffenspartnerschaft von insgesamt 1 400 000 Franken

erhalten: Théâtre des Osses (Givisiez), Compagnie de danse Da Motus (Freiburg), Compagnie Fabienne Berger (Promasens), Vokalensemble Orlando (Freiburg). Im Rahmen seines Partnerschaftsvertrags hat das Théâtre des Osses ausserdem einen einmaligen Beitrag von 163 000 Franken als erstmalige Zuwendung an seinen Garantiefonds für Tourneen erhalten.

1.2.3 Erneuerbare Schaffensbeiträge

Vier Institutionen kamen in den Genuss eines erneuerbaren Schaffensbeitrags mit einem Gesamtbetrag von 500 000 Franken: Freiburger Oper, Centre d'art contemporain Fri-Art, Internationales Bollwerk-Festival und Espace Nuithonie (Konzept RésiDanse in Freiburg). Mit Hilfe des Betrags, der Espace Nuithonie überwiesen wurde, konnten die Produktionen von zwei Freiburger Tanztruppen in diesen Räumen aufgeführt werden: Da Motus (Freiburg) und Compagnie Drift (Freiburg/Zürich).

1.2.4 Schaffensbeiträge

Die Direktion hat den folgenden Kulturschaffenden und kulturellen Institutionen einmalige Schaffensbeiträge von insgesamt 854 000 Franken gewährt:

Groupe Oua.ch, Ensemble Triade, Ensemble vocal féminin «Elles en C», Chœur de Jade, Opéra de poche fribourgeois, Chœur-Mixte «Echo de la Sarine», Alexandre Gariplerden, Orchestre de chambre Helvetica, Featuring Jim, Christophe Pochon et les Sangliers Rieurs, Festival de musiques sacrées de Fribourg, Divertimento vocale, Watermelon Entertainment, Feutre et Chandel, Michel Runtz, Chanson des 4 Saisons, Céciliennes du secteur St-Laurent, Chœur St-Michel, Chœur Symphonique de Bienne, Berserk for Tea Time, Corps de musique La Landwehr, Concerts de la Semaine Sainte, Ensemble vocal De Musica, Maîtrise de Fribourg, Matteo Mengoni, Eric Crausaz, Adrien Vauthey, Chœur Symphonique de Fribourg, Little JC, Erik Angalo, Underschool Element (Musik, Gesang, Rock, Jazz);

Chantal Bianchi, Fondation pour la conservation de la cathédrale St-Nicolas, Paulusverlag, Deutschfreiburger Heimatkundeverein, Editions de l'Aire, Editions d'En Bas, Bernard Campiche Editeur, n book verlag, Editions La Sarine, Freiburger Studierenden-Buchverlag, Karl-Heinz Hug (Literatur/Publikationen);

Compagnie Nonante-Trois, Compagnie AGP, Association «Néfeli», Open-Tréteaux, 2b Company, Cirque Toamême, Talman Ensemble, Mado Sierro, Théâtre de l'Ecrou, Compagnie Les Barbares, Compagnie «Le Roi s'amuse», Deutschfreiburger Theatergruppe DFTG, Le Guignol à Roulettes (Theater);

Atipica Films Productions, Productions JMH, Isabelle Dufour, Dschoint Ventschr Filmproduktion AG (Film/Video);

Mélanie Schneider, Fabian Marti, Jean-Christophe Emmenegger, Francesco Ragusa, Sandro Godel, Wojtek Klakla, Isabelle Défaye, Françoise Pochon, Jean-Jacques Hofstetter, Marcel Dorthe, François Favre, André Sugnaux, Elmar Schafer, Iseut Bersier, Jean-François Devaud, Jean-

François Zehnder, Nicolas Ruffieux, Jean-Damien Fleury (Bildende Kunst, Fotografie);

Compagnie Drift, Compagnie Les Dormeurs Téméraires (Tanz).

1.2.5 Ausserordentliche Beiträge und Beiträge zur Förderung der Dezentralisierung

Die Direktion hat mit ausserordentlichen Beiträgen oder Defizitgarantien in der Höhe von insgesamt 212 000 Franken hauptsächlich die folgenden Veranstaltungen und Organisationen unterstützt:

Festival «Le Monde en Fête» (Freiburg), Internationales Filmfestival Freiburg, Fondation du Cardinal Journet (Freiburg), 20 Heures de Musiques de Romont, Association des amis de l'orgue du Collège St-Michel (Freiburg), Koordinationsgruppe «500jähriges Jubiläum der Päpstlichen Schweizergarde» (Freiburg), L'Usine Festival (Vuadens), Orgelakademie Freiburg, Brass Band Fribourg, Flauto! (Freiburg), Fondation Chordis et Organo (Freiburg), Kirchenkonzerte Murten, Estivale Estavayer-le-Lac, Kulturkreis Arosa (Freiburg), Association Contre-Cœur (Murten), Association Jeune Musique (Freiburg), Association «Altitudes» (Bulle), Association Ludimania'K (Estavayer-le-Lac), Fête du Livre et du Papier (Greyerz), Stone Hill Festival (Alterswil), Association Guitare Passion (Freiburg), Festival Les Montanuits (Montagny), Museum Murten, Circus Charmey, Suisse Diagonales Jazz (Freiburg), Box Productions (Freiburg), Association des concerts de Corpataux-Magnedens, Festival Bédémania (Belfaux/Comminbœuf), Association Guitare et Luth (Greyerz), Société d'histoire du canton de Fribourg, Collection de l'Art brut (Lausanne), Prix international des jeunes auteurs (Grolley), Société de développement de Broc, Beautiful Leopard (Pringy).

1.2.6 Ordentliche Beiträge

Die Direktion hat 39 Kulturvereine und kulturelle Gruppierungen kantonaler Ausstrahlung sowie interkantonale Institutionen mit insgesamt 206 000 Franken unterstützt.

1.2.7 Beiträge der Loterie Romande

Im Einvernehmen mit der Direktion hat die kantonale Kommission der Loterie Romande insbesondere folgende Veranstaltungen und Kulturstätten mit einem Gesamtbetrag von 2 110 000 Franken unterstützt: Bad Bonn (Düdingen), Belluard Bollwerk International (Freiburg), Centre culturel Ebullition (Bulle), Estivale Openair (Estavayer-le-Lac), Internationales Jazzfestival Freiburg, Internationales Filmfestival Freiburg, Festival de Musiques sacrées (Freiburg), Fri-Art (Freiburg), Fri-Son (Freiburg), La Spirale (Freiburg), Le Bilboquet (Freiburg), Les Concerts de l'Avent (Villars-sur-Glâne), Les Francomanias de Bulle, Murten Classics, Opéra de Fribourg, Rencontres de folklore internationales de Fribourg, Société des Concerts de Fribourg.

1.3 Kulturpreis des Staates Freiburg

In Anwendung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen wird der «Kulturpreis des Staates Freiburg» alle zwei Jahre

vom Staatsrat auf Antrag der Kommission für kulturelle Angelegenheiten verliehen. An seiner Sitzung vom 4. September 2006 hat der Staatsrat beschlossen, den diesjährigen Kulturpreis an den Schauspieler Roger Jendly zu verleihen. Dieser Preis wurde ihm durch den Präsidenten des Staatsrates am 10. Dezember 2006 im Théâtre des Osses in Givisiez überreicht.

1.4 Kulturelle Infrastrukturen

Auf Antrag der Direktion hat der Staatsrat dem Grossen Rat eine Botschaft zur Begleitung des Dekretsentwurfs über die Finanzierung des Konzert- und Theatersaals Grand-Places in Freiburg in Höhe von 5 000 000 Franken überwiesen.

Zudem hat der Staatsrat auf Antrag der Direktion und gestützt auf Art. 4 Abs. 3 KIG einen Beitrag von insgesamt 700 000 Franken zur Finanzierung der Sanierung der Conciergerie des Schlosses Greyerz gewährt. Dieser Betrag wird in drei Raten überwiesen (2006: 230 000 Franken; 2007: 200 000 Franken; 2008: 270 000 Franken). Er hat auch einen Gesamtbetrag von 140 000 Franken zur Finanzierung der Umbau- und Sanierungsarbeiten des Théâtre des Osses in Givisiez bewilligt; die entsprechenden Beträge belaufen sich auf 110 000 Franken im Jahr 2007 und 30 000 Franken 2008. Schliesslich hat der Staatsrat einen Beitrag von 225 000 Franken zur Renovation der Tour Vagabonde (elisabethanisches Wandertheater) in zwei Raten gewährt (190 000 Franken im Jahr 2007 und 35 000 Franken im Jahr 2008).

1.5 Zusammenarbeit

Das Amt hat bei den Aktivitäten der CORODIS (Commission romande de diffusion des spectacles) mitgewirkt. Es hat die Tätigkeit der Fondation romande pour la musique actuelle, des interkantonalen Fonds «Regio-Films» und der Association romande des techniciens du spectacle (ARTOS) unterstützt. Es hat sich zudem an den Arbeiten der nationalen und der westschweizerischen Kulturkonferenz beteiligt, wobei der Kanton Freiburg im Jahr 2006 den Vorsitz der letzteren Konferenz übernommen hat.

Das Amt beteiligt sich aktiv, zusammen mit den entsprechenden Stellen der Kantone Wallis und Jura, am Projekt «Echos», das von der Stiftung Pro Helvetia lanciert wurde. Die drei Kantone haben zusammen ein Projekt unter dem Titel «Kaléidoschoral» vorgeschlagen, dessen künstlerische Leitung dem freiburgischen Komponisten und Dirigenten André Ducret übertragen wurde. Ziel dieser Initiative ist es, die gegenwärtigen Stärken und Strömungen im Chorgesang der französischen Schweiz hervorzuheben und Traditionen und Neuerungen miteinander in Verbindung zu bringen. Zu diesem Zweck werden 2007 und 2008 Konzerte und thematische Symposien organisiert.

Der Amtsvorsteher vertritt den Kanton Freiburg im Stiftungsrat der Hochschule für Theater der Westschweiz.

Die Direktion hat gemeinsam mit ihren westschweizerischen Amtskollegen beschlossen, die gemeinsamen Mietverträge für Ateliers, die den Künstlern in Barcelona und New York zur Verfügung stehen, zu erneuern.

Der Filmemacher Bernhard Zitz aus Düdingen wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt in der Atelier-Wohnung Schönhauser ausgewählt, die in Berlin gemietet wird.

Der bildende Künstler Philippe Joner aus Lentigny wurde für einen sechsmonatigen Aufenthalt in der Atelier-Wohnung ausgewählt, die in Barcelona von den Kantonen der westschweizerischen Kulturkonferenz gemeinsam gemietet wird.

1.6 Kultur und Schule

Die Direktion hat die Durchführung des Programms «Kultur und Schule», das aus 29 Theateraufführungen, Filmen und Konzerten für Schulen des Kantons besteht und von Freiburger Kulturschaffenden produziert wird, finanziell unterstützt.

Ausserdem hat die Direktion für die Durchführung von Workshops und Schulveranstaltungen zehn Museen und Ausstellungsorte des Kantons finanziell unterstützt. Dank dieser Hilfe konnten etwa dreissig Workshops angeboten werden.

Insgesamt wurde für «Kultur und Schule» ein Beitrag von 91 642 Franken gewährt.

2. Staatsarchiv

2.1 Ablieferungen

Das Staatsarchiv verzeichnete Eingänge von insgesamt 528,50 (486,05) Laufmetern (Lm).

2.1.1 Ablieferungen der öffentlichen Hand

521,20 (462,40) Lm wurden von der kantonalen Verwaltung abgeliefert:

von der Staatskanzlei:

- 5 Protokollbände des Staatsrates, 1985-1988, 1990 (1 Lm.);
- 4 Kupferplatten für den Druck von Obligationen des Staates Freiburg, s.d.;

von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- vom Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht: Geschäftsdossiers, 1930-2005 (17,20 Lm.);
- vom Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2, Lehrer-dossiers, 1932-2004 (4 Lm.);

von der Sicherheits- und Justizdirektion:

- vom Generalsekretariat: Geschäftsdossiers, 1938-2003 (9 Lm.);
- von der Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ) der Kantonspolizei: Informationsjournal, 2005 (0,30 Lm.);
- von der Kantonspolizei: Tagesberichte der Polizeiposten, 2000 (1,50 Lm.);
- vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz: Geschäftsdossiers, 1991-2005 (3,20 Lm.);

- von der Sicherheitspolizei: vom Erkennungsdienst (KTD): 10045 Geschäftsdossiers, 1996-2001, und 13830 Identitätsphotographien, 1943-1998 (8 Lm.);

- vom Amt für Bevölkerung und Migration: Geschäftsdossiers Nr. 109000-120000 der verstorbenen, eingebürgerten oder ausgewanderten Personen, 1987-1991 (192 Lm.);

von der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- vom Oberamt des Greyerzbezirks: 468 Registerbände der Oberämter von Bulle, Corbières, Greyerz und des Greyerzbezirks, 1803-1963 (19 Lm.);
- vom Oberamt des Seebezirks: Baubewilligungen, 1951-1995, und Strafbefehle, 1980-1995 (65 Lm.);
- vom Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen: 3 Zivilstandsregister von Attalens, 1850-1858; 28 lose Hefte des Zivilstandsamtes Vivisbach, 1876-1930; 90 Registerbände, 1876-2003, sowie 185 Schachteln mit Heften des kantonalen Zivilstandsamtes, 1998-2003 (23 Lm.);

von der Direktion für Gesundheit und Soziales:

- vom Jugendamt: Personendossiers, 1954-1995 (9 Lm.);

von der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- vom Bau- und Raumplanungsamt: Baudossiers, 1986-1987 (62 Lm.);

von der Jugendstrafkammer: Akten und Ordnungsbussen, 1988 – 1999 (13,80 Lm);

vom Verwaltungsgericht: Korrespondenz und Akten verschiedener Kammern sowie vom Sozialversicherungsgerichtshof, 1995 (9 Lm.);

vom Bezirksgericht Broye: Zivil-, 1950-1979, (15,40 Lm.) und Strafakten, 1972-1978 (14 Lm.);

vom Bezirksgericht Greyerz: Strafakten, 1888-1936 (34 Lm.);

von Notar Pierre Rime: 58 Notariatsminuten, 6 Ordner der im Original ausgehändigten Urkunden, 1 Registerband, 1986-2001, 2004-2006 (4,10 Lm.);

vom ehemaligen Notar Alexis Rosset: 1 Siegel, 33 Bände Notariatsminuten, 1987-2004, 7 Ordner der im Original ausgehändigten Urkunden und 5 Register, 1953-2004 (2,80 Lm.).

2.1.2 Ablieferungen (Schenkungen, Depots) von Privatpersonen

Das Archiv hat 7,30 (3,30 Lm.) Schenkungen von Privatpersonen erhalten, darunter:

- von Herrn F. Benett: eine Urkunde des Kapitels St. Nikolaus (Priorat Sévaz, 1415);
- vom Abt de Bocard: Korrespondenz der mit den de Bocard verschwägerten Familien de Castella und de Diesbach, 19. Jh. (0,50 Lm.);

- von Herrn L. Despont: 79 Bände Etrennes fribourgeois, 1865-1866, 1869, 1871-1950 (1 Lm.);
- von den Pfadfindern Freiburg, Akten, 1917-2006 (3,20 Lm.);
- von der Vereinigung Visarte, Sektion Freiburg, Projekt Virus «Gare au voyage», 1998-1999, (0,20 Lm.);
- von Herrn J.-L. Thurler: 171 Dokumente der Familie Thurler von Freiburg, 1686-1922 (0,20 Lm.);
- von Frau L. de Weck-Peyraud: Photographien zum Bau des Zeughauses in Bulle und 26 Tagebücher des Obersten Raymond Peyraud, 1931-1945 (0,20 Lm.);
- vom Wasserbauunternehmen Bibera, Jeuss und Kerzers, Akten, 1935-1997 (0,50 Lm.);
- von Frau B. de Wolff: 14 Ordner u.a. über die nach Australien ausgewanderte Familie de Castella, 19.-20. Jh. (1,50 Lm.).

2.2 Restaurierungsarbeiten, Schutzmassnahmen, Mikroverfilmung

Verschiedene Fachleute haben 7 Seckelmeisterrechnungen, 1472-1477, sowie ein Pergamentheft des Eidbuches, 1508-1798, restauriert. Der Buchbinder des Staates hat verschiedene leichte Restaurierungen durchgeführt.

Die Zeitungen des Jahres 2004 sowie 65 Bände Zivilstandsregister wurden zum Binden vorbereitet.

Die Mikrofilmzentrale hat 3 (130) Geburts-, Ehe- und Sterberegister, die im Staatsarchiv hinterlegt sind, ferner 87 (228) Register von 20 (42) Pfarreien sowie 39 Bände Staatratsprotokolle, 1829-1862, mikroverfilmt. 9 Brandkatasterregister, 1812-1823, wurden vom Atelier der Stadt Freiburg mikroverfilmt.

2.3 Klassierungs- und Inventarisierungsarbeiten

Folgende Inventare wurden abgeschlossen (chronologische Reihenfolge):

- Inventar des Bestandes des Bürgerspitals (ohne Urkundenbestand), 15.-20. Jh.;
- Inventar von 116 Dokumenten der Familie Perriard von Blessens, 1671-2000;
- Erschliessung eines Bestandes der Familie Thurler von Freiburg, 1686-1922, 10 S.;
- Inventar von 385 kantonalen Kornlisten aus verschiedenen Beständen aus dem Jahre 1785;
- Erschliessung von 5000 Plänen, darunter ein Plan aus dem 18. Jh., und Akten des Architekturbureaus Genoud-Cuony, 1881-1963, 292 S.

Laufende Erschliessungsarbeiten (chronologische Reihenfolge):

- Inventar des Bestandes Stadtsachen B, 1299-1848, für die Datenbank scopeArchiv;
- Inventar der Notariatsregister des Mittelalters und des Ancien Régime;

- Nachführen des Inventars der mikroverfilmten Pfarregister, 16.-20. Jh.;
- Erschliessung von 120 Dokumenten der Familie Reynold von Romont, 1519-1798, sowie von 320 Dokumenten der Familie Wuilleret von Romont, 1549-1956;
- Inventar des Bestandes Helvetik, 1798-1803;
- Inventar des Bestandes Tagsatzung, 1803-1848;
- Erschliessung eines Teilbestandes des Oberamtes des Greyerzbezirks, 1803-1963;
- Inventar der Register und Korrespondenz des Oberamtes des Saanebezirks, 1804-1970;
- Klassierung der Dokumente aus dem Bereich «Münzen», 1807-1853, aus dem Bestand der Finanzdirektion;
- Erschliessung der Register des Militärdepartements: Rekrutierung, Rekrutenprüfungen, Mannschaftslisten, 1846-1964;
- Ordnen der Katasterpläne der Stadt Freiburg in säurefreie Mappen, 1879-1929;
- Inventar der Gerichtsakten des Bezirksgerichts Saane, 1803-1889;
- Inventar von 25 Bänden des Zivilstandsregisters des Glanebezirks, 1910-1980;
- Inventar der Personendossiers der Anstalten von Bellechasse, 19.-20. Jh.;
- Erschliessung der Freiburger Zeitungen für den Lesesaal.

2.4 Anschaffungen

Zusätzlich zu den Schenkungen wurde die Handbibliothek des Staatsarchivs um 95 (90) Titel erweitert. Neuanschaffungen werden auf einem Bücherregal präsentiert.

Das Staatsarchiv konnte folgende Dokumente erwerben (chronologische Reihenfolge): 120 Dokumente der Familie Reynold von Romont, 1519-1798; 320 Dokumente der Familie Wuilleret von Romont, 1549-1956; ein Plan aus dem Jahre 1746 der Besitztümer der Pfarreikirche und der Dominikanerinnen von Estavayer-le-Lac in Font, Forel und Aumont; Weistum aus Estavayer-le-Lac mit der Unterschrift des Arztes François Rey, Ende 18. Jh., und ein Heft «Schulaufsätze aus einer deutschen Schule in Freiburg», 1868.

2.5 Kundendienst

Vom 1. Dezember 2005 bis zum 30. November 2006 wurden 9555 (11 040) Dokumente und 3101 (3357) Mikrofilme von 714 (672) Besuchern in 3345 (3437) Tagesarbeitsätzen bearbeitet.

- Von 404 (382) Personen beschäftigten sich 333 (316) mit genealogischen Nachforschungen und 71 (66) mit verschiedenen Themen.
- Von 310 (290) Wissenschaftlern beschäftigten sich 50 (51) mit dem Mittelalter, 81 (77) mit dem Ancien Régime und 179 (162) mit dem 19. und 20. Jh.

Das Staatsarchiv hat 517 (482) Dossiers an verschiedene Dienststellen weiter geleitet.

Es wurden 24 (22) Führungen für 405 (380) Personen, darunter Schüler, Studenten, Lehrer, Beamte und Mitglieder privater Vereinigungen durchgeführt.

Die Archivare beteiligen sich am Historischen Lexikon der Schweiz. Der Archivar ist Mitglied des Büros zur Herausgabe des Buches «Freiburg, eine Stadt im 19. und 20. Jh.».

Der Archivar ist Mitglied der Archivdirektorenkonferenz. Als solches gehört er der Aufsichtskommission der Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen (KOST) an. Ferner ist er Komiteemitglied der Schweizerischen Gesellschaft für Geschichte.

Die Adjunktin ist Mitglied des Bildungsausschusses des Vereins der Schweizer Archivarinnen und Archivare (VSA). Sie nimmt an den Lehrmeisterinnentreffen Bern-Basel teil.

2.6 Vorarchiv

Die Archivare haben 25 (28) Dienststellen der kantonalen Verwaltung besucht und beraten: die Jugendstrafkammer, die Staatskanzlei, das Kollegium Hl. Kreuz, die Direktoren der deutschen Orientierungsschulen, die Finanzdirektion, das Grundbuchamt Tafers, das Friedensgericht Rechthalten, die Orientierungsstufe Tafers, die Oberämter des Greyerz- und des Seebezirks, den Erkennungsdienst, das Amt für Landwirtschaft, das Jugendamt, das Amt für den deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA), das Amt für Unterricht der Sekundarstufe 2, das Sozialvorgesamt, das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz, das Amt für Gemeinden, das Tiefbauamt, das Verwaltungssowie das Kantonsgericht, die Bezirksgerichte Broye, Greyerz, Saane und Vivisbach.

Die Archivare haben zudem weitere Institutionen beraten: den Cercle de la voile in Estavayer-le-Lac, das Kollegiatsstift St. Nikolaus, die Pfarreien Romont und Plasselb, die Pfadfinder des Kts. Freiburg und das Wasserbauunternehmen Bibera, Jeuss und Kerzers.

Die Archivare haben die Gemeinden Lentigny, Lully (Fusion), Murten, Siviriez (Fusion) sowie das Pfarreiarchiv Domdidier besucht.

Das Staatsarchiv ist Mitglied der Kommission des Kulturgüterschutzes zur Lokalisierung der Gemeinde- und Pfarreiarchive. 2006 wurden 43 Gemeinde- und 43 Pfarreiarchive besichtigt.

2.7 Informatik

Den Archivbenutzern wurde ein PC zur Abfrage der Datenbank zur Verfügung gestellt. Forscher aus aller Welt haben die Homepage von November 2005 bis Ende Oktober 2006 82 906 (91 531) Mal besucht. Dies stellt einen monatlichen Durchschnitt von 6908 (7628) Zugriffen dar. Auf die Datenbank wurde 19 012 Mal zugegriffen, und 2,5 Mio. Seiten wurden angeschaut.

Die Version 4.1.2. der Datenbank scopeArchiv wurde installiert.

Dank Hilfspersonal konnten 16 Inventare und 20 Ablieferungsverzeichnisse in die Datenbank scopeArchiv übernommen werden.

Die Archivare nahmen an den Sitzungen der Usergruppe teil. Die Adjunktin zeichnet verantwortlich für das Organisationsprojekt GEVER der Staatskanzlei, die als erste Dienststelle eine elektronische Geschäftsverwaltung einführen sollte. Sie hat an den Sitzungen des Steuerungsausschusses zur Erarbeitung eines strategischen Leitbilds für den Bereich GEVER sowie der Arbeitsgruppe für die Archivierung elektronischer Dokumente von kultureller Bedeutung teilgenommen.

2.8 Publikationen, Vorträge, Ausstellungen, Varia

Die Archivare haben folgende Publikationen herausgegeben:

- En garde! Zu den Anfängen der Freiburger Fechtschulen im 16. und 17. Jh., in Freiburger Volkskalender 2007, S. 115-118;
- «Etat aller Unterthanen und Seelen» Die Kornlisten von 1785, in: FN, 07.10.2006;
- La Valsainte in: Helvetia Sacra III/4: Les chartreux en Suisse, Basel 2006, p. 240-307;
- Liebesdrama endete im sibirischen Bergwerk. Edouard Bongard: Aus dem Schicksal einer Freiburger Auswandererfamilie, 1820-1870, in: FN, 19.08.2006;
- Predigt und Inquisition. Der Kampf gegen die Häresie in der Stadt Freiburg (1. Hälfte des 15. Jh.), in: Mirificus praedicator. Kolloquium in Estavayer, 2004. Rom 2006, S. 205-232.

Die Archivare haben folgende Vorträge gehalten «Les sceaux fribourgeois à travers les siècles» für das Heraldische Institut und «Spécificités et traitement d'un fonds d'archives» im Rahmen des Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque der Universitäten Freiburg und Genf.

Mitarbeiter des Staatsarchivs organisieren Kleinausstellungen zu Archivbeständen.

2.9 Weiterbildung

Zwei Archivare haben an der Weiterbildungsveranstaltung des VSA über die archivische Erschliessung teilgenommen.

2.10 Archivkommission

Die Archivkommission hat zweimal getagt und sich vor allem mit dem Budget und dem Jahresbericht beschäftigt.

3. Kantons- und Universitätsbibliothek

3.1 Direktion und Stabsfunktionen

3.1.1 Direktion

Die Vorbereitungsarbeiten für das Erweiterungsprojekt wurden unter Führung der Steuerungsgruppe und in Zusammen-

arbeit mit dem Hochbauamt, dem KUB-Kader und dem beauftragten Architekturbüro weitergeführt. Gemäss der Machbarkeitsstudie sind auf dem heutigen Gelände vier Standorte möglich, die von der Steuerungsgruppe geprüft und dem Amt für Kulturgüter sowie dem Bundesamt für Kultur unterbreitet wurden. Gestützt auf die Ergebnisse der Vernehmlassung und ihre eigenen Überlegungen hat die Steuerungsgruppe die Varianten der EKSD präsentiert.

Der Conseil des directeurs des grandes bibliothèques romandes (CDROM) traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide oder bereitete sie vor:

- Festlegung eines minimalen Katalogisierungsformats;
- Versand von Dokumenten im Rahmen der Fernleihe: sechsmonatiger Test mit einem Pendelfahrzeug anstelle des Postpaketversands;
- zukünftige Architektur des RERO: Beibehalten des Systems Virtua, aber Wechsel zur einer «Konsortialarchitektur», was zu einer stärkeren Zentralisierung mit einer einzigen Datenbank führen wird;
- gemeinsame Kontakte zu den Westschweizer Zeitungsverlegern, um die Fragen in Zusammenhang mit der Digitalisierung der Zeitungen zu lösen.

Der Conseil exécutif des RERO, in dem der KUB-Direktor als Vertreter des CDROM Einsitz hat, traf insbesondere in folgenden Bereichen Entscheide:

- Vorbereitung eines neuen Verteilschlüssels für die Finanzierung des RERO; dieses Projekt wurde der Konferenz der Generalsekretäre der CIIP unterbreitet und erhielt die prinzipielle Zustimmung des politischen Rats der CUSO;
- Einrichtung eines Systems zur elektronischen Ressourcenintegration auf Verbundebene;
- Grundsatzentscheid über die Rückvergütungen für die Erfassung bibliographischer Daten im Gesamtkatalog: Sämtliche neuen Beiträge zum RERO-Gesamtkatalog geben ab 1. Januar 2007 Anrecht auf eine Rückvergütung, ungeachtet der Erfassungsweise (z.B. durch ausländische Dienstleister im Rahmen eines Rekatologierungsprojekts);
- zukünftige Architektur des RERO: Ratifizierung der oben erwähnten Wahl des CDROM.

Die Konferenz der Universitätsbibliotheken der Schweiz (KUB) befasste sich insbesondere mit folgenden Themen:

- Bibliothekstantieme (Erhebung einer Gebühr auf Ausleihen) in Zusammenhang mit einer Motion im Nationalrat;
- Lancierung des Projekts eines nationalen Wissenschaftsportals «e-lib.ch»;
- Koordination der Abonnementskündigungen und langfristige Archivierung der Papierzeitschriften.

3.1.2 Verwaltung, Buchhaltung, Sekretariat

Die Stellen von zwei in den Ruhestand getretenen Personen wurden neu besetzt: jene des Leiters der Handschriften-

und Inkunabelabteilung (100 %) und jene einer Empfangsmitarbeiterin (50 %). Im Jahr 2006 arbeiteten in der KUB 8 Personen im Rahmen von ein- bis achtmonatigen Beschäftigungsprogrammen.

3.1.3 Gebäude, Einrichtungen

Abgesehen von laufenden Unterhaltsarbeiten wurden hauptsächlich die Eingangshalle erneuert sowie die Sicherheit und die Heizung verbessert. Was die KUB-Beauregard betrifft, so wurde eine Hebebühne für den Lieferwagen in Betrieb genommen und die digitale Telefonie konsolidiert.

3.1.4 Berufsausbildung

Zwei I+D-Lernende (Informations- und Dokumentations-Assistent/innen) schlossen ihre Lehrzeit ab, während drei weitere ihre Ausbildung fortsetzen. Im Herbst stellte die KUB zwei neue weibliche I+D-Lernende an, davon eine in Partnerschaft mit der Deutschen Bibliothek Freiburg.

Im Rahmen der Ausbildung zum I+D-Spezialisten absolvierten zwei Personen das für die Aufnahme in die Fachhochschule erforderliche einjährige Berufspraktikum; im Herbst nahm die KUB zwei neue Praktikantinnen auf.

Zum ersten Mal stellte die KUB eine Person für eine Mediamatiklehre an.

Der dritte Kurs des «Certificat de formation continue en gestion de documentation et de bibliothèque» begann mit 18 Teilnehmenden, zu denen 4 Personen hinzukommen, die lediglich einzelne Module besuchen.

3.1.5 Weiterbildung

Sieben Veranstaltungen wurden für das Personal der KUB, der dezentralen und assoziierten Bibliotheken sowie für alle weiteren interessierten Personen durchgeführt:

- Führung durch die Ausstellung «Das Freiburg von Jacques Thévoz in den 40er-60er Jahren»;
- Vorstellung und Besichtigung der Bibliothek Pérolles 2 (BP2);
- Das Netz der assoziierten Bibliotheken und Vorstellung von drei Bibliotheken;
- Das Buchantiquariat, von Alain Moirandat, Buchantiquar in Basel;
- Vorstellung der Pensionskasse des Kantons Freiburg;
- Führung durch die Ausstellung mittelalterlicher Handschriften anlässlich der öffentlichen Präsentation des Buches «Catalogue des manuscrits médiévaux de la BCU de Fribourg»;
- Führung durch die Ausstellung «Für Glauben, Ruhm und Krieg: König! Ein Abenteurer um 1600» im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg.

3.1.6 Informatik

Ein WiFi-Netz wurde eingerichtet, mit dem sich die Nutzer in das Netz der Universität einloggen können. Um den Zugriff auf die CD-ROMs von der Universität aus sicher-

zustellen, ist der Server direkt mit dem Netz der Universität verbunden. Die Transfers zu den Virtua-Servern werden direkt über das Netz der Universität und Switch geleitet.

Ein spezieller Arbeitsplatz für die Konsultation digitalisierter Zeitungen, der mit einem grossen Bildschirm und einem A3-Drucker ausgestattet ist, wurde dem Publikum zur Verfügung gestellt. Seit Mitte Jahr werden Mitteilungen in Zusammenhang mit der Ausleihe den Benutzern, die dies wünschen, per E-Mail übermittelt.

3.1.7 Koordination mit der Universität

Die Koordinationsgruppe hat insbesondere folgende Themen behandelt: Besetzung von Bibliothekarsstellen, Verwendung der Finanzmittel für die Anstellung von qualifiziertem und Hilfspersonal (Rekatalogisierungsarbeiten und Dienstleistungen für Benutzer), Benutzerschulung, Koordination der Print-Zeitschriften auf nationaler Ebene, Migration zu Virtua 48, Budget 2007, Veröffentlichung der Abschlussarbeiten auf dem institutionellen Dokumentenserver RERO DOC, neuer RERO-Verteilschlüssel und dessen Folgen für die Universität, globale und individuelle Statistiken betreffend Katalogisierungsarbeiten.

Innerhalb der KUB-Zentrale wurde eine Studie durchgeführt über die Zweckmässigkeit, die Dienstleistungen für Benutzer zu erweitern, indem diesen die Möglichkeit geboten wird, alle ausgeliehenen Dokumente in irgendeiner anderen Bibliothek zurückzugeben. In Anbetracht der finanziellen und logistischen Folgen eines solchen Projekts wurde beschlossen, das Dossier erst im Rahmen der Erweiterung wieder aufzunehmen.

3.1.8 Koordination mit den assoziierten Bibliotheken und mit der Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Assoziierte Bibliotheken

Der Koordinator behandelte insbesondere folgende Geschäfte: Vorstellung des Freiburger Verbundes; Auswirkungen des neuen Verteilschlüssels für die RERO-Kosten und Erarbeitung eines Schlüssels für die lokalen Kosten; Zugang zu den kostenpflichtigen elektronischen Ressourcen der KUB; BBUL, HEdS-FR, HEF-TS, SAC: Demonstration und Analyse im Hinblick auf die Einführung des Moduls für die Zeitschriftenverwaltung; BBUL, COF, HEdS-FR, HEF-TS: Standardisierung und Revision der mit der Ausleihe zusammenhängenden Produkte; Konservatorium: Analyse im Hinblick auf eine Digitalisierung der Ausleihe; HEdS-FR, HEF-TS: Koordination des Abschlusses der Neubearbeitung der Bestände; HEdS-FR: teilweise Reorganisation im Zuge der Anstellung einer neuen Verantwortlichen; Museum für Kunst und Geschichte: Projekt einer Integration der Bibliothek der Restauratoren; möglicher Beitritt der Bibliothek des Amtes für Kulturgüter und des Liturgischen Instituts der deutschsprachigen Schweiz in Freiburg.

Vereinigung der Freiburger Bibliotheken (VFB)

Das wichtigste Dossier war das Studium der Endergebnisse der Umfrage bei den Schul- und gemischten Bibliothe-

ken des Kantons und das daran anschliessende Treffen mit der Direktorin für Erziehung, Kultur und Sport. Angesichts der Umfrageergebnisse wurde vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Richtplans zu schaffen, der unter anderem bezweckt, sich den «Richtlinien für Schulbibliotheken» anzunähern.

Die Zuwendung der Loterie Romande in Höhe von 124 088 Franken wurde vollumfänglich an die öffentlichen und gemischten Bibliotheken (öffentliche und Schulbibliotheken) des Kantons weiterverteilt.

Mehrere Weiterbildungskurse für das Bibliothekspersonal fanden statt, die mehrheitlich vom Amt für Kultur subventioniert wurden

3.1.9 Öffentlichkeitsarbeit

Um ihre Bestände, ihre Angebote und ihre Betriebsweise allgemein bekannt zu machen, veröffentlichte die KUB folgende Schriften:

- Vorstellung und Besuch der Bibliothek Pérolles 2 (BP2);
- Prospekt KUB: Profil, Dienstleistungen und Ressourcen 2006/07;
- Halbjährlicher elektronischer Newsletter für den Lehrkörper der Universität;
- Prospekte Kulturprogramm 06 und Kulturprogramm 2006/07;
- Programm Ciné Plus Frühjahr 2006 und 2006/07;
- BCU Info, Nr. 53–55;
- Jahresbericht 2005.

Das Hauptkommunikationsmittel ist und bleibt die Website der KUB. Der Zugriff auf Datenbanken und Bilder wurde verbessert.

3.2 Kulturelle Aktivitäten

3.2.1 Ausstellungen

- Der Orient in einem Spiegel, von Roland und Sabrina Michaud im Rahmen des Freiburger Internationalen Filmfestivals;
- Charles Journet und Nova & Vetera, in Zusammenarbeit mit der Fondation Journet;
- Force d'écriture: Fotoschau anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Prix Michel Dantan;
- Edouard Boubat, ein Abenteuer voller Poesie;
- Armand Niquille: Werk und Leben, in Zusammenarbeit mit der Fondation Niquille;
- Leben im Kloster Hauterive, Fotoreportage von Paul Joos.

3.2.2 Veröffentlichungen

- Chronique fribourgeoise 2005;
- Catalogue des manuscrits médiévaux de la BCU.

3.2.3 Veranstaltungen, Vorträge

Abendveranstaltungen in der Rotunde:

- Deutsche Familien: historische Portraits von Bismarck bis Weizsäcker, von Volker Reinhardt;
- Charles-Albert Cingria, un antimoderne à la radio, von Serge Rossier;
- L’Afghanistan: une fascination intemporelle, von Roland und Sabrina Michaud;
- Die natürliche Bescheidenheit der Gurken, von Christoph Bauer;
- Le Cardinal Journet, von Guy Boissart;
- Begegnung mit dem Schriftsteller Georges Haldas;
- Abend Edouard Boubat: Lektüre und Musik;
- Buchvernissage des Catalogue des manuscrits médiévaux de la BCU;
- Der Brand von Plaffeyen, von Kanis Zbinden;
- Armand Niquille: une dualité, Präsentation des Films von André Betticher.

Mittagsveranstaltungen in der Rotunde:

- Führung durch die Ausstellungen: Das Freiburg von Jacques Thévoz, von Emmanuel Schmutz; Der Orient in einem Spiegel, von Roland und Sabrina Michaud; Charles Journet und Nova & Vetera, von Jacques Rime; Charles Journet und Nova & Vetera, von Renata Latala; Force d’écriture, von Nicole Chuard; Edouard Boubat, von Emmanuel Schmutz; Armand Niquille, von Jacques Biolley;
- Présentation des trésors manuscrits de la BCU, von Romain Jurot;
- Armand Niquille, von Claude Luezi;
- Vorstellung wertvoller Freiburger Handschriften, von Joseph Leisibach.

3.2.4 Cinéplus – der Filmklub

1116 Personen besuchten die 23 Vorführungen, und 3968 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II schauten sich die im Rahmen der kulturellen Aktivitäten angebotenen Filme an.

3.2.5 Zusammenarbeit

- Mitarbeit an der Website MEMO für den Kanton;
- Koenig! Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte Freiburg;
- 850-Jahr-Feier der Stadt Freiburg.

3.3 Konservierung und Kulturgüter

3.3.1 Handschriften und Inkunabeln

Erwerbungen durch Ankauf:

- J.-B. Thürler, Copies de cours en médecine. Heidelberg 1842-1847. 2 Bde.;

- Jean-Joseph Combaz, Recettes, contes, mythologies. Um 1820. 1 Bd.;
- Abbé Joseph Bovet, Offertoire du 8^e dimanche après la Pentecôte. 1921. Handschriftliche Partitur, 1 Bl.;
- Fotoalbum von Léon Savary. 1919-1959. 1 Bd.

Erwerbungen durch Schenkung:

- Papiers des ateliers Wolf/Bénnett. Supplément;
- Diplom für Anna Schwab. 1907;
- S.-N.-H. Linguet, Extraits des Annales. Copie ms. 1778;
- Vorlass Papiere Prof. Marino Maggetti;
- Nachlass Lucien Marsaux (Marcel Hofer);
- Archives de la famille de Castella de Delley;
- Nachlass Prof. Eduard Studer (2. Teil);
- Schenkung Agathon Aerni.

Dauerleihgabe des Museums für Kunst und Geschichte Freiburg:

- Schuber für das Brevier ms. L 64, 15. Jh.

Erschliessung:

- Klassierung und Verzeichnis der Neuzugänge, L 2081-2093;
- Nachlass Lucien Marsaux: Verzeichnis und Konservierung;
- Nachlass Léon Savary: Verzeichnis und Konservierung;
- Nachlass Pierre-Henri Simon: Neuordnung und Digitalisierung des Verzeichnisses;
- Papiere Eugène Dévaud: Verzeichnis (1. Etappe);
- Stammbäume von Hubert de Vevey: Digitalisierung;
- Nachlass Joseph Bovet: Vorbereitung des neuen elektronischen Katalogs;
- Nachlass André Ducret: Fortsetzung der Erschliessung und Vorbereitung der Broschüre;
- Nachlass Pierre Kaelin: Fortsetzung der Erschliessung.

Katalog der mittelalterlichen Handschriften:

- Fortsetzung und Abschluss der Überprüfung der Beschreibungen, Erstellung der Register, Auswahl und Bestellung der Abbildungen;
- Publikationsarbeiten: Vorbereitung des Umbruchs, Arbeitssitzungen mit dem Verlag, Korrektur der Seitenabzüge, Buchvernissage, Führungen.

Restaurierung von Handschriften und Inkunabeln:

- L 1117: Passionsgeschichte. 15. Jh., 2. Teil;
- L 73: Neues Testament. 13. Jh.;
- L 2087 (und LE 5): Fragment des Boetius, mit Kalender des 16. Jh.;

- Cap. Rés. 36: Virgili opera, 1509;
- Cap. Bulle, Z 1/2: Sermones dominicales, 1496;
- Cap. Bulle, Z 2/2: Manipulus curatorum, 1481;
- Cap. Bulle, Z 2/21: Antonius Florentinus, 1488;
- Cap. Bulle, 3/6: Sammelband;
- Cap. Bulle, 3/7: Alphonsus de Spina, 1494;
- Cap. Bulle, 4/3: Jacobus de Voragine, 1484;
- Cap. Bulle, 7/10: Vita Christi, 1483.

Mikroverfilmung:

- Z 271: Sammelband;
- Cap. Rés. 609: Missale Lausannense, Ms., 15. Jh.;
- L 2037: Pierre Lalive d'Épinay, Journal, 18. Jh.

3.3.2 Freiburger Drucke und seltene Bücher

Erwerbungen durch Ankauf:

- Gendre, Pierre-Claude. Feuille de thèses soutenues au Collège St-Michel de Fribourg, 1792;
- Reicha, Antonin. Vollständiges Lehrbuch der musikalischen Composition = Cours de composition musicale. Wien, 1834.

Erwerbungen durch Schenkung:

- Borromée, Frédéric. Ragionamenti. Mailand, um 1630-1640;
- La sainte Bible ou le Vieux et le Nouveau Testament. Genf, 1805.

Erschliessung und Benutzung:

Die Ausleihe alter Drucke und seltener Bücher in den überwachten Lesesaal verzeichnete 374 (182) Benutzungen mit insgesamt 692 (386) konsultierten Bänden. Im Rahmen der Rekatalogisierung der alten Drucke auf Virtua wurden 1107 (395) Titel mit insgesamt 2462 (1058) Bänden erfasst und nach Sachgebieten indiziert, darunter 591 (212) Titel der Bibliothek de Castella de Delley.

3.3.3 Audiovisuelle Kulturgüter

Die Postkartensammlung nahm um 105 Stücke zu. Die Archivierung des Nachlasses Jean Mülhauser (1902-1966) sowie seiner Kinder Hans und Trudy wurde mit dem Verzeichnis von 277 Ordnern, der Digitalisierung von 1069 Fotos oder Glasplatten und der Herstellung von 40 Abzügen (Format 30 × 40 cm, Museumsqualität) weitergeführt. Zusätzlich wurden 1027 Fotografien aus verschiedenen Nachlässen digitalisiert. Neben dem Nachlass Mülhauser wurden kleinere Nachlässe (Fessler, Sottaz, Niclasse, Salvisberg, Biolley) digitalisiert, katalogisiert und auf der Website zugänglich gemacht. 21 Fotoalben der Familie Wuilleret und ein Konvolut mit Fotografien über die MOB wurden erworben.

Die Filmsammlung wurde durch Werke von Bernard Bovet, Oskar Nussbaumer und André Betticher vermehrt.

Diese Dokumente sind bereits auf elektronische Träger überspielt.

Im Bemühen um die Konservierung der Sammlungen wurden 1051 (757) Dokumente überspielt oder kopiert. Die Ton- und die Videoregie wurden während 1570 (1773) Stunden genutzt.

810 Bilddokumente aus dem Archiv wurden von kantonalen Dienststellen, Medien, Verlagen, Gemeinden, Unternehmen, Kulturstiftungen und Privatpersonen genutzt.

3.3.4 Konservierung und Buchbinderei

Bindearbeiten	2006	2005
– Einbände	358	127
– Vergoldungen	75	111
– Broschuren (Bindo)	215	337
– Beschnitte	1 318	1 657

Konservierungsarbeiten

– Reparaturen beschädigter Einbände	205	166
– Spezialbehälter	51	27
– Passe-Partouts	31	188

Die Buchbinder sind auch für die Reprografie und Verwaltung der Mikrofilme zuständig: 489 (535) Bestellungen von Reproduktionen mit insgesamt 5695 (8106) Fotokopien wurden bearbeitet.

3.3.5 Pflichtabgabe

	2006	2005
Monografien (Total)	1 266	2 557
– Pflichtexemplare	760	1 428
– Ankäufe	296	615
– Schenkungen	210	515

372 (417) Plakate wurden gesammelt, davon 82 (98) als Pflichtabgabe und 290 (319) als Schenkung. Zudem wurden 18 (14) geografische Karten erworben, davon 11 (2) als Ankauf, 4 (11) als Schenkung und 3 (1) als Pflichtabgabe.

Freiburger Zeitschriften	2006	2005
– Eingegangene Faszikel	1 112	978
– Neue Zeitschriftentitel	10	17
Audiovisuelle Dokumente	2006	2005
– Tondokumente	63	89
– Videodokumente	31	14
– CD-ROMs	0	3
Total	94	106

3.3.6 Freiburger Dokumentation

Am 31. Dezember umfasste die Freiburger Bibliografie 27 623 (25 374) Einträge.

Freiburger Bibliografie	2006	2005
– Einträge mit BF-Indexierung	2 228	1 047
– Druckschriften	2 144	948
– Audiovisuelle Dokumente	84	99

	2006	2005
– Unselbständige Publikationen	211	677
– Leitaufnahmen	375	462
Freiburger audiovisuelles Kulturgut	2006	2005
– Tondokumente	26	35
– Videodokumente	30	58
Total	56	93

3.4 Erwerbungen

3.4.1 Statistik

Monografien	2006	2005
– Ankäufe aus dem Budget der Zentrale	10 491	16 859
– Ankäufe aus dem Budget der Universität	13 746	11 964
– Ankäufe aus Sonderkrediten	1 923	1 721
– Schenkungen	4 205	2 632
– Pflichtabgaben (inkl. audiovisuelle Träger)	908	1 660
– Tausch	724	699
– Deposita	890	621
– Zeitschriften: neue Abonnemente	125	76
– Zeitschriften: Sonderhefte	333	402
Total	33 345	36 634

Zeitschriften

– Anzahl Titel in Papierform	5 054	5 081
– elektronische Zeitschriften (Titel) über das Konsortium abonniert ausserhalb des Konsortiums unentgeltlich	5 074	3 657
	400	581
	13 196	10 419
– Datenbanken (CD-ROM und online)	375	372

Die Verwaltung der Zeitschriften auf Papier umfasste 23 010 (27 864) Faszikel.

3.4.2 Tätigkeiten

Die KUB setzte ihre Zusammenarbeit mit dem 1999 gegründeten Konsortium der Schweizer Hochschulbibliotheken fort. Das Konsortium handelt für sämtliche Partnerbibliotheken Verträge mit den grossen internationalen Verlagen für elektronische Zeitschriften und Online-Datenbanken aus. Alle Fortsetzungswerke (Zeitschriften, Folgen, Sammlungen) der KUB werden elektronisch bearbeitet. Die Signierung wurde digitalisiert.

3.4.3 Buchbinderei und Ausrüstung

	2006	2005
– Von externen Unternehmen gebundene Bände	6 727	5 502
– Etikettierte Bände	40 905	43 333
– Mit Magnetstreifen versehene Bände	19 831	21 787

Diese Zahlen umfassen auch die Arbeiten für die Bibliotheken an der Universität.

3.5 Katalogisierung

3.5.1 Statistik

Formalkatalogisierung

90 262 Bände (81 891) wurden bearbeitet, die sich wie folgt verteilen:

	2006	2005
– Neuaufnahmen	34 073	31 516
– Rekatalogisierung	43 400	35 285
– Verschiedenes	1 860	2 847
Total KUB	79 333	69 648
– Assoziierte Bibliotheken	10 929	12 243
Total	90 262	81 891

Sachkatalogisierung

87 942 Bände (79 500) wurden bearbeitet, die sich wie folgt verteilen:

	2006	2005
– Von der KUB bearbeitete Titel	17 337	15 536
– Von einer anderen Bibliothek bearbeitete Titel	22 005	19 229
– Nicht erschliessbare Titel	43 263	36 399
– Leitaufnahmen	5 337	4 736
Total	87 942	75 900

Die Universitätsbibliothekare leisteten folgende Arbeiten: 40 % (37 %) für die Formalkatalogisierung und 42 % (49 %) für die Sachkatalogisierung. Bei der Formalkatalogisierung konnten in 49 % (45 %) der Fälle im RERO-Gesamtkatalog bereits vorhandene bibliographische Beschreibungen übernommen werden; bei der Sachkatalogisierung betrug der Überschneidungsgrad 25 % (25 %) (ohne Berücksichtigung nicht indexierbarer Titel sowie der Leitaufnahmen).

Der lokale Katalog der KUB umfasst 1 109 788 (1 042 685) Aufnahmen (ohne Leitaufnahmen und ohne Berücksichtigung des digitalisierten Zettelkatalogs), die 1 473 766 (1 364 433) Bänden entsprechen.

3.5.2 Rekatalogisierung

Die Rekatalogisierungsarbeiten wurden in der Zentrale wie auch in einigen dezentralen Bibliotheken fortgeführt. Besonders zu erwähnen ist der Abschluss der Erfassung der Bestände in Sprachen und Literaturen (BLL), Pastoraltheologie (STHP) und zeitgenössischer Geschichte (SHCONT).

Was die laufende Rekatalogisierung betrifft, so ergeben sich folgende Zahlen:

- Zentrale: 20 536 Bände (15 921);
- Universität: 22 864 Bände (19 364).

Von 1985 bis 2006 wurden 535 391 Bände rekatalogisiert, davon 43 400 (35 285) im Berichtsjahr.

3.6 Benutzungsabteilung

3.6.1 Statistik

	2006	2005
– Heimausleihe	283 037	266 125
– Ausleihe in den Lesesaal	17 279	16 885
– Ausleihe durch die Bibliotheken an der Universität	85 952	86 673
– Ausleihe von auswärtigen Bibliotheken	7 804	7 629
– Ausleihe an auswärtige Bibliotheken	8 255	7 988
– Versand bestellter Fotokopien	907	1 007
– Eingang bestellter Fotokopien	595	821
Total	403 829	387 128
– Registrierte Zutritte von Benutzern zu den Magazinen	3 600	3 500
– Versand Kopien von Freiburger Zeitungen (Bestellungen)	482	535

In diesen Zahlen nicht enthalten sind Werke, die direkt in den Magazinen, in den Lesesälen der KUB-Zentrale und in den Freihandbereichen der Bibliotheken an der Universität eingesehen wurden.

3.6.2 Mediathek

Die Ausleihzahlen sind stark gestiegen: 59 623 (50 882) audiovisuelle Dokumente und 10 065 (11 020) Bücher wurden ausgeliehen. 641 (611) Videodokumente wurden aufgezeichnet und bearbeitet.

Die Datenbank Ciné-Index, die Artikel der wichtigsten in der Mediathek aufliegenden Filmzeitschriften erfasst, nahm um 3594 Einträge (3391) zu.

3.6.3 Fernleihe

Die Bestellungen anderer Bibliotheken nahmen leicht zu, während jene der Freiburger Benutzer stabil blieben. Das System ILL RERO erlaubt nun, Monatsrechnungen für die Bibliotheken auszustellen.

3.6.4 Magazine

Nach dreijähriger Pause, die dem Umzug nach Beauregard und der Neuordnung der Bestände zu verdanken war, ist in einigen Abteilungen erneut ein Rummangel festzustellen. Die im Depot von Marsens befindlichen Bestände wurden sortiert.

3.6.5 Nutzung der elektronischen Angebote

Was die Zeitschriften des Konsortiums betrifft, wurden mehr als 125 000 Artikel (110 000) konsultiert. 375 (372) Datenbanken stehen zur Verfügung; die Zahl der diesbezüglichen Recherchen beläuft sich auf mehr als 350 000 (320 000). 584 000 (568 444) Besuche der KUB-Website wurden verzeichnet.

3.6.6 Benutzerschulung

Die KUB-Zentrale organisierte 21 Führungen für insgesamt 492 (349) Personen. Zudem bietet sie ihren Benutzern ein Schulungsprogramm zur Einführung in die Bibliotheksbenutzung und in die bibliografischen Recherchen.

Das in das Universitätsstudium integrierte Schulungsprogramm wurde von mehr als 500 Studierenden aus 6 Fachbereichen genutzt.

3.7 Zweigstelle Beauregard

3.7.1 Statistik

Ausgeliehene Dokumente	2006	2005
– über die KUB-Zentrale	17 672	18 610
– direkt an der BCU-Beauregard	533	732
Rekatalogisierung	2006	2005
– durch das Personal der KUB-Zentrale	5 218	5 739
– durch den mobilen Bibliothekar	1 781	400
– durch das Personal der Universität	7 812	6 593
Total	14 811	12 732

Bestellungen über den digitalisierten alten Zettelkatalog

2006	2005
1 465	1 275

3.7.2 Tätigkeiten

Ausleihe

Die Ausleihe über die KUB-Zentrale hat sich auf ein Tagesmittel von 72 (74) Einheiten eingependelt. Infolge der 2004 durchgeführten Digitalisierung des alten Zettelkatalogs wurden 1 465 (1 275) Bestellungen entgegengenommen und bearbeitet, das heisst durchschnittlich 122 (106) pro Monat.

Rekatalogisierung

Die Rekatalogisierung folgender Signaturen ist abgeschlossen: EBA, EE, EF, EG, EH, EI, EK und EL (KUB-Zentrale) und SA, SDM, SHG, SHR (Rückgaben der dezentralen Bibliotheken).

Sonderbibliotheken

Die Bearbeitung der Bibliothek der Stiftung Archivum Helveto-Polonicum (AHP) wurde fortgesetzt; insgesamt sind 21 000 Dokumente im elektronischen Katalog verzeichnet.

3.8 Dezentrale Bibliotheken an der Universität

Die durch den Umzug der Bibliothek der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (BSES) frei gewordenen Flächen wurden – in Erwartung grösserer Umbauarbeiten – in einen unbeaufsichtigten Arbeitsraum umgewandelt. Um den Platzmangel in den Bibliotheken zu analysieren, wurde eine Arbeitsgruppe geschaffen, deren Aufgabe es ist, die gegenwärtige Situation und die Bedürfnisse für die nächsten zehn Jahre zu prüfen.

3.9 Kommission

Im Berichtsjahr hielt die Kommission zwei Sitzungen ab. Sie genehmigte die Rechnung 2005 und nahm zum Vorschlag 2007 zustimmend Stellung.

Sie wurde über das Organisations- und Betriebsreglement der kantonalen Kommissionen und die Entwicklung, den

neuen Verteilschlüssel und die neue EDV-Architektur des RERO informiert. Sie nahm Kenntnis von den Neuerungen im Informatikbereich, von den neuen Katalogisierungsregeln sowie von den Sammlungsgrundsätzen betreffend Studienabschlussarbeiten und wissenschaftliche Veröffentlichungen der Universität Freiburg. Mit grosser Befriedigung nahm sie zudem die Schenkung des Archivs der Familie de Castella zur Kenntnis.

Des Weiteren war sie an den Überlegungen zu folgenden Themen beteiligt: Jahresbericht sowie Erweiterungs- und Umbaupläne der KUB.

4. Konservatorium

4.1 Schülerinnen und Schüler

Statistische Angaben vom Juni 2006 (Juni 2005).

4.1.1 Einteilung nach Fach (Musikschule)

Einzelkurse: 4591 (4585) Schülerinnen und Schüler

Klavier 1375 (1351); Gitarre 434 (415); Trompete 420 (411); Geige 349 (355); Querflöte 320 (324); Blockflöte 285 (304); Gesang 258 (274); Klarinette 177 (177); Saxophon 128 (139); Klavier (Jazz) 123 (124); Gitarre (Jazz) 96 (77); Schlagzeug (Jazz) 91 (99); Cello 89 (89); Euphonium und Tuba 82 (76); Schlagzeug klass. 51 (41); Posaune 42 (46); Akkordeon 39 (40); Harfe 39 (38); Es-Horn 37 (35); Synthesizer 33 (29); Oboe 32 (32); Horn 27 (29); Fagott 20 (18); Orgel 16 (28); Bratsche 10 (8); Saxophon (Jazz) 9 (10); Cembalo 5 (8); Kontrabass (Jazz) 3 (5); Kontrabass klassisch 1 (3).

Kollektivkurse: 353 (361) Schülerinnen und Schüler

Musikalische Früherziehung: Rhythmik Dalcroze 76 (63), Willems-Methode 56 (56), Orff-Methode 29 (39); Gehörbildung (Vorbereitungszertifikat I und II) 96 (100); Klassisches Ballett 45 (54); Theater 31 (29); Chorleitung 11 (10); Jazz-Ensemble 9 (10).

4.1.2 Einteilung nach Fach (Musikhochschule)

Einzelkurse: 62 (63) Schülerinnen und Schüler

Einzelkurse: Klavier 16 (16); Gesang 11 (13); Geige 9 (8); Trompete 7 (7); Gitarre 5 (5); Lehrdiplom 5 (7); Horn 3 (2); Akkordeon 3 (1); Klarinette 2 (2); Orgel 1 (2).

Kollektivkurse: 335 (185) Schülerinnen und Schüler

Analyse (Form und Stil) 29 (32); Arrangement 1 (6); Chorleitung 7 (4); Satzlehre 42 (42); Harmonielehre 2 (7); Musikgeschichte 34 (42); Pädagogik 20 (20); Gehörbildung 31 (24); Neuzeitliche Musik Atelier 31 (-); Theater 6 (8); Chor 22 (-); Didaktik 5 (-); praktische Harmonisation 28 (-); Improvisation 21 (-); Mentorat 6 (-); Kammermusik 37 (-); Orchestration 6 (-); Pädagogik Orff 3 (-); Rhythmik DEE 4 (-).

4.1.3 Einteilung nach Unterrichtsstufen

Musikschule (Schüler): Unterstufe 2598 (2680); Mittelstufe 1178 (1254); Sekundarstufe 498 (519); Zertifikatsstufe 240 (247).

Musikhochschule (Studenten): Lehrdiplom 65 (66); Virtuosität und Konzertdiplom 14 (18).

4.1.4 Einteilung nach Alter und Geschlecht (MS und MHS)

2 152 (2 176) Lektionen wurden von noch nicht 18-jährigen Schülerinnen besucht

1 383 (1 364) Lektionen wurden von noch nicht 18-jährigen Schülern besucht

1 004 (969) Lektionen wurden von über 18-jährigen Schülerinnen besucht

697 (752) Lektionen wurden von über 18-jährigen Schülern besucht

4.1.5 Zertifikate und Diplome

Musikschule

- 9 Studienzertifikate: Gesang, Klarinette, Blockflöte, Gitarre, Orgel, Klavier, Geige.
- 18 Amateurzertifikate: Gesang, Klarinette, Chorleitung, Blockflöte, Querflöte, Orgel, Klavier, Posaune, Geige.

Musikhochschule

- 2 Virtuositätsdiplome: Gesang
- 2 Konzertdiplome: Klavier
- 12 Lehrdiplome: Akkordeon, Gesang, Lehrdiplom für Musik- und Gesanglehrer an Orientierungs- und Mittelschule, Chorleitung, Trompete, Klavier.

4.2 Examen (MS und MHS)

Zwischen Januar und Juni wurden folgende Examenssessionen durchgeführt: Übertrittsprüfungen (Eintritt in die Mittelstufe, Sekundarstufe und Zertifikatsklasse), Zwischenprüfungen (Zertifikatsklassen und Berufsklassen), Ausscheidungs- und Schlussprüfungen zur Erlangung des Amateurzertifikates, des Studienzertifikates, des Lehrdiploms, des Dirigenten- und Virtuositätsdiploms. Diese Prüfungen wurden von 76 (77) Experten bewertet: 66 externe Experten (55), 10 Lehrpersonen (10), 7 Abteilungsleiter (7) und 5 künstlerische Berater (5). Der Direktor hat die Jury präsiert für die Examenssessionen des Eintritts in die Zertifikatsklasse, der Zwischenprüfungen der Amateur- und Zertifikatsklassen und der Finalexamen zur Erlangung eines Amateurzertifikats. Das Präsidium der Jury der Aufnahmeprüfungen in die Berufsklasse, verbunden mit den Schlussprüfungen der Vorbereitungsklassen für die Berufsschule sowie aller Examen der Berufsklassen wurde von der Verantwortlichen der Berufsklassen übernommen. Die Mitglieder der Jury wurden aus der Expertenliste der Domäne HES-SO auserwählt, wie das neue Reglement es vorschreibt. Um das gemeinsame Niveau zu garantieren, wurde erstmals in Zusammenarbeit mit allen Partnern aus der Fachhochschule Westschweiz über die Resultate Absprache gehalten.

Die Statistik: erstes Semester: Zwischenprüfungen der Zertifikatsklassen 58 (69), Übertrittsprüfungen (Eintritt in die Mittel- und Sekundarstufe: 196 (224), Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse 22 (35); zweites Semester: Übertrittsprüfungen (Eintritt in die Mittel- und Sekundarstufe: 662 (631), Eintrittsprüfungen in die Zertifikatsklasse: 64 (95), Eintrittsprüfungen in die Konzertdiplomklasse: 6 (5), Zwischenprüfungen der Berufsklassen: 52 (37); Ausscheidungs- und Finalprüfungen (Hauptfach und obligatorische Unterrichtsfächer) zur Erlangung des Amateurzertifikates, Studienzertifikates, Lehr- und Konzertdiploms: 65 (218).

Während des Schuljahres haben 76 (77) Experten insgesamt 1398 (1314) Examen bewertet.

4.3 Schuljahr 2005/06 Einweihung der neuen Gebäude

Der Umbau und die Erweiterung der Gebäude des Konservatoriums haben im Oktober 2004 begonnen und konnten im September 2006 abgeschlossen werden. Die offizielle Einweihungsfeier in den neuen Gebäuden fand am 27. September 2006 in Anwesenheit der politischen Behörden auf Gemeinde- und Kantonsebene, der Vertreter der Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (Eigentümerin der Gebäude) und der Lehrpersonen statt.

Der neu gebaute Flügel beinhaltet 18 Musikzimmer, 2 Säle, 1 Auditorium und eine Eingangshalle. Die bestehenden Gebäude wie die Aula, das Auditorium, 54 Musikzimmer, 9 Büros und die Bibliothek wurden während der gleichen Zeitperiode renoviert. Die Gesamtkosten für diese Umbau- und Erweiterungsarbeiten erheben sich auf 12 700 000 Franken, wovon 2 300 000 Franken für den Erwerb von Instrumenten, Mobiliar, Informatik und Telefonie zu Lasten des Mieters ausgegeben wurden.

4.4 Musikhochschule

In der neuen Verordnung über die Prüfungen der Berufsklassen wurde der Artikel betreffend die ausgestellten Ausweise dahingehend geändert, dass der Bachelor of Arts in Music hinzukam. Zudem wurden drei Dokumente in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen Westschweizer Musikhochschulen erstellt. Sie beinhalten die Studiengänge, die Aufnahmebedingungen und den pädagogischen Studienplan im Sinn des Bologna-Systems und den Vorgaben der HES-SO. Das erste Studienjahr im Bachelor-System hat im September 2006 begonnen. Mehrere Lehrpersonen wurden als Gastdozierende eingeladen, insbesondere für Gesang, Kammermusik für die Pianisten, Horn und das gemeinsame Projekt der Orchestersessionen.

Gemäss Vertrag, den die Studierenden mit der Einschreibung jeweils abschliessen, sind sie in einem von drei Studiensystemen: im alten System, im MHS-System oder im neuen Bologna-System. Durch die Anpassung der Modulsysteme im MHS-Studiengang, wie sie in allen Hochschulen praktiziert werden, mussten der Bereich der Informatik und die Einteilung aller Parameter des Systems MUSICA neu organisiert werden

4.4.1 Arbeit der Abteilung Musik der HES-SO

Die derzeit im Aufbau befindliche Abteilung Musik der HES-SO hat 2005/06 eine wichtige Etappe hinter sich gebracht: sie hat im Netzwerk ein Konzept des Bachelors, eine Beschreibung der Module, ein Studienreglement und einen Test, der die musikalische Grundausbildung prüft, erarbeitet. Zudem wurde ein einheitliches Aufnahmeverfahren für die Musikhochschulen festgelegt, das alle beteiligten Konservatorien anwenden. Der «Fachbereichsrat» will seine Arbeit auch in der Periode 2008-2011 auf diese kollegiale Art fortsetzen, um den Integrationsprozess weiterzuführen und die Aufgaben aufzuteilen. So ist die Verantwortliche für die Berufsklassen in Freiburg zuständig für die berufliche Weiterbildung. Ihre Tätigkeit umfasst unter anderem die Teilnahme an zahlreichen Sitzungen in der Westschweiz: «Fachbereichsrat», Arbeitsgruppe «Bologna», pädagogisch ausgerichtete Vorträge, Interpretation, Forschung, Weiterbildung, Informatik, Leitungsausschuss der HES-SO-FR.

Im Rahmen der Abteilung Musik der HES-SO muss Freiburg als funktionsfähige Abteilung betrachtet werden können. Dafür braucht es je nach Instrument ein ausgeglichenes Minimum an Studierenden, beispielsweise zwei Geigen, eine Bratsche und ein Cello, um ein Streichquartett bilden zu können. Die Aktivitäten grösserer Ensembles wie Chor oder Orchester sind zum Teil in Projekte einbezogen, die in regelmässigen Zeitabständen unter den verschiedenen Schulen aufgeteilt werden. So wurde ein grosses Projekt für Orchester realisiert: drei Aufführungen der 5. Sinfonie von Mahler. Studierende und ehemalige Studierende werden regelmässig zu den Reformen befragt: Fragebögen, Gespräche zwischen MHS-Direktion und Dozierenden, Studierenden-Forum und die Vortragsübungen dienen der Qualitätskontrolle. Im Bemühen um eine Selbstregulierung der Situation und angesichts des potenziellen Arbeitsmarktes hat sich der Fachbereichsrat im Hinblick auf die Jahre 2011-2012 das allgemeine Ziel gesetzt, die Studierendenzahl allmählich zu reduzieren.

4.5 Lehrpersonal, neue Studiengänge

Während des Schuljahres 2005/06 wurden von 200 (201) Lehrpersonen im Durchschnitt 3040 (3070) wöchentliche Unterrichtsstunden erteilt (110 VZÄ für die Musikschule und 8 VZÄ für die Musikhochschule). Seit Schulbeginn im September 2006 bietet das Konservatorium zwei neue vorberufliche Studiengänge an: Blasmusikdirektion und Klassisches Ballett.

4.6 Kulturelle Aktivitäten

Das Konservatoriumsjahr ist für Eltern und Musikliebhaber von mehreren hundert Vortragsübungen (289 während dem Schuljahr 2005/2006, 156 Vortragsübungen in Granges-Paccot und 133 in den verschiedenen Aussenstellen), öffentlichen Diplomprüfungen für Lehrdiplome und Konzertdiplome sowie Konzerten geprägt. Besonders erwähnt seien hier folgende Veranstaltungen:

Musikschule:

- am 12. Februar, Konzert des Orchesterensembles des Konservatoriums
- vom 17 bis 19. März, musikalische und kulturelle Reise nach Paris der Lehrer für Gitarre und Streichinstrumente
- am 25. März, Konzert des Kontrabass-Quartetts «L'Armoire»
- am 29. April, Tag der offenen Türe für die Streichinstrumente mit einem Konzert des Ensembles mit 30 jungen Kontrabassisten
- am 2. Juni, Lehrerkonzert von Olivier Lattion, Klavier und François Karth, Geige
- am 7. Oktober, Live-Sendung «Kiosque à musique» mit Radio Suisse Romande, La Première
- Einweihungskonzerte: 29. September, Saxophone- und Jazzensemble; 30. September, Orchesterensemble des Konservatoriums; 1. Oktober, Saxophonquartett Marquis de Sax; 5. Oktober, Lehrergitarrenensemble; 6. und 7. Oktober, Produktion der Ballettabteilung; 6. Oktober, Klarinettenensemble; 11. Oktober, Kammermusik mit den Studenten der MHS, 12. Oktober, Vorführung des Ateliers «Opérette», 4. November, Gitarre und Streichquartett in Zusammenarbeit mit den «Jeunes musicales de Fribourg»; 5. November, Streichensemble der Lehrer; 9. November, Klavierabend der Lehrpersonen; 24. November, Trio La Follia.

Musikhochschule:

- am 7. März, Konzert der Gesangs- und der Trompetenschüler im Espace Tinguely unter dem Motto: Die Musikhochschule stellt sich vor.
- am 12. März, Konzert des Ateliers Kammermusik im Phenix
- am 4. April, Konzert der Klavierschüler im Espace Tinguely unter dem Motto: Die Musikhochschule stellt sich vor.
- am 17. Mai, Konzert des Ensembles Camerata in Bulle
- am 7. Oktober, Konzert des Ensembles Camerata im «Musée du vitrail» Romont
- am 12. Oktober, Konzert der Finalisten, begleitet vom Symphonieorchester Biel, im Podium Düdingen
- am 29. November, Konzert «Borges et la musique argentine» Grupo Encuentros.

4.7 Pädagogisches

Das Schuljahr war reich an pädagogischen Begegnungen und Weiterbildungsprogrammen; Musikschüler, Berufsschüler und die Lehrerschaft hatten Gelegenheit, ihre Ausbildung mit den folgenden Aktivitäten zu verbessern:

Musikschule:

- im Januar, März, September, Oktober und November, Pilates-Kurs mit Jennifer Paynter für die Schüler der Ballettklasse

- am 4. Februar, Weiterbildungskurs mit Felix Renggli, Querflöte
- am 18. Februar, Weiterbildungskurs mit Thomas Rüedi, Euphonium
- zum Frühlingsbeginn, liturgische Ausbildung im Modul, mit Jean Scarcella, für die Schüler der Chorleitung
- am 9. April, Ausbildung in Blonay für die Schüler der Geigen- und Klavierklassen
- am 29. April, Weiterbildungskurs mit Claire Mottet-Rio, Feldenkrais-Methode
- am 5. Juli, Weiterbildungskurs mit Martin Oro, Gesang
- am 30. September, Weiterbildungskurs mit Pascal Eicher, Blasinstrumente (Leitung des Jugendorchesters).

Musikhochschule:

- am 17. Februar, Meisterkurs mit Kathy Sebestyén, Geige, und Schüleraustausch mit einer Streicherklasse des Konservatoriums in Brüssel
- vom 27. August bis 3. September, Musikatelier in Greyerz in Zusammenarbeit mit der Vereinigung «Guitare et luth»
- vom 27. bis 30. April, Teilnahme der Studierenden am Internationalen Orgelfestival Freiburg
- am 20. Oktober, Meisterkurs mit Heinz Saurer, Naturtrompete
- am 16. und 17. November, Meisterkurs mit Alicia Terzian, Atelier Neuzeitliche Musik
- vom 13. bis 15. Dezember, Meisterkurs mit Thomas Müller, Naturhorn
- am 18. Dezember, Meisterkurs mit Elisabeth Leonskaja, Klavier.

4.8 Gebäude in Bulle

Am 13. Dezember 2004 hat der Generalrat der Stadt Bulle den Investitionskredit für die Sanierung des Gebäudes an der Rue du Marché 28 bewilligt, das bis Juni 2004 von den Orientierungsklassen benutzt wurde. Der Mietvertrag zwischen dem Kanton Freiburg und der Stadt Bulle sieht eine Mietdauer von 20 Jahren vor. Die Musikschule Bulle, eine Aussenstelle des Konservatoriums Freiburg, wird im Januar 2007 die Gebäude an der Rue du Marché 16 aufgeben und ein paar Meter weiter an der Rue du Marché 28 einziehen. Während des Jahres wurden am viergeschossigen Gebäude wichtige Umbau- und Renovationsarbeiten ausgeführt. Die Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler verfügen nun über 23 Musikzimmer von 20 bis 30 Quadratmetern, zwei Säle von 65 und 90 Quadratmetern (für die Kollektivkurse und Vortragsübungen), eine Aula von 115 Quadratmetern, ein Büro für das Sekretariat und den Empfang und eine Cafeteria. Die Einweihungsfeier für dieses neue Gebäude ist im Mai 2007 vorgesehen.

4.9 Internetsite (www.conservatoire-fribourg.ch)

Die Besucherzahl der Internetsite ist stabil und immer noch sehr gross. Im letzten Jahr wurde die Site von 71 000 Besuchern angewählt (74 000 im Jahr 2005). Gemäss der Verordnung vom 3. Mai 2005 über die Internetsites des Staates ist das System «Frontpage» per Ende 2005 ausgemustert worden, und seit Anfang 2006 wird mit dem neuen Informatiksystem CMS gearbeitet.

5. Museum für Kunst und Geschichte

5.1 Personal

Temporäre Einstellung von mehreren Praktikanten, Zivildienstleistenden und wissenschaftlichen Assistenten für punktuelle Vorbereitungsarbeiten bei Sonderausstellungen.

5.2 Ausstellungen

- 100 x Sankt Nikolaus – Die ewige Jugend des Freiburger Stadtpatrons (bis zum 29. Januar 2006).
- Iseut Bersier – Retrospektive (07.04 bis 25.06.06);
- François Burland – Im Reich von Mythos und Magie (28.04 bis 30.07.06);
- Koenig! Für Glauben, Ruhm und Krieg (29.09.06 bis 28.01.07).

Insgesamt wurden diese Ausstellungen von 14 295 (20 627) Personen besucht, darunter 2227 (3842) Schülerinnen und Schüler in 134 (229) Gruppen oder Schulklassen. Insgesamt ergibt das einen Tagesdurchschnitt von 48 (68) Besuchern.

Die Direktorin hielt 12 (25) Führungen ab, die Vize-Direktorin 46 (25), die wissenschaftliche Mitarbeiterin 1 (1) und die Adjunktin der Direktion 12 (21); 19 (30) Führungen wurden von Externen durchgeführt. Insgesamt gab es somit 90 (103) Führungen. Nebst den Freiburger Schulklassen haben zahlreiche Vereine und Gruppen der Nachbarkantone das Museum und seine Ausstellungen besucht.

5.2.1 Entdeckung von 6 bis 7

Am zweiten Dienstag jeden Monats wird ein ausgewähltes Werk der Sammlung vorgestellt. 10 kurze Vorträge mit anschliessender Diskussion wurden dem Publikum geboten.

5.2.2 Sonntags ins Museum

Jeden ersten Sonntag des Monats wird zwischen 11 bis 12 Uhr ein spannendes Thema aus der Sammlung vorgestellt. Die jüngsten Besucher (4–10 Jahre) können in dieser Zeit spielen, zeichnen und basteln. Diese Veranstaltung fand zehnmal statt.

5.2.3 Ma Me Mi Mo Mu

Anders gesagt: «Mangeons mercredi midi un morceau au Musée» (mittwochs zum Picknick ins Museum). Am Mittwoch während der Mittagspause wurde bei kostenlosem Eintritt ein Werk der Sammlung kurz erklärt. Diese Veran-

staltung fand jeweils am Mittwoch um 12.15 Uhr, insgesamt 40 Mal statt.

5.3 Wissenschaftliche Tätigkeit und Publikationen

Das Museum für Kunst und Geschichte beteiligt sich massgeblich an einem Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds («Zwischen Gotik und Renaissance – Die Freiburger Plastik aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts»); in diesem Jahr arbeiteten mehrere Mitarbeitende an diesem Projekt. Durch Artikel in wissenschaftlichen Publikationen und durch Vorträge ausserhalb des Museums tragen die Mitarbeitenden des Museums zum Bekanntheitsgrad der Institution bei.

Folgende Publikationen wurden vom Museum für Kunst und Geschichte oder von Mitarbeitenden des MAHF herausgegeben:

- Iseut Bersier _ Retrospektive (Ausstellungskatalog);
- Im Galopp durchs Kaiserreich. Das bewegte Leben des Franz Peter König 1594 – 1647.

Es erschienen sechs neue Museumsblätter (kurze Werkmonografien); sie ergänzen die Serie der 55 seit 1997 bereits erschienenen Blätter.

5.4 Informatik

Die Website des Museums für Kunst und Geschichte auf dem offiziellen Server des Staates Freiburg wurde 113 848 (135 209) Mal abgerufen.

5.5 Schenkungen

Malerei: Anonym: Los von Werken aus dem 16. und 17. Jh. Yvonne Lehnerr: Alfred Hofkunst, Ur-Akt, 1997, Mischtechnik auf Karton. Sabine de Mural: Gottfried Locher (Zug.), Portrait des Nicolas-François-Xavier de Reynold, 1775, Öl auf Leinwand; id., Unbekannt, Portrait des Jean-Antoine II de Reynold, um 1640, Öl auf Leinwand. Jules Schmid (Neffe des Malers): Jules Schmid: Selbstbildnis, 1948, Öl auf Leinwand; id., Portrait des Joseph Schmid Genet, undatiert, Öl auf Leinwand; id., Junges Mädchen, 1946, Öl auf Leinwand.

Skulptur: Fondation pour l'art moderne et contemporain (FAMC): Daniel Spoerri, Amora, 1960-1961, Tableau-Piège.

Grafik: François Burland: François Burland, Le Sphinx, 2006, Holzschnitt. Henri Ellgass: Ansichten von Freiburg, 16.–19. Jahrhundert, Stiche und Lithografien. Herr und Frau Roger Favre: Hermine Haas, Portrait von Mathilde Forestier, um 1915, Pastel auf Papier. Yvonne Lehnerr: Jean Tinguely, Le retable des petites bêtes (Brief), 1989, erhöhte Grafik. Verein der Freunde des Museums: François Burland, Le miroir des âmes simples et anéanties, 2005, Aquarell und farbige Kreide auf Papier.

Kunsth Handwerk: Max Birbaum: Albert Ayer, Fahne des Jahrgängervereins von 1915, 1946-47, Damast aus weisser Seide; Christine Flechtner: Anzug von Richard Flechtner, Direktor der «Maîtrise» des Kollegiums St. Michael, Stoff,

20. Jahrhundert. Verein der Freunde des Museums: Jacques-David Müller, Prozessionstatuette der Rosenkranz-Bruderschaft von Rue, 1772, Silber, vergoldetes Kupfer, Glasschmuck; id., Henri Passet, Couple, 2006, Kaltnadel, jährliche Grafik. Jean-Baptiste de Weck: Spielaltar mit Tabernakel, 1. Drittel des 20. Jahrhunderts, Tannenholz, bemaltes Papier.

Deposita

Skulptur: Pfarrei von Cugy: Hans Geiler, Maria mit Kind, Anfang des 16. Jahrhunderts, bemaltes Holz. Staat Freiburg: Loys Vallélian, Jean-François Reyff, Jaquemarts (zwei Figuren des Glockenspiels des Rathhausturms), 1642/43, bemaltes Holz.

Durch die Staatsverwaltung übergeben

Paul Hogg, A la plage, undatiert, Öl auf Leinwand; Yoki, Fischerboote in Newport, 1965, Gouache auf Papier; drei Kannen und eine Feldflasche, 1959/1989, Zinn; sechs Glasfenster mit modernen Wappen.

5.6 Ankäufe

Malerei: Bruno Baeriswyl, Modell eines profanen Glasfenster (nicht ausgeführt), 1987, Acryl auf Papier; Iseut Bersier, Le port blanc, 2005, Acryl auf Leinwand; Joseph Busca, Porträt des François-Joseph-Nicolas d'Alt, Baron d'Alt genannt, 1746, Öl auf Leinwand; Emile Chambon, La blouse blanche (Selbstbildnis), 1926, Öl auf Leinwand auf Karton; Joseph de Landerset, Porträt des Bischofs Maxime Guisolan, 1. Dekade des 19. Jahrhunderts; id., Portrait von Adélaïde de Weck, um 1815, Öl auf Leinwand; Gottfried Locher (Zuschreibung), Die Heilige Familie, letztes Drittel des 18. Jahrhunderts, Öl auf Leinwand; Unbekannt, Porträt einer Trauerden, 17. Jahrhundert, Öl auf Leinwand; id., Porträt des Antoine d'Alt, 1699, Öl auf Leinwand; Virginia Muro, Pista de tango, 2006, Öl auf Leinwand; Armand Niquille, Freiburger Kapelle, undatiert, Öl auf Karton; Gaston Thévoz, Murtensee, 1934, Öl auf Leinwand; id., Freiburger Landschaft, 1934, Öl auf Leinwand.

Grafik: Bruno Baeriswyl, Ohne Titel, 1973, Mappe mit 10 Lithografien; Maurice Conevony (Zeichnung), Jean Picot (Autor), Fribourg: Ville d'art, 1906, gebundenes Manuskript, 50 Seiten, mit Vignetten (Federzeichnungen) Unbekannt, Hl. Katharina, Ende des 18. Jahrhunderts, Aquarell auf Papier; id., Hl. Veronika, Ende 18. Jahrhundert, Aquarell auf Papier; id., Hl. Paulus, Ende des 18. Jahrhunderts, Aquarell auf Papier; id., Die Verleumdung des Hl. Petrus, Ende 18. Jahrhunderts, Spitzenbild; id., Heilige, Ende 18. Jahrhundert, Spitzenbild; Franz Niklaus König, «Au couvent des Visitandines à Freyburg, le 23 Sept. 1816», Feder, Tuschzeichnung und Aquarell; Jacques Pfyffer, «Vue de la Ville de Fribourg prise du côté du Levent», Ende des 18. Jahrhunderts, Feder und Tuschzeichnung auf Papier; id., Ansicht der Stadt Freiburg von der Kapelle des Hl. Beat, Ende 18. Jahrhunderts, Feder- und Tuschzeichnung auf Papier.

Kunsth Handwerk: Unbekannt, Glasscheibe mit dem Wappen des Freiburger Staates, 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, Glas und Blei; id., Kabinettscheibe des Simon Petrus Meyer,

Freiburg, 1645, Glas und Blei; id., Reliquiar, Anfang 19. Jahrhunderts, Knochen, Glasschmuck, mit Goldschnitt verzierten Papierröllchen, Metal, Wachs; id., Schwarze Flagge der Zivilgarde der Gendarmerie, 1853, schwarze bemalte Seide; Eliane Laubscher, Freiburg (St. Niklaus), 2004, 45 Schwarz-Weiss-Fotografien.

5.7 Pädagogische Abteilung

Im Museum für Kunst und Geschichte: 13 Primarklassen (229 Schüler) haben an folgenden Ateliers teilgenommen: «Das Schiff des Heiligen Nikolaus. Malen wie im Mittelalter» und «Die Reise vom Heiligen Nikolaus: von Myra bis Freiburg» («100 × Heiliger Nikolaus»). Fries mit phantastischen Tieren / Die Kreide: eine Technik, die auf die Antike zurückgeht (Ausstellung: «François Burland: Im Reich von Mythos und Magie»); Ein Abenteurer zu Pferd / Das Reiterporträt eines Abenteurers: François-Pierre Koenig / Schreiben wie früher! Mit Gänsefeder und Tinte / Eine Gänsefeder um mit Tinte deine Initialen auf Pergament zu schreiben (Ausstellung: «Koenig! Für Glauben, Ruhm und Krieg!»)

5.8 Konservierungs- und Restaurierungsabteilung

Sie hat die Kontrolle der klimatischen Bedingungen der verschiedenen Depoträume der Sammlung sowie der Ausstellungssäle der Dauer- und Sonderausstellungen gewährleistet. Sie hat ihre Aktivitäten als Berater für interne wie externe Anfragen weitergeführt, technologische Expertisen durchgeführt sowie technische Ratschläge erteilt. Sie hat eine Aufnahme der Depoträume sowie eine Auswertung des volumetrischen Bedarfs durchgeführt, um eine optimale Konservierung der Sammlungen zu garantieren. Sie hat 25 % ihrer Tätigkeit dem Forschungsprojekt (FN-1047) des Nationalfonds zur Freiburger Plastik gewidmet. Sie hat bei der Demontage der Ausstellung «100 × Sankt Nikolaus» die Kontrolle der Werke durchgeführt. Sie hat die Zustandskontrolle sowie die Eingangs- und Ausgangskontrollen beim Auf- und Abbau der Ausstellung «René Burri» durchgeführt. Sie hat an der Planung der Ausstellung «François Burland» teilgenommen sowie den Auf- und Abbau begleitet Sie hat die Zustandskontrolle sowie die Eingangskontrollen beim Aufbau der Ausstellung «Koenig» durchgeführt. Im Zusammenhang mit dieser Ausstellung hat die Abteilung ebenfalls Unterhaltsarbeiten sowie konservatorische und restauratorische Massnahmen zu verschiedenen Werken der Sammlung erstellt. Sie hat eine Studentin der Hochschule der Künste Bern für Konservierung und Restaurierung (Katharina Zürcher) für ein Praktikum von 6 Wochen betreut zwischen dem 23. Januar und dem 3. März.

5.9 Neueinteilung

Auf Aufforderung der EKSD führte das Amt für Kultur eine Neustrukturierung der Institution durch und führte eine wöchentliche Sitzung des Leitungsausschusses, eine Personalkonferenz und ein internes Informationsflussverfahren ein. Das Amt hat zudem mit den Verantwortlichen das Organigramm und die Pflichtenhefte der Kaderfunktionen auf den neuesten Stand gebracht. Auch die Pflichtenhefte der übrigen Funktionen sollen so schnell wie möglich aktualisiert werden.

5.10 Kommission

Die Kommission und der Ausschuss sind zweimal zusammengetreten; sie haben die Jahresrechnung geprüft, den Budgetvorschlag für 2007 angenommen und Ankäufe des Museums gutgeheissen. Sie haben sich an den Überlegungen über die Neueinteilung des Museums beteiligt und wurden zu den damit verbundenen Projekten befragt.

6. Naturhistorisches Museum

6.1 Allgemeines

2006 besuchten 42 792 (41 204) Personen das Museum, davon 7962 (7678) Schülerinnen und Schüler aus 484 (473) Klassen. Die Internetsite des Museums wurde 1 051 024 (1 016 649) Mal besucht.

Der Direktor des Museums ist Mitglied der Konsultativkommission für Natur- und Heimatschutz sowie Beisitzer im Vorstand von Freiburg Tourismus und in der Kommission für Kultur und Geschichte für das 850-Jahr-Jubiläum der Gründung der Stadt Freiburg.

Der Vizedirektor vertrat das Museum in zwei Kommissionen (Möserkommission Düdingen sowie Rechthalten – St. Ursen).

Das Museum betreibt eine offiziell anerkannte Pflegestation für Wildtiere. Aus Angst vor der Vogelgrippe wurden weniger Tiere ins Museum gebracht. So wurden 2006 152 (190) verletzte oder kranke Tiere aufgenommen: 72 (72) wurden gepflegt und wieder in Freiheit entlassen, 73 (110) starben oder mussten eingeschläfert werden. Am 31. Dezember befanden sich noch 7 (8) Tiere in Pflege.

6.2 Dienstleistungen für Schulen

Der Leihdienst des Museums stellte 91 (172) Personen 219 (207) Objekte zur Verfügung.

Pädagogische Unterlagen zu den Sonderausstellungen sowie zur Dauerausstellung «Tiere unserer Region» wurden für Kinder bis zur 3. Klasse ausgearbeitet und sind über Internet auf der Site für Lehrpersonen herunterladbar.

Zwei Ateliers für Klassen wurden unter der Bezeichnung «Kultur und Schule» mit Unterstützung des Amtes für Kultur erstellt.

Das gemeinsame Projekt «Mon animal préféré» der Fachstelle fri-tic und des Museums wurde weitergeführt.

6.3 Verschiedene Aktivitäten

Begleitend zu den aktuellen Sonderausstellungen und anlässlich der zwei von der Vereinigung der Freunde organisierten «Museumszmenge» wurden diverse Führungen und Vorträge angeboten.

Drei Aktivitäten wurden für Kinder im Rahmen des Ferienpasses angeboten: Eine Führung durch das Museum, ein Atelier zur Ausstellung «Augen auf!» und eine Einführung in Edelsteine.

6.4 Zusammenarbeit

Das Projekt der Satelliten-Telemetrie bei Weissstörchen, Rotmilanen, Uhus und Schneeeulen wurde weitergeführt und auf Falkraubmöwen ausgedehnt. Die neuesten Resultate zum Zug dieser Vögel wurden laufend via Internet veröffentlicht und einmal pro Woche per E-Mail an 2474 (1820) eingeschriebene Personen versandt. Das Museum erhielt den Tierweltpreis der Schweizerischen Gesellschaft für Kleintierzucht für seine Verdienste um die Erforschung des Vogelzugs und im Besonderen der Verfolgung des Zuges der Störchin Max, die den Weltrekord besonderer Vögel hält.

Das Museum ist eine Institution, an der Zivildienst geleistet werden kann. So beschäftigte sie zwei Personen während fünfeneinhalb Monaten. In Zusammenarbeit mit dem Sozialamt, der Invalidenversicherung und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk konnte je eine Person im Rahmen von Wiedereingliederungsmassnahmen beschäftigt werden. Das Amt für Personal und Organisation des Kantons Freiburg vermittelte eine Pädagogin, die im Rahmen eines postuniversitären Praktikums im Museum arbeitete.

Das Inventar der Museumsbibliothek wurde in Zusammenarbeit mit der Kantons- und Universitätsbibliothek weitergeführt.

6.5 Gebäude

Zwecks der Planung und Ausführung verschiedener Unterhalts- und Renovationsarbeiten an den Dauerausstellungen wurden mit dem Hochbauamt mehrere Sitzungen abgehalten.

6.6 Sonderausstellungen

- «Blindwühlen, geheimnisvolle Amphibien» (10. September 2005 – 15. Januar 2006)
- «Eulen und Käuze» (8. Oktober 2005 – 23. April 2006)
- «MusOeufs FrEiburg» (18. März 2006 – 23. April 2006)
- «Essen und gefressen werden» (24. Juni 2006 – 24. September 2006)
- «Augen auf!» (20. Mai 2006 – 29. Oktober 2006)
- «Wunderkammer Museum – Fotogramme von Floris Neusüss und Renate Heyne» (21. Oktober 2006 – 25. Februar 2007)
- «Raben und Krähen – Unglücksvögel?» (2. Dezember 2006 – 15. April 2007)

6.7 Dauerausstellungen

In der Dauerausstellung «Tierwelt unserer Region» stehen dem Publikum drei interaktive Computeranimationen zur Verfügung wo Tiere aus den drei Lebensräumen Voralpen, Mittelland und Seenregion vorgestellt werden. Diese Animationen wurden von den Ateliers de la Gérine et des Préalpes realisiert.

Eine neue Vitrine wurde mit den Funden aus dem Bärenloch im Geologiesaal erstellt. Sie zeigt die Rekonstruktion

eines Höhlenbären, sowie Knochen von Höhlenlöwen, Wölfen und anderen Wirbeltieren. Das Schweizerische Institut für Speläologie und Karstforschung schuf das wissenschaftliche Konzept.

Dank der Unterstützung der Vereinigung der Freunde des Museums können zwei Bonobos im Ausstellungssaal der Zoologie gezeigt werden, die in der Aufzuchtstation «Lola y bonobo» der Demokratischen Republik Kongo gestorben waren.

6.8 Ausleihe von Sonderausstellungen

Das Naturhistorische Museum liess dem Musée jurassien des sciences naturelles in Porrentruy verschiedene Meeresschnecken im Hinblick auf eine Sonderausstellung sowie der Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Aare die Sonderausstellung «Auen» vom 15. Mai 2006 bis 31. Oktober 2007.

6.9 Sammlungen

Die Inventarisierung der verschiedenen wissenschaftlichen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt.

Die paläontologischen Sammlungen verzeichneten 10 (8) Neueingänge. Dabei handelt es sich um Fossilien aus dem Hundsrüchschiefer in Deutschland. Diese 400 Millionen Jahre alten Versteinerungen sind bestens erhalten und belegen eine längst ausgestorbene Meeresfauna. Die Vereinigung der Freunde des Museums leistete einen grösseren Beitrag zur Anschaffung eines versteinerten Flugsauriers aus einem Steinbruch in Bayern (Deutschland).

Die mineralogischen Sammlungen wurden durch 41 (650) Stücke bereichert, die vor allem aus dem schweizerischen und italienischen Alpenraum stammen. Nennenswert ist ein Amethyst aus dem Goms vom Fusse des Galmihorns. Roger Martin aus Nyon hat dem Museum eine grössere Anzahl Septarien mit Mineralien geschenkt. Sie werden ins Inventar aufgenommen. Die Sammlung von Alfred Frey aus Estavayer, von der das Museum seit 1968 Stücke erhielt, wurde inventarisiert und umfasst 2952 Objekte.

Die Sammlung zur einheimischen Fauna wurde um 87 (131) Tiere erweitert. Ein Birkhuhn, ein Haselhuhn, ein Fischadler, ein Weissstorch, zwei Biber und ein Hausmarder wurden dem Museum dieses Jahr übergeben.

Das Inventar der malakologischen Sammlungen des Museums wurde weitergeführt und verzeichnete den Eingang von 488 (386) neuen Stücken. Dabei handelt es sich um 204 (132) Muscheln und 284 (254) Meeresschnecken.

Zwecks Vorbereitung einer Publikation und einer Ausstellung wurde das Inventar der Gefässpflanzen der Freiburger Voralpen weitergeführt. Auf zahlreichen Exkursionen wurden potenzielle Standorte seltener oder bedrohter Arten aufgesucht. Die Funde wurden fotografiert, und der Grad der Bedrohung wurde beurteilt. Bis Ende 2006 waren 90 % (80 %) der prioritären Arten bearbeitet und mit 3000 (2000) Digitalbildern und 3500 (3000) Diapositiven dokumentiert. Dieses Material wird inventarisiert und ins Bildarchiv des Museums aufgenommen.

Das Inventar der Herbarien des Kantons Freiburg wurde weitergeführt («Herbiers réunis»). Gegenwärtig können

mehrere wissenschaftliche Herbarien mit mehr als 17 000 (16 000) Pflanzenbelegen via Internet konsultiert werden.

6.10 Kommission

Die Kommission tagte zweimal. Sie hat die Rechnung 2005 zur Kenntnis genommen und den Budgetvorschlag 2007 geprüft. Weiter wurden die Frage der Verlegung des Museums und die Problematik des Raummangels am gegenwärtigen Standort diskutiert.

6.11 Schenkungen

215 (297) Personen haben dem Museum 264 (430) Tiere oder Objekte überreicht.

7. Schloss Greyerz

7.1 Personal

Es fand kein Wechsel beim fest angestellten Personal statt.

7.2 Ausstellungen

- Weihnachten im Schloss: Die Krippen des Ateliers Huggler-Wyss, Brienz (19. November 2005 – 8. Januar 2006)
- Grzegorz Rosinski: Von Thorgal zu Skarbek (12. November 2005 – 29. Januar 2006)
- Jean-Claude Mathier: Fotografische Kompositionen (11. Februar – 7. Mai 2006)
- Schamanische Kunst aus dem Himalaja: Skulpturen und Fotografien (20. Mai – 29. Oktober 2006)
- Weihnachten im Schloss: Krippen aus der Sammlung von Miriam und Louis Polla (18. November 2006 – 14. Januar 2007)

Zusätzlich zu den Ausstellungen wurden folgende Aktivitäten im Schloss durchgeführt:

- «Das Johannisfest im Schloss» (Mittelalterfest mit den Truppen «Communitas Turrium» und «Quatre Lunes», 24. und 25. Juni 2006)
- Atelier für alte Musik. Bau einer Barockgeige mit Pierre Louis. Vier Konzerte in der Pfarrkirche von Greyerz (27. August – 3. September 2006)

Das Sekretariat hat 319 (312) geführte Besichtigungen des Schlosses und des Städtchens Greyerz organisiert. Insgesamt wurden das Schloss und seine Sonderausstellungen von 172 167 (167 837) Personen besucht, was einen Tagesdurchschnitt von 472 (459) Besuchern ergibt.

7.3 Sammlung

Die Faltprospekte in 13 Sprachen mit der Beschreibung des Schlosses und seiner Sammlung wurden überarbeitet. Der flämische Wandteppich des späten 17. Jahrhunderts, der 2001 aus dem Schloss entwendet worden ist, wurde zurückgegeben. In gereinigtem Zustand hängt er wieder im Barocksaal. Die Aufhängung der Bilder von Auguste Baud-Bovy in der Galerie des zweiten Obergeschosses

wurde erneuert. Eine Multimedia-Schau über Geschichte und Sammlung des Schlosses ist im Entstehen.

7.4 Gebäude

Die im letzten Jahr begonnenen Umbauarbeiten des ehemaligen Abwärtsgebäudes wurden fortgesetzt. Die Wandmalerei mit einer Jagdszene im Innenhof, die um 1900 von Francis Furet gemalt wurde, wurde restauriert. Die Beleuchtung des Rittersaals, des Barocksaals und des Burgundersaals wurde modernisiert. Alle Fenster des Schlosses wurden gesichert und die Fensterläden gestrichen. Auf den Galerien des Innenhofes wurden Unterhaltsarbeiten durchgeführt und Ziegel auf verschiedenen Dächern des Schlosses ersetzt.

7.5 Informatik

Die Internetseite des Schlosses wurde regelmässig aktualisiert und von 99 178 (81 246) Personen abgerufen.

7.6 Schenkungen, Ankäufe

Ankauf des Bildnisses des Landvogts Johann-Jakob-Josef von Alt, Anfang des 18. Jahrhunderts, Öl auf Leinwand.

7.7 Pädagogische Abteilung

Während des Jahres wurden 263 (223) «Schlossgeschichten» und «Schatzsuchen» für Schulen sowie Private aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Michel Riedo hielt 22 (16) Geschichtslektionen für Schüler der 5. und 6. Primarklassen aus dem Kanton Freiburg. Eine (4) Schule hat zudem an einem «Mittelaltertag» teilgenommen.

7.8 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat und das Büro des Stiftungsrates traten je vier Mal zusammen.

8. Schweizerisches Zentrum für Forschung und Information zur Glasmalerei in Romont

8.1 Allgemeines

Das Zentrum war neben seiner Forschungstätigkeit stark in der Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Museum für Glasmalerei und Glaskunst zur Übernahme, Würdigung und Ausstellung der Hinterglassammlung Ruth und Frieder Ryser engagiert. Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Museums wurde das neue Depot der Sammlung eingerichtet. Etwa ein Viertel (250 Werke) der Sammlung wurden nach einem Konzept des Zentrums ausgestellt. Die Eröffnung des erneuerten Museums fand am 7. Oktober im Rahmen einer grossen Feier statt. Mitarbeiter des Zentrums verfassten zu diesem Anlass auch zwei neue Einführungs-Publikationen zur Kunst der Glasmalerei und der Hinterglassmalerei. Das Forschungszentrum erhielt einen neuen Namen, welcher dem erweiterten Tätigkeitsfeld Rechnung trägt, einfacher ist und die Beziehung zum Museum aufzeigt. Im Rahmen des Forschungsprojekts

Mediality wurde mit Christine Hediger eine weitere kunstwissenschaftliche Mitarbeiterin angestellt.

8.2 Erhaltung und Technologie

Zu den wichtigsten Objekten im Bereich der Konservierung historischer Glasmalereien und Hinterglasbilder zählte die Freiburger Kathedrale. Die aus Carignan stammenden Glasfenster des frühen 16. Jahrhunderts wurden unter der Aufsicht der Kathedrale im Zentrum restauriert. Die Arbeiten am Kreuzgang von Muri AG, im Berner Münster und in mehreren Kantonen wurden weiter betreut, unter den neuen Aufgaben ist das Parlamentsgebäude in Bern zu erwähnen. Im internationalen Bereich wurde die Restaurierung der Glasmalereien in Crevoladossola (I) weiterverfolgt und ein Forschungsprojekt im 6. EU-Rahmenprojekt bewilligt, an dem das Zentrum mit 12 Partnerinstitutionen in Europa beteiligt ist. Der Leiter des Zentrums hat nach Ablauf der verlängerten Mandatszeit seine Verantwortung für das Internationale Komitee des Corpus Vitrearum für Konservierung abgegeben.

8.3 Kunstgeschichtliche Forschung

Die wichtigsten Projekte der Grundlagenforschung waren weiterhin die Corpus Vitrearum-Bände über die Glasmalereien von Königsfelden, der Kantone Schaffhausen und Genf sowie das Projekt über die historischen Glasmalereien von 1600-1800 in der Westschweiz. Im Kanton Freiburg stehen über 400 Werke mit der diesbezüglichen historischen Quellenforschung in Bearbeitung. Das Teilprojekt zur Glasmalerei als Bildmedium im Mittelalter im Rahmen eines nationalen Forschungsschwerpunkts hat seine volle Entfaltung erreicht. Die Studie über die Hinterglassammlung im Dolder-Haus in Beromünster wurde abgeschlossen. Die Dienstleistungen für Beratungen und Expertisen an öffentliche Institutionen und Private waren weiterhin gefragt. Die Verbindungen mit der universitären Lehre und Forschung wurden intensiv fortgeführt, die Forschungstätigkeit des Vitrocentre in Publikationen und Vorträgen vermittelt.

9. Espace Tinguely – Niki de Saint Phalle

9.1 Ausstellungen

Der Espace hat die folgenden Sonderausstellungen durchgeführt: «René Burri: Fotos von Jean Tinguely und Co.», vom 4.05. bis 27.08, und «Niki de Saint Phalle: Grafisches Werk», vom 19.10. bis 4.02.07. Er hat zudem fünf Konzerte in Zusammenarbeit mit dem Konservatorium organisiert. Der Espace wurde von 14 437 (14 038) Personen besucht; er wurde 42 (91) Mal für verschiedene Veranstaltungen vermietet. Insgesamt wurden 51 (50) Führungen und 12 (12) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt.

9.2 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat eine Sitzung abgehalten, an welcher die Rechnungen und der Budgetentwurf genehmigt sowie das Ausstellungsprogramm festgelegt wurde.

10. Römisches Museum Vallon

10.1 Ausstellungen

Das Museum wurde von 7403 (7649) Personen besucht. Insgesamt wurden 57 (48) Führungen und 49 (28) pädagogische Veranstaltungen durchgeführt. Insbesondere hat das Museum ein Römisches Fest organisiert, an dem etwa 500 Personen teilnahmen. Es hat sich zudem an mehreren

Kulturveranstaltungen beteiligt (Ludimaniak in Estavayer-le-Lac und Römische Feste von Augusta Raurica und Vindonissa).

10.2 Stiftungsrat

Der Stiftungsrat hat zwei Sitzungen abgehalten. Er hat sein Büro reorganisiert und hat sich insbesondere darum bemüht, eine Lösung für die häufig auftretende Überschwemmungsgefahr der Mosaiken zu finden.

XV. Amt für Archäologie

1. Allgemeines

Im Jahre 2006 erreichten zwei Mitarbeiter des Amtes für Archäologie das Rentenalter: Maria Perzynska, Zeichnerin im Bereich «Grabungen und Forschungen» und Michèle Roy, angestellt im Bereich Administration und Logistik. Die Stelle von Frau Perzynska wurde durch Herrn Pierre-Alexandre Huguet und Herrn Evencio Garcia Cristobal, beide langjährige Mitarbeiter im Sektor Autobahngrabungen, zu je 50 % wiederbesetzt. Die Stelle von Frau Roy wurde neu dem wissenschaftlichen Sektor «Mittelalter» zugeschlagen und im Rahmen einer 60 %-Stelle durch Frau Dorothee Heinzelmann besetzt.

Wegen der noch bis zum 31. März 2007 dauernden Beurlaubung unseres Restaurators, Herr Noé Terrapon, wurde von September bis Dezember Frau Maude Bütikofer angestellt.

Das Amt profitierte während des gesamten Jahres von der Unterstützung zweier Zivildienstleistender, die zwischen drei und sechs Monaten im Gelände oder für Inventarisierungsarbeiten eingesetzt wurden.

2. Ausgrabungen und Bauuntersuchungen

2.1 Verschiedene Untersuchungen

Rettungsgrabungen wurden in folgenden Fundstellen des Kantons unternommen: Arconciel / Pré de l'Arche (Fortsetzung und Ende der Ausgrabungen in der 1991 entdeckten römischen Nekropole); Arconciel / La Souche (Fortsetzung der Lehrgrabung an einem mittelsteinzeitlichen Felsüberhang); Bösinggen / Dorfplatz (Ausgrabung römischer und mittelalterlicher Strukturen); Bossonnens / St-Claude (Fortführung der Lehrgrabung in der mittelalterlichen Burganlage); Freiburg / Tivoli (Fortsetzung und Ende der Ausgrabung und Dokumentation eines Abschnittes der Stadtbefestigung rund um das Remundtor); Matran / Le Perru (Ausgrabung des vierten Hügels der eisenzeitlichen Nekropole); Vallon / Sur Dompierre (Beginn der Ausgrabungen im Bereich der Gärten der römischen Anlage); Villeneuve / Le Pommay (Fortsetzung und Ende der 2005 begonnenen Ausgrabung in einer römischen Villenanlage).

In zahlreichen mittelalterlichen Gebäuden sind vor Restaurierungsarbeiten oder Umbauten Analysen und Sondierungen durchgeführt worden: Avry-dvt-Pont / Eglise St-Martin; Broc / Chapelle des Marches; Bulle / Rue du Marché 28; Bulle / Eglise St-Pierre; Cerniat / La Valsainte; Châtelst-Denis / Château; Estavayer-le-Lac / Rue du Four 28 / Rue des Arcades 2 / Place de l'Eglise 6 / Rue de la Rochette 6 / Impasse de Motte Châtel 8; Font / Eglise St-Sulpice; Freiburg / St.-Niklaus-Kathedrale / Schmiedgasse 28 / Kollegium St. Michael / Kleines Paradies / Pfarrhaus der Kirche St. Johann / Samaritergasse 26 / Petites Rames 3 / Stalden 3; Greyerz / Schloss (Fortsetzung und Ende der 2005 begonnenen Bauaufnahme und Ausgrabung des Pförtnerhauses) / Rue du Bourg 36 / Rue du Château 4; Murten /

Hauptgasse 11 (Ausgrabung des mittelalterlichen Kellers) / Hauptgasse 19 / Speichergasse; Posieux / Abtei Altenryf; Romont / Schloss (Ausgrabungen im Rahmen der Erweiterung des Glasmalereimuseums) / Collégiale/Tour de Bilens/Chemin du Brit.

3. Prospektion, Sondierungen und Bauüberwachungen

Mit Prospektionen (Abschreiten von Feldern und Fluren nach Funden auf der Oberfläche) und Sondierungen (Serien von maschinell angelegten Suchgräben) konnte der Charakter einiger wichtiger Fundplätze besser erfasst werden, bevor Rettungsgrabungen vorgenommen wurden.

Mittels Prospektion sind archäologische Perimeter bestimmt worden, die im Rahmen der Ortsplanung zu berücksichtigen sind. Dabei wurden neue Fundstätten erfasst.

Im Rahmen des Programms zur Erforschung der vorgeschichtlichen Fundstellen in den Voralpen konnten anlässlich einer Prospektionskampagne mit Studierenden mehrere neue mittelsteinzeitliche Fundstellen lokalisiert werden (Charmey / Grosser Mung). Der mittelsteinzeitliche Felsüberhang Charmey / Les Arolles war Ziel einer ersten Sondierung, während derjenige von Charmey / Les Pucelles erstmals vermessen wurde.

Zahlreiche Sondierungen führte das Amt für Archäologie im Vorfeld umfangreicher Baumassnahmen präventiv durch. Zu erwähnen sind insbesondere: Arconciel / Pré de l'Arche; Bas-Vully / Sugiez-les-Sauges; Bulle / Champ Francey; Bulle / Eglise St-Pierre; Bulle / Route de la Pâla; Corpataux / Les Sciaux; Ecublens / Grangery; Galmiz / Pra Mottet; Matran / Perru; Muntelier / Dorfmatte; Rossens / Combernesse; Sévaz / Condémine; Villeneuve / Le Pommay.

Die vorgeschichtlichen Felschutzdächer von Illens / Châteaueu, Arconciel / Sous les Châteaux und Freiburg / Galtern sowie die teilweise durch den Kiesabbau in Mitleidenschaft gezogene mittelalterliche Ruine von Pont-la-Ville/Bertigny wurden vermessen und zeichnerisch dokumentiert.

Schliesslich hat das Amt für Archäologie eine Vielzahl von Baumassnahmen überwacht (ca. 150), bei denen der begründete Verdacht bestand, dass sie archäologische Strukturen und Funde gefährden könnten (Aushubarbeiten für Gebäude und diverse Versorgungsleitungen, aber auch Restaurierungen von mittelalterlichen Bauten). Dies betrifft z.B.: Arconciel / Pré de l'Arche; Bulle / Rue de la Rieta / Rue du Marché / Le Terraillet; Estavayer-le-Gibloux / Au Village; Estavayer-le-Lac / Bel Air; Freiburg / Johanniterkomturei; Greyerz / Rue du Bourg; Matran / Le Perru; Muntelier / Dorfmatte / Fischergässli; Pont-en-Ogoz / Vers-les-Tours; Praroman / Le Mouret; Rue / Place de la Foire.

4. Zusammenarbeit mit dem Amt für Kulturgüter

Für zahlreiche Umbau- und Restaurierungsprojekte sind die Mittelalter-Archäologen des Amtes beigezogen worden. Besonders zu erwähnen ist die Burgruine von Bossonnens, ferner zahlreiche Häuser in den mittelalterlichen Kleinstädten und der Altstadt von Freiburg. Zusätzlich betraf dies die historischen Gebäude des Kantons, die sich im Staatsbesitz befinden, z.B. die Schlösser von Châtel-Saint-Denis und Greyerz, oder die St.-Niklaus-Kathedrale in Freiburg. Die beiden Ämter arbeiteten auch bei Anlässen wie den «Europäischen Tagen des Denkmals» oder bei Publikationen wie den «Blättern für die Denkmalpflege (Neustadtgasse 46 und Steinbrückengasse 16-18)» ebenfalls eng zusammen.

5. Zusammenarbeit mit dem Bau- und Raumplanungsamt (BRPA)

Im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für Neubauten sind 623 (527) Gutachten erstellt worden, worunter 58 (55) Bauvoranfragen fallen. 66 (75) Gutachten sind zu vorgezogenen Baubewilligungen abgegeben worden, davon allein 49 (66) im Greyerzbezirk. 41 (39) Dossiers Ortsplanung und 37 (26) Dossiers Detailplanung sind begutachtet worden.

21 % (13 %) der Antragsteller haben sich an die vom Amt in der Baubewilligung verlangte Mitteilung beim Baubeginn gehalten und den jeweiligen Baubeginn bekannt gegeben. Der markante Anstieg gegenüber den Vorjahren kann eventuell mit der Gebühreneinführung im Rahmen des Bewilligungsverfahrens durch unser Amt in Zusammenhang stehen.

Die archäologischen Perimeter sind auf dem speziellen geographischen Server SDE zugänglich (SIG ArcView). Im Jahr 2006 konnten die Daten von 23 (38) Gemeinden in dieses System übertragen werden. Im Rahmen der Revision der Ortsplanung konnten die archäologischen Perimeter von 32 (40) Gemeinden aktualisiert werden.

6. Auswertungsarbeiten nach der Grabung: Dokumentation, Restaurierung, Präsentation, Inventar

6.1 Auswertung und Publikationen

6.1.1 Monographien

C. Agustoni, Vallon: côté JARDIN, côté cour (Musée Romain de Vallon 2), (Freiburg 2006).

Bei den Autobahnausgrabungen der A 1 wird der Schwerpunkt momentan auf eine Synthese gelegt, die alle Fundstellen gesamthaft behandelt. Von den anderen im Zusammenhang mit dem Bau der Autobahnen A 1 und A 12 ausgegrabenen Stätten befinden sich eine ganze Reihe von Fundstellen in der Auswertungsphase (Sévaz / Tudinges 1; Châbles / les Biolleyres; Murten / Löwenberg; Courgevau

/ Le Marais 1; Frasses / Champs Montants; Lully / La Faye und Murten / Combette).

Zwei wichtige Publikationen, deren Erscheinen für 2007 beziehungsweise 2008 vorgesehen ist, befinden sich ebenfalls in Ausarbeitung. Es handelt sich um die Monographien, die die Ausgrabungen in der römischen Villa von Vallon / Sur Dompierre und der römischen Nekropole von Arconciel / Pré de l'Arche zum Thema haben.

6.1.2 *Freiburger Hefte für Archäologie (FHA) 8, 2006.*

6.1.3 Artikel

C. Agustoni, Vallon: côté JARDIN, côté cour. A propos des jardins de Vallon, Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

S. Andrey, «Les ossements humains épars des stations palafitiques fribourgeoises analysés dans leur contexte régional», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

R. Blumer, «Nouvelles tombes du Bronze ancien: le rôle de la Gruyère et de la Sarine dans la Culture du Rhône», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

R. Blumer – C. Matthey, «De l'aquarelle au laser: évolution des techniques d'acquisition en archéologie et perspectives d'applications», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

G. Bourgarel, «Rue de la Neuveville 46 et Rue du pont-Muré 16-18 (Café du Gothard)», Fiches du patrimoine de la ville de Fribourg (Fribourg 2006).

D. Bugnon, «La tombe à armes augustéenne de Sévaz/Fin des Coulayes», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

S. Garnerie-Peyrollaz, «L'inventaire d'une peinture murale». Une expérience Fribourgeoise, Dossiers Histoire et Archéologie 318, 2006.

S. Garnerie-Peyrollaz, «Balade dans la pergola peinte de Bösinggen», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

G. Graenert – Ch. Kündig, «Die Burg von Bossonnens – ein Lehrstück für den wissenschaftlichen Nachwuchs», Freiburger Hefte für Archäologie 8, 2006, im Druck.

M. Mauvilly – L. Braillard – L. Kramer, «Le Petit Mont, une vallée-sanctuaire préhistorique au cœur des Préalpes fribourgeoises», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck e.

M. Mauvilly – L. Dafflon – C. Buchiller, «Une exceptionnelle tombe à arme hallstattienne à l'entrée de Bulle», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

M. Mauvilly – S. Menoud, «Les Préalpes fribourgeoises: un terrain de prospection au potentiel prometteur», NIKE 6/2006, 20-23.

J. Monnier – P.-A. Vauthey, «Archéologie fribourgeoise: déclinaisons gallo-romaines», AS 29, 2006.1, 16-23.

M. Ruffieux – H. Vigneau – M. Mauvilly – A. Duvauchelle – M. Guélat – Ch. Kramar – C. Olive – T. Uldin, «Les

nécropoles de La Tène finale dans la Broye: Châbles/Les Biolleyres 3 et Frasses/Champs Montants», Cahiers d'Archéologie Fribourgeoise 8, 2006, im Druck.

C. Wolf, «Die Seeufersiedlungen des Murtensees – ein 6000-jähriges Archiv menschlicher Besiedlung im Seebezirk», Freiburger Volkskalender 2007, 88-93.

C. Wolf, «Private Metallsondengänger versus Archäologische Denkmalpflege», NIKE 6/2006, 37-39.

C. Wolf, «Paul Vouga, die Classification du néolithique lacustre und die Pfahlbauarchäologie in den Jahren zwischen 1920 und 1935. Der Versuch einer Annäherung an den mythe des cités lacustres» jener Zeit», in: M.-A. Kaesser (dir.), De la mémoire à l'histoire: l'œuvre de Paul Vouga (1880 – 1940). Des fouilles de La Tène au néolithique lacustre (Neuchâtel 2006) 47-81.

6.1.4 Fundregister für das Jahr 2004

- «Archäologischer Fundbericht 2005», FHA 8, 2006, im Druck.
- JbSGUF 89, 2006, passim.

6.2 Büro der Graphiker und Zeichner

- Zeichnerische Arbeiten für mehrere Ausstellungsprojekte des Amtes: insbesondere für die Fundstellen Bulle/Planchy d'Avau, Estavayer-le-Gibloux, Fribourg/Grand Rue, Muntelier/Dorfmatte, Riaz/Tronche Belon, Sevaz/Fin des Coulayes.
- Zusammenarbeit bei Ausstellungen des Musée Romain de Vallon
- Layout: Vallon: côté JARDIN, côté cour, Freiburg 2006.
- Zeichenarbeiten für mehrere Ausstellungen
- Verschiedene Arbeiten für den Band 8 der Freiburger Hefte für Archäologie
- Zahlreiche Vorbereitungen für Vorträge der wissenschaftlichen Mitarbeiter

6.3 Konservierungs- und Restaurierungslabor (LCR)

Das LCR hat 4332 (2433) Artefakte erhalten und vorläufig behandelt. Im Rahmen der präventiven Konservierung wurden folgende Handlungen durchgeführt: regelmässige Kontrolle der klimatischen Parameter (vor allem Feuchtigkeit) in den verschiedenen Depots und bei Bedarf Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse der darin aufbewahrten Gegenstände. Die Sicherung der verschiedenen Dokumentationstypen (Dias, digitale Bilder, Pläne, technische Berichte) wurde ebenfalls fortgesetzt.

6.3.1 Radiographie:

Weiterführung der Zusammenarbeit mit dem CIMED.

6.3.2 Praktische Arbeiten

- Wandmalereien: (Estavayer-le-Gibloux, Vallon / Sur Dompierre, Bösing / Cyrusmatte); endgültige Lage-

– rung dieser Fundensembles nach abgeschlossener wissenschaftlicher Bearbeitung

- Stein: Abnahme der rezenten Farbschichten eines frühneuzeitlichen Steinofens aus Greyerz; mehrere Architekturelemente verschiedener Epochen wurden im Hinblick auf ihre Zwischenlagerung im Aussendepot von Belfaux konsolidiert
- Keramik, Ziegel, Fayence: Zusammensetzungen von Objekten verschiedener Grabungen: Bulle / Terraillet und Route de Riaz und Matran / Perru (vorgeschichtlich); Bösing / Cyrusmatte, Estavayer-le-Gibloux / Pré de la Cure und Au Village, Bulle / Condémine und Villeneuve / Le Pommay (römisch), Freiburg / Reichengasse 10 und Steinhauergässchen 8-10 (Mittelalter)
- Metall: Eine vorbeugende Konservierung (z.B. Entsalzung von Eisenobjekten) wurde an Objekten der Autobahngrabungen vorgenommen (A 12: Marsens / En Barras; A 1: Frasses / Champs Montants, Lully / La Faye und Sévaz / Condémine); daneben wurden Artefakte aus den eisenzeitlichen Grabhügeln von Villars-sur-Glâne / Les Daillettes und Matran / Perru und dem römischen Heiligtum von Estavayer-le-Gibloux behandelt. Parallel zu den im Labor durchgeführten Ausgrabungen mehrerer eisenzeitlicher und römischer Brandbestattungen (Bulle / Terraillet und Bulle / Condémine) wurden die dabei angetroffenen Metallobjekte vorbeugend konserviert
- Diverse Objektgattungen: Beschriftung und Konsolidierung: Freiburg / Reichengasse 10 und Steinhauergässchen 8-10, Bossonnens / Château (mittelalterliche Keramik); Vallon / Sur Dompierre und Villeneuve / Le Pommay (römische Objekte); Arconciel / La Souche (mittelsteinzeitliche Artefakte). Ein besonderer Akzent wurde auf die Faiencen des Schweizerischen Nationalfondsprojektes gelegt
- Von den bronzenen Statuetten aus dem Lararium von Vallon wurden Abgüsse und Kopien hergestellt, ebenso wie von zwei weiteren römischen Statuetten (Minerva von Lussy und Widder von Font) und der merowingerzeitlichen Fibel von La Tour-de-Trême / La Ronclina
- Glas: Reinigungs- und Zusammensetzungsarbeiten wurden an mehreren Fundensembles vorgenommen (insbesondere die römischen Fundstellen Bulle / Condémine und Vallon / Sur Dompierre und der mittelalterliche Komplex von Freiburg / Criblet)
- das LCR erledigte mehrere Aufträge für auswärtige Institutionen, z.B. das zukünftige «Bibel- und Orientmuseum» in Freiburg oder die Kantonsarchäologie des Kantons Wallis
- im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Institut für Speläologie und Karstologie wurden die Knochen eines weiteren Höhlenbärenskelettes konservatorisch behandelt

6.4 Inventarisierung

- Vorbereitungsarbeiten für die Ausleihe von archäologischen Objekten für Sonderausstellungen (Museen von Avenches, Basel, Biel, und Vallon und diverse andere kleine Ausstellungen)
- Inventarisierungsarbeiten der archäologischen Funde aus der permanenten Ausstellung des Musée Romain de Vallon
- Erarbeitung einer digitalen Liste der Freiburger neolithischen Objekte, die sich in ausserkantonalen Sammlungen befinden
- Die Zusammenarbeit mit schweizerischen und ausländischen Forschern führte dazu, dass eine ganze Reihe von Objekten definitiv inventarisiert wurden, bevor sie für eine wissenschaftliche Analyse zur Verfügung gestellt wurden
- Das Amt für Archäologie erarbeite für den Bund ein Inventar der besonders schützenswerten Fundstätten und Sammlungen
- Eine Reihe älterer Dokumentationen wurde abschliessend archiviert (z.B. die Unterlagen der neolithischen Fundplätze des Kantons Neuenburg, die im Rahmen der zweiten Juragewässerkorrektion von Hanni Schwab untersucht wurden oder die Grabungsdokumentation der Untersuchungen im Oppidum auf dem Wistenlacherberg).
- Zusammen mit anderen Staatsinstitutionen hat das Amt für Archäologie an einem Bericht zur Archivierung digitaler Daten mitgewirkt.

6.5 Fotolabor

- zahlreiche Aufnahmen für Publikationen, Ausstellungen und Vorträge
- Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon
- Zusammenarbeit mit dem Graphikerteam bei verschiedenen Projekten.

7. Weitere Tätigkeiten

7.1 Website

Die Website (www.fr.ch/sac) wird stetig erweitert. Momentan gibt es erst eine französische Version.

7.2 Führungen

- mittelsteinzeitliches Felsdach von Arconciel / La Souche
- Vallée du Petit Mont
- Eisenzeitlicher Grabhügel von Matran / Perru
- keltische Befestigungsanlage auf dem Wistenlacher Berg
- Römische Villa von Bösinggen
- Basilika Unserer Lieben Frau in Freiburg
- Altstadt von Freiburg zu verschiedenen Anlässen

- Tag der offenen Tür auf folgenden Grabungen: mittelsteinzeitliches Felsdach Arconciel / La Souche, römische Gartenanlage von Vallon / Sur Dompierre und mittelalterliche Burg von Bossonnens.
- Gebäude und Aktivitäten des Amts für Archäologie in Freiburg für verschiedene Gruppen und Schulklassen
- Grabungsbesuche für Schulklassen und Gruppen
- Ferienpass.

7.3 Kurse und Veranstaltungen

- Vierte Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Freiburg: Einführungskurs in die Archäologie
- Kurs zur regionalen Archäologie an der Universität Freiburg durch den Kantonsarchäologen
- Kurs zur Mittelsteinzeit an der Universität Freiburg durch den Sektorchef Vorgeschichte
- Kurs an den Universitäten von Genf und Lausanne (mittelalterliche Architektur) durch den Sektorchef Mittelalter
- Kurs zur Stadtgeschichte und die mittelalterliche Architektur von Freiburg für Ingenieur-Studenten der FH durch den Sektorchef Mittelalter
- Zeichenkurs für Studierende des Universitäten Bern, Neuchâtel und Freiburg durch den Sektorchef Vorgeschichte
- Berufsinformation für zukünftige Studierende
- Kindergerechte spielerische Grabungsaktivitäten im Rahmen der Ludimaniak im Juni in Estavayer-le-Lac
- Zusammenarbeit zur Fortbildung der deutschsprachigen Lehrer des Kantons anlässlich der Vorstellung des neuen Geschichtslehnmittels «Freiburger Geschicht(e)n»
- Pressekonferenzen, Interviews und Vorträge an verschiedenen Kolloquien durch den Kantonsarchäologen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Dienstes.

7.4 Ausstellungen / Museographie

Realisierung der Ausstellung 'A>Z' *Archäologischer Streifzug durch das Freiburgerland* in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Freunde der Archäologie, dem Studio KO in Yverdon und Jaquenoudesign in Penthalaz; reichhaltiges pädagogisches Begleitprogramm zu dieser Ausstellung

Zusammenarbeit mit dem Musée Romain de Vallon für die Sonderausstellung «Vallon: côté JARDIN, côté cour»

Einrichtung der archäologischen Ausstellung im Informationspavillon der H 189 in La Tour-de-Trême anlässlich eines «Tages der offenen Tür»

Zusammenarbeit mit dem Musée de Charmey für eine Ausstellung über die Gastlosen

Zusammenarbeit mit der «Association romande des animateurs en préhistoire» anlässlich des Salon des Goûts et Terroirs in Bulle (ca. 35 000 Besucher)

Überwachung des Abbaus eines Teils der Befestigungsanlage an der Porte de Romont, der im Rahmen eines archäologischen Parcours im geplanten Gebäude der zukünftigen Multiplexkinos wiederaufgebaut werden soll

Mitarbeit an einem Nationalfondsprojekt zur Erforschung der Freiburger Faiencen im 19. Jahrhundert

Veranstaltung von «Apéritifs archéologiques» in Zusammenarbeit mit der «Association des Amis de l'Archéologie» (ein Grossteil der Vorträge wurden von Mitarbeitenden des Amts für Archäologie gehalten)

Veranstaltung eines Konferenzzyklus anlässlich der Ausstellung 'A>Z' *Archäologischer Streifzug durch das Freiburgerland*

XVI. Amt für Kulturgüter

1. Verzeichnis der Kulturgüter

Die Verzeichnisse bezeichnen Objekte, die es wert sind, als Kulturgüter betrachtet zu werden, und vermitteln den Eigentümern und den mit ihrem Schutz betrauten Behörden die nötigen Informationen über den kulturgeschichtlichen Wert dieser Objekte.

1.1 Verzeichnis der unbeweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis bildet eine der Grundlagen, die von den Gemeinden zu berücksichtigen sind, um bei Revisionen der Ortsplanung Schutzmassnahmen zu ergreifen. Bei jeder Revision des Zonenplanes ist das Verzeichnis der betroffenen Gemeinden auf den neuesten Stand zu bringen.

Für 35 Ortschaften in 14 Gemeinden ist das Verzeichnis überarbeitet worden: Treyvaux, Gurmels, Villars-sur-Glâne, Kerzers, Vuisternens-dvt-Romont, Rechthalten, La Brillaz, Prévondavaux, Matran, Villorsonnens, La Sonnaz, St-Martin, Marly und Le Flon. Gesamthaft wurden von annähernd 11 400 beurteilten Gebäuden deren 895 bewertet und ins Verzeichnis aufgenommen.

Wegen fehlender Mittel wurde die Redaktion von Verzeichnissen unterbrochen und das thematische Verzeichnis der Herrenhäuser zurückgestellt. Forschungen und erweiterte Dokumentationen sind für 9 Gebäude, sämtlich in der Stadt Freiburg, abgeschlossen worden.

Die georeferenzierten Daten der 14 755 im Verzeichnis erfassten Bauten im Kanton sind aufgenommen worden. Damit können sämtliche Angaben des Verzeichnisses über die Internetseite der Interaktiven Kartographie des Kantons Freiburg eingesehen werden.

1.2 Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter

Das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter (oder der kirchlichen Kunst) wird vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einer Subvention von 27 % unterstützt. Das sehr umfangreiche Verzeichnis der Pfarrei Estavayer-le-Lac und jenes der Krypta des Kollegiums Heilig-Kreuz in Freiburg wurden abgeschlossen. Teilweise erfasst wurden die beweglichen Kulturgüter von Châtel-sur-Montsalvens und Matran.

Der verantwortliche Redaktor betreute den Fortschritt verschiedener Restaurierungs- und Konservierungsmassnahmen; er wirkte an einer Schrift über die Kirche Nuvilly mit und verfasste eine Untersuchung über das Kloster Bisemberg (Montorge) in Freiburg.

1.3 Kunstdenkmäler der Schweiz

Der Redaktor hat Archivstudien über Estavayer-le-Lac und allgemein zum Broye-Bezirk weiter geführt. Er hat im Stadtarchiv Estavayer-le-Lac sämtliche baugeschichtlich relevanten Pläne erfasst. Die wichtigsten wurden fotografiert. Diese Aufgabe nähert sich ihrem Abschluss. Er hat weiterhin öffentliche und private Gebäude besichtigt und

ihre Eigenart erfasst. Die zusammengetragenen Beobachtungen werden nach Themen und Bauten geordnet und gemäss den wissenschaftlichen und redaktionellen Grundsätzen der «Schweizerischen Kunstdenkmäler» entsprechend ihrer Bedeutung zur Veröffentlichung vorbereitet. Die Kampagne von Planaufnahmen und Photographien für die zukünftige Publikation wurde weitergeführt.

2. Schutzmassnahmen

Auf der Grundlage der Verzeichnisse schlägt das Amt den zuständigen Behörden Schutzmassnahmen für die Kulturgüter vor. Das Amt hat ferner den Auftrag, die Liste der geschützten Kulturgüter (Inventar) zu erstellen und nachzuführen.

2.1 Unbewegliche Kulturgüter

Das Amt unterstützt die Gemeinden bei der Unterschutzstellung der Kulturgüter im Rahmen der Ortsplanungsrevisionen. Das Amt begutachtete im Stadium der Vorprüfung oder anlässlich der Schlussprüfung 78 Vorstudien, Teil- oder Gesamtrevisionen der Ortsplanung zuhanden der Kulturgüterkommission oder ihres Büros.

2.2 Bewegliche Kulturgüter

324 Objekte im Eigentum von Pfarreien wurden unter Schutz gestellt.

2.3 Inventar

Nach der Genehmigung der Ortsplanung, nach bewilligten Umbauten oder Abbrüchen, nach Gemeindefusionen sowie nach der Einführung neuer Hausnummern werden jedes Jahr beträchtliche Mittel für die Nachführung des Inventars der geschützten Bauten aufgewendet.

3. Erhaltung und Restaurierung

Das Amt stellt die Erhaltung der Kulturgüter sicher, indem es den für die Bewilligungen zuständigen Behörden zweckmässige Unterlagen für angemessene Entscheidungen bereitstellt und den Eigentümern fachliche Begleitung und finanzielle Unterstützung zukommen lässt.

3.1 Gutachten zu Baubewilligungen

Abgesehen von den Gesuchen in Verbindung mit Änderungen der Ortsplanung (siehe oben, 2.1.) behandelte das Amt gesamthaft 1134 Gesuche in unterschiedlichen Stadien des Bewilligungsverfahrens (Anfrage ausserhalb eines Verfahrens, Voranfrage, Baugesuch, Stellungnahmen im Anschluss an das Gutachten oder die Baubewilligung). Die Anfragen verteilen sich wie folgt: geschützte oder im Verzeichnis eingetragene Gebäude 47 %, nicht im Verzeichnis erfasste Bauten oder Neubauten innerhalb geschützter oder schützenswerter Ortsbilder 49 %, Detailbebauungspläne und Verkehrsplanungen 4 %.

3.2 Subventionen

Der Staat beteiligt sich durch Finanzhilfen an Erhaltungs- und Restaurierungskosten geschützter Kulturgüter im Eigentum von Privatpersonen. Ebenso kann er sich an den Kosten beteiligen, wenn es sich um juristische Personen handelt. Zwischen 1997 und 2001 wurde der im Voranschlag bereitgestellte Betrag von 2 000 000 Franken auf 1 500 000 Franken gekürzt. Auf diesem Stand ist er bis 2004 geblieben. Im Jahre 2005 ist er auf 1 800 000 Franken und 2006 auf 1 900 000 erhöht worden. Mit der Rechnung 2005 wurde eine Rückstellung von 1 000 000 geschaffen, um das Gleichgewicht zwischen zugesagten Beiträgen und Auszahlungen wieder herzustellen.

Gesamthaft wurden Beiträge von 2 207 792 Franken an 80 Objekte ausgerichtet. Zu 91 % waren sie für Privatpersonen bestimmt und zu 9 % für juristische Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden und Pfarreien).

Die von der Kulturgüterkommission bearbeiteten Beitragsgesuche erreichen einen Gesamtbetrag von 2 385 000 Fr. Sie betreffen 95 Objekte. Die von privaten Eigentümern beantragten Subventionen entsprechen 87 % des Gesamtbetrags, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (Gemeinden, Pfarreien) beantragten Beiträge 13 %. In diesem Betrag inbegriffen ist der erhöhte Subventionsbeitrag an die Sanierung der Kartause La Valsainte (633 000 Franken).

Es sind Bundessubventionen von 1 237 000 Franken ausbezahlt worden. Neu zugesagt wurden Bundessubventionen für einen Gesamtbetrag von 1 684 000 Franken.

Im Rahmen der Vorbereitung und der Begleitung von Konservierungsmassnahmen und Restaurierungen hat das Amt Expertisen, Analysen und Sondierungen im Betrag von rund 67 000 Franken übernommen.

4. Dokumentation der Kulturgüter

Das Amt hat die Aufgabe, eine Dokumentation zu den Freiburger Kulturgütern aufzubauen und nachzuführen und diese der Forschung und der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu halten.

Die Sektion Verzeichnis hat die Datenbank «auteurs» weitergeführt, die mit der Datenbank des Verzeichnisses der unbeweglichen Kulturgüter verknüpft ist. Hier werden die verstreuten Angaben über die im Kanton tätig gewordenen Künstler, Handwerker und Bauherren zusammenzutragen, die bei der Arbeit am Verzeichnis anfallen. Diese Datenbank zählt jetzt annähernd 3500 Einträge.

Die Dokumentation über die Kulturgüter wurde vervollständigt. 195 Publikationen wurden für die Handbibliothek erworben, die nun 10 596 Einheiten zählt. Im Berichtsjahr wurden alte Photographien sortiert und katalogisiert. Gegen 15 000 Abzüge wurden identifiziert und bereichern fortan die Photothek.

in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bewährungshilfe hat die Sektion Verzeichnis 10 Personen während gesamthaft 762 Stunden mit gemeinnützigen Arbeiten im Bereich der Kulturgüterdokumentation beschäftigt.

5. Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit

Das Amt hat den Auftrag, die Kenntnis der Kulturgüter und deren Wertschätzung zu fördern.

Die 17. Ausgabe der Zeitschrift «Freiburger Kulturgüter» ist wegen mangelnder personellen Ressourcen noch nicht erschienen. Im Herbst wurde die 5. Serie von Blättern zur Architektur – Einzelgebäude oder Ensembles – in der Stadt Freiburg veröffentlicht. Das Amt war beteiligt an einer Broschüre aus Anlass der Generalversammlung von Domus Antiqua (Schweiz. Vereinigung der Eigentümer historischer Wohnbauten), an einem Werk über Franz Peter König von Mohr in Beziehung zur Ausstellung im Museum für Kunst und Geschichte, am Kunstführer der Schweiz für das Kapitel zum Kanton Freiburg.

Das Amt war an Anlässen und Aktionen beteiligt, mit denen die Öffentlichkeit auf den Reichtum des kulturellen Erbes im Kanton aufmerksam gemacht wurde. Es hat namentlich die Europäischen Tage des Denkmals 2006 im Kanton organisiert und die «Printemps du Patrimoine» lanciert, eine Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit der Société d'histoire du canton de Fribourg laufende Restaurierungsarbeiten entdecken lässt. Verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes wurden für kommentierte Besichtigungen angefragt, namentlich von Pfarreien, Tourismusbüros und Vereinigungen mit heimatkundlicher oder denkmalpflegerischer Zielsetzung; desgleichen von der Universität, der Hochschule für Technik und Architektur sowie der pädagogischen Hochschule für Vorträge und Lehrveranstaltungen. Gegen 8400 Personen haben an den kommentierten Besichtigungen teilgenommen.

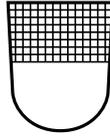
6. Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten und im Krisenfall

Verschiedene Sicherheitsdokumentationen wurden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz mit einem Bundesbeitrag von 27 % unterstützt: Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter, Dokumentation der Sammlungen des Greyerzer Museums Bulle, Inventar des Pfarreiarchivs Romont.

Es wurde ein kantonaler Kurs für Kulturgüterschutz organisiert.

7. Kommissionen

Die Kulturgüterkommission ist zu 12 Sitzungen, das Büro der Kulturgüterkommission zu 46 Sitzungen und die Unterkommission für bewegliche Kulturgüter zu einer Sitzung zusammengelassen.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Sicherheits- und
Justizdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	7. Handelspatente	23
I. Gesetzgebung	5	8. Konsumkredit	23
II. Instruktion von Beschwerden	6	9. Masse und Gewichte	24
III. Interkantonale Direktorenkonferenzen	6	V. Amt für Strafvollzug (StrVA)	25
I. Kantonspolizei (Pol)	7	1. Personal	25
1. Personalbereich	7	2. Gesetzliche Grundlagen	25
2. Tätigkeiten der Kantonspolizei	8	3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2006	25
3. Ereignisse im Jahre 2006	9	4. Begnadigungsgesuche	26
4. Besondere Bereiche	10	5. Strafregister	26
5. Logistik	11	VI. Amt für Gefängnisse (GefA)	27
II. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA)	13	1. Personal	27
A. Organisation des Dienstes	13	2. Insassen	27
B. Militärverwaltung	13	3. Verpflegung	28
C. Bevölkerungsschutz	16	4. Räumlichkeiten	28
D. Zivilschutz	17	5. Beschäftigung der Häftlinge	28
III. Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)	21	6. Häftlingsfürsorge	28
1. Personal und Organisation	21	VII. Amt für Bewährungshilfe (AfB) ...	29
2. Fremdenpolizei	21	1. Personal	29
3. Bereich Asyl	21	2. Gesetzliche Grundlagen	29
4. Sektion ausländische Arbeitskräfte	22	3. Aktivitäten	29
5. Schweizerpässe und Identitätskarten ...	22	VIII. Amt für Justiz (AJ)	31
IV. Amt für Gewerbepolizei (GePoA) .	23	A. Wahlkollegium	31
1. Öffentliche Gaststätten	23	B. Bezirksgerichte	31
2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken ..	23	C. Advokatur	31
3. Lotterien und Kollekten	23	D. Notariat	32
4. Kinokontrollen	23	E. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen	32
5. Sicherheitsunternehmen	23	F. Internationale Rechtshilfe	32
6. Spielapparate und Spielsalons	23	G. Büro für Mediation in Jugendstrafsachen	32

IX. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)	33	XII. Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)	35
A. Personal	33	XIII. Staatsanwaltschaft (StA)	35
B. Tätigkeit	33	1. Personal	35
C. Statistik	33	2. Strafverfahren	35
X. Amt für Gesetzgebung (GeGA) ..	34	3. Zivilverfahren	36
1. Personal	34	4. Verwaltungsverfahren	36
2. Allgemeine Umsetzung der neuen Verfassung	34	5. Allgemeine Bemerkungen	36
3. Projekte zur Umsetzung der Verfassung .	34	6. Statistik	36
4. Ausarbeitung anderer Gesetzgebungs-entwürfe	34	XIV. Strafanstalten von Bellechasse (AB)	37
5. Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung	34	XV. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (DSB)	37
6. SGF, BDLF, Internet- und Intranet-Site .	35		
7. Verschiedenes	35		
XI. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)	35		

Direktion

I. Gesetzgebung

A. Gesetze und Dekrete

Dekret vom 9. Februar 2006 zur Änderung des Dekrets über den Bestand der Kantonspolizei

Gesetz vom 17. März 2006 zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz

Gesetz vom 26. Juni 2006 zur Einführung der eingetragenen Partnerschaft in die kantonale Gesetzgebung

Gesetz vom 26. Juni 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Spielapparate und die Spielsalons

Gesetz vom 6. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (Friedensgerichte)

Gesetz vom 4. Oktober 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Kostenvorschuss)

Dekret vom 4. Oktober 2006 über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Konkordat über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)

Gesetz vom 6. Oktober 2006 über den Justizrat

Gesetz vom 6. Oktober 2006 zur Anpassung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege an das Jugendstrafgesetz

Einführungsgesetz vom 6. Oktober 2006 zum Strafgesetzbuch

Dekret vom 3. November 2006 über den Bau eines Gebäudes für den vorzeitigen Strafvollzug und einer Sporthalle sowie über den Umbau der gesicherten Ateliers in den Anstalten von Bellechasse

B. Verordnungen und Tarife

Verordnung vom 24. Januar 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Corminbœuf

Verordnung vom 24. Januar 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Givisiez

Verordnung vom 24. Januar 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Granges-Paccot

Verordnung vom 31. Januar 2006 zur Änderung des Schiffssteuertarifs

Verordnung vom 28. März 2006 zur Änderung des Ausführungsbeschlusses zum Gesetz zur Ausführung der Bundesgesetzgebung über den Strassenverkehr

Verordnung vom 27. Juni 2006 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Freiburg

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Marly

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Villars-sur-Glâne

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Bulle

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Gruyères

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Murten

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Romont

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Estavayer-le-Lac

Verordnung vom 29. August 2006 über die Verhängung von Ordnungsbussen durch die Gemeinde Châtel-St-Denis

Verordnung vom 12. September 2006 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Spielapparate und Spielsalons

Verordnung vom 10. Oktober 2006 über die Aufhebung der Militärsektionen

Verordnung vom 30. Oktober 2006 zur Änderung des Tarifs über die Entschädigungen der Rechtsbeistände bei der unentgeltlichen Rechtspflege in Zivil- und Strafsachen und bei der Hilfe an Opfer von Straftaten

Verordnung vom 30. Oktober 2006 zur Änderung des Tarifs der Parteikosten in Zivilsachen

Verordnung vom 7. November 2006 über die eingetragene Partnerschaft

Tarif vom 14. November 2006 der Beiträge für den Ersatz und den Einkauf von Schutzplätzen für 2007

Verordnung vom 28. November 2006 über den mittleren Baukostenindex der Gebäudeversicherung für 2007

Verordnung vom 28. November 2006 über den Ansatz der Prämien und der Zuschlagsprämien der Gebäudeversicherung für 2007

Verordnung vom 5. Dezember 2006 für Änderung der Asylverordnung

Verordnung vom 5. Dezember 2006 über den Pensionspreis der Inhaftierten, Verurteilten und Eingewiesenen in den Anstalten von Bellechasse

Gefängnisreglement vom 12. Dezember 2006

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Vollzug der strafrechtlichen Sanktionen

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Vollstreckung der gemeinnützigen Arbeit (GAV)

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den tageweisen Strafvollzug

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die beratende Kommission für die bedingte Strafentlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über die Liste der Anstalten für den ordentlichen oder vorzeitigen Vollzug der freiheitsentziehenden Strafen und Massnahmen

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über die Bedingungen und Modalitäten des Vollzugsplans für Strafen und Massnahmen im ordentlichen und im vorzeitigen Vollzug

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über Arbeitsentgelt und Vergütungen für die in den Konkordatsanstalten eingewiesenen Gefangenen

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über den Vollzug von Strafen in Form der Halbgefängenschaft

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über die Organisation der Grundausbildung und Fortbildung, des Studiums, der beruflichen Ausbildung und der Weiterbildung der Gefangenen

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über die Gewährung von Ausgangsbewilligungen für erwachsene und junge erwachsene Verurteilte

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Annahme der Empfehlung über das Arbeitsexternat und das Arbeit- und Wohnexternat

Verordnung vom 19. Dezember 2006 über Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen

II. Instruktion von Beschwerden

- Die Direktion entscheidet in den Fällen, in denen sie gemäss Gesetzgebung zuständig ist. Sie behandelt auch gestützt auf Artikel 116 Abs. 1 VRG Beschwerden gegen Entscheide ihrer Ämter, sofern gegen diese Entscheide nicht von Gesetzes wegen die Direktbeschwerde an das Verwaltungsgericht vorgesehen ist. Für das Jahr 2006 präsentiert sich die Lage hinsichtlich dieser Beschwerden wie folgt:

Eingereichte Beschwerden	47
Davon:	
gutgeheissen	0
abgewiesen	16
gegenstandslos wegen Aufhebung des Entscheids oder Rückzugs der Beschwerde	18
unzulässig	6
am 1. Januar 2007 noch bei der SJD hängig	7

Diese Beschwerden betreffen folgende Ämter: Kantonspolizei, Amt für Militär und Bevölkerungsschutz,

Amt für Gewerbepolizei, Amt für Strafvollzug, Anstalten von Bellechasse. Gegen einen Entscheid der Direktion wurde 2005 eine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht; diese Beschwerde war am 1. Januar 2007 noch hängig.

- Die Direktion instruiert Streitigkeiten im Bereich der Staatshaftung (Gesetz vom 16. September 1986 über die Haftung der Gemeinwesen und ihrer Amtsträger) sowie Haftungsfälle gestützt auf Bundesrecht. Die Stellungnahmen werden vom Staatsrat oder in bestimmten Fällen (verjährte Forderungen, Forderungen über Beträge von weniger als 3000 Franken) von der Direktion verabschiedet. Die Situation präsentiert sich für 2006 wie folgt:

Eingereichte Forderungen	4
Erledigte Fälle	

- | | |
|---|---|
| a) durch eine Stellungnahme der Direktion | 3 |
| b) durch eine Stellungnahme des Staatsrates | 1 |
| am 31. Dezember 2006 noch hängige Fälle | 2 |

Eine Stellungnahme des Staatsrates aus dem Jahre 2006 wurde mit Klage an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Der Entscheid hierüber steht noch aus.

- Die Direktion instruiert auch Forderungen, die auf Haftungsbestimmungen des Bundesrechts beruhen. Am 31. Dezember 2006 waren 3 Haftungsfälle gegen Mitglieder von Vormundschaftsbehörden hängig. Des Weiteren wurden 2006 zwei Forderungen betreffend Betreuungssämter eingereicht. Am 31. Dezember 2006 war einer dieser Fälle erledigt, während der andere noch hängig war.

III. Interkantonale Direktorenkonferenzen

A. Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD)

- Die KKJPD hat unter dem Präsidium von Regierungsrat Markus Notter (ZH) zwei Sitzungen abgehalten, am 6. April in Bern und am 9./10. November in Zug.
- Die KKJPD hat insbesondere folgende Fragen behandelt:
 - Internationale Beziehungen: Umsetzung der Abkommen von Schengen/Dublin in verschiedenen Bereichen (Sicherheit an den Grenzen und in den Grenzregionen; Zentren für polizeiliche Zusammenarbeit mit den Nachbarländern); organisatorische Massnahmen im Hinblick auf die Fussball-Europameisterschaft (Euro 2008)
 - Verabschiedung:
 - des Verwaltungsabkommens IKAPOL über die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen im Bereich der inneren Sicherheit;
 - der Rahmenvereinbarung zwischen den Kantonen und dem Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugspersonal in Freiburg;

- des neuen Vertrages für das Institut für Föderalismus in Freiburg;
- des Programms der Stiftung Drosos für die Aus- und Weiterbildung in den Strafvollzugsanstalten;
- des neuen Konzepts für die polizeiliche Kriminalstatistik.
- Harmonisierung der Regeln für die Aufsicht über die privaten Sicherheitsunternehmen
- Vorbereitung einer neuen Kampagne zur Bekämpfung der Kinderpornographie auf Internet
- Empfehlung an die Kantone zur Einführung von Munition mit kontrollierter Expansion
- Asyl: der kritische Dialog zwischen den Kantonen und dem Bund wurde fortgeführt. Die Kantone lehnen die vom Bund vorgeschlagene Übertragung neuer Lasten ab, da dies zu einer substantiellen Erhöhung ihrer Ausgaben führen würde.

B. Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektoren (KMZD)

Die KMZD wird von Regierungsrat Ernst Hasler (AG) präsiert und hat ihre Jahresversammlung am 5. Mai in Maienfeld abgehalten.

Im Anschluss an den statutarischen Teil der Versammlung wurden folgende Themen behandelt:

- Der Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) hat die Konferenz über den Stand der Aufhebung der kantonalen Zeughäuser sowie über den Entwicklungsschritt 08/11 der Schweizer Armee und über die Einführung eines neuen Systems für die nationale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen informiert.
- Der Direktor des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz hat die Konferenz über den Stand der Arbeiten in den Bereichen Schutz bei Katastrophen und Polycom – Sicherheitsnetz Funk sowie über das nationale Projekt für den ABC-Schutz (atomare, biologische und chemische Gefahren) informiert.
- Schliesslich hat der Direktor von Armasuisse das Konzept für die Liquidation von Immobilien des VBS vorgestellt. Dabei haben öffentlich-rechtliche Körperschaften, die sich für den Kauf solcher Immobilien interessieren, einen Vorrang vor den privaten Interessenten. Die Prioritätenordnung lautet: Bund – Kantone – Gemeinden – Private. In der Westschweiz stehen rund 190 militärische Bauten zum Verkauf.

I. Kantonspolizei (Pol)

1. Personalbereich

1.1 Bestand am 31.12.2006

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfs-polizisten	Zivile Mitarbeiter	Lernende	Total
Kommando und Stabsdienste	41	24	2	49	3	119
Gendarmerie	296	–	19	13	2	330
Kriminalpolizei	82	–	–	10	–	92
Total	419	24	21	72	5	541

1.2 Mutation beim Personal

	Polizei-beamte	Polizei-aspiranten	Hilfs-polizisten	Zivile Mitarbeiter	Total
Anstellungen	2	25	1	13	41
Versetzungen in den Ruhestand	7	–	–	1	8
Kündigungen	11	1	–	8	20

1.3 Ausbildung und Weiterbildung

Am 5. Januar 2006 begannen 25 Aspirantinnen und Aspiranten die Polizei-Aspiranten-Schule (PAS), davon 19 für die Gendarmerie (4 Frauen) und 6 für die Kriminalpolizei (3 Frauen). Während dem Jahr hat ein Aspirant der Gendarmerie die Schule verlassen. Am Schluss ihrer Ausbildung haben die 24 Aspiranten die Examen mit Erfolg bestanden und den eidgenössischen Fachausweis als Polizist/Polizistin erhalten. Diese eidgenössischen Examen wurden zum zweiten Mal für die Kantonspolizei Freiburg durchgeführt.

Die PAS 2007 wird von 23 Aspirantinnen und Aspiranten, davon 16 für die Gendarmerie (7 Frauen) und 7 für die Kriminalpolizei (3 Frauen) besucht werden.

Gestützt auf das allgemeine Weiterbildungskonzept, das im Jahre 2002 erstellt wurde, hat das Ausbildungszentrum während dem Jahre 2006 spezifische Seminare für die Offiziere, die höheren Unteroffiziere, die Gruppenchefs und Stv-Gruppenchefs organisiert. Vor allem wurden folgende Themen behandelt: die Einschätzung der Situation und die Befehlsausgabe, die Führung von wichtigen Ereignissen und verschiedene praxisverbundene juristische Aspekte.

Ein Wiederholungskurs wurde für 23 Beamtinnen und Beamte der Gendarmerie organisiert. Bei den unterrichteten Themen ging es um gerichtliche Untersuchungen, Unternehmenskultur, Polizeitaktik, persönliche Sicherheit und juristische Aspekte.

Verschiedene andere Kurse und Ausbildungen wurden den Beamtinnen und Beamten der Kantonspolizei angeboten:

3 Schiessübungen (für alle), 2 Wiederholungskurse für die persönliche Sicherheit (Benutzung des Abwehrstockes und Selbstverteidigung, 220 Beamtinnen und Beamte) und 1 Informatikkurs (Zephyr-Anwendung, 126 Beamtinnen und Beamte). Dazu kam noch ein Tag spezifische Ausbildung für alle Beamtinnen und Beamte der Kantonspolizei für die neuen Verkehrsregeln und die Änderungen des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches. Die Beamtinnen und Beamten besuchten ebenfalls während einem halben Tag einen Kurs zum Thema «Debriefing».

Ausserdem wurde das Personal der Kantonspolizei zu externen Kursen angemeldet, die hauptsächlich vom Schweizerischen Polizei Institut (SPI) und vom Staat Freiburg durchgeführt wurden.

Kurz gesagt, besuchte jede Mitarbeiterin und jeder Mitarbeiter der Kantonspolizei im Durchschnitt 7 Tage Weiterbildungskurse.

Ausserdem wurden vom Ausbildungszentrum parallel zu seiner Rolle als interner Koordinator verschiedene Kurse für externe Partner organisiert (Gemeindepolizeien, Strafammer der Minderjährigen und Feuerwehr).

2. Tätigkeiten der Kantonspolizei

2.1 Behandelte Geschäfte

	2005	2006
Erstellte Polizeirapporte	20 364	21 056
Behandelte Ereignisse	54 620	74 993
Aufgenommene Strafklagen	10 444	11 217
Behandelte Aufträge	28 361	34 757
Eingegangene Anrufe	150 460	165 565
davon Anrufe über die Notfallnummer	90 032	91 235
Behandelte Alarmer	943	994
davon wegen Feuer	218	264
davon wegen Einbruch / Überfall	725	730
Transporte von Gefangenen und Beschuldigten	4 556	4 070
davon kantonal	3 627	3 413
davon ausserkantonal	929	657
Identifikationen durch den Erkennungsdienst	305	285
davon Fingerabdrücke	92	88
davon DNA-Profile	134	132
davon Schuhsohlenprofile	79	65
Verbindungen zwischen DNA-Profilen	179	135
interne	18	26
mit anderen Kantonen	161	109
DNA-Probenahme bei Personen	941	869
Löschung der DNA-Profile	-	27

2.2 Verhaftungen

	2005		2006		Total	
	CH	Ausl.	CH	Ausl.	2005	2006
Gendarmerie	54	176	49	150	230	199
Kriminalpolizei	76	100	35	115	176	150
Total	130	276	84	265	406	349

2.3 Strassenverkehr und Schifffahrt

Unter dem Motto «mehr Präsenz, weniger Opfer» hat die Kantonspolizei im Jahre 2006 ihre Anwesenheit auf den Strassen und die Strassenkontrollen verstärkt, vor allem im Kampf gegen Alkohol am Steuer.

Folgende Kontrollen wurden durchgeführt. Sie fanden entweder systematisch (Kontrolle aller Fahrzeugführer) oder vereinzelt (bei Verdacht auf Trunkenheit) statt:

	Anzahl der Kontrollen		Fahrzeugführer in angetrunkenem Zustand	
	2005	2006	2005	2006
Januar	2 858	2 289	3,1 %	4,19 %
Februar	1 815	3 131	4,4 %	4,50 %
März	984	2 184	10,2 %	5,49 %
April	917	1 643	10,1 %	5,10 %
Mai	1 795	2 163	7,2 %	6,97 %
Juni	1 767	1 186	6,4 %	8,67 %
Juli	1 599	1 292	5,9 %	6,73 %
August	2 659	2 097	5,6 %	6,34 %
September	2 347	1 504	5,4 %	7,51 %
Oktober	2 391	1 611	5,2 %	6,01 %
November	1 445	1 606	6,8 %	4,79 %
Dezember	1 568	1 514	5,3 %	3,96 %
Total	22 145	21 220	5,8 %	5,7 %

Zusätzlich zu diesen Zahlen sind noch folgende hervorzuheben:

Bezirke	Anzahl Unfälle		Anzahl Verletzte		Anzahl Tote	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Saane	686	688	391	332	3	1
Sense	207	212	125	149	1	1
Greyerz	276	239	171	163	8	5
See	176	144	128	81	1	1
Glane	72	71	45	49	1	1
Broye	94	100	52	67	0	2
Vivisbach	68	80	43	51	0	0
Total	1 579	1 534	955	892	14	11

	2005	2006
Führerausweisenzüge	1 112	1 147
An der Weiterfahrt gehinderte		
Fahrzeugführer	59	45
Geschwindigkeitskontrollen	2 452	2 780
Führerflucht nach Unfall	417	491
Ermittelte Lenker nach Führerflucht	74	79
Betrag der einkassierten Ordnungsbussen	Fr. 3 237 328	Fr. 4 235 873
Kontrollierte Transportunternehmen	71	25
Begleitung von Ausnahmetransporten	165	140
Schiffahrtsunfallmeldungen	1	0
Hilfe an in Schwierigkeiten geratene		
Schwimmer/Schiffsführer	3	10
Einsatz der Taucherguppe	7	7

2.4 Betäubungsmittel

	2005	2006
Verzeigte Personen	1 326	1 265
davon Frauen	424	126
davon Minderjährige	206	143
davon reine Händler	67	62
davon Händler-Konsumenten	176	171
Beschlagnahmte Betäubungsmittel		
Haschisch (in Gramm)	12 193	55 795
Marihuana (in Gramm)	40 720	278 250
Heroin (in Gramm)	591	550
Kokain (in Gramm)	440	873
Pillen: Thai, LSD, Ecstasy, Amphetamin	1 357	835
Todesfälle infolge Überdosis	4	5
Einbruchdiebstähle in Apotheken und Spitäler	31	18

Zu den Hanfkulturen ist Folgendes zu bemerken:

	2005	2006
Felder	11 (mit einer Gesamtfläche von 80 000 m ²)	10 (mit einer Gesamtfläche von 40 000 m ²)
davon im Saanebezirk	1	1
davon im Sensebezirk	6	7
davon im Glanebezirk	0	0
davon im Greyerzbezirk	0	0
davon im Seebezirk	3	2
davon im Broyebezirk	1	0
davon im Vivisbachbezirk	0	0
Beschlagnahmte Hanfmenge	–	900 kg (sofortige Vernichtung)
Laufende Strafuntersuchungen	–	2

3. Ereignisse im Jahre 2006

3.1 Von der Kriminalpolizei behandelte gerichtliche Sonderfälle

Im Verlaufe des Jahres 2006 hat die Kriminalpolizei vor allem Nachforschungen im Zusammenhang mit folgenden bedeutenden Ereignissen durchgeführt:

Tötung

Grattavache Am 30. Mai wurde ein 18 Monate altes Kind von seiner Mutter getötet.

Bulle Am 3. Juni wurde eine Person mit einer Schusswaffe getötet.

Vuisternens-devant-Romont Am 3. Dezember wurde eine junge Frau durch ihren Ex-Freund mit zahlreichen Messerstichen getötet.

Einbruchdiebstahl

Estavayer-le-Lac Im Rahmen einer Untersuchung wegen strafbaren Handlungen gegen das Vermögen wurde ein 8-jähriges Mädchen, dessen Eltern und fünf andere Kinder der Familie verhaftet. Während den

Nachforschungen wurden zahlreiche gestohlene Gegenstände gefunden (Schmuckstücke, Informatikapparate usw.), die von ungefähr 40 Einbrüchen stammten, die während einer Zeitspanne von 2 Monaten getätigt wurden.

Marly Unterschlagung von Militärmaterial, besonders Waffen. Nach Anhaltung und Identifizierung der Täter wurde alles gestohlene Material wieder gefunden und dem rechtmässigen Besitzer, der Schweizer Armee, zurückerstattet.

Brand

Estavayer-le-Lac Vorsätzliche Brandstiftung an einem Gebäude mit mehreren Brandherden. Die Identifizierung des Täters war möglich durch Auffinden von biologischen Spuren.

Betäubungsmittel

Kanton Zerschlagung eines Netzes albanischer Dealer, die Heroin und Kokain verkauften und Heroin importierten.

Kanton Verhaftung von zwei albanischen Dealern, die intensiv Heroin und Kokain verkauften.

Angriffe auf die sexuelle Integrität

Kanton Sexuelle Handlungen gegenüber Minderjährigen und gegenüber urteilsunfähigen und widerstandsunfähigen Personen: zahlreiche Untersuchungen wegen mehreren aufeinander folgenden Anzeigen.

Vorbeugung

Die Jugendbrigade besuchte 223 Primarklassen (4256 Schüler) und ungefähr 200 Schüler der verschiedenen Orientierungsschulen des Kantons.

3.2 Ausserkantonale Einsätze

Im Jahr 2006 musste die Kantonspolizei nur einmal ausserkantonale eingreifen (zweimal im Jahre 2005). Dieser Einsatz wurde vom 25. bis 30. Januar 2006 auf Gesuch des Bundes für den World Economic Forum (WEF) in Davos durchgeführt.

3.3 Aktionen im Bereich der Prävention

01.01 – 31.12 Gurten als Lebensretter
Kontrolle wegen Nichttragen der Sicherheitsgurte (gesamtes kantonales Netz).

01.01 – 31.12 TECO
Kontrolle wegen dem Gebrauch von Mobiltelefonen am Steuer und Verzeigung der Zuwiderhandelnden.

02.05 – 31.05 «2 Räder – 1 Leben»
Sensibilisierungskampagne innerhalb der Ortschaften: Motorradfahrer anhalten und eine Broschüre über das angezeigte Verhalten und die Gefahren im Strassenverkehr verteilen.

Juni – Juli Aktion Zweirad «Task Force»
Gezielte Geschwindigkeitskontrollen auf Strassen, die regelmässig von den Motorradfahrern benützt werden (diese Kontrollen wurden vorher durch die Presse angekündigt).

21.08 – 08.09 Schulanfang
Geschwindigkeitskontrollen und Überwachung der Fussgängerstreifen in der Nähe der Schulen oder der von den Schülern benutzten Wege. Zusätzliche Kontrollen wegen Nichttragen der Sicherheitsgurte.

22.09 Zu Fuss zur Schule
Verstärkte Vorbeugung: die Kinder ermutigen, zu Fuss zur Schule zu gehen.

27.11 – 11.12 Beleuchtung
Kontrolle der Fahrzeugbeleuchtung und des Einsatzes von Nebellichtern.

4. Besondere Bereiche

4.1 Fahrende

Der Einsatz der Kantonspolizei wurde für das Jahr 2006 53-mal (75-mal im Jahre 2005) wegen Anwesenheit von Fahrenden verlangt. Diese blieben insgesamt 168 Tage im Kanton Freiburg. Da ein geeignetes Gelände fehlt, das von den Fahrenden benutzt werden könnte, muss der Offizier der Gerichtspolizei jedes Mal mit den Betroffenen, den Gemeindebehörden, dem Oberamt und dem Besitzer des Geländes verhandeln, um den Aufenthaltsort der Fahrenden zu bestimmen.

4.2 Personenschutz

Die Interventionsgruppe der Kantonspolizei (GRIF) befasste sich 23-mal (25-mal im Jahre 2005) mit Personenschutz. Davon wurden für Vertreter der Bundesbehörden und für ausländische Persönlichkeiten, die sich in der Schweiz zu Besuch aufhielten, 3 Sicherheitsdienste geleistet (6 Sicherheitsdienste im Jahre 2005).

4.3 Ausschaffungen

8-mal (5-mal im Jahre 2005) hat die Kantonspolizei aus der Schweiz ausgewiesene Ausländer in ihr Herkunftsland zurückbegleitet. Hervorzuheben ist auch, dass 8 Beamtinnen und Beamte eine spezifische Ausbildung für solche Ausweisungen beim Schweizerischen Polizei-Institut (SPI) besucht haben (3 Beamtinnen und Beamte im Jahre 2005).

4.4 Polizeihunde

	2005	2006
Anzahl Hunde	13	16
davon vielseitig einsetzbar	6	8
davon Personensuchhund	1	1
davon in der Dressur	3	4

	2005	2006
Anzahl Einsätze	333	500
davon Verhaftungen und/oder Auffinden	33	36
davon Beschlagnahmen durch die Drogenspezialisten	101	109
davon Personensuche	60	52
davon Sicherheitsdurchsuchungen durch Sprengstoffspezialisten	2	2

Zusätzlich zu den Geldbeträgen von 18 230 Franken und 1185 Euros konnten mit Hilfe der Drogenspürhunde folgende Mengen Betäubungsmittel entdeckt werden:

	2005	2006
Kokain	159 g	65 g
Haschisch	4 462 g	52,5 g
Marihuana	8 207,5 g	12 492,2 g
Heroin	–	26,5 g
Hanf	87 g	550 g
Speed	–	15,2 g
Ecstasy	84 Stück	520 Stück

4.5 Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen»

Im Mai 2006 besuchten alle Beamtinnen und Beamten eine Weiterbildung zum Thema soziale Kompetenzen.

Der Verantwortliche der Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» war auch bei der Arbeitsgruppe, die eine eventuelle Einführung einer mobilen Notfalleinheit überprüft (*Postulat Nr. 282.05*) tätig.

Im Rahmen der ORKAF (Organisation für den Katastrophenfall) hat die Einheit «Zwischenmenschliche Beziehungen» bei der Leitung der Gruppe «Psychologische Betreuung ORKAF» mitgewirkt. Diese Organisation wurde durch das NNPN (Nationale Netzwerk Psychologische Nothilfe) zertifiziert und anerkannt.

4.6 Verkehrserziehung

Der Sektor der Verkehrserziehung erledigte im Verlaufe des Jahres 2006 folgende Aufgaben:

	2005	2006
Verkehrsunterrichtstunden in Schulen und Institutionen	1 152	1 257
Ausbildungsstunden von Schülerpatrouilleuren	1 598	1 453
Ausbildungsstunden von Erwachsenenpatrouilleuren	474	481
Prüfungen für die Erlangung des Führerausweises (Anzahl Personen)	1 291	1 697
Erziehungskurse für verzeigte Minderjährige (SVG-Widerhandlungen)	11	13

4.7 Waffen und Sprengstoffe

Die Tätigkeit im Jahre 2006:	2005	2006
Waffenerwerbsbewilligungen	221	222
Ausnahmebewilligungen zum Kauf von Waffen	59	47
Sonderbewilligungen für die Jagd oder das Schiessen im Ausland	16	21

	2005	2006
Bescheinigungen für die Verwendung von Sprengmitteln	–	6
Bewilligungen zum Verkauf von Feuerwerksartikeln	113	110
Erwerbsscheine für Sprengstoffe	11	16
Waffentragscheine	56	55
Abgewiesene Gesuche (Kauf und Tragen von Waffen)	1	0

4.8 Presse

Die Stelle für Medien und Prävention hat sich im Jahre 2006 besonders für den Start der Website der Kantonspolizei (www.policefr.ch oder www.polizeifr.ch) und ihrer regelmässigen Aktualisierung eingesetzt. Ende Dezember 2006 wurde unsere Website täglich 226-mal besucht. Diese machte auch die Verbreitung von verschiedenen Vorbeugungskampagnen wie «Click it», «Diebstähle in Fahrzeugen», «Achtung Taschendiebe» und «Fahren mit Licht am Tag» möglich.

Der Pressedienst hat ebenfalls bei der Erarbeitung und besonders bei der Verbreitung des neuen Logos für die Kantonspolizei mitgemacht. Er hat auch die Gestaltung und Verwirklichung eines Films und einer Broschüre über die Hauptaufgaben der Polizei unterstützt.

Der Presse- und Präventionsdienst war ausserdem an verschiedenen regionalen oder lokalen Veranstaltungen anwesend, unter anderem an den Ausstellungen in Plaffeien, Tafers und Düdingen.

Bei der Kommunikation mit den Medien hat der Pressedienst der Kantonspolizei vor allem Beiträge zu folgenden Themen geleistet:

- 03.03 Tod einer jungen Frau infolge Zusammensturz eines Baugerüsts (wegen starkem Wind) in Freiburg
- 28.03 Einsturz einer Decke im Gebäude der Post in Freiburg
- 10.12.04 Unwetter im Kanton
- 10.04 Zusammenstoss Zug – Lastwagen (giftige Produkte)
- 23.04 Tod eines Minderjährigen, erdrückt durch einen Marmorgrabstein, auf dem Friedhof in Bulle
- 23.06 Schwer wiegende Verschmutzung durch Jauche in Avry-devant-Pont
- 13.09 Chlorentweichung aus einem Unternehmen in Châtel-St-Denis
- 20.09 Vergewaltigung durch eine Bande in Bulle
- 06.11 Aggression auf einen Angestellten der Stadt Freiburg durch eine Gruppe junger Leute
- 18.12 Selbstmord eines Vaters, der seine kleine Tochter mit in den Tod riss

Im Laufe des Jahres 2006 organisierte der Pressedienst ebenfalls Pressekonferenzen und gab den Medien die

Möglichkeit, an verschiedenen besonderen Anlässen teilzunehmen, vor allem in folgenden Fällen:

- 24.01 Presseinfo zum Thema der Schweizer Vorbeugungskampagne hinsichtlich der Computerkriminalität
- 24.02 Jährliche Pressekonferenz zum Thema der Jahresstatistik 2005
- 13.03 Pressekonferenz für die Vorstellung des neuen Logos, der neuen Uniform und der neuen Website der Kantonspolizei
- 12.04 Pressemitteilung für die Vorbeugungskampagne wegen den Unfällen im Intyamon
- 25.04 Presseinfo mit Vorstellung der Interventionsgruppe der Kantonspolizei und deren Tätigkeiten
- 26.05 Elterntag der PAS
- 02.08 Murtenseeüberquerung
- 16.08 Vorbeugungskampagne «Schulanfang»
- 12.09 Medieninformation zum Wettbewerb «Respekt und Verantwortung», der von der Jugendbrigade durchgeführt wurde
- 15.12 Vereidigung der PAS 2006

Ausserdem hat der Pressedienst etwa 50 Konferenzen, Besichtigungen und Informationen für Senioren, Opfer von Einbrüchen, private Unternehmen, Schulen, Feuerwehr organisiert. Er hat auch circa 30 Studenten beim Erarbeiten von Vorträgen und Seminaren, die verschiedene Aspekte des Polizeiberufes oder die Kriminalität im Kanton Freiburg beschreiben, unterstützt. Der Pressedienst hat auch seinen Beitrag zu einem Weiterbildungsmodul für Journalisten geleistet.

5. Logistik

5.1 Informatik und Telekommunikation

Im Laufe des Jahres 2006 wurden folgende Schwerpunkte gesetzt:

- Verschiedene Studien im Rahmen des nationalen Projektes Polycom
- Installieren einer Authentifizierung durch einen PKI (Public Key Infrastruktur) für die Informationssicherheit, gemäss den Bedingungen des Bundes
- Einführung der elektronischen Unterschrift für Outlook
- Kodierung des Radiokanals der Kantonspolizei, der für spezielle Anwendungen reserviert ist
- Migration der Polizeidatenbank (Zephyr) und Anpassung des Moduls «Rappporterstellung»
- Automatisierung für die Erstellung der Berichte bei Geschwindigkeitsüberschreitungen, die vom Radar festgestellt wurden

- Anbringung des SSO-Portals (zentralisierter Zugang zu den Applikationen des Bundes)
- Ersetzen der Telefonzentrale in Granges-Paccot sowie des Telefonsystems der EAZ
- Detaillierte Analyse für die Integrierung des telefonischen Alarmsystems ins System «Einsatzhilfsmittel» der EAZ
- Ersetzen des telefonischen Alarmsystems der ORKAF

5.2 Fahrzeuge

Der Fahrzeugpark der Kantonspolizei setzt sich wie folgt zusammen:

	2005	2006
Autos	166	167
Motorräder	16	11
Schiffe	5	5

5.3 Gebäudeverwaltung

Folgende Arbeiten wurden im Jahre 2006 ausgeführt:

- Anbringen von zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen im Gebäude der Kantonspolizei, Liebfrauenplatz 2, in Freiburg (Einschränkung der Zutritte zum Einvernahmestrukt durch ein biometrisches Kontrollsystem)
- Vorarbeiten um die Sicherheitsmassnahmen in den Einsatzzentren der Gendarmerie (EZG) zu verstärken
- Analyse und Plan des Projektes für den Bau eines Polizeipostens in Freiburg, Rue des Pilettes
- Studien im Rahmen des Projektes für den Bau eines Gebäudes für das Kommando und für verschiedene Sektoren der Kantonspolizei
- Umzug der Beamten des Postens Freiburg / La Grenette an die Route-Neuve
- Verschiedene Unterhaltsarbeiten bei den Landposten in Cheyres, Prez-vers-Noréaz und Châtonnaye

- Analyse für einen neuen Polizeiposten in Cugy
- Erstellen eines Konzeptes für die direkte Übermittlung von Videobildern von den 3 Einsatzzentren der Gendarmerie (EZG) zur Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ)
- Prüfung und Änderung der Sicherheitssysteme bei Brand und Geiselnahme in den Gefängnissen von Bulle und Romont

5.4 Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung

Im Jahre 2006 wurde Folgendes verwirklicht:

- Annahme der neuen Uniform UNIMATOS, mit der die Beamten (Polizisten) seit Frühling 2006 ausgerüstet sind
- Annahme der neuen Uniform UNIMATOS, mit der die Hilfspolizisten (Hostessen und Gefangenenbegleiter) seit Sommer 2006 ausgerüstet sind
- Bekleidung der Polizisten: die Überlegungen wurden im Kreise der interkantonalen Kommission UNIMATOS weitergeführt (Westschweiz, Bern und Tessin)
- Analyse zur Ausrüstung der Polizisten mit der neuen Dienstwaffe (Glock 19). Die Schiessleiter, die Beamten der Interventionsgruppe und die Polizeiaspiranten wurden für eine Testphase mit dieser neuen Waffe ausgerüstet
- Sanierung des Schiesskellers für das Präzisionsschiessen
- Neuinstallation und Reorganisation des Lokals für den Ordnungsdienst

5.5 Buchhaltung

Für das Jahr 2006 erstellte die Buchhaltung, gestützt auf den Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Gebühren der Kantonspolizei, 18 122 Rechnungen (*im Jahr 2005 18 074*). Ein Umsatz von Fr. 3 646 971.20 Franken wurde realisiert (*Fr. 3 528 280.00 im Jahr 2005*).

II. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA)

A. Organisation des Dienstes

Die Aufgaben der Sektionschefs wurden nach der Auflösung der Militärsektionen vom Kreiskommando übernommen. Dieses hat zu diesem Zweck zusätzlich 0,5 Vollzeit-äquivalente vom Wehrpflichtersatzbüro übernommen.

Der Gesamtbestand des MBSA, 30,6 Vollzeitäquivalente, hat somit 2006 keine Änderung erfahren.

B. Militärverwaltung

1. Spezielle Einsätze

Das MBSA hat sich um die 28 Mitarbeiter gekümmert, die von der Schliessung des Zeughauses Freiburg per Ende 2006 betroffen waren. 27 Mitarbeiter konnten vermittelt werden; eine Mitarbeiterin hat auf eine neue Anstellung verzichtet.

Das MBSA hat sich beim Chef Heer über die Zukunft der Waffenplätze Freiburg und Drogens informiert. Trotz der geplanten Veränderungen in unserer Armee sind die Belegungen der Waffenplätze durch die Nachschub/Rückschubtruppen und die Transporttruppen langfristig garantiert.

Für den Waffenplatz Freiburg ist eine neue Konvention für den Betrieb des Waffenplatzes in Vorbereitung.

Das MBSA hat die Jahreskonferenz der kantonalen Verantwortlichen für Militär und Bevölkerungsschutz organisiert. Diese Konferenz, die in Charmey durchgeführt und durch zahlreiche Kader der Armee und der Bundesverwaltung besucht wurde, verlief erfolgreich.

2. Dienstbetrieb

2.1 Offiziersbeförderung

Der Bundesrat oder das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport hat im freiburgischen Offizierskorps oder unter den im Kanton wohnhaften Offizieren die in Bundestruppen eingeteilt sind, folgende 88 Beförderungen vorgenommen:

- 8 Oberste
- 15 Oberstleutnants
- 19 Majore
- 11 Hauptleute
- 13 Oberleutnants
- 22 Leutnants

2.2 Ausbildungsdienst der Formationen

Im Jahr 2006 wurden von 1578 eingereichten Gesuchen 1200 Dienstverschiebungen angenommen (76 %) und 378 abgelehnt (24 %).

Die Gründe der angenommenen Dienstverschiebungsgesuche sind folgende:

Lehre	3,7 %
Studium	43,3 %
Beruflich	26,1 %
Berufliche Weiterbildung	7,0 %
Auslandaufenthalt	4,8 %
Medizinische Gründe	10,5 %
Andere Gründe	4,6 %

2.3 Schiesswesen ausser Dienst

2.3.1 Kantonale Schiesskommission – Auflösung der Schiess-Subkommission 5 FR

Im Anschluss an die Gemeindefusionen und der Schliessung von 25 im Sinne der Eidgenössischen Lärmschutzverordnung nichtkonformen Schiessanlagen, hat die Anzahl der Schützengesellschaften und der Schiessanlagen 300 m stark abgenommen.

Diese Abnahme führte zu einem Rückgang der Aktivitäten der Schiess-Subkommissionen. Im Hinblick auf den auf Ende 2006 angekündigten Rücktritt des Präsidenten der Schiess-Subkommission 5 FR, wurden die Auflösung der Schiess-Subkommission 5 FR und neue Aufgabenverteilungen innerhalb der anderen Schiess-Subkommissionen beschlossen. Die Schützengesellschaften des Glanebezirkes wurden der Schiess-Subkommission 1 FR (Saane) zugeteilt und diejenigen des Vivisbachbezirkes der Schiess-Subkommission 3 FR (Greyerz).

Die kantonale Schiesskommission besteht nun neu aus fünf Schiess-Subkommissionen:

Schiess-Subkommission 1 FR (Saane)

Schiess-Subkommission 2 FR (Sense)

Schiess-Subkommission 3 FR (Greyerz)

Schiess-Subkommission 4 FR (See)

Schiess-Subkommission 5 FR (Broye)

2.3.2 Mutationen im Bereich der kantonalen Schiesskommission

Schiesssubkommissionen	Rücktritte	Ernennung
	31.12.2006	01.01.2007
1 FR Saane	Maj Laurent Verdon	
5 FR Glane-und Vivisbach	Maj Jean-Marc Guenat	
6 FR Broye	Maj Jacques Chassot	Hptm Yvan Bächler

2.3.3 Teilnahme an den eidgenössischen Übungen

	Gewehrschiessen 300 m		Pistolenschiessen	
	Oblig. Schiesspflicht Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen	Bundes-Programm Schützen	Eidg. Feldschiessen Schützen
2006	9 453	6 052	838	1 669
2005	10 287	6 319	855	1 613
2004	11 424	6 542	838	1 574

Total Jungschützen

2006	758
2005	874
2004	895

2.3.3 Dispensationen von der obligatorischen Schiesspflicht

2006	147
2005	209

2.4 Disziplinar- und Strafwesen

1028 (1629 im Jahre 2005) Untersuchungen wurden wegen Versäumnis der Schiesspflicht eingeleitet. Sie führten zu 682 (772) Strafverfügungen.

11 (10) Beschwerden gegen diese Verfügungen wurden durch die Sicherheits- und Justizdirektion behandelt. 7 davon wurden abgewiesen und 4 waren unzulässig.

32 Stellungspflichtige französischer Muttersprache wurden für ein erstes Versäumnis, 8 für ein zweites Versäumnis, 2 für ein drittes Versäumnis und einer für ein viertes Versäumnis an der Rekrutierung disziplinarisch bestraft.

Was die deutschsprachigen Stellungspflichtigen anbelangt, wurde keine Disziplinarstrafe für ein Versäumnis an der Rekrutierung ausgesprochen.

2.5 Rekrutierung

2.5.1 Orientierungstage

26 Orientierungstage wurden durch die Kreiskommandantin für die Stellungspflichtigen des Jahrganges 1988 auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

Die Planung der Rekrutenschulen für die 1001 Stellungspflichtigen des Jahrganges 1988 französischer Muttersprache hat folgendes Resultat ergeben:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1988 (1001)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2007	4,0 %	4,2 %	8,6 %
2008	6,4 %	16,1 %	37,7 %
2009	6,5 %	3,0 %	10,8 %
2010	0,0 %	0,8 %	1,9 %

Für die 363 deutschsprachigen Stellungspflichtigen sieht die Planung wie folgt aus:

Stellungspflichtige des Jahrganges 1988 (363)

Jahr	Frühjahr	Sommer	Herbst
2007	3,9 %	3,0 %	8,8 %
2008	6,0 %	20,7 %	33,9 %
2009	6,0 %	4,7 %	11,6 %
2010	0,0 %	0,6 %	0,8 %

2.5.2 Organisation der Rekrutierung

Im Jahr 2006 wurden anlässlich der Rekrutierung in den Rekrutierungszentren von Lausanne und Sumiswald BE folgende Entscheide gefällt:

	Lausanne	Sumiswald
Anzahl	974	372
Diensttaugliche	601 (61,7 %)	246 (66,1 %)
	davon 74 Durchdiener	davon 44 Durchdiener

	Lausanne	Sumiswald
SD-taugliche	157 (16,1 %)	85 (22,8 %)
SD-untaugliche	169 (17,4 %)	20 (5,4 %)
SD-untaugliche in abs	12 (1,2 %)	9 (2,4 %)
Zurückgestellt zur		
Nachrekrutierung	24 (2,4 %)	9 (2,4 %)
Zurückgestellte auf 1 Jahr	10 (1,1 %)	2 (0,6 %)
Zurückgestellte auf 2 Jahre	1 (0,1 %)	1 (0,3 %)

2.5.3 Waffenloser Militärdienst

7 Gesuche um waffenlosen Militärdienst wurden eingereicht. Davon wurden 3 Gesuche angenommen. Vier Fälle sind noch hängig.

2.6 Entlassungen aus der Wehrpflicht

786 Angehörige der Armee der Jahrgänge 1972 (Rest) 1973, 1974, 1975 und 1976, die die obligatorische Dienstpflicht erfüllt haben, wurden auf den 31.12.2006 aus der Wehrpflicht entlassen. Die Entlassungsinspektionen wurden gruppenweise (drei pro Tag) in zivil während 2 Tagen auf dem Waffenplatz Freiburg durchgeführt.

In Anwendung der Artikel 11 und 12 der Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA) mussten die Angehörigen der Armee, welche die persönliche Waffe (Sturmgewehr 90, 57 oder Pistole) behalten wollten, einen Auszug aus dem schweizerischen Strafregister (nicht älter als 3 Monate) vorlegen. Bei den 749 bewaffneten Angehörigen der Armee haben 244 (32,57 %) den Antrag gestellt, die Waffe als Eigentum zu behalten. Anlässlich der Abgabe der Waffe zu Eigentum wurde eine durch das VBS auferlegte Entschädigung erhoben, Fr. 30.– für die Pistole, Fr. 60.– für das Sturmgewehr 57 und Fr. 100.– für das Sturmgewehr 90.

Die Staboffiziere des Jahrganges 1956, die Hauptleute des Jahrganges 1964 und die Subalternoffiziere des Jahrganges 1970, insgesamt 62 Offiziere, wurden anlässlich einer offiziellen Feier, die vom Sicherheits- und Justizdirektor präsiert wurde, aus der Wehrpflicht entlassen.

2.7 Wehrpflichtersatz

Die Änderungen im Wehrpflichtersatz infolge Inkrafttretens von Armee XXI, haben ihre Wirkung zum zweiten Mal im Jahr 2006 gezeigt (Ersatzjahr 2005). Am 31.12.2006 beläuft sich die Zahl der Taxpflichtigen (Nicht-eingeteilten) auf 5837.

Im Jahre 2006 wurden 2332 Dienstversäumnisse und 629 Verschiebungen der Rekrutenschule geprüft. Für 1523 der Betroffenen wurde die Ersatzabgabe veranlagt.

Um dem reduzierten Personalbestand Rechnung zu tragen und um die Prozedur der Veranlagung zu vereinfachen, hat das Büro für Wehrpflichtersatz zu Gunsten einer definitiven Veranlagung auf eine provisorische Veranlagung auf den 1. Mai 2006 verzichtet.

4 Einspracheentscheide (gegenüber 2 im Jahr 2005) wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen.

Das aktuelle Informatiksystem Team Spirit ist seit zehn Jahren in Gebrauch und wird partnerschaftlich mit 10 anderen Kantonen genutzt. Eine Arbeitsgruppe der interessierten Benutzer ist im Laufe des Jahres 2006 wieder aufgenommen worden und hat die Installation von Anpassungen erlaubt.

2.7.1 Bezug

	2006	2005
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen in der Schweiz	4 021 490.27	4 402 487.05
Ersatzabgaben von Ersatzpflichtigen im Ausland	440.45	402.90
In Rechnung gestellte Verzugszinsen	28 244.80	10 697.50
Verrechnete Rückzahlungszinsen	901.80	901.80
Bruttoertrag	4 021 930.70	4 402 889.95
Rückerstattungen (Dienstnachholungen)	67 207.00	46 313.40
Reinertrag	3 954 723.70	4 356 576.55
Anteil des Bundes (80 %)	3 163 778.95	3 485 261.25
Anteil des Kantons (20 %)	790 944.75	871 315.30

2.7.2 Statistik

	2006	2005
Provisorische Veranlagungsverfügungen (Sämtliche Jahre)	544	3 161
Definitive Veranlagungsverfügungen (Sämtliche Jahre)	6 656	8 441
Durchschnittliche Ersatzabgabe	697.20	587.75

Ersatzpflichtige ohne Veranlagung (Ersatzjahr 2005)

Ersatzbefreiung Art. 4 WPEG	454	474
Im RIPOL ausgeschrieben	11	4

Arten der Ersatzpflicht (Ersatzjahr 2005)

Wegen Militärdienstversäumnis Ersatzpflichtige	2 141	1 467
Militärisch nicht eingeteilte Ersatzpflichtige	5 772	5 837
Wegen Versäumnis des Zivildienstes Ersatzpflichtige	43	56
Ersatzpflichtige mit Kapitalleistungen aus Vorsorge	0	35
Rückstände	2 627 895.70	1 873 072.60
Annullierte Ersatzabgaben	77 40.58	31 288.05
Erlassene Ersatzabgaben	40 844.85	77 922.85
Verjährte Ersatzabgaben	0.00	7 006.00
Betrag der Verlustscheine	203 266.95	141 534.05
Rückerstattungsentscheide (Dienstnachholungen)	248	172
Rückzahlungsentscheide (Revisionen, Überschüsse)	214	595
Auslandurlaube – Prüfung der Ersatzpflicht	73	80
Ratenzahlungsentscheide (sämtliche Jahre)	682	677
Nicht eingehaltene, annullierte Ratenzahlungsentscheide	127	196
Erlassentscheide	93	281

	2006	2005
Einsprachen	124	177
Mahnungen	1 718	1 703
Verwarnungen	761	940
Betreibungsbegehren (sämtliche Jahre)	867	459
Anzeigen wegen Verfügung über mit Beschlagnahme belegte Vermögenswerte	10	8
Gesuche um Aufhebung des Rechtsvorschlages	19	38
Fortsetzungsbegehren	358	1 005
Verwertungsbegehren	8	11
Eingaben beim Konkursamt	18	2
Vorschuss von Betreibungskosten	74 883.90	89 976.30

3. Verwaltung der Militärgebäude

3.1 Anfertigung von Armeematerial/Heimarbeiten

Die Verwaltung der Militärgebäude liess ihren Anteil an neuen Effekten herstellen und lieferte diese dem Bund ab, d.h.:

2000 Mannspitzezeugtaschen, leer

4000 Futterale zu Fettbürsten

2000 Fettbürsten

1000 Effektentaschen.

Folgende Beträge wurden für die Heimarbeit ausbezahlt:

Art der Arbeit	Personen/ Betriebe	Fr. 2005	Fr. 2006
Anfertigung von Sattlerartikeln	5 Sattler	93 961.50	66 095.90

Die Bestellungen des Bundes für Kleiderkonfektion und Anfertigung von Sattlerartikeln sind ab 2007 definitiv aufgehoben. Somit geht eine über 100-jährige Tradition und Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen zu Ende.

3.2 Zeughaus

Gebäudeunterhalt

Auf Grund der Kündigung der Konvention zwischen dem Bund und dem Kanton Freiburg per 31.12.2006 und der damit verbundenen Schliessung des Zeughauses Freiburg wurden lediglich die nötigsten Unterhaltsarbeiten durchgeführt.

Um die Lehrwerkstätte zu Beginn 2007 beherbergen zu können, wurde das Zeughaus mit Ausnahme des Bereiches des MBSA vollständig geleert (Werkstätten, Lager, Büros).

Im Hinblick auf die Reorganisation der Büroräume des MBSA und dem Umzug des Zivilschutzes ins Zeughaus wurden Malerarbeiten durchgeführt.

3.3 Kaserne La Poya

Gebäudeunterhalt

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

– Komplette Dachsanierung am Stand innerer Dienst

- Sanierung der Heizung im Wohnhaus des Kaserniers
- Sanierung der Heizung im Gebäude 4 der Kaserne
- Technische Anpassungen im Waren/Personenlift
- Sämtliche Grossboiler des Waffenplatzes wurden entkalkt (2 × 2000 Liter, 1 × 1500 Liter)
- Bodenrenovation (Platten) in einem Instruktionsraum.

Zwischen Bund und Kanton wurde eine Konvention abgeschlossen, die die Sanierungsarbeiten (Duschen, Lavabos, Gefrierkammer) in der Höhe von FR. 790 000.– regelt. Das Projekt wird vollständig durch den Bund finanziert. Der Baubeginn ist für März 2007 geplant.

4. Lager Schwarzsee

4.1 Bestand

Der Personalbestand beträgt 1 Vollzeit-Angestellten und 3 Teilzeitbeschäftigte. Dies entspricht 2 Vollzeitäquivalenten.

4.2 Gebäudeunterhalt

Folgende Arbeiten wurden durchgeführt:

- Teilsanierung der Heizungsleitungen
- Neuerfassen der elektrischen Leitungen nach gültigen Normen (Elektroschema)
- Renovation des Einganges zum Gebäude A (Arbeiten noch nicht abgeschlossen)
- In diversen Büroräumen wurden Internet ADSL-Anschlüsse gelegt
- Realisierung der Studie für die Sanierung der Küchenventilation und dem Austausch der Kochkessel. Die Sanierung ist für die Jahre 2007 und 2008 geplant.

4.3 Kauf und Unterhalt Mobiliar

- Die Stühle in den Essräumen stammen aus den 70er-Jahren. Der Austausch ist in 3 Etappen geplant. In der dritten Etappe im Jahr 2006 wurden 200 neue Stühle angeschafft.
- Kauf von 4 kühlbaren Selbstbedienungsbuffets für Salate (auf Wunsch der belgischen Ferienlager Inter-soc).
- Der zweite Teil der Betten des Lagers wurden mit nordischer Bettwäsche ausgerüstet (1. Etappe im Jahr 2005).

4.4 Belegungstage

2005	2006
54 271	56 227

Von den 56 227 Tagen wurden 38 247 zivile Tage durch die belgischen Ferienlager, 7639 durch Schulen, Sportvereine, verschiedene kulturelle Zusammenkünfte und private Treffen realisiert. Die militärischen Belegungen ergaben 10 341 Tage.

C. Bevölkerungsschutz

1. Administrative Tätigkeiten

1.1 Bevölkerungsschutzgesetz

Die 2005 im Rahmen des Projektes «Schutz der Bevölkerung gegen Katastrophen und in Notlagen» gebildeten Arbeitsgruppen haben ihre Berichte abgegeben, insbesondere:

- «Vorsorge und Einsatz im Katastrophenfall und in Notlagen»
- «Vorsorge und Einsatz im Falle von Grossereignissen»
- «Aufgaben und Organisation der Gemeinde im Rahmen des Bevölkerungsschutzes (Prävention, Vorsorge und Einsatz)»
- «Katastrophenprävention»

Diese verschiedene Arbeiten sowie einige Ergänzungsstudien bildeten die Grundlage für die Redaktion des zukünftigen Bevölkerungsschutzgesetzes.

Die Vernehmlassung dieses Gesetzesentwurfes wurde im Dezember 2006 vom Staatsrat genehmigt.

1.2 Besondere Tätigkeiten

Das zur Ersetzung von AMWA-T vorgesehene Mobilisationssystem GAFRI wurde in Betrieb genommen und dank zwei umfangreichen Testserien freigegeben. Die administrative Verwaltung der in den Führungs- und Einsatzorganen von ORKAF eingeteilten Personen wurde weitergeführt. Die Integration von GAFRI in das Führungshilfesystem der Einsatz- und Leitzentrale der Kantonspolizei ist im Gange und wird Anfangs 2007 abgeschlossen.

Zudem wurden folgende Tätigkeiten durch den Bevölkerungsschutz in diesem Jahr absolviert:

- Laufende Beobachtung der Temperaturen (in Zusammenarbeit mit dem AfU) und Weiterführung der Sendung von Hitzewelle-Warnungen (in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt).
- Einführung einer Plattform zur Koordination der Ausbildung im Bevölkerungsschutz «Coordination Formation Protection de la population» (CoFoP).
- Nach der Aufgabe durch den Bund und anhand der neuen Offerte von Swisscom, Neubestimmung der von der ORKAF priorisierten Handys und berechtigten Personen sowie Aufarbeitung dessen Liste.

1.3 Zusammenarbeit mit den Bundesinstanzen

Zusätzlich zur Teilnahme an verschiedenen ordentlichen Sitzungen und Konferenzen der Partner auf Stufe Bund (Bundesamt für Bevölkerungsschutz/BABS, Meteo-Schweiz, Nationale Alarmzentrale/NAZ, Territorial Region 1) hat der Bevölkerungsschutz am Projekt OWARNA (Optimierung der Alarmierung bei Naturkatastrophen), insbesondere am Teilprojekt «Information der Bevölkerung» teilgenommen. Dieses, auf Mandat des Bundesrates, wurde von der NAZ geführt.

Ein Besuch der NAZ, verbunden mit einer Orientierung über ihre Rolle und ihre Beziehung mit den Kantonen, fand in Zürich zu Gunsten der Mitglieder des ORKAF ABC-Dienstes statt.

2. ORKAF-Arbeiten

2.1 Vorbereitungen

Die ORKAF-Plan-Kommission hat im Berichtsjahr drei Mal getagt, um hauptsächlich den Fortschritt der ORKAF-Arbeiten sowie das Tätigkeitsprogramm des Bevölkerungsschutzes zu behandeln.

Die Koordinationsgruppe ORKAF (GROCAF), zusammengestellt aus Vertretern aller ORKAF-Diensten, hat 2006 vier Mal getagt, davon einmal gemeinsam mit dem freiburgischen kantonalen Verbindungsstab. Diese Gruppe hat zur Aufgabe, die operationellen Bereiche zu behandeln.

Anhand der Erkenntnisse aus den verschiedenen Übungen und Einsätzen wird zurzeit der engere ORKAF-Plan (Plan ORCAF restreint) überarbeitet, um ihn besser an die Hauptaufgaben der Einsatzdienste anzupassen.

2.2 Übungen

Am 3. Oktober 2006 fand eine PCE-Stabsübung zum Thema einer Vogelgrippeerseuche statt. Mit dem Ziel den Einsatzkommandoposten (PCE) zu trainieren, wurde diese Übung in enger Zusammenarbeit mit dem Veterinäramt und Micarna AG durchgeführt. Sie hat es erlaubt, im Falle einer echten Vogelgrippeerseuche in einem Betrieb nahe vom Micarna-Schlachthof, einen anwendbaren Einsatzplan zu erstellen.

Der Bevölkerungsschutz hat ebenfalls am Aufbau und der Leitung einer Übung zu Gunsten des Krisenstabes vom «Centre de recherche en santé animale (CRA)» von Novartis in St-Aubin teilgenommen. Diese Übung hatte die Vogelgrippeerseuche zum Thema.

2.3 Echteinsätze

Anfangs April 2006 haben starke Niederschläge die Auslösung des engeren ORKAF-Planes (Plan ORCAF restreint) benötigt. Die Führungszelle wurde vom Chef Bevölkerungsschutz geführt. Wie vom ORKAF-Plan verlangt, hat dieser Einsatz es ermöglicht, alle eingesetzten Dienste zu koordinieren sowie alle zur Krisenbewältigung notwendigen Massnahmen zu treffen.

Unter der Leitung des Chefs des Amtes für Militär und Bevölkerungsschutz (MBSA) wurde eine Tierseuche-Koordinationsgruppe einberufen, um alle Probleme einer Vogelgrippeerseuche zu regeln. Dies hat sich durch die Erstellung eines im Mai 2006 vom Staatsrat abgesegneten Einsatzkonzeptes im Falle einer Tierseuche konkretisiert.

Um die Probleme einer Vogelgrippeerseuche zu regeln, hat der Bevölkerungsschutz an den Sitzungen der Sanitärgruppe «Pandemie» teilgenommen. Diese Gruppe hat den kantonalen Pandemieplan erstellt. Als Folge dieses sanitären Plans hat der Staatsrat das Amt für Militär und Bevölkerungsschutz beauftragt, einen Pandemie-Schutz-

plan mit Einbezug aller Partner des Bevölkerungsschutzes sowie externer Stellen wie die Unternehmen zu erstellen. Dieser Plan wird im Laufe 2007 dem Staatsrat unterbreitet.

D. Zivilschutz

1. Allgemeines

Das Jahr 2006 stand im Zeichen der Konsolidierung der neuen Organisation des Zivilschutzes im Kanton Freiburg (ZS XXI FR). Die Wiederholungskurse konnten gemäss Planung durchgeführt werden.

Mit der Zentralisierung des Reservematerials (überzähliges Material) und dessen Lagerung konnte Ende Jahr begonnen werden. Die dafür benötigten Lokale wurden im Zeughaus Freiburg entsprechend eingerichtet.

2. Personal

2.1 Instruktoren

Das Jahr 2006 war gekennzeichnet durch die krankheitsbedingte Abwesenheit des Ausbildungschefs und eines Instructors. Durch die Beschränkung auf die wesentlichsten Tätigkeiten und die Bewilligung von Überstunden konnten die Ausbildungskurse im Zivilschutzzentrum Sugiez jedoch plangemäss durchgeführt werden.

2.2 Diverses

Lehrlinge und Lehrtöchter werden nun auch im Bereich des Zivilschutzes ausgebildet. Schwergewichtig erhalten sie einen Einblick in die Buchhaltung und in die allgemeine Verwaltung. Ein zweiwöchiges Praktikum im Ausbildungszentrum von Sugiez ist ebenfalls vorgesehen.

Eine Funktionsbewertung nach dem System EVALFRI ist zurzeit im Gang. Betroffen sind die Funktionen Instruktor/in, Inspektor/in der Zivilschutzbauten und Chef/in der Zivilschutzbauten.

3. Verwaltung

3.1 Verwaltung und Informatik

Die Aufgebote für die verschiedenen Ausbildungsdienste, die Dienstverwaltung und die Mitteilung der geleisteten Dienstage an die Wehrpflichtersatzverwaltung erfolgten mittels der Informatikapplikation OM zur vollen Zufriedenheit der Benutzer.

3.2 Dispensationsgesuche

Trotz der kurzen Dienste (zwei bis fünf Tage für die Wiederholungskurse, zwei Wochen für die Grundaussbildungsschulen), werden zahlreiche Dispensationsgesuche eingereicht. Daraus resultiert eine grosse administrative Belastung.

3.3 Interkommunale Vereinbarungen

Grösstenteils wurden die neuen interkommunalen Vereinbarungen über die Zusammenarbeit im Bereich des Zivilschutzes im Rahmen einer Gemeindegruppierung den neu-

en gesetzlichen Bestimmungen angepasst und unterzeichnet. In einigen Fällen erfolgte eine Fusion von lokalen Zivilschutzkorps, respektive wurde ein Fusionsverfahren eingeleitet. Praktisch sämtliche neuen Vereinbarungen stützen sich auf das vom Sektor Zivilschutz des MBSA ausgearbeitete Modell.

3.4 Disziplinar- und Strafwesen

Dienstversäumer Zivilschutzkurse:	118	(2005: 152)
Einstellung des Verfahrens nach vorgängiger Strafuntersuchung:	26	(2005: 30)
Verwarnungen (leichte Fälle):	8	(2005: 15)
Überweisungen wegen Widerhandlung gegen das Bundesgesetz	83	(2005: 104)
Strafmass/Entscheide		
– Busse und/oder Haftstrafe	57	
– Einstellung des Verfahrens	0	(2005: 2)
– Überweisung an den Polizeirichter	0	(2005: 3)
– Hängige Verfahren	14	(2005: 28)
– Hängige vorgängige Strafuntersuchung	1	

Gegen die von den Untersuchungsrichtern erlassenen Strafbefehle wurden zwei Einsprachen eingereicht.

4. Ausbildung

Entsprechend dem für das Jahr 2006 publizierten Dienstplan fanden die diversen Ausbildungsdienste statt. Nebst den Grund-, Kader- und Spezialistenausbildungen wurden vor allem Weiterbildungskurse organisiert, welche die dem Dienst entsprechenden fachlichen Kenntnisse aufgefrischt resp. zur Anwendung gebracht haben.

Als Partnerorganisation des Bevölkerungsschutzes ist der Zivilschutz anlässlich diverser ORKAF-Übungen und Einsätzen eingesetzt worden mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit der Polizei und der Feuerwehr zu intensivieren.

4.1 Ausbildungszentrum Sugiez, Grundausbildungsschulen (GAS)

12 GAS (2005: 11) wurden für die drei Grundfunktionen (Stabsmitarbeiter, Pionier und Betreuer) durchgeführt. Der ständig zunehmenden Anzahl von Zivilschutzpflichtigen Rechnung tragend, sind für 2007 13 GAS geplant worden.

Grundfunktion	Teilnehmer GAS	TOTAL
Betreuer	65	208
Pionier	100	
Stabsmitarbeiter	43	
	2005:	232

4.2 Interkantonale Kurse für Kaderleute und Spezialisten und eidgenössische Kurse

In Anwendung der interkantonalen Vereinbarung zwischen den Westschweizer Kantonen sowie dem Kanton Bern wurden Kader- und Spezialistenkurse in den Ausbildungszentren Sugiez, Grône (VS), Spiez (BE), Schliern bei Köniz (BE), Neuenburg und Genf durchgeführt. Andere als die nachstehend genannten Kurse befinden sich noch in der Vorbereitungsphase.

Schule/Kurse	Teilnehmer aus dem Kt. Freiburg
Sugiez, Zugführer Unterstützung	5
Sugiez, Gruppenchef Unterstützung	31
Sugiez, Anlagewart	31
Sugiez und Schliern bei Köniz (BE), Materialwart	9
Grône (VS) und Spiez (BE), Gruppenchef Betreuung	18
Spiez (BE), Zugführer Unterstützung	5
Spiez (BE), Chef logistisches Element	2
Genf und Schliern bei Köniz (BE), Kurs für Spezialisten des Kulturgüterschutzes (KGS)	6
Neuenburg, Kurs für Buchhalter	4
Schwarzenburg, Kurs für Instruktoren	2

Besetzung des Ausbildungszentrums von Sugiez	Tage
Grundausbildungsschulen	2 988
Interkantonale Kaderkurse	586
Rapporte ZS-Kdt und KGS	74
Wiederholungskurse Kp und lokale Korps	877
Schweizerisches Polizeiinstitut	135
Kantonspolizei Freiburg	147
Verschiedene	130
Insgesamt	4 937 Tage (2005: 4 553)

5. Organisation

5.1 Regionalkommissionen

Die Regionalkommissionen der drei Regionen Nord, Mitte und Süd wurden entsprechend der kantonalen Gesetzgebung einberufen. Dabei wurden verschiedene Stellungnahmen abgegeben, u. a. zum Ausbildungsplan 2007 sowie zu den Einsätzen zu Gunsten der Gemeinschaft.

5.2 Lokale ZS-Korps

Das neue lokale Korps Belfaux entstand aus der Fusion der beiden Zivilschutzorganisationen Belfaux und Grolley und umfasst neu 5 Gemeinden (5300 Einwohner).

5.3 Fahrzeuge für die Einsatzkompanien

Der Zivilschutz verfügt über acht 14-plätzig Transportfahrzeuge und über einen Geländewagen. Die Fahrzeuge dienen sowohl für den Einsatz als auch für die Ausbildung (Grundausbildung und Wiederholungskurse).

5.4 Rekrutierung

Ergebnisse der Rekrutierung 2006

	Stabsmitarbeiter	Betreuer	Pionier	Total
Rekrutierungszentrum Lausanne (f)	24	91	140	255
Rekrutierungszentrum Sumiswald (d)	31	31	47	109
Total	55	122	187	364
			2005:	336

Wegen der steigenden Anzahl Zivilschutztauglicher musste die Anzahl der Grundausbildungsschulen (GAS) von 8

(2004) auf 11 (2005) und schliesslich auf 12 (2006) erhöht werden.

5.5 Wiederholungskurse

Während des Jahres 2006 wurden 488 (2005: 428) Wiederholungskurse durchgeführt. Dabei wurden 7821 Manntage geleistet. Der überwiegende Teil dieser Leistung entfiel auf den Unterhalt der Schutzinfrastruktur sowie auf die Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft.

5.6 Dienstverschiebungen

Trotz der kurzen Dienstperioden wurden zahlreiche Dienstverschiebungsgesuche eingereicht. Diese Gesuche werden analog zum Verfahren im MBSA für Gesuche von Militärdienstpflichtigen behandelt. Auf die 4438 (2005: 5710) ergangenen Aufgebote wurden 726 (2005: 912) Dispensen gewährt, deren 93 wurden abgelehnt. 133 Personen legten Ihren Dienst auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses nicht ab, 118 sind unentschuldigt nicht eingerückt.

6. Material und Anlagen

Material

Kontrollen und Inspektionen

Die Zivilschutzorganisationen von La Biorda, Bösing, Châtel-St-Denis, Estavayer-le-Lac, Haut-Lac français und Romont wurden inspiziert.

Diese Inspektionen haben ergeben, dass das Material dieser Organisationen den Bestimmungen und Weisungen entsprechend eingelagert und unterhalten worden ist und somit einsatzbereit ist.

Unterhalt der Anlagen und des Materials

Bestimmten Organisationen wurde auf begründeten Antrag hin die Benützung von Ersatzabgaben für den Unterhalt der Anlagen und des Materials bewilligt.

Periodische Anlagekontrolle

Folgende Anlagen wurden kontrolliert:

Belfaux, Broc, Bulle, Charmey, Domdidier, Düdingen, Estavayer-le-Lac, Marly, Semsales und Ueberstorf-Albigen.

Diese Anlagen entsprechen den gesetzlichen Bestimmungen und die wenigen festgestellten Mängel haben auf den Bereitschaftsgrad dieser Anlagen keinen negativen Einfluss.

Kontrolllisten für den Unterhalt

Die Kontrolllisten und die entsprechende Dokumentation für den Unterhalt der Anlagen wurden in sämtlichen Zivilschutzorganisationen erstellt. Diese Aktion ist folglich abgeschlossen.

Sirenen

Die Abonnementskosten für die Fernsteuerung der Sirenen SFI-457 beliefen sich auf 59 910 Franken, wovon 29 955

Franken (50 %) zu Lasten des Kantons gehen. Anlässlich des jährlichen Tests des Sirenenalarms im Februar haben 4 fest eingebaute Sirenen und acht mobile Sirenen Mängel aufgezeigt. Diese wurden in bestmöglicher Frist behoben.

Sektor Bauten

Private Schutzräume

Angemeldete

Schutzräume 2006: 97, mit 4 747 Schutzplätzen wovon
62 Sammelschutzräume
mit insgesamt 3016
Schutzplätzen

Realisierte

Schutzräume 2006: 68, mit 4 100 Schutzplätzen, wovon
51 Sammelschutzräume
mit insgesamt 2796
Schutzplätzen

Laufende Dossiers:	252
Eingekaufte Schutzplätze für den Bau von privaten Sammelschutzräumen:	2 004
Ersatzbeiträge für den Bau von öffentlichen Schutzräumen:	1 930

Öffentliche Schutzräume

Bewilligte Schutzräume 2006:	0
Realisierte Schutzräume 2006:	7 mit 1 565 Schutzplätzen

2006 abgeschlossene und bezahlte Bauten: Attalens (2 ×), Chénens, Semsales, Ried, Rossens, Fétigny

Im Bau:

Corpataux-Magnedens, Corserey, Ecublens, Granges, Le Glèbe, Les Montets, Sâles, Vuisternens-devant-Romont

Vorprojekte und Projekte in Planung oder im Genehmigungsverfahren:

Alterswil, Cottens, La Sonnaz (Lossy)

Ausbezahlte Beträge (Subventionen):

Bund	685 467 Franken
Kanton	35 216 Franken

Bauten der Schutzorganisationen und des Sanitätsdienstes

2006 bezahlte Bauten:

- Chénens: Ortsleitung
- Attalens: Ortsleitung

Abgenommene und anerkannte Bauten 2006

- Vuisternens-devant-Romont: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III

Anlagen im Bau:

- Avry: Kommandoposten III, Bereitstellungsanlage III
- Corpataux-Magnedens: Ortsleitung

- Corserey: Ortsleitung
- Ecublens: Ortsleitung
- Granges: Bereitstellungsanlage III
- Les Montets: Bereitstellungsanlage III

Ausbezahlte Beträge (Subventionen):

- | | |
|----------|-----------------|
| – Bund | 668 062 Franken |
| – Kanton | 4 199 Franken |

Projektierte Anlagen

Jaun: Bereitstellungsanlage III, Alterswil: Bereitstellungs-
anlage III, Le Mouret: Bereitstellungsanlage III

III. Amt für Bevölkerung und Migration (BMA)

1. Personal und Organisation

Der Bestand des ständigen Personals blieb unverändert (35,1 Vollzeitstellen). Hingegen musste wegen der anhaltenden Zunahme der Anzahl Ausländer im Kanton und der damit verbundenen, zusätzlichen Arbeitslast wiederum Temporärpersonal angestellt werden (entsprechend 5,1 Vollzeitstellen). Gegen Ende des Jahres musste dieses Personal sogar noch um eine Einheit erhöht werden.

2. Fremdenpolizei

Der freie Personenverkehr für Angehörige der EU- und EFTA-Staaten wurde per 1. April 2006 auf die 10 Staaten ausgeweitet, die per 1. Mai 2004 der EU beigetreten sind. Die Einwanderung aus europäischen Staaten (+ 7,4 %) hat im Berichtsjahr wiederum wesentlich zur allgemeinen Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung im Kanton (3,5 % im Berichtsjahr, 3,6 % im Jahr 2005; 3,4 % im Jahr 2004) beigetragen. Zugenommen haben auch die Massnahmen, die im Hinblick auf eine Ausschaffung ergriffen werden mussten, insbesondere wegen illegalen Aufenthalts (+ 22 %).

2.1 Neue Jahresbewilligungen

Es wurden 2502 (2927) neue Jahresaufenthaltsbewilligungen ausgestellt.

2.2 Kurzaufenthalterbewilligungen

Das Amt hat 3450 (3148) Kurzaufenthalterbewilligungen mit oder ohne Arbeitsaufnahme (Studenten) ausgestellt.

2.3 Niederlassungsbewilligungen

Es wurden 2117 (2904) neue Niederlassungsbewilligungen ausgestellt.

2.4 Erneuerungen von Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen

Das Amt hat 10 541 (13 464) Jahresaufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen erneuert.

2.5 Zusammenfassung der erteilten Bewilligungen

	2005	2006
Jahresaufenthaltsbewilligungen (Ausweis B)	2 927	2 502
Niederlassungsbewilligungen (Ausweis C)	2 904	2 117
Kurzaufenthalterbewilligungen (Ausweis L)	3 148	3 450
Erneuerungen von B- und C-Bewilligungen	13 464	10 541
Total	22 443	18 610

2.6 Bestand der am 31. Dezember 2006 im Kanton anwesenden Ausländer (ohne Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen)

	2005	2006
Ausweis für Kurzaufenthalter	1 522	1 868
Ausweis B	11 707	11 473
Ausweis C	26 310	27 581
Total	39 539	40 922

2.7 Administrativmassnahmen

	2005	2006
Namentliche Gesuche für die Zusicherung der Aufenthalts- und Einreisebewilligung, die vom Amt abgewiesen wurden	143	78
Ausschaffungsverfügungen	247	302
Verweigerung oder Widerruf von Aufenthaltsbewilligungen	95	84
Androhung der Ausweisung	24	33
Ausweisungsverfügungen gemäss Art. 10 ANAG	15	8
Ausschaffungshaft (ausgesprochene Verfügungen)	144	149
Ausschaffungshaft (vollzogene Verfügungen)	95	92
Überprüfungen durch das Verwaltungsgericht	53	44
Gebietszuweisungen (Ein- oder Ausgrenzungen)	7	11
Abgewiesene Gesuche um Härtefallbewilligungen	45	31
Beim Verwaltungsgericht eingereichte Beschwerden gegen		
Administrativmassnahmen	93	126
Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden	1	1
Teilweise gutgeheissene Beschwerden	–	2
Gutgeheissene Beschwerden mit Rückweisung	–	2
Vom Verwaltungsgericht eingestellte Verfahren	6	23
Vom Bundesamt für Migration (BFM) auf Antrag des Kantons verfügte Einreiseperrnen	264	312

2.8 Zustimmungen für Erwerbstätigkeit

In 293 (252) Fällen wurde Ausländern, die in einem anderen Kanton wohnen, die Genehmigung für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Kanton Freiburg erteilt.

2.9 Rückreisevisa

Im Jahre 2006 wurden 162 (162) Rückreisevisa für die Schweiz an ausländische Staatsbürger ausgehändigt.

3. Bereich Asyl

Die Zahl der neu dem Kanton zugewiesenen Asylbewerber hat im Berichtsjahr leicht zugenommen (+ 7 % im Vergleich zu 2005), doch insgesamt ging die Anzahl Personen, die dem Asylgesetz unterstehen oder vorläufig aufgenommen wurden, um 4,8 % zurück (1436 Personen im Vergleich zu 1505 im Jahr 2005). Die Anzahl Personen, auf deren Asylgesuch

nicht eingetreten wurde, bewegt sich weiterhin auf einem sehr tiefen Niveau (am 31. Dezember 2006 waren 34 Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE) registriert).

3.1 Tätigkeiten im Asylbereich:	2005	2006
Personen, die in eine Empfangsstelle geschickt wurden	20	26
Asylbewerber, die gemäss eidgenössischem Verteilschlüssel dem Kanton Freiburg zugewiesen wurden	324	347
Vom Amt durchgeführte Befragungen (Asyl und Fremdenpolizei)	281	296
Asylbewerber, die aufgrund eines schwerwiegenden persönlichen Härtefalls eine Aufenthaltsbewilligung erhalten haben	84	81
Asylbewerber, für die das Bundesamt für Migration (BFM) eine vorläufige Aufnahme verfügt hat	137	116
Positive Entscheide des BFM	54	57
Negative Entscheide des BFM	313	183
Beim BFM hängige Asylgesuche	104	210
Beim Kanton hängige Befragungen (Asyl)	5	13
Total der am 31.12.2006 im Kanton weilenden Asylbewerber	820	711
Total der am 31.12.2006 im Kanton Freiburg vorläufig aufgenommenen Ausländer	685	725

3.2 Übersicht über die an Asylbewerber und an vorläufig aufgenommene Personen ausgestellten provisorischen Arbeitsbewilligungen:

	2005	2006
Agenturen für Temporärarbeit	258	232
Industrie	25	28
Gastgewerbe	26	17
Handel	13	1
Bauunternehmen	13	18
Spitäler	8	8
Reinigungsinstitute	20	14
Übrige	61	63
Total	424	381

4. Sektion Ausländische Arbeitskräfte

Seit dem 1. April 2006 wird der Schweizer Arbeitsmarkt schrittweise für Angehörige der zehn Staaten, die der EU am 1. Mai 2004 beigetreten sind, geöffnet. Während Staatsangehörige von Zypern und Malta bereits dieselben Rechte (freier Personenverkehr) geniessen wie die Angehörigen der «alten» EU-Staaten, können die Angehörigen der übrigen neuen EU-Staaten nur unter bestimmten Bedingungen aufgenommen werden. So gelten bei der Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung für Angehörige dieser so genannten EG-8-Staaten die Priorität der inländischen Arbeitskräfte, die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen sowie eine zahlenmässige Beschränkung. Für Staatsangehörige von Zypern und Malta und für Angehörige der «alten» EU-Staaten sowie der EFTA-Staaten galt hingegen nur noch die zahlenmässige Beschränkung.

4.1 EU/EFTA-Bürger

<i>Anmeldung</i>	2005	2006
– für eine Tätigkeit von max. 3 Monaten bei einem Schweizer Arbeitgeber	981	1 245
– für entsandte Arbeitnehmer	580	659
– für grenzüberschreitende, selbständige Leistungserbringer	46	215

4.1.2 Vorgängige Bewilligungen (betrifft Angehörige der EG-8-Staaten)

Jahresaufenthaltsbewilligungen	–	8
Kurzaufenthaltsbewilligungen	–	233
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	–	188

4.2 Angehörige von Drittstaaten

<i>Vorgängige Bewilligungen</i>	2005	2006
Jahresaufenthaltsbewilligungen	50	34
Kurzaufenthaltsbewilligungen	178	111
Bewilligungen für eine Höchstdauer von 4 Monaten	133	51
Bewilligung für Künstler	585	593

<i>4.2.2 Stellungnahmen</i>	3 257	3 760
-----------------------------	-------	-------

4.3 Administrativmassnahmen

Hat ein Arbeitgeber wiederholt oder schwer gegen Vorschriften des Ausländerrechts verstossen, so kann die kantonale Behörde gestützt auf Artikel 55 BVO dessen Gesuche um ausländische Arbeitskräfte ganz oder teilweise abweisen oder ihm diese Sanktion androhen.

	2005	2006
Verweise	203	178
Androhungen	115	130
Suspendierungen	19	31

5. Schweizerpässe und Identitätskarten

Wie bereits 2005 war die Anzahl der ausgestellten Pässe und Identitätskarten im Jahr 2006 insgesamt rückläufig. Insbesondere für den Schweizerpass 2003 ist die Nachfrage nach der anfänglichen Euphorie stark zurückgegangen (– 12 %). Die seit September 2006 angelaufene Testphase für biometrische Pässe 2006 hat aber nicht signifikant zu dieser Entwicklung beitragen (59 Exemplare für den Kanton Freiburg). Der Rückgang bei den provisorischen Pässen erklärt sich dadurch, dass die Herstellung der normalen Pässe nunmehr innert kürzerer Fristen möglich ist.

5.1 Vom Amt im Jahre 2006 ausgehändigte Ausweise

	2005	2006
Normale Pässe	24 025	21 076
Identitätskarten	29 598	28 418
Provisorische Pässe	1 262	984
Biometrische Pässe	–	59

IV. Amt für Gewerbepolizei (GePoA)

1. Öffentliche Gaststätten

Im Jahr 2006 hat die Sicherheits- und Justizdirektion folgende Patente erteilt:

- 1 neues Patent A für das Hotelleriegewerbe,
- 20 neue Patente B für Betriebe mit Alkohol,
- 1 neues Patent D für ein Dancing oder Kabarett,
- 1 neues Patent E für eine Hotelbar,
- 18 neue Patente G für Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind,
- 16 neue Sonderpatente H,
- 7 neue Patente I für hotelähnliche Betriebe,
- 209 Patente für die Übernahme eines laufenden Betriebes.

Zudem wurden 345 Patente erneuert, 24 Namensänderungen bewilligt und 7 Patente erweitert.

In 6 Fällen wurde die Schliessung des Betriebes angeordnet. Ausserdem wurden 7 Patente entzogen und 1 Patentgesuch abgelehnt.

Am 31. Dezember 2006 betrug die Zahl der öffentlichen Gaststätten:

Hotelbetriebe	174
Betriebe mit Alkohol	535
Betriebe ohne Alkohol	16
Dancings, Kabarett	33
Hotelbars	15
Nachrestaurants	3
Betriebe, die einem Lebensmittelgeschäft angegliedert sind	101
Büvetten, Cafeterias, Ausländerkolonien	483
Hotelähnliche Betriebe	90
Total	1 450

Der Arbeitgeberverband für Restauration und Hotellerie (Gastro-Freiburg) hat unter Aufsicht der Direktion zwei Ausbildungskurse in französischer Sprache für Betriebsführer von öffentlichen Gaststätten organisiert.

Die Direktion hat 55 Fähigkeitsausweise ausgehändigt. Im Weiteren haben 21 Inhaber eines von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweis oder eines Diploms einer anerkannten Hotelfachschule die entsprechende Zusatzprüfung abgelegt.

2. Handel mit alkoholhaltigen Getränken

Das Amt hat 2 Patente entzogen.

Am 31. Dezember 2006 bestanden 458 Patente für den Handel mit alkoholhaltigen Getränken.

3. Lotterien und Kollekten

Im Jahr 2006 wurden 155 Bewilligungen für die Durchführung einer Lotterie erteilt (158 im Jahr 2005). In diesen

Zahlen sind die Loterie Romande, das Sport-Toto und das Schweizer Zahlenlotto nicht inbegriffen.

Weiter wurden 60 Sammlungen für wohltätige Zwecke bewilligt, wovon 57 im Kalender der Stiftung ZEWÖ (Fachstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen) aufgeführt waren.

4. Kinokontrollen

Die Betriebsführer von Kinos haben 216 Filme angemeldet und für alle eine Aufführungsbewilligung erhalten.

Die Aufsichtskommission für Filmwesen und Theater hielt keine Sitzung ab.

5. Sicherheitsunternehmen

Im Jahr 2006 wurden ausgestellt:

119 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal,

149 Ausübungsbewilligungen.

Das Amt hat zudem 5 Bewilligungen für die Anstellung von Sicherheitspersonal, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in öffentlichen Gaststätten zuständig sind, erteilt.

Ferner hat das Amt 12 Gesuche um Bewilligungen für die Ausstellung von Sicherheitspersonal abgewiesen.

Ausserdem wurde an drei Sicherheitsunternehmen mit Sitz im Kanton Freiburg eine Betriebsbewilligung erteilt.

Die Prüfungskommission für Sicherheitsunternehmen hat zwei Prüfungssessionen durchgeführt.

Zurzeit haben 9 Sicherheitsunternehmen eine Betriebsbewilligung für den Kanton Freiburg.

6. Spielapparate und Spielsalons

Im Jahr 2006 hat das Amt 825 Betriebsbewilligungen für Geldspielautomaten erteilt. Ausserdem wurde der Betrieb von 428 Unterhaltungsapparaten bewilligt.

Im Kanton Freiburg werden zurzeit 11 Spielsalons betrieben.

7. Handelspatente

Im Jahr 2006 wurden 113 Ausweise für Reisende ausgestellt.

8. Konsumkredit

Im Jahr 2006 wurden 9 Bewilligungen für die Ausübung der Tätigkeit als Kreditvermittler erteilt.

9. Masse und Gewichte

Entsprechend den eidgenössischen Gesetzesbestimmungen wurden geprüft:

788 Waagen für offene Verkaufsstellen, 655 Waagen für nicht offene Verkaufsstellen, 46 Fahrzeugwaagen, 3 Geleisewaagen, 40 Spezialwaagen, 17 selbsttätige, diskontinuierlich totalisierende Waagen (Schüttwaagen), 210 Preisauszeichnungswaagen für Zufallspackungen, 13 Gewichtstücke, 783 Volumenmessanlagen für Mineralöle, 34 Volumenmessanlagen für Lebensmittel (Milch, Wein) und 423 Abgasprüfgeräte.

V. Amt für Strafvollzug (StrVA)

1. Personal

Das Personal des Amtes für Strafvollzug besteht aus einem Amtsvorsteher, zwei Verwaltungsmitarbeiterinnen und einem Lehrling.

2. Gesetzliche Grundlagen

Die Aufgaben des Amtes für Strafvollzug werden im Wesentlichen in der Strafprozessordnung (Art. 247 und 248), in der Verordnung vom 9. Dezember 2002 über den Strafvollzug, im Reglement vom 11. Juli 1986 betreffend den tageweisen Vollzug und den Vollzug in Form der Halbgefängenschaft sowie im Reglement vom 7. Juni 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit umschrieben.

3. Vollzug von Strafen und Massnahmen im Jahr 2006

3.1 Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen im Kanton

278 Personen haben Freiheitsstrafen von weniger als sechs Monaten im Zentralgefängnis oder in den Bezirksgefängnissen verbüsst.

- a) 69 Personen wurde erlaubt, die Strafe in Form von Halbgefängenschaft zu verbüsen. Die Erleichterung besteht darin, dass die Verurteilten weiterhin ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen und nur während der Nachtzeit und am Sonntag in Haft belassen werden.
- b) 4 Personen haben darum ersucht, ihre Strafe auf Wochenenden zu verteilen.

205 Personen, die die Voraussetzungen für einen erleichterten Strafvollzug nicht erfüllten, verbüsst ihre Strafe in Normalhaft im Zentralgefängnis oder im Gefängnis Bulle, manche auch in den Anstalten von Bellechasse.

3.2 Vollzug in anderen Kantonen

521 Strafen (umgewandelte Bussen inbegriffen), die von den Justizbehörden unse Kanton ausgesprochen wurden, sind in anderen Kantonen verbüsst worden, da die Verurteilten dort niedergelassen waren oder sich dort aufhielten.

3.3 Gemeinnützige Arbeit

Seit der Inkraftsetzung des Reglements vom 1. August 1993 über den Vollzug von Strafen in der Form der gemeinnützigen Arbeit können kurze Strafen bis zu 90 Tagen durch gemeinnützige Arbeit abgegolten werden. Diese Arbeit muss zugunsten einer sozialen oder gemeinnützigen privaten Organisation, der öffentlichen Verwaltung oder einer unterstützungsbedürftigen Person geleistet werden. Dabei entsprechen 4 Stunden gemeinnütziger Arbeit einem Tag Freiheitsentzug.

Im Jahr 2006 haben 337 Personen gemeinnützige Arbeit geleistet. Die Arbeitsleistung betrug insgesamt 48 598 Stunden, was einer Dauer von 12 149 Hafttagen entspricht. In zwölf Fällen musste die Bewilligung für gemeinnützige Arbeit widerrufen werden, weil die verurteilte Person sich ungebührlich verhalten hat, weil sie unentschuldig der Arbeit ferngeblieben ist oder weil sie sich nachträglich für den Normalvollzug entschieden hat.

3.4 Vollzug von langen Strafen und Massnahmen

- a) 219 Personen haben Strafen von mehr als 90 Tagen in Konkordats- oder anderen Strafanstalten verbüsst. Des weitern wurden 20 Personen gestützt auf die Artikel 43, 44 oder 100^{bis} des Strafgesetzbuchs in Strafanstalten, Arbeitserziehungsanstalten, Institutionen für Alkohol- und Rauschgiftabhängige sowie in Heimen und Spitälern eingewiesen.

Die Strafen und Massnahmen wurden in folgenden Einrichtungen verbüsst:

	Hafttage	Personen
– Anstalten von Bellechasse	18 705	106
– Strafanstalt Plaine de l'Orbe/VD	3 962	21
– Anstalten von Crêtelongue/VS	1 419	11
– Anstalten von Bellevue in Gorgier/NE	2 011	17
– Gefängnis La Tuilière in Lonay/VD	304	3
– Strafanstalt Witzwil/BE	578	5
– Strafanstalt Realta, Cazis/GR	347	2
– Strafanstalt Bostadel, Menzingen/ZG	272	1
– Strafanstalt Hindelbank/BE	630	3
– Strafanstalt La Stampa, Lugano/TI	431	3
– Strafanstalt Thorberg/BE	265	2
– Strafanstalt Pöschwies /ZH	334	1
– Massnahmenzentrum St. Johannsen/BE	753	3
– Arbeitserziehungsanstalt Pramont/VS	333	2
– Stiftung Bartimée/VD	275	2
– Strafanstalt Lenzburg/AG	844	5
– Centre de sociothérapie La Pâquerette/GE	38	1
– Centre le Levant/NE	19	1
– Foyer St-Louis, Freiburg	96	1
– Haus Schmelzi, Grenchen/SO	80	1
– Stiftung Terra Vecchia, Niedermuhlern /BE	33	1
– Verschiedene ausserkantonale Kurzstrafen	972	47
Total	32 701	239

- b) 32 Personen wurde vor der bedingten Entlassung die Halfreiheit in folgenden Einrichtungen gewährt:

– Zentralgefängnis	218	5
– Gefängnis Bulle	281	3
– Übergangsheim Montfleury/GE	951	9
– Übergangsheim Le Vallon/GE	590	9

	Hafttage	Personen
– Übergangsheim Adler, Frauenfeld /TG	176	1
– Übergangsheim Bethlehem, Wangen b. Olten /SO	116	1
– Übergangsheim La Ronde, La Chaux-de-Fonds /NE	53	3
– Wohnheim Le Relais, Morges /VD	31	1
Total	2 416	32

Mit Ausnahme einer Person haben alle sich alle diese Personen an die Bedingungen der Halfreiheit gehalten.

c) Bedingte Entlassung

Die beratende Kommission für die bedingte Entlassung hat fünf Sitzungen abgehalten und dabei 84 Fälle behandelt. Diese Kommission gibt jeweils ihre Stellungnahme ab, wenn bei einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr oder bei einer Massnahme die bedingte Entlassung zu prüfen ist. In allen nachstehend aufgeführten Fällen entschied der Vorsteher der Sicherheits- und Justizdirektion im Sinne der Anträge der Kommission:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	51
– Bedingte Entlassung zu einem späteren Zeitpunkt	13
– Verweigerung der bedingten Entlassung	7
– Widerruf der bedingten Entlassung	5
– Verwarnung	8
Total	84

Sechs Personen haben gegen Entscheide der Sicherheits- und Justizdirektion Beschwerde beim Verwaltungsgericht erhoben. Vier Beschwerden wurden abgewiesen, auf eine Beschwerde wurde nicht eingetreten und eine Beschwerde ist noch hängig.

Bedingte Entlassung bei Strafen von weniger als einem Jahr:

– Bedingte Entlassung nach der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestdauer	35
– Verweigerung	0
– Widerruf	0
Total	35

3.5 Umgewandelte Bussen

Unbezahlte Bussen werden in Haftstrafe umgewandelt (30 Franken = 1 Tag Haft).

Im Jahr 2006 haben die Gerichtsbehörden dem Amt für Strafvollzug 3023 Strafmandate mit umgewandelten Bussen über insgesamt 821 700 Franken, entsprechend 27 390 Hafttagen, überwiesen. Da die Bussen auch nach der Umwandlung noch bezahlt werden können, konnte hier ein Betrag von 401 363 nachträglich einkassiert werden.

3.6 Verschiedenes

– Vorladungen zum Strafvollzug	175
– Zustellung des Fragebogens über die Vollzugsmöglichkeiten bei Kurzstrafen	390
– Unterbrechung des Strafvollzuges	1
– Ausschreibung im schweizerischen Polizeianzeiger	132
– Ausschreibung im kantonalen Polizeianzeiger	86
– Versetzungen	65

4. Begnadigungsgesuche

Der Grosse Rat hat im Jahr 2006 ein Begnadigungsgesuch behandelt, welches abgewiesen wurde.

5. Strafregister

Die Koordinationsstelle für das Strafregister hat 2733 Eintragungen im Hinblick auf die Löschung nach Ablauf der Bewährungszeit geprüft. In 2219 Fällen (81 %) hat sie die Löschung des Eintrags angeordnet, in 514 Fällen (19 %) waren die Bedingungen für eine Löschung nicht gegeben.

VI. Amt für Gefängnisse (GefA)

1. Personal

Das Personal setzt sich wie folgt zusammen: 1 Amtsvorsteher, 1 Oberaufseher (die Stelle wurde per 01.05.200 neu besetzt), 2 Oberaufseher-Stellvertreter (neu seit 01.05.2006), 10 Aufseher, wovon 2 im Gefängnis Bulle tätig sind, 3 Aufseherinnen (seit dem 01.07.2006 auch im Turnus inkl. Nachtdienst), 1 Aufseher für den Empfangsdienst (100 % seit dem 01.01.2006), 1 Werkstattaufseher, 1 Koch, 1 Sekretärin (40 %) und 1 Krankenschwester (70 % seit dem 01.01.2006), 1 Aufseher (100 % vom 01.09. bis 31.12.2006 – zeitlich befristete Anstellung).

2. Insassen

In den Gefängnissen werden grundsätzlich folgende Kategorien von Personen unabhängig von Geschlecht und Alter (Voll- und Minderjährige) untergebracht:

- Untersuchungshäftlinge für die Dauer der Untersuchung;
- Untersuchungshäftlinge nach Abschluss der Untersuchung bis zum Gerichtsurteil;
- Verurteilte bis zur ihrer Überführung in eine Strafanstalt;

- Insassen, welche von einem Gefängnis in eine Strafanstalt oder umgekehrt überführt werden;
- Insassen, die Haftstrafen verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu 15 Tagen im tageweisen Vollzug verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen bis zu höchstens sechs Monaten in Form der Halbgefängenschaft verbüssen;
- Verurteilte, welche Strafen von mehreren Monaten in Form der Halbfreiheit verbüssen (Endphase bei langen Strafen);
- Verurteilte, welche Strafen bis zu drei Monaten im ordentlichen Vollzugssystem verbüssen;
- Personen, welche auf Grund der Jugendstrafgerichtsbarkeit zurückbehalten werden;
- Insassen auf Grund der Bundesgesetzgebung über die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht.

2.1 Neueintritte im Jahr 2006

	Schweizer	Ausländer
– Männer – Zentralgefängnis	133	472
– Männer – Gefängnis Bulle	38	58
– Männer – Gefängnis Romont	0	0
– Frauen – Zentralgefängnis	19	23
Total	190	553

2.2 Hafttage

	Schweizer/innen		Ausländer/innen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Untersuchungshaft					
– Zentralgefängnis	1 080	224	9 750	579	11 633
– Gefängnis Bulle	175	0	1 606	0	1 781
Jugendhaft					
– Zentralgefängnis	153	0	251	4	408
– Gefängnis Bulle	0	0	0	0	0
Ordentlicher Vollzug von Gefängnis- und Haftstrafen					
– Zentralgefängnis	793	249	3 330	17	4 389
– Gefängnis Bulle	38	0	122	0	160
– Gefängnis Romont					
Tageweiser Vollzug	7	10	12	10	39
Halbgefängenschaft					
– Zentralgefängnis	1 344	19	765	0	2 128
– Gefängnis Bulle	602	0	140	0	742
Halbfreiheit					
– Zentralgefängnis	170	0	35	0	205
– Gefängnis Bulle	215	0	66	0	281
Zwangsmassnahmen	0	0	1 608	6	1 614
Militärarrest – Bulle	9	0	0	0	9
Total	4 586	502	17 685	616	23 389

3. Verpflegung

Der Menüplan erstreckt sich jeweils über mehrere Wochen. Die Mahlzeiten werden im Zentralgefängnis von einem Koch mit Fachausweis zubereitet (seit dem 01.07.2006 werden zudem je zwei Insassen in der Küche beschäftigt). In den Bezirksgefängnissen werden die Mittagsmahlzeiten von einer externen Institution geliefert.

Im Jahre 2006 ist bezüglich Qualität oder Quantität der Nahrung keine Beschwerde bei der Direktion eingegangen.

4. Räumlichkeiten

4.1 Das Gebäude des Zentralgefängnisses umfasst 8 Sektoren, nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	37 Plätze
– Minderjährige:	3 Plätze
– Gemeinschaftshaft:	11 Plätze
– Untersuchungshaft Frauen:	5 Plätze
– Halbfreiheit:	4 Plätze
– Tageweiser Vollzug und Halbgefängenschaft:	7 Plätze
– Vollzug von Zwangsmassnahmen:	<u>9 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	76 Plätze

4.2 Das Gefängnis Bulle umfasst zwei Sektoren, nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	6 Plätze
– Strafvollzug Männer:	<u>5 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	11 Plätze

4.3 Das Gefängnis Romont umfasst zwei Sektoren (dieses Gefängnis wurde im Jahr 2006 nicht benützt), nämlich:

– Untersuchungshaft Männer:	5 Plätze
– Strafvollzug Männer:	<u>2 Plätze</u>
Total der verfügbaren Plätze:	7 Plätze

5. Beschäftigung der Häftlinge

Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, sind nicht zur Arbeit verpflichtet. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches sehen hingegen vor, dass Verurteilte oder sich in Haft befindende Personen zur Arbeit angehalten werden können.

Im Zentralgefängnis werden einige inhaftierte Personen (seit Mai 2006 rund 25 Insassen und Insassinnen) mit Küchen-, Unterhalts- und Reinigungsarbeiten und im Atelier beschäftigt. Dank der Einstellung eines Werkstattaufsehers konnte die Zahl der Beschäftigten spürbar erhöht werden.

6. Häftlingsfürsorge

Der Amtsvorsteher und seit dem 01.05.2006 der Oberaufseher haben die neu eingetroffenen Insassinnen und Insassen, insbesondere die Untersuchungshäftlinge, die Insas-

sen im Strafvollzug und diejenigen, die aufgrund der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht inhaftiert wurden, innerhalb von 48 Stunden angehört. Die medizinische Betreuung im Zentralgefängnis wird von zwei Ärzten, Dr. Roger Riedo und Dr. Marc-Antoine Gamba sowie von einer Krankenschwester (deren Pensum per 01.01.2006 von 50 auf 70 % erhöht wurde) gewährleistet. Seit Beginn des Berichtsjahres verfügt der Gesundheitsdienst über Räumlichkeiten, die den europäischen Normen entsprechen. Im Jahre 2006 haben die Ärzte 433 Konsultationen durchgeführt. In den Bezirksgefängnissen wird jeweils der Pikettarzt herbeigerufen (72 Konsultationen). Mehrere Häftlinge mussten für Eingriffe ins Spital überführt werden. Gegenwärtig ist keine kantonale Pflegeeinrichtung in der Lage, Gefangene zur Behandlung aufzunehmen und eine minimale Sicherheit zu gewährleisten. Die Untersuchungsrichter müssen deshalb die Angeschuldigten in die Zellentakte der Spitäler Genf oder Bern einweisen.

Seit Februar 2004 steht der Psychosoziale Dienst jeweils einen Nachmittag pro Woche den Insassinnen und Insassen des Zentralgefängnisses zur Verfügung. Des Weiteren werden die Gefängnisärzte für die Behandlung von Alkohol- oder Rauschgiftsüchtigen von Spezialisten unterstützt. Die Anwesenheit von Rauschgiftsüchtigen in einer Anstalt wie dem Zentralgefängnis bereitet weiterhin heikle Probleme, die im Rahmen einer allgemeinen Neuüberprüfung der Situation zusammen mit den medizinischen Fachorganen gelöst werden sollten.

Die moralische und geistliche Betreuung der Häftlinge wird von den katholischen und reformierten Geistlichen gewährleistet. Ausserdem werden die Insassen auch von Priestern der italienischen und spanischen katholischen Mission sowie von anderen Priestern und Laien besucht.

Im Bedarfsfall kommen die Gefangenen in den Genuss einer beschränkten materiellen Hilfe.

Die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe sind, neben ihren anderen Tätigkeiten, mit der Fürsorge in den Gefängnissen des Kantons beauftragt. An drei Nachmittagen in der Woche sind sie im Zentralgefängnis anwesend und treffen alle neu Angekommenen in speziell dafür eingerichteten Räumlichkeiten. In den Bezirksgefängnissen sind die Mitarbeiter des Amtes für Bewährungshilfe zweimal pro Monat oder auf Anfrage auch häufiger anwesend. Diese Kontakte mildern den Schock, den die Inhaftierung bewirkt, und begünstigen die Rückkehr der Häftlinge ins Zivilleben. Sie erleichtern auch die Beziehungen der Insassen mit ihren Familien und den Arbeitgebern.

Mehrere Personen, die vom Amt für Bewährungshilfe gemäss dem Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen eine entsprechende Bewilligung erhalten haben, besuchten Häftlinge in den Gefängnissen des Kantons, vor allem solche, die keine Familie mehr haben oder keinen Kontakt mit ihr pflegen.

Jeden Samstag von 15 bis 16 Uhr können Insassen im ordentlichen Strafvollzug von ihren Angehörigen besucht werden. Personen, die sich in Untersuchungshaft befinden, können mit Bewilligung des zuständigen Untersuchungsrichters ebenfalls Besuche empfangen.

VII. Amt für Bewährungshilfe (AfB)

1. Personal

Das Personal des Amtes für Bewährungshilfe umfasst einen Amtsvorsteher, eine Adjunktin, sechs BewährungshelferInnen, eine Bürochefin, zwei Sekretärinnen und eine kaufmännische Lehrtochter. Wie jedes Jahr absolvierten zwei PraktikantInnen einer Hochschule für Sozialarbeit ein sechsmonatiges Praktikum im Amt.

2. Gesetzliche Grundlagen

Das Amt für Bewährungshilfe handelt bis zum Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches per 1. Januar 2007 in Anwendung der Artikel 47 und 379 StGB und des kantonalen Reglements vom 10. Dezember 1973 betreffend die Bewährungshilfe. Im Weiteren hat es gemäss Art. 113 der Strafprozessordnung (StPO) des Kantons Freiburg die Aufgabe, provisorisch aus der Untersuchungshaft Entlassene zu begleiten und zu kontrollieren. Das Amt für Bewährungshilfe übernimmt auch die soziale Begleitung von Inhaftierten, welche von der Freiburger Justiz verurteilt wurden und in den Gefängnissen des Konkordats der Westschweiz und des Tessins ihre Strafe verbüssen. Nach einer bedingten Entlassung übernimmt das Amt für Bewährungshilfe ferner die Begleitung der Verurteilten. Das Amt garantiert, gemäss Reglement vom 7. Juni 1993 über den Vollzug von Strafen in Form der gemeinnützigen Arbeit, die Organisation und die Umsetzung aller unter diese Kategorie fallenden Strafen.

3. Aktivitäten

Das Amt für Bewährungshilfe hat 2006 seine Aktivitäten auf folgende zwei Schwerpunkte konzentriert. Einerseits die Informatisierung der Sozialdossiers und die Vernetzung des Amtes mit dem Amt für Strafvollzug, mit dem Amt für Gefängnisse sowie mit den Anstalten von Bellechasse; andererseits die Aufarbeitung der Dossiers der gemeinnützigen Arbeit nach deren Übernahme im Sommer 2005. Auch die Gruppe der freiwilligen BesucherInnen wurde neu strukturiert. Das Jahr wurde mit den letzten Vorbereitungsarbeiten beendet, welche im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Strafgesetzes stehen und vor allem für die gemeinnützige Arbeit direkte Folgen haben werden.

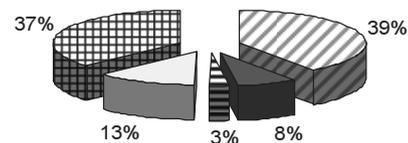
3.1 Statistik

Im Jahre 2006 hat die Abteilung für Soziales des Amtes für Bewährungshilfe in den Untersuchungsgefängnissen und in den kantonalen und ausserkantonalen Strafvollzugsanstalten 1571 Gespräche geführt. 1365 Gespräche fanden in den Büros des Amtes oder ausserhalb des Amtes statt (Ämter, Hausbesuche, Heime, Arbeitsstelle, Heime usw.).

Gesamthaft waren dies 2936 Gespräche. Was die Anzahl der offiziellen Mandate der Bewährungshilfe (192 Mandate) betrifft, so ist festzuhalten, dass ein Zehntel davon vom Untersuchungsrichteramt im Zusammenhang mit Art. 113 StPO übertragen wurden.

Das Verhältnis zwischen den Frauen (10,5 %, + 1,5 %) und den Männern (89,5 %) hat sich 2006 leicht verändert, während die Rückfallquote auf 18,2 % (– 1,8 %) zurückgegangen ist. Ein Viertel der begleiteten Personen sind zwischen 18 und 25 Jahre alt. Die ausgerichtete finanzielle Hilfe bezifferte sich auf Fr. 81'369.60. Die Unterstützung erfolgt in Form von Geldbeträgen, Lebensmittel, Kleider, Transportgutscheine oder in Form von Beteiligung an Therapien, Weiterbildungskursen (Berufsbildung, Fahrstunden, Computerkurs).

Aufteilung der Gespräche



- Untersuchungsgefängnisse des Kantons
- Strafanstalten Bellechasse
- Andere Anstalten des Konkordates der Westschweiz und des Tessins
- Auswärtige Gespräche (Behörden, Spitäler, zu Hause, usw.)
- Gespräche im Amt

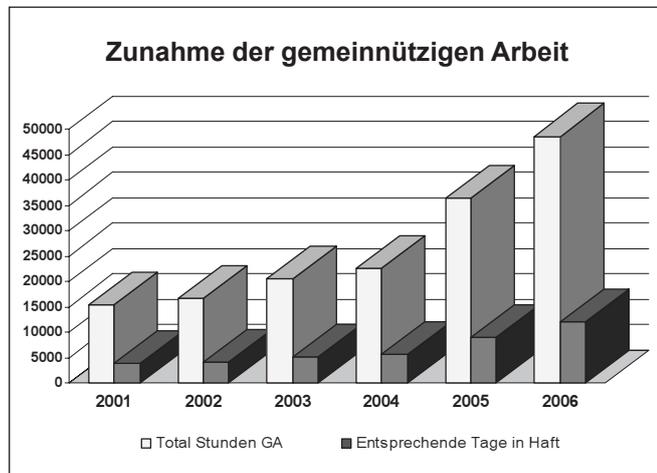
3.2 Gemeinnützige Arbeit (GA)

Die gemeinnützige Arbeit (abgekürzt GA) stellt eine alternative Vollzugsform dar, die anstelle von Freiheitsstrafen Anwendung findet. Die Entwicklung eines neuen Konzepts über Strafformen zeigt, dass die GA der Forderung nach Wiedergutmachung oder nach Erhaltung der sozialen Kontakte eher entspricht als die Inhaftierung. Die alternativen Strafen werden vom Amt für Bewährungshilfe verwaltet.

Laut der Verordnung 3 zum Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB), die bis am 31.12.2006 in Kraft war, konnten kurze Strafen bis zu höchstens drei Monaten in Form von GA verbüsst werden. Die GA wird nur mit dem Einverständnis der Betroffenen durchgeführt. Sie wird nur innerhalb einer privaten, sozialen oder gemeinnützigen Organisation, einer öffentlichen Verwaltung oder bei einer bedürftigen, von der zuständigen Behörde bestimmten Person durchgeführt.

Die gemeinnützige Arbeit wird in den meisten Kantonen angewandt. Sie wird als eine sozial angebrachte Strafe angesehen, welche einen wichtigen Bestandteil der Resozialisierung und der Wiedereingliederung darstellt. Durch gemeinnützige Arbeit leisten die Verurteilten einen positiven Beitrag für die Gesellschaft; diese alternative Strafform entspricht den Zielen des Amtes für Bewährungshilfe.

Im Verlauf der letzten sechs Jahre hat die gemeinnützige Arbeit konstant zugenommen. Im Jahre 2001 wurden 139 Fälle (entsprechend 3817 Hafttagen) behandelt, und im Jahre 2006 war die Anzahl Fälle auf 337 (entsprechend 12 149 Hafttagen) angestiegen.



Am 1. Januar 2006 waren 50 Personen in einem Programm der gemeinnützigen Arbeit (GA) tätig. Im Verlauf des Jahres haben zudem 387 Personen darum ersucht, ihr Urteil in dieser Form vollziehen zu können. Am 31. Dezember 2006 hatten 163 Personen ihr Urteil im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit verbüsst, weitere 90 Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch im Urteilsvollzug und waren in verschiedenen Institutionen beschäftigt. In 32 Fällen waren noch Abklärungen mit potentiellen Leistungsbezügern im Gang. In elf Fällen wurde der erleichterte Vollzug aus disziplinarischen Gründen oder wegen unentschuldigter Abwesenheit abgebrochen. In 20 Fällen musste die gemeinnützige Arbeit wegen Krankheit unterbrochen werden. Eine Person verstarb vor dem Ende des Vollzugs. Schliesslich wurden 20 Dossiers an das Amt für Strafvollzug retourniert. Dabei handelt es sich um Personen, die auf den Vollzug durch gemeinnützige Arbeit verzichten und den Normalvollzug vorgezogen haben, oder um solche, die den Vorladungen zur Leistung der GA keine Folge geleistet haben. Insgesamt wurden somit im Jahre 2006 337 Dossiers behandelt; die geleistete Arbeitszeit belief sich demnach auf 48 598 Arbeitsstunden.

Am schwierigsten erweisen sich die Durchführung und die Planung von gemeinnütziger Arbeit, deren Dauer 180 Arbeitsstunden übersteigt sowie die Durchführung von GA-Programmen für Personen mit besonderen, persönlichen Schwierigkeiten (IV, Krankheit, Suchtmittelabhängigkeit usw.) Die Ansprüche der Leistungsbezüger erfordern zudem einen hohen Grad an Flexibilität und Engagement seitens der betroffenen Mitarbeiter im Amt.

3.3 Inbetriebnahme des Informatiksystems GINA NT2

Seit Juni 2006 ist das Amt für Bewährungshilfe durch das Informatiksystem GINA NT2 mit dem Amt für Strafvollzug, dem Amt für Gefängnisse und den Strafanstalten

Bellechasse verbunden. Ein Informatikunternehmen wurde beauftragt, die Installation des Betriebssystems gemäss der Studie der Arbeitsgruppe «GinaFri» durchzuführen. Ende 2006 waren alle 286 aktiven Dossiers im System aufgenommen. Diese Umstellung hatte eine deutliche Mehrarbeit für das administrative Personal zur Folge, da viele Anpassungen für das System nötig waren. Für 2007 sind weitere Anpassungen vorgesehen, wie die Statistik sowie weitere Erfassungen. Die Dossiers der Abteilung für alternative Strafformen werden ebenfalls mit GINA NT2 erfasst werden.

3.4 Freiwillige Besucherinnen und Besucher

Im Verlaufe des Jahres 2006 wurde eine neue Gruppe von Personen für freiwillige Besuche zusammengestellt. Vorgängig wurde eine zweitägige Einführung angeboten. Die Gruppe besteht momentan aus Personen verschiedenster Nationalitäten und deckt eine Vielzahl Sprachen und kultureller Hintergründe ab, was der grossen Nachfrage der Gefangenen entgegenkommt. Die BesucherInnen treffen sich viermal jährlich zu einer Supervision, welche von einem auswärtigen Psychologen geleitet wird. Diese Begegnungen erlauben den BesucherInnen, ihre Erfahrungen und Probleme im Zusammenhang mit ihrer Aufgabe auszutauschen. Im Dezember fand ein Weiterbildungstag mit gemeinsamem Mittagessen statt. Dabei wurden die BesucherInnen für ihren Einsatz zugunsten der Gefangenen verdankt.

3.5 Electronic Monitoring (EM)

Als Ergänzung zu den anderen alternativen Strafformen wird das Electronic Monitoring seit vielen Jahren in sieben Kantonen (BE, BL, BS, SO, TI, VD) durchgeführt, zur grössten Zufriedenheit der kantonalen Instanzen und des betroffenen Umfeldes. Für den Kanton Freiburg würde das EM eine willkommene Ergänzung zu den bestehenden Strafformen darstellen, denn dadurch kann manchen schwierigen Situationen im Strafvollzug besser begegnet werden. Das Amt für Bewährungshilfe hat in Zusammenarbeit mit dem Amt für Strafvollzug ein Konzept für das EM entwickelt, welches sich an dasjenige der praktizierenden Westschweizer Kantone anlehnt. Am 13. November 2006 hat die Sicherheits- und Justizdirektion des Kantons Freiburg beim Bundesamt für Justiz ein Bewilligungsgesuch eingereicht. In seiner Sitzung vom 21. Dezember 2006 hat der Bundesrat jedoch das Gesuch abgelehnt und die bestehenden Bewilligungen der anderen Kantone für ein Jahr, d.h. bis 31.12.2007 verlängert, mit der Begründung, dass nach neuem Strafgesetz, welches am 1.1.2007 in Kraft tritt, kurze Strafen, für welche das Electronic Monitoring vorgesehen ist, durch Geldstrafen oder gemeinnützige Arbeit ersetzt werden.

VIII. Amt für Justiz (AJ)

A. Wahlkollegium

Anlässlich der Sitzungen vom 17. Januar, 21. Februar, 27. Juni, 26. September, 30. Oktober und 19. Dezember 2006 hat das Wahlkollegium folgende Wahlen vorgenommen:

1. Wirtschaftsstrafgericht

François Bosson, Richter
Gérard Ducarroz, Richter

2. Bezirksgerichte

Saane:

Marie-Anne Bourqui, Vizepräsidentin
Jean-Benoît Meuwly, Vizepräsident
François Jordan, Richter
Jean-Marie Remy, Richter
Béatrice Ackermann-Clerc, Ersatzrichterin
Anne-Lyse Guignard, Ersatzrichterin
Eric Kolly, Ersatzrichter

Sense:

Mélanie Bapst-Buntschu, Ersatzrichterin

Greyerz:

Claudia Dey, Präsidentin (50 %)
Louis Sansonnens, Präsident (50 %)

See:

Jean-Benoît Meuwly, Vizepräsident

Glane:

Claudia Dey Gremaud, Vizepräsidentin
Jean-Benoît Meuwly, Vizepräsident

Broye:

Jean-Benoît Meuwly, Präsident
Françoise Bastons Bulletti, Vizepräsidentin
Jérôme Delabays, Vizepräsident
Nicolas Emery, Vizepräsident
Pascal L'Homme, Vizepräsident

Vivisbach:

Claudia Dey Gremaud, Vizepräsidentin
Stéphane Broillet, Ersatzrichter

3. Gewerbekammern

Greyerz:

Philippe Clément, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Arbeitgeber)
Annick Remy, Ersatzbeisitzerin (Vertreterin der Arbeitgeber)
Daniel Magnin, Ersatzbeisitzer (Vertreter der Arbeitnehmer)

4. Mietgericht

Greyerz, Glane, Broye und Vivisbach:

Jean-Benoît Meuwly, Stellvertreter des Präsidenten
Louis Sansonnens, Stellvertreter des Präsidenten

5. Aufsichtskommission im Bereich der fürsorglichen Freiheitsentziehung

Sibylle Isabelle Castella Beer, Beisitzerin

6. Friedensgerichte

Farvagny:

Michel Allemann, 2. Ersatzbeisitzer

Gruyères:

Claudio Derada, 2. Ersatzbeisitzer

Murten:

Stefan Leuenberger, 1. Ersatzbeisitzer
Reto Lamia, 2. Ersatzbeisitzer

Nant/Vully:

Daniel Derron, Friedensrichter
Michel-André Biolley, 1. Beisitzer
Antoinette Simonet, 2. Beisitzerin
Jean-Marc Cressier, 1. Ersatzbeisitzer

Cugy:

Sylvie Bise, 2. Beisitzerin

B. Bezirksgerichte

1. Bezirksgericht Broye

Nach dem Rücktritt des bisherigen Präsidenten Baechler hat das Wahlkollegium am 17. Januar 2006 Herrn Jean-Benoît Meuwly zum neuen Präsidenten des Bezirksgerichts gewählt. Herr Meuwly hatte bis dahin die Stelle des Chefgerichtsschreibers des Verwaltungsgerichts inne.

2. Bezirksgericht Greyerz

Gerichtspräsident Louis Sansonnens hat mit Genehmigung des Wahlkollegiums sein Pensum per 1. Mai 2006 auf 50 % reduziert. Für die restlichen 50 % hat das Wahlkollegium Frau Claudia Dey gewählt, die bis zu diesem Zeitpunkt eine Stelle als Gerichtsschreiber-Berichterstatlerin beim Verwaltungsgericht innehatte.

C. Advokatur

Die Prüfungskommission für die Anwaltskandidaten hat folgenden Personen einen Befähigungsausweis ausgestellt: Sandrine Arn, Nathalie Boichat, Isabelle Borgeat, Stéphanie Decroux, Muriel Eggertswyler, Murielle Fragnière, Alexandra Rossi Carre, Simone Studer, Michel Anliker, Christophe Baeriswyl, Mathias Boschung, Vincent Bosson, Béat Brechbühl, Ralph Doleschal, Jean-Baptiste Emery, Philippe Genoud, Tarkan Göksu, Fabrice Kuhn, Roy Maybud, Jacques Moser, Pascal Richard, Christoph Rohrer und Christian Voide.

Die Anwaltskommission hat 7 Inhaber eines freiburgischen Befähigungsausweises sowie 2 Anwälte mit Ausweisen eines anderen Kantons in das kantonale Register der Anwältinnen und Anwälte eingetragen.

Die Anwaltskommission hat im Übrigen einen Inhaber eines ausländischen Befähigungsausweises in die Liste der zur Ausübung zugelassenen Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten der EU und der EFTA eingetragen.

Des Weiteren hat die Anwaltskommission zwei Einträge aus dem kantonalen Register der Anwältinnen und Anwälte gestrichen

Schliesslich hat sie 27 Praktikumsbewilligungen erteilt.

Es waren am 31. Dezember 2006 tätig:

Im kantonalen Register der Anwälte und
Anwältinnen eingetragene Anwälte 142

In der Liste der zur Ausübung zugelassenen
Anwältinnen und Anwälte aus Mitgliedstaaten
der EU und der EFTA eingetragene Anwälte 2

Anwaltspraktikanten 96

Im Jahr 2006 sind 4 Anzeigen gegen Anwälte bei der Anwaltskommission eingegangen.

Es wurden zudem drei im Jahre 2005 gegen Anwälte eingegangene Anzeigen klassiert.

D. Notariat

Am 31. Dezember 2006 gab es 43 praktizierende Notare, wovon 4 das 70. Altersjahr überschritten haben und für die Berechnung der im Gesetz über das Notariat vorgesehen Höchstzahl nicht mitzählen. Somit ist die vom Gesetz festgesetzte Höchstzahl von 42 Notaren nicht erreicht.

E. Unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 hat das Amt für Justiz 1023 Mitteilungen über unentgeltliche Rechtspflege erhalten, die sich wie folgt verteilen:

	Unentgeltliche Rechtspflege mit Rückerstattung	Unentgeltliche Rechtspflege ohne Rückerstattung	Rückzug	Abweisung	Total
Kantonsgericht	1	11	2	10	24
Verwaltungsgericht	–	41	–	2	43
Bezirksgericht Saane	25	305	–	65	395
Bezirksgericht Sense	4	43	2	16	65
Bezirksgericht Greyerz	7	128	4	31	170
Bezirksgericht See	1	61	2	21	85
Bezirksgericht Glane	1	41	2	8	52
Bezirksgericht Broye	4	35	–	2	41
Bezirksgericht Vivisbach	3	29	–	4	36
Friedensgerichte	–	112	–	–	112
Insgesamt	46	806	12	159	1 023

790 Kostenlisten von Anwälten und Friedengerichtsschreibern im Gesamtbetrag von 1 641 034 Franken (im Jahre 2005: 1 492 209 für 780 Kostenlisten) wurden 2006 für folgende Streitfälle zur Bezahlung angewiesen:

	Fr.
Ehescheidungsprozesse	1 126 630
Ehetrennungsprozesse	303 116
Vaterschafts- und Anfechtungsprozesse	13 126

	Fr.
Vormundschaftssachen	60 299
Obligationenrechtsprozesse	60 323
Verwaltungsbeschwerden	36 470
Verschiedenes	41 070
Total	1 641 034

Gemäss Art. 3 des Gesetzes über die unentgeltliche Rechtspflege kann das Amt für Justiz innert einer Frist von 10 Jahren die teilweise oder vollständige Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege verfügen, wenn sich die Finanzlage der betroffenen Person gebessert hat.

Im Jahre 2006 wurden dadurch Einnahmen in der Höhe von 127 676 Franken erzielt.

F. Internationale Rechtshilfe

Das Amt für Justiz besorgt die für die internationale Rechtshilfe erforderlichen Übermittlungen. Im Jahre 2006 wurden 11 Rechtshilfebegehren von ausländischen Gerichtsbehörden und 27 Gesuche von Justizbehörden des Kantons behandelt.

G. Büro für Mediation in Jugendstrafsachen

Statistiken 2006 (2004-5)

1. Anzahl Fälle, die von den Richtern delegiert wurden (Mediationsprozess): 79 (77)
betreffend (Anzahl Minderjährige, inkl. Opfer und Täter): 153 (128)

In 50 Fällen war nur ein einziger Jugendlicher betroffen
In 11 Fällen waren zwei Jugendliche betroffen
In 18 Fällen waren 3 oder mehr (bis zu 16) Jugendliche betroffen

2. Aufteilung nach Geschlecht

Jungen 114 (116)
Mädchen 39 (12)

3. Aufteilung nach Sprache

Französisch 115 (100)
Deutsch 38 (28)

4. Herkunft

Stadt Freiburg 18 (15)
Saane-Land 30 (23)
Greyerz 16 (21)
Broye 36 (25)
Glane 8 (6)
Vivisbach 2 (9)
Sense 8 (20)
See 34 (9)
Andere Kantone 1 (0)

5. Ausgang der Verfahren

Abschluss einer Mediationsvereinbarung 54 (40)
erfolglose Mediationsverfahren 13 (9)
am 31. Dezember 2006 hängige Verfahren 40 (28)

IX. Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (ASVA)

A. Personal

Zum Personal des Amtes zählen eine Vorsteherin, ein Adjunkt und eine Sekretärin (60 %). Ab 1. März 2006 wurde dieser Personalbestand durch die Anstellung einer höheren Verwaltungssachbearbeiterin (50 %) verstärkt.

B. Tätigkeit

Das Amt beaufsichtigt die sog. klassischen Stiftungen (Art. 84 ZGB) und die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge (Art. 61 ff. BVG).

1. Klassische Stiftungen

Als klassische Stiftungen werden alle Stiftungen bezeichnet, die nicht die berufliche Vorsorge zum Zweck haben und keine Familienstiftungen oder kirchliche Stiftungen sind.

Die Aufsichtstätigkeiten, mit dem Ziel, dazu Sorge zu tragen, dass die Stiftungsvermögen gemäss ihrer Bestimmung verwendet werden, umfassen hauptsächlich die Aufsichtsunterstellung der Stiftungen, die Prüfung der Tätigkeitsberichte und Jahresrechnungen, die statutari-schen Änderungen sowie die Auflösung der Stiftungen.

Das Stiftungsrecht war Gegenstand einer Revision, welche am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist. Die wichtigsten Änderungen dieser Revision sind die Einführung der Pflicht, eine Revisionsstelle zu bezeichnen (Art. 83a ZGB) und die vom Gesetz vorgeschriebenen Massnahmen bei Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit (84a ZGB). Andererseits werden unwesentliche Änderungen der Stiftungsurkunde in Zukunft gemäss Artikel 86b ZGB geregelt.

2. Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Einrichtungen der beruflichen Vorsorge schützen ihre Mitglieder gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität und Tod. Sofern sie das BVG-Obligatorium durchführen, sind sie im Register der beruflichen Vorsorge einzutragen. Das Amt führt das kantonale Register. Die nicht registrierten Vorsorgeeinrichtungen und -stiftungen (Zusatz-einrichtungen, patronale Stiftungen und Wohlfahrtsfonds usw.), unterstehen ebenfalls der Aufsicht des Amtes.

Im Rahmen seiner Aufsichtstätigkeit prüft das Amt insbesondere die Übereinstimmung der reglementarischen Bestimmungen mit den gesetzlichen Vorschriften, fordert von den Vorsorgeeinrichtungen jährlich Berichterstattung, nimmt Einsicht in die Berichte der Kontrollstelle und des Experten für berufliche Vorsorge, trifft Massnahmen zur Behebung von Mängeln und beurteilt Streitigkeiten betreffend die Informationsrechte versicherter Personen.

Aufgrund der besseren Anlageergebnisse und der Sanierungsmassnahmen verbessert sich der Deckungsgrad der Vorsorgeeinrichtungen und -stiftungen laufend. Eine regelmässige Überwachung der Vorsorgeeinrichtungen und -stiftungen hat es erlaubt, zahlreiche Probleme zu regeln oder vorwegzunehmen.

Das Jahr 2006 war geprägt durch das Inkrafttreten per 1. Januar des dritten und letzten Teils der 1. BVG-Revision, dem sogenannten «Steuerpaket». Diese bedeutende Revision hat die Anpassung der Statuten, der Vorsorge- und Anlagereglemente sowie das Erstellen von Reglementen über die Teilliquidation und die Reserven zur Folge.

Je nach den Entscheidungen, die im Rahmen der strukturellen Reform auf Bundesebene getroffen werden, ist es möglich, dass die Aufsicht im Lauf der nächsten Jahre wesentliche Änderungen erfahren wird.

Die Tendenz zur Gesamtliquidation der Vorsorgeeinrichtungen geht weiter. Anlagen, welche in der Vergangenheit von den Vorsorgeeinrichtungen beim Arbeitgeber/bei den Arbeitgebern getätigt wurden, erschweren die Liquidationen. In der Tat musste das Amt wiederholt Aufsichts-massnahmen ergreifen, um die Interessen der Versicherten zu wahren.

C. Statistik

1. Klassische Stiftungen

Das Amt nahm per 31. Dezember 2006 die Aufsicht über 272 klassische Stiftungen wahr.

Zu diesem Zeitpunkt weisen die aktiven klassischen Stiftungen eine Bilanzsumme von 677 Millionen Franken auf.

2. Einrichtungen der beruflichen Vorsorge

Per 31. Dezember 2006 beaufsichtigte das Amt 198 Vorsorgeeinrichtungen. Die aktiven Vorsorgeeinrichtungen weisen eine Bilanzsumme von ca. 5 Milliarden Franken auf.

X. Amt für Gesetzgebung (GeGA)

1. Personal

Das Personal des GeGA umfasst einen Amtsvorsteher, einen stellvertretenden Amtsvorsteher, eine juristische Beraterin und eine Juristin (beide mit je einer halben Stelle), zwei juristische Berater sowie eine Sekretärin mit einer halben Stelle.

2. Allgemeine Umsetzung der neuen Verfassung

Das GeGA ist massgeblich an der Umsetzung der neuen Verfassung beteiligt. Der Amtsvorsteher und ein dafür eingestellter Mitarbeiter sind Mitglieder des Leitungsausschusses. Sie nehmen für diesen die Projektleitung und das Sekretariat wahr. In dieser Eigenschaft bereiten sie die Dossiers vor und begleiten die Arbeiten, sind sie Bindeglieder zwischen dem Leitungsausschuss und den Direktionen, betreiben sie eine Internetseite und eine Intranetsite und kontrollieren sie die Verwaltung des Haushalts.

Anfang Jahr ist eine Anpassung der Planung der Umsetzungsarbeiten vorgenommen worden. Die Vorbereitung des Zwischenberichts des Staatsrats an den Grossen Rat – der in der Novembersession behandelt wurde – ist zu einem grossen Teil innerhalb des Amtes ausgeführt worden.

Das GeGA arbeitet an zahlreichen Projekten, die es selbstständig oder zusammen mit der zuständigen Direktion durchführt, wobei die meisten seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an solchen Projekten beteiligt sind (vgl. unten, Ziff. 3). Es prüft ferner die Erlasstexte, die im Rahmen der Ausführung der Verfassung erarbeitet werden, und gibt, insbesondere im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens, seine Bemerkungen dazu ab.

Das Amt liefert regelmässig Ergebnisse gezielter Nachforschungen über die Arbeiten des Verfassungsrats, was Aufschluss über dessen Willen gibt und so dazu beiträgt, den Sinn dieser oder jener Verfassungsnorm zu ermitteln.

3. Projekte zur Umsetzung der Verfassung

Das GeGA leitete in der Person seines stellvertretenden Vorstehers weiterhin das Projekt zur Erarbeitung des neuen Grossratsgesetzes. Der Leitungsausschuss dieses Projekts hat im Januar seinen Gesetzesvorentwurf zuhanden des Büros des Grossen Rates verabschiedet. Der Projektleiter wirkte an der Prüfung dieses Vorentwurfs durch das Büro intensiv mit und verfasste rund zwanzig Zusatzdokumente sowie den Gesetzesentwurf, der schliesslich dem Grossen Rat überwiesen und von diesem am 6. September verabschiedet wurde. Er begleitete den Entwurf in der Beratung und wirkte an seiner Umsetzung mit, insbesondere durch die Abfassung des Entwurfs der Anpassungsverordnung und einer Informationsnotiz für die Direktionen.

Das GeGA war weiterhin massgeblich beteiligt an der Ausarbeitung eines Vorentwurfs zu einem Gesetz über die Information und den Zugang zu Dokumenten, das zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips bei den Organen des Staates und der Gemeinden führen soll. Es übernahm insbesondere die Projektleitung und erarbeitete für die neun Sitzungen der dafür eingesetzten Kommission die nötigen Vorschläge. Diese hat ihre Arbeiten im Oktober mit der Überweisung eines Vorentwurfs und eines erläuternden Berichts an den Staatsrat abgeschlossen.

Das GeGA führte die Arbeiten zur Anpassung der Bestimmungen über die Organisation des Staatsrats und die Stellung seiner Mitglieder an die neue Verfassung durch; deren Ergebnis war das Gesetz vom 5. September 2006.

Es verfasste die Entwürfe für ein Gesetz und eine Verordnung zur Einführung der eingetragenen Partnerschaft in die kantonale Gesetzgebung. Das Gesetz wurde am 26. Juni verabschiedet, die Verordnung am 7. November.

Es wirkte mit an der Ausarbeitung des Gesetzes vom 6. Oktober über den Justizrat und der Gesetze vom 7. September im Bereich der politischen Rechte (insbesondere: Volksmotion, Petitionsrecht, dringliche Erlasse).

4. Ausarbeitung anderer Gesetzgebungsentwürfe

Das GeGA ist in enger Zusammenarbeit an der Ausarbeitung eines Gesetzes über den Natur- und Landschaftsschutz beteiligt und führt die Arbeiten für eine Teilrevision des Gesetzes über den Datenschutz durch (Anforderungen der Schengen/Dublin-Abkommen). Es war am Gesetzesentwurf über die Gemeindepolizeien beteiligt, bei dem der Grosse Rat Nichteintreten beschloss.

5. Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung

Das GeGA unterstützte die Direktionen und Dienststellen auf verschiedene Arten bei der Ausarbeitung der Spezialgesetzgebung.

Es prüfte rund fünfzig Erlassentwürfe und teilte das Ergebnis seiner Prüfung der zuständigen Direktion mit. Zu erwähnen sind insbesondere die Gesetzesvorentwürfe über die kantonale Lehrmittelverwaltung, über die Berufsberatung, über die Organisation des Gerichtswesens (Anpassung an die Verfassung), zur Einführung des Strafgesetzbuches, über die Hundehaltung, über das freiburgische Bürgerrecht, über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, über die Lebensmittelsicherheit, über die Erbschafts- und Schenkungssteuern, über die Gewässer und über die Raumplanung und das Bauwesen.

Das GeGA ist in mehreren Ausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten: NFA, Verbesserung des Einnahmepotenzials des Kantons, Programmvereinbarungen, periodische Überprüfung der Gebühren.

Es verfasste mehrere Studien und Gutachten zuhanden des Staatsrates und der Kantonsverwaltung.

Es gab den Direktionen und Dienststellen regelmässig Auskünfte zu gesetzestechnischen Aspekten ihrer Entwürfe.

6. SGF, BDLF, Internet- und Intranet-Site

Das GeGA verwaltet die Systematische Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF) und betreibt die Datenbank der freiburgischen Gesetzgebung (BDLF) sowie eine Internet-Site und eine Intranet-Site.

Es besorgte die Nachführungen Nrn. 35 und 36 der SGF, die den Stand der Gesetzgebung am 1. Januar und am 1. Juli 2006 wiedergeben. Es gab ausserdem das Register 2006 der SGF heraus.

Es verwaltete zudem in beiden Sprachen eine wöchentlich nachgeführte Ergänzung zu den halbjährlichen SGF-Inhaltsverzeichnissen. Dieses Verzeichnis, das im Internet abrufbar ist, gibt alle Änderungen der Gesetzgebung an, die seit der letzten Nachführung der SGF in der ASF erschienen sind.

Es führte die BDLF in beiden Amtssprachen elfmal nach. Ende Jahr war die BDLF auf dem Stand vom 1. Dezember 2006; zudem waren die früheren Fassungen bis zurück zum 1. Juli 1996 abrufbar. Die französische Version der BDLF ist viermal auf einer CD-ROM der Genfer Staatskanzlei erschienen sowie auf einer DVD mit den Gesetzgebungen der französischsprachigen Kantone und des Tessins.

Die Internet-Site und die Intranet-Site des GeGA bieten zahlreiche Informationen über die freiburgische Gesetzgebung und Gesetzestechnik. Die Internet-Site, auf der die BDLF abrufbar ist, ist 2006 222 000-mal bzw. 850-mal pro Arbeitstag besucht worden (+ 23 %), und jeden Monat sind durchschnittlich 16 500 Erlasstexte heruntergeladen worden. Im November hat die Erstellung einer neuen Website mit Hilfe des Content-Management-Systems (CMS) des Staates Freiburg begonnen.

7. Verschiedenes

Das GeGA ist im Redaktionsausschuss der Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung vertreten. Es leistet fachliche Unterstützung bei der Herausgabe der einzelnen Hefte der Zeitschrift und erstellt deren Jahresverzeichnis. Ausserdem stellt es auf seiner Website verschiedene Dokumente im Zusammenhang mit der Zeitschrift, insbesondere regelmässig nachgeführte Mehrjahresregister, zur Verfügung.

Das GeGA erteilte regelmässig Auskünfte über die freiburgische Gesetzgebung.

Es besorgte die Übersetzung der Entwürfe, die es ausgearbeitet hat, ins Deutsche.

Im Rahmen der Weiterbildung des Staatspersonals hat der stellvertretende Amtsvorsteher den neuen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern des Staates einen Kurs über die drei Staatsgewalten und die Grundsätze der Verwaltungstätigkeit erteilt.

Das GeGA führt zahlreiche Aufgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz der Informatik innerhalb des Amtes selbst durch, so die Installierung von Programmen, die Weiterbildung des Personals sowie die Entwicklung von Makroblettern und Dokumentvorlagen für die Textverarbeitung.

Mehrere Angehörige des GeGA nahmen an Fachtagungen oder Weiterbildungskursen teil.

XI. Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt (ASS)

Die Tätigkeit des Amtes für Strassenverkehr und Schifffahrt bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XII. Kantonale Gebäudeversicherung (KGV)

Die Tätigkeit der Kantonalen Gebäudeversicherung bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XIII. Staatsanwaltschaft (StA)

1. Personal

RA Raphaël Bourquin und RA Alessia Chocomeli haben nebst ihrem beträchtlichen ordentlichen Arbeitspensum erfolgreich den Nachdiplomkurs Forensik I absolviert.

Die Praktikantenstelle wurde während jeweils sechs Monaten durch Benoît Ducry, gefolgt von Nathalie Brodard besetzt.

2. Strafverfahren

Aus der allgemeinen Statistik ergibt sich Folgendes:

- Die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an Verfahren vor erstinstanzlichen Gerichten hat erneut sehr leicht abgenommen. Immerhin ist sie auf dem gleichen Stand wie im Jahr 2003, als eine grosse Zunahme zu verzeichnen war. Während für das Jahr 2000 noch 126 Teilnahmen gezählt wurden, waren es im vergangenen Jahr 218.

- Die Teilnahme an Strafuntersuchungen ist auf das Niveau von 2004 zurückgegangen; hingegen hat sich die Zahl der Teilnahme an kurzfristig angesetzten Einvernahmen mehr als verdreifacht.
- Die Vertreterinnen und Vertreter der Staatsanwaltschaft nahmen an 27 Berufungsverhandlungen teil. Von den 10 eingelegten Berufungen wurden 3 gutgeheissen und 7 abgewiesen.
- Bei der Strafkammer reichte die Staatsanwaltschaft 13 Beschwerden ein, wovon 3 gutgeheissen und 4 abgewiesen wurden. Die Anzahl der bei dieser Behörde eingereichten Stellungnahmen stieg um 20 %.
- Wie im Jahr 2004 liegt die Zahl der begründeten Stellungnahmen zu Berufungen der Verteidigung bei 36.
- Seit 2004 mehr als verdoppelt hat sich dagegen die Zahl der von der Staatsanwaltschaft im Hinblick auf eine allfällige Verfahrensteilnahme geprüften Dossiers: von 169 auf 390.
- Die Zahl der Entscheide, die der Prüfung durch die Staatsanwaltschaft unterliegen (erstinstanzliche Urteile sowie Strafbefehle der Untersuchungsrichter und Oberamtmänner), hat sich um fast 2000 vergrössert: während diese im Jahr 2002 noch bei 27 117 lag, erreichte sie letztes Jahr 35 358.
- Der Anteil der deutschsprachigen Fälle machte 18 % aus. Diese Zahl ist allerdings nicht repräsentativ für die Wichtigkeit gewisser deutschsprachiger Verfahren bzw. die darin angetroffenen Schwierigkeiten. Die Prozesse gegen Hanfbauern gingen auch 2006 weiter; gestützt auf die Anklage wurde dem Staat in einem solchen Fall eine Ersatzforderung im Betrag von 200 000 Franken zugesprochen.

3. Zivilverfahren

Wie in den vergangenen Jahren unterrichtete das kantonale Zivilstandsamt die Staatsanwaltschaft regelmässig über Eheschliessungen zwischen einem schweizerischen und einem ausländischen Ehegatten, wenn gegen die schweizerische Rechtsordnung verstossen wurde. Überdies, reichte die Staatsanwaltschaft eine Eheungültigkeitsklage wegen fehlender Urteilsfähigkeit ein.

4. Verwaltungsverfahren

Die Anzahl der Verwaltungsbeschwerden blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die angefochtenen Verfügungen betreffen ausschliesslich personalrechtliche Angelegenheiten. Es wurden mehr Beschwerden erledigt als Neueingänge registriert.

5. Allgemeine Bemerkungen

Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung zugunsten eines Verurteilten, dessen sehr weit reichende

Kollaboration im Strafverfahren die Zerschlagung und Ahndung eines bedeutenden Betäubungsmittelhandels ermöglichte (Affäre Albatros), wurde gutgeheissen. Eine solche Intervention der Anklage dient dazu, die gerechte Anwendung der Verfahrensgarantien sicherzustellen. In der genannten Sache sind noch einige Urteile zu fällen und 4 Beschuldigte sind international zur Verhaftung ausgeschrieben.

In zwei Mordfällen wurden Strafen in der Höhe von 13, 15 und 17 Jahren ausgesprochen. Eine davon erachtete die Staatsanwaltschaft als zu gering und legte Berufung ein.

In der Pädophilie-Angelegenheit, in welcher die vorläufige Haftentlassung des Angeklagten die Mitglieder der Vereinigung «Marche Blanche» mobilisierte, ist endlich ein Urteil ergangen.

Einige ältere Dossiers konnten erledigt werden, u.a. dasjenige in Sachen SLK Bösing. Zum zweiten Mal an das Gericht überwiesen wurde das Strafverfahren in Sachen Cannabioland. Schliesslich erging in einem seit vielen Jahren hängigen und auf Vorfälle Anfang der 90er-Jahre zurückgehenden Verfahren wegen versuchter Anstiftung zu Mord endlich ein Urteil. Solche Verzögerungen schaden der Glaubwürdigkeit der Freiburger Justiz.

Die Staatsanwaltschaft weist auf die steigende Zahl von Fällen hin, bei denen es im Rahmen von banalen Auseinandersetzungen (z.B. zwischen Nachbarn) zu gewalttätigen Übergriffen kommt. Ebenfalls zu vermerken sind die immer zahlreicheren Tötlichkeiten und Drohungen gegenüber Angehörigen der Polizei.

Die Staatsanwaltschaft intervenierte vermehrt bei der Jugendstrafkammer und nahm an 5 Verhandlungen teil. In 6 Fällen wurde die Staatsanwaltschaft kontaktiert, um sich über ihre allfällige Teilnahme auszusprechen. Sie gab ausserdem ihr Einverständnis zum Mediationsverfahren in allen Fällen, die ihr diesbezüglich unterbreitet wurden. Die gegen ein Urteil der Jugendstrafkammer eingelegte Berufung wurde vom Strafappellationshof gutgeheissen.

Schliesslich erhielt die Staatsanwaltschaft vor Bundesgericht Recht in einem Fall von sexueller Nötigung, in welchem die Strafzumessung durch die kantonalen Gerichte gerügt wurde. Die Staatsanwaltschaft vertrat darin die Auffassung, dass die Nötigung zur Duldung einer beischlafähnlichen Handlung in Analogie zur Vergewaltigung grundsätzlich mit mindestens einem Jahr Zuchthaus zu bestrafen ist.

6. Statistik

Allgemeine Statistik	2005	2006
Erscheinen vor erstinstanzlichen Gerichten	304	218
Teilnahme an Strafuntersuchungen	284	200
davon obligatorische	172	
davon dringende	38	
Erscheinen vor dem Appellationshof	15	27
Visum von Urteilen, Strafbefehlen	33 505	35 358
Einsprachen	9	13
Gesuche um vollständige Begründung	6	13

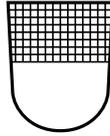
	2005	2006
Berufungen an den Appellationshof	15	10
gutgeheissen	–	6
Abgewiesen	2	7
Beschwerden an die Strafkammer	6	13
gutgeheissen	4	3
abgewiesen	–	4
Begründete Stellungnahme		
an die Strafkammer	120	176
Gesuche um Bemerkungen durch		
die Strafkammer	216	261
Begründete Stellungnahme zu Berufungen	55	36
Nichtigkeitsbeschwerden	2	1
Stellungnahme zu Nichtigkeitsbeschwerden		
an das Bundesgericht	5	10
Stellungnahme zu staatsrechtlichen		
Beschwerden an das Bundesgericht	15	16
Prüfung der Akten zum Entscheid über die		
Teilnahme an den Strafuntersuchungen	263	390
Strafanzeigen an die Untersuchungsrichter	1	1
Eingereichte Verwaltungsbeschwerden	12	11
Behandelte Verwaltungsbeschwerden	8	12
Offene Untersuchungen	172	172
Hängige Untersuchungen	111	110
Erstinstanzliche Akten	146	134
Hängige Beschwerden		
	32	31

XIV. Strafanstalten von Bellechasse (AB)

Die Tätigkeit der Strafanstalten von Bellechasse bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.

XV. Kantonale Aufsichtsbehörde für den Datenschutz (DSB)

Die Tätigkeit der Kantonalen Aufsichtsbehörde für den Datenschutz bildet Gegenstand eines besonderen Berichtes.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Direktion der Institutionen und
der Land- und Forstwirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	7. Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat	24
I. Gesetzgebung	5	8. Gesetzgebungsarbeiten	25
1. Gesetze und Dekrete	5	9. Übrige Zusammenarbeit	25
2. Verordnungen	5	10. Statistik	25
3. Reglemente	6		
II. Allgemeines	6	Amt für Landwirtschaft	26
III. Personal	7	I. Förderung der Landwirtschaft	26
IV. Streitsachen	7	1. Allgemeines	26
V. Behörde für Grundstückverkehr	7	2. Personal	26
1. Bäuerliches Bodenrecht	7	3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche ..	26
2. Landwirtschaftliche Pacht	7	4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen ..	26
VI. Büro und kantonale Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen	8	5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	26
VII. Ausübung der politischen Rechte	9	6. Beitragswesen	26
1. Gemeindewahlen	9	7. Rindviehzucht	27
2. Abstimmungen	9	8. Pferdezucht	28
VIII. Oberämter	10	9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht	29
1. Allgemeines	10	10. Weinbau	29
2. Personal und Verwaltung	10	11. Viehhandelspatente	30
3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten	11	12. Raumplanung	30
4. Tätigkeiten auf Gemeinde-, regionaler und kantonaler Ebene	11	13. Umweltschutz	30
		14. Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)	31
		II. Verwaltung der Staatsreben	31
Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)	22		
1. Allgemeines	22	Meliorationsamt	32
2. Zivilstandswesen	22	1. Allgemeines	32
3. Einbürgerungen	23	2. Tätigkeiten	32
Amt für Gemeinden	24	Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg	35
1. Allgemeines	24	1. Allgemeines	35
2. Personal	24	2. Berufsbildung	35
3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse	24	3. Land- und Milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG	36
4. Gesetzlich festgelegte Verschuldungs- grenze	24	Veterinäramt	38
5. Gemeindeverbände	24	1. Allgemeines	38
6. Beratende Tätigkeit und Finanzkontrolle .	24	2. Personal	38
		3. Tätigkeiten	38

Amt für Wald, Wild und Fischerei 42

I. Wald	42
1. Allgemeines	42
2. Personal	42
3. Neuerungsprojekte	42
4. Aus- und Weiterbildung	42
5. Naturgefahren	43
6. Holzförderung	44
7. Naturschutz im Wald	44
8. Technische Projekte	44
9. Forstliche Planung	45
10. Forststatistik	45
11. Waldschäden	45
12. Waldbau	45
13. Forstpolizei	46
II. Wild, Jagd und Fischerei	46
1. Verwaltung	46
2. Jagd	46
3. Fischerei	47

Direktion

Die Zahlen des Rechenschaftsberichts 2005 stehen in ().

I. Gesetzgebung

Die Gesetze, Dekrete und Verordnungen in den Bereichen, die in die Zuständigkeit der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft fallen, sind in der Reihenfolge ihrer Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung des Kantons Freiburg (ASF) geordnet:

1. Gesetze und Dekrete

- Dekret vom 14. März 2006 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 16. März 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Oberaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände und teilweise Anpassung an die Kantonsverfassung)
- Dekret vom 20. Juni 2006 über die Einbürgerungen
- Gesetz vom 23. Juni 2006 über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGG)
- Dekret vom 20. Juni 2006 über die Kündigung des Konkordats betreffend Hochschule und Berufsbildungszentrum Wädenswil
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Einführung der Volksmotion)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Verfahren bei dringlichen Erlassen des Grossen Rates und Promulgierungen)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Unterschriften von Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Ausübung des Referendumsrechts in Gemeindeangelegenheiten)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Wechsel des Wahlkreises während der Legislaturperiode)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (Zulassung zum zweiten Wahlgang)
- Gesetz vom 7. September 2006 zur Änderung des Gesetzes über das Petitionsrecht (Recht auf eine begründete Antwort, Anpassung an den Sessionsrhythmus und Geheimhaltung der Unterschriften)
- Dekret vom 3. Oktober 2006 über die Einbürgerungen
- Landwirtschaftsgesetz (LandwG) vom 3. Oktober 2006
- Dekret vom 2. November 2006 über die Einbürgerungen
- Dekret vom 2. November 2006 zur Verlängerung des Dekrets über die Anwendung neuer Techniken zur Resultatermittlung bei Volksabstimmungen
- Gesetz vom 2. November 2006 über die Hundehaltung (HHG)

2. Verordnungen

- Ausführungsverordnung des Kantonstierarztes vom 20. Februar 2006 zur Verordnung des Bundesrats über vorsorgliche Sofortmassnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest
- Verordnung vom 4. April 2006 über die Sömmerungsbedingungen
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 30. März 2006 zur Änderung der Verordnung über die Teilprüfungen der Fähigkeitsprüfung für die Jagd und die Bedingungen für den Prüfungserfolg
- Verordnung vom 11. April 2006 zur Verlängerung der Verordnung über die Prämien der Sanima für die Versicherungsperiode 2005/06 und die Höchstschätzung der versicherten Tiergattungen
- Verordnung vom 7. Juni 2006 zur Änderung des Reglements über die Jagd sowie den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel und ihrer Lebensräume
- Verordnung vom 7. Juni 2006 zur Änderung des Reglements über die Ausübung der Jagd
- Verordnung vom 7. Juni 2006 über die Ausübung der Jagd in den Jahren 2006, 2007 und 2008
- Verordnung vom 7. Juni 2006 zur Änderung der Verordnung über die Wildschutzgebiete
- Verordnung vom 7. Juni 2006 über die Regulierung des Steinwildbestands im Jahr 2006
- Verordnung der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 20. Juni 2006 zur Änderung der Verordnung über die Benützung von Fahrzeugen durch die Jäger
- Verordnung vom 19. September 2006 über die Klassifikation der Gemeinden für die Jahre 2007 und 2008
- Verordnung vom 19. September 2006 über die steuerlichen Auswirkungen der Einführung des Freiburger Spitalnetzes
- Verordnung vom 26. September 2006 zur Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Gemeinden

- Ausführungsverordnung des Kantonstierarztes vom 10. Oktober 2006 zur Verordnung des Bundesrats über vorsorgliche Massnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Klassischen Geflügelpest
- Verordnung vom 30. Oktober 2006 über den kantonalen Sömmerungsbeitrag für 2006
- Verordnung vom 5. Dezember 2006 über die Hygienekontrolle in den Bereichen Milchproduktion und Milchverarbeitung
- Verordnung vom 12. Dezember 2006 zur Verlängerung des Beschlusses über die Unterstützung des Nutz- und Schlachtviehabsatzes

3. Reglemente

- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Neuenburgersee vom 28. April 2006 über die Ausübung der Fischerei im Neuenburgersee in den Jahren 2007, 2008 und 2009
- Reglement der Interkantonalen Kommission für die Fischerei im Murtensee vom 28. April 2006 über die Ausübung der Fischerei im Murtensee in den Jahren 2007, 2008 und 2009
- Reglement vom 12. September 2006 über die Ausübung der Patentfischerei in den Jahren 2007, 2008 und 2009

II. Allgemeines

Nebst den Aktivitäten, die zu Beginn der Berichte der einzelnen Ämter, Einrichtungen oder anderen Verwaltungseinheiten aufgeführt sind, hat die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (ILFD) sich vor allem mit den folgenden Dossiers befasst und die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

- 1) Über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der neuen Kantonsverfassung, die von einem Leitungsausschuss unter dem Präsidium des Vorstehers der ILFD koordiniert und betreut werden, wurde ein Zwischenbericht verfasst und am 2. Oktober 2006 dem Grossen Rat unterbreitet. Unter den Schlussfolgerungen des Berichts wird festgehalten, dass dank dem Zusammenspiel aller beteiligten Partner die Umsetzung der Verfassung vom 16. Mai 2004 plangemäss verläuft. Es wurden lediglich kleinere Verspätungen verzeichnet. Insgesamt sollte das Programm jedoch rechtzeitig abgeschlossen werden. Wie angekündigt, wurde den Projekten Priorität eingeräumt, die von der Verfassung selbst als zwingend eingestuft wurden.
- 2) Im Rahmen der Arbeiten zugunsten einer koordinierten Familienpolitik hat die ILFD an den Sitzungen des Lenkungsausschusses teilgenommen, während denen insbesondere Projekte im Zusammenhang mit der Mutterschaftsversicherung, den Mutterschaftsschädigungen, der Betreuung von Kindern im Vorschulalter und dem zweiten Kindergartenjahr geprüft wurden.
- 3) Die neuen organisatorischen Strukturen der Zivilstandsämter in den Bezirken haben sich als effizient erwiesen und die Qualität der Leistungen konnte weiter gefestigt werden. Das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen informierte weiterhin in diesem Zusammenhang und führte die Arbeiten zur Erfassung der Zivilstandsdaten fort. Der Staatsrat hat ausserdem einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht verabschiedet, der insbesondere die Aufhebung der Einbürgerungsgebühr vorsieht. Der Gesetzesentwurf ist dem Grossen Rat unterbreitet worden.
- 4) Im Bereich der Gemeinden wurden namentlich die Arbeiten im Bereich des interkommunalen Finanzausgleichs insbesondere die Bedarfsprüfung nach der Studie über den Ressourcenausgleich weiterverfolgt. Es sei auch auf die Mitwirkung des Direktionsvorstehers und von Vertretern des Amts für Gemeinden an den Arbeiten zur Schaffung der Agglomeration Freiburg und zur Bildung des Freiburger Spitalnetzes (FSN), dessen Verwaltungsrat der Vorsteher der ILFD angehört, hingewiesen.
- 5) Im Bereich Landwirtschaft wurden die Entwürfe des Landwirtschaftsgesetzes und des Gesetzes über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve vom Grossen Rat erlassen. Die Ausarbeitung der Vollzugsverordnungen und die Schaffung neuer Strukturen wurden in Angriff genommen, so dass die damit verbundenen Modalitäten 2007 umgesetzt werden können.
- 6) Im Bereich Veterinärwesen und Tierschutz wurde das Gesetz über die Hundehaltung mit der Annahme durch den Grossen Rat zum Abschluss gebracht. Zusammen mit der Direktion für Gesundheit und Soziales arbeitete man an einer Restrukturierung im Bereich Lebensmittelsicherheit (Lebensmittelkontrolle und Fleischhygiene). Daraus gingen ein Gesetzesentwurf über die Lebensmittelsicherheit, der dem Grossen Rat unterbreitet worden ist, und der Entwurf eines Organigramms der integrierten Strukturen des Veterinäramts und des Kantonalen Laboratoriums hervor.
- 7) Im Bereich Wald wurden die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) weitergeführt. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation im Bereich Wald auf Bundesebene wurden die Einzelheiten des Leistungsauftrags angepasst, um die Produkte besser zu definieren.
- 8) Die ILFD hat, vertreten durch ihren Vorsteher, an 6 Sitzungen der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren und an 4 Sitzungen der Konferenz der kantonalen Forstdirektoren teilgenommen.

Die Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren, in deren Vorstand der Vorsteher der ILFD ist, hat vor allem die folgenden Themen behandelt:

- die Änderung der Statuten der Beratungszentralen;

- die Neuerung des zwischen Aviforum (Schweizerische Organisation zur Ausbildung und Beratung im Bereich Geflügel) und den Kantonen abgeschlossenen Leistungsauftrags;
- die Reform der Agrarpolitik des Bundes AP 2011;
- die Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union;
- die Revision der Tierschutzverordnung des Bundes.

Die Konferenz der kantonalen Forstdirektoren hat sich ihrerseits mit den folgenden Themen befasst:

- die Waldpolitik der Kantone und des Bundes;
- die Revision der eidgenössischen Waldgesetzgebung und die neue eidgenössische Volksinitiative «Rettet den Schweizer Wald»;
- die Reorganisation der Forstverwaltung des Bundes.

Bei ihrer Jahresversammlung am 27. und 28. August 2006 in Neuenburg haben die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen insbesondere die Weiterführung der Arbeiten für die zentralisierte Zivilstandsdatenbank und die damit zusammenhängenden Investitionen, die Registerharmonisierung und die Auswirkungen auf den Stand der Personenregister sowie Fragen des internationalen Privatrechts und die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Personen behandelt.

- 9) Seit mehreren Jahren ist der Vorsteher der ILFD Präsident von Agridea, der Schweizerischen Vereinigung für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums mit Zentralen in Lausanne und Lindau. Agridea ist das Zentralorgan für die landwirtschaftliche Beratung. In dieser Funktion organisiert sie Veranstaltungen und erarbeitet Arbeitsdokumente im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung im Allgemeinen.

Als Mitglied der Tripartiten Agglomerationskonferenz und in seiner Funktion als Delegierter der Konferenz der Kantonsregierungen hat der Vorsteher der ILFD an mehreren Sitzungen teilgenommen, die zur Ausarbeitung eines Berichts über die Agglomerationspolitik des Bundes führten.

Nachdem der Vorsteher der ILFD dem Konkordat der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft mit Sitz in Zollikofen vorstand, ist er nun Verwaltungsratspräsident.

III. Personal

Gilberte Pandur, seit 1984 Sekretärin und anschliessend Direktionsassistentin, ist in Pension gegangen. Sie wurde von Brigitte Dougoud, Direktionssekretärin aus Freiburg, ersetzt. Um die Stelle der Direktionssekretärin neu zu besetzen, wurden Christine Droux aus Vuisternens-en-Ogoz und Gisèle Tinguely aus La Roche zu je 50 % angestellt.

IV. Streitsachen

Die Direktion beurteilt grundsätzlich Beschwerden gegen Entscheide der ihr unterstellten Dienststellen, d.h. vor allem Entscheide des Amts für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, des Amts für Landwirtschaft, des Veterinäramts und des Amts für Wald, Wild und Fischerei. Sie beurteilt auch alle anderen Beschwerden, für die sie gemäss Gesetz zuständig ist, und entscheidet über Einsprachen im Forstbereich.

Erledigte Beschwerden:	21
Am 31.12.2006 hängige Beschwerden:	5
Erledigte Einsprachen:	–
Hängige Einsprachen:	1

Die Direktion hat ausserdem einen Fall von Haftpflichtanspruch instruiert. Ein Fall eines Haftpflichtanspruchs wurde nach dem Entscheid des Staatsrats vor die Justizbehörden gebracht. Zwei Fälle sind nach wie vor bei den Gerichten hängig.

V. Behörde für Grundstückverkehr

1. Bäuerliches Bodenrecht

Die Behörde für Grundstückverkehr (BGV), deren Sekretariat dem Generalsekretariat der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft zugewiesen ist, ist in ihrer Eigenschaft als erstinstanzliche Verwaltungsbehörde mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beauftragt.

Sie wird von Henri Nuoffer, Jurist und Sekretär der Westschweizer Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP), präsidiert.

Im Jahr 2006 hat die BGV 540 (534) Gesuche behandelt, davon betrafen:

- 326 die Bewilligung von Realteilungen (Art. 58 Abs. 1 BGBB), Zerstückelungen (Art. 58 Abs. 2 BGBB) und den Erwerb von landwirtschaftlichen Gewerben oder Grundstücken (Art. 60 BGBB)
- 152 die Unterstellung von Grundstücken in der Landwirtschaftszone unter das bäuerliche Bodenrecht
- 60 die Festsetzung des höchstzulässigen Preises (Art. 66 BGBB)
- 2 eine Bewilligung zur Überschreitung der Belastungsgrenze (Art. 76 Abs. 2 BGBB)

Gegen 4 Entscheide wurde beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt.

2. Landwirtschaftliche Pacht

Gemäss den Aufgaben, die ihr durch das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht übertragen sind, hat die Behörde für Grundstückverkehr 64 (54) Gesuche behandelt, nämlich:

- 24 Gesuche um eine Verkürzung der Pachtdauer

- 6 Gesuche um Festsetzung des zulässigen Pachtzinses
- 3 Gesuche um parzellenweise Verpachtung von landwirtschaftlichen Gewerben
- 25 Genehmigungen des Pachtzinses von landwirtschaftlichen Gewerben.

Sie hat ausserdem 6 Einsprachen des Amtes für Landwirtschaft gegen den Pachtzins gutgeheissen und in 6 Fällen den Pachtzins gesenkt.

Diese Dossiers wurden in 16 Plenarsitzungen (273 Entscheide) und jeweils einer Sitzung pro Woche mit reduziertem Mitgliederbestand (715 Präsidialentscheide) behandelt.

VI. Büro und kantonale Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen

Das Gleichstellungsbüro ist ein Beratungs-, Auskunfts-, Informations-, Förderungs-, Vollzugs- und Kontrollorgan für alle Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann und der Familienpolitik.

Das Büro hat insbesondere die folgenden Aufgaben wahrgenommen:

Gleichstellung

- Organisation eines Tages zum 10-jährigen Bestehen des Gleichstellungsgesetzes am 6. Oktober 2006 im Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve (LIG);
- Im Rahmen des 10-jährigen Bestehens des Gleichstellungsgesetzes Mitwirkung an einer von den Westschweizer Gleichstellungsbüros organisierten Sensibilisierungskampagne zur Lohndiskriminierung: Plakatkampagne in den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Förderung des allgemeinen Bewusstseins der Lohnungleichheit und Verteilung einer Infobroschüre in den betroffenen Kreisen;
- In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Unia und dem Frauenraum Organisation der Veranstaltung «Lohngleichheit» am 14. Juni 2006 zum 10-jährigen Bestehen des Gleichstellungsgesetzes;
- Organisation des 6. kantonalen Tochtertags am 9. November 2006;
- Zusammenarbeit mit der Schweizerischen und der Lateinischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, namentlich für das 10-jährige Bestehen des Gleichstellungsgesetzes im Jahr 2006;
- Organisation der Veranstaltung «Glücksbringer für Freiburg» am Freitag, den 13. Oktober 2006, zur Unterstützung der Kandidatinnen der kantonalen Wahlen auf dem Rathausplatz in Freiburg mit der Beteiligung zahlreicher Kandidatinnen;
- Umsetzung des Projekts WINS, das Mädchen auf OS-Stufe in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Tech-

nik und Architektur (HES-SO) und der finanziellen Unterstützung des BBT Praktika in technischen Berufen anbietet;

- Reaktivierung der Gruppe von Vertrauenspersonen gegen sexuelle Belästigung innerhalb der freiburgischen Staatsverwaltung durch die Ausarbeitung eines Entwurfs neuer Weisungen;
- Unterstützung des Projekts «Frauen-Duo» des Frauenraums, das am 8. März 2006, dem Internationalen Frauentag, lanciert wurde;
- Vorbereitung der Ausstellung START – Forum der Berufe, im Januar 2007, in Zusammenarbeit mit der FIA (Fachgruppe Ingenieurinnen und Architektinnen) und Fem Tech;

Familie

- Versand der Ergebnisse einer Umfrage über die familienergänzende Kinderbetreuung im Kanton Freiburg an die interessierten Kreise;
- Organisation und Vorsitz des Projektausschusses für eine umfassende Familienpolitik, der 2006 siebenmal zusammengetreten ist, um folgende Themen zu behandeln: schulergänzende Kinderbetreuung, Einführung von Blockzeiten, Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie innerhalb der Kantonsverwaltung;
- Mitwirkung bei Gesetzgebungsarbeiten im Bereich Leistungen bei Mutterschaft gemäss der freiburgischen Kantonsverfassung von 2004;
- Einberufung und Organisation der Sitzungen des Klubs für Familienfragen des Grossen Rates und Führung des Klubsekretariats (3 Plenarsitzungen und 1 Vorstandssitzung).

Gewalt in Paarbeziehungen

- Organisation einer Tagung zum Thema «Gewalt in Paarbeziehungen im Kanton Freiburg: Was tun?» am 24. November 2006 am Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve in Zusammenarbeit mit der Kommission gegen Gewalt in Paarbeziehungen. Die Tagung bot einem Fachpublikum die Möglichkeit, sich über die neuesten Entwicklungen von nachhaltigen und effizienten Interventionsstrategien zu informieren und das bestehende Kooperationsnetz besser kennen zu lernen;
- Neuauflage und breit angelegte Verteilung der Notfallkarte für die Opfer von häuslicher Gewalt;
- Anpassung an den Kanton Freiburg und Übersetzung des Leitfadens «Häusliche Gewalt erkennen, die Opfer unterstützen, vernetzen, informieren und schützen» für Fachpersonen zur Intervention bei häuslicher Gewalt;
- Stellungnahme zu den neuen Gesetzesbestimmungen über die Wegweisung gewalttätiger Personen aus dem gemeinsamen Haushalt (Art. 28 ZGB und freiburgisches Ausführungsgesetz);
- Vorbereitung und Ausarbeitung von «Empfehlungen» bei Anzeigen im Rahmen der Verfolgung von häusli-

cher Gewalt von Amtes wegen: ein Hilfsmittel für die von dieser Problematik betroffenen Fachkreise;

Büro

- Schaffung einer neuen 50 %-Stelle und Anstellung von Nathalie Liaudat-Guittard als Juristin ab dem 1. September 2006;
- Beratung, Begleitung und Auskünfte für Privatpersonen zur Diskriminierung im Berufsleben (vor allem innerhalb der Kantonsverwaltung); Beratung und Information von Privatpersonen und Berufsleuten zu Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung und der Familie;
- Stellungnahmen und Beantwortung von verwaltungsin-
ternen Vernehmlassungen oder Vernehmlassungen zu
Gesetzesprojekten sowohl auf kantonaler als auch auf
Bundesebene (21 Vernehmlassungen oder Stellungnah-
men im Jahr 2006);
- Kontakte mit den Medien (Medienmitteilungen und
Interviews, namentlich im Zusammenhang mit den ver-
schiedenen Veranstaltungen wie dem 10-jährigen
Bestehen des Gleichstellungsgesetzes, der Tagung zur
Gewalt in Paarbeziehungen, dem Tochtertag);
- Vorstellung des Gleichstellungsgesetzes bei einer politi-
schen Versammlung; Mitwirkung bei einer kantonalen
Koordinationssitzung zum Thema Kleinkinder und
Familienbegleitung; Mitwirkung an der Schweizeri-
schen Tagung über das elterliche Sorgerecht; Anspra-
che an der Veranstaltung zum 20-jährigen Bestehen des
Vereins Frauenhaus Freiburg;
- Zusammenarbeit mit verschiedenen Organen wie der
eidg. Koordinationskommission für Familienfragen
(EKFF), dem Steuerungsorgan der Koordinationsstelle
gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel
(KSMM) und dem Vorstand von Pro Familia Freiburg.

Das Büro führt das Sekretariat der kantonalen Kommissi-
on für die Gleichstellung von Frau und Mann und für
Familienfragen. Die Kommission arbeitet mit dem Büro
zusammen und ist Bindeglied zwischen dem Büro und den
interessierten Vereinigungen. Sie hat während dem Jahr 3
Plenarsitzungen abgehalten und eine Arbeitsgruppe arbei-
tet an einem Projekt zur Anerkennung der Freiwilligenar-
beit.

Das Büro führt das Sekretariat der Schlichtungskommissi-
on für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsle-
ben (gemäss GIG: Gleichstellungsgesetz des Bundes):
Diese Kommission hat sich 2006 mit einem Fall befasst.

Das Büro führt das Sekretariat der kantonalen Kommission
gegen Gewalt in Paarbeziehungen und hat das Co-Präsi-
dium inne. Die Kommission hat 2006 4 Plenarsitzungen
abgehalten; ihre Mitglieder sind in 3 Arbeitsgruppen auf-
geteilt: «Interventionen», «Opferhilfe» und «Kommunika-
tion und Sensibilisierung».

Das Büro hat den Vorsitz des Projektausschusses inne und
nimmt an den Sitzungen des Leitungsausschusses für eine
umfassende Familienpolitik teil.

VII. Ausübung der politischen Rechte

Der Staatsrat erliess auf Antrag der Direktion der Institu-
tionen und der Land- und Forstwirtschaft folgende
Beschlüsse:

1. Gemeindewahlen

- Beschluss vom 29. November 2005 zur Einberufung
der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonn-
tag, den 5. März 2006, zu den Gemeinderats- und
Generalratswahlen.

2. Abstimmungen

2.1 Eidgenössische Abstimmungen

- Beschluss vom 13. März 2006 zur Einberufung der
Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenös-
sischen Volksabstimmung vom Sonntag, 21. Mai 2006,
über folgende Vorlagen:
 - Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die
Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bil-
dung.
- Beschluss vom 4. Juli 2006 zur Einberufung der
Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eidgenös-
sischen Volksabstimmung vom Sonntag, 24. September
2006 über folgende Vorlagen:
 - Volksinitiative vom 9. Oktober 2002 «National-
bankgewinne für die AHV» (Bundesbeschluss vom
16. Dezember 2005);
 - Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die
Ausländerinnen und Ausländer (AuG);
 - Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgeset-
zes (AsylG).
- Beschluss vom 26. September 2006 zur Einberufung
der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur eid-
genössischen Volksabstimmung vom Sonntag,
26. November 2006, über folgende Vorlagen:
 - Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusam-
menarbeit mit den Staaten Osteuropas;
 - Bundesgesetz vom 24. März über die Familienzula-
gen (Familienzulagengesetz, FamZG).

2.2 Kantonale Abstimmungen

- Beschluss vom 4. Juli 2006 zur Einberufung der
Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zur kantona-
len Volksabstimmung vom Sonntag, 24. September
2006, über folgende Vorlagen:
 - Dekret vom 23. Juni 2006 über einen Verpflich-
tungskredit für den Bau der Poyabrücke und des
Poyatunnels sowie für die Erweiterung der Murten-
strasse auf vier Spuren in Freiburg und Granges-
Paccot;
- Beschluss vom 4. Juli 2006 zur Einberufung der
Stimmberechtigten des Kantons Freiburg auf Sonntag,
den 5. November 2006, für die Wahl der Mitglieder des

Grossen Rates und des Staatsrats sowie für die Wahl der Oberamtmänner.

- Beschluss vom 7. November 2006 über das Ergebnis der Wahl vom 5. November 2006 für die Gesamterneuerung des Staatsrats und zur Einberufung der Stimmberechtigten des Kantons Freiburg zum zweiten Wahlgang vom Sonntag, 26. November 2006.
- Beschluss vom 7. November 2006 über das Ergebnis der Wahl der Oberamtmänner vom 5. November 2006 in den sieben Bezirken des Kantons und zur Einberufung der Stimmberechtigten des Sensebezirks auf Sonntag, den 26. November 2006, für den zweiten Wahlgang.

Die Ergebnisse dieser Abstimmungen sind im Rechenschaftsbericht der Staatskanzlei aufgeführt.

VIII. Oberämter

1. Allgemeines

Oberamtmännerkonferenz

Die Oberamtmännerkonferenz, das informelle Koordinationsorgan und die Austauschplattform der Oberamtmänner, hat 2006 in 12 Plenarsitzungen getagt. Hinzukommen Sitzungen zu verschiedenen Themen (Inkrafttreten der Änderungen des Strafgesetzbuches), zwei Arbeitssitzungen mit den Stellvertretern der Oberamtmänner und die Teilnahme an verschiedenen Kommissionssitzungen und Veranstaltungen.

Die Konferenz bot verschiedenen Staatsräten und Amtsvorstehern die Möglichkeit, neue Projekte vorzustellen oder besondere Punkte, die alle Oberämter betreffen, zu diskutieren.

Die Oberamtmännerkonferenz hat ausserdem zu Vernehmlassungen, die ihr unterbreitet wurden, Stellung genommen. Sie ermöglichte die Koordination von Verfahren oder der Beantwortung von Fragen, für die eine einheitliche Antwort für das ganze Kantonsgebiet erforderlich war (z. B. Wahlpropaganda, Verbot, Feuer zu entfachen während der Trockenperiode, usw.).

Oberamt des Saanebezirks

Die Aufgaben des Oberamts nehmen tendenziell zu, insbesondere was die Behandlung von Baugesuchen betrifft.

Oberamt des Sensebezirks

Wie in den vergangenen Jahren stand das Oberamt den Gemeinden und Gemeindeverbänden, aber auch den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern mit einer Vielzahl von Dienstleistungen zur Verfügung.

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Gemeindewahlen im Frühjahr sowie durch die kantonalen Wahlen im Herbst.

Oberamt des Greyerzbezirks

Die im Berichtsjahr wahrgenommenen Aufgaben lassen sich vom Umfang und der Komplexität her mit jenen von 2005 vergleichen.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung und der Bautätigkeit im Greyerzbezirk war man stark mit der Behandlung von Baugesuchen beschäftigt.

Oberamt des Seebezirks

Die Verwaltungstätigkeit des Oberamtes hat gegenüber dem Vorjahr sowohl hinsichtlich der Anzahl der zu behandelnden Angelegenheiten wie auch hinsichtlich der Komplexität leicht zugenommen. Auch die Zahl der Strafdossiers nahm zu.

Im Bereiche der interkommunalen Zusammenarbeit stand wiederum das Gesundheitswesen im Vordergrund. Das Schwergewicht lag dabei auf Arbeiten im Hinblick auf die Gründung eines Gesundheitsnetzes des Seebezirks.

Oberamt des Glanebezirks

Wie die meisten Regionen scheint auch der Glanebezirk vom konjunkturellen Aufschwung zu profitieren, was sich auch auf das Arbeitsvolumen des Oberamts auswirkt. Die Tätigkeit des Oberamtmanns ist jedoch mehr und mehr auf die Umsetzung neuer kantonalen und regionaler Politiken ausgerichtet (Gesetz über den Tourismus, Regionalpolitik, Fahrende, Kulturpolitik usw.).

Oberamt des Broyebezirks

Bei den behandelten Dossiers lässt sich erneut ein Anstieg verzeichnen, vor allem im Bereich der Strafbefehle und der verschiedenen Bewilligungen.

Die Dossiers zu Baugesuchen sind in den letzten Jahren stetig angestiegen, was zwar ein erfreulicher Wirtschaftsindeikator ist, jedoch auch mit einem entsprechenden Einsatz verbunden ist.

Oberamt des Vivisbachbezirks

Die bedeutende demografische Entwicklung des Vivisbachbezirks hat zur Folge, dass dem Oberamt eine stärkere Rolle zukommt. Es wird sowohl von den Gemeinden als auch von der Bevölkerung immer häufiger in Anspruch genommen. Hinzukommt, dass die Aufgaben des Oberamts und des Oberamtmanns zunehmen und komplexer werden.

2. Personal und Verwaltung

Oberamt des Saanebezirks

Der Personalbestand hat sich während des Berichtsjahrs nicht verändert. Serge Rappo, Höherer Verwaltungssachbearbeiter, hat das Oberamt verlassen und wurde durch Yvan Richoz ersetzt.

Oberamt des Sensebezirks

Nach 15-jähriger Amtsausübung hat Oberamtmann Marius Zosso auf eine weitere Amtszeit verzichtet. Nicolas Bürgisser, der bei den Gesamterneuerungswahlen im Herbst zum neuen Oberamtmann gewählt wurde, trat sein Amt am 1. Januar 2007 an.

Ewald Schafer hat im Verlaufe des Jahres sein Praktikum im Rahmen einer IV-Umschulung erfolgreich abgeschlos-

sen. Nach einer zusätzlichen Anstellung von 3,5 Monaten im Rahmen der Arbeitslosenversicherung (RAV), fand Herr Schafer eine feste Anstellung.

Oberamt des Greyerzbezirks

Gisèle Tinguely, Sekretärin, hat das Oberamt am 15. Oktober 2006 verlassen, da sie eine 50 %-Stelle als Direktionssekretärin bei der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft antrat. Sie wurde ab dem 1. Dezember durch Rita Noël ersetzt, die bis dahin als Sekretärin beim Oberamt des Glanebezirks tätig war.

Oberamt des Seebezirks

Im Verlaufe des Berichtsjahres hat Frau Maude Favarger das Oberamt verlassen und eine Stelle als Gerichtsschreiberin-Berichterstatterin beim Verwaltungsgericht angetreten. Die 50- %-Juristenstelle beim Oberamt ist zur Wiederbesetzung ausgeschrieben.

Oberamt des Glanebezirks

Rita Noël, Sachbearbeiterin seit 1995, hat das Oberamt des Glanebezirks verlassen, um eine Stelle beim Oberamt des Greyerzbezirks anzutreten. Ihre Stelle wurde ab November 2006 von Virginie Rotzetter aus Domdidier übernommen.

Oberamt des Broyebezirks

Die Sekretariatsstelle ist seit dem Weggang von Laurence Meylan von einer einzigen Person, Eliane Beer, besetzt, die bisher Teilzeit arbeitete.

Das Oberamt hat ausserdem den Weggang von Mélanie Peter zu verzeichnen, die ihre kaufmännische Ausbildung abgeschlossen hat und von Nadia Zeferino ersetzt wurde.

Oberamt des Vivisbachbezirks

2006 gab es keine Änderungen.

3. Gerichtliche und administrative Tätigkeiten (Statistik)

	Saane	Sense	Greyerz	See	Glane	Broye	Vivisbach
Strafklagen und Strafanzeigen	8 035 (9 418)	871 (1 003)	1 554 (1 770)	1 119 (1 056)	452 (474)	1 124 (962)	627 (428)
Versöhnungsversuche:	405 (469)	39 (53)	145 (122)	80 (58)	77 (64)	63 (77)	43 (36)
– davon erfolgreich		25 (24)	110 (78)	29 (23)	47 (28)	35 (45)	26 (25)
– davon gescheitert	127 (153)	12 (19)	35 (44)	51 (35)	16 (28)	28 (32)	17 (11)
Strafbefehle	7 630 (8 750)	805 (950)	1 409 (1 648)	1 039 (953)	375 (401)	1 061 (885)	584 (392)
– davon definitiv	7 478 (8 576)	780 (927)	1 368 (1 608)	1 000 (918)	359 (361)	1 029 (851)	569 (378)
– davon mit Einsprache angefochten	152 (174)	25 (23)	41 (40)	39 (35)	2 (40)	32 (34)	15 (14)
Verwaltungsbeschwerden (2006 erfasst)	65 (120)	13 (17)	53 (43)	12 (20)	16 (34)	22 (22)	11 (6)
Baubewilligungen (Heizungsanlagen inbegriffen)	946 (958)	510 (486)	692 (690)	540 (511)	306 (307)	573 (546)	275 (342)
Jagdausweise	320 (309)	328 (333)	564 (570)	131 (149)	161 (157)	121 (120)	159 (166)
Fischereiausweise	1 528 (1 471)	1 139 (1 181)	1 846 (1 738)	2 136 (2 127)	247 (218)	446 (434)	222 (223)
Einsargungen	26 (21)	1 (0)	8 (6)	1 (1)	0 (2)	1 (2)	0 (2)
Verschiedene Bewilligungen	2 799 (2 975)	1 395 (1 401)	2 656 (1 069)	1 870 (1 756)	1 315 (1 100)	1 741 (1 411)	624 (752)
Freiheitsentzug (Vorführungen)	20 (32)			– (–)	4 (3)	4 (1)	0 (1)

Bem.: Die Zahlen von 2005 stehen in Klammern.

4. Tätigkeiten auf Gemeinde-, regionaler und kantonaler Ebene

Es seien vor allem die folgenden Tätigkeiten erwähnt, die nach den Zuständigkeiten der Direktionen gegliedert sind:

4.1 Bereiche der EKSD

Oberamt des Saanebezirks

- Association des communes du Cycle d'orientation de la Sarine-Campagne et du Haut-Lac français: Die Vergrösserung und Renovierung der Gebäude der OS-Marly sind abgeschlossen. Der Bau der Gebäude für die OS Saane-West geht plangemäss voran. Aufgrund der Verspätung wegen verschiedener Gerichtsverfahren wurden die Schüler der 3. OS-Stufe in zusätzlichen provi-

sorischen Pavillons untergebracht, die auf dem Gebiet der Gemeinde Avry aufgestellt worden waren.

- Coriolis (Kulturförderung): Der Gemeindeverband für die Kulturförderung (Coriolis) war im vergangenen Jahr weiterhin im Bereich der Subventionierung kultureller Institutionen und Veranstalter tätig. Über 1,5 Millionen Franken konnten diesen Institutionen zugewiesen werden. Der neue Saal von Espace Nuithonie ist äusserst beliebt. Im vergangenen Jahr wurde der Gemeindeverband *Coriolis Infrastrukturen* geschaffen, der von nun an mit der Finanzierung und dem Unterhalt der neuen kulturellen Infrastrukturen beauftragt ist. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die Stimmbevölkerung der Stadt Freiburg dem Kredit für das neue Gastspielhaus zugestimmt hat.

Oberamt des Sensebezirks

- Gemeindeverband Orientierungsschule des Sensebezirks: Nebst den rein statutarischen Geschäften befasste sich der Oberamtmann als Mitglied des Vorstandes der OS-Sense insbesondere mit den nachfolgenden Geschäften:
 - Ausbau des OS-Schulzentrums Wännewil;
 - Vorbereitung Projektwettbewerb Ausbau OS-Platzein;
 - Teilrevision der Statuten als Folge der neuen Bestimmungen im Gemeindegesetz;
 - Schülerverhalten: Prüfung eines 3-Säulen-Modells – Familie – Schule – Gemeindebehörden; Vereinbarung bezüglich Zusammenarbeit zwischen Schulsozialarbeit und dem Angebot «Choice».

Oberamt des Greyerzbezirks

- Orientierungsschulverband Greyerz: Über 1700 Schüler besuchen gegenwärtig die Schulen in Bulle und La Tour-de-Trême. In Anbetracht der demografischen Entwicklung des Bezirks und der zur Verfügung stehenden Infrastrukturen hat der Schulvorstand im Einverständnis mit der Stadt Bulle beschlossen, beim geografischen Institut der Universität Lausanne eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, um die zukünftige Schülerzahl der OS Greyerz sowie der Primarschulen und Kindergärten der Stadt Bulle in Erfahrung zu bringen. Aufgrund der Ergebnisse der Untersuchung können die Behörden geeignete Vorkehrungen treffen, um angemessene Lokalitäten zur Verfügung stellen zu können.
- Kollegium des Südens: Auch das Kollegium hat eine starke Zunahme des Schülerbestands zu verzeichnen. Man wird sich daher ebenfalls zu den Infrastrukturen Gedanken machen müssen, um den zukünftigen Schülern genügend Platz bieten zu können.
- Stiftung Schloss Greyerz: Die Renovation des Abwartgebäudes und die Schaffung einer Multimediaschau gehen gut voran. Die Öffnung für das Publikum dürfte daher im Laufe des Jahres 2007 stattfinden.
- Stiftung Pro Gruyères: Die Pflasterungsarbeiten sind bis zum Bildstock fortgeschritten, was Gruyères seinen früheren Glanz zurückgibt.
- Stiftung Sonderschulklassen des Greyerzbezirks: Die Stiftung, die die Sonderschulklassen und die Schuldienste verwaltet, hat ihren Auftrag zugunsten von Kindern mit einer Behinderung oder einem Entwicklungsrückstand wahrgenommen. Dank dem grossen Einsatz des neuen Direktors Jean Rouiller ist in der Institution wieder Ruhe eingekehrt. Wie das auch in anderen Bezirken der Fall ist, bereitet die Beitragspraxis des Kantons für die Schuldienste den Verantwortlichen der Institution und den Gemeinden, die einen Teil der Finanzierung wahrnehmen, Sorgen.

Oberamt des Seebezirks

- Orientierungsschulen: Präsidium der Delegiertenversammlung und Teilnahme an Vorstandssitzungen der

Orientierungsschule Region Murten; Teilnahme an der Delegiertenversammlung und an Vorstandssitzungen der Orientierungsschule Sarine-Campagne und Haut-Lac français.

- Berufsberatung: Im Rahmen der Arbeiten der vom Oberamtmann präsierten Kommission des Seebezirks für Berufs- und Laufbahnberatung war insbesondere das Auswahlverfahren zur Anstellung einer neuen Berufsberaterin für den deutschsprachigen Teil des Seebezirks von Bedeutung.
- Kultur:

Im Rahmen der Tätigkeit des Regionalverbandes See (Regionaler Verband für Wirtschaft, Tourismus und Kultur des Seebezirks) ist im Internet ein kulturelles Repertoire des Seebezirks geschaffen worden, das eine Informationsvernetzung zwischen Kulturschaffenden, kulturellen Ausdrucksformen und Kulturzentren im Seebezirk darstellt. Das Repertoire des Seebezirks dient als Pilotprojekt für ein entsprechendes schweizerisches Repertoire.

Mit rund 30 Konzerten während dreier Wochen und 6500 Besuchern hat sich das Festival Murten Classics zu einem der wichtigsten kulturellen Anlässe des Kantons entwickelt. Kern des Festivals sind die Sinfoniekonzerte im Schlosshof.

Neben dem Festival Murten Classics unterstützt der Oberamtmann verschiedene Organisationen zur Erhaltung oder Wiederbelebung von Kulturgütern.

Oberamt des Glanebezirks

- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Glanebezirks: Aufgrund schwerwiegender gesundheitlicher Probleme ihres Direktors (seit dem 13. Januar abwesend) und ihres Verwalters hat die Schule ein äusserst schwieriges Jahr hinter sich.
- Kultur im Bicubic Romont: Diese Infrastruktur muss noch zu ihrem normalen Geschäftsgang finden und Gemeinden und Sponsoren davon überzeugen, eine kulturelle Saison von hohem Niveau zu unterstützen, was für einen Bezirk neu ist.
- Sonderschulunterricht: Die neuen Bedürfnisse in diesem Bereich machen neue finanzielle Mittel erforderlich und aufgrund von Budgetkürzungen wurde eine Lastenverschiebung an die Gemeinden nötig.
- Museum für Glasmalerei Romont: Die vom Kanton genehmigten Investitionen für den Umbau und die Vergrößerung des Museums haben zu einem ausserordentlichen Resultat geführt, das den weltweit einmaligen Charakter dieses Museums zur Geltung bringt, insbesondere dank der Ausstellung im freiburgischen Flügel (der ehemaligen Wohnung des Oberamtmanns) der einmaligen Glasmalerei-Sammlung der Rieser-Stiftung, die dem Museum anvertraut worden ist.
- Château de Mézières: Dank den Beiträgen von Bund und Kanton, aber vor allem dank der einmaligen Unterstützung durch die Loterie romande und grosszügiger

Spender geht die allgemeine Renovation des Schlosses und der einzigartigen Sammlung von bemalten Tapes, die im Schloss aufbewahrt werden, zügig voran.

Oberamt des Broyebezirks

- Gemeindeverband für die Orientierungsschule des Broyebezirks und der Gemeinde Villarepos: Der Schülerbestand nimmt mit rund 1050 Schülern für das Schuljahr 2006/07 stetig zu. Mit dem neuen Schuljahr trat auch eine zweite Direktorin, Chantal Vienny Guerry, die Direktorin der OS Domdidier, ihr Amt an, während für die OS Estavayer-le-Lac nach wie vor Henry Terrapon zuständig ist. Die Ausbauprojekte für Estavayer-le-Lac und Domdidier erforderten ein grosses Engagement der Vorstandsmitglieder der Baukommission. Der Sieger des Architekturwettbewerbs für den Ausbau der OS Domdidier ist bereits bekannt, während jener für die OS Estavayer-le-Lac erst Anfang 2007 erkoren wird. Zwischen der Gemeinde Estavayer-le-Lac und dem Gemeindeverband des Broyebezirks für die sozialmedizinischen Dienste hat ein Austausch von Land stattgefunden. So konnte das Dossier für den Bau einer Dreifachturnhalle in Estavayer-le-Lac deblockiert werden, so dass nun ein Projekt, an dem auch der Gemeindeverband OS Broye beteiligt ist, ausgearbeitet wird. All diese Projekte sollten den Gemeinden des Verbandes vor Ende 2007 unterbreitet werden, so dass die neuen Gebäude für das Schuljahr 2009/10 einsatzbereit sein werden.
- Interkantonales Gymnasium der Region Broye (GyB): Das Gymnasium ist nun in Betrieb. Es wird interessant sein zu messen, welche Auswirkungen das Nebeneinander von freiburgischen Schülern (Matura innert 4 Jahren) und waadtländischen Schülern (Matura nach 3 Jahren) auf die eidgenössische Maturität hat.
- Aufsichtskommission für die Schuldienste des Schulkreises Broye: Zum Zugang zu logopädischen, psychologischen und psychomotorischen Diensten gibt es nach wie vor Bedenken, obwohl neue Verfahren eingeführt worden sind. Auch die Art der Subventionierung gibt Anlass zur Besorgnis.
- Schulmigration: Die von den Staatsräten der Kantone Freiburg und Waadt eingesetzte Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertretern der beiden Kantone zusammen und wird demnächst einen ersten Bericht über die Möglichkeiten einer verstärkten interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich des obligatorischen Unterrichts (Kindergarten, Primarschule und Sekundarschule) vorlegen.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Gemeindeverband für die Orientierungsschule (OS): Innert kürzester Zeit wurden die Baubewilligungen für eine Dreifachturnhalle ausgestellt. Ein IHG-Darlehen hing davon ab, wie schnell dieses Dossier behandelt wurde.
- Andere Kommissionen und Verbände: Der Oberamtmann hat in verschiedenen Kommissionen und Verbänden den Vorsitz inne oder ist Mitglied, unter anderem

des Verbands «Tous unis contre la violence», dessen vorbeugende Wirkung anerkannt ist.

Es sei darauf hingewiesen, dass die kantonale Budget- und Beitragspolitik der Kommission der Schuldienste Glane-Vivisbach Sorgen macht.

4.2 Bereiche der SJD

Oberamt des Saanebezirks

- Öffentliche Ordnung: Das Oberamt hat seinen Überwachungsauftrag der öffentlichen Gaststätten in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei und der Kantonspolizei wahrgenommen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Organisation gewisser Veranstaltungen gewidmet, namentlich von Jugendfesten. Der Hang zum Alkoholkonsum bei den Jugendlichen sollte so gut wie möglich unter Kontrolle gebracht werden. Ausschweifungen in diesem Bereich sind oft die Ursache gewisser Gewalthandlungen. Trotz den Bemühungen des Oberamts in diesem Bereich ist die Zusammenarbeit aller Beteiligten gefordert, namentlich der Eltern. Gewisse Eltern nehmen ihre Aufgaben in diesem Bereich nicht mehr wahr und setzen ihren Kindern keine Grenzen, insbesondere beim nächtlichen Ausgang.

Oberamt des Sensebezirks

- Öffentliche Ordnung: Im Rahmen der Überwachung der öffentlichen Gaststätten hat der Oberamtmann in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei und mit der Kantonspolizei eine provisorische Schliessung eines Betriebes, der kein Patent hatte.

Oberamt des Greyerzbezirks

- Öffentliche Ordnung: Das Oberamt hat seinen Überwachungsauftrag der öffentlichen Gaststätten im Geiste der Zusammenarbeit mit den Betreibern, dem Amt für Gewerbepolizei und der Kantonspolizei wahrgenommen. Im Falle einer Gaststätte wurde aufgrund einer unübersichtlichen Situation im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln die Schliessung verfügt. Dank der Intervention zahlreicher Akteure, namentlich der Stiftung «Passage» und des Verbands «Stop violence en Gruyère», konnte das Gefühl von Sicherheit in der Region verstärkt werden. Der Bezirk hat jedoch eine Vergewaltigung zu bedauern, die von einer Gruppe Jugendlicher begangen worden ist, sowie ein Mord mit einer Schusswaffe.

Oberamt des Seebezirks

- Neues Strafrecht: Der Oberamtmann und das mit den Strafdossiers befasste Personal des Oberamtes haben sich an mehreren Informationsveranstaltungen über die Neuerungen, die sich aus der Revision des Strafrechts für die vom Oberamt auszusprechenden Strafbefehle ergeben, orientiert.
- Öffentliche Ordnung: Das Oberamt hat mehrere Gaststätten geschlossen, die ohne das erforderliche Patent betrieben worden sind. Mit dem Inkrafttreten der Revision des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und

den Tanz per 1. Juli 2006 ist diese Zuständigkeit nun auf die Direktion übertragen worden.

Vermehrt sieht sich das Oberamt mit Klagen über verschiedene öffentliche Lokale und temporäre Veranstaltungen konfrontiert, insbesondere wegen Lärmimmissionen.

- Schiesswesen: Der Oberamtmann hat in zwei Fällen (Errichtung eines gemeinsamen Schiessstandes, Bodensanierung eines Scheibenstandes) erfolgreich Vermittlungsgespräche zwischen den betroffenen Gemeinden geführt. Für den gemeinsamen Schiessstand von Courgevax und Murten konnte im Berichtsjahr die Baubewilligung erteilt werden.

Der Oberamtmann präsidiert die kantonale Kommission für die Schiessstände.

- Bevölkerungsschutz: Der Oberamtmann hat die im Seebezirk durchgeführten Übungen des Bevölkerungsschutzes begleitet.
- Feuerwehr: Das Oberamt hat einen Rapport mit den Feuerwehr-Verantwortlichen der Gemeinden und den Kommandanten der Feuerwehrcorps durchgeführt und die von der Kantonalen Gebäudeversicherung organisierte Informationsveranstaltung begleitet. Wie jedes Jahr hat der Oberamtmann wieder mehrere Regionalübungen und Inspektionen durchgeführt und kantonale und Bezirkskurse besucht.

Oberamt des Glanebezirks

- Armeefahrzeugpark (AMP Romont): Trotz verschiedener Interventionen auf höchster militärischer und politischer Ebene herrscht nach wie vor Unsicherheit darüber, welche Tätigkeiten in naher Zukunft (bis 2010) am Standort Romont ausgeübt werden und was mit den damit zusammenhängenden Arbeitsplätzen geschieht. Die Verwaltung ist nach Grolley umgezogen, aber die Sitzungen finden mangels einer passenden Infrastruktur oft in Romont statt.

Oberamt des Broyebezirks

- Feuerwehr: Im vergangenen Jahr hat das Oberamt gewisse Denkanstösse zur Organisation der Feuerwehr im Bezirk lancieren können.
- Neues Strafrecht: Die Umsetzung der neuen Strafrechtsbestimmungen erforderte grosses Engagement von Seiten des Oberamtmanns. Es mussten die Voraussetzungen für die kantonalen Oberämter geschaffen werden, um die verschiedenen Neuerungen zu integrieren.
- Bevölkerungsschutz: Der Oberamtmann war an verschiedenen Arbeitsgruppen für die Vorbereitung des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz beteiligt.
- Öffentliche Ordnung: Das Oberamt war aufgrund zahlreicher Wechsel der Geschäftsführer, die nicht immer unter optimalen Bedingungen stattfanden, mit der Aufsicht über die verschiedenen Gaststätten im Bezirk beschäftigt.

Es sei jedoch auf die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Amt für Gewerbepolizei hingewiesen.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Öffentliche Ordnung: Mit einer Ausnahme, bei der hart durchgegriffen werden musste (wegen Einschränkungen, die einem Nachtlokal auferlegt worden waren), kann sich das Oberamt nicht über Störungen der öffentlichen Ordnung beklagen. Sachbeschädigungen oder andere Vandalenakte kommen zwar immer wieder vor, jedoch nicht in Besorgnis erregendem Ausmass.

4.3 Bereiche der ILFD

Oberamt des Saanebezirks

- Agglomeration: Dieses schwierige Dossier bereitet dem Oberamtmann zahlreiche Probleme und viel Arbeit. Im Herbst hat die konstituierende Versammlung den endgültigen Zeitplan verabschiedet, der vorsieht, dass die Bevölkerung der verschiedenen Gemeinden, die den provisorischen Perimeter der Agglomeration bilden, Ende Februar 2008 an die Urnen gehen.

Oberamt des Sensebezirks

- Das Oberamt hat für die Gemeindewahlen vom Frühjahr 2006 die Vorbereitung, Information und Durchführung beaufsichtigt und koordiniert. Für die erstmals stimmberechtigten Ausländerinnen und Ausländer wurde eine Informationssitzung durchgeführt. Die Wahlen verliefen gesetzeskonform und gaben zu keinen Beschwerden Anlass. Immerhin muss festgestellt werden, dass in 2 Gemeinden für den ersten Wahlgang weniger Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung standen, als Sitze zu besetzen waren. In 6 Gemeinden kam es zu einem zweiten Wahlgang. Die neu- und wiedergewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wurden am 7. April 2006 vereidigt und die anschliessende Konstitution der Räte verlief in allen Gemeinden ohne besondere Schwierigkeiten. Am Schluss des ersten Jahres der laufenden Legislaturperiode darf festgestellt werden, dass die Gemeinden gut geführt und verwaltet werden. Dies gilt auch für die Gemeindeverbände, die sich nach den Gemeindewahlen neu konstituiert haben.
- Der Oberamtmann arbeitete an der Vorbereitung und Durchführung der unter der Führung des Freiburger Gemeindeverbandes angebotenen Einführungskurse für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aktiv mit.
- Die Untersuchungen zu der im Vorjahr eingereichten Beschwerde über das Funktionieren des Gemeinderates Tentlingen wurden abgeschlossen und die Ergebnisse in einem Bericht mit den entsprechenden Schlussfolgerungen und den anzuordnenden Massnahmen zusammengefasst. Es kann festgestellt werden, dass seit den Gesamterneuerungswahlen vom Frühjahr 2006 im Gemeinderat Tentlingen wieder Ruhe eingekehrt ist.
- Agglomeration: Der Oberamtmann hat auch im Berichtsjahr als Vizepräsident der konstituierenden Versammlung deren Arbeit und Zielsetzungen unterstützt. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die

möglichen Auswirkungen der künftigen Agglomeration Freiburg auf die Zusammenarbeit der Sensler Gemeinden gerichtet.

- Territoriale Strukturen: Der Oberamtmann hat in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe bezüglich Überprüfung der territorialen Strukturen des Kantons mitgearbeitet.

Oberamt des Greyerzbezirks

- Das Personal des Oberamts war mit den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und insbesondere mit den kommunalen Wahlen im Frühling und den kantonalen Wahlen im Herbst beschäftigt. Die neu gewählten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wurden am 1. April 2006 vom Oberamtmann des Greyerzbezirks im Saal der CO2 von La Tour-de-Trême vereidigt.
- Gemeindezusammenschlüsse: Im Laufe des Jahres schlossen sich zwar keine weiteren Gemeinden zusammen, aber das Oberamt hat seinen Teil zur Umsetzung der neuen Gemeinde, die sich aus dem Zusammenschluss von Bulle und La Tour-de-Trême ergab, beigetragen.
- Informatik in den Gemeinden: Die Association Régionale la Gruyère gab den Impuls dazu, dass eine Arbeitsgruppe sich mit dem Informatikbedarf der Gemeinden des Bezirks befasste, um baldmöglichst Lösungen für die Bewältigung zukünftiger Anforderungen vorschlagen zu können.

Oberamt des Seebezirks

- Wahlen: Im Hinblick auf die Gemeindewahlen im Frühling und die kantonalen Wahlen im Herbst des Berichtsjahres hat das Oberamt jeweils eine Informationssitzung mit den in den Gemeinden für die Wahlen verantwortlichen Personen durchgeführt. An den jeweiligen Wahlwochenenden hat es die reibungslose und gesetzmässige Abwicklung der Wahlen überwacht. Im Anschluss an die Gemeindewahlen sind die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte vom Oberamtmann vereidigt worden. Seit den Gesamterneuerungswahlen sind bis zum Jahresende 6 Rücktritte von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten erfolgt, einer davon betraf einen Gemeindepräsidenten.
- Einführungskurse für Gemeinderäte: Der Oberamtmann hat sich an den vom kantonalen Gemeindeverband durchgeführten Einführungskursen für Gemeinderäte beteiligt und zu verschiedenen Kurs-Themen referiert.
- Verband der Gemeinden des Seebezirks: Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wurden zu zahlreichen bedeutenden Vorlagen Stellungnahmen verfasst. Der Verband befasste sich insbesondere mit den sich aus der Revision des Gemeindegesetzes ergebenden Neuerungen und mit Fragen im Gesundheitswesen (Schaffung des Freiburger Spitalnetzes, Gesundheitsnetz See).
- Gemeindefusionen: Nach der Fusion der Gemeinden Agriswil und Ried per 1. Januar 2006 waren im Seebezirk keine Gemeindefusionen mehr zu verzeichnen.

- Interkommunaler Finanzausgleich: Der Oberamtmann wirkte in der Kommission zur Erarbeitung eines Projektes für den interkommunalen Finanzausgleich mit.
- Bodenverbesserungskörperschaften: Präsidium der Organisationsversammlung der Bodenverbesserungskörperschaft Misery-Courtion: Die Versammlung hat den vom Initiativkomitee erarbeiteten Statutenentwurf zurückgewiesen, weshalb eine zweite Organisationsversammlung erforderlich sein wird.

Oberamt des Glanebezirks

- Die vom Freiburger Gemeindeverband in Zusammenarbeit mit den Oberämtern und dem Amt für Gemeinden angebotene Einführung für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist auf sehr positives Echo gestossen. Dasselbe gilt für die anlässlich der kommunalen Wahlen im Frühling und der kantonalen Wahlen im Herbst durchgeführten Informationsveranstaltungen.
- Beim Projekt zur Vernetzung und gemeinsamen Nutzung der Informatikabläufe von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Staat konnte ein Grundsatzabkommen zwischen allen Gemeinden erreicht werden. Dazu waren mehrere Informations- und Arbeitssitzungen nötig (das Projekt wird vom Stellvertreter des Oberamtmanns und vom Sekretariat der Region Glane-Vivisbach geleitet).

Oberamt des Broyebezirks

- Abstimmungen und Wahlen: Das Personal des Oberamts war sehr mit den Aufgaben im Zusammenhang mit den eidgenössischen und kantonalen Wahlen beschäftigt insbesondere mit den kommunalen Wahlen im letzten Frühling und den kantonalen Wahlen im Herbst. Die Gesamterneuerung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte erfolgte unter guten Voraussetzungen und der Oberamtmann hat sie am Samstag, den 1. April 2006 in Estavayer-le-Lac vereidigt.
- Gemeinden: Das Oberamt pflegt gute Kontakte zu den Gemeinden des Bezirks. Ein guter Kontakt zum Gemeinderat und den Gemeinde ist ausserordentlich wichtig, einerseits, um bei Schwierigkeiten schnell eingreifen zu können, aber auch um allfällige Probleme frühzeitig zu erkennen.
- Verband der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye): Der Oberamtmann nahm an verschiedenen Vorstandssitzungen und Versammlungen teil und wirkte bei der Führung verschiedener Dossiers mit.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Ammännerkonferenz: Die Ammännerkonferenz ersetzt den Vorstand des Verbandes der Gemeinden des Vivisbachbezirks. Sie hat den Vorteil, dass sie sehr einfach funktioniert und heikle Dossiers prompt behandelt werden. Sie hat viel zu einer verstärkten Solidarität zwischen den Gemeinden des Bezirks beigetragen.
- Die erste Konferenz des Jahres war für verschiedene Ammänner, bzw. Gemeindepräsidentinnen auch gleich

- die letzte. Einige von ihnen waren ihren Gemeinde während vielen Jahren vorgestanden, wie Elisabeth Sapin (32-jährige Tätigkeit für die Gemeinde, davon 9 Jahre als Präsidentin), Raymonde Favre (20 Jahre im Gemeinderat, davon 15 als Ammann) und Jean-Luc Favre (15 Jahre im Gemeinderat, davon 5 als Ammann).
- Landwirtschaft: Ein Fall, in dem ein Züchter sein Vieh vernachlässigte, erforderte viel Energie und führte zu zahlreichen Telefonaten und Schreiben.

4.4 Bereiche der VWD

Oberamt des Saanebezirks

- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF): Die Tätigkeiten im Rahmen dieses wichtigen Gemeindeverbandes gehen rasch voran, vor allem was die finanzielle Beteiligung an Projekten in verschiedenen Gemeinden des Verbands betrifft. Wegen dem Bau eines grossen Wohnquartiers in Villars-sur-Glâne musste eine neue Buslinie konzipiert und in Betrieb genommen werden.

Oberamt des Sensebezirks

- Gemeindeverband Region Sense: Im Rahmen der Aktivitäten dieses Gemeindeverbandes nahm der Oberamtmann in folgenden Bereichen an der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit aktiv teil:
- Neukonstituierung des Vorstandes: Gemäss der erfolgten Statutenanpassung sind neu sämtliche Gemeindepräsidentinnen und Ammänner des Sensebezirks Mitglied des Vorstandes; dieses Gremium löst damit die bisherige Ammännervereinigung ab.
- Konsequenzen der neuen Regionalpolitik von Bund und Kanton; Ausarbeiten von Projektideen und von diesbezüglichen Legislaturzielen.
- Gewährung von IHG-Krediten für Projekte lokaler und regionaler Bedeutung (OS-Wünnewil, Arbeitszone Birch) zuhanden der zuständigen Stellen des Kantons und des Bundes.
- Neuorganisation der Tourismusstrukturen im Sensebezirk:
 - Übertrag der Gemeindeaufgaben gemäss Tourismusgesetz an den Gemeindeverband;
 - Leistungsvertrag mit Schwarzsee Tourismus bezüglich Tourismus-Marketing für den ganzen Sensebezirk;
 - die Gemeinden beteiligen sich zugunsten der Tourismusförderung künftig mit 3 Fr. pro Einwohner.
- Analyse der Auswirkungen eines eventuellen Beitritts der Gemeinden Düdingen und Tafers zur künftigen Agglomeration Freiburg; Prüfung der Möglichkeit von Vereinbarungen zwischen Region Sense und der Agglomeration in den Bereichen Wirtschafts- und Tourismusförderung.
- Finanzielle Unterstützung einer Studie zur Förderung der Alpwirtschaft.

- Verabschiedung einer Wirtschaftscharta über die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Gemeinden.
- Studie zur Vernetzung der Gemeinde-Wasserversorgungsnetze in Notfallsituationen.
- Projekt der Bahnhofstestelle St. Leonhard und gleichzeitige Aufhebung der Haltestelle Fillistorf.
- Weiterführung der Erarbeitung des Labels «Energie-stadt Region Sense»: gemeinsame Erarbeitung des Energierichtplans und der Energiebuchhaltung.
- CUTAF: Wie in den Vorjahren hat der Oberamtmann als Vorstands- und Büromitglied die Zielsetzungen der CUTAF aktiv unterstützt.

Oberamt des Greyerzbezirks

- Association touristique La Gruyère (ATG): Nach Abschluss der Neuorganisation der Tourismusstrukturen des Bezirks hat der Direktor, Pierre-Alain Morard, seinen Rücktritt eingereicht, um sich in einem Nachbarkanton neuen Herausforderungen zu stellen. Innerhalb des Verbands wird man sich weiterhin mit der Entwicklung von Aktivitäten zugunsten der Region auseinandersetzen.
- Bergbahnen: Der Regionalrat für die Bergbahnen hat sich weiterhin für eine gemeinsame Promotion der Greyerzer Anlagen eingesetzt. Er hat ausserdem die Investitionen in diesem Sektor für die nächsten 15 Jahre festgelegt und prioritäre Kriterien für die Auswahl von Projekten beschlossen.
- Freizeit-Thermalbad in Charmey: Die Finanzierung des Freizeit-Thermalbads in Charmey konnte finalisiert werden und die Bauarbeiten gehen rasch voran. Dieses neue Schmuckstück des Freiburger Tourismus, das rund 200 000 Besucher jährlich anziehen soll, sollte im März 2007 eingeweiht werden.
- Association Régionale la Gruyère: Innerhalb des Verbands und bei den Mitgliedgemeinden wurden Schritte unternommen, um den regionalen Investitionsfonds zu rekapitalisieren, damit Projekte von regionalem Interesse weiterhin unterstützt werden können.
- Neue Regionalpolitik (NRP): Wie die anderen Präsidenten der IHG-Regionen hat der Oberamtmann im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Regionalpolitik an mehreren Sitzungen der Konferenz der Regionen teilgenommen.

Oberamt des Seebezirks

- Redwood/Amgen: Zu Beginn des Berichtsjahres ist bekannt geworden, dass die Firma Amgen definitiv Irland als Standort für ihre Neuansiedlung ausgewählt hat. Die Bemühungen des Staatsrates und des Unterstützungskomitees, die Firma in den Kanton Freiburg, d.h. nach Galmiz, zu holen, hatten demnach nicht zum Erfolg geführt. Für die Bevölkerung und die Behörden des Seebezirks war die von ihnen erbrachte Unterstützungsarbeit aber dennoch ein Erfolg, da sie zu einer Stärkung der Zusammenarbeit und des Zusammen-

gehörigkeitsgefühls unter sich und mit den kantonalen Behörden und Instanzen geführt hatte. Damit ist der Seebezirk trotz des ausbleibenden Schlussergebnisses gestärkt aus diesen Bemühungen hervorgegangen. Die Gemeinden des Bezirks haben im Anschluss daran ihren klaren Willen bekundet, das Nötige vorzukehren, um in Zukunft für entsprechende Grossprojekte bereit zu sein.

- Neue Regionalpolitik: Auf Initiative der Oberamtmännerkonferenz ist eine Regionalkonferenz (bzw. Konferenz der Regionen) gebildet worden, welche die Umsetzung der neuen Regionalpolitik des Bundes auf kantonaler Ebene begleitet und die diesbezüglichen Initiativen und Arbeiten der Regionen koordiniert. Der Seebezirk ist in dieser Konferenz durch den Oberamtmann und die Direktorin des Regionalverbandes vertreten.
- Tourismus: Das neue Finanzierungskonzept des Regionalverbandes, das insbesondere wegen der Revision des Gesetzes über den Tourismus und der damit verbundenen Einführung des Fonds für koordiniertes Tourismusmarketing (anstelle der bisherigen Subventionen für die Regionalverbände) erforderlich geworden war, konnte erfolgreich umgesetzt werden. Der Regionalverband See beteiligt sich aktiv am koordinierten Tourismusmarketing.
- Arbeitsmarkt: Der Oberamtmann präsidiert die tripartite Kommission des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) des Seebezirks und des Sensebezirks. Zusammen mit seinem Kollegen aus dem Sensebezirk ist er zudem Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung «deStarts» zur Förderung arbeitsloser Jugendlicher.

Oberamt des Glanebezirks

- Tourismus: Um sich den Herausforderungen der Gesetzesänderungen, insbesondere dem finanziellen Aspekt zu stellen, haben die Gemeinden beschlossen, die Aufgaben in diesem Bereich der Region Glane-Vivisbach zu übertragen, wobei pro Einwohner ein jährlicher Beitrag von 3 Fr. geleistet wird. Die Region wird somit zur Partnerin der regionalen Tourismusorganisationen des Vivisbach- und des Glanebezirks (Verkehrsverein Romont und Region).
- Neue Regionalpolitik: Der Oberamtmann hat in seiner Funktion als Vizepräsident der Region Glane-Vivisbach zusammen mit dem Regionalsekretariat Glane-Vivisbach die Konferenz der Regionen ins Leben gerufen und geleitet. Die Konferenz der Regionen vereinigt alle freiburgischen Regionen (IHG oder nicht IHG) und ist bereits dreimal zusammengetreten. Sie ist nicht nur eine Plattform für den Austausch im Hinblick auf die neue Regionalpolitik, die vom Bund verabschiedet worden ist, sondern auch eine Partnerin auf der Ebene des Kantons, insbesondere was die Wirtschaftsförderung betrifft.
- Economie Glâne 2020: Für die im Anschluss an die Restrukturierung vom Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion initiierte und von Professor Martial Pasquier

(Idheap) durchgeführte Studie wurden zahlreiche Unternehmer der Region oder solche, die die Region sehr gut kennen, herangezogen. Sie führte zu einer Situationsanalyse und zu eher beruhigenden als alarmierenden Perspektiven, vorausgesetzt, dass der Glanebezirk in den kommenden Jahren auf regionale Solidarität setzt und die politischen und wirtschaftlichen Akteure bedeutend proaktiver werden als in der Vergangenheit. Diese Studie wird ein wichtiges Hilfsmittel für die Festlegung der Strategien sein, auf die sich der Bezirk schnell einigen müssen.

- Cinémagination – Max Der Film: Das freiburgische Unternehmen realisiert den bedeutendsten, jemals in der Schweiz hergestellten Animationsfilm (mit einem Budget von 30 Millionen Franken) und arbeitet unermüdlich, um den Zeitplan einhalten zu können. So waren zuweilen bis 130 Personen aus verschiedenen Ländern, darunter die besten Spezialisten in diesem Bereich, in Romont in den von Tetra Pak zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten tätig. Das Team von Max Der Film hat in Romont den idealen Rahmen für die Umsetzung dieses Projekts gefunden, unter anderem dank dem Einsatz des Oberamtmanns und des regionalen Sekretariats, aber auch dank der Hilfe der beteiligten kantonalen Dienststellen und Ämter.
- Tetra Pak: Die vereinten Anstrengungen der Wirtschaftsförderung und von Tetra Pak haben dazu geführt, dass sich eine neue Firma für die Produktion hochtechnologischer Verpackung niedergelassen hat, die die Verluste – vor allem von Arbeitsplätzen – aufgrund der Schliessung eines Grossteils der Produktion von Tetra Pak wettmacht.
- Heliport Villaz-St-Pierre: Dieses Dossier hat dank dem formellen Gesuch des Kantons an den Bund um Änderung des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt und um Aufnahme von Villaz-St-Pierre als Heliport grosse Fortschritte gemacht.

Oberamt des Broyebezirks

- Communauté régionale de la Broye (COREB): Die Restrukturierung der COREB ist fast abgeschlossen. Die Gemeinschaft hat sich neue Statuten gegeben und insbesondere den Einbezug der Gemeinden verstärkt. Sie freut sich auch über den Zusammenschluss der drei Regionalverbände der waadtländischen Broye, was die allgemeine Arbeitsweise der COREB weitgehend vereinfacht. Das Dossier Aeropol nimmt die gesamte Aufmerksamkeit in Anspruch, auch wenn noch nicht alle Hindernisse, vor allem die militärischen, aus dem Weg geräumt sind.
- Regionales Arbeitsvermittlungszentrum (RAV): Der Oberamtmann hat die Sitzungen der tripartiten Kommission präsidiert und die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk aufmerksam verfolgt.
- Neue Regionalpolitik (NRP): Der Oberamtmann hat die Arbeiten der Konferenz der Regionen im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Regionalpolitik mit Interesse verfolgt.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Region Glane-Vivisbach (RGV): Unter dem Vorsitz des Oberamtmanns des Vivisbachbezirks hat dieser Gemeindeverband bedeutende Arbeit geleistet, um die Region zu stimulieren und über die Konferenz der Regionen auf die Zielsetzungen der neuen Regionalpolitik des Bundes hinzuwirken. Die Gemeinden des Bezirks haben in finanzieller Hinsicht die Nachfolge des Kantons angetreten, wenn es darum geht, die durch das neue kantonale Tourismusgesetz entstandenen Lücken zu stopfen.
- Zentrum für die Schaffung und Betreuung kleiner und mittlerer Unternehmen (CCAPP): Die Unternehmensbesuche, die das Oberamt in Zusammenarbeit mit der Sitzgemeinde vornimmt, wie auch die Beratungen potentieller Unternehmensgründer werden sehr geschätzt.

4.5 Bereiche der GSD

Oberamt des Saanebezirks

- Association des communes pour les services médico-sociaux (ACSMS): Im Herbst wurde mit den Arbeiten zur Vergrößerung des Pflegeheims des Saanebezirks auf dem Guintzet begonnen. Im Herbst 2008 sollten die neuen Räume in Betrieb genommen werden können.
- Spitex (spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe): Die neue Organisation der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe mit der Rechtsstruktur einer privatrechtlichen Stiftung hat sich zur allgemeinen Zufriedenheit der Gemeinden des Saanebezirks bewährt. Um der Bevölkerung einen optimalen und einfachen Zugang zu den verschiedenen Leistungen zu ermöglichen, wurde in der Stadt Freiburg eine zusätzliche Aussenstelle eröffnet.

Oberamt des Sensebezirks

- Gemeindeverband Spital, Pflegeheim und sozialmedizinische Dienste im Sensebezirk: Nachfolgende Themen beschäftigten die Organe und den Oberamtmann in besonderem Masse:
 - Überarbeitung und Beginn der Umsetzung des Spitalkonzepts Nordosten. Seit dem 1. Mai 2006 haben die Spitalstandorte Tifers und Meyriez eine gemeinsame Direktion.
 - Kantonalisierung des Spitalwesens: Zukünftige Ausrichtung und Aufgaben des Gemeindeverbandes, Trennung von Spital und Pflegeheim: Vorbereitung des Übertrags der Vermögenswerte des Spitals an das Freiburger Spitalnetz.
 - Einsetzen einer Projektgruppe zwecks Abklärung des Aufbaus eines Gesundheitsnetzes Sense: Pflegeheime, Spitex, Mütter- und Väterberatung usw.
 - Studie im Hinblick auf den Aufbau einer speziellen Abteilung für Demenzerkrankte.
 - Abklärungen bezüglich Angebot von Tages- und Kurzaufenthalten im Pflegeheim.

- Anpassung der Vereinbarung mit der Vereinigung der Sensler Ärzte betreffend Bereitschafts- und Notfalldienst und der Vereinbarung mit dem Ambulanz- und Rettungsdienst Sense AG.

- ISO-Zertifizierung: Die Zertifizierung wurde im Verlaufe des Berichtsjahres übergeben.

- Gesundheitswesen: Der Oberamtmann befasste sich im Berichtsjahr als Mitglied der Kommission für Gesundheitsplanung und der Pilotgruppe für die Vorbereitung des Gesetzes über das Freiburger Spitalnetz auch auf kantonaler Ebene mit dem Gesundheitswesen.

Oberamt des Greyerzbezirks

- Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz: Die spitalexterne Krankenpflege und der Sozialdienst des Bezirks wurden erfolgreich zusammengelegt. Die neue Einheit ermöglicht es, den Erwartungen der Benutzer professionell gerecht zu werden und so die Ansprüche des Personals und der Körperschaften, die die Finanzierung garantieren, zu befriedigen. Als Eigentümerin des Spitals Riaz verfolgte der Gemeindeverband Gesundheitsnetz Greyerz aufmerksam die politischen Entscheide im Zusammenhang mit der Umsetzung des freiburgischen Spitalnetzes.
- COSAF und CODEMS: Dank seinem Vorsitz in der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF) und in der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) hat der Oberamtmann eine gesunde und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Partnern im Bereich Gesundheit begünstigen können.

Oberamt des Seebezirks

- Freiburger Spitalnetz: Sowohl im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks wie auch im Rahmen des Spitalverbandes (Gemeindeverband für das Spital des Seebezirks) sind die Arbeiten zur Schaffung des Freiburger Spitalnetzes aufmerksam verfolgt und begleitet worden. Im Hinblick auf den Übergang ins kantonale Netz ist auch die Umsetzung des Konzeptes Nordosten (Spitalstandorte Tifers und Meryriez) beschleunigt vorangetrieben worden. Ein entscheidender Schritt wurde mit der Zusammenlegung der Direktion für beide Standorte getan.
- Gesundheitsnetz See: Die Vorarbeiten zur Gründung eines Gesundheitsnetzes See, das sich in einem ersten Schritt auf die Zusammenlegung der Trägerstrukturen der von Gemeindeverbänden geführten Heime des Seebezirks beschränkt, sind entscheidend vorangekommen. Die vom Oberamtmann geführte Arbeitsgruppe hat nach der Analyse des Synergiepotentials und nach dem Besuch verschiedener entsprechender Strukturen in andern Kantonen einen Vorschlag erarbeitet, der im Frühling 2007 den Gemeinden und den Betroffenen zur Diskussion unterbreitet wird.
- Heime: Mit Befriedigung wurde die Anerkennung des Heimes Ulmiz (mit vorerst 10 Betten) durch den Kanton zur Kenntnis genommen. In Murten ist ein neues Pro-

jekt einer Siedlung mit betreuten Alterswohnungen im Entstehen begriffen, das auch Pflegebetten anbieten wird.

- Spitalexterne Krankenpflege: Das Oberamt führt das Präsidium und das Sekretariat der Bezirkskommission für die spitalexterne Krankenpflege, welche insbesondere die Entscheide betreffend die Gewährung einer Pauschalentschädigung zu fällen hat.

Oberamt des Glanebezirks

- Réseau Santé de la Glâne (Mehrzweckverband für das Spital und die sozialmedizinischen Dienste des Bezirks):
 - Die vorbereitenden Arbeiten für den Umbau des Spitalstandorts Billens in ein Rehabilitationszentrum sind mit der Ausstellung der Baubewilligung und den ersten Ausschreibungen in eine entscheidende Phase gekommen.
 - Die Leistungen im Bereich der spitalexternen Krankenpflege und Familienhilfe steigen konstant an. Die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzierung der Aufenthalte in Pflegeheimen (Pensionspreis, Finanzierungskosten) konnten für den Moment noch nicht beseitigt werden.
 - Jugendgesundheit: Die Initiative der 4 Pfeiler der Freiburger Wirtschaft, die vom Kanton, insbesondere von der EKSD und der GSD unterstützt wird, ist im Rahmen der Stationierung des Busses im Glanebezirk und dem damit einhergehenden Empfang auf positives Echo gestossen.

Oberamt des Broyebezirks

- Verband der sozialmedizinischen Dienste im Bezirk: Der Verband hat gewisse Denkanstösse lanciert im Bereich der Versorgungs- und Betreuungsstrukturen betagter Personen. Die Gemeinden haben einen ersten Bericht angenommen und konkrete Vorschläge sollten demnächst folgen. Es wurde ausserdem der Anstoss zu einer Erneuerung der Strukturen gegeben. So sollen die sozialmedizinischen Dienste und die Aufträge, die der Gemeindeverband zur Betreuung des Bezirkspitals behalten hat, in einer Einheit zusammengelegt werden.
- Interkantonales Spital der Broyeregion (HIB): Der Verwaltungsrat hat sich mit der Umsetzung des Freiburger Spitalnetzes und dem Dossier zur Rechtsstruktur der Anstalt befasst. Während dem Berichtsjahr wurden wichtige Entscheide gefällt, unter anderem zum Bau einer MRI/Scanner-Aussenstelle am Standort Payerne.
- Ambulanzdienst und Service Mobile d'Urgence et de Réanimation (SMUR): Die Vereinbarung zwischen den Gemeinden des Bezirks und dem Service de la Santé publique des Kantons Waadt, mit der die Aufrechterhaltung dieser Dienste gewährleistet und der Bedarf der Bevölkerung in diesem Bereich gedeckt werden soll, ist endgültig unter Dach.

- COSAF und CODEMS: Dank seinem Vorsitz in der Bezirkskommission für Spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe (COSAF) und in der Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) hat der Oberamtman eine gesunde und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Partnern im Bereich Gesundheit begünstigen können.
- Association pour l'aide et les soins à domicile du district de la Broye (ASDB): Da der Verband für die spitalexterne Krankenpflege und Familienhilfe des Broyebezirks seinen normalen Geschäftsgang erreicht hat, gilt es nun Denkansätze zu entwickeln und Möglichkeiten einer Annäherung oder einer Zusammenarbeit mit dem Nachbarverband aus dem Kanton Waadt (ABSMAD) zu prüfen.
- Jugendkommission: Das Projekt, in Estavayer-le-Lac eine «Permanence jeunes» einzurichten, hat nun Gestalt an. So ist der Broyebezirk in der Lage, den in der Region wohnhaften Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Hilfe für die soziale, schulische, berufliche usw. Eingliederung zu bieten.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Gemeindeverband für das Gesundheitsnetz des Vivisbachbezirks (RSV): Das Gesundheitsnetz läuft auf Hochtouren und zur allgemeinen Zufriedenheit. Bei den Bewohnern des Vivisbachbezirks besteht ein grosser Bedarf an spitalexterner Krankenpflege und Familienhilfe, was sich auch in der Rechnung widerspiegelt. Darin lässt sich erkennen, dass der Bezirk im Gegensatz zu anderen nur vollständige Entschädigungen leistet und dass viele Patienten in Waadtländer Spitälern hospitalisiert sind, in denen die Spitalaufenthalte kürzer sind.
- CODEMS: Die Bezirkskommission für Pflegeheime (CODEMS) verfügt nun über eine genehmigte Struktur für Tagesstätten.

4.6 Bereiche der FIND

Oberamt des Saanebezirks

- Analyse der Staatlichen Leistungen (ASL): Die Tätigkeiten des Oberamts des Saanebezirks wurden im Rahmen des Projekts zur Analyse der Staatlichen Leistungen (ASL) geprüft.

Oberamt des Sensebezirks

- ASL: Das Oberamt hat den ASL-Prozess durchgeführt. In Koordination mit den übrigen Oberämtern konnten verschiedene Vorschläge zur Effizienzsteigerung formuliert werden, ohne dass dadurch die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung beeinträchtigt wird.

Oberamt des Greyerzbezirks

- ASL: Das Oberamt hat sich an den Überlegungen, die sich aus der ASL ergeben, beteiligt und zusammen mit den anderen Bezirken konstruktive Vorschläge zur Effizienzsteigerung erarbeitet.

Oberamt des Seebezirks

- ASL: Im Rahmen des Projektes ASL haben der Oberamtmann, der Vizeoberamtmann und eine Sekretärin zusammen mit einem Mitarbeiter aus der Projektleitung in intensiver Arbeit den Katalog der vom Oberamt erbrachten Leistungen erstellt und Vorschläge für die Effizienzsteigerung zusammengestellt.

Oberamt des Glanebezirks

- ASL: Das Oberamt des Glanebezirks war nebst jenem des Saanebezirks Piloteinheit.

Oberamt des Broyebezirks

- ASL: Das Oberamt hat sich im ASL-Prozess engagiert. So konnten konkrete Vorschläge zur Effizienzsteigerung im Oberamt formuliert werden, wobei besonders darauf geachtet wurde, dass die bürgernahen Dienstleistungen gewährleistet werden können.
- Informatik in den Gemeinden: Unter der Leitung des Verbands der Gemeinden des Broyebezirks (Ascobroye) wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die auswerten sollte, ob eine zentralisierte Informatik für die Gemeinden des Bezirks zweckmässig ist.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- ASL: Die Analyse der Staatlichen Leistungen bot dem Oberamt die Möglichkeit, eine Analyse seiner Tätigkeiten vorzunehmen.

*4.7 Bereiche der RUBD**Oberamt des Saanebezirks*

- Fahrende: Da der Bau von Standplätzen für Fahrende bei den betroffenen Gemeinden auf Ablehnung stiess, hat der Staatsrat beschlossen, die Einrichtung der beiden Standplätze vorläufig auszusetzen, und den Oberamtmann damit beauftragt, andere Standorte auf dem Gebiet des Saanebezirks vorzuschlagen.

Oberamt des Sensebezirks

- Raumplanung: Es wurde eine Stellungnahme zum Vernehmlassungsvorentwurf des neuen RPBG ausgearbeitet.
- Naturgefahren: Der Oberamtmann hat weiterhin die Naturgefahrenkommission präsiert, deren Arbeit vom Abschluss der Gefahrenkarten im voralpinen Raum geprägt war.
- Alp- und Waldwege: Unter dem Präsidium des Oberamtmanns hat eine Arbeitsgruppe, in der alle interessierten Kreise vertreten waren, einen Bericht mit Vorschlägen zur Regelung des Befahrens von Alp- und Waldwegen im IBS-Perimeter im Hinblick auf das dazu notwendige formelle Verfahren ausgearbeitet.
- Verkehrsfragen: Der Gemeindeverband Region Sense hat auf Vorschlag des Oberamtmanns beschlossen, die kantonale Verkehrsstudie «Unterer Sensebezirk» begleitend auf den ganzen Bezirk auszuweiten.

Oberamt des Greyerzbezirks

- Fahrende: Im Rahmen der kantonalen Kommission für die Fahrenden fanden Verhandlungen mit der Stadt Bulle über die Einrichtung eines Standplatzes in La Tourde-Trême statt. Nach einer erneuten Prüfung hat der Staatsrat jedoch beschlossen, die Einrichtung an diesem Standort vorläufig auszusetzen.
- Kantonale Naturgefahrenkommission (KNG): In seiner Funktion als Vizepräsident der Kommission hat der Oberamtmann bei der Ausarbeitung der endgültigen Kartierung der von den verschiedenen Gefahrenphänomenen betroffenen Gemeinden in den Voralpen mitgewirkt.
- Ortsverkehr: Durch die Bauarbeiten an der H189 wurde der Verkehr im Bezirkshauptort erheblich gestört, insbesondere in Richtung der Autobahn A12 beim Anschluss Riaz. Die Neugestaltung der Kantonsstrasse bei der Einfahrt zur A12 hat eine vorübergehende Verlangsamung des Verkehrs zur Folge.
- Strasse Romont–Vaulruz: Der Leitungsausschuss für den Bau der Strasse Romont–Vaulruz war weiterhin mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beschäftigt, die er dem Staatsrat so bald wie möglich unterbreiten will.

Oberamt des Seebezirks

- Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes: Der Oberamtmann vertritt die Oberamt männerkonferenz in der Projektkommission zur Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes.
- Strassen und öffentlicher Verkehr: Im Rahmen des Verbandes der Gemeinden des Seebezirks ist eine Bedürfnisaufnahme und eine Koordination der Anliegen der Gemeinden im Bereiche der Strassen und des öffentlichen Verkehrs durchgeführt worden. Was den öffentlichen Verkehr anbelangt, ist darauf hingewiesen worden, dass für den Seebezirk eine Vereinbarung des Freiburger Tarifverbundes mit dem bernischen Verbund unerlässlich ist.

Oberamt des Glanebezirks

- Strasse Romont–Vaulruz: Der Leitungsausschuss für den Bau der Strasse Romont–Vaulruz, dem der Oberamtmann angehört, war weiterhin mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beschäftigt, die sie dem Staatsrat so bald wie möglich unterbreiten will. Die vorgesehene Lösung, eine neue Strassenführung durch Vuisternens und die Umfahrung des Quartiers Les Chavannes in Romont, dürfte die schwierige Situation im Bezirk im Hinblick auf den Zugang zur Autobahn und zu anderen Hauptorten verbessern. Es sei auf die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der zuständigen Staatsratsdirektion und dem betreffenden Amt hingewiesen.
- Fahrende: Es wird von Jahr zu Jahr schwieriger, Körperschaften oder Private davon zu überzeugen, ihr Gelände den Fahrenden für einen Aufenthalt von ein paar Tagen zur Verfügung zu stellen. Die Einrichtung von fixen Plätzen ist daher mehr denn je angebracht.

Oberamt des Broyebezirks

- Verwaltungskommission der Grande Carrière: Der Oberamtmann hat sich mit der Problematik der Ferienhäuser am Südufer des Neuenburgersees auseinandergesetzt.
- Interkantonale Kommission für den Unterhalt der kleinen Glane und des Fossé Neuf: Die Kommission unter dem Vorsitz des Oberamtmanns ist weiterhin mit der Förderung des Unterhalts und der Verstärkung der Ufer beschäftigt.
- Interkantonaler Richtplan: Die Region der (freiburgischen und der waadtländischen) Broye hat unter der Federführung der COREB wichtige Anstösse zur Ausar-

beitung eines regionalen Richtplans lanciert, in der Überzeugung, dass dieser für eine kohärente und harmonische Entwicklung der ganzen Region unabdingbar ist.

Oberamt des Vivisbachbezirks

- Baubewilligungen: In Zusammenarbeit mit den staatlichen Ämtern prüft das Oberamt die Dossiers von öffentlichen Gaststätten und Alphütten mit Ausschank, deren Situation nach illegalen Umbauten geregelt werden muss.
- Nach der Euphorie in den Jahren 2004 und 2005 ist die Anzahl der ausgestellten Baubewilligungen leicht zurückgegangen. Der Rückgang scheint in Anbetracht der Projekte in Arbeit jedoch nur vorübergehend.

Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (ZEA)

1. Allgemeines

2006 war das erste Jahr mit vollständig neu strukturier-tem Zivilstandswesen. Die letzten Arbeiten für den Umzug des Zivilstandsamtes Vivisbach wurden im Laufe des Jahres abgeschlossen. Die Zivilstandsbeamten sind mit der täglichen Anwendung von Infostar vertraut. Das informatisierte Zivilstandsregister funktioniert zur Zufriedenheit sowohl der Anwender als auch der Kund-schaft. Gegenwärtig ist keine weitere Restrukturierung des Zivilstandswesens im Kanton vorgesehen. Die Kund-schaft ist mit der gewählten Lösung mit einem Zivilstands-amt pro Bezirk voll und ganz zufrieden und hat sich dar-an gewöhnt, sich an die Zivilstandsämter in den Bezirkshauptorten zu wenden.

Infostar wurde 2006 im Hinblick auf die eingetragene Part-nerschaft angepasst und die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten absolvierten eine entsprechende Ausbildung.

Im Bereich Einbürgerungen hat das Amt nach Abschluss der Vernehmlassung des Vorentwurfs einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über das freiburgische Bürgerrecht ausgearbeitet. Der Staatsrat hat den Entwurf verabschiedet und das Dossier an den Grossen Rat weitergeleitet. Auf-grund der kantonalen Wahlen Ende 2006, wird das Parla-ment erst im folgenden Jahr darüber beraten. Die Behand-lung des Dossiers folgt dem gewohnten Ablauf.

2. Zivilstandswesen

Im Verlaufe des Jahres 2006 hat sich das Amt für Zivil-standswesen und Einbürgerungen mit folgenden Geschäf-ten befasst:

2.1 Zivilstandsurkunden mit Auslandbezug

Einschreibungen von Zivilstandsurkunden aus dem Ausland (Art. 23 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004, ZStV)	1 169	(1 416)
verweigerte Einschreibungen	6	(4)
Mitteilungen von Zivilstandsfällen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betref-fen, an das Ausland (Art. 54 ZStV)	188	(214)
Mitteilungen von Zivilstandsmeldungen, die sich im Kanton ereigneten und Ausländer betreffen, an die Fremdenpolizei (Art. 28 des Ausführungsreglements über den Zivil-standsdienst)	1 755	(1 667)
Überweisung von Zivilstandsdokumenten von im Ausland wohnhaften Schweizerinnen und Schweizern an das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen	85	(–)

2.2 Eheschliessungen

Ehefähigkeitszeugnisse, ausgestellt an Kantonsbürger im Ausland (Art. 75 ZStV)	27	(24)
--	----	------

Prüfung der Akten für Eheschliessungs- verfahren bei ausländischen Verlobten	477	(545)
zurückgezogene Eheschliessungsverfahren	23	(34)

2.3 Anerkennungen

Prüfung der Dokumente bei Anerkennung von Kindern (Art. 11 und 16 ZStV)	72	(61)
---	----	------

2.4 Zivilstandsänderungen

Berichtigungen, Streichungen und Ergän- zungen in den Einzel- und den Familien- registern (Art. 43 ZGB und 29 ZStV)	82	(151)
Berichtigungen durch das Gericht (Art. 42 ZGB und 30 ZStV)	1	(3)
Verweigerte Berichtigungen	2	(–)
verschiedene Weisungen betreffend den Zivilstandsdienst	250	(308)
Adoptionen (Art. 264 ff. ZGB)		
a) bewilligt durch die ILFD	39	(26)
b) zurückgezogene Gesuche	3	(1)
Familien- und Vornamensänderungen (Art. 30 ZGB)		
a) bewilligt durch das ZEA	147	(131)
b) zurückgezogene Gesuche	14	(11)
Erklärungen der Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht (Art. 37 Abs. 2 des Gesetzes über das internationale Privatrecht)	241	(244)
den Namen betreffende Erklärungen	8	(21)

2.5 Bürgerrecht

(Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts, BüG, und Gesetz vom 15. November 1996 über das freiburgische Bürgerrecht, BRG)

Prüfung der Zivilstandsdaten für die Wiederaufnahme in das Schweizer- und Kantonsbürgerrecht		
a) nach Art. 21, 23 und 58 BüG	8	(17)
b) nach Art. 21 BRG	7	(4)
Prüfung der Zivilstandsdaten bei Einbür- gerungs- und Wiedereinbürgerungsgesuchen	599	(546)
ordentliche Einbürgerungen (Art. 13 BüG)	620	(707)
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen Kantonen	19	(71)
erleichterte Einbürgerungen (Art. 27, 28 und 29 BüG)	256	(301)
erleichterte Einbürgerungen (Art. 31, 58a und 58b BüG)	106	(58)
Einbürgerungen von Freiburgern in anderen freiburgischen Gemeinden (Art. 36 BRG)	7	(6)
Erklärungen über die Beibehaltung des freiburgischen Bürgerrechts bei Einbürgerung in einem andern Kanton (Art. 27 BRG)	19	(34)
Ehrenbürgerrecht (Art. 42 und 43 BRG)	2	(2)
Verlust des freiburgischen Bürgerrechts (Art. 27 BRG)	25	(40)
Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Art. 9 und 10 BüG)	3	(6)
Entlassung aus dem freiburgischen Bürgerrecht (Art. 28 und 29 BRG)	10	(11)

Entlassung aus dem Bürgerrecht freiburgerischer Gemeinden (Art. 39 BRG)	3	(6)
Nichtigerklärungen der Einbürgerung (Art. 41 BüG)	3	(3)
Anzeigen nach erleichterten Einbürgerungen	9	(17)

2.6 Verschiedenes

Bewilligungen zum Einholen von Zivilstandsangaben zu genealogischen Zwecken (Art. 59 ZStV)	27	(26)
Suche nach einem Familienmitglied	11	(10)

2.7. Dezentralisierte Zivilstandsämter

2006 haben die dezentralisierten Zivilstandsämter folgende Ereignisse erfasst:

• Geburten	2 352	(2 238)
• Anerkennungen	457	(409)
• Eheschliessungen	1 392	(1 356)
• Todesfälle	1 879	(1 798)

3. Einbürgerungen

3.1 Allgemeines

2006 registrierte das ZEA insgesamt 1367 (1144) neue Dossiers. Die Anzahl neuer Gesuche stieg mit durchschnittlich 115 (100) Gesuchen pro Monat leicht an.

3.2 Ordentliche Einbürgerungen

Der Grosse Rat entschied über 326 (357) Gesuche um ordentliche Einbürgerung, die sich folgendermassen verteilen:

Ausländische Staatsangehörige:

4 Afghanistan	1 Kroatien
2 Algerien	2 Marokko
2 Angola	1 Mauritius
4 Belgien	22 Mazedonien
19 Bosnien-Herzegovina	1 Niederlande
3 Brasilien	1 Philippinen
2 Chile	1 Polen
6 Demokratische Republik Kongo	22 Portugal
9 Deutschland	4 Ruanda
1 Dominikanische Republik	2 Rumänien
2 Eritrea	4 Russland
13 Frankreich	89 Serbien und Montenegro
3 Grossbritannien	6 Somalia
2 Indien	12 Spanien
2 Irak	14 Sri Lanka
3 Iran	2 Tunesien
15 Italien	27 Türkei
4 Kambodscha	1 Uruguay
1 Kamerun	6 Vietnam
4 Kapverden	4 Volksrepublik China
	1 Weissrussland

Schweizer Staatsangehörige aus dem Kanton:

1 Waadt

164 (144) dieser 326 (357) Gesuche um ordentliche Einbürgerung wurden von Ausländer/innen der zweiten Generation gestellt.

Mit den Familienangehörigen, die in die Einbürgerungen einbezogen wurden, erwarben somit 620 (707) Personen das freiburgische Bürgerrecht, d.h. 326 (351) Ausländer/innen mit 84 (96) ausländischen Ehegatten und 210 (260) ausländischen Kindern.

3.3 Kantonsbürgerrecht

Neben der Erteilung des freiburgischen Bürgerrechts an 1 (3) Schweizer Staatsangehörigen durch den Grosse Rat hat der Staatsrat 9 (21) Schweizer Staatsangehörige wieder in das freiburgische Bürgerrecht aufgenommen und 9 (13) Personen aus dem freiburgischen Bürgerrecht entlassen.

3.4 Erleichterte Einbürgerungen

Gestützt auf die Stellungnahme der ILFD und in Anwendung des Bürgerrechtsgesetzes (BüG) hat das Bundesamt für Migration 638 (482) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen behandelt. Die erleichterten Einbürgerungsverfahren verteilten sich auf:

562 (426) Gesuche um erleichterte Einbürgerungen ausländischer Ehegatten einer Schweizerin oder ausländischer Ehegattinnen eines Schweizer (Art. 27 und 28 BüG);

3 (12) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von Kindern eines mit der ausländischen Mutter nicht verheirateten Schweizer (Art. 31 BüG);

48 (43) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von vor 1985 geborenen ausländischen Kindern von mit einem ausländischen Staatsangehörigen verheirateten Schweizerinnen durch Abstammung (Art. 58a BüG);

25 (1) Gesuche um erleichterte Einbürgerung von ausländischen Kindern von Schweizerinnen, die das Bürgerrecht durch eine frühere Ehe mit einem Schweizer erlangt haben und mit einem Ausländer verheiratet sind (Art. 58b BüG);

3.5 Wiedereinbürgerung (Art. 21, 23 und 58 BüG)

7 (17) ehemalige Schweizer und Freiburger Staatsangehörige wurden auf den Entscheid des Bundesamtes für Migration hin wieder in das Schweizer und Freiburger Bürgerrecht aufgenommen.

3.6 Nichtigerklärungen (Art. 41 BüG)

2 (3) erleichterte Einbürgerungen wurden auf die Anzeige durch den Kanton hin vom Bundesamt für Migration für nichtig erklärt.

Amt für Gemeinden

1. Allgemeines

2006 wurden die Massnahmen zur Förderung von Gemeindegemeinschaften abgeschlossen. Ausserdem wurden die Arbeiten zur Totalrevision des Finanzausgleichs und zur Teilrevision des Gesetzes über die Gemeinden fortgesetzt.

2. Personal

Georges Clément, Revisor, hat im April 2006 gekündigt und wurde durch Sara Auderset ersetzt.

3. Oberaufsicht und damit verbundene Beschlüsse

Im Laufe des Jahres 2006 hatte das Amt 350 Gesuche von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu behandeln.

- a) 6 bildeten Gegenstand eines Staatsratsbeschlusses:
- 4 Aufhebungen von Genehmigungen zur Besteuerung von natürlichen Personen mit einem Steuersatz von über 100 % der einfachen Kantonssteuer
 - 2 Auflösungen von Gemeindeverbänden
- b) 205 Gesuche bildeten Gegenstand eines Entscheids des Amtes, nämlich:
- 147 Ermächtigungen zur Finanzierung von Investitionsausgaben
 - 1 Ermächtigung zu Liegenschaftskäufen und anderen Grundstücksgeschäften
 - 19 Bewilligungen von Finanzgeschäften (Bürgschaften, Kontokorrente)
 - 27 Genehmigungen von Gemeindereglementen
 - 10 Änderungen von Gemeindeverbandsstatuten
 - 1 Aufhebung von Aufsichtsmaßnahmen
- c) Im Übrigen hat das Amt 51 Mitteilungen zu Änderungen der Gemeindesteuersätze registriert und 99 Stellungnahmen zu Gemeindereglementen zuhanden der zuständigen Direktionen abgegeben.

Die übrigen Anfragen betrafen Rechtsgutachten, rechtliche Auskünfte, Beurteilungen der finanziellen Situation und die gesetzlich festgelegten Verschuldungsgrenzen und andere Anfragen, die nicht zu einem Beschluss oder einem Entscheid führten.

4. Gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze

Das Amt für Gemeinden stellt für alle Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten die gesetzlich festgelegte Verschuldungsgrenze fest. Diese Grenze basiert auf der Summe der Finanzierungsermächtigungen, wobei die im Gemeindegesetz vorgeschriebenen Schuldentilgungsverpflichtungen berücksichtigt werden. Die Kontrolle der rechtlichen Verschuldungsgrenze wurde anhand der auf den 31. Dezember 2005 erstellten Bilanzen auf den neuesten Stand gebracht.

5. Gemeindeverbände

2006 wurden 2 Gemeindeverbände aufgelöst, nämlich der Gemeindeverband «Antenne sociale Glâne-Sud» und der Gemeindeverband «OS Gurmels». In den einzelnen Bereichen bestehen heute die folgenden Gemeindeverbände:

Schulen	7
Kultur	2
Sporthallen	3
Bezirksspitäler	2
Altersheime	9
Wasserversorgung	15
Abwasserbeseitigung und Reinigung	23
IHG- und andere Regionen	8
Mehrzweckverbände	7
Sozialhilfe	1
Zivilschutz	1
Polizei	1
Verkehr	1
Einrichtungen zur Betreuung von Kindern im Vorschulalter	<u>1</u>
Total	81

6. Beratende Tätigkeit und Finanzkontrolle

Die beratenden Tätigkeiten umfassen wirtschaftliche und finanzielle Beratungen (z.B. die Erstellung eines Finanzplans, die Ermittlung der Selbstfinanzierungsmarge, der Anleihe- oder der Investitionskapazität, die Berechnung der Kosten und Gebühren spezifischer Gemeindeaufgaben) sowie juristische Beratungen (insbesondere bei der Ausarbeitung von Gemeindestatuten).

Im Rahmen der Finanzkontrolle hat das Amt für Gemeinden verschiedene Unterlagen zuhanden der Gemeinden ausgearbeitet, namentlich eine Analyse der Finanzlage, die anhand der Rechnung per 31. Dezember 2005 ausgeführt wurde und als Entscheidungshilfe dienen soll.

Eine Arbeitsgruppe prüft die Schaffung eines neuen, einheitlichen Kontenrahmens für die Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalten.

7. Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat

2006 ist die kantonale Kommission für Fragen der Anstaltsseelsorge viermal zusammengetreten. Die im Mai/Juni 2005 zwischen dem Staat Freiburg, der Römisch-Katholischen und der Evangelisch-Reformierten Kirche des Kantons Freiburg abgeschlossene Rahmenvereinbarung ist am 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Die besagte Kommission war 2006 daher im Wesentlichen damit beschäftigt, Leistungsvereinbarungen für jede staatliche Anstalt, für die sich die Frage der Seelsorge stellt, auszuarbeiten. Am 31. Dezember 2006 waren zwei Leistungsvereinbarungen unterzeichnet. Sie betreffen die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge an Schulen der Sekundarschulstufe 2. Die Unterzeichnung weiterer Leistungsvereinbarungen sollte im Laufe des Jahres 2007 erfolgen.

Die Frage, ob die Grundsätze der Rahmenvereinbarung sinngemäss auch auf die Beziehungen zwischen den Kir-

chen und der Freiburgischen Vereinigung der Institutionen für Behinderte und Gefährdete (FVIBG) angewendet werden können, ist noch offen und muss innerhalb der Arbeitsgruppe FVIBG diskutiert werden.

Grundsätzlich ist die kantonale Kommission für Fragen im Zusammenhang mit der Seelsorge in Institutionen für Behinderte und Gefährdete nicht zuständig. Mit der Genehmigung des Staatsrats hat sie 2005 jedoch beschlossen, eine Arbeitsgruppe FVIBG zu bilden mit dem Ziel, eine einheitliche Regelung für die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Anstaltsseelsorge in den Institutionen der FVIBG zu finden. Diese Gruppe setzt sich aus Vertretern der FVIBG, der Kirchen und der Direktion für Gesundheit und Soziales zusammen. Sie hatte die Diskussion 2005 aufgenommen, konnte 2006 jedoch nicht zusammentreten. Die Arbeiten werden 2007 fortgesetzt.

8. Gesetzgebungsarbeiten

Das Amt für Gemeinden hat mehrere Gesetzgebungsarbeiten durchgeführt, nämlich:

eine Teilrevision des Gesetzes über die Gemeinden (die vom Grossen Rat am 16. März 2006 erlassen wurde und am 1. Oktober 2006 in Kraft trat);

eine Teilrevision des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Gemeinden (die vom Staatsrat am 26. September 2006 erlassen wurde und am 1. Oktober 2006 in Kraft trat).

9. Übrige Zusammenarbeit

Das Amt für Gemeinden war im Bereich der interkantonalen Beziehungen tätig. Es beteiligte sich am Projekt «tripartite Agglomerationskonferenz», das von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) gemeinsam mit dem Bund und den Schweizer Städte- und Gemeindeverbänden lanciert wurde. Das Amt beteiligte sich an der Arbeitsgruppe «TA Städte».

Auch das Dossier «Agglomeration» (als neu zu schaffende Institution) wurde vom Amt 2006 weiterhin verfolgt. Es beteiligt sich ausserdem an der Technischen Arbeitsgruppe der Agglomeration, die die Entwicklung eines Agglomerationsprogramms im Sinne des Bundesamts für Raumentwicklung betreut.

Das Amt hat in Zusammenarbeit mit dem Departement für Volkswirtschaftslehre der Universität Freiburg die Arbeiten zur Neugestaltung des interkommunalen Finanzausgleichs fortgesetzt. Der Lenkungsausschuss hat vom ersten Teil des Berichts zum Ressourcenausgleich Kenntnis nehmen können.

Das Amt ist weiterhin Partner bei der Umsetzung und Entwicklung der interkantonalen Ausbildung für Gemeindeschreiber. Es hat ausserdem Kursunterlagen für einen Teil eines Ausbildungsmoduls erarbeitet und eine Mitarbeiterin des Amts unterrichtet auch in der zweiten Ausgabe des Kurses, die im Oktober 2006 begonnen hat.

Ausserdem ist das Amt in verschiedenen Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen vertreten, wie z.B.:

FREUlex. Anpassung des kantonalen Rechts an die sektoriellen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union;

Vorstand und Sekretariat der Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden über die Gemeindefinanzen;

Begleitgruppe der Abteilung «Kommunalpolitik» des Institut de Hautes Etudes en administration publique;

Lenkungsausschuss Neugestaltung des interkommunalen Finanzausgleichs

Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen;

Kommission für Schulbauten

Begleitgruppe des Bundesamts für Raumentwicklung zur Erarbeitung von Vorschlägen zum rechtlichen Rahmen des «Agglomerationsprogramms»;

Konstituierende Versammlung der Agglomeration Freiburg;

Lenkungsausschuss «Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen»;

Lenkungsausschuss des Projekts «Analyse der Staatlichen Leistungen»;

Lenkungsausschuss «Informatikprogramm CAFCom»;

Lenkungsausschuss NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen);

Arbeitsgruppe «Verbesserung des Einnahmepotentials des Kantons»;

Arbeitsgruppe «territoriale Strukturen»;

Arbeitsgruppe «Website ILFD»;

Arbeitsgruppe Ausbildungskurse für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte;

Interdepartementale Arbeitsgruppe für die neue Regionalpolitik;

Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung eines Musterreglements für die Organisation des Gemeinderats.

Das Amt wurde mehrmals gebeten, bei Vorträgen oder Informationsveranstaltungen über Themen im Zusammenhang mit den Gemeindeinstitutionen mitzuwirken.

Das Amt für Gemeinden hat seit 2006 eine eigene Website, die regelmässig aktualisiert und ergänzt wird.

10. Statistik

Alle statistischen Tabellen werden im Statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg publiziert.

Amt für Landwirtschaft

I. Förderung der Landwirtschaft

1. Allgemeines

Die Überprüfung der Beiträge für den Gewässerschutz (Nitratprojekte) lässt darauf schliessen, dass die in erster Linie von der Bundesgesetzgebung, aber auch von der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Zielsetzungen erreicht worden sind. Die wenigen kleineren Probleme, die festgestellt wurden, betreffen vor allem interne Verfahren und werden innert Kürze gelöst werden.

2. Personal

Ende Oktober ist Amtsvorsteher Felix Aeby in Pension gegangen. Jean-Paul Meyer, der Vorsteher des Meliorationsamts, hat bis zum Zusammenschluss der beiden Ämter und der Autonomen Landwirtschaftlichen Amortisationskasse am 1. März 2007 seinen Posten übernommen. David Aeschlimann wurde am 1. November 2006 vom Amt für Landwirtschaft eingestellt. Er übernimmt vorübergehend die Abteilung von Nathalie Oulevey, die sich gegenwärtig im Mutterschaftsurlaub befindet.

3. Örtliche Landwirtschaftsverantwortliche

Nach dem Gesetz vom 7. Februar 1996 über die örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen werden die Aufgaben des Viehinspektors und des Ackerbauleiters einem örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen übertragen.

Am 31. Dezember 2006 waren im ganzen Kanton 159 Personen zu örtlichen Landwirtschaftsverantwortlichen ernannt.

4. Landwirtschaftliche Pacht für Parzellen

Das Amt für Landwirtschaft ist gemäss Ausführungsgesetz vom 24. Februar 1987 zum Bundesgesetz über die landwirtschaftliche Pacht zur Einsprache gegen eine Zupacht oder den Pachtzins für landwirtschaftliche Grundstücke befugt. In dieser Eigenschaft hat es 2006 151 landwirtschaftliche Pachtverträge behandelt, davon 131 Pachtverträge für Grundstücke von Gemeinden. Gegen 88 Pachtverträge, oder 58 % der behandelten Verträge, erhob es Einsprache.

5. Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)

Die amtlichen Geometer des Kantons Freiburg haben die Aktualisierung der Bodenbedeckung, bzw. die Kontrolle der LN gemäss dem zu diesem Zweck erstellten Pflichtenheft fortgesetzt.

2006 waren 12 Gemeinden von der Aktualisierung der Bodenbedeckung betroffen.

Das Vernehmlassungsverfahren blieb sich gegenüber 2005 gleich, die Förster wurden jedoch mehr miteinbezogen, vor allem am Tag, an dem die Eigentümer und Bewirtschafter ihre Wünsche kundtun konnten.

Das Projekt ist in seiner Schlussphase angelangt, da alle Aufträge erteilt worden sind. Die Aktualisierungen werden voraussichtlich 2009 abgeschlossen. Der Leitungsausschuss wurde Ende 2006 aufgelöst.

6. Beitragswesen

Die folgenden Beiträge wurden gewährt:

6.1 Bundesbeiträge

Beitragsart	Anzahl Betriebe		Beiträge in tausend Franken	
– Flächenbeiträge	3 101	(3 156)	96 215	(96 957)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere	1 834	(1 887)	15 712	(15 607)
– Beiträge für die Haltung Raufutter verzehrender Nutztiere unter erschwerten Produktionsbedingungen	1 760	(1 783)	12 220	(12 333)
– Allgemeine Hangbeiträge	1 463	(1 491)	2 776	(2 797)
– Hangbeiträge für Rebflächen	17	(17)	20	(19)
– Beiträge aufgrund der Trockenheit im Jahr 2003	–	(28)	–	(141)
Total der allgemeinen Direktzahlungen			126 943	(127 854)
– Beiträge für den ökologischen Ausgleich	3 015	(3 067)	7 371	(7 393)
– Beiträge für die extensive Produktion von Getreide und Raps	1 217	(1 233)	2 404	(2 404)
– Beiträge für den biologischen Landbau	109	(108)	804	(756)
– Beiträge für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme	1 354	(1 321)	4 261	(4 062)
– Beiträge für den regelmässigen Auslauf von Nutztieren im Freien	2 428	(2 440)	13 097	(12 881)
– Sömmerungsbeiträge	631	(634)	7 010	(7 014)
– Beitrag Gewässerschutz	59	(57)	781	(678)
– Beitrag für die ökologische Qualität, biologische Qualität	244	(237)	143	(134)
– Beitrag für die ökologische Qualität, Vernetzung	484	(454)	422	(385)
– Beiträge für die ökologische Qualität biologische Qualität/ Vernetzung	122	(105)	149	(126)
Total der Ökobeiträge			36 442	(35 833)
Ackerbaubeiträge	600	(576)	2 927	(2 819)
Total Bundesbeiträge			166 312	(166 506)

6.2 Kantonsbeiträge

– Sömmerungsbeiträge	40	(42)	191	(189)
– Beiträge Gewässerschutz	58	(57)	120	(129)
– Beiträge für die ökologische Qualität, biologische Qualität	244	(237)	16	(15)
– Beiträge für die ökologische Qualität, Vernetzung	484	(454)	16	(43)

– Beiträge für die ökologische Qualität biologische Qualität/Vernetzung	122	(105)	47	(14)
– Beiträge für die Ackerbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden	38	(47)	108	(145)
Total der Kantonsbeiträge			498	(535)

Zu diesen Zahlen müssen folgende Bemerkungen gemacht werden:

- 3101 Betriebe haben Direktzahlungen erhalten, das sind 55 Betriebe, bzw. 1,7 % weniger als 2005.
- Der Gesamtbetrag der 2006 gewährten Direktzahlungen ist mit 166,3 Millionen Franken 0,2 Millionen kleiner als 2005.
- Die Ökobeiträge nahmen insgesamt um 0,6 Millionen zu, dies vor allem weil immer mehr Betriebe die Voraussetzungen für die Programme des Auslaufs der Tiere im Freien erfüllen und sich immer mehr Landwirte am Nitratprogramm und der ökologischen Vernetzung beteiligen.

7. Rindviehzucht

7.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Rindviehzucht

In Anwendung des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht waren für die Rindviehzucht 1 280 000 Franken budgetiert, wovon 855 000 Franken zur Mitfinanzierung der vom Bund vorgesehenen Massnahmen und 425 000 Franken für die Finanzierung von speziellen kantonalen Massnahmen zur Förderung der Rindviehzucht aufgewendet wurden.

7.2 Zuchtstiermarkt

Der vom Amt für Landwirtschaft, der kantonalen Station für Tierproduktion und Pflanzenbau des Landwirtschaftlichen Instituts Grangeneuve und den kantonalen Viehzuchtverbänden organisierte Zuchtstiermarkt in Bulle gilt als obligatorische Schau für die deckfähigen Stiere, die für den Natursprung und die künstliche Besamung verwendet werden. Der Zuchtstiermarkt 2006 fand am 26. und 27. September im Espace Gruyère in Bulle statt.

Alle Stiere wurden von einem Preisrichter pro Ring klassiert. Es ergaben sich folgende Resultate:

	Rasse Rotflecken	Rasse Holstein	Total Durchschnitt
Angemeldete Stiere	345	105	450
Vorgeführte Stiere	305	84	389
Ins Herdebuch aufgenommene Stiere	303	84	387
Abgewiesene Stiere	2	0	2
Verkauf:			
– Verkauf von 7–18 Monate alten Stieren für die Zucht	102	37	139
– Durchschnittlicher Preis in Franken	3 263	3 205	3 247

Die Freiburgerische Viehverwertungsgenossenschaft organisierte am 27. September 2006 einen Schlachtviehmarkt. 55 Stiere und über 50 Kühe und Rinder wurden auf diesem

Weg verkauft. Der Preis pro kg Lebendgewicht belief sich auf 3,30 bis 4,10 Franken. Der Durchschnittspreis für Schlachtstiere betrug 2560 Franken pro Stier. Ausserdem wurde für jeden Schlachtstier eine kantonale Prämie von 110 Franken bezahlt.

7.3 Januarschauen 2006

Die Januarschauen für Rotfleckvieh fanden zwischen dem 5. und 11. Januar 2006 auf den 6 offiziellen Plätzen im Kanton statt. Von den 93 angemeldeten Stieren wurden 89 ins Herdebuch aufgenommen.

7.4 Nationale Milchviehausstellung der Rassen Holstein und Red Holstein

Unter dem Patronat des Amtes für Landwirtschaft haben der kantonale Rotfleckvieh- und der Holsteinzuchtverband am 1. und 2. April 2006 die 35. Milchviehausstellung im Espace Gruyère in Bulle organisiert. Die Rassen Red Holstein und Holstein aus allen Kantonen der Schweiz waren zugelassen.

Der Viehbestand setzte sich folgendermassen zusammen:

Rasse	Im Katalog eingetragene Tiere	davon aus dem Kanton Freiburg	insgesamt vorgeführte	davon aus dem Kanton Freiburg Tiere
Holstein	238	138	164	100
Rotfleckvieh	275	147	211	122
Total	512	285	375	222

JUNIOR-EXPO Bulle 2006

Vom 30. November bis am 2. Dezember 2006 haben die Freiburger Jungzüchter innovativ und motiviert über 800 Rinder und Kühe der Rassen Rotfleckvieh und Holstein aus allen Kantonen der Schweiz ausgestellt.

2006 wurde mit Erfolg eine Neuauflage der Schweizer Jungzüchterschule organisiert.

Die Auswirkungen dieser Schule machen sich bei der Vorbereitung und der Vorführung der Tiere im Ring sowohl auf regionaler wie kantonaler Ebene bemerkbar.

Swiss-Expo

An der Swiss Expo 2006 haben zahlreiche Züchter aus der ganzen Schweiz rund 1000 Tiere aller in der Schweiz vertretenen Rassen ausgestellt. Namhafte Züchter aus Frankreich und Italien haben ein paar prächtige Kühe vorgeführt.

Einmal mehr konnten sich zahlreiche freiburgische Züchter an dieser Veranstaltung auszeichnen.

Internationale Schau von Oldenburg (Deutschland)

Rund 10 Kühe der Rassen Rotfleckvieh und Holstein wurden an dieser Veranstaltung ausgestellt. Die Kühe der Rassen Red Holstein und Holstein aus dem Kanton Freiburg haben mehrere Championtitel geholt. Es sei an dieser Stelle auf die Leistung von François Morand, Züchter aus Vuadens, hingewiesen, der mit Chicoutimi und Bretagne die Grand-Champion-Titel der Rassen Red Holstein und Holstein holte, was in der Geschichte der internationalen Zucht einmalig ist.

7.5 Zuchtgenossenschaften und Viehbestand

Anzahl	Rasse	Rasse	Rasse	Rasse
	Rotfleckvieh	Holstein	Braunvieh	Fleischvieh
Zuchtgenossenschaften	106	37	2	0
Herdebuchbestand 2006 einschliesslich die Fédération des sélectionneurs de bétail bovin (FSBB)	32 288	18 263	510	580

7.6 Lineare Beschreibung und Einstufung (LBE)

Für die Organisation der linearen Beschreibung und Einstufung (LBE) sind die Schweizer Zuchtverbände zuständig. Die Beschreibung findet zwei- bis dreimal jährlich direkt beim Züchter statt.

Anzahl der 2006 der LBE unterzogenen Tiere pro Rasse:

Rotfleckvieh	9 832	(10 026)
Holstein	7 393	(7 706)
Braunvieh	232	(166)
Schweizerische Vereinigung von Haltern von Ammen- und Mutterkühen	741	(622)
Jersey	33	(6)
Grauvieh Pro Specie Rara	2	(0)
Total	18 233	(18 526)

7.7 Genossenschaftsjubiläen und regionale Ausstellungen

Mehrere Zuchtgenossenschaften feierten ihr Gründungsjubiläum:

Zuchtgenossenschaft	Gründungsjahr	Viehbestand	Mitgliederzahl
<i>Rotfleckvieh:</i>			
Cugy	1946	201	5
Estavayer-le-Lac	1906	334	10
Siviriez	1916	562	17
Saint-Martin	1921	633	22

Holstein:

2006 fand kein Jubiläum statt.

7.8 Bezirksklubs

Mit der Einführung der Tierverkehrsdatenbank (TVD), der Bundesverordnung über die Tierzucht von 1998 und der Einführung der LBE wurde der Tätigkeitsbereich der Zuchtgenossenschaften eingeschränkt. Die Stellen der Genossenschaftssekretäre wurden aufgehoben. Die technische Verwaltung der Zucht erfolgt direkt zwischen dem Schweizerischen Verband und den Züchtern.

Diese neue Form der Zusammenarbeit führte zur Entstehung von Bezirksklubs. Diese Klubs oder Vereine verfügen über Statuten und werden nach und nach die Zuchtgenossenschaften ersetzen.

Die Hauptaktivitäten der Klubs im Berichtsjahr waren:

Für die Rassen Rotfleckvieh, Holstein und Braunvieh: Die Organisation von Ausstellungen im Bezirk, Kursen und Vorträgen sowie Betriebsbesichtigungen in der Schweiz und im Ausland. Der Kanton unterstützt die klubspezifischen Tätigkeiten.

7.9 Oberpreisgericht

Das Oberpreisgericht setzte sich aus 5 Experten, ehemaligen Mitgliedern des früheren Oberpreisgerichts für Rotfleckvieh zusammen.

Da keine Zuchtstierschauen mehr organisiert werden und für die Klassierung der Stiere im Ring an den Zuchtstiermärkten keine amtlichen Experten mehr nötig sind, wurde das Oberpreisgericht auf den 1. Januar 2007 aufgelöst.

Die Preisrichter für die Ausstellungsmärkte werden von den schweizerischen und den kantonalen Zuchtverbänden ausgewählt, ausgebildet und bezahlt.

Im Kanton Freiburg wohnhafte Braunviehzüchter sind dem Westschweizer Braunviehzuchtverband mit Sitz im Kanton Waadt angeschlossen.

7.10 Verschiedene Tätigkeiten

Der Verantwortliche für den Sektor Rindviehzucht trifft sich ein- bis zweimal jährlich mit den Experten des Oberpreisgerichts und dem Vorstand der Jungzüchter. Er nimmt an den Vorstandssitzungen der kantonalen Rotfleck-, Holstein- und Braunviehzuchtverbände und der Fédération des sélectionneurs de bétail bovin teil.

Die quantitativen und qualitativen Resultate der Milchkontrolle, die Ergebnisse der Melkbarkeitsprüfungen, die Zuchtfamilienschauen und die LBE-Resultate sowie die Angaben zu den freiburgischen Kühen, die mehr als 100 000 kg Milch produziert haben, sind in den Berichten der schweizerischen und kantonalen Zuchtverbände enthalten.

8. Pferdezucht

8.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Pferdezucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Pferde- zucht ausgerichtet:

	2006	2005
	in tausend Fr.	in tausend Fr.
A) An die Unterstützung des Bundes gebundene kantonale Unterstützung		
– Beiträge an anerkannte Zuchtorganisationen	79	(69)
– Beiträge für die Erhaltung der Freibergerrasse	44	(45)
B) Andere spezifisch kantonale Unterstützung		
– Zuchtprämien	30	(31)
– Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	7	(6)
Total	160	(151)

Der Kantonsbeitrag 2006, der nicht an den Bundesbeitrag gebunden ist, setzt sich aus den Zuchtprämien (Genossenschaften, Hengsthalter, Pferde, die den Feldtest bestanden haben), einem Beitrag für den Feldtest in Grangeneuve

(2500 Franken), einem Beitrag für den kantonalen Verband (1800 Franken) und einem Beitrag für die Pferdeverkaufsliste (2000 Franken) zusammen.

8.2 Pferdezüchtgenossenschaften

Am 31. Dezember 2006 zählte der Kanton Freiburg 10 Pferdezüchtgenossenschaften, davon 8 Freiburgerzüchtgenossenschaften, 1 Warmblut- und 1 Haflingerzüchtgenossenschaft. Im Kanton werden folgende Pferde gehalten, für die eine kantonale Prämie ausgerichtet wird:

	2006	2005
Freiberger	564	(550)
Warmblut	33	(43)
Haflinger	38	(16)
Total	635	(609)

Die oben erwähnten Bestände enthalten Stuten, Saugfohlen und Hengste. Jungpferde von 18 Monaten und 2½ Jahren wurden nicht berücksichtigt.

9. Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht

9.1 Bundes- und Kantonsbeiträge zugunsten der Kleinviehzucht

In Anwendung der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über die Tierzucht und des kantonalen Gesetzes vom 16. Mai 1961 über die Verbesserung der Rindvieh-, Pferde- und Kleinviehzucht wurden folgende Beiträge an die Kleinviehzucht ausgerichtet:

	2006 in tausend Fr.	2005 in tausend Fr.
A) An die Unterstützung des Bundes gebundene kantonale Unterstützung		
– Beiträge an anerkannte Züchtgenossenschaften	167	(167)
B) Andere spezifisch kantonale Unterstützung		
– Zuchtprämien	36	(42)
– Andere Beiträge (Organisationen, Prüfungen)	14	(8)
Total	217	(217)
– davon Unterstützung der Schaf-/Ziegenzucht	122	(124)
– davon Unterstützung der Schweinezucht	95	(93)

Im Gegensatz zur Schaf- und Ziegenzucht ist in der Unterstützung für die Schweinezucht nur die Unterstützung der vom Bund anerkannten Organisationen enthalten. Die anderen Beiträge setzten sich zusammen aus dem Beitrag für den Kleinviehmarkt in Bulle (5400 Franken), für Ziegen in der Stadt (4000 Franken), für den Verband (1800 Franken) und die nationale Ausstellung Schwarzbrauner Bergschafe (300 Franken).

9.2 Im Herdebuch eingetragener Schafbestand

	Im Herdebuch eingetragene Tiere	
	2005	2004
Weisses Alpenschaf	595	(713)
Braunköpfiges Fleischschaf	319	(339)

	Im Herdebuch eingetragene Tiere	
	2005	2004

Schwarzbraunes Bergschaf	1 338	(1 538)
Schwarznasenschaf	71	(76)
Charollais	277	(270)
Suffolk	71	(20)
Total	2 671	(2 956)

Es gibt 23 Schafzüchtgenossenschaften. Die Genossenschaft Cottens wurde 2006 aufgelöst.

9.3 Im Herdebuch eingetragener Ziegenbestand

Von den 8 Züchtgenossenschaften und der einzigen Zuchtstation hält nur die Station in Botterens nur eine Ziegenrasse. Die übrigen Genossenschaften halten 2 oder 3 verschiedene Rassen. Neben den unten aufgeführten Rassen werden im Kanton Freiburg auch seltener Rassen wie die Appenzellerziege, die Burenziege, die Bündner Strahlenziege, die Schwarzhalsziege, die Toggenburgerziege und die Pfauenziege gezüchtet. Die Zahl der Genossenschaften ist gleich wie im letzten Jahr.

	Im Herdebuch eingetragene Tiere	
	2005	2004
Gämsfarbige Gebirgsziege	978	(934)
Saanenziege	384	(373)
Toggenburgerziege	18	(24)
Appenzellerziege	18	(13)
Andere Rassen	67	(48)
Total	1 465	(1 392)

Da die Zahlen für 2006 noch nicht vorliegen, wurden die Bestände von 2005 aufgeführt.

9.4 Bewertung

Die Schafe und Ziegen wurden unter der Verantwortung des Amtes für Landwirtschaft im Auftrag der vom Bundesamt für Landwirtschaft anerkannten Zuchtverbände bewertet.

10. Weinbau

10.1 Neupflanzungen

28 Gesuche für kantonale Neupflanzungsbeiträge über eine Gesamtfläche von 36 420 m² wurden behandelt, d.h. pro Region:

Vully, 22 Gesuche für eine Fläche von 29 485 m²,

Cheyles, 6 Gesuche für eine Fläche von 6935 m²

Ausserdem wurden im Rahmen der Bundesverordnung vom 7. Dezember 1998 über den Rebbaubau und die Einfuhr von Wein 15 Gesuche um Umstellung von Rebflächen (Rodung der Rebsorten Chasselas und Müller-Thurgau und Ersatz durch andere Rebsorten) für eine Fläche von 25 074 m² eingereicht.

10.2 Weinlese

Die kontrollierte Ursprungsbezeichnung (AOC) für die freiburgischen Weine ist im Reglement vom 15. September 1997 festgelegt.

Für die Weinlese 2006 wurden die Qualitätsnormen (Mindestzuckergehalt) und die Produktionsbeschränkungen mit Entscheid der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juni 2006 wie folgt festgesetzt:

	Produktions- beschränkung	Mindestzucker- gehalt (Öchslegrad)
Vully		
weisse Trauben:	1,1 kg/m ²	60°
rote Trauben(*):	1,05 kg/m ²	65°
Cheyres		
weisse Trauben:	1,25 kg/m ²	60°
rote Trauben(*):	1,1 kg/m ²	65°

* Der Mindestzuckergehalt (Öchslegrad) wurde für Blauburgunder auf 68° Oe festgelegt.

Die Produktionsbeschränkungen für die freiburgischen Weinberge sind strenger als die Beschränkungen des Bundes. Nur die Trauben, die diese Kriterien erfüllen, erlauben die Herstellung von Weinen mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) und mit Ursprungsbezeichnung (AO).

Die Erträge der Weinlese 2006 fielen leicht höher aus als im Vorjahr. Der Gesamtertrag aller kantonalen Rebflächen liegt jedoch zum zweiten Mal in Folge unter 1 Million kg Trauben und beträgt für alle Rebsorten zusammen 976 319 kg. Auch 2006 hatten die Produzenten den Behang erneut stark reguliert, um die Qualität und die Quantität unter Kontrolle zu bringen. Was die Qualität betrifft, ist der in Öchslegrad gemessene Zuckergehalt gut und die Weinlese ausgeglichen, was auf einen guten Jahrgang hindeutet.

Auf den langen und kalten Winter 2006 folgte ein eher feuchter Frühling. Die Monate Juni und Juli begünstigten dann ein starkes Wachstum der Rebe. Die kalte und ungünstige Witterung im August hat die Entwicklung der Pflanzen jedoch erneut gebremst.

Da es Anfang September wieder sonniger war, stand die Ernte unter guten Vorzeichen. Das feuchte und ziemlich warme Monatsende begünstigte jedoch die Entwicklung von Fäulnis bei gewissen Reben. Die Winzer mussten rasch reagieren, um eine qualitativ gute Traube ernten und dem Fortschreiten der Graufäule vorbeugen zu können. Die Trauben mussten jedoch genau verlesen werden, was erklärt, weshalb der Ertrag unter den Erwartungen ausfiel. Trotz der schwierigen Wettersituation ergaben die Messungen, die zwar etwas schlechter ausfielen als im Vorjahr, immer noch gute Werte. Somit erfüllt die gesamte Weinlese 2006 der Weinberge Vully und Cheyres die Anforderungen für die kontrollierte Ursprungsbezeichnung.

Die Weinlese ergab folgende Ergebnisse:

Vully	in kg	mittlerer Grad
Chasselas	524 020	68,19
Pinot Noir	183 213	86,33
Gamay	8 329	80,10
Spezialitäten weiss	76 856	84,67
Spezialitäten rot	61 082	80,23
Cheyres		
Chasselas	46 077	65,57
Pinot Noir	63 885	84,68

	in kg	mittlerer Grad
Gamay	0	0
Spezialitäten weiss	4 353	92,29
Spezialitäten rot	8 504	82,62

11. Viehhandelspatente

Gestützt auf die interkantonale Übereinkunft vom 13. September 1943 über den Viehhandel wurden 58 Viehhandelspatente und 12 Vermittlerpatente ausgestellt. 39 Patente wurden an Inhaber von Hundezwingern abgegeben (Art. 6 des Beschlusses vom 21. Dezember 1982 über die Hundesteuer).

Kein Kandidat hat am Einführungskurs für neue Händler teilgenommen.

Die Konsultativkommission für Taxation, bestehend aus einem Vertreter pro Bezirk und zwei Vertretern der Nutztierversicherungsanstalt (Sanima), hielt eine eintägige Sitzung ab. Sie setzte die Umsatzgebühren für die Viehhändler gestützt auf die Verordnung vom 12. April 2005 über die Prämien der Sanima für die Versicherungsperiode 2005/06 fest.

12. Raumplanung

Gemäss Artikel 11 des Ausführungsreglements vom 18. Dezember 1984 zum Raumplanungs- und Baugesetz vom 9. Mai 1983 wurden im Jahr 2006 zu folgenden Gesuchen Stellungnahmen abgegeben:

- 103 (92) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Wohnteilen und 20 (24) direkt von Landwirten gestellte Gesuche betreffend die Berechnung der Raumeinheiten;
- 264 (268) Baubewilligungsgesuche für Neubauten oder Umbauten von Ökonomiegebäuden, Schuppen, Schweineställen, Hühnerställen, Alphütten, Biogasanlagen und nichtlandwirtschaftlichen Nebenbetrieben.
- 92 (86) Dossiers über Ortsplanungen wurden geprüft. Es handelte sich entweder um Vorprüfungen, um Schlussprüfungen oder um Vorstudien im Hinblick auf die nächste Revision der Ortsplanung, die Revision des Sachplans Materialabbau (SaM) oder den Bau der Strasse Marly–Matran.

13. Umweltschutz

13.1 Bodenschutz

a) Baubewilligungen

Gemäss der Verordnung vom 20. August 2002 über den Bodenschutz hat das Amt für Landwirtschaft zu 60 (48) Baugesuchen für die Landwirtschaftszone mit qualitativem oder quantitativem Einfluss auf den Boden Stellung genommen, z.B. für das Legen von Wasserleitungen, die Erstellung von Wegen oder Biotopen, die Ausbeutung von Kiesgruben, Auffüllungen.

b) Pfluglose Saat

In Anwendung des Dekrets vom 26. Juni 2003 über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden hat das Amt für Landwirtschaft Beiträ-

ge an 42 (47) Landwirte für insgesamt 108 108 (145 391) Franken ausgerichtet. Diese Beiträge sind mit dem Abschluss eines Fünfjahresvertrags zwischen dem Landwirt und dem Amt verknüpft. Die unter Vertrag stehenden Flächen betragen 271 Hektaren.

c) Erosion

Das Projekt zur Erhebung der Erosion, das 2005 in Angriff genommen wurde, wurde 2006 aufgrund des Postulats der Grossräte Losey/Bachmann ausgesetzt. Infolge der Antwort des Grossen Rats und dem Rückzug des Postulats wurde die Arbeitsgruppe um 4 Personen aus der Landwirtschaft erweitert. Die erweiterte Arbeitsgruppe ist im Dezember 2006 erstmals zusammengetreten.

13.2 Gewässerschutz

In Anwendung des Beschlusses vom 28. November 2000 über die Verringerung der Nitratbelastung aus der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung hat das Amt für Landwirtschaft 54 Landwirten, die Böden der Projekte in Avry, Middel, Courgevau, Fétygny, Domdidier und Lurtigen bewirtschaften, Flächenabgeltungen ausgerichtet. 2006 wurden somit keine neuen Projekte durch den Kanton finanziert. Der Anteil des Kantons an den Abgeltungen, die zu gleichen Teilen zwischen dem Kanton und den Fassungsbesitzern aufgeteilt wurden, beläuft sich auf 80 217 Franken. Ausserdem hat der Kanton die Restrukturierung einer Betriebsgemeinschaft in der Gemeinde Lurtigen mit 39 825 Franken unterstützt.

14. Naturschutz: Öko-Qualitätsverordnung (ÖQV)

In Anwendung der eidgenössischen Öko-Qualitätsverordnung haben 244 Betriebe für die biologische Qualität einen Betrag von insgesamt 152 761 Franken erhalten. 484 Betrieben wurde ein Bonus von 480 588 Franken für die Vernetzung von kombinierten ökologischen Ausgleichsflächen ausgerichtet. 122 Betriebe beteiligten sich an beiden Massnahmen für einen Gesamtbetrag von 158 512 Franken. 2006 wurden im Kanton Freiburg keine neuen ÖQV-Vernetzungsprojekte anerkannt. Die Öko-Qualitätsverordnung wird zu 90 % vom Bund und zu 10 % vom Kanton finanziert.

II. Verwaltung der Staatsreben

Die Weinlese in den beiden Gebieten ergab folgende Mengen:

Lavaux

Geerntete Menge:

– Faverges weiss	57 800 l junger Wein (25 750)
– Ogoz (nur weisse Trauben)	6 020 l junger Wein (2 450)
– Faverges rot	22 090 l junger Wein (8 160)

Verkauf der letzten Ernte:

– Faverges weiss 2005	23 020 l Wein (85 600)
– Ogoz 2005	2 450 l Wein (7 280)
– Faverges rot 2004	8 960 l Wein (28 520)
– Faverges rot 2005	7 780 l Wein

Bestand am 31.12.2006:

– Faverges weiss 2005	3 900 Flaschen (23 020)
– Ogoz 2005	0 Flaschen (5 660)
– Faverges rot 2004	29 600 Flaschen (3 500)
– Faverges rot 2005	500 Flaschen

Der gesamte Rotwein des Rebgruts Faverges 2006 wird im Frühling 2008 in Flaschen abgefüllt und im Laufe des Jahres 2008 verkauft.

Vully

geerntete Menge:

– Etat de Fribourg weiss	12 200 l junger Wein (13 400)
– Château de Mur weiss	9 150 l junger Wein (12 300)
– Etat de Fribourg rot	4 100 l junger Wein (3 900)
– Château de Mur rot	8 200 l junger Wein (7 550)

Verkauf der letzten Ernte:

– Etat de Fribourg weiss 2005	11 930 l Wein (12 040)
– Château de Mur weiss 2005	12 000 l Wein (10 830)
– Etat de Fribourg rot 2005	2 100 l Wein (1 390)
– Château de Mur rot 2005	4 590 l Wein (5 940)

Bestand am 31.12.2006:

– Etat de Fribourg weiss 2005	2 100 Flaschen (3 650)
– Château de Mur weiss 2005	410 Flaschen (3 510)
– Etat de Fribourg rot 2005	2 560 Flaschen (1 720)
– Château de Mur rot 2005	4 230 Flaschen (3 090)

Meliorationsamt

1. Allgemeines

2006 gab es keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen.

2. Tätigkeiten

2.1 Personal

Jean-Paul Schmid hat das Amt im Laufe des Jahres verlassen, um frühzeitig in Pension zu gehen; er wurde durch Ernest Bühler ersetzt.

2.2 Vom Kanton subventionierte Arbeiten

Die folgende Aufstellung umfasst die im Jahre 2006 zugesicherten Beiträge und deren Verteilung auf die verschiedenen Meliorationsarten, ausgenommen die eingegangenen Verpflichtungen unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen.

	Anzahl Projekte	Anrechenbarer Kostenvoranschlag Fr.	Kantonale Beiträge Fr.
Güterzusammenlegungen	6	2 886 446	868 253
Alpwege und Hofzufahrten	22	5 710 284	1 737 280
Wasserversorgungen	6	25 243 787	1 012 904
Andere Bodenverbesserungen (Entwässerungen, Stromversorgung, Bewässerungen, Ausdolung von Bächen, Instandstellung von Grundstücken, ...)	4	1 350 000	277 800
Landw. Bauten und Sennereien	69	37 105 400	4 108 100
Hofdüngeranlagen	–	–	–
Total 2006	107	72 295 917	8 004 337
Total 2005	120	47 608 605	7 800 003
Total 2004	102	45 967 581	8 104 903
Total 2003	103	42 874 937	7 206 071
Total 2002	120	51 630 188	9 185 124

Die Gesamtsumme der kantonalen Beiträge 2006 entspricht dem Durchschnitt der letzten Jahre. Der starke Anstieg bei den Wasserversorgungen rührt von einem grossen Projekt her, das 2006 subventioniert wurde. 2007 wird ein Bundesbeitrag für dieses Projekt gewährt. Der Kantonsbeitrag für landwirtschaftliche Bauten in der Talzone, entsprechend der Motion Godel/Page, beläuft sich auf 1 136 900 Franken für 27 Projekte.

Die Gesamtsumme der im Jahr 2006 zugesicherten Beiträge unter der Rubrik des Fonds für Bodenverbesserungen beläuft sich auf 353 750 Franken bei einem Kostenvoranschlag von 1 448 000 Franken, was 18 Projekten oder Etappen entspricht.

2.3 Vom Bund subventionierte Arbeiten

Zusammenstellung der im Jahr 2006 zugesicherten Beiträge:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	1 065 829
Alpwege und Hofzufahrten	1 865 975

	Fr.
Wasserversorgungen	940 146
Andere Bodenverbesserungen	472 800
Landw. Bauten und Sennereien	3 052 900
Hofdüngeranlagen	–

Total der dem Kanton zugesicherten Beiträge:

2006	7 397 650
2005	7 916 659
2004	7 673 341
2003	7 679 415
2002	8 022 328

Es wurde ein gewisser Rückgang der Gesuche festgestellt.

2.4 Im Jahr 2006 beendete Arbeiten

Unternehmen und Etappen, für die 2006 eine Schlussabrechnung erstellt wurde.

	Anzahl Projekte	Gesamtkosten Fr.
Güterzusammenlegungen	4	1 246 671
Alpwege und Hofzufahrten	15	3 828 813
Wasserversorgungen	2	440 819
Andere Bodenverbesserungen	3	2 045 148
Landw. Bauten und Sennereien	54	26 572 441
Hofdüngeranlagen	8	956 000
Total 2006	86	35 089 892
Total 2005	85	43 885 798
Total 2004	77	40 676 841
Total 2003	91	41 722 976
Total 2002	100	38 794 493

In dieser Zusammenstellung wurde der Fonds für Bodenverbesserungen nie berücksichtigt.

2.5 Im Jahr 2006 ausbezahlte Beiträge

(ohne Beiträge des Fonds für Bodenverbesserungen)

	Beiträge Kanton Fr.	Beiträge Bund Fr.
Güterzusammenlegungen	1 272 980	1 409 359
Alpwege und Hofzufahrten	1 245 485	1 093 905
Wasserversorgungen	618 298	793 698
Andere Bodenverbesserungen	451 882	495 155
Landw. Bauten und Sennereien	3 416 500	2 728 100
Hofdüngeranlagen	169 460	–
Total 2006	7 174 605	6 520 217
Total 2005	7 698 327	7 980 061
Total 2004	7 898 295	7 398 149
Total 2003	7 572 035	7 467 518
Total 2002	7 444 251	9 284 410

Am 31. Dezember 2006 befanden sich 5 Abrechnungen zur Genehmigung und Bezahlung bei der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundesamts für Landwirtschaft.

am 31.12.2005:	4 Abrechnungen
am 31.12.2004:	0 Abrechnungen
am 31.12.2003:	6 Abrechnungen
am 31.12.2002:	2 Abrechnungen

Die Zunahme der Bundesbeiträge im Jahr 2002 ist darauf zurückzuführen, dass der Abteilung Strukturverbesserungen des Bundes höhere Kredite zur Verfügung gestellt wurden und dass gewisse Kantone die Beiträge nicht nutzten.

Die ausbezahlten Kantons- und Bundesbeiträge nach Rubriken stehen nicht immer im Verhältnis zu den entsprechenden Ansätzen dieser Rubriken, da einige Auszahlungen je nach den zur Verfügung stehenden Krediten von einem Jahr zum nächsten unterschiedlich ausfallen können.

2.6 Im Jahr 2006 durch den Fonds für Bodenverbesserungen ausbezahlte Beiträge

	Fr.
Total 2006	449 537
Total 2005	510 855
Total 2004	600 917
Total 2003	748 462
Total 2002	1 045 844

Der Rückgang im Vergleich zu 2005 lässt sich dadurch erklären, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Kredite ausreichend waren. So konnten Projekte mit Hilfe des Bundes und nicht nur mit Beiträgen aus dem Fonds für Bodenverbesserungen subventioniert werden. Der Rückgang im Vergleich zu 2003 und 2002 ist vor allem durch die Aufhebung der Subventionen der gemeinschaftlichen Bauten in der Talzone durch den Fonds für Bodenverbesserungen bedingt. Seit 2002 werden die gemeinschaftlichen Bauten gemäss der Motion Godel/Page mit den übrigen landwirtschaftlichen Hochbauten in der Talzone subventioniert.

2.7 Stand der Verpflichtungen nach Unternehmensart

Der Saldo der zugesicherten, aber noch nicht ausbezahlten Kantonsbeiträge setzte sich am 31. Dezember 2006 wie folgt zusammen:

	Fr.
Güterzusammenlegungen	2 848 923
Alpwege und Hofzufahrten	1 892 547
Entwässerungen	46 000
Wasserversorgung	605 600
Andere Bodenverbesserungen	399 400
Landw. Bauten und Sennereien	2 634 000
Hofdüngeranlagen	655 180
Total der Verpflichtungen am 31. Dezember 2006	9 081 650
Idem am 31. Dezember 2005	8 803 793
Idem am 31. Dezember 2004	6 483 689
Idem am 31. Dezember 2003	7 024 197
Idem am 31. Dezember 2002	8 378 440

Die eingegangenen Verpflichtungen des Fonds für Bodenverbesserungen belaufen sich am 31. Dezember 2006 auf 503 104 Franken.

2.8 Allgemeine Bemerkungen zu einigen Projekten

a) Güterzusammenlegungen

2006 wurden keine neuen Flurgenossenschaften gegründet.

Die Arbeiten der in den letzten Jahren neu gegründeten Flurgenossenschaften nehmen ihren normalen Verlauf, wobei die Kostenvoranschläge eingehalten werden.

b) Alpwege und Hofzufahrten

Die Beiträge, die für den Bau oder die Wiederinstandstellung von Alpwegen und Hofzufahrten in der Berg- oder Hügelzone zur Verfügung gestellt wurden, sind 2006 gegenüber den Vorjahren angestiegen.

c) Wasserversorgungen

Unter dieser Rubrik werden zahlreiche Beitragsgesuche gestellt, vor allem seit der Bund 1999 Beiträge für die Anlagen in der Hügelzone einführt, während zuvor Subventionen nur für die Bergzone gewährt wurden.

d) Andere Bodenverbesserungen

2006 wurden 3 Bewässerungs- und ein Stromversorgungsprojekt subventioniert. Die Bewässerungsprojekte betreffen Konsortien von Landwirten, die Kartoffel- und Gemüsekulturen bewässern müssen. Es ist das zweite Mal, dass solche Projekte vom Bund subventioniert werden. Dies ist eine unerlässliche Hilfe für diese dynamischen Landwirte, die nicht nur die qualitativen Anforderungen an ihre Produkte erfüllen müssen, sondern auch die quantitativen.

e) Landw. Bauten und Sennereien

Aufgrund der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Bundesbestimmungen können einzelne bauliche Elemente subventioniert werden (z.B. Ställe, Schuppen). Seither konnten daher gemeinsam mit dem Bund und dem Fonds für Bodenverbesserungen mehr Fälle behandelt werden.

Seit dem Inkrafttreten der Motion Godel/Page am 1. Januar 2002 sind im Jahr 2006 27 landwirtschaftliche Hochbauten in der Talzone subventioniert worden. 2005 waren es 18, 2004 19 und 2003 18 Projekte.

f) Hofdüngeranlagen

Entsprechend dem Beschluss des Staatsrats wurde das Sanierungsprogramm Ende 2005 abgeschlossen.

Seit der Einführung des kantonalen Sanierungsprogramms für Hofdüngeranlagen 1988 wurden 1634 Anlagen mit einem Volumen von insgesamt 640 434 m³ subventioniert. Die Kantonsbeiträge, die seit 1988 ausgerichtet werden, belaufen sich insgesamt auf 39 882 000 Franken. Dazu kommen 395 Werke mit einem Volumen von 166 464 m³, die aufgrund der Beiträge zur Rationalisierung der Gebäude oder zur Stallsanierung realisiert wurden. Dieses insgesamt subventionierte Volumen von 807 000 m³ stellt einen sehr wichtigen Beitrag an den Gewässerschutz dar.

2.9 Tätigkeit der Kommissionen

a) Kommission für Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft

Diese Kommission wurde am 25. November 2003 vom Staatsrat eingesetzt; sie übernimmt die Tätigkeiten der folgenden ehemaligen Kommissionen:

- der Kantonalen Kommission für Agrarkredite,
- der Konsultativkommission für Meliorationsfragen,
- der Landwirtschaftlichen Baukommission.

Sie trat 2006 10-mal zu Plenarsitzungen zusammen. Die Prüfung besonderer Probleme wurde einer Subkommission übertragen, die 1 Sitzung abhielt.

b) Rekurskommission für Meliorationen

Zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2005	–
Eingereichte Rekurse	im Jahr 2006	4
Gefällte Entscheide	im Jahr 2006	4
Aufgehobene Angelegenheiten	am 31. Dezember 2006	–
zu behandelnde Angelegenheiten	am 31. Dezember 2006	–

c) Kommission für Grundstückerwerb

Die Kommission für Grundstückerwerb trat 2005 insgesamt 19-mal zusammen, 9-mal im Plenum und 10-mal in kleinerer Zusammensetzung.

Sie befasste sich mit verschiedenen Dossiers. Davon betrafen:

- 2 das Autobahnamt
- 7 das Tiefbauamt
- 1 das Hochbauamt
- 9 andere Stellen der Freiburger Staatsverwaltung
- 6 die Gemeinden oder Pfarreien
- 1 den Bund

2.10 Aufträge an das Amt

Diese Arbeiten beliefen sich auf 300 Franken. Bei diesem Betrag handelt es sich um die einkassierten Honorare für Leistungen, die ein Amtsvertreter an Stelle eines Ingenieurs oder Architekten erbringt. Der grosse Rückgang im Vergleich zum Vorjahr ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die gesamten Honorare für ein grosses Projekt bereits 2005 einkassiert worden sind.

2.11 Schweizerischer Hilfsfonds für nichtversicherbare Elementarschäden

Dieser Fonds hat verschiedenen Geschädigten im Kanton insgesamt 137 466 Franken ausbezahlt (2005: 26 664 Franken, 2004: 14 778 Franken, 2003: 81 530 Franken und 2002: 119 490 Franken); davon wurden 70 200 Franken für die Wiederinstandstellung von Werken der Bodenverbesserungskörperschaften ausgerichtet. Eine gewisse Zahl von Schadenfällen wird zurzeit von den Verantwortlichen des schweizerischen Hilfsfonds in Bern überprüft. Der Betrag schwankt von Jahr zu Jahr, je nach Zahl und Ausmass der Schäden.

2.12 Fonds für Bodenverbesserungen

a) Geldverkehr

Einnahmen:	Fr.
• Zahlungen an den Fonds unter der Rubrik 3435/380.002	–.—
• jährliche Zinsen von 2 %	66 908.30
• Zahlungen der Grundbuchämter	4 570 758.05
Total der Einnahmen	4 637 666.35
Ausgaben:	
• Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/402.001	4 570 758.05
• Zahlungen an die Budget-Rubrik 3435/480.002	380 000.—
• Vermögensrückgang	– 313 091.70
Total der Ausgaben	4 637 666.35

b) Stand des Fonds am 31. Dezember 2006

Vermögen am 31. Dezember 2005	3 345 415.30
Vermögensrückgang	– 313 091.70
Vermögen am 31. Dezember 2006	3 032 323.60

c) Allgemeine Bemerkungen

Im oben erwähnten Betrag ist das Darlehen von 2 Millionen Franken an Prolait (Plate-forme laitière de Suisse occidentale), das aufgrund des Dekrets vom 12. Dezember 2002 über eine Finanzhilfe an die freiburgische Milchwirtschaft erfolgte, nicht berücksichtigt. Das Darlehen muss ab 2008 innerhalb von höchstens 10 Jahren zurückerstattet werden.

Die Einnahmen des Fonds hängen vom Volumen des verkauften Kulturlandes für nichtlandwirtschaftliche Zwecke ab. Die Schwankungen von einem Jahr zum nächsten sind ziemlich deutlich, wie man der Aufstellung der letzten fünf Jahre entnehmen kann:

	Fr.
2002	3 187 755
2003	2 428 448
2004	3 834 698
2005	3 156 404
2006	4 570 758

Gesetzgebung

Das Landwirtschaftsgesetz, das vom Grossen Rat am 3. Oktober 2006 erlassen wurde und das am 1. März 2007 in Kraft tritt, zieht eine Änderung mehrerer Bestimmungen des Gesetzes über die Bodenverbesserungen nach sich. Es handelt sich im Wesentlichen um formelle Änderungen aufgrund der Integration des Meliorationsamts in das Amt für Landwirtschaft.

Landwirtschaftliches Institut des Kantons Freiburg

1. Allgemeines

Das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg in Grangeneuve (LIG) ist seinem Bildungs- und Dienstleistungsauftrag gemäss den gesetzlichen Bestimmungen von Bund und Kanton nachgekommen. In seinen Berufsschulen und Fachschulen gewährleistete das LIG die Ausbildung im Bereich Landwirtschaft, Agrokaufmannswesen, Forstwirtschaft, Milchwirtschaft, Lebensmitteltechnologie und Hauswirtschaft. Bei den Dienstleistungsaufträgen handelt es sich mehrheitlich um öffentliche Aufträge in den Bereichen Weiterbildung, Beratungs- und Kontrollaufträge und die Bereitstellung von Ressourcen.

Die Tätigkeiten des LIG werden zum grössten Teil auf Französisch und Deutsch gewährleistet.

Zusätzlich zu seinen ordentlichen und ständigen Aufträgen sei auch auf die folgenden Aktivitäten hingewiesen:

- Revision des Gesetzes über das LIG und Erarbeitung eines kantonalen Landwirtschaftsgesetzes, in dem die Zuständigkeitsbereiche des LIG festgehalten sind
- Zurverfügungstellung eines Teils des Gebäudes der ehemaligen Hauswirtschaftsschule und Zusammenarbeit mit der Krankenpflegeschule (KPS)
- Organisation der Fachtagung «Mais.06» in Grangeneuve
- Die Integrierung des Landwirtschaftsbetriebs Abbaye in Sorens in die Zertifizierung ISO 9001 wurde beim Nachfolge-Audit im Dezember 2006 bestätigt. Damit ist nun das ganze LIG zertifiziert.
- Änderung des Sicherheitssystems des LIG
- Sanierung des Schweinestalls des Landwirtschaftsbetriebs Abbaye in Sorens
- Eröffnung eines Ladens auf dem Gelände von Grangeneuve
- Einführung einer Ausbildung des Typs «zweijährige Berufliche Grundbildung» für Milchpraktikerin/Milchpraktiker und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker
- Gründung des Vereins Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft
- Organisation des 25. Seminars des Internationalen Studienzentrums für landwirtschaftliches Bildungswesen (CIEA)
- Bildung von CASEi, einer neuen Struktur für die Beratung und die Weiterbildung in der Milchwirtschaft in den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg
- Auflösung des Milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienstes (MIBD)

2. Berufsbildung

Die drei Berufsbildungszentren (Land- und Forstwirtschaft, Milchwirtschaft und Lebensmitteltechnologie, Hauswirtschaft), die vom Aufsichtsrat und den Konsultativkommissionen unterstützt werden, arbeiteten ordnungsgemäss im Dienste der 838 (851) Schüler.

Berücksichtigt man die Auflösung der gemeinsamen Grundausbildung mit der Berufsschule Gesundheit–Soziales, die von rund 50 Lernenden absolviert wurde, ist die Schülerzahl des LIG nach wie vor im Anstieg begriffen.

2.1 Land- und Forstwirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Landwirtschaftliche Berufsschule	141	(151)
– Berufsschule für Forstwarte	45	(48)
– Fachschule	145	(127)
– Vorbereitungskurs für den landwirtschaftlichen Fachausweis	49	(49)
– Vorbereitungskurs für die landwirtschaftliche Meisterprüfung	98	(86)
– Kurs für Agrokaufleute	8	(10)

Die Entwürfe der Bildungsverordnung (BiVo) und des Bildungsplanes für die verschiedenen Berufe des Berufsfeldes der Organisation der Arbeitswelt AgriAliForm wurden in die interne Vernehmlassung gegeben. Die Stellungnahme und Anregungen zu den beiden Entwürfen wurden vom Land- und Forstwirtschaftlichen Bildungszentrum in enger Zusammenarbeit mit der kantonalen Berufsbildungskommission ausgearbeitet.

Am 17. November 2005 fällten die Staatsräte Michel Pittet und Pascal Corminboeuf den Entscheid, die berufliche Bildung der Gärtner in das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg zu verlegen. Der Transfer dieser beruflichen Bildung von der Gewerblichen und Industriellen Berufsschule in das Landwirtschaftliche Institut beruht auf dem Willen, eine Optimierung der bereits vorhandenen Infrastruktur des Staates zu sichern und die Synergien bestmöglichst zu nutzen, ohne dabei einen Qualitätsverlust betreffend Ausbildung verzeichnen zu müssen. Der Transfer ist für den Schuleintritt 2007/08 geplant.

2.2 Milchwirtschaftliches und Lebensmitteltechnologisches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Einführungskurs I + II	55	(57)
– Lehre Milchtechnologin/ Milchtechnologe	110	(101)
– Lehre Lebensmitteltechnologin/ Lebensmitteltechnologe	35	(35)
– Vorbereitungskurs zur eidg. Berufsprüfung der Milchtechnologin	10	(11)
– Vorbereitungskurs zur Höheren Fachprüfung für Milchtechnologin	–	(11)
– Höhere Fachschule für Lebens- mitteltechnologie	16	(9)

Die Anzahl der Lernenden am Milchwirtschaftlichen und Lebensmitteltechnologischen Bildungszentrum ist 2006/07 im Vergleich zum Vorjahr angestiegen.

In Anbetracht der wenigen Kandidaten für den Vorbereitungskurs zur Höheren Fachprüfung für Milchtechnologien wurde der Kurs auf 2007 verschoben.

Beginn eines neuen Bildungsgangs an der Höheren Fachschule für Lebensmitteltechnologie zu Beginn des Schuljahres 2006/07 (Ausbildungsbeginn alle zwei Jahre).

Das BBT hat einen Entwurf der Verordnung über die berufliche Grundbildung Lebensmittelpraktikerin/Lebensmittelpraktiker mit eidgenössischem Berufsattest in die Vernehmlassung gegeben. Der erste Bildungsgang wird voraussichtlich 2008 beginnen.

2.3 Hauswirtschaftliches Bildungszentrum

	Anzahl Schüler/ Kandidaten	
– Gemeinsame Grundausbildung: Hauspfleger/in, Fachangestellte/r Gesundheit, Hauswirtschafter/in	0	(52)
– Gemeinsame Grundausbildung: Hauspfleger/in, Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft	16	(0)
– Hauswirtschafterin – modulare Ausbildung	37	(27)
– Vorbereitungskurs für die Fachausweis- und Diplomprüfungen	6	(11)
– Lehre Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft	34	(38)
– Elementarausbildung Hauswirtschafter/in (d)	0	(8)
– Grundbildung Hauswirtschafts- praktiker/in	10	(0)
– Lehre für Hauspfleger/in	23	(20)

Die Bildungsgänge des Hauswirtschaftlichen Bildungszentrums und der Berufsschule Gesundheit-Soziales wurden Ende August 2006 getrennt. Seither legen die Hauspfleger/innen und die Fachfrauen/Fachmänner Hauswirtschaft die Grundausbildung gemeinsam ab. Die Lernenden der Berufsschule Gesundheit-Soziales werden nun separat in Hauswirtschaft unterrichtet, jedoch nach wie vor von Unterrichtenden des LIG.

Andererseits haben 10 junge Lernende aus den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Freiburg Ende August die zweijährige Grundbildung für Hauswirtschaftspraktikerinnen und Hauswirtschaftspraktiker in Angriff genommen.

In Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt bietet das Hauswirtschaftliche Bildungszentrum in Grangeneuve weiterhin eine Ausbildung für Bäuerinnen für die Westschweiz an. Die ersten Prüfungen dieses neuen Angebots haben am 31. Januar 2006 stattgefunden.

4 Bäuerinnen der deutschsprachigen Abteilung haben im Oktober 2006 ihren Fachausweis erlangt.

Am 20. September 2006 wurde der Verein Freiburger Lehrbetriebsverbund Fachfrau/Fachmann Hauswirtschaft und Hauswirtschaftspraktikerin/Hauswirtschaftspraktiker gegründet.

3. Land- und Milchwirtschaftliche Stationen und Dienstleistungen des LIG

3.1 Milchwirtschaftlicher Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD) und Freiburgisches Agro-Lebensmittellabor (FALL)

Die Änderung der Milchqualitätsverordnung zieht eine umfassende Restrukturierung und Neuorganisation der Dienstleistungstätigkeit des Milchwirtschaftlichen und Lebensmitteltechnologischen Bildungszentrums (BZML) nach sich. Diese Änderungen werden am 1. Januar 2007 wirksam.

- Die Beratung im Bereich Milchproduktion und gewerblicher Milchverarbeitung wird in Zukunft unter der Schirmherrschaft der Einfachen Gesellschaft CASEi, deren Partner die Kantone Bern, Freiburg und Neuenburg sind, erfolgen.
- Die Inspektion der Qualitätssicherung in der Milchwirtschaft wird dem Veterinäramt (2,4 VZÄ) und dem Kantonalen Laboratorium (0,4 VZÄ) übertragen. Es handelt sich hier im Übrigen um eine zeitlich beschränkte Situation, da sämtliche kantonalen Gesetzesvorschriften für den Vollzug des Lebensmittelgesetzes und der entsprechenden Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft in den Entwurf des kantonalen Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit, der dem Grossen Rat überwiesen worden ist, aufgenommen worden sind.
- Das freiburgische Agro-Lebensmittellabor, Einheit milchwirtschaftliche Station, gibt die Kontrolle der Lieferantenmilch auf und übernimmt die Untersuchungen für die Beratungsanalytik der Berner Käsereien. Ausserdem sammelt das Labor die Milchproben für die ganze Westschweiz.

3.2 Landwirtschaftliche Stationen und hauswirtschaftliche Beratung

Der landwirtschaftlichen Beratung sind 2085 Personen und der bäuerlich-hauswirtschaftlichen Beratung 771 Personen angeschlossen.

Die Buchhaltungsabteilung hat 1113 Buchhaltungen abgeschlossen. 57 % davon wurden von den Landwirten auf dem Computer geführt.

2006 waren die Stationen insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- Organisation der Fachtagung «Mais.06», an der 1300 Personen teilnahmen
- Organisation von Alpinspektionen und Verfassung eines entsprechenden Berichts
- Mitwirkung an der Information und Ausbildung der betreffenden Landwirte über die Anforderungen von SwissGap, Bildung einer Interessengruppe
- Mitwirkung bei der Studie des Dossiers «Landwirtschaft und Umwelt»
- Durchführung von Anbauversuchen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Forschungsanstalten des Bundes und Swissgranum

- Bereitstellung von Ressourcen für die kantonalen Zuchtverbände und die Organisation der Milchvieh-, Zuchtstier- und Kleinviehmärkte in Bulle
 - Regelmässige Veröffentlichung von Fachartikeln zu Tierproduktion und Pflanzenbau in deutsch- und französischsprachigen Zeitschriften
 - Bildung einer Interessengruppe Agrotourismus
 - in Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten Betreuung der Dossiers von Landwirten in Schwierigkeiten
 - Berechnung der Entschädigungen für die Schaffung von Trinkwasser-Schutzzonen S
- Informationssitzungen über:
 - Ausstieg aus der Kontingentierung
 - AP 2011
 - Verwendung und Produktion von erneuerbaren Energien im Sektor Landwirtschaft
 - Selbstversorgung in landwirtschaftlichen Haushalten
 - Übertragung des Vermögens, Pacht, Betriebsgemeinschaften
 - Information zum Projekt zur Ausrottung der Rinderseuche BVD (Bovine Viral Diarrhea), in Zusammenarbeit mit den Tierärzten.

Veterinäramt

1. Allgemeines

Da der Bundesrat am 23. November 2005 34 Verordnungen im Lebensmittelbereich angenommen hatte, sah sich das Veterinäramt in diesem Jahr mit der Schwierigkeit konfrontiert, das geltende Recht in die Praxis umzusetzen. Dank der interkantonalen Unterstützung und der effizienten Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Veterinärwesen wurde diese Aufgabe in der ganzen Schweiz erleichtert und vereinheitlicht.

Was die Schlachthöfe betrifft, so haben 3 weitere Schlachthäuser aufgrund der neuen Anforderungen ihren Betrieb eingestellt. Es mussten Informationsveranstaltungen für Fleischkontrolleure mit und ohne tierärztlichen Abschluss und die Schlachthofverantwortlichen durchgeführt werden, um die neuen Aufgaben, wie die systematische Kontrolle aller lebenden Tiere vor der Schlachtung und die Trichinellen-Untersuchung bei den Pferden und den Schweinen, aufeinander abzustimmen und zu organisieren. Die Schlacht- und Zerlegebetriebe haben eine Zulassungsummer erhalten, die auf der offiziellen Liste in Brüssel eingetragen wird. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Ware in ganz Europa zu verschieben, was bisher nur für ein paar Unternehmen im Kanton möglich war.

Am 31. Dezember 2006 wurde die Milchwirtschaftliche Inspektion (MIBD) auf der Ebene der Primärproduktion mit dem Veterinäramt und für die Inspektion der verarbeitenden Betriebe mit dem Kantonalen Laboratorium zusammengelegt.

In Zusammenarbeit mit der Direktion für Gesundheit und Soziales wurde der Entwurf eines Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit ausgearbeitet, das eine Zusammenlegung des Veterinäramts und des Kantonalen Laboratoriums vorsieht. Damit wird einer Motion von Grossrat Jacques Bourgeois Folge gegeben, in der die Schaffung einer einzigen Kontrollinstanz verlangt wird, die im vorliegenden Fall der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft angegliedert wird.

Was die Vogelgrippe betrifft, so blieb die Situation bei den Wildvögeln in Europa Ende Jahr ruhig, im Gegensatz zum Beginn des Jahres 2006, wo sowohl das Veterinäramt als auch die Organisation für den Katastrophenfall (ORKAF) sehr in Anspruch genommen wurde. Diese organisierte eine ORKAF-Stabsübung, um einen Interventionsplan auszuarbeiten für den Fall, dass ein Betrieb wie Optigal sich in der von der Vogelgrippe betroffenen Zone befinden würde. Das Veterinäramt hat die Gelegenheit genutzt, um mit der Unterstützung der Kanzlei seine Website auf die Beine zu stellen.

Der Grosse Rat hat das Gesetz über die Hundehaltung erlassen. Es konnte jedoch noch nicht in Kraft treten, da das Referendum ergriffen wurde. Die neuen Artikel 34 a und b der Tierschutzverordnung des Bundes mussten jedoch umgesetzt und angewendet werden.

2. Personal

Aufgrund der neuen Aufgaben, die das Gesetz über die Hundehaltung dem Veterinäramt überträgt, wurde Daniel Fontana, Spezialist auf dem Gebiet des Hundeverhaltens, per 1. Juli 2006 eingestellt.

Das Amt arbeitet eng mit 20 (20) Kreistierärzten, 2 Amtstierärzten, die blaue Kontrollen durchführen, 2 Fleischinspektoren und 22 (24) tierärztlichen Fleischkontrolleuren zusammen.

Im Kanton Freiburg ist die Direktion für Gesundheit und Soziales für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung für Tierärztinnen und Tierärzte zuständig.

3. Tätigkeiten

3.1 Bekämpfung der Tierseuchen

Hochansteckende Seuchen

Es wurden keine Fälle oder Verdachtsfälle gemeldet.

Vogelgrippe: Wie im Herbst 2005 hat der Bundesrat am 15. Februar 2006 erneut ein Freilandhaltungsverbot für Geflügel (d.h. für Hühner, Truten, Pfauen, Perlhühner, Rebhühner, Fasane, Wachteln, Enten, Gänse, Strausse, Emus und Nandus) beschlossen, um das Auftreten des Vogelgrippevirus in der Schweiz zu verhindern. Im Frühjahr galten diese Massnahmen für den ganzen Kanton. Für gewisse Betriebe, die Wasservögel halten, war die Umsetzung des Freilandhaltungsverbots in Anbetracht der Lege- und Brutsaison problematisch. Es wurden daher 9 Ausnahmen von der Stallhaltungspflicht bewilligt und zwar für Enten, Gänse, Schwäne, Pfauen und Emus. Die tierärztliche Überwachung wurde jedoch sichergestellt und es wurden regelmässig Stichproben von Vogelkot entnommen und auf das Virus H5N1 getestet. Es wurden ausserdem 31 Untersuchungen an im Kanton tot aufgefundenen Wildvögeln vorgenommen, die jedoch alle negativ ausfielen. Das Freilandhaltungsverbot wurde am 1. Mai 2006 wieder aufgehoben.

Im Herbst, am 29. September 2006 hat der Bundesrat erneut ein Freilandhalteverbot für sog. Risikozonen verhängt, in denen eine erhöhte Wahrscheinlichkeit bestand, dass Wasservögel mit Hausgeflügel in Kontakt kommen. Im Kanton Freiburg sind die Ufer des Neuenburgersees, des Murtensees und des Brojekanal Risikozonen. Die Lage war bedeutend ruhiger als im Frühling. Es wurde nur ein Gesuch um eine Ausnahmegewilligung vom Freilandhalteverbot gestellt und gewährt. Das Freilandhalteverbot gilt noch bis 30. April 2007. Ausserdem wird das Wasserwild (Reiherenten, Tafelenten, Stockenten) während der ordentlichen Jagdsaison von den Wildhütern-Fischereiaufsichtern aktiv überwacht. Bis heute fielen alle Untersuchungen im Rahmen des Überwachungsprogramms negativ aus.

Auszurottende Seuchen

Es wurde kein (0) Fall von Boviner Spongiformer Enzephalopathie (BSE) festgestellt. 2 Verdachtsfälle erwiesen sich als negativ.

Es wurde kein (0) Fall von Transmissibler Spongiformer Enzephalopathie (TSE) bei den Schafen und den Ziegen festgestellt. 1 Verdachtsfall bei einer Ziege erwies sich als negativ.

Die Überwachung der Bovinen Infektiösen Rhinotracheitis und Infektiösen Pustulösen Vulvovaginitis (IBR/IPV), der Enzootischen Leukose der Rinder (EBL) und der Brucellose der Schafe und Ziegen erfolgte wie in der ganzen Schweiz mittels Befragungen von Betrieben, die das Bundesamt für Veterinärwesen zufällig auswählte. Die Proben für die Überwachung der Aujeszky'schen Krankheit wurden dieses Jahr direkt im Schlachthof der Micarna in Courtepin entnommen.

Im Kanton wurden 175 (183) Betriebe kontrolliert, darunter 96 (93) auf IBR/IPV und EBL, 56 (62) auf Brucellose der Schafe und 23 (25) auf Brucellose der Ziegen. Alle Untersuchungen fielen negativ aus.

Im Bereich Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE) wurden die Ziegen von 149 (142) Betrieben kontrolliert. Alle Untersuchungen ergaben negative Resultate.

Zu bekämpfende Seuchen

2 (0) Hunde erwiesen sich als leptospirose-positiv.

16 (7) Betriebe waren von Coxiellose betroffen.

1 (2) Fall von Salmonellose bei einer Eidechse.

Kein (1) Fall von Infektiöser Laryngotracheitis der Hühner wurde festgestellt.

Auf den Alpen einiger Gemeinden des Greyerzer-, des Sense- und des Vivisbachbezirks war die Impfung gegen den Rauschbrand obligatorisch. 1049 (1024) Rinder von 69 (89) Betrieben wurden geimpft.

2758 (3674) Schafe wurden vorsorglich gegen Schafräude geimpft.

Im Rahmen der Bekämpfung der Lungenentzündung der Schweine wurde 1 (1) Betrieb positiv auf Enzootische Pneumonie getestet. Es wurde eine Sperre über den Betrieb verhängt und der Schweinestall musste saniert werden. Über 1 (3) Betrieb wurde wegen Verdacht auf Lungenentzündung die Sperre verhängt, bis der Verdacht entkräftet war. Im Übrigen wurde 1 Betrieb, über den Ende 2005 wegen Actinobacillose der Schweine die Sperre verhängt worden war, 2006 saniert. Über 1 weiteren Betrieb, der positiv auf Actinobacillose der Schweine getestet worden war, wurde die Sperre verhängt und auch dieser Betrieb musste seine Schweineställe sanieren.

53 (57) Betriebe mit über 50 Legehennen wurden im Rahmen eines Programms zur Feststellung von Salmonella Enteritidis untersucht. In 3 (5) Betrieben ergab die serologische Untersuchung der Eier ein positives Ergebnis. Die bakteriologische Untersuchung hat den Verdacht in allen drei Fällen jedoch entkräftet.

8 (6) Fälle von bösartiger Faulbrut machten die Vernichtung von 46 (24) Bienenvölkern erforderlich.

10 (2) Fälle von Sauerbrut der Bienen machten die Vernichtung von 33 (3) Völkern erforderlich.

Zu überwachende Seuchen

6 (4) Fälle von Paratuberkulose bei den Rindern.

Kein (1) Fall von von Campylobacteriose.

Kein (1) Fall von Listeriose.

1 (0) Fall von bösartigem Katharrhalfieber.

1 (0) Fall von Maedi-Visna.

1 (0) Fall von Chlamydienabort der Schafe und Ziegen.

1 (0) Fall von Viraler hämorrhagischer Krankheit der Kaninchen.

1 (1) Fall von Neosporose der Rinder.

21 (4) Fälle von Cryptosporidiose.

BVD/MD (Bovine Virusdiarrhoe / Mucosal Disease): Das Programm zur Bekämpfung der Krankheit und zur Information der Halter ist in Vorbereitung. 2006 wurden 125 Fälle von Rindern mit positivem Antigen-Nachweis von der Nutztiersversicherungsanstalt SANIMA entschädigt.

Amtliche Kontrollen

Die amtlichen Kontrollen von Betrieben mit Nutztierhaltung, die sog. Blauen Kontrollen, dienen der Überwachung des Gesundheitsstatus, des Einsatzes von Tierarzneimitteln und der Kennzeichnungs- und Tierverkehrskontrolle. Die beiden amtlichen Tierärzte haben 200 (163) Betriebe kontrolliert.

3.2 Fleischhygiene

Ordentliche Schlachtungen

476 234 (351 236) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 475 251 (350 408) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 983 (828) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Schlachtungen von kranken oder verunfallten Tieren

846 (1482) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 639 (1169) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 207 (313) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Schlachtungen von Tieren aus dem Ausland

1810 (2332) Tiere wurden geschlachtet. Das Fleisch von 1810 (2331) Tieren wurde für geniessbar erklärt. Das Fleisch von 0 (1) Tieren wurde nicht zum Verzehr freigegeben.

Hemmstoffe

In 60 Fällen wurden in den Schlachthöfen Hemmstoffe in den Nieren von Tieren festgestellt. In 33 Fällen stammten die Tiere aus dem Kanton, was zu 19 Verwarnungen führte.

Sarkosporidiose/ Zystizerkose

3 (0) Fälle von Sarkosporidiose, die aus dem Kanton stammen, wurden nachgewiesen. 3 Schlachttierkörper wurden daher für ungeniessbar erklärt.

211 (156) Fälle von Zystizerkose wurden bei aus dem Kanton stammenden Tieren in den Schlachthöfen nachgewiesen, 1 (1) Schlachttierkörper wurde für ungeniessbar erklärt und 210 (155) konnten nach Tiefkühlung zum Verzehr freigegeben werden.

3.3 Tierschutz

Haus- und Nutztiere

1275 (1151) Betriebe wurden im vergangenen Jahr von der Freiburgerischen Vereinigung der IP- und KF-Landwirte (FIPO), dem Kontrollorgan für die allgemeinen Direktzahlungen, in Bezug auf den Tierschutz kontrolliert. 90,4 % (89,3 %) dieser Betriebe erfüllten die Kriterien des TSchG. Zum zweiten Mal in Folge wurden Landwirte kontrolliert, die Pferde halten. 39 (47) wiesen in dieser Tierkategorie Verstösse auf, was 26,2 % (28,5 %) entspricht, Abgesehen von den Verstössen bei den Pferden, wurden in 9,6 % (10,7 %) oder 122 (123) der kontrollierten Betriebe Verstösse festgestellt.

Nebst den von der FIPO durchgeführten Kontrollen für den ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) wurden vom Veterinäramt im Rahmen des Tierschutzes 135 (105) Augenscheine vorgenommen. 4 (3) Aufträge für verschiedene Interventionen wurden amtlichen Tierärzten erteilt. Im vergangenen Jahr gingen 211 (151) Klagen wegen schlecht gehaltener Tiere beim Veterinäramt ein (40 % mehr als 2005). Diese wurden von Privatpersonen (38 %), vom TSV Freiburg (15 %), von der Polizei (9,5 %), den Schlachthöfen (7,1 %), den Veterinärämtern anderer Kantone (5,7 %), den Gemeinden (4,7 %), und den Tierärzten (4,7 %) eingereicht und die übrigen (31) von den Kontrollstellen, den Dienststellen des Staates, den Oberämtern und anderer Gesellschaften und Verbände.

Die Klagen betreffen vor allem Hunde (63 Klagen allein wegen der Hundehaltung und nicht wegen ihrer Gefährlichkeit), Rinder (48), Schafe (35), Schweine (21) (davon 7 Dossiers wegen überladener Schweinetransporte in die Schlachthöfe), Pferde (18), Wildtiere (13), Katzen (11), Hasen (10) und Ziegen (4).

22 (29) Beschwerdedossiers wurden als Aufsichtsbeschwerde an den Untersuchungsrichter überwiesen und 1 (3) Teilverbot für die Tierhaltung wurde verhängt.

Folgende Bescheinigungen über die Teilnahme von Landwirten an einem Kurs und die praktische Ausbildung am Tier wurden dem Amt zugestellt: Enthornung von Rindern (404), die Kastration von Kälbern (15) und die Kastration von Lämmern (3).

Gutachten zu Baudossiers

Das Bau- und Raumplanungsamt hat dem Veterinäramt 174 (163) Baudossiers unterbreitet, zu denen das Veterinäramt Stellung genommen hat.

Wildtierhaltung

24 (25) neue Gesuche für Wildtierhaltung wurden an das Veterinäramt gerichtet. Die meisten Gesuche betrafen Frettchen (8), Giftschlangen (4) und Chamäleons (3). Die

übrigen neuen Bewilligungsgesuche betrafen Hirsche, verschiedene Vögel, Füchse, Affen und Wallabys. Nebst den neuen Gesuchen wurden 16 Gesuche um Erneuerung der Haltebewilligung eingereicht, davon betrafen die meisten Hirsche (7) und Giftschlangen (4). Die übrigen Erneuerungsgesuche betrafen Frettchen, Bisons und Eulen.

Hundehaltung

Seit der kantonale Spezialist für Hundehaltung am 1. Juli 2006 seine Tätigkeit aufgenommen hat, sind 58 Meldungen von Hundebissen an Menschen, 18 Meldungen von Hundebissen an Tieren und 22 Meldungen wegen gefährlichen Hunden eingegangen und behandelt worden. Nebst der Behandlung dieser Dossiers wurden 4 Zuchtbetriebe daraufhin kontrolliert, wie die rund 55 Hunde gehalten werden und wie sozialisiert sie sind. Aufgrund von Meldungen gefährlicher Hunde durch 17 Gemeinden wurden 4 Hunde einer Grobbeurteilung unterzogen.

Dank der Kampagne zur Kennzeichnung der Hunde mit einem Mikrochip sind von rund 16 500 Hunden auf dem Kantonsgebiet 14 506 Hunde gekennzeichnet.

Während dieser kurzen Periode musste das VetA in 330 Telefonaten und 7 persönlichen Gesprächen der beunruhigten Bevölkerung Auskunft geben und die verschiedenen Behörden, wie z.B. die Gemeinden, die Polizei, die Oberämter, Schulen usw. beraten

Das VetA wurde von den Medien im Zusammenhang mit der Hundeproblematik 15-mal in Anspruch genommen. Es wurden zwei Kurse zum Aspekt der Gefährlichkeit erteilt, der eine für den TSV und der andere in einem kynologischen Klub in Freiburg.

13 Hunde, 153 Katzen und 10 weitere Tiere wurden im Kanton aufgefunden und in die offizielle Datenbank eingetragen. 21 Hunde und 102 Katzen wurden als verloren gemeldet.

Tierversuche

Die Aufsichtskommission für Tierversuche ist 2006 fünfmal zusammengetreten. Sie hat folgende Aufgaben wahrgenommen:

- 56 (63) Bewilligungsgesuche für Tierversuche wurden geprüft
- 52 (59) Bewilligungen wurden erteilt
- 2 (0) positive Stellungnahmen wurden für interkantonale Gesuche abgegeben
- 5 (4) Unternehmen, wo Tierversuche durchgeführt werden, wurden besichtigt

3.4 Importe – exporte

Seit Juli 2004 müssen beim Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) für die folgenden Tiere aus EU-Staaten keine Importbewilligungen mehr eingeholt werden: Zucht- und Nutzgeflügel (Eier/Küken), Rinder, Schafe und Ziegen. Nach dem Import unterstehen diese Tiere jedoch der amtstierärztlichen Überwachung entsprechend den Weisungen des Kantonstierarztes. Für Tiere aus anderen Ländern oder

Tiere, die in der Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten (EDAV) aufgelistet sind, ist eine Bewilligung durch das BVET nach wie vor obligatorisch.

359 (386) Zertifikate für den Export von Milchprodukten wurden ausgestellt.

Ausserdem hat das Veterinäramt mit dem neuen System der Europäischen Union zur elektronischen Meldung des Tierverkehrs «Traces» 37 (36) Exportzeugnisse für die Sömmerung von Rindern in Frankreich, 49 (34) Zeugnisse für den befristeten oder definitiven Export von Pferden, 16 (11) Exportzeugnisse für andere Tiere (Anakondas, Nachtaffen, usw.) und 11 (5) Zeugnisse für Rinderembryonen ausgestellt.

72 im Kanton ansässige Betriebe für den Import von Ein-tagskücken wurden kontrolliert.

3.5 *Wanderherden*

Der Kanton zählt 4 (4) Wanderherden, für die das Veterinäramt eine Bewilligung erteilt hat.

3.6 *Bewilligungen für die Verwertung von Küchenabfällen*

Die neue Gesetzgebung über die tierischen Nebenprodukte machte eine Sanierung und Anpassung der Einrichtungen erforderlich, weshalb gewisse Schweinehalter auf die Verwertung von Küchenabfällen verzichten. Ende 2006 verfügen noch 5 Schweinehalter im Kanton über eine Bewilligung.

3.7 *Bewilligung zur Besamung auf dem eigenen Betrieb*

25 (8) Vieh- und Schweinehalter haben einen Kurs besucht und eine Bewilligung erhalten.

3.8 *Verschiedenes*

Telefonzentrale: Im Jahr 2006 wurden über 5000 (4000) Anrufe erfasst.

Erfassung und Bearbeitung der Dossiers: Im Bereich Tiergesundheit hat das Amt 3213 (3364) Schreiben erfasst, 2395 (1605) im Zusammenhang mit dem Tierschutz, 1462 (925) im Bereich Import-Export, 1048 (738) zur Fleischhygiene sowie 329 (338) Schreiben, die verschiedene Bereiche betreffen, d.h. insgesamt 8447 (6970) Dokumente.

Amt für Wald, Wild und Fischerei

I. Wald

1. Allgemeines

Die wirtschaftliche Situation ist nach wie vor schwierig für die öffentlichen und privaten Waldeigentümer. Die vorrangigen Arbeiten (Unterhalt der zerstörten Flächen im Wiederaufbau, Unterhalt der Schutzwälder, Jungwaldpflege, Unterhalt und Wiederinstandstellung der unbedingt notwendigen Infrastrukturen) belasten das Budget der Betriebseinheiten. Glücklicherweise konsolidiert die steigende Nachfrage den Holzmarkt.

Im Herbst hat das Bundesparlament das Bundesgesetz über die Schaffung und die Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) beschlossen. Die verschiedenen Bereiche des Waldes sind von der Einführung von Programmvereinbarungen pro Produkt ab 2008, auf die sich die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt und dem Kanton beschränken wird, besonders betroffen.

2. Personal

2.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

• Verwaltung (einschliesslich Lernende)	8,9
• Forstingenieure, Sektorchefs	13,0
• Förster	20,0
• Forstwarte, Waldarbeiter, Lernende	49,25

5 Forstwartposten wurden aufgehoben.

2.2 Technisches und wissenschaftliches Personal

Pascal Balmer wurde per 1. September 2006 als Aufseher für die Naturschutzgebiete am Südufer des Neuenburgersees angestellt. Die Kantone Freiburg und Waadt teilen sich diese Stelle. Bis 30. September 2006 war sie zu 30 % von Charles Henninger besetzt.

2.3 Verwaltungspersonal

Keine Änderungen.

3. Neuerungsprojekte

3.1 Revierkörperschaften

Ende 2006 sieht die Situation der Revierkörperschaften und Betriebseinheiten wie folgt aus:

- 15 Revierkörperschaften und 10 Betriebseinheiten wurden gegründet.
- Für die übrigen Waldbestände des Kantons bestehen verschiedene Projekte für Korporationen oder Betriebseinheiten.

3.2 Anpassung an die NFA

Das Projekt zur Anpassung an die durch die NFA ab 2008 verursachten Änderungen ist 2006 vorangekommen. Die neue Produktstruktur des Amtes für Wald, Wild und Fische-

rei ist bekannt. 4 Produkte im Forstbereich werden vom Bund mittels Programmvereinbarungen unterstützt. Die Finanzen, die der Kanton für diese für die Jahre 2008 – 2011 benötigt, sind dem Bundesamt für Umwelt mitgeteilt worden.

3.3 Entschädigung für die Erhaltung der Erholungsfunktion des Waldes

Die in der kantonalen Waldgesetzgebung vorgesehene Entschädigung für den Erhalt der Erholungsfunktion des Waldes wurde 2006 ausbezahlt.

Der Wald ist ein von der Bevölkerung sehr geschätzter Erholungsraum. Gewisse Wälder werden von der Öffentlichkeit so häufig genutzt, dass die Erholungsfunktion des Waldes eines der wichtigsten Bewirtschaftungsziele wird. Die von den Eigentümern erbrachten Leistungen für die Erholungsfunktion des Waldes sind von allgemeinem Interesse und ab 2008 werden die zusätzlichen Kosten pauschal entschädigt. Diese Unterstützung ist nötig, damit die Waldeigentümer die Massnahmen, die für den Erhalt der Erholungsfunktion gewisser Wälder unabdingbar sind, weiterhin treffen. In der geltenden Gesetzgebung ist der Anwendungsbereich auf öffentliche Wälder beschränkt, die als Bewirtschaftungseinheiten (Revierkörperschaften) organisiert sind. Entsprechend der Bedeutung der Wohlfahrtsfunktion des Waldes, unterscheidet der Kanton 4 Waldkategorien. Die Zielsetzung und die Leistungen, zu denen sich die Waldeigentümer verpflichten, sind festgelegt (z.B. keine für die Besucher gefährlichen Bäume).

2006 belief sich die kantonale Unterstützung auf 819 000 Franken. Dies entspricht rund 3.20 Fr. pro Einwohner des Kantons (Wohnbevölkerung am 31.12.2005 = 258 606 Einwohner).

3.4 ForestMap

ForestMap: Kartierung der Waldbestände und Aufzeichnung von waldbaulichen Eingriffen (namentlich im Zusammenhang mit den zukünftigen Programmvereinbarungen mit dem Bund). Dieses Programm ermöglicht das Einsehen und die Veröffentlichung von Daten, die sich auf einem zentralen Server befinden, sowie das Ausdrucken kartografischer Informationen durch die verschiedenen Nutzer im Kanton (Übertragung via Internet).

4. Aus- und Weiterbildung

4.1 Weiterbildung

Zahlreiche Motorsäge- und Holzerkurse wurden für Anfänger und Fortgeschrittene angeboten.

Im Januar 2006 wurden Kurse zum Thema «Zukünftige Betriebspläne» organisiert.

Im März 2006 fand ein Kurs für Auszubildende in forstlichem Bauwesen statt und im Mai 2006 wurde ein Kurs in minimaler Waldpflege durchgeführt.

Im Mai 2006 wurden für das Forstpersonal Wiederholungskurse in Erster Hilfe angeboten.

4.2 Ausbildung (Forstwartlehre)

a) Lehrabschlussprüfungen

21 Kandidaten, davon 16 französisch- und 5 deutschsprachige, legten die Lehrabschlussprüfung ab.

21 Kandidaten standen vor dem Lehrabschluss. 4 von ihnen wiederholten die Prüfung.

20 Kandidaten bestanden die Prüfung und einer fiel durch.

Seit der Einführung der Lehre im Jahr 1963 haben im Kanton Freiburg 556 Forstwarte ihren Fähigkeitsausweis erlangt.

b) Zwischenprüfungen

13 Lernende im 1. Lehrjahr (11 französisch- und 2 deutschsprachige) haben die Zwischenprüfungen in den berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern absolviert. 2 von ihnen haben die Prüfungen nicht bestanden. Die übrigen 11 Lernenden haben sich für das zweite Lehrjahr qualifiziert.

19 Lernende im 2. Lehrjahr (13 französisch- und 6 deutschsprachige) haben die praktischen Prüfungen im Wald der Burgergemeinde Freiburg abgelegt. Bei 4 der 19 Absolventen waren die Resultate ungenügend. Mit den Lernenden, die eine ungenügende Note hatten, und mit ihren Eltern und den Anbietern der Bildung in beruflicher Praxis wurden Sitzungen abgehalten. Im zweiten Lehrjahr finden keine Prüfungen in berufskundlichen und allgemeinbildenden Fächern statt.

c) Rekrutierung neuer Lernenden

Anfang Herbst 2006 haben 19 neue Lernende ihre Lehre begonnen. Davon sind 15 französischer und 4 deutscher Muttersprache.

d) Anzahl Lernende pro Lehrjahr am 1. Oktober 2006

1. Jahr:	19	(15 F und 4 D)
2. Jahr:	11	(9 F und 2 D)
3. Jahr:	17	(10 F + 1 praktische Bildung und 6 D)
Total:	47	(35 F und 12 D)

e) Einführungskurse für die Lernenden

Die Lernenden haben Einführungskurse in den Bereichen Holzen und Rücken, Waldbau und forstliches Bauwesen und Erste Hilfe sowie Maurer- und Schreinerkurse absolviert.

f) Kurse in Grangeneuve

Die französisch- und deutschsprachigen Schüler der Landwirtschaftsschule haben Kurse in Holzen und Waldbau absolviert.

4.3 Andere Ausbildungen

a) Fachausweise und Diplome

Zwei Forstwarte besuchen zurzeit die modulare Ausbildung zum Vorarbeiter und zwei Studenten den Kompaktlehrgang zum Förster HF.

b) Praktikanten

1 Schüler der Försterschule und 1 Forstingenieurstudent der ETHZ haben in den Forstkreisen ein Praktikum absolviert.

1 Biologe hat seinen Zivildienst in der Zentrale des Amts für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

1 Geograf hat im Rahmen eines Nachdiplomstudiums ein 3-monatiges Praktikum in der Zentrale des Amts für Wald, Wild und Fischerei absolviert.

5. Naturgefahren

Die wichtigsten Tätigkeiten des Amtes im Bereich Naturgefahren, die im Übrigen häufig in enger Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen erfolgen, können wie folgt zusammengefasst werden:

- Kartierung der Naturgefahren: Die Arbeiten für die Voralpen wurden abgeschlossen und die endgültigen Resultate stehen seit Ende 2005 zur Verfügung. Die ILFD und die RUBD haben Anfang 2006 eine Pressekonferenz durchgeführt. Die betroffenen Gemeinden im Gebiet der Voralpen haben eine CD-ROM erhalten, auf der sie diese Karten einsehen können. 2006 wurde ein Projekt für einen «kartografischen Internetschalter», das vom ITA geleitet wurde, vorbereitet. Voraussichtlich sollten diese Daten ab Februar 2007 via Internet zugänglich sein. Das Amt für Wald, Wild und Fischerei hat die Ausweitung des Programms auf die Region Mittelland in Auftrag gegeben. In einer ersten Phase soll eine Gefahrenhinweiskarte für instabiles Gelände und Steinschlag ausgearbeitet werden. Die Ergebnisse werden für 2007 erwartet.
- Ereigniskataster StorMe: 2006 wurden keine Katastrophen oder Notlagen von sehr grossem Ausmass erfasst. Anfang April kam es aufgrund starker Regenfälle zu zahlreichen Rutschungen und Schäden. Die meisten dieser Rutschungen ereigneten sich am 10. April 2006. Gegenwärtig wurden 19 neue Ereignisse im Kataster verzeichnet (1 Lawine, 3 Sturzprozesse, 15 Rutschungen). Am 4. März 2006 kam eine ausserordentlich grosse Lawine vor Moléson-Village, einige Meter von der Kantonsstrasse entfernt, zum Stillstand. Am 15. Mai 2006 ereignete sich zu hinterst im Vallée du Motélon (Varvalanna) ein relativ grosser Felssturz von rund 15 000 m³. Er erreichte eine Alphütte, die jedoch nicht zerstört wurde.
- Projekte für Schutzmassnahmen: Die Umsetzung von verschiedenen Projekten wurde fortgesetzt, namentlich die Sanierung der Rutschung Hohberg, wobei der Perimeter in Richtung Schwarzsee ausgedehnt wurde, Massnahmen im Einzugsgebiet der Mortivue in Semsales und AMIZOM Cousimbert. Die Sanierungsmassnahmen nach dem Unwetter vom 12. Juni 2003 am Aettenberg wurden abgeschlossen. Ein umfassendes Projekt zur Behandlung gewisser Probleme infolge der Unwetter vom August 2005 wird momentan umgesetzt. Es beinhaltet 3 Spezialfälle betreffend die Sicherheit von privaten Liegenschaften.

Gewisse finanzielle Aspekte anderer Projekte für Schutzbauten sind im 8. Kapitel «Technische Projekte» aufgeführt.

6. Holzförderung

Mit Staatsratsbeschluss Nr. 1473 vom 28. November 2006 wurde eine Weisung zur Verwendung von Holz in öffentlichen Bauten und solchen, an denen sich der Staat beteiligt, verabschiedet.

In Zusammenarbeit mit Lignum Freiburg und dem Amt für Verkehr und Energie wurden mehrere Aktionen durchgeführt, um die Bauleiter für die Verwendung von Holz zu sensibilisieren. In Domdidier wurde zum Beispiel im Herbst 2006 eine neue Holzheizzentrale in Betrieb genommen; ein weiteres bedeutendes Projekt in der Gemeinde Le Pâquier wird geprüft.

7. Naturschutz im Wald

7.1 Waldreservate

2006 wurde kein neues Waldreservat geschaffen. Es sind jedoch Studien und Verhandlungen für die Schaffung von Waldreservaten im Gebiet la Berra-Cousimbert sowie im Tannholz und im Remlitwilholz im Gange.

7.2 Standortkartierung

Im Jahr 2006 wurden in 6 Forstkreisen 6 Lose mit einer Fläche von insgesamt 2422 ha Wald kartiert. Ende 2006 waren 27 935 ha Wald kartiert. Dies entspricht 69,8 % des Waldareals des Kantons (Gesamtfläche 40 000 ha).

8. Technische Projekte

8.1 Von Bund und Kanton genehmigte Projekte

Gemeinden, Genossenschaften und Private

Die Entlastungsprogramme des Bundes sind mit einer Kontingentierung der Erteilung von Verpflichtungskrediten verbunden und schränken die Lancierung neuer Aktivitäten weiterhin ein. Da ab 2008 ein neues Beitragssystem des Bundes mit Programmvereinbarungen vorgesehen ist, wurden lediglich 3 neue Projekte mit einer finanziellen Beteiligung des Bundes genehmigt: «Unwetter 2005» (Sammelprojekt), ein forstlicher Werkhof und ein Waldbauprojekt C in Zusammenhang mit den Kantonsstrassen. Innerhalb des Sammelprojekts zur Wiederinstandsetzung der Waldwege, das Ende 2006 abgeschlossen worden war, konnten jedoch 7 Detailprojekte in einem Umfang von insgesamt 171 370 Franken in Angriff genommen werden. Diese Projekte werden in einem bereits genehmigten finanziellen Rahmen durchgeführt.

Es sind nur die Projekte aufgeführt, die 2006 von beiden Instanzen (Kanton und Bund) bewilligt worden sind.

	Anzahl	Voranschlag	Kantons-	Bundes-
		Fr.	beitrag	beitrag
			Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur*	1	635 500	114 390	285 975
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen	0	–	–	–

	Anzahl	Voranschlag	Kantons-	Bundes-
		Fr.	beitrag	beitrag
			Fr.	Fr.
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten*	1	585 700	79 070	409 990
Waldbauprojekte B/C	1	1 760 000	–	1 084 160
Total	3	2 981 200	193 460	1 780 125

* Sammelprojekt «Unwetter 2005»

Staat

Es wurde nur ein Projekt für den Bau eines forstlichen Werkhofs (Petit Belmont) genehmigt.

	Anzahl	Voranschlag	Kantons-	Bundes-
		Fr.	beitrag	beitrag
			Fr.	Fr.
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen	1	650 000	–	292 500

8.2 Eingereichte Abrechnungen und ausbezahlte Beiträge

Aus verschiedenen Gründen stimmen die finanziellen Angaben nicht genau mit den Zahlen der Buchführung überein. Auch können sich die Angaben in der Projektdatenbank aufgrund der Einführung von Integralprojekten auf Bundesebene verändern.

a) Gemeinden und Dritte

Ende Jahr waren 35 Einzel- und Sammelprojekte hängig. Im Verlauf des Jahres wurden 4 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle fasst die vom Bund genehmigten und bezahlten Abrechnungen zusammen. Für die Rubriken «421 Infrastrukturen» und «431 Schutzmassnahmen» reichten die Mittel aus, während mehrere Abrechnungen unter der Rubrik «411.2/3 Schutzwaldpflege» 2006 nicht behandelt werden konnten.

Die kantonalen Beiträge entsprechen im Durchschnitt rund 20 % der Bundessubvention.

	Anzahl	Betrag	Bundes-
	Abrechnungen	Abrechnung	beitrag bez.
		Fr.	Fr.
Erschliessungsinfrastruktur 421.1	14	1 938 000	872 000
Verbesserung der Bewirtschaftungsbedingungen 421.2	4	790 000	203 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	11	1 305 000	908 000
Waldbau B/C 411.2/3	26	3 580 000	2 148 000
Total	55	7 613 000	4 131 000

Alle Zahlen sind gerundet.

b) Abrechnungen der Projekte des Staates Freiburg

Ende Jahr waren 5 vom Bund subventionierte Projekte hängig. Im Verlaufe des Jahres wurden 2 Projekte mit einer Schlussabrechnung abgeschlossen.

Die folgende Tabelle zeigt die vom Bund genehmigten Abrechnungen.

	Anzahl Abrechnungen	Betrag Abrechnung Fr.	Bundes- beitrag bez. Fr.
Erschliessungs- infrastruktur 421.1	1	180 000	90 000
Verbesserung der Bewirtschaftungs- bedingungen 421.2	1	520 000	234 000
Entwässerungen, Aufforstungen und Schutzbauten 431	3	223 000	156 000
Waldbau B/C 411.2/3	1	72 000	43 000
Total	6	995 000	523 000

Alle Zahlen sind gerundet.

8.3 Investitionskredite

Insgesamt werden gegenwärtig 67 Verträge bearbeitet. 7 Investitionskredite mit einem Gesamtbetrag von 2 205 533 Franken wurden gewährt (1 Vorschuss der Bundessubvention für die Rubrik 413, 3 Forstfahrzeuge, 2 Infrastrukturen, 1 Waldbauprojekt im Schutzwald). 4 Kreditverträge konnten mit der Rückzahlung der letzten Jahresrate aufgelöst werden. Im Laufe des Jahres wurden 61 Rückzahlungen in einem Gesamtbetrag von 1 672 445 Franken getätigt. 8 Zahlungen auf Vertragsbasis über einen Gesamtbetrag von 2 325 533 Franken wurden ausgerichtet.

Diese finanziellen Mittel werden dem Kanton vom Bund zur Verfügung gestellt. 2005 wurden keine Fondseinlagen des Bundes beantragt, da die notwendigen Transaktionen mit den laufenden Kreditrückzahlungen sichergestellt werden können. Verglichen mit dem Vorjahr bleibt die Verschuldung dieses Programms unverändert; sie beläuft sich Ende 2006 auf rund 5 885 000 Franken.

9. Forstliche Planung

Gemäss den gesetzlichen Vorschriften wurde die Revision folgender Waldwirtschaftspläne durchgeführt:

Kreis 1: Die neuen Betriebspläne sind in Arbeit.

Kreis 3: Der regionale Waldplan des Jaunbachtals wurde am 28. März 2006 von Staatsrat genehmigt. Für das Revier 3.3 wurde die Kartierung der Waldbestände vorbereitet. Der Betriebsplan für das Revier 3.1 ist in Arbeit.

Kreis 5: Die Waldbestände der Reviere 5.1, 5.2 und 5.3 wurden kartiert; die neuen Betriebspläne sind in Arbeit.

Kreis 6: Die Waldbestände der Reviere 6.3 und 6.7 wurden kartiert.

10. Forststatistik

10.1 Öffentliche Wälder

a) Fläche

Produktive Waldfläche	22 500 ha
Strauch- und Gebüschwald	1 100 ha
Anders genutzte oder unproduktive Fläche	1 400 ha
Total	25 000 ha

(d.h. rund 58 % der gesamten Waldfläche des Kantons)

b) Nutzungen und finanzielle Ergebnisse

Von 2001 bis 2005 entwickelten sich die Holznutzung und der Holzverkauf wie folgt:

Jahr	Nutzungen m ³	Nutzholz %	Industrieholz %	Brennholz %
2001	366 800	85	7	8
2002	240 000	81	8	11
2003	236 600	78	9	13
2004	223 000	80	10	10
2005	214 000	75	9	16
2006	Die Zahlen stehen im Juni 2007 zur Verfügung.			

10.2 Privatwälder

Flächen und Nutzungen der Privatwälder nach Forstkreis für das Jahr 2005:

Kreis	Fläche ha	Nutzung 2005 m ³
1 Saane	1 500	11 350
2 Sense/Greyerz	4 400	18 600
3 Greyerz	4 100	20 100
4 Greyerz	3 000	13 600
5 See/Broye	2 700	29 900
6 Glane/Vivisbach	2 500	13 650
Total	18 200	107 200

(d.h. rund 42 % der gesamten Waldfläche des Kantons und 33 % der Holznutzung)

Die Zahlen für 2006 stehen im Juni 2007 zur Verfügung.

11. Waldschäden

Der Buchdrucker richtet in den Wäldern nach wie vor grosse Schäden an, obwohl das Schadenholzvolumen (47 000 m³) verglichen mit 2005 (72 000 m³) zurückgegangen ist. Für die Bergwälder wurden Bundes- und kantonale Beiträge bewilligt, während für die Wälder im Flachland nur kantonale Beiträge ausbezahlt wurden. Um die fehlenden Bundessubventionen vorzuschüssen, wurde 2006 ein Investitionskredit verwendet.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 5 037 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 864 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 2 528 000 Fr.
 - 2 335 000.– Fr. vom Bund bewilligte Beiträge
 - 193 000.– Fr. Vorschuss dank einem Investitionskredit

Alle Zahlen sind gerundet.

12. Waldbau

12.1 Jungwaldpflege (Waldbau A)

Das im Jahr 2006 für die Jungwaldpflege aufgewendete Arbeitsvolumen kann als normal eingestuft werden.

- Betrag der abgerechneten Arbeiten: 1 171 000 Fr.
- Kantonsbeitrag: 211 000 Fr.
- Bundesbeitrag: 585 000 Fr.

Alle Zahlen sind gerundet.

12.2 Schutzwaldpflege (Waldbau B/C)

Die Arbeiten in den Schutzwäldern wurden fortgesetzt. Da der Buchdruckerbefall im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen ist, wurde es möglich, die Arbeit an den verschiedenen Projekten gemäss Planung aufzunehmen.

Das 8. Kapitel «Technische Projekte» enthält einige Angaben zu den für diese Arbeiten abgerechneten Beiträgen. Gegenwärtig gibt es 21 verschiedene Waldbauprojekte B/C. Die Wälder auf den Perimetern dieser Projekte entsprechen einer Fläche von rund 7540 ha. Das entspricht in etwa der Hälfte der Schutzwälder im Kanton.

In den Kapiteln 5 und 8 wird ebenfalls über Aktivitäten in diesem Bereich informiert.

12.3 Wiederherstellung der Wälder

Die Wiederherstellung der durch den Sturm Lothar und den Borkenkäferbefall zerstörten Wälder wurde 2006, dem vorletzten Jahr des mit Bundesbeiträgen unterstützten kantonalen Projekts, fortgesetzt.

• Betrag der abgerechneten Arbeiten:	2 415 000 Fr.
• Kantonsbeiträge:	420 000 Fr.
• Bundesbeiträge:	1 207 000 Fr.

Alle Zahlen sind gerundet.

13. Forstpolizei

13.1 Rodungen

Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft erteilte 13 Rodungsbewilligungen.

Die Rodungen dienten folgenden Zwecken:

• Wasserleitung	10 799 m ²
• Parkplätze	776 m ²
• Parkhaus	816 m ²
• Wohnhaus / Nutzungsänderung	1 123 m ²
• Trottoir	575 m ²
• Brücke	8 712 m ²
• Schuttanlageplatz	8 574 m ²
• Terrainveränderung / Verschiedenes	2 540 m ²
• Rutschung	1 900 m ²
Total	35 815 m ²

13.2 Nachteilige Waldnutzung

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei erteilte 5 Bewilligungen für nachteilige Nutzung für Bauten und Anlagen im Wald.

13.3 Waldfeststellungen

Die Direktion erliess auf Antrag des Amts für Wald, Wild und Fischerei 13 Waldfeststellungsverfügungen.

13.4 Waldnahe Bauten

Das Amt für Wald, Wild und Fischerei gab 256 Stellungnahmen zu Gesuchen um Baubewilligungen für waldnahe Bauten ab und nahm zu Ortsplanungen und Quartierplänen im waldnahen Bereich Stellung.

II. Wild, Jagd und Fischerei

1. Verwaltung

1.1 Personalbestand (in Vollzeitstellen)

• Verwaltung (Sektorchefs, Sekretärin)	3
• Wildhüter-Fischereiaufseher	15

1.2 Ausbildung

Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) hat in Sursee (LU) einen Fortbildungskurs für Fischerei-Aufseher organisiert zum Thema «Die fischereiliche Bewirtschaftung von Wasserflächen». 3 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

Das BAFU hat zwei Fortbildungskurse für Wildhüter organisiert. Einer war den Wasservögeln und der Vogelgrippe gewidmet und fand in Rüti (ZH) statt. 5 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen. Beim zweiten Kurs, der in Schüpfheim (LU) stattfand, ging es um die Hygiene von Wildbret. 7 Wildhüter-Fischereiaufseher aus dem Kanton Freiburg haben daran teilgenommen.

1.3 Anzeigen

2006 haben die ständigen Wildhüter-Fischereiaufseher und die Hilfsaufseher die folgenden Anzeigen erstattet:

Jagd und Schutz der Fauna:	34 Anzeigen
Fischerei:	36 Anzeigen
Gewässerschutz:	86 Anzeigen
Naturschutz und Pilzsammeln	6 Anzeigen

Ausserdem wurden 9 Personen schriftlich verwarnt, die die Vorschriften über die Jagd oder die Hunde nicht einhielten.

Der Sektor Fischerei behandelte 269 Dossiers über technische Eingriffe in Wasserläufe und Seen (Verbauungen, Korrekturen, Materialausbeutungen, Reinigungsarbeiten, Wasserentnahmen, usw.). Die Direktion erliess 123 Entscheide, die die Fischerei betrafen.

2. Jagd

2.1 Jagdsaison 2006/07

Im Gebirge (Patent A) war der Abschuss der Gämse, von Murmeltieren und von Haarraubwild vom 18. bis 30. September gestattet. Zum achten aufeinander folgenden Mal war die Jagd auf das Reh im Gebirge auch in diesem Jahr verboten, da der Rehbestand nach wie vor sehr klein ist. Die Inhaber eines Patents B konnten vom 18. September bis 30. Oktober im Flachland jagen. Vom 18. September bis am 14. Oktober durften die Inhaber eines Patents B ein bis drei Rehe erlegen. Mindestens eines der drei Rehe musste in einem Wildsektor erlegt werden, für den ein Abschussplan bestand. In diesen Wildsektoren war die Jagd auf das Reh bis zum 21. Oktober gestattet. Die Wildschweinjagd im Flachland begann vor den übrigen Jagden, nämlich am 2. September. Auch war die Wildschweinjagd in gewissen Wildsektoren im Berggebiet im November und Dezember gestattet. Der Abschuss von Hasen war verboten (diese Massnahme wurde 1990 eingeführt).

Die Inhaber eines Zusatzpatentes für die Jagd auf den Hirsch konnten vom 18. September bis 7. Oktober im Gebirge oder im Flachland einen Hirsch erlegen. Am 18., 20., 21., 25., 27., und 28. November fand eine Nachjagd auf den Hirsch statt. Vom 2. bis 7. Oktober fand eine Spezialjagd auf die Gämse statt, um Gämsen in den beiden Eidgenössischen Jagdbannbezirken und den kantonalen Jagdbannbezirken zu erlegen. Im Eidgenössischen Jagdbannbezirk Dent-de-Lys und seiner unmittelbaren Umgebung wurde eine Regulierungsjagd auf den Steinwildbestand durchgeführt.

Das Patent C für die Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Flachland berechnete zur Jagd auf den Fasan bis zum 30. Oktober. Es berechnete ausserdem zum Abschuss von Tauben, Enten und Raben bis am 30. November und von Waldschnepfen bis Mitte Dezember.

An der Herbstjagd 2006 beteiligten sich 722 Jäger. Es wurden 1309 Rehe (davon 389 Junge), 360 Gämsen (davon 72 Junge), 19 Hirsche (0 Junge) und 4 Steinböcke erlegt.

2.2 Statistik der 2006 ausgestellten Jagdpatente

374	Patente A (Jagd im Gebirge)
676	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
75	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
78	Patente für die Hirschjagd
512	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
31	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
0	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
0	Patent F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
2	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
9	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, Montsalvens- und dem Schifflensee)

2.3 Statistik der ausgestellten Jagdpatente und des im Herbst 2005 und im Winter 2005/06 erlegten Wildes

367	Patente A (Jagd im Gebirge)
668	Patente B (allgemeine Jagd im Flachland)
85	Patente C (Jagd auf Federwild mit Vorstehhund im Herbst)
85	Patente für die Hirschjagd
499	Patente D (Jagd auf Haarraubwild und Wildschweine im Winter)
28	Patente E (Jagd auf Wasserwild im Winter)
0	Patente E Kormoran (Jagd nur auf den Kormoran)
1	Patente F (Jagd auf Wasserwild im Neuenburgersee)
2	Patente G (Jagd auf Wasserwild im Murtensee)
11	Patente H (Jagd auf Wasserwild auf dem Greyerzer-, Montsalvens- und dem Schifflensee)

Anzahl Jäger 708.

Auf dem ganzen Kantonsgebiet haben die Jäger während der Saison 2005/06 folgendes Wild erlegt:

Gämse	325	Dachse	13
Rehe	1 191	Steinmarder	16
Steinwild	5	Baumwilder	8
Hirsche	15	Verwilderte Hauskatzen	13

Feldhasen	0	Fasane	0
Alpenschnepfen	0	Waldschnepfen	50
Wildschweine	35	Tauben	140
Murmeltiere	15	Raben	338
Füchse	2 088	Wasserwild	430

2.4 Verendete Tiere

Zwischen April 2005 und März 2006 wurden tot aufgefunden:

110	Gämse (48 % infolge Sturzes oder Lawinen)
808	Rehe (48 % durch den Autoverkehr)
13	Steinwild (85 % infolge Sturzes oder Lawinen)
1	Hirsch (natürlicher Tod)
42	Feldhasen (80 % durch den Autoverkehr)
12	Wildschweine (75 % durch den Autoverkehr)
1 069	Füchse (61 % durch den Autoverkehr)
247	Dachse (72 % durch den Autoverkehr)

3. Fischerei

3.1 Statistik der für die Wasserläufe und kantonalen Seen ausgestellten Fischereipatente

2006 wurden folgende Patente ausgestellt:

- Flüsse und kantonale Seen (Patent A):
 - 1 418 Jahrespatente
 - 228 Halbjahrespatente
 - 78 Wochenpatente
 - 1 332 Tagespatente
- Nur Flüsse (Patent B):
 - 237 Jahrespatente
 - 75 Halbjahrespatente
- Nur kantonale Seen (Patent C):
 - 455 Jahrespatente
 - 225 Halbjahrespatente
- Zusätzliche Patente für die Fischerei vom Schiff aus auf den kantonalen Seen (Patent D und E):
 - 1 029 Jahrespatente
 - 1 Wochenpatent
 - 455 Tagespatente
- Patente für den Brojekanal und die untere Bibera (Patent F):
 - 137 Jahrespatente
 - 879 Tagespatente
- 22 Kollektivfischereipatente in verschiedenen Wasserläufen und Seen

3.2 Pachtfischerei

2004 begann eine neue Pachtfischereiperiode. Sie dauert bis Ende 2009.

74 Fischereilose wurden versteigert, 70 sind verpachtet.

3.3 Fischerei im Neuenburgersee

2006 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

7 Berufspatente (Patent A), 1 Spezialberufspatent (Patent B), 103 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 115 Sportfischereipatente (Patent D) und 41 Zusatzpatente für Gastfischer.

Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen):

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999
Felchen, Balchen	81,9	96,0	61,3	79,0	82,1	81,1	76,7	49,0
Felchen, Bondellen	86,9	87,9	121,7	118,6	123,4	152,0	161,7	135,8
Forellen	3,9	2,8	2,6	3,4	3,4	3,1	2,8	2,2
Seesaiblinge	0,7	0,7	2,6	1,8	1,3	1,0	1,2	0,8
Egli	30,2	21,7	52,7	64,5	38,1	43,5	50,5	55,2
Hechte	5,3	8,2	6,9	9,3	6,1	7,8	7,8	5,0
Vengerons	34,4	26,8	29,0	30,1	29,4	19,2	17,8	19,8
Brachsmen	1,4	1,1	0,9	1,2	1,7	0,3	0,4	1,3
Andere	3,9	3,9	7,1	7,2	3,4	1,0	1,6	2,7

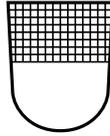
Ergebnisse der Berufsfischerei (in Tonnen), die 4 waadt-
ländischen Berufsfischer sind inbegriffen:

	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000	1999
Felchen, Balchen	0,7	0,8	0,6	0,6	0,5	0,3	0,4	0,1
Forellen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,4	0,3
Hechte	0,9	0,7	1,1	0,8	0,9	1,4	1,3	1,4
Egli	4,2	4,5	5,2	5,4	8,1	9,3	10,3	9,2
Brachsmen	1,9	1,2	1,0	1,2	0,2	1,4	1,5	1,1
Vengerons	5,0	3,5	3,5	1,9	4,6	3,0	6,3	5,1
Welse	0,4	0,2	3,3	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Zander	4,3	4,9	7,7	7,8				
Andere	0,5	0,2	0,3	0,2	3,1	1,7	1,9	1,0

3.4 Fischerei im Murtensee

2006 wurden im Kanton Freiburg die folgenden Patente ausgestellt:

1 Berufsfischereipatent (Patent A), kein Spezialberufspatent (Patent B), 258 Sportfischereipatente mit Schleppangel (Patent C), 381 Sportfischereipatente (Patent D) und 103 Zusatzpatente für Gastfischer.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Volkswirtschaftsdirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5	Amt für Verkehr und Energie	18
I. Gesetzgebung	5	I. Amt	18
1. Gesetze und Dekrete	5	II. Verkehr	18
2. Verordnungen und Reglemente	5	1. Vernehmlassungsverfahren	18
II. Allgemeines	5	2. Verkehrsplanung	18
III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	6	3. Fahrpläne	18
IV. Tourismus 2006	6	4. Bahn 2000, 2. Etappe	18
Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg	7	5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs ..	18
1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld	7	6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung	19
2. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung	8	7. Seilbahnen und Skilifte	19
3. Regionale Wirtschaftsförderung	9	8. Luftfahrthindernisse	19
Amt für den Arbeitsmarkt	11	9. Luftfahrt	19
I. Allgemeines	11	III. Energie	19
1. Allgemeines	11	1. Vernehmlassungsverfahren	19
2. Personal	11	2. Aktivitäten der Energiefachstelle	19
3. Schulung	11	3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen	19
II. Abteilungen	11	4. Holzheizungen	19
1. Abteilung Arbeitslosigkeit	11	5. Thermische Solaranlagen	19
2. Abteilung Arbeitsmarkt	12	6. Photovoltaische Solaranlagen	19
3. Rechtsdienst	13	7. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen	19
4. Stabsdienste	14	8. Erdgas	19
Öffentliche Arbeitslosenkasse	16	Amt für Statistik	21
1. Organisation	16	I. Allgemeines	21
2. Verfügungen	16	II. Aktivitäten	21
3. Statistik	16	1. Eidgenössische Volkszählung	21
Handelsregisteramt	17	2. Eidgenössische Betriebszählung (BZ05) ..	21
1. Tätigkeit	17	3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)	21
2. Stand der im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften	17	4. Schulstatistik	21
		5. Lehrkräftestatistik	21
		6. Baustatistik und Statistik der Immobilien- transaktionen (Handänderungsstatistik) ...	21
		7. Konjunkturtest	22
		8. Beschäftigungsstatistik	22
		9. Lohnstrukturerhebung	22
		10. Veröffentlichungen	22
		11. Website	22
		12. Andere Aktivitäten	22

Wohnungsamt	23
1. Wohnungsmarkt	23
2. Wohnbauförderung	23
3. Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand	23
4. Kontrolle der gewährten Beiträge	23
5. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten	23
6. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen	24
7. Baulandreserven	24
8. Verkauf von Grundstücken an Ausländer	24
9. Kantonale Wohnungskommission	24

Amt für Berufsbildung

25

1. Allgemeines	25
2. Kantonale Kommission für Berufsbildung ...	25
3. Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung	25
4. Überbetriebliche Kurse	25
5. Berufsorientierte Weiterbildung	25
6. Beruflicher Unterricht	25
7. Gewerbebibliothek – Zentrum pädagogischer Bezugsquellen für Schulen	26
8. Gebäude der Lehrwerkstätten	26
9. Berufsfachschule Soziales – Gesundheit	26

Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

26

1. Tertiäre Bildung auf Hochschulstufe: Allgemeiner Kontext	26
2. Lokaler Kontext: Entwicklung der FHF-TW ..	27
3. Aufgaben der FHF-TW	27
4. Andere Ereignisse	29
5. Die FHF-TW in Zahlen 2005/2006 und 2006/2007	30
6. Bautechnische Schule (BTS)	31
7. Stand der Stipendienfonds	31

Direktion

I. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Gesetz vom 7. Februar 2006 über die kantonale Statistik.

2. Verordnungen und Reglemente

Reglement vom 21. Februar 2006 über den Tourismus.

Verordnung vom 28. März 2006 über den kantonalen Verkehrsplan.

Verordnung vom 22. August 2006 über den Bestand der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden im Kanton Freiburg am 31. Dezember 2005.

Verordnung vom 2. Oktober 2006 über die örtlichen Aufenthaltstaxen.

Verordnung vom 2. Oktober 2006 über die provisorische Liste der regionalen touristischen Entwicklungsschwerpunkte.

Verordnung vom 12. Dezember 2006 zur Änderung des Energiereglements.

II. Allgemeines

Die Direktion bereitet zu folgenden Vernehmlassungen des Bundes die Stellungnahme des Staatsrats vor:

- Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG;
- Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG/Lex Koller) – Revision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (flankierende Massnahmen in Verbindung mit der Aufhebung des BewG);
- Bundesgesetz über das Eidgenössische Nuklear-Sicherheitsinspektorat;
- Änderung des Obligationenrechts (Miete);
- EKAS-Richtlinie Nr. 6503 «Asbest»;
- Änderung der Grundversorgungsbestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung;
- Bundesgesetz über die Produktsicherheit;
- Verordnungsentwurf über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Verwendung von meldepflichtigen Druckgeräten;
- Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit;
- Seilbahnverordnung zum Seilbahngesetz;

- Stromversorgungsgesetz (StromVG). Änderung des Elektrizitätsgesetzes (EleG);
- Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen;
- Güterverkehrsvorlage;
- Entwurf eines Bundesgesetzes über die Schweizerische Landeswerbung;
- Verordnung über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen.

Der Volkswirtschaftsdirektor ist Mitglied von vier interkantonalen Konferenzen.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Die VDK traf sich 2006 zu zwei Sitzungen und am 26. Oktober zur Generalversammlung.

Sie befasste sich insbesondere mit:

- der Landeswerbung;
- dem Mehrjahresprogramm 2008-2015 der neuen Regionalpolitik des Bundes;
- der wirtschaftlichen Bedeutung des «Cassis de Dijon»-Prinzips und dessen Auswirkungen auf die Schweiz.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich im Jahr 2006 zweimal und behandelte insbesondere folgende Themen:

- Konzept zur Umsetzung der gemeinsamen Marke der VDK-Westschweiz «Trade West Switzerland Geneva Business Region».
- gemeinsame Wirtschaftsförderung im Ausland;
- interkantonale Zusammenarbeit im Rahmen der neuen Regionalpolitik.

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

Die KöV traf sich am 7. April 2006 zu einer Vollversammlung und hielt am 21. September 2006 ihre Generalversammlung ab. Sie prüfte insbesondere einen Entwurf des Bundes über den Abbau der Subventionen für den regionalen Personenverkehr und beschloss, den Entwurf entschieden zu bekämpfen.

Konferenz kantonaler Energiedirektoren

Diese Konferenz traf sich 2006 zu zwei Sitzungen und behandelte insbesondere:

- das Gebäudesanierungsprogramm;
- die CO₂-Abgabe;
- die Potenziale und Kosten von neuen erneuerbaren Energien und neuen Nuklearanlagen.

III. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Die Kommission für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland fällte 2006 insgesamt 44 Entscheide:

- 37 Bewilligungen;
- 5 Entscheide über die Nichtunterstellung unter die Bewilligungspflicht;
- 1 Aufhebung von Abgaben;
- 1 Kenntnissnahme vom Rückzug eines Gesuchs.

Die 37 Bewilligungen betrafen:

- 13 Bewilligungen für den Verkauf von Sozialwohnungen;
- 24 Ferienwohnungen:

Sektor Jauntal und Berra:	12
Sektor Vivisbach:	3
Sektor Greyerz:	6
Sektor Sense:	1
Sektor Bulle:	2

IV. Tourismus 2006

Gemäss den jüngsten Daten des Bundesamts für Statistik (BFS) verzeichnete die Schweizer Hotellerie, die den wichtigsten Zweig der Branche darstellt, im Jahr 2006 eine Zunahme der Übernachtungen um etwa 5,8 %. Während die Resultate des vergangenen Jahres mangels Vergleichbarkeit mit Vorsicht analysiert werden mussten, bestätigen die Resultate von 2006 eindeutig, dass die Aktivität in der Hotellerie wieder angezogen hat.

Ausgehend von den verfügbaren Informationen hat das BFS für die Hotellerie ein Jahresergebnis von 34,8 Millionen Übernachtungen errechnet, was einer Zunahme um knapp 1,9 Millionen Übernachtungen entspricht. Damit nähert sich dieses Resultat den besten in der Vergangenheit je registrierten Ergebnissen.

Gegenüber diesem Gesamtergebnis haben die Übernachtungen von Schweizer Gästen um 580 000 Einheiten (+ 4 %) zugenommen. Die Übernachtungen von ausländischen Gästen, die 56 % der Gesamtnachfrage ausmachen, nahmen um etwa 7,2 % zu, und zwar hauptsächlich dank den Gästen aus den klassischen Herkunftsländern: Deutschland (+ 193 000 Übernachtungen, bzw. 3,5 %), USA (+ 165 000, bzw. 11 %) und Grossbritannien (+ 178 000, bzw. 8,8 %).

Wie die übrige Schweiz, verzeichnet auch die Freiburger Hotellerie deutlich bessere Resultate gegenüber den Vorjahren, in denen sie zwar auch schon sehr gut abgeschnitten hat. Über 16 000 Übernachtungen mehr (d.h. eine Zunahme um 4,7 %) wurden registriert, die hauptsächlich den ausländischen Gästen, insbesondere aus Italien (+ 18,2 %), Belgien (+ 24,3 %) und ganz besonders Spanien (+ 42,3 %), zu verdanken sind.

In der Parahotellerie, die im Freiburgerland besonders stark vertreten ist, sich aber hauptsächlich auf Zweitwohnungen abstützt und folglich weniger kommerziell und weniger konjunkturabhängig ist, scheinen die ersten Ergebnisse die langsame Verschlechterung der Resultate zu bestätigen, die sich bereits in den Vorjahren abzeichnete.

In Bezug auf die Unterkunft fällt folglich die Bilanz des Freiburger Tourismus für 2006 positiv aus. Dieses Bild wird durch den Tagestourismus noch verbessert, der Anfang des Jahres vom schneereichen Winter 2005/2006 stark profitiert hat, der auch den Skigebieten in den Freiburger Voralpen sehr zugute kam.

Im darauf folgenden Sommer war das Wetter dagegen nicht sehr günstig: insbesondere im August waren bestimmte Freiluftaktivitäten (Schwimmbäder) deutlich unterbesucht, während die Besuchsstätten (Museen usw.) gute, wenn nicht gar ausgezeichnete Resultate erzielten.

Unter den Ereignissen, die das Freiburger Tourismusjahr 2006 besonders – und positiv – prägten, sind ausserdem zu erwähnen:

- das Inkrafttreten auf den 1. Januar 2006 des neuen Tourismusgesetzes und die gesamten daraus resultierenden Massnahmen zur Umstrukturierung der Tourismusorganisationen und örtlichen Einrichtungen;
- Beginn oder Vollendung mehrerer grösserer Bau-, Umbau- und Renovationsvorhaben touristischer Art an verschiedenen Orten im Freiburgerland: Bulle, Charmey, Cheyres, Les Paccots, Romont;
- im Rahmen der Werbestrategie des FTV, die das Schwergewicht auf die Werbung bei professionellen Partnern legt: Durchführung zahlreicher Werbekampagnen in der Schweiz, in Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und den USA in Zusammenarbeit mit den regionalen Tourismusorganisationen und kantonalen Tourismuszentren, aber auch mit Schweiz Tourismus, Genf Tourismus, dem Amt für Tourismus des Kantons Waadt, Neuenburg Tourismus und Wallis Tourismus;
- in Zusammenarbeit mit Schweiz Tourismus und den wichtigsten Freiburger Tourismusregionen und -orten: Empfang von über 110 Tourismusmedien und Partnern durch den FTV u.a. aus Südafrika, Deutschland, Brasilien, China, Spanien, den USA, Frankreich, Grossbritannien, Griechenland, den Niederlanden, Ungarn, Indien, Israel, Italien, Kasachstan, Polen, der Tschechischen Republik, Russland und der Schweiz;
- die Durchführung verschiedener nationaler und internationaler Tourismusveranstaltungen, unter anderem die beiden Slow Ups vom Murten- und vom Greyerzersee;
- Herausgabe mehrerer Drucksachen und Materialien des FTV für die Freiburger Tourismuswerbung, insbesondere die Broschüre *Freiburgerland – Emotionen* (Basisdokument mit Infoteil zum touristischen Ganzjahresangebot im Kanton), der *Hotelführer*, eine neue Broschüre *«Top-Angebote»*, das *Wanderprogramm* sowie die Schaffung von zehn neuen *Quickscreens* (*tragbare Werbebanner*);

- Betrieb und Weiterentwicklung des kantonalen Telematiksystems für Informationen und Direktreservierungen, parallel dazu Betrieb der umfangreichen Website des Freiburgerlands (www.pays-de-fribourg.ch – www.freiburgerland.ch – www.myfribourg.com) sowie Beginn der kompletten Umgestaltung dieser Website – in direkter Verbindung mit der Website von Schweiz Tourismus – gleichzeitig mit der Umgestaltung der Websites der wichtigsten Tourismusorte des Kantons;
- Betrieb der beiden kantonalen Tourismusinformativstellen an den Raststätten Greyerz und Lully;
- Herausgabe des Mitteilungsorgans des FTV *Tourismus-Info*;
- die Dienstleistungen der vom FTV betriebenen Zentralkasse für die Aufenthaltstaxe zu Gunsten von neunzehn (der insgesamt sechsundzwanzig) lokalen Tourismusorganisationen im Jahr 2006;
- touristische Nutzung der Freizeitwegnetze des Freiburgerlands, insbesondere im Rahmen der neuen Gesetzgebung und des nationalen Projekts SwissMobile;
- die Tätigkeit der regionalen Tourismusorganisationen Estavayer-le-Lac und Region (ATER), Region Freiburg (OTF), Glane-Vivisbach (ATGV), Greyerz (ATG), See (RVS), und Sense-Oberland (TVSO);
- Auszeichnung fünf weiterer touristischer Leistungsanbieter mit dem Qualitätslabel für den Schweizer Tourismus.

Mit dem ordentlichen Staatsbeitrag, zu dem etwa 1 300 000 Franken kantonale Aufenthaltstaxen zur Finanzierung der Dienstleistungen für Gäste kamen, wurden im Wesentlichen die touristischen Attraktionen des Kantons bekannt gemacht und die Qualität von Information und Empfang verbessert.

Der kantonale Tourismusförderungsfonds, der am 31. Dezember 2006 einen Saldo von 950 800 Franken aufwies, führte seine Aktivitäten fort, mit denen er die Verbesserung der touristischen Infrastruktur fördert und unterstützt. In diesem Zusammenhang bestätigte der Fondsverwaltungsausschuss früher eingegangene mehrjährige Verpflichtungen in der Höhe von etwa 1 089 000 Franken und gewährte folgenden Unternehmen ordentliche Finanzhilfen (teilweise Übernahme der Zinskosten):

- Kletterhalle, Bulle: neue Ausstattung;
- Spielpark, Les Paccots: neue Ausstattung;
- Hotel Cailler, Charmey: Teilumbau.

Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg

1. Die Freiburger Wirtschaft und ihr konjunkturelles Umfeld

1.1 Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft hat sich, wie Ende 2005 prognostiziert, im vergangenen Jahr günstig entwickelt. Das Wachstum war sogar aussergewöhnlich stark, und die Wachstumsrate des BIP, die 5,1 % erreichen sollte, könnte die höchste seit dreissig Jahren sein.

Diese positive Entwicklung sollte sich auch im kommenden Jahr trotz einer leichten Abkühlung der amerikanischen und europäischen Konjunktur fortsetzen. Für 2007 wird mit einem Weltwirtschaftswachstum von rund 4,7 % gerechnet.

1.2 Schweizer Wirtschaft

Auch die Schweizer Wirtschaft hat sich 2006 positiv entwickelt. Die Experten des seco rechnen für 2006 mit einem Wachstum des BIP um 2,7 %.

Den Prognosen des seco zufolge sollte das Wachstum des BIP im Jahr 2007 jedoch auf 1,7 % sinken.

1.3 Die Freiburger Wirtschaft

Das Wirtschaftswachstum des Kantons Freiburg setzte sich 2006 mit einer Zunahme des BIP um 2,5 % fort. Die Investitionsgüterindustrie und der Handel waren die wichtigsten Wachstumsstützen. Auch die exportorientierte Industrie war besonders aktiv.

Im kommenden Jahr wird sich die Konjunktur im Kanton Freiburg voraussichtlich nach dem Bild der übrigen Schweiz und der Weltwirtschaft etwas abkühlen, und die Wachstumsrate des BIP wird auf etwa 2 % prognostiziert.

1.4 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Die Resultate der eidgenössischen Betriebszählung, die das Bundesamt für Statistik 2006 publizierte, bestätigen den gesunden Zustand der Freiburger Wirtschaft. Gemäss dieser Zählung, die im sekundären und tertiären Sektor durchgeführt wird, nahm die Zahl der Arbeitsplätze im Kanton Freiburg zwischen 2001 und 2005 um 4,3 % (4100 Arbeitsplätze) zu (gegenüber einer Zunahme um 0,7 % im Schweizer Durchschnitt). Damit verzeichnet Freiburg das viertgrösste Beschäftigungswachstum aller Kantone und ist als bester Westschweizer Kanton klassiert. Die Zunahme der Arbeitsplätze ist hauptsächlich auf den Anstieg der Teilzeitarbeit zurückzuführen. Ausgedrückt in Vollzeitstelleneinheiten, verzeichnete der Kanton Freiburg ein Beschäftigungswachstum um 2,8 %, während im Schweizer Durchschnitt die entsprechende Quote um 0,7 % abnahm.

2. Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

2.1 Aktivitäten im Ausland

Die Wirtschaftsförderung unterstützte 2006 die Ansiedlung von rund fünfzehn neuen ausländischen Unternehmen im Kanton Freiburg, die aus den wichtigsten Zielländern ihrer Akquisitionstätigkeit (USA, Frankreich, Deutschland), aber auch aus anderen Ländern wie den Niederlanden, Grossbritannien, Norwegen und Ägypten stammen. Die Mehrheit dieser Unternehmen wird im Kanton ihre Dienstleistungsaktivitäten ausbauen, während drei von ihnen rund zwanzig Millionen Franken in industrielle Tätigkeiten investieren werden.

2.1.1 Direkte Kontaktaufnahme

Die Akquisitionstätigkeit im Ausland wurde auf neue Zielmärkte ausgedehnt. Diese Tätigkeit hat zum Ziel, Unternehmensführer zu treffen, die an einer Niederlassung in der Schweiz interessiert sein könnten, um ihre internationalen Aktivitäten auszubauen.

Neben der intensiven Marktbearbeitung in Nordamerika und Frankreich in enger Zusammenarbeit mit Vertretern vor Ort, führte die Wirtschaftsförderung auch Unternehmensbesuche in Deutschland, Grossbritannien, Belgien und den Niederlanden durch.

Ein Dutzend Besuchsserien wurde organisiert; dies ermöglichte über sechzig Treffen mit neuen ausländischen Unternehmen, darunter etwa zwanzig internationalen Unternehmen. Im Rahmen dieser Besuche fanden auch individuelle Treffen mit zahlreichen Unternehmensberatern, Verbandsmitgliedern und anderen Partnern statt. Die Wirtschaftsförderung nahm an mehreren Fachtagungen auf verschiedenen Gebieten teil.

Dank dieser Aktivitäten konnten rund zwanzig ausländische Unternehmen zu einem Besuch im Kanton angeregt werden, um die Ansiedlungsbedingungen und die Möglichkeiten einer Entwicklung ihrer Tätigkeiten genauer zu prüfen. Die dafür aufgestellten Besuchsprogramme boten den potentiellen Investoren die Gelegenheit, bereits im Kanton niedergelassene Unternehmen und Partner zu treffen.

2.1.2 Gemeinsame Aktivitäten mit anderen Partnern

Die Zusammenarbeit mit der Genfer Wirtschaftsförderung hat auch im Jahr 2006 Früchte getragen. Da sich Genf und Freiburg perfekt ergänzen, kann jedem neuen Investor eine attraktive Lösung angeboten werden, ohne die beiden Kantone in eine Konkurrenzsituation zu versetzen. Verschiedene Dossiers von internationalen Unternehmen wurden gemeinsam betreut, und kombinierte Ansiedlungsvorschläge konnten gemacht werden (Management- und Finanzaktivitäten in Genf sowie Produktions-, Entwicklungs- und Logistikaktivitäten in Freiburg). Verschiedene neue Projekte, die dem einen oder anderen Partner zu verdanken sind, werden zurzeit umgesetzt.

Die Wirtschaftsförderung nahm ferner an acht Seminaren teil, die von Location: Switzerland in Deutschland, den USA, Frankreich, Belgien und den Niederlanden organisiert wurden.

Ein Zusammenarbeitsvertrag wurde im Herbst 2006 mit einem Schweizer Rechtsanwalt abgeschlossen, der in Hongkong und Kontinentalchina tätig ist und künftig den Kanton Freiburg in dieser Region vertreten wird.

Zahlreiche weitere Kontakte konnten dank den Unternehmensberatern und anderen Fachpersonen geknüpft werden, mit denen die Wirtschaftsförderung enge Kontakte pflegt.

2.1.3 Unterstützung und Begleitung von angesiedelten Unternehmen

Besondere Anstrengungen wurden für die Ausdehnung der Aktivitäten ausländischer Unternehmen gemacht, die sich in den vergangenen Jahren im Kanton niedergelassen hatten. Die Betreuung dieser Unternehmen erlaubt es, die Umsetzung von angekündigten Vorhaben positiv zu beeinflussen und auch neue Projekte zu entwickeln.

2.2 Aktivitäten im Kanton

Die 2005 geschaffene Kontaktstelle für Unternehmen hat rund vierzig Unternehmen (oder Personen, die ein Unternehmen gründen möchten) beraten und auf die geeigneten Partner aufmerksam gemacht.

Der Kanton unterstützte die Gründung einer Stiftung zur Vergabe von Mikrokrediten (ASECE) und half dadurch, das Angebot für Kleinunternehmen zu erweitern.

Um die Unterstützung der Unternehmen weiter zu verbessern, haben Fri Up, Genilem und das Technologie-Relais Freiburg (TRF) im Dezember 2006 unter dem Namen Fri Up fusioniert. Diese Fusion erlaubt es, die Aktivitäten zwischen den verschiedenen Einrichtungen besser zu koordinieren.

2.3 Regionalpolitik

2.3.1 Neue Regionalpolitik (NRP)

Das Bundesparlament hat am 6. Oktober 2006 das Bundesgesetz über die neue Regionalpolitik verabschiedet.

Ein Lenkungsausschuss und eine interdepartementale Arbeitsgruppe arbeiten auf kantonaler Ebene an der Umsetzung der NRP. Ihre Aufgaben beinhalten die Erstellung eines Mehrjahresprogramms und die Revision des Wirtschaftsförderungsgesetzes.

Die Bergregionen und das Unterland haben eine Konferenz der Regionen gebildet, die im Berichtsjahr vier Sitzungen abgehalten hat. Eine weitere Sitzung wurde für die anderen potentiellen Akteure der NRP (Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft, Fachhochschulen usw.) organisiert, an der die NRP vorgestellt wurde.

2.3.2 Freiburger Seilbahnen

Die ergänzende Studie «Partenariats Agglomérations – Préalpes – Alpes pour la promotion de la relève des skieurs» (Partnerschaften zwischen Agglomerations-, Vor-alpen- und Alpengebieten zur Förderung des Skifahrer-nachwuchses) wurde im 2006 fortgesetzt. Der Schlussbericht wird gegen Ende des ersten Quartals 2007 dem Bund vorgelegt werden.

2.4 Interkantonale Zusammenarbeit

2.4.1 Westschweizer Plattformen

Der Kanton Freiburg nahm an thematischen Plattformen teil, die unter der Leitung der Westschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz geschaffen wurden. Neben der Plattform BioAlps, die zur Förderung der Life Sciences aufgestellt wurde, sind weitere Plattformen im Bereich der Mikro- und Nanotechnologien sowie der Informations-technologien im Entstehen begriffen.

Im Jahr 2006 wurde die gemeinsame Marke GateWest Switzerland – Geneva Business Region, sowie ein Internetportal (www.gatewestswitzerland.org) eingeführt. Diese virtuelle Anlaufstelle für die gesamte Westschweiz wird ebenfalls Zugang zu den verschiedenen thematischen Plattformen bieten. Die gemeinsame Marke kommt insbesondere im Rahmen der Titelverteidigung von Alinghi beim America's Cup zum Einsatz, um für die Region zu werben.

Der Kanton Freiburg beteiligte sich ferner an der Gründung der schweizerisch-französischen Stiftung für Forschung und Technologie. Die Institutionen des höheren Bildungswesens und die Unternehmen des Kantons Freiburg sind im Wirtschafts- und Wissenschaftsrat der Stiftung vertreten. Diese Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, die schweizerisch-französische Zusammenarbeit und Partnerschaft im Bereich der wissenschaftlichen und technologischen Forschung zu fördern, die Innovation in der Region anzuregen und die Partnerschaft von Labors und Unternehmen im Rahmen gemeinsamer Projekte zu begünstigen. Diese Projekte sollen auf die Anwendung in der regionalen Wirtschaft und Industrie ausgerichtet sein.

2.4.2 Umstrukturierung der Landeswerbung

Im Rahmen der Ausarbeitung eines neuen Bundesgesetzes über die Schweizerische Landeswerbung hat die Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) eine Arbeitsgruppe aufgestellt, an der die Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg aktiv teilnimmt.

3. Regionale Wirtschaftsförderung

a) Vollzug des Bundesgesetzes vom 21. März 1997 über die Investitionshilfe für Berggebiete (IHG)

Darlehen des Bundes

Die Darlehen des Bundes, die aufgrund der vom Kanton bis Ende 2006 gefällten Entscheide gewährt wurden, beliefen sich auf 76 911 000 Franken; dies entspricht 234 Ent-

scheiden. Diese Kredite verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Bereiche:

Bereich	Anzahl Projekte	Gesamtinvestitionen bis Ende 2006 Fr.	Bundesdarlehen Fr.
Projekte aus verschiedenen Bereichen	35	110 112 510	24 791 000
Kultur	12	22 844 034	3 771 000
Bildung	25	62 753 466	7 452 000
Gesundheit	7	27 178 594	4 568 000
Energie, Wasser, Abwasser	60	79 467 594	13 403 000
Freizeit und Sport	14	44 181 618	8 277 000
Öffentliche Verwaltung	38	43 521 611	8 998 000
Verkehr	40	27 384 774	5 311 000
Schutz gegen Elementar- schäden	3	2 715 000	340 000
Total	234	420 159 201	76 911 000

Darlehen des Kantons

Der Kanton gewährte in Anwendung von Artikel 11 des Ausführungsgesetzes vom 27. November 1998 zum IHG folgende Darlehen:

	Darlehen des Kantons Fr.
Bis Ende 2005 gewährte Darlehen:	48 376 400
Im Jahr 2006 gewährte Darlehen:	4 358 000
Total	52 734 400

Bis Ende 2006 beliefen sich die Rückzahlungen auf 26 390 258 Franken. Das kantonale Ausführungsgesetz vom 27. November 1998 zum IHG sieht eine Darlehensobergrenze von 50 Millionen Franken vor.

b) Vollzug des Gesetzes vom 3. Oktober 1996 über die Wirtschaftsförderung

1. Im Jahr 2006 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Gemeinden, öffentlichen Körperschaften)

Im Jahr 2006 wurden der Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen keine Gesuche unterbreitet.

2. Im Jahr 2006 ausbezahlte Zinskostenbeiträge

Folgende Zinskostenbeiträge wurden 2006 bewilligt:

Gesuchsteller	Projekt	Betrag
Domdidier	Erschliessung der Industriezone, 2. Etappe	10 978
Kerzers	Papiliorama-Nocturama	41 754
Total		52 732

Finanzhilfe 2006 an die Verbände für regionale Entwicklung

Für den Betrieb ihres jeweiligen Regionalsekretariats wurden dem Gemeindeverband des Broyebezirks (Ascobroye) und dem Regionalverband des Seebezirks Finanzhilfen in der Höhe von je 27 000 Franken gewährt.

3. Im Jahr 2006 entschiedene Geschäfte (Unterstützung von Unternehmen)

Im Laufe des Berichtsjahres prüfte und bewilligte die kantonale Kommission für Wirtschaftsförderungsmassnahmen sieben Gesuche. Der Staatsrat bewilligte ausserdem sechs Gesuche, die ihm unterbreitet wurden.

Bürgschaften gemäss	Anzahl	Betrag Fr.
Bonny-Beschluss		
Stand am 31.12.2006	8	11 256 000

4. Vom Kanton ausbezahlte Zinskostenbeiträge

	Betrag Fr.
Bis Ende 2005 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	13 644 635
Bis Ende 2006 ausbezahlte Zinskostenbeiträge:	<u>1 625 185</u>
Total	15 269 820

Amt für den Arbeitsmarkt

I. Allgemeines

1. Allgemeines

Im Jahr 2006 zeigte die Wirtschaft des Kantons Freiburg eine erfreuliche Dynamik, ohne jedoch dem Arbeitsmarkt einen starken Impuls verleihen zu können. Die Arbeitslosenquote nahm im Jahresdurchschnitt leicht ab und liegt weiterhin unter dem Schweizer Durchschnitt.

Die Waadtländer Firma Habilis Conseil SA wurde mit einem Audit des Amts für den Arbeitsmarkt (SPE) beauftragt.

2. Personal

Am 31. Dezember 2006 zählte das Amt 148 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (75 Frauen und 73 Männer), was 122,75 Vollzeitstelleneinheiten entspricht. 112 Personen arbeiten in der Abteilung Arbeitslosigkeit, davon 19 im Sektor Arbeitsmarktliche Massnahmen und 12 Personen arbeiten in der Abteilung Arbeitsmarkt. Das übrige Personal verteilt sich auf die Direktion des Amts (5), den Rechtsdienst (11) und die Stabsdienste (8).

3. Schulung

840 Schulungstage wurden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährt, dies sind durchschnittlich 5 Tage pro Person. 18 Personalberaterinnen und Personalberater wurden für die Ausbildung zur Erlangung des Fachausweises in Personalberatung angemeldet, die von der Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (AVIV) vorgeschrieben wird. Ausserdem nahmen 10 Personen am Einführungskurs des Amts teil, der sie in die Aufgaben, Tätigkeiten und Arbeitsabläufe einführte.

II. Abteilungen

1. Abteilung Arbeitslosigkeit

1.1 Arbeitslosenversicherung

Die Arbeitslosenquote des Kantons sank um 0,5 Prozentpunkte und lag Ende Jahr bei 3 %. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2006 bei 3 % (2005 bei 3,1 % und 2004 bei 2,9 %). Folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kanton, verglichen mit dem Schweizer Durchschnitt.

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2005	2006	%	2006	%
Januar	4 258	4 498	3,5	154 204	3,9
Februar	4 259	4 296	3,4	150 099	3,8
März	4 103	4 030	3,2	143 249	3,6
April	3 944	3 843	3,0	136 360	3,5
Mai	3 788	3 624	2,8	129 486	3,3

	Kanton Freiburg			Schweiz	
	2005	2006	%	2006	%
Juni	3 620	3 542	2,8	122 837	3,1
Juli	3 726	3 565	2,8	121 725	3,1
August	3 882	3 781	3,0	123 074	3,1
September	3 768	3 716	2,9	121 876	3,1
Oktober	3 838	3 656	2,9	122 675	3,1
November	3 834	3 716	2,9	124 133	3,1
Dezember	4 168	3 867	3,0	128 580	3,3

Im Jahr 2006 schöpften 882 Personen ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Dies sind 9,3 % weniger als im Vorjahr (972 Personen). Bei den RAV waren im Jahresdurchschnitt 300 offenen Stellen gemeldet, was einer leichten Zunahme gegenüber den Vorjahren entspricht.

1.2 Die regionalen Arbeitsvermittlungszentren

Der Kanton zählt drei RAV: das RAV für den Saanebezirk, das RAV Süd mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Glane, Greyerz und Vivisbach und das RAV Nord mit seinen drei Anlaufstellen in den Bezirken Broye, See und Sense.

Im Monatsdurchschnitt führten die Personalberaterinnen und -berater 6186 Beratungs- und Kontrollgespräche. Sie boten den Stellensuchenden monatlich 834 Stellen an, wodurch über 538 Vermittlungen pro Monat zustande kamen. Ebenfalls im Monatsdurchschnitt arbeiteten 1290 Stellensuchende in einem Zwischenverdienst. Insgesamt 9165 Stellensuchende wurden in den RAV betreut. Jede Personalberaterin und jeder Personalberater war im Durchschnitt für 97 Dossiers verantwortlich.

Die RAV feierten 2006 ihr 10-jähriges Bestehen. Eine Reihe von Veranstaltungen, insbesondere an der Messe Freiburg, wurde organisiert, um ihre Aktivitäten vorzustellen.

1.3 Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)

Der AMM-Sektor stellt den RAV Instrumente zur Verfügung, damit sie die Stellensuchenden gezielt im Hinblick auf die Stellensuche und die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit beraten können. Er ist ferner für die Verwaltung des Angebots an kantonalen Massnahmen, den Qualifizierungsprogrammen (QP), zuständig.

Um die Verordnung des Staatsrats vom 30. September 2003 einzuhalten, haben alle Anbieter von aktiven Massnahmen eine eduQua-Zertifizierung erlangt oder arbeiten zurzeit daran.

Im Jahr 2006 nahmen 4355 Personen an beruflichen Weiterbildungskursen teil (Bewerbungstechnik: 1332 Personen; Sprachen: 1474 Personen; Informatik: 751 Personen; andere Kurse: 798 Personen). Insgesamt 1801 Personen nahmen an Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung teil (PvB), die durchschnittlich 2,19 Monate dauerten (2,3 Monate im Jahr 2005). Die Teilnehmer verteilten sich wie folgt auf die verschiedenen Kategorien von PvB: 370 Personen nahmen an einem PvB bei einer nicht gewinnorientierten Institution, 62 an einem PvB bei einer

Gemeinde, 107 bei einem ausserkantonalen Anbieter, 208 bei einer Dienststelle des Staats und 1054 bei einem subventionierten Anbieter teil. Der AMM-Sektor schuf 36 neue Stellen in PvB bei nicht gewinnorientierten Institutionen. Er führte 26 Kontrollen durch.

Im Schuljahr 2005/2006 wurden 344 Jugendliche durch die «Plattform Jugendliche» betreut. Die Mehrzahl von ihnen nahm danach an einem der fünf auf dem Kantonsgebiet angebotenen Motivationssemester (MoSe) teil (Déclic, Intervalle, Centre de préformation in Grolley, deStarts in Düringen und das interkantonale MoSe des Broybezirks). Das Amt führte eine Anlaufstelle ein, die die Betreuung der Jugendlichen übernimmt, falls in einem MoSe nicht genügend Plätze vorhanden sind.

Die ausgesteuerten Arbeitslosen, die die gesetzlichen Bedingungen erfüllten, nahmen an Qualifizierungsprogrammen (QP) teil und erhielten dadurch eine neue Chance, wieder eine Stelle zu finden. 2006 kamen 197 Personen (293 Verträge) in den Genuss eines befristeten Arbeitsvertrags bei einer nicht gewinnorientierten Institution, und 75 Personen (101 Verträge) nahmen an einem QP bei einem Privatunternehmen teil.

1.4 Arbeitssicherheit

2006 wurden in PvB, die bestimmte Risiken aufweisen, 73 Kontrollen durchgeführt, um für die Beachtung der Hygiene- und Sicherheitsvorschriften in den verschiedenen Werkstätten und Baustellen der Programmanbieter zu sorgen. Zusammen mit dem Verantwortlichen des PvB-Sektors der SUVA wurden bei allen PvB- und MoSe-Anbietern Sicherheitsaudits durchgeführt. Fünf PvB-Verantwortliche besuchten Kurse, die von Waldwirtschaft Schweiz durchgeführt wurden, und vier PvB-Verantwortliche besuchten den Kurs «ALBE» (Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz in PvB), der von der SUVA organisiert wurde.

1.5 Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

Die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) dient dazu, die Zusammenarbeit zwischen den Partnern der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhilfe und der Invalidenversicherung zu verbessern. Seit 2002 fördert der Kanton Freiburg aktiv die Entwicklung der IIZ und unterstützt verschiedene lokale und kantonale Initiativen. Der Staatsrat genehmigte die Ausdehnung der IIZ auf das gesamte Kantonsgebiet. Eine Schulung für alle betroffenen Personen wird im Laufe des Jahres 2007 organisiert werden.

1.6 Book Trading

132 Personen (davon 70 % Frauen) nahmen an dieser Massnahme teil. Die Übungsfirma Book Trading wurde infolge des Abgangs des Informatikverantwortlichen umstrukturiert und hat neu drei Abteilungen (Verwaltung, Handel und Buchhaltung). Die Arbeitsabläufe wurden im Hinblick auf die Erneuerung der eduQua-Zertifizierung überarbeitet. Book Trading nahm ausserdem an der internationalen Messe Swissmeet 06 in Lausanne teil.

1.7 Frima 1606

Das Qualifizierungsprogramm Frima 1606 ist ein Weiterbildungsprojekt für Stellensuchende, bei dem ein historisches Modell der Stadt Freiburg anhand der Gravur von Martin Martini aus dem Jahre 1606 erstellt wird.

50 Praktikantinnen und Praktikanten besuchten diese Massnahme im Jahr 2006 während einer durchschnittlichen Dauer von 14 Wochen. 48,9 % der Teilnehmenden fanden eine neue Stelle während der Massnahme oder im Anschluss daran; 10,6 % wechselten ihre Tätigkeit (Berufswechsel, Wiederaufnahme eines Studiums usw.); 40,4 % verliessen die Massnahme ohne Berufslösung.

Frima nahm ebenfalls an den Veranstaltungen im Rahmen des 10-jährigen Bestehens der RAV teil und stellte an der Messe Freiburg seine Tätigkeit an einem Stand vor, an dem ein Teil des Modells der Stadt ausgestellt wurde.

1.8 Vermittlung im Bereich der Arbeitslosenversicherung

118 Einsätze wurden registriert (166 im Jahr 2005). Sie betrafen besonders Probleme zwischen den Versicherten und den Arbeitslosenkassen und den RAV. Fast alle Versicherten waren mit der Dienstleistung des Ombudsmanns zufrieden.

2. Abteilung Arbeitsmarkt

2.1 Arbeitsinspektorat

Das Arbeitsinspektorat arbeitete in verschiedenen kantonalen und eidgenössischen Kommissionen und Arbeitsgruppen mit.

2.1.1 Arbeitnehmerschutz

Im vergangenen Jahr besuchten die Arbeitsinspektoren teilweise in Zusammenarbeit mit dem seco (dem Eidgenössischen Arbeitsinspektorat) und der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt (SUVA) 358 Betriebe (495 im Jahr 2005).

2.1.2 Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Erneut war das Thema Asbest eine der grössten Sorgen im Bereich des Gesundheitsschutzes. Mehrere Sanierungsbaustellen wurden im Einvernehmen mit der SUVA überwacht. Das Interkantonale Labor für Gesundheit am Arbeitsplatz (LIST) prüfte dreissig Materialproben auf Asbestvorkommen.

Im Laufe des Jahres nahm das Arbeitsinspektorat an einer interkantonalen Kampagne zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen in Einkaufszentren teil. Besonders kontrolliert wurden die Lüftung und der Klimakomfort, die Beleuchtung, der Schutz der Privatsphäre des Personals sowie die Ergonomie.

Das Arbeitsinspektorat führte fünf Untersuchungen in Unternehmen des Kantons durch und kontrollierte dabei Lösungsmitteldämpfe, reizende Dämpfe in der Lebensmittelindustrie, giftige Gase in der Landwirtschaft und schädliche Stäube.

2.1.3 Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit

Das Arbeitsinspektorat erteilt kurzfristige Bewilligungen (unter sechs Monaten). Über Abweichungen von der wöchentlichen Normalarbeitszeit während mehr als sechs Monaten entscheidet das seco. Am meisten betroffen sind das Baugewerbe und der Vertriebssektor.

	Bewilligungen erteilt durch das SPE		Bewilligungen erteilt durch das seco	
	2005	2006	2005	2006
Nachtarbeit	46	43	72	71
Sonntagsarbeit	77	96	59	55
Durchgehender Betrieb	–	2	7	10
Dreischichtige Arbeit	–	–	–	–
Total	123	141	138	136

2.1.4 Plangenehmigungen – Betriebsbewilligungen

Alle Vergrößerungs- und Umbauarbeiten, die von Industriebetrieben im Kanton durchgeführt werden, müssen vom Arbeitsinspektorat genehmigt werden, das auch die Betriebsbewilligung erteilt. Bei den nichtindustriellen Betrieben nimmt das Inspektorat eine Planbegutachtung im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens vor.

	2005	2006
Vergrößerungen (Umbau) von Industriebetrieben	27	22
Betriebsbewilligungen	23	19
Nichtindustrielle Betriebe	546	583
Total	596	624

2.1.5 Druckbehälter

Aus Sicherheitsgründen müssen Unternehmen und Privatpersonen, die unter Druck stehende Behälter verwenden (in der Regel für Heiz- oder Druckluftanlagen), beim Arbeitsinspektorat eine Betriebsbewilligung beantragen.

	2005	2006
Druckluft- oder Gasbehälter	76	77
Dampfkessel	1	1
Total	77	78

2.2 Beobachtung des Arbeitsmarkts

Der Kanton Freiburg nahm an verschiedenen Erhebungen des Westschweizer und Tessiner Beobachtungsorgans des Arbeitsmarkts (ORTE) teil:

- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr 2005 (April 2006).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig in der Westschweiz, Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 2005 und dem ersten Halbjahr 2006 (Oktober 2006).
- Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Wirtschaftszweig im Kanton Freiburg, Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 2005 und dem ersten Halbjahr 2006 (November 2006).

- Entwicklung der Temporärarbeit in der Westschweiz (Oktober 2006).

2.3 Wirtschaftliche Landesversorgung

Die kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung beteiligte sich an den Arbeiten am neuen Treibstoffrationierungsplan. Sie nahm ferner an einer Sitzung des Bundesamts für wirtschaftliche Landesversorgung über die Heizölreglementierung teil.

Ein Gesetzesentwurf zur Ausführung des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung wurde Ende 2006 in die Vernehmlassung gegeben.

2.4 Abkommen über den freien Personenverkehr (FZA)

Das Amt sorgt aktiv für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen des FZA. Der Arbeitsmarktsinspektor kontrolliert auf dem Freiburger Kantonsgebiet die Arbeitnehmenden, die von ausländischen Unternehmen in die Schweiz entsandt werden, sowie die selbständig Erwerbenden aus der Europäischen Union. Insgesamt 93 Kontrollen wurden durchgeführt, bei denen 510 Arbeitnehmende kontrolliert wurden. Diese Kontrollen fanden besonders in der Landwirtschaft, im Garten- und Landschaftsbau und im Personalverleih statt.

Das Amt für den Arbeitsmarkt ist die kantonale Behörde im Sinne des Entsendegesetzes des Bundes. In dieser Funktion untersuchte es acht Anzeigen und verhängte sieben Sanktionen wegen Verstosses gegen das Gesetz.

Das Sekretariat der Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt, das vom Amt sichergestellt wird, bearbeitete 2119 Meldungen von Arbeitnehmenden, darunter 659 für entsandte Arbeitnehmende, 1245 für Arbeitsaufnahmen in der Schweiz und 215 für selbständige Dienstleistungserbringer.

2.5 Einführung eines Service-Check-Systems

Das Amt für den Arbeitsmarkt führte im Kanton Freiburg ein Service-Check-System ein. Dieses System, das seit Juni 2006 im Einsatz ist, erlaubt es, die Arbeitsverhältnisse bei persönlichen Dienstleistungen (Hausarbeiten, Kinderaufsicht, Lernhilfe, gelegentliche Gartenarbeiten usw.) zu klären und zu vereinfachen. Die Arbeitgebenden zahlen ihren Angestellten den Lohn, und die Service-Check-Einrichtung übernimmt die administrativen Aufgaben bezüglich der Sozialversicherungen (AHV, IV, EO, ALV, UV und Quellensteuern).

3. Rechtsdienst

3.1 Entscheide und Rechtsgutachten

In seiner Funktion als kantonale Amtsstelle erstellte der Rechtsdienst im Berichtsjahr 4346 Entscheide und Rechtsgutachten im Bereich der Arbeitslosenversicherung und des Arbeitsrechts:

- Einstellungen in der Anspruchsberechtigung: 3455
- Vermittlungsfähigkeit und andere Entscheide: 285

- Erlass der Rückerstattungspflicht: 50
- Rechtsgutachten zu Arbeitslosenversicherung und Arbeitsrecht: 546

Der Rechtsdienst registrierte 2006 ferner 346 Einsprachen gegen Entscheide des Amts. Er fällte 332 Einspracheentscheide. 70,8 % der Einsprachen wurden abgewiesen, oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 19,6 % wurden gutgeheissen, 6,6 % wurden teilweise gutgeheissen und 3 % als erledigt abgeschrieben.

Beim Verwaltungsgericht wurden 32 Beschwerden gegen die Entscheide des Amts eingereicht. Der Rechtsdienst reichte in 56 Fällen Bemerkungen zur Begründung ein. Das Verwaltungsgericht fällte 36 Entscheide. 72,3 % der Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht abgewiesen, oder es wurde nicht auf sie eingetreten, 8,3 % wurden gutgeheissen, 8,3 % wurden teilweise gutgeheissen und 11,1 % als erledigt abgeschrieben.

3.2 Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen

	Betroffene Arbeitnehmer/innen			Ausfallstunden		
	2005	2006	Schweiz	2005	2006	Schweiz
Januar	66	10	1 353	4 526	1 368	94 179
Februar	87	14	2 206	5 160	888	125 779
März	90	21	1 589	6 059	3 158	120 784
April	73	14	1 216	3 339	1 764	75 677
Mai	34	11	827	1 745	570	49 159
Juni	79	2	558	5 812	254	38 062
Juli	66	0	502	8 249	0	28 928
August	111	2	293	8 238	53	18 725
September	104	2	383	8 685	112	26 762
Oktober	43	2	372	4 818	86	29 294
November	26	2	473	2 700	62	35 981
Dezember	43	0	262	1 683	0	17 635

3.3 Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Der Rechtsdienst erteilte 2006 sechs neue Bewilligungen: fünf für die private Arbeitsvermittlung und eine für den Personalverleih. Sieben Bewilligungen wurden aufgehoben (infolge Transfers in einen anderen Kanton oder Einstellung der Tätigkeit). Sechs neue Bewilligungen wurden ferner nach einem Wechsel der verantwortlichen Person und drei nach einer Adressänderung ausgestellt. Über ein Unternehmen wurde eine Erhöhung der Kaution verfügt.

Der Rechtsdienst hat im Übrigen 22 Untersuchungen durchgeführt, um die rechtswidrige Ausübung der privaten Arbeitsvermittlung und des Personalverleihs zu bekämpfen und um dagegen vorzubeugen. Im Anschluss an diese Kontrollen haben drei Unternehmen ein Bewilligungsgesuch gestellt, andere haben ihre Tätigkeit eingestellt oder konnten nachweisen, dass ihre Tätigkeit im Personalbereich keiner Bewilligungspflicht unterstand.

Vier Betriebskontrollen wurden durchgeführt und drei Kontrollberichte verfasst. Die aufgedeckten Verstösse zum Nachteil der Arbeitnehmenden betrafen hauptsächlich das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG), irreführende Lohnabrechnungen, geset-

zeswidrigen Personalverleih, die gesamtarbeitsvertraglichen Mindestlöhne sowie die Form und den Inhalt der Verträge.

2006 vermittelten die privaten Arbeitsvermittler des Kantons Freiburg 526 Schweizerinnen und Schweizer sowie 131 Ausländerinnen und Ausländer. Die Freiburger Personalverleihbetriebe schlossen mit 2633 Schweizerinnen und Schweizern sowie 2877 Ausländerinnen und Ausländern Verträge über insgesamt 2 432 478 Arbeitsstunden ab. Diese Zahl bestätigt die konstante Zunahme der Temporärarbeit in den vergangenen drei Jahren.

Die Revision der Artikel 17 und 20 des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG), die am 1. April 2006 in Kraft getreten ist, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeit des Rechtsdiensts. Seit Inkrafttreten dieser Revision gilt folgendes: Wird Personal einem Einsatzbetrieb verliehen, der einem allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (GAV) untersteht, muss der Personalverleiher gegenüber dem Arbeitnehmer nicht nur wie bisher die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen des GAV, sondern auch die Bestimmungen über die Beiträge an Weiterbildungs- und Vollzugskosten und gegebenenfalls die Regeln bezüglich des flexiblen Altersrücktritts einhalten. Die privaten Arbeitsvermittler und Personalverleiher wurden mit einem Kreisschreiben über diese wichtigen Änderungen informiert. Der Rechtsdienst muss dafür sorgen, dass die Firmen ihre Rahmenverträge, Einsatzverträge und Verleihverträge mit einem Vermerk ergänzen, der den allgemeinverbindlichen GAV und die Abzüge für die Weiterbildung und den flexiblen Altersrücktritt erwähnt. Die im allgemeinverbindlichen GAV vorgesehenen paritätischen Organe sind ausserdem befugt, zu kontrollieren, ob die Verleihfirmen die neuen Bestimmungen des AVG beachten, und können bei schweren Verstössen eine Konventionalstrafe verhängen. Deshalb hat sich der Rechtsdienst um eine verstärkte Zusammenarbeit mit diesen Organen bemüht.

4. Stabsdienste

4.1 Kommunikation

Die Website des Amts ist eine Informationsquelle, die von Stellensuchenden, Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden rege genutzt wird. Monatlich werden über 25 000 Zugriffe registriert. Das Amt beantwortete über 500 Fragen von Websitebesuchern.

Das Amt nahm an der Messe Freiburg 2006 als Ehrengast teil. Es nutzte diese Gelegenheit, um den Besuchern die Aktivitäten des Amts und der RAV sowie des Qualifizierungsprogramms Frima 1606 vorzustellen.

4.2 Informatik

Das Amt hat die komplette Erneuerung seines Telefonsystems fortgesetzt. Es bereitete sich ausserdem auf die für 2007 geplante Einführung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems sowie auf das neue Datenverwaltungssystem des Bundes im Bereich der Arbeitslosenversicherung (AVAM) vor.

4.3 Buchhaltung

Die Stabsdienste verwalten die gesamte Buchhaltung der vom Bund finanzierten Stellen sowie die Buchhaltung des kantonalen Beschäftigungsfonds. Die Hauptaufgaben liegen in der Auszahlung der Löhne von Stellensuchenden, die an einem QP im Sinne des BAHG teilnehmen, und in der Erstellung von Arbeitgeberbescheinigungen, Lohnausweisen und AHV-, SUVA- oder Quellensteuerabrechnungen.

Die Betriebskosten des Amtes beliefen sich auf 14 Millionen Franken. Aus dem kantonalen Beschäftigungsfonds wurden 3 788 000 Franken zur Finanzierung von Massnahmen

für Arbeitslose aufgewendet, die ihren Anspruch auf Leistungen des Bundes ausgeschöpft haben. Die Qualifizierungsprogramme (QP) bei Unternehmen kosteten 1 203 000 Franken, die QP bei Institutionen 1 662 000 Franken und die QP bei Kanton und Gemeinden 923 000 Franken. Am 31. Dezember 2006 verfügte der Fonds über Mittel in der Höhe von 4 952 000 Franken.

Öffentliche Arbeitslosenkasse

1. Organisation

Die Öffentliche Arbeitslosenkasse ist eine Einheit, die der Volkswirtschaftsdirektion administrativ zugewiesen ist. Sie steht allen im Kanton wohnhaften Versicherten offen; zudem kann sie allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von im Kanton ansässigen Unternehmen ungeachtet ihres Wohnsitzes Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigungen ausrichten. Sie ist allein berechtigt, Insolvenzenschädigungen auszusahlen.

2. Verfügungen

Die Kasse stellte 3114 Verfügungen aus. Sie legte dem Amt für den Arbeitsmarkt 101 Fälle zum Entscheid vor.

3. Statistik

	2005	2006
<i>Anträge auf Arbeitslosenentschädigung für Teil- und Ganzarbeitslose</i>		
Anzahl Versicherte	4 478	4 417
davon neu angemeldet	4 062	3 890
<i>Anträge auf Schlechtwetterentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	148	95
<i>Anträge auf Kurzarbeitsentschädigung</i>		
Anzahl angemeldeter Unternehmen	18	15
<i>Anträge auf Insolvenzenschädigung</i>		
Anzahl Versicherte	206	199

Ausbezahlte Taggelder	2005 Fr.	2006 Fr.
Ganzarbeitslosigkeit (ALE)	52 149 751.30	50 385 382.55
Familienzulagen	1 524 311.50	1 427 432.85
Arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM)	4 805 420.40	3 812 400.45
Projektkosten (Anbieter)	15 654 235.35	15 248 331.55
Schlechtwetter und Kurzarbeit	4 372 201.05	1 977 395.30
Insolvenz	742 287.55	1 011 790.20
Total	79 248 207.15	73 862 732.90

Handelsregisteramt

1. Tätigkeit

Im Jahr 2006 bearbeitete das Handelsregisteramt insgesamt 5962 Dossiers (260 weniger als im Vorjahr) für insgesamt 5473 Einträge im Tagebuch des Handelsregisters (73 Einträge mehr als im Vorjahr). Diese 5473 Einträge betreffen 1157 neue Gesellschaften, 3444 Änderungen bei bestehenden Gesellschaften und 872 Löschungen von Gesellschaften.

Die Website des Handelsregisteramts verzeichnete 236 455 Zugriffe, was einem Tagesdurchschnitt von etwa 648 Zugriffen aus der ganzen Welt entspricht.

Das Handelsregisteramt setzte seine Zusammenarbeit mit dem Bezirksgericht Saane im Rahmen der Ausbildung von Lehrerinnen und -männern fort. Im Rahmen eines sechsmo- natigen Praktikums erhalten die Auszubildenden einen Einblick in die Arbeit des Handelsregisters.

Es organisierte ausserdem ein einjähriges Ausbildungs- praktikum für eine Freiburger Schülerin der «Rischik Schulen» in Bern.

2. Stand der im Handelsregister eingetragenen Gesellschaften

Am 31. Dezember 2006 umfasste das Handelsregister des Kantons Freiburg folgende aktive Eintragungen:

Vereine	155
Genossenschaften	668
Unternehmen des öffentlichen Rechts	23
Einzelfirmen (EF)	5 074
Stiftungen	569
Aktiengesellschaften	6 583
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	2 793
Kommanditgesellschaften (KG)	26
Kommanditaktiengesellschaften	2
Schweizer Zweigniederlassungen	184
Ausländische Zweigniederlassungen	340
Unternehmen ohne Eintragungspflicht	8
Kollektivgesellschaften (KollG)	436
Total	16 861

Auf Französisch sind 13 383 Gesellschaften und auf Deutsch 3478 Gesellschaften registriert.

Vergleich der neu eingetragenen Gesellschaften zwischen 2005 und 2006:

	Verein	Gen.	EF	Stiftung	AG	GmbH	Zweign.	KollG & KG
2005	7	3	351	24	292	350	60	49
2006	7	5	359	14	298	372	46	54

Amt für Verkehr und Energie

I. Amt

Im Jahr 2006 nahm das Amt an der dritten Etappe des Projekts zur Analyse der staatlichen Leistungen teil.

Im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren, welche die Fachstellen für Verkehr und Energie gleichermaßen betreffen, äusserte sich das Amt unter anderem zu folgenden Projekten:

- die Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 (RPG);
- die Revision von über 80 Ortsplanungen.

II. Verkehr

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amts zu folgenden Gegenständen ein:

- Bundesbeschluss über die Leistungsvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Aktiengesellschaft Schweizerische Bundesbahnen (SBB) für die Jahre 2007 bis 2010;
- Allgemeine Bestimmungen zu den Finanzierungsvereinbarungen der Sparte Infrastruktur nach Eisenbahngesetz;
- Änderung der Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahn-Netzzugangsverordnung (Energiepreis);
- Neufestlegung der Anteile der Kantone an den Abgeltungen und Finanzhilfen im Regionalverkehr für die Jahre 2008 bis 2012;
- Änderung der Eisenbahn-Netzzugangsverordnung;
- Haltestellenverzeichnis des grenzüberschreitenden Linienbusverkehrs.

Das Amt nahm ferner Stellung zur Eröffnung von Verhandlungen mit Frankreich bezüglich der Schaffung eines gemeinsamen Luftraums.

Im Rahmen der kantonalen Vernehmlassungsverfahren bezog das Amt unter anderem Stellung:

- zu den flankierenden Massnahmen zur Umfahrungsstrasse Bulle–La Tour-de-Trême (H189);
- zur Anpassung des Sachplans Militär;
- zum Sachplan Materialabbau (SaM);
- zur interkommunalen Vereinbarung über das Fernsehnetzwerk «Broyevision»;
- zum Parkreglement für die P+R-Parkplätze des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg;
- zur Festlegung des Wegnetzes von SwissMobile.

2. Verkehrsplanung

Die beratende Kommission für Verkehrsfragen hielt eine Sitzung ab, an der sie sich hauptsächlich mit der Einführung des integralen Tarifverbunds Frimobil und der Entwicklung von Bahnprojekten bis 2030 (Bahnprojekte «ZEB») befasste.

Das Amt beteiligte sich an den Arbeiten zur Einführung von Frimobil zusammen mit den betroffenen Transportunternehmen und Kantonen. Dieser integrale kantonale Tarifverbund ist seit Inkrafttreten des Fahrplans 2007 am 10. Dezember 2006 gültig.

Auf regionaler Ebene setzte das Amt seine Tätigkeit mit den Arbeitsgruppen fort, die sich hauptsächlich aus Vertretern der verschiedenen Bezirke zusammensetzen und mit der Planung der künftigen Regionalfahrpläne beauftragt sind.

Es verfolgte ferner die Arbeiten des Verkehrsverbunds der Agglomeration Freiburg und des regionalen Verkehrsverbunds der Agglomeration Bulle. Es beteiligte sich an verschiedenen regionalen Planungsstudien, insbesondere über den Tarifverbund Libero und die Berner S-Bahn.

Es prüfte ausserdem sein Förderprogramm, gestützt auf das kantonale Subventionsgesetz vom 17. November 1999.

3. Fahrpläne

Im Rahmen der Vernehmlassung zum Fahrplanentwurf 2007 berief das Amt die Fahrplangruppe zur Behandlung der Gesuche ein. Die einen Gesuche zielten auf Änderungen, die schon im Fahrplan 2007 gelten sollten, die andern auf mittelfristige Änderungen, für die das Amt die Unternehmen des öffentlichen Verkehrs um Bericht über Frequenzen, technische Machbarkeit, Kosten und allfällige Auswirkungen auf die Verkehrsströme bat.

Gestützt auf die neue Gesetzgebung und die Offerten der Transportunternehmen verteilte das Amt nach Absprache mit dem Bundesamt für Verkehr die für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung stehenden Mittel für die Fahrplanperioden 2006 und 2007.

4. Bahn 2000, 2. Etappe

Das Amt beteiligte sich an der Planung der zweiten Etappe des Projekts Bahn 2000, das künftig Bahnprojekt «ZEB» genannt wird.

5. Technische Verbesserungen bei den Unternehmen des öffentlichen Verkehrs

Gemäss dem eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren bat das Bundesamt für Verkehr das kantonale Amt um Stellungnahme zu folgenden Vorhaben:

- Schliessung zweier Bahnübergänge und Bau eines neuen Bahnübergangs in der Industriezone von Sugiez;
- Ausrüstung der Bahnübergänge «Au Moulin» und «Rouvena» auf der Strecke Palézieux–Châtel-St-Denis mit Barrieren;
- Ersetzung der Halbschranken durch Vollschranken am Bahnübergang «Vernes» auf der Strecke Bulle–Montbovon;

- Anhebung der Bahnsteige und Renovation des Bahnhofs in Galmiz;
- Anhebung der Bahnsteige und Renovation des Bahnhofs in Villaz-St-Pierre.

Zudem sprach sich das Amt, gestützt auf Artikel 56 des Eisenbahngesetzes, für die 3. Vereinbarung zu Gunsten der Freiburgischen Verkehrsbetriebe aus.

6. Konzessionen und Bewilligungen zur Personenbeförderung

Das Bundesamt für Verkehr holte die Stellungnahme des Amtes zu vier Gesuchen um Erneuerung einer Automobilkonzession, zwei Gesuchen um Übertragung, einem Gesuch um Änderung, einem Gesuch um Ausdehnung und sieben Gesuchen um Bewilligung für grenzüberschreitende Fahrten ein.

Gestützt auf das Reglement vom 3. November 1999 über die kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung erteilte das Amt 26 Bewilligungen für die Personenbeförderung.

7. Seilbahnen und Skilifte

Das Amt erneuerte drei Bewilligungen zum Betrieb eines Skilifts und fünf Bewilligungen zum Betrieb eines Kleinskilifts. Es erteilte eine Bewilligung für den Bau und Betrieb eines Rollbands. Es leitete fünfzehn Inspektionsrapporte des Kontrollorgans des Interkantonalen Konkordats über Seilbahnen und Skilifte weiter. Ausserdem nahm es Stellung zu einem Gesuch um eine Konzession für den Bau einer Gruppen-Umlaufbahn zwischen Schwarzsee-Bad und dem Schwyberg.

8. Luftfahrthindernisse

Das Amt übermittelte dem Bundesamt für Zivilluftfahrt dreizehn Meldungen über Anlagen, die die Luftfahrt behindern, und drei Meldungen über die Entfernung eines Luftfahrthindernisses.

9. Luftfahrt

Das Amt nahm Stellung zum Gesuch um Plangenehmigung für den Bau eines leichten Unterstands für Luftfahrzeuge auf dem regionalen Flugplatz von Freiburg-Ecuvilens. Es nahm ferner Stellung zu einer öffentlichen Heissluftballon-Veranstaltung in Villars-sur-Glâne.

III. Energie

1. Vernehmlassungsverfahren

Das Amt nahm Stellung zu über 1970 Baugesuchen.

2. Aktivitäten der Energiefachstelle

Die kantonale Energiewirtschaftskommission hielt eine Sitzung ab, an der insbesondere die Änderung des Energiereglements vom 5. März 2001 behandelt wurde.

Das Amt informierte wieder über den Temperaturmittelwert und die Heizgradtage, mit denen die Energiekennzahlen von Gebäuden bestimmt werden können.

Gemäss den energiepolitischen Grundsätzen des Kantons setzte es seine Informationstätigkeit in den Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Aktionen «EnergieSchweiz in Gemeinden» und «Energho» fort. Das Amt hat ferner eine Anwendung entwickelt, mit der die Energiebuchhaltung von gemeindeeigenen Bauten geführt werden kann. Dem Personal von Gemeinden, die diese Anwendung zu benutzen wünschten, wurden Kurse erteilt.

Das Amt setzte ausserdem seine Informationstätigkeit in den französischsprachigen Schulklassen des Kantons fort.

Das Amt beteiligte sich u.a. an Pilot- und Demonstrationsprojekten in den Bereichen Biogas, Sonnenenergie, Holz und Windenergie.

Es nahm ferner an verschiedenen interkantonalen Arbeits- und Begleitgruppen teil, die vom Bundesamt für Energie und von der Konferenz der kantonalen Energiefachstellen gebildet wurden.

3. Kühl- und/oder Befeuchtungsanlagen

Das Amt erteilte in Anwendung des Energiegesetzes vom 9. Juni 2000 drei Bewilligungen.

4. Holzheizungen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 175 Projekte zu, was einem Betrag von 1 170 819 Franken für eine Leistung von 7148 kW entspricht.

5. Thermische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 179 Projekte zu, was einem Betrag von 489 843 Franken für eine Fläche von 1548 m² entspricht.

6. Photovoltaische Solaranlagen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 14 Projekte zu, was einem Betrag von 210 792 Franken für eine Fläche von 605 m² entspricht.

7. Gebäude, die den Minergie-Standard erfüllen

Das Amt sicherte in Anwendung des Energiereglements vom 5. März 2001 Beiträge an 64 Projekte zu, was einem Betrag von 982 454 Franken für eine Energiebezugsfläche von 59 578 m² entspricht.

8. Erdgas

Das Amt bewilligte den Bau und den Betrieb folgender Erweiterungen des Frigaz-Netzes:

- Sektor Broyebrücke, Route de Saint-Aubin, Route de l'Industrie, Route de l'Arbogne, Ruisseau de l'Hôpital, Gemeinde Domdidier;

- Sektor Micarna, Route de Fribourg, Route de la Colline, Gemeinde Courtepin;
- Sektor Route de Siviriez, Route de Lausanne, Chemin Sainte-Anne, Gemeinde Romont;
- Sektor Chemin de la Croix-de-Pierre, Chemin des Marais, Bel-Air, Gemeinde Estavayer-le-Lac;
- Sektor Route de Domdidier, Novartis, Gemeinde Saint-Aubin;
- Sektor Route du Bois, Route de la Pâle, Avry-Bourg, Chemin de la Cornache, Route du Madelain, Gemeinden Matran und Avry;
- Sektor Route de la Gruyère, Route du Levant, Route de la Veveyse, Route de Beaumont, Stadt Freiburg;
- Sektor Chemin Fin du Mossard, Gemeinden Courgevau und Murten;
- Gemeinde Villeneuve;
- Gemeinde Attalens.

Amt für Statistik

I. Allgemeines

Das Gesetz über die kantonale Statistik (StatG) wurde am 7. Februar 2006 vom Grossen Rat verabschiedet und trat am 1. Mai 2006 in Kraft. Am 1. November 2006 trat ausserdem das Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister vom 23. Juni 2006 (Registerharmonisierungsgesetz, RHG) teilweise in Kraft (ohne die Bestimmungen zur neuen Sozialversicherungsnummer). Der Staatsrat hat dem Amt für Statistik die Verantwortung für die Koordination, Ausführung und Kontrolle der Harmonisierungsbestrebungen im Sinne von Art. 9 dieses Gesetzes übertragen.

II. Aktivitäten

1. Eidgenössische Volkszählung

Das Amt für Statistik nahm an der Lancierung eines Projekts teil, das die Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden auf kantonaler Ebene zusammenführen will. Dieses System soll der Kantonsverwaltung und allen anderen berechtigten Instanzen die benötigten Informationen in praktischer und harmonisierter Form zugänglich machen. Auf dem Gebiet der Statistik wird dieses System insbesondere eine Extraktion der Angaben ermöglichen, die vom Bund anlässlich der eidgenössischen Volkszählung 2010 verlangt werden. Trotz Widerstands der Kantone verabschiedete der Bundesrat den Gesetzesentwurf über die eidgenössische Volkszählung 2010 so, wie er 2005 in die Vernehmlassung gegangen war. Die diesbezügliche Botschaft wurde im Dezember 2006 der Bundesversammlung vorgelegt und sollte von ihr im Frühjahr 2007 behandelt werden.

2. Eidgenössische Betriebszählung (BZ05)

Die Aufgaben des Amtes für Statistik im Rahmen der Betriebszählung 2005 umfassten das telefonische Mahnwesen für fehlende Fragebogen und die Kontrolle der Resultate. Am 30. November veröffentlichte das Bundesamt für Statistik die Ergebnisse der Betriebszählung auf Landesebene und das Amt für Statistik die Daten auf kantonaler Ebene.

3. Eidgenössische Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP)

Das Amt für Statistik hat den Auftrag, die Angaben zu erfassen und zu kontrollieren, die ihm die Gemeinden für die jährliche Erhebung der Zu- und Wegzuger liefern. Erhoben wird dabei nur die Bevölkerung schweizerischer Nationalität, denn das zentrale Ausländerregister und die Zivilstandsämter liefern die restlichen Angaben, die für die Statistik der Bevölkerungsfortschreibung benötigt werden. Anhand dieser Informationen errechnet das BFS die ständige Wohnbevölkerung der Gemeinden, die dem Amt für Statistik des Kantons Freiburg als Grundlage zur Berech-

nung des Bestands der zivilrechtlichen Bevölkerung und der Wohnbevölkerung der Gemeinden dient.

Dank der Mitarbeit des BFS konnte das Amt für Statistik die freiburgischen Bevölkerungsbestände prioritär berechnen, damit sich die neue Sitzverteilung im Grossen Rat auf die Zahlen vom 31. Dezember 2005 abstützen konnte. Mit Verordnung vom 22. August 2006 hat der Staatsrat die Bevölkerungsbestände vom 31. Dezember 2005 verabschiedet.

4. Schulstatistik

Die detaillierten Resultate der Schulstatistik 2005/2006 veröffentlichte das Amt im *Statistischen Jahrbuch 2006/2007* und auf seiner Website. Wie in den vergangenen Jahren wurden die notwendigen Daten auch dem BFS und – zum letzten Mal – der kantonalen Schülerunfallversicherung übermittelt.

Die Zählung für das Schuljahr 2006/2007 wurde am 2. November 2006 in sämtlichen Schulen des Kantons mit Ausnahme der Fachhochschulen und der Universität durchgeführt.

Das Amt für Statistik vertritt den Kanton Freiburg im «Netzwerk für Bildungsstatistik», das vom BFS zur Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich geschaffen wurde. In dieser Funktion wurde das Amt beauftragt, zur Vernehmlassung von drei geplanten Revisionen Stellung zu nehmen: Statistik der Schüler/innen und Studierenden, Lehrkörperstatistik und Schulregister. Drei weitere Bereiche (berufliche Grundbildung, Bildungsabschlüsse und Bildungsausgaben) werden demnächst ebenfalls revidiert.

5. Lehrkräftestatistik

Die Angaben für die Erhebung 2005 wurden dem BFS am 16. März 2006 übermittelt. Wie bereits im Jahr zuvor konnten die Daten zu den Lehrkräften an den öffentlichen Schulen der Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I und II, inklusive Berufsschulen, den Datenbanken des Amtes für Personal und Organisation (POA) entnommen werden, womit sich eine direkte Befragung erübrigte.

6. Baustatistik und Statistik der Immobilientransaktionen (Handänderungsstatistik)

Die Ergebnisse der kantonalen Baustatistik (Baubewilligungen, begonnene und beendete Bauten) und jene der Handänderungsstatistik wurden regelmässig im *Freiburger Konjunkturspiegel* und auf der Website *Statistik Freiburg* veröffentlicht.

Im Auftrag des BFS nimmt das Amt für Statistik die Quartalerhebung der Wohnungsproduktion vor. Diese Umfrage erfolgt per Stichprobe in 38 Gemeinden.

Ebenfalls für das BFS führte das Amt für Statistik die jährliche Bauerhebung durch.

Seit März 2005 ist das freiburgische Gebäude- und Wohnungsregister, das vom Kanton selbständig verwaltet wird, offiziell als Bestandteil des eidgenössischen Registers

anerkannt. Der Kanton erhält somit vom Bund eine Entschädigung für jede Aktualisierung des kantonalen Registers, die der Bund in sein Register übernimmt. Dank der selbständigen Verwaltung des Gebäude- und Wohnungsregisters kann der Kanton die Zusammenarbeit mit den Gemeinden besser koordinieren. Er kann sich auch leichter auf den Übergang zur registergestützten Volkszählung vorbereiten, die im Gesetzesentwurf über die eidgenössische Volkszählung 2010 vorgesehen ist.

7. Konjunkturtest

Seit 1988 wird im Kanton Freiburg der Konjunkturtest in der Industrie durchgeführt. Dieser erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (KOF) und der Freiburgerischen Industrie-, Dienstleistungs- und Handelskammer.

Die wichtigsten Resultate werden vierteljährlich im *Freiburger Konjunktur Spiegel* in Form von Kommentaren, Grafiken und Tabellen präsentiert.

8. Beschäftigungsstatistik

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Personal und Organisation (POA) und dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) sammelt das Amt für Statistik die Angaben zur Kantonsverwaltung, die es jedes Quartal überprüft und dem BFS übermittelt.

9. Lohnstrukturerhebung

Alle zwei Jahre findet landesweit eine Erhebung per Stichprobe statt, die Resultate für die sieben Grossregionen der Schweiz liefert. Seit 2002 bezahlt der Kanton Freiburg für eine Erweiterung der Stichprobe, um repräsentative Zahlen für den Kanton zu erhalten. Ende 2005 erhielt das Amt für Statistik die ersten Teilergebnisse der Umfrage 2004 und unterzog sie gewissen Plausibilisierungen. Die Ergebnisse wurden am 26. Juni 2006 auf der Website des Amtes für Statistik in Zusammenarbeit mit dem Organ zur Beobachtung des Arbeitsmarkts veröffentlicht.

10. Veröffentlichungen

Die vier Ausgaben des *Freiburger Konjunktur Spiegel* erschienen im Februar, Mai, August und November. Ende 2006 erhielten 573 Abonnenten diese Publikation.

Die halbjährlich erscheinende Veröffentlichung *Perspektiven – Freiburger Wirtschaft* wird mit Unterstützung der Freiburger Kantonalbank realisiert. Die Frühjahrsausgabe erschien im Mai 2006, die Herbstausgabe im November.

Das *Statistische Jahrbuch des Kantons Freiburg* wurde im Laufe des Jahres 2006 von Grund auf revidiert. Diese Revision hatte zum Ziel:

- die Aktualisierung der Tabellen und des Seitenlayouts zu rationalisieren und zu vereinfachen;
- die Herstellungskosten zu senken;

- die Fristen zugunsten der inhaltlichen Aktualität zu verkürzen;
- farbige Seiten und kartografische Darstellungen einzuführen;
- die Herstellungsmethoden an eine erhöhte inhaltliche Flexibilität anzupassen;

Das neue Jahrbuch erscheint im Februar 2007. Von nun an wird es sich auf das laufende Jahr beziehen statt auf das vergangene. Somit trägt es dasselbe Referenzjahr wie die Taschenstatistik, die gleichzeitig mit dem Jahrbuch erstellt wird.

Die Taschenstatistik *Der Kanton Freiburg in Zahlen* ist im Dezember 2006 erschienen und wird auch dem Versand des Jahrbuchs beigelegt. Diese von der Freiburger Kantonalbank und der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) herausgegebene Broschüre wird vom Amt für Statistik realisiert.

11. Website

Die Website *Statistik Freiburg* (www.stat-fr.ch oder www.fr.ch/stat/), die am 2. Juni 2003 eröffnet wurde, ist auch im Jahr 2006 weiterentwickelt worden. Sämtliche Publikationen, die vom Amt auf Papier vertrieben werden, sind auf dieser Website erhältlich. Von Veröffentlichungen, die im Verkauf sind, wird jedoch nur die vorletzte Auflage ins Internet gestellt. Ab 2007 ist geplant, alle Veröffentlichungen gratis und ohne Verzögerung im PDF-Format zur Verfügung zu stellen.

12. Andere Aktivitäten

Das Amt nimmt an mehreren Arbeitsgruppen teil, namentlich an der interdepartementalen Arbeitsgruppe für die neue Regionalpolitik, am Lenkungsausschuss des Projekts «Territoriale Gliederung», an der Projektleitung und in der Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Personenregister, an der Projektleitung für das Schulverwaltungssystem und an der tripartiten Aufsichtskommission über den Arbeitsmarkt. Im Rahmen dieser Projekte ist das Amt für die Beschaffung und Analyse von statistischem Zahlenmaterial zuständig.

Seit Anfang 2006 nimmt der Dienstchef des Amtes für Statistik die Funktion des Sekretärs der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) wahr.

Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport entwickelte das Amt für Statistik ein neues System zur Auswertung und Verwaltung des Übergangsexamens von der Primarstufe in die Sekundarstufe I, «Procédure de préorientation» (PPO) genannt. Es berechnete die Bewertungsskalen und Resultate und druckte die individuellen Resultate der Schülerinnen und Schüler sowie die zusammenfassenden Listen der Ergebnisse aus.

Das Amt für Statistik antwortet auch fortwährend auf zahlreiche Anfragen nach Zahlenmaterial.

Wohnungsamt

1. Wohnungsmarkt

Am 1. Juni 2006 zählte der Kanton Freiburg 1209 Leerwohnungen, das sind 87 mehr als im Vorjahr. Damit stieg die Leerwohnungsziffer geringfügig von 1 % im Jahr 2005 auf 1,06 % des ungefähren kantonalen Gesamtwohnungsbestandes an. Der Bau neuer Wohnungen erlaubte es folglich, die zunehmende Nachfrage aufgrund des starken Bevölkerungswachstums im Kanton Freiburg zu decken.

Je nach Bezirk fällt die Leerwohnungsziffer sehr unterschiedlich aus, sie liegt aber überall, ausser im Saanebezirk, unter 1 %.

Saane	1,87 %
Glane	0,53 %
Greyerz	0,91 %
Broye	0,40 %
Vivisbach	0,24 %
Sense	0,74 %
See	0,45 %

Aufteilung der Leerwohnungen nach Kategorie:

1- und 2-Zimmer	21 %
3-Zimmer	27 %
4-Zimmer	36 %
5-Zimmer und mehr	16 %

Zudem sind 80 % aller leer stehenden Wohnungen zu vermieten und 20 % zu verkaufen.

Auf dem Freiburger Wohnungsmarkt ist das Angebot an Leerwohnungen von Ort zu Ort verschieden.

2. Wohnbauförderung

Das neue Wohnraumförderungsgesetz vom 21. März 2003 (WFG) ist am 1. Oktober 2003 in Kraft getreten. Gestützt auf das WFG kann der Bund zinslose oder zinsgünstige Darlehen gewähren, um das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen und den Zugang zu Wohneigentum zu fördern. Da aber das Bundesparlament dem Entlastungsprogramm 2003 zugestimmt hat, kommen die Artikel 12 und 24 WFG, die die gesetzliche Grundlage für diese direkten Darlehen darstellen, nicht vor 2009 zur Anwendung.

Das Entlastungsprogramm 2003 hat keinen Einfluss auf die anderen Massnahmen des WFG: indirekte Hilfe für Bauherren, die nicht über ausreichend Eigenkapital verfügen (Bürgschaften, Rückbürgschaften), Unterstützung für Träger und Dachorganisationen des gemeinnützigen Wohnbaus sowie Fortsetzung der Forschungstätigkeit. Die Träger des gemeinnützigen Wohnbaus, die preisgünstigen Wohnraum bauen oder erneuern, können bei Dachorganisationen (Schweizerischer Verband für Wohnungswesen, SVW, dessen Sekretariat sich in Lausanne befindet) zinsgünstige Darlehen beantragen. Bei Eigentumswohnungen gewähren die Hypothekar-Bürgschaftsgenossenschaften

eine Bürgschaft, für die der Bund (Coopérative Romande de Cautionnement Immobilier, CRCI, mit Sitz in Lausanne) eine Rückbürgschaft eingehen kann.

3. Mietzinsverbilligung durch die öffentliche Hand

In Ausführung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes vom 4. Oktober 1974 (WEG) und des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden für etwa 9500 Wohnungen Mietzinsverbilligungen gewährt, die von der persönlichen und finanziellen Situation der Mieter abhängen.

In diesem Bereich erfüllt das Amt besonders zwei Aufgaben:

- Mieterwechsel (etwa 1000 pro Jahr) und Auszahlung der Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die Anspruchsberechtigten. Die kantonalen Beiträge zur Senkung der Mietzinse beliefen sich auf 5 031 568 Franken, während die Gemeindebeiträge 2 206 534 Franken betragen;
- Kontrolle der persönlichen und finanziellen Lage der Bezügerinnen und Bezüger von Bundesleistungen (etwa 9500 Wohnungen). Aufgrund dieser Kontrollen wurde eine gewisse Zahl von Beiträgen gekürzt oder gestrichen.

4. Kontrolle der gewährten Beiträge

Bei Gebäuden, die aufgrund des Bundesratsbeschlusses vom 30. Juni 1942 betreffend Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot und zur Förderung des Wohnungsbaus, des Bundesbeschlusses vom 8. Oktober 1947 über Massnahmen zur Förderung der Wohnbautätigkeit und der verschiedenen Gesetze zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten erstellt wurden, sind die Eigentümer verpflichtet, die staatlichen Beiträge zurückzuzahlen, falls sie beim Verkauf ihrer Liegenschaft einen Gewinn erzielen. 2006 gaben sieben Liegenschaftsverkäufe Anlass zur Rückerstattung von Subventionen. Der Gesamtbetrag dieser Rückerstattungen belief sich auf 46 543 Franken. Die Anteile von Bund und Gemeinden wurden zurückbezahlt.

5. Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Das Bundesgesetz vom 20. März 1970 über die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten ermöglicht es dem Amt, Eigentümern, die ihre Wohnung renovieren wollen, nichtrückzahlbare Darlehen zu gewähren. Eine Finanzhilfe wird gewährt, wenn die renovierungsbedürftige Wohnung in einem Berggebiet gemäss eidgenössischem landwirtschaftlichem Produktionskataster liegt, von einer Familie in bescheidenen Verhältnissen bewohnt wird und es sich um wertvermehrnde Arbeiten handelt.

Eine Finanzhilfe wurde 2006 im Greyerzbezirk zugesprochen. Mehrere Gesuche werden zurzeit geprüft.

Eine Abrechnung eines Gebäudes, für dessen Sanierung Beiträge von insgesamt 40 000 Franken geleistet wurden, ist genehmigt worden.

6. Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen

Die drei Schlichtungsstellen behandelten im Berichtsjahr 868 Anfechtungen. Diese Einsprachen, die hauptsächlich den Mietzins, die Nebenkosten und den Kündigungsschutz betrafen, wurden wie folgt geregelt:

Einigung	661	(76 %)
Keine Einigung	108	(13 %)
Entscheide über Kündigungsschutz und Mietzinshinterlegung	37	(4 %)
Nichteintreten, Rückzug	52	(6 %)
An das Schiedsgericht weitergeleitete Fälle	10	(1 %)
	<hr/>	
	868	(100 %)
Ende 2006 noch hängige Fälle	111	

7. Baulandreserven

Im Jahr 2006 wurden keine Gesuche um Staatsgarantien für Baulandreserven gemäss Dekret vom 11. Mai 1977 betreffend Baulandreserven gestellt.

8. Verkauf von Grundstücken an Ausländer

Gemäss Artikel 25 des Gesetzes vom 26. September 1985 über die Sozialwohnbauförderung werden die Mietzinse der Liegenschaften, die Personen im Ausland gehören, durch das Wohnungsamt festgelegt. 2006 wurde dem Amt kein Gesuch in diesem Bereich gestellt.

9. Kantonale Wohnungskommission

Die kantonale Wohnungskommission wurde mit Beschluss des Staatsrats vom 20. April 1993 gebildet. Ihre Aufgaben beinhalten vor allem die Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, die Überwachung der Mietzinse und die Förderung von Initiativen, mit denen Wohnraum zu günstigen Mietzinsen oder Kaufpreisen angeboten werden kann. Die Kommission hielt im Berichtsjahr keine Sitzung ab.

Amt für Berufsbildung

1. Allgemeines

Mit Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung am 1. Januar 2004 müssen die rund 325 Ausbildungsreglemente angepasst oder revidiert werden. Im Jahr 2006 sind zwölf Verordnungen über die berufliche Grundbildung (neue Bezeichnung der Ausbildungsreglemente) in Kraft getreten.

Ein Vorentwurf eines kantonalen Gesetzes über die berufliche Grund- und Weiterbildung wurde ausgearbeitet und wird im Jahr 2007 in die Vernehmlassung gehen.

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat, gestützt auf das Bundesgesetz über die Berufsbildung, Beiträge an verschiedene Projekte geleistet, die ein gemeinsames Ziel verfolgen: die Erhöhung des Lehrstellenangebots. Das Amt für Berufsbildung konnte so in enger Zusammenarbeit mit seinen öffentlichen und privatwirtschaftlichen Partnern seit 2004 zur Schaffung von rund 300 zusätzlichen Lehrstellen beitragen.

Das Amt für Berufsbildung und vier Berufsfachschulen, die ihm zugewiesen sind, haben ihre Leistungen im Rahmen des Projekts «Analyse der staatlichen Leistungen» überprüft.

Im April 2006 publizierte das Amt seine neue Website, die umfassend über seine Aktivitäten informiert.

Die Vereinigung des Kantonalen Berufsbildungszentrums unterbreitete am 22. September 2006 ein Gesuch um Baubewilligung für die Erweiterung des Standorts «Hinter den Ringmauern» in Freiburg. Der Baubeginn ist im Laufe des Sommers 2007 vorgesehen.

2. Kantonale Kommission für Berufsbildung

Die Kantonale Kommission für Berufsbildung hat zwei Sitzungen mit folgenden Schwerpunkten abgehalten: Ernennung der Mitglieder der Lehraufsichtskommissionen, Vorentwurf des neuen Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung, Lohnempfehlungen und Einführung einer neuen zweijährigen Lehre.

3. Berufliche Grundbildung / Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung

	Verträge		Fähigkeitszeugnisse/ Ausweise	
	2005	2006	2005	2006
Berufsmaturität			347	327
Berufslehre	5 833	6 617	1 640	1 543
Art. 32 BBV	117	60	63	38

	Verträge		Fähigkeitszeugnisse/ Ausweise	
	2005	2006	2005	2006
Praktische Ausbildung	23	17	15	10
Anlehre	166	59	85	105
Vorlehre	41	33		
Vorkurs	220	163		
Integrationskurs	73	72		
Total	6 632	7 163	2 150	2 023

4. Überbetriebliche Kurse

Im Schuljahr 2005/2006 besuchten 6870 Lehrfrauen und -männer die überbetrieblichen Kurse im Kanton.

5. Berufsorientierte Weiterbildung

Im Schuljahr 2005/2006 nahmen 1896 Personen an beruflichen Weiterbildungskursen teil, die von kantonalen Verbänden oder Institutionen organisiert wurden. 510 Personen besuchten ausserkantonale Kurse.

Das Weiterbildungs- und Informatikzentrum (WIZ) registrierte 1882 Kursanmeldungen und zwar: 630 für Informatikkurse, 498 für Marketingkurse, 175 für Kurse im Bereich Industrie und Gewerbe, 298 für Kurse in Personalverwaltung, 141 für Sprachkurse und 140 für Pädagogikkurse.

6. Beruflicher Unterricht

a) Personen in Ausbildung

Ausbildungsstätten	Klassen	Personen in Ausbildung		Total
		Französisch	Deutsch	
GIBS Freiburg	272	2 196	819	3 015
KBS Freiburg	62	598	378	976
Lehrwerkstätten				
Freiburg	25	295	56	351
GKBS Bulle	67	983		983
ESSG Posieux	11	159	8	167
Andere Schulen/ Institute	–	474	11	485
Ausserkantonale Kurse	–	702	661	1 363
Total	426	5 407	1 933	7 340

Das Total von 7340 Personen fällt höher aus als die unter Ziffer 3 erwähnte Gesamtzahl, da auch die ausserhalb des Kantons abgeschlossenen Lehrverträge mit einberechnet wurden.

b) *Lehrpersonal*

Gewerbliche und Industrielle		
Berufsschule (GIBS)	Freiburg	235
Kaufmännische Berufsschule (KBS)	Freiburg	64
Lehrwerkstätten (LWF)	Freiburg	58
Gewerbliche und Kaufmännische		
Berufsschule (GKBS)	Bulle	69
Berufsfachschule Soziales-		
Gesundheit (ESSG)	Posieux	24
Total Lehrpersonal		450

7. Gewerbebibliothek – Zentrum pädagogischer Bezugsquellen für Schulen

Um weiterhin ein leistungsfähiges pädagogisches Hilfsmittel zur Verfügung stellen zu können, baute die Gewerbebibliothek ihre Dienstleistungen weiter aus. Sie erwarb 1080 neue Titel und lieh 6397 Werke aus. Gemäss Statistik besuchten 165 Berufsschulklassen und 17 290 Einzelpersonen die Bibliothek. 796 neue Leser haben sich im Laufe des Jahres angemeldet.

Die Bibliothek mit dem Zentrum pädagogischer Bezugsquellen der Gewerblichen und Kaufmännische Berufsschule von Bulle zählte 2307 Ausleihen, 410 Käufe von Werken und Unterlagen sowie 5852 Besucherinnen und Besucher. Am 31. Dezember 2006 waren 1092 Leserinnen und Leser registriert.

8. Gebäude der Lehrwerkstätten

Der Bau der neuen Lehrwerkstätten, der den Abriss des Troller-Gebäudes am Chemin du Musée 2 bedeutet, sollte im Frühjahr 2007 begonnen werden, hängt aber vom Ausgang eines Beschwerdeverfahrens vor dem Verwaltungsgericht ab. Die Werkstätten des Instituts, die sich zurzeit im Troller-Gebäude befinden, werden für die Dauer der Bauarbeiten, das heisst bis Sommer 2009, in die Räumlichkeiten des Zeughauses von Freiburg verlegt.

9. Berufsfachschule Soziales – Gesundheit

Die neue Berufsfachschule Soziales-Gesundheit (ESSG) wurde im September 2006 eingeweiht. Sie wird auf den 1. Januar 2007 von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport an die Volkswirtschaftsdirektion übertragen.

Seit Schulbeginn 2006 besuchen 136 Personen die Ausbildung zum/zur Fachangestellten Gesundheit (Bereich Gesundheit) in Form einer Praktikumsschule und 31 Personen die Ausbildung zum/zur Fachangestellten Betreuung (Bereich Soziales) in Form einer dual-degressiven Lehre.

Fachhochschule Freiburg für Technik und Wirtschaft (FHF-TW)

1. Tertiäre Bildung auf Hochschulstufe: Allgemeiner Kontext

Um einerseits dem zunehmenden Studentenbestand (knapp 170 000 Studierende zu Beginn des Studienjahrs 2006/2007) gewachsen zu sein und andererseits den steigenden Bedarf an Ressourcen in den Griff zu bekommen, müssen sich die universitären Hochschulen, das heisst, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH), die universitären Hochschulen (UHS) und die Fachhochschulen (FHS), ständig weiterentwickeln: Sie nähern sich an, verteilen die Aufgaben um, suchen nach externen Finanzierungsquellen usw. und arbeiten damit bereits an der Umsetzung der Leitlinien des Berichts zur Neuordnung der schweizerischen Hochschullandschaft (Bern im Oktober 2004). Die Frage der Finanzierung der Hochschulen durch die öffentliche Hand bleibt ein brandaktuelles Thema und wurde beim Verfassen der BFI-Botschaft 2008-2011 (Bildung, Forschung und Innovation) heftig diskutiert.

1.1 FH

Immer mehr Jugendliche entschliessen sich zum Besuch einer FH nach Abschluss einer Lehre mit Berufsmaturität oder nach Abschluss einer klassischen Maturität verbunden mit einem einjährigen Praktikum. Die Anziehungskraft der FH kann einerseits auf die Praxisorientierung des Studiums und andererseits auf die ausgezeichneten Aussichten der Studienabgängerinnen und -abgänger auf dem Arbeitsmarkt zurückgeführt werden. Eine Ende 2006 publizierte Studie des Bundesamts für Statistik mit der Bezeichnung «Akademikerinnen und Akademiker auf dem Arbeitsmarkt» zeigt, dass im Vergleich zu den Studienabsolventen anderer Hochschulen die FH-Diplomanden beneidenswerte Aussichten bezüglich Tätigkeitsgebiet, hierarchische Position, Karrierechancen und Beschäftigungs- und Lohnbedingungen haben.

1.2 FH-Westschweiz

Die Fachhochschule Westschweiz (FH-Westschweiz, HES-SO) bleibt die grösste der sieben öffentlichen FH der Schweiz. Sie zählt über 12 000 Studierende und bietet Bachelorstudien in knapp vierzig verschiedenen Studiengängen an, die in sechs Ausbildungsbereiche eingeteilt und auf etwa dreissig Standorte verteilt sind. Ein Masterstudiengang in Film und ein Masterstudiengang in Architektur vervollständigen das Angebot. Im Jahr 2006 wurde ferner die Integration des Bereichs «Musik und Theater» weitergeführt.

Die 2005 angekündigte Umstrukturierung der FH-Westschweiz wurde 2006 abgeschlossen. Dadurch wird eine Führung nach Bereich sichergestellt (vertikale Dimension), und gleichzeitig werden den Kantonen bestimmte Vorrechte und ein gewisser Handlungsspielraum eingeräumt (horizontale Dimension). Bezüglich der Kommunikation

tragen die kantonalen FH künftig die Bezeichnung HES-SO Genève, HES-SO Freiburg, HES-SO Wallis usw. und bekräftigen so symbolisch ihre Zusammengehörigkeit.

Die Ausarbeitung der gemeinsamen FH-Westschweiz-Vereinbarung, die ab 2008 das geltende FH-WS-Konkordat aus dem Jahre 1997 und die FH-S2-Vereinbarung von 2001 ersetzen soll, ist bereits weit vorangeschritten.

Zum Schluss wird die FH-Westschweiz, wie alle FH, ab 2007 die ersten Akkreditierungsschritte beim Bund unternehmen. Die Akkreditierung stellt die logische Fortsetzung der «Peer Reviews» dar, die vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie 2001 und 2003 organisiert wurden und die in der Genehmigung des Bundes zur Führung einer FH mündeten.

2. Lokaler Kontext: Entwicklung der FHF-TW

2.1 FHF-TW

Ein Vorentwurf eines Gesetzes über die HES-SO Freiburg wurde im Jahr 2006 ausgearbeitet und wird im Jahr 2007 in die Vernehmlassung gegeben.

Um die Einführung der im Vorentwurf des Gesetzes vorgesehenen zentralen Dienste (Finanzen, Informatik, Personal und Kommunikation) zu begünstigen, war ein Führungsausschuss der HES-SO Freiburg bereits im Berichtsjahr im Einsatz. Unter dem Vorsitz des Generaldirektors der FHF-TW besteht dieser aus den Direktionen der Hochschule für Technik und Architektur, der Hochschule für Wirtschaft, der Hochschule für Gesundheit, der Fachhochschule Freiburg für soziale Arbeit, der Musikhochschule, dem Verantwortlichen für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und den Leitern der zentralen Dienste der FHF-TW.

Im Hinblick darauf, dass die Schulen der künftigen HES-SO Freiburg (mit Ausnahme der MHS) demnächst über einen gemeinsamen Informatikdienst verfügen werden, wurde eine Informatikkommission der HES-SO Freiburg gebildet.

Die FHF-TW hat mit Erfolg das Zertifizierungsaudit ISO 9001:2000 bestanden. Nach dreijährigen Anstrengungen verfügt sie nun über ein modernes Managementsystem, das für die zahlreichen Herausforderungen gewappnet ist, mit denen es ständig konfrontiert wird. Weitere Schulen der künftigen HES-SO Freiburg bereiten mit Unterstützung der Spezialisten der FHF-TW ebenfalls ihre ISO-Zertifizierung vor.

2.2 HTA-FR

Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg hat ihr Leitbild überarbeitet und ihre Grundwerte neu definiert, indem sie ihre Hauptaufgabe, nämlich die Bachelor- und Masterausbildung in Technik und Architektur, wieder in den Mittelpunkt des Interesses stellte.

Verschiedene Aktionen wurden durchgeführt, darunter die Verfassung eines Studienführers, die Gründung einer Stu-

dentenvereinigung, die Einführung eines Ideenkastens, die Publikation eines monatlichen Briefs der Direktion sowie die Organisation eines wöchentlichen «Café scientifique», das den Austausch zwischen Personen aus den verschiedenen Studiengängen und Abteilungen fördert.

Die HTA-FR hat ihr Angebot bezüglich der Zweisprachigkeit ausgebaut: Ab dem Studienjahr 2006/2007 wird der Studiengang Chemie auch zweisprachig auf Deutsch und Französisch angeboten. Dadurch bieten drei der acht Studiengänge der HTA-FR ihren Studierenden die Möglichkeit, ein zweisprachiges Diplom zu erlangen.

2.3 HSW-FR

Die Hochschule für Wirtschaft Freiburg hat die Einführung der Bachelorstudien für die Ausbildung in Betriebsökonomie fortgesetzt. Die Nachdiplomkurse verzeichnen nach wie vor einen grossen Erfolg, doch die Konkurrenz stark subventionierter Schulen macht sich bemerkbar. Die Nachdiplomstudien, die angewandte Forschung und die Aufträge haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen und erlaubten es der HSW-FR, im Jahr 2006 Einnahmen von knapp zwei Millionen Franken zu erzielen. Die Schule zählt insgesamt über 400 Studierende in allen Ausbildungsgängen.

Die HSW-FR hat sich im Jahr 2006 durch die Organisation des internationalen Kongresses über das Unternehmertum und die KMU ausgezeichnet. Dieser Kongress hat alle Versprechen eingehalten: 170 Spezialisten aus fünfzehn verschiedenen Ländern nahmen teil und 111 wissenschaftliche Referate und zehn runde Tische fanden statt.

Ausserdem wurde die HSW-FR durch eine Veröffentlichung der Universität St. Gallen geehrt, denn ihrem Bericht der Swiss Survey on Collegiate Entrepreneurship 2006 zufolge steht die HSW-FR an der Spitze aller Schweizer Universitäten und FH, was die Fähigkeit der Studierenden zur Gründung ihres eigenen Unternehmens betrifft.

3. Aufgaben der FHF-TW

Die Fachhochschulen haben vier grundlegende Aufgaben zu erfüllen: Ausbildung, berufliche Weiterbildung, Forschung&Entwicklung/Dienstleistungen für Dritte sowie Zusammenarbeit mit anderen in- und ausländischen Institutionen. Die berufliche Weiterbildung und die Dienstleistungen für Dritte müssen selbsttragend sein. Was die Aufgabe der Forschung und Entwicklung betrifft, sind alle FH verpflichtet, den Anteil Dritter an der Finanzierung von Forschungsprojekten zu steigern. Für die FH-Westschweiz sollte sich dieser Anteil ab 2008 auf 50 % belaufen. In den Bereichen «Ingenieurwissenschaften» und «Wirtschaft und Dienstleistungen» ist diese Vorgabe aber nicht selbstverständlich und in den anderen Bereichen (Architektur, Gesundheit, Sozialarbeit, Musik) nur schwer zu erfüllen oder schlicht unerreichbar.

Ab dem Studienjahr 2006/2007 bieten die beiden Schulen der FHF-TW Grundausbildungen nach dem Bologna-Modell an (Bachelorstudiengänge). Die HTA-FR bietet aus-

serdem einen Teil des Masterstudiengangs in Architektur an, während der Rest der Ausbildung von der HES-SO Genf und der Berner Fachhochschule (Standort Burgdorf) angeboten wird.

Die angewandte Forschung und Entwicklung (aF&E) nimmt seit 2005 einen günstigen Verlauf. Das Ziel, den Finanzierungsanteil von Dritten auf 50 % zu steigern, hat die FHF-TW bereits erreicht.

In die regelmässigen Treffen zwischen dem Direktionsrat der FHF-TW und dem Rektorat der Universität Freiburg wurde auch der Direktionsrat der HES-SO Freiburg einbezogen. An diesen Treffen sollen die potentiellen Synergien zwischen den beiden Hochschulen ausgelotet werden, um die spezifischen Kompetenzen der beiden Einrichtungen bestmöglich zu nutzen und auch von einer schweizweit einzigartigen Situation zu profitieren: nämlich der Perolles-Ebene.

3.1 HTA-FR: Ausbildung

Während der Bestand der Studierenden in anderen Schulen stagnierte, nahmen die Bestände der HTA-FR weiter zu: 585 Studierende traten das Studienjahr 2006/2007 an (im Jahr 2005 waren es 565).

Der Studiengang in Informatik erreichte den ersten Platz im «Ranking SwissUp 2006» der FH-Ausbildungen in Informatik.

Im Bereich der Ingenieurwissenschaften (Maschinenbau, Elektrotechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien) wurden die Arbeiten an der Einführung eines koordinierten Masters zwischen den sieben Schweizer FH fortgesetzt, um ein gemeinsames Angebot an Theoriekursen zu definieren, die künftig an den drei Standorten Lausanne, Bern und Zürich angeboten werden. Gleiches ist auch für den Studiengang Chemie vorgesehen, der zurzeit mit seinen Schweizer Partnern in der Chemie und den Life Sciences entsprechende Vorbereitungen trifft. Die ersten Klassen werden voraussichtlich im Jahr 2008 eröffnet.

3.2 HSW-FR: Ausbildung

Die Ausbildung zur Betriebsökonomin oder zum Betriebsökonom fand im Studienjahr 2005/2006 mit dreizehn Parallelklassen statt, die insgesamt 300 Studierende zählten. Knapp 40 % der Studierenden sind Frauen, und die Aufteilung zwischen Deutsch- und Französischsprachigen ist ausgewogen.

Die HSW-FR bereitet sich auf die Organisation einer Masterausbildung ab 2008 vor und arbeitet hierfür mit den anderen HSW der FH-Westschweiz und den Deutschschweizer HSW zusammen.

3.3 HTA-FR: Berufliche Weiterbildung

Die Abteilung für Bau und Umwelt der HTA-FR stellte ein «Certificate of Advanced Studies» im Bereich des erdbebensicheren Bauens auf. Das Kursangebot wurde in Zusammenarbeit mit dem Studiengang für Tiefbau der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Lausanne (EPFL) aufgestellt. Diese Abteilung bietet ausserdem ein

«Master of Advanced Studies» im Bereich Immobilienbegutachtung in Zusammenarbeit mit der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg und der Abteilung für Architektur der EPFL an.

Das Nachdiplomstudium in Informations- und Kommunikationstechnologien, das von den Ingenieurschulen der FH-Westschweiz zusammengestellt wurde, ist als «Master of Advanced Studies» anerkannt worden. Das Ausbildungsprogramm konzentriert sich auf die Webtechnologien, die Sicherheit und die mobilen Anwendungen.

Die HTA-FR war 2006 wie in den vergangenen Jahren für den Unterricht der Technologiemodule des MBA-Programms des Internationalen Instituts für Management in Technologie zuständig.

Die HTA-FR beteiligte sich an der Organisation verschiedener Wissenschaftstage, Seminare und Generalversammlungen.

3.4 HSW-FR: Berufliche Weiterbildung

Die Nachdiplomstudien der HSW-FR werden von etwa 100 Studierenden besucht. Seit knapp zehn Jahren kennen die Nachdiplomkurse in Betriebswirtschaft für Führungskräfte (auf Deutsch und Französisch) wie auch die Nachdiplomkurse in Ökologie einen ungebrochenen Erfolg. Die 8. Auflage des dreisprachigen Nachdiplomstudiums (Integrated Management, Executive MBA) begann im März 2006 mit rund zwanzig Studierenden.

3.5 HTA-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Im Jahr 2006 erzielte dieser Bereich einen Umsatz von 6,9 Millionen Franken. 80 % des Umsatzes wurden durch Forschungsprojekte und 20 % durch Dienstleistungen für Dritte erwirtschaftet. Die Finanzierung wird zu 48 % durch Fremdkapital, zu 34 % durch die FH-Westschweiz und zu 18 % durch andere Mittel (KTI, Stiftungen usw.) sichergestellt. 190 Projekte wurden realisiert, 132 davon im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung und 58 im Bereich der Dienstleistungen für Dritte. Zwei Projekte wurden mit ausländischen und 27 mit Freiburger Partnern durchgeführt. Insgesamt 116 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Studierende arbeiteten voll- oder teilzeitlich an diesen Projekten, was 58 Vollzeitstelleneinheiten entspricht; 50 Dozierende begleiteten oder leiteten diese Projekte im Umfang von 7,6 Vollzeitstelleneinheiten. Dies bedeutet, dass die Dozierenden 16,6 % ihrer Aktivität der Forschung widmen, während dieser Anteil an den Universitäten 50 % beträgt. Dieser Anteil von 16,6 % entspricht dem Schweizer Durchschnitt, der bis 2008 gemäss den Wünschen der Schweizer FH-Konferenz 20 % erreichen sollte.

Am Tag der Forschung der FH, den die HTA-FR für die gesamte FH-Westschweiz organisierte, wurde der Nutzen der Fachhochschulforschung für die Wirtschaft und die Fachhochschulen im Allgemeinen thematisiert.

Die Dozierenden der HTA-FR hielten rund zehn Vorträge an nationalen oder internationalen Konferenzen. 47 Artikel

wurden in Fachzeitschriften oder Konferenzakten veröffentlicht.

Im Laufe des Jahres wurden rund zwanzig grössere Konferenzen an der HTA-FR organisiert.

Im Jahr 2006 veröffentlichte die FHF-TW ihren zweiten Tätigkeitsbericht über die aF&E. Darin werden die Tätigkeiten der Kompetenzzentren vorgestellt: Projekte, Aufträge, Veranstaltungen, Veröffentlichungen usw. Zwei Projekte eines jeden Kompetenzzentrums wurden im Detail beschrieben; jeweils eines davon ist das Projekt einer Studentin oder eines Studenten für die Diplomarbeit. Dieser aF&E-Bericht wurde von Partnern in der Industrie finanziert.

3.6 HSW-FR: Forschung und Entwicklung sowie Dienstleistungen für Dritte

Im Berichtsjahr wurden rund zwanzig Forschungsprojekte und Dienstleistungen für Dritte für einen Betrag von etwa 800 000 Franken durchgeführt. Die wichtigsten Projekte wurden für den Kanton Freiburg ausgeführt und beinhalteten die Führung mit Leistungsauftrag und die Leistungsanalyse beim Staat.

3.7 HTA-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Das mit dem Departement für Informatik der Universität Freiburg eingeführte Bachelor-Master-Brückenangebot ist im Einsatz und wird von neun Diplomanden des Studiengangs Informatik und Telekommunikation genutzt, die ihre Ausbildung an der Universität fortsetzen.

Der Studiengang Chemie unterhält bereits seit vielen Jahren enge Kontakte zur Fachhochschule von Offenburg (D). In diesem Rahmen fand im September zum zweiten Mal in Folge ein Austauschprogramm statt mit dem Ziel, die Mobilität und die Sprachkenntnisse der Studierenden beider Schulen zu fördern und ihnen die Kultur der anderen Schule näher zu bringen.

34 Studierende der HTA-FR haben ihre Diplomarbeit an ausländischen Universitäten mit Erfolg abgeschlossen: USA (6), Kanada (16), Mexiko (3), Burkina Faso (1), Griechenland (2), Norwegen (2), Frankreich (3) und Italien (1). Dies entspricht 24,3 % aller Diplomandinnen und Diplomanden.

Zwanzig ausländische Studierende absolvierten im Rahmen ihrer Bachelor- bzw. Masterarbeit oder ihrer Doktorarbeit einen Austauschaufenthalt in Freiburg.

Die internationalen Kontakte werden dank der ständigen Akquisitionstätigkeit der Dozierenden regelmässig ausgebaut. 28 von ihnen reisten ins Ausland, um eine Diplomarbeit vorzubereiten oder die Grundlagen für eine künftige Zusammenarbeit zu legen, während elf ausländische Dozierende von der HTA-FR empfangen wurden. Vereinbarungen zur Zusammenarbeit wurden abgeschlossen mit der Universität Rhode Island in den USA, der Ecole Nationale Supérieure de Mécanique et d'Aérotechnique in Frankreich, der EIER-ETSHER-Gruppe in Burkina Faso und dem Polytechnikum in Montreal, Kanada.

3.8 HSW-FR: Nationale und internationale Zusammenarbeit

Der internationale Kongress der Frankophonie über das Unternehmertum und die KMU (CIFEPME), der rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und etwa vierzig Universitäten zusammenführte, war das grösste internationale Ereignis, das es der HSW-FR erlaubte, ihre Kontakte mit dem Ausland zu pflegen und ihre Bekanntheit auf dem internationalen Parkett zu vergrössern.

Vertreten durch ihren Direktor schloss sich die HSW-FR einer Freiburger Delegation von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft an, die im August 2006 nach China reiste. Die geknüpften Kontakte werden es der Schule erlauben, ihre Beziehungen mit den Institutionen dieses Landes weiterzuentwickeln.

Hauptsächlich mit der Universität von Trier (D) und der Ecole de management von Grenoble (F) wurde für die Nachdiplomkurse in Betriebswirtschaft zusammengearbeitet und mit der Universität von Québec in Trois-Rivières (Kanada) für die Nachdiplomkurse und -studien in «Entreprise horizontale». Vereinbarungen zur Zusammenarbeit wurden 2006 mit der Universität von Vermont in Burlington in den USA und der Universität von Monterrey in Mexiko in die Wege geleitet.

4. Andere Ereignisse

Am 16. Juni 2006 nahmen etwa 3000 hauptsächlich jugendliche Personen an der ersten Ausgabe von «Campus Fever» teil, einer auf Anstoss der Studierenden der Abteilung für Informations- und Telekommunikationstechnologien organisierten Feier.

Am 4. Oktober 2006 war die HTA-FR Schauplatz des zweiten Unternehmerforums, das von den Ingenieurschulen der FH-Westschweiz gemeinsam organisiert wird. Dieses Forum soll künftigen Ingenieurinnen und Ingenieuren und ihren potentiellen Arbeitgebern die Gelegenheit bieten, im Hinblick auf eine Stellenbewerbung miteinander Kontakt aufzunehmen. Rund hundert Unternehmen nahmen daran teil.

Die Tage der offenen Tür und die Ausstellung der Diplomarbeiten fanden am 1. und 2. Dezember 2006 statt. Sie erlaubten es den Absolventinnen und Absolventen, ihre Diplomarbeiten vorzustellen, und boten der Freiburger Bevölkerung die Gelegenheit, den Reichtum und die Vielfalt der Aktivitäten der HTA-FR zu entdecken.

Am 4. und 5. Dezember organisierte die HTA-FR zusammen mit der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg zum sechsten Mal in Folge WINS-Praktika für Gymnasiastinnen in wissenschaftlichen und technischen Berufen. Mit diesen Praktika sollen junge Frauen vermehrt für Ausbildungen im Bereich der Technik und der Naturwissenschaften gewonnen werden. Über hundert Teilnehmerinnen nutzten die Gelegenheit, um sich während einem oder zwei Tagen in beiden Bildungsstätten einen Einblick in die praktischen Arbeiten dieser Bereiche zu verschaffen.

5. Die FHF-TW in Zahlen 2005/2006 und 2006/2007

5.1 Personalstatistik HTA-FR + HSW-FR à FHF-TW

	HTA-FR ¹		HSW-FR		FHF-TW	
	05/06	06/07	05/06	06/07	05/06	06/07
Lehrpersonal						
Vollzeit	56	57	8	4	64	61
Teilzeit	61	60	27	26	88	86
Total	117	117	35	30	152	147
Wissenschaftliche und technische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter						
Vollzeit	74	65	6	6	80	71
Teilzeit	19	22	3	4	22	26
Total	93	87	9	10	102	97
Verwaltung und Direktion						
Vollzeit	9	10	1	3	10	13
Teilzeit	8	9	8	6	16	15
Total	17	19	9	9	26	28
Lehrfrauen und Lehrlinge						
	22	22	–	–	22	22
Gesamttotal						
Vollzeit	161	154	15	13	176	167
Teilzeit	88	91	38	36	126	127
Total	249	245	53	49	302	294

¹ einschl. Bautechnische Schule (BTS)

5.2 Statistik der Studierenden

Studienjahr 2005/2006 (2006/2007 für die BTS)

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	Master	Total	Diplome 2006
HTA-FR							
Architektur	37	34	26		6	103	28
Chemie	33	11	13			57	12
Bauingenieurwesen	14	16	8			38	8
Informatik	29	22	28			79	26
Telekommunikation	28	18	19			65	17
Elektrobau	63	44	–			145	–
Elektronik	–	–	19			–	15
Elektrotechnik	–	–	19			–	17
Maschinenbau	35	24	16			75	16
<i>Total HTA-FR</i>	<i>239</i>	<i>169</i>	<i>148</i>		<i>6</i>	<i>562</i>	<i>139</i>
HSW-FR							
Betriebswirtschaft (Vollzeitstudium)	31	68	33	–		132	24
Betriebswirtschaft (berufsbegleitendes Studium)	71	32	46	18		167	13
<i>Total HSW-FR</i>	<i>102</i>	<i>100</i>	<i>79</i>	<i>18</i>		<i>299</i>	<i>37</i>
BTS							
Bauführung	18	19	14			51	9
Total FHF-TW	359	288	241	18	6	912	185
<i>Davon auf FH-Stufe</i>	<i>341</i>	<i>269</i>	<i>227</i>	<i>18</i>	<i>6</i>	<i>861</i>	<i>176</i>

5.3 Statistik nach Herkunft (Kantone, Ausland)

	HTA-FR	HSW-FR	BTS
Freiburg	317	224	17
Bern	19	41	4
Genf	9	–	–
Jura	14	2	5
Neuenburg	19	–	3
Tessin	59	2	–
Waadt	53	20	12
Wallis	20	2	9
Andere Kantone	11	8	1
Ausland	41	–	–

6. Bautechnische Schule (BTS)

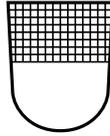
Die BTS ist eine höhere Fachschule (HFS) auf nichtuniversitärer Tertiärstufe. Die HFS spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von Spezialisten, die aus der Praxis kommen. Neben dem Angebot an Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen bieten die HFS die Möglichkeit, sich die nötigen Kompetenzen anzueignen, um technische und administrative Verantwortung zu übernehmen.

Die HFS vergeben zurzeit etwa 4000 Diplome pro Jahr. Die Integration der Bereiche Gesundheit, Soziales und Kunst wird voraussichtlich die Zahl der ausgestellten Diplome in den kommenden Jahren verdoppeln.

Die Statistik der Studierenden der BTS befindet sich in den oben stehenden Tabellen unter 5.2 und 5.3.

7. Stand der Stipendienfonds

Fonds/Stiftung	Stand in CHF am	
	31.12.2005	31.12.2006
Stiftung Habricht del Soto	35 648.80	36 361.80
Fonds James Daler	70 956.70	72 375.85
Fonds Frédéric Broillet, Kunstmaler	52 523.35	53 573.80
Fonds Ampelio Regazzoni, Bildhauer	19 327.95	19 714.50
Fonds Placide Perroset	8 161.30	8 324.55
Fonds J.-B. Zbinden	4 324.75	4 411.25
Stiftung Krankenkasse der Ingenieurschule	86 374.06	88 101.56



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Direktion für Gesundheit
und Soziales

Inhaltsverzeichnis

Direktion	3	VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)	28
1. Gesetzgebung	3	1. Personal	28
2. Personal	3	2. Tätigkeiten	29
3. Tätigkeiten	3	3. Statistik	30
Gesundheit	5	VII. Kantonales Laboratorium (KL)	30
I. Amt für Gesundheit (GesA)	5	1. Personal	30
1. Personal	5	2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums ..	31
2. Allgemeine Tätigkeit	5	3. Tätigkeit im Jahr 2006 – das Wesentliche in Kürze	31
3. Berufe des Gesundheitswesens	6	4. Verzeigungen	34
4. Spitäler	7	Sozialfürsorge	35
5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte	8	I. Sozialvorsorgeamt (SVA)	35
6. Spitalplanung	9	1. Personal	35
7. Hilfe und Pflege zu Hause	9	2. Tätigkeiten	35
8. Gesundheitsförderung und Prävention (siehe II. Kantonsarztamt, Ziffer 3)	10	II. Kantonales Sozialamt (KSA)	40
9. Tätigkeit des Kantonsapothekers	11	1. Personal	40
10. Krankenversicherung	11	2. Hilfe an bedürftige Personen	40
11. Schülerunfallversicherung	12	3. Hilfe an Opfer von Straftaten	43
II. Kantonsarztamt (KAA)	13	4. Hilfe an Asylsuchende, Flüchtlinge und an Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE-Personen)	44
1. Personal	13	5. Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen	47
2. Allgemeine Tätigkeiten	13	III. Jugendamt (JugA)	49
3. Spezifische Tätigkeiten	13	1. Mandate und Personal	49
III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)	15	2. Allgemeine Tätigkeit	50
1. Personal	15	3. Tätigkeiten der Sektoren	50
2. Tätigkeiten	15		
IV. Psychosozialer Dienst (PSD)	17		
1. Personal	17		
2. Haupttätigkeiten	17		
3. Weitere Tätigkeiten	24		
V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)	25		
1. Personal	25		
2. Haupttätigkeiten	25		
3. Weitere Tätigkeiten	27		
4. Publikationen	28		
5. Statistik	28		

Direktion

1. Gesetzgebung

Folgende Gesetze, Dekrete, Verordnungen und Reglemente wurden im Jahr 2006 im Zuständigkeitsbereich der Direktion für Gesundheit und Soziales erlassen (in chronologischer Reihenfolge):

Jugendgesetz (JuG) vom 12. Mai 2006.

Gesetz vom 12. Mai 2006 zur Aufhebung des Gesetzes betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung.

Gesetz vom 12. Mai 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen.

Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (FSNG).

Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit (PGG).

Dekret vom 5. Oktober 2006 über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für die Ausführung des Projekts Bertigny III des Kantonsspitals.

Bericht vom 5. Oktober 2006 zum Postulat Nr. 249.04 Anne-Claude Demierre/Jean-Jacques Collaud zur Einführung eines einzigen massgebenden Einkommens (EME) für kantonale Sozialleistungen.

Dekret vom 3. November 2006 über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung von Gebäuden und Strassen des Kantonsspitals.

Gesetz vom 3. November 2006 zur Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung der öffentlich-rechtlichen Stiftung «Bellevue» für psychisch und geistig behinderte Personen und über ein Baurecht zu Gunsten der Stiftung «Horizon-Sud».

Reglement vom 10. Januar 2006 über die Hilfe und Pflege zu Hause (HPfIR).

Verordnung vom 10. Januar 2006 über die Versicherten mit Anspruch auf Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Verordnung vom 31. Januar 2006 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen den öffentlichen Spitälern und santésuisse über ambulante Leistungen (ausserhalb TAR-MED) in Spitälern sowie des Anhangs I dieser Vereinbarung.

Verordnung vom 9. Februar 2006 über die Einsatzzeiten der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause.

Verordnung vom 13. Juni 2006 über die Höhe der Pauschalentschädigung im Bereich Hilfe und Pflege zu Hause.

Verordnung vom 5. Juli 2006 über die Vergütung ausstehender Krankenversicherungsprämien an die Gemeinden.

Verordnung vom 12. Juli 2006 zur Änderung der Verordnung über die schulärztliche Betreuung im Kindergarten.

Verordnung vom 12. Juli 2006 zur Änderung der Verordnung über die schulärztliche Betreuung in der Primarschule.

Verordnung vom 23. August 2006 über die Bewertung und Einreihung subventionierter Funktionen.

Verordnung vom 19. September 2006 über die steuerlichen Auswirkungen der Einführung des Freiburger Spitalnetzes.

Verordnung vom 10. Oktober 2006 zur Genehmigung der Anhänge (Spitalpauschalen 2006) zu den Vereinbarungen zwischen santésuisse und den öffentlichen Spitälern des Kantons Freiburg über die Spitalbehandlung in der allgemeinen Abteilung.

Verordnung vom 10. Oktober 2006 zur Genehmigung der Vereinbarung vom 8. Mai 2006 zwischen santésuisse und der Vereinigung Freiburgischer Alterseinrichtungen (Pflege in Tagesstätten).

Verordnung vom 10. Oktober 2006 zur Genehmigung der Vereinbarung zwischen santésuisse und einzelnen unterzeichnenden Ärztinnen und Ärzten über paramedizinische Leistungen in der Arztpraxis.

Verordnung vom 5. Dezember 2006 über die Errichtung eines kantonalen Sozialfonds.

Verordnung vom 5. Dezember 2006 über den Preis des Staates Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit.

2. Personal

Das dem Generalsekretariat der Direktion angeschlossene Personal umfasst einen Generalsekretär (100 %), eine Direktionsassistentin (100 %), eine Übersetzerin (80 %), einen juristischen Berater (100 %), eine wissenschaftliche Beraterin (60 %) und eine Sekretärin (50 %). Verstärkt wurde das Team durch einen Juristen, der im Rahmen eines Programms «Praktikum für junge Stellensuchende» beschäftigt wurde (100 %).

3. Tätigkeiten

Einleitung

Zahlreiche Tätigkeiten der Direktion waren Gegenstand von Pressekonferenzen oder Medienmitteilungen. Alle Informationen finden sich auf der Website der Direktion (www.admin.fr.ch/dsas). Diese wird regelmässig aktualisiert und enthält eine grosse Vielfalt an Informationen. Im Dezember 2006 erschien auch erstmals ein Informationsbulletin, das in 1800 Exemplaren herausgegeben wird. Es wird jährlich dreimal erscheinen und kann von der Website der Direktion heruntergeladen werden. Die Direktion will

den heutigen Erwartungen in Informationsbelangen entsprechen und mit einer breiten Öffentlichkeit kommunizieren.

Entschuldungsfonds

Die auf diesem Gebiet schon ergriffenen Massnahmen wurden ergänzt durch die Errichtung eines Entschuldungsfonds und die Ernennung einer Kommission, die über die Gesuche entscheidet. Die Fondsmittel dürfen höchstens 1,4 Millionen Franken betragen. Der Zweck des Fonds besteht in der Erteilung von Darlehen in Höhe von maximal 30 000 Franken. Die Kommission kann ein Darlehen gewähren, wenn die betreffende Person mit Hilfe eines Sozialdienstes ein detailliertes Schuldensanierungsbudget erstellt hat.

Spitalplanung

Der Bundesrat hat die Beschwerde der Versicherer gegen die Liste der Spitäler des Kantons teilweise gutgeheissen. Er stellt zwar die seit 1997 umgesetzte Spitalplanung nicht in Frage, verlangt aber, dass der Kanton eine neue Liste aufgrund einer aktualisierten Bedarfsanalyse erstellt. Der Kanton muss auch nachweisen, dass die Leistungen, die namentlich dem Spital des Seebezirks zugeteilt worden sind, auf wirtschaftliche Weise erteilt werden können.

Die Direktion setzte unverzüglich eine Projektorganisation ein, um den Forderungen dieses Entscheids innert der vom Bund gesetzten Frist von 18 Monaten entsprechen zu können.

Freiburger Spitalnetz

Am 27. Juni 2006 verabschiedete der Grosse Rat das Gesetz über das Freiburger Spitalnetz, das aus einem intensiven Konzeptionsprozess hervorgegangen ist. Dieses Datum markiert den Beginn der Arbeiten für die Umsetzung einer neuen Organisation des öffentlichen Spitalsystems im Kanton.

Eine gebremste Kostenentwicklung dank einer zentralisierten, alle Spitalstandorte übergreifenden Verwaltung, eine optimale Patientenversorgung, Investitionsbeträge, die eine maximale Effizienz ermöglichen, und eine Kantonalisierung der Spitalfinanzierung: dies sind zusammengefasst die Hauptziele des Gesetzes. Der im Herbst ernannte Verwaltungsrat hat sich unverzüglich an die Umsetzung dieser Ziele gemacht.

Lebensmittelsicherheit

Ebenfalls im Jahr 2006 ging ein Vorentwurf des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit in die Vernehmlassung und danach ein überarbeiteter Entwurf an den Grossen Rat. Der Entwurf sieht die Errichtung einer einzigen Dienststelle vor, die mit sämtlichen staatlichen Lebensmittelkontrollen betraut werden soll. Auf diese Weise hofft man, besser zwischen Kontrollen und Beratungen zu trennen und den Konsumentinnen und Konsumenten eine professionelle und neutrale Kontrolle aller Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände zu gewährleisten.

Der Gesetzesentwurf sieht ausserdem für die verschiedenen Akteure in der Produktion und der Verarbeitung von Lebensmitteln eine einzige Anlaufstelle für alle Kontrollbelange vor. Übrigens fällt die Lebensmittelkontrolle materiell fast gänzlich unter bundesgesetzliche Bestimmungen.

Jugendgesetz

Am 12. Mai 2006 verabschiedete der Grosse Rat das neue Jugendgesetz. Dieses Datum markiert den Beginn einer umfassenden Politik zugunsten der Jugend des Kantons – ein Ziel, das in den nächsten Jahren mit Unterstützung der Beauftragten für Jugendfragen und der künftigen Kommission für Jugendfragen erreicht werden soll.

Neue Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit

Ein Betreuungssystem anbieten, das den häufig sehr unterschiedlichen Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten entspricht und das der Autonomie dieser Personen förderlich ist: dies sind die beiden Hauptziele in der neuen Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit. Zu erreichen sind diese Ziele über die Schaffung von Behandlungsketten, die die Verbindung zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor herstellen, die vorrangige Förderung der ambulanten Versorgung und die Verstärkung der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor.

Die Freiburger Realität widerspiegelt eine Tendenz der heutigen Gesellschaft: die Nachfrage nach psychiatrischen Leistungen nimmt erheblich zu, und sie betrifft Personen jeden Alters und aller Bevölkerungsschichten. So hat sich im Psychiatrischen Spital Marsens die Zahl der Eintritte innerhalb von 35 Jahren verdoppelt (1970: 774; 2005: 1639). Der Psychosoziale Dienst (PSD) betreut heute viermal mehr Fälle (2335 im Jahr 2005) als im Jahr 1970 (570 Fälle). Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst (KJPD) hat im Jahr 2005 dreimal mehr Kinder und Jugendliche behandelt (681) als im ersten Jahr seines Bestehens (205 im Jahr 1993).

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit hat der Grosse Rat in diese grundlegende Neuorganisation eingewilligt.

Genehmigung von Gemeindereglementen für die Trinkwasserversorgung

Die Direktion genehmigte insgesamt 11 Gemeindeerlasse: 7 betrafen Teilrevisionen und 4 Gesamtrevisionen.

Behandlung von Beschwerden

In ihrer Eigenschaft als Beschwerdebehörde musste sich die Direktion für Gesundheit und Soziales im Jahr 2006 mit 13 Beschwerden befassen (13 im Jahr 2005, 37 im Jahr 2004, 26 im Jahr 2003, 26 im Jahr 2002 und 25 im Jahr 2001).

Gesundheit

I. Amt für Gesundheit (GesA)

1. Personal

Das Personal besteht aus einem Vorsteher, einem stellvertretenden Vorsteher (90 %), einer wirtschaftswissenschaftlichen Adjunktin des Vorstehers (50 %), einem Wirtschaftswissenschaftler (100 %), einer Wirtschaftswissenschaftlerin (50 %), einem juristischen Berater (80 %) und einem Juristen (100 %), einem Kantonsapotheker (50 %), einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin (30 %; bis 31. Oktober 2006), einer Beauftragten für Suchtprävention und Gesundheitserziehung (50 %), zwei höheren Verwaltungsmitarbeitern (je 100 %), vier Sekretärinnen (100, 80, 50 und 20 %) und einer Lehrtochter.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Amt für Gesundheit ist hauptsächlich mit den folgenden Aufgaben betraut:

- a) Betreuung des Dossiers Spitalplanung;
- b) Subventionierung der Bezirksspitäler;
- c) Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause;
- d) Verwaltung der Finanzierung ausserkantonalen Spitalaufenthalte;
- e) Begleitung und Subventionierung der Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention und spezifischer Projekte auf diesem Gebiet;
- f) – Verwaltung der Berufsausübungsbewilligungen für Gesundheitsfachleute;
– Stellungnahme zu Gesuchen um Aufenthaltsbewilligung für Gesundheitsfachleute;
– Verwaltung der Bewilligungen zur Berufsausübung zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung;
- g) Verwaltung der Betriebsbewilligungen für Institutionen des Gesundheitswesens;
- h) Kontrolle der Heilmittel und ihrer Inverkehrbringung, Überwachung der Apotheken und Drogerien des Kantons und Betäubungsmittelkontrolle;
- i) Subventionierung der Krankenversicherungsprämien;
- j) Subventionierung der Schülerunfallversicherung, bis Ende August 2006 (s. unter Punkt 11).

Zusätzlich zu diesen regelmässigen Tätigkeiten engagierten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes in der Arbeitsgruppe, die damit beauftragt ist, dem vom Staatsrat gutgeheissenen Bericht über die Reform der Freiburger Gesundheitsstrukturen, der im Jahr 2003 in die Vernehmlassung gelangte, Folge zu leisten. Nachdem der Staatsrat vorrangig die Reorganisation des kantonalen Spitalsystems durch die Errichtung eines Freiburger Spitalnet-

zes (FSN), mit dessen Bewirtschaftung eine selbständige Anstalt des öffentlichen Rechts betraut worden ist, beschlossen hatte, ging es darum, bei der Vorbereitung eines Gesetzesvorentwurfs für die Errichtung des FSN mit den sich daraus ableitenden Gesetzgebungsänderungen mitzuwirken. Nach Änderungen zwecks Berücksichtigung der Bemerkungen im Rahmen der Vernehmlassung, die bis Mitte November 2005 lief, wurde der Entwurf vom Staatsrat und dann von der parlamentarischen Ad-hoc-Kommission geprüft, bevor er am 27. Juni 2006 vom Grossen Rat verabschiedet wurde. Das Gesetz über das Freiburger Spitalnetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft (siehe auch unter Punkt 6).

Im Anschluss an die Vernehmlassung über den Vorentwurf des Gesetzes über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit und das Gutachten einer Delegation von Psychiatriesachverständigen der WHO befasste sich das Amt mit der Weiterbetreuung des Projekts und erarbeitete Vorschläge zuhanden der Kommission, die vom Staatsrat mit der Endausarbeitung des Gesetzesentwurfs betraut worden war. Der endgültige Entwurf wurde vom Staatsrat und dann von der parlamentarischen Ad-hoc-Kommission geprüft, bevor er am 5. Oktober 2006 vom Grossen Rat verabschiedet wurde. Das Gesetz über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit sollte Ende 2007 in Kraft treten (siehe auch unter Punkt 6).

Das Amt bereitete das Reglement über die Hilfe und Pflege zu Hause vor (HPfLR), das am 10. Januar 2006 vom Staatsrat erlassen wurde. Das Reglement führt eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes vom 8. September 2005 über die Hilfe und Pflege zu Hause näher aus. Das Amt erarbeitete auch die Verordnung, die am 9. Februar 2006 vom Staatsrat verabschiedet wurde und den Zeitplan für die Einsätze der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause festsetzt, sowie die am 13. Juni 2006 vom Staatsrat verabschiedete Verordnung über die Höhe der Pauschalentschädigung im Bereich der Hilfe und Pflege zu Hause.

Das Amt befasste sich mit der Änderung der beiden Verordnungen vom 8. März 2005 über die Organisation der schulärztlichen Betreuung im Kindergarten und in der Primarschule. Die Änderungen, welche die administrativen Arbeiten der Schulärzte und der Gemeinden erleichtern und die Tarifgestaltung vereinfachen, sind am 12. Juli 2006 vom Staatsrat gutgeheissen worden.

Das Amt befasste sich weiterhin mit der Prüfung der Betriebsbewilligungsgesuche für Institutionen des Gesundheitswesens.

Es unterbreitete der Direktion für Gesundheit und Soziales die Friedhofreglemente von 23 Gemeinden und 7 Gemeindereglemente über die Beteiligung der Gemeinde an den Kosten schulzahnärztlicher Behandlungen zur Genehmigung. Ausserdem genehmigte der Staatsrat auf Antrag der Direktion für Gesundheit und Soziales eine Gemeindevereinbarung über die Organisation des Schulzahnpflegedienstes.

Das Amt befasste sich mit Fragen der Anwendung des Freizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Gemeinschaft (EU) und der Vereinbarung über die europäische

Freihandelszone (EFTA) auf dem Gebiet der Krankenversicherung.

Das Freizügigkeitsabkommen, das am 1. Juni 2002 in Kraft getreten ist und die Koordination der sozialen Sicherheit regelt, ist im Jahr 2006 auf zehn neue Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgedehnt worden: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.

Das Amt verfügt über eine Website für die Information der Öffentlichkeit (<http://www.fr.ch/ssp>). Die Website verzeichnete 72 275 Besuche.

3. Berufe des Gesundheitswesens

a) Berufsausübungsbewilligungen

Gemäss den Bestimmungen der Gesundheitsgesetzgebung erteilte die Direktion für Gesundheit und Soziales:

- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Rettungssanitäter/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Chiropraktor/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Assistenzchiropraktor/in
- 10 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Zahnärztin/Zahnarzt
- 5 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenzzahnärztin/-zahnarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Drogist/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Ergotherapeut/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Zahnhygieniker/in
- 34 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Fachfrau/Fachmann für Krankenpflege
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Logopädin/Logopäde
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als medizinische/r Masseurin/Masseur
- 41 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Ärztin/Arzt
- 25 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Oberärztin/Oberarzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als stellvertretende/r Oberärztin/Oberarzt
- 85 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Assistenzärztin/-arzt
- 11 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als unselbständige/r Ärztin/Arzt
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Augenoptiker/in
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als diplomierte/r Augenoptiker/in
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Osteopath/in
- 12 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker/in
- 2 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Apotheker-Assistent/in
- 8 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Physiotherapeut/in
- 4 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Podologin/Podologe
- 9 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Psychotherapeutin/Psychotherapeut
- 3 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Psychotherapeutin/Psychotherapeut in Ausbildung
- 6 Bewilligungen für die Ausübung des Berufes als Hebamme
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Tierärztin/Tierarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als unselbständige/r Tierärztin/Tierarzt
- 1 Bewilligung für die Ausübung des Berufes als Zahntechniker/in

Im Jahr 2006 wurden 89 Stellungnahmen zu Gesuchen um Arbeitsbewilligung erteilt, die ausländisches Personal in einem Beruf des Gesundheitswesens betrafen.

b) Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens

Im sechsten Jahr ihrer Tätigkeit gelangten 20 Klagen, Anzeigen oder andere Gesuche an die Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Patientenrechte. Im Übrigen wurden in diesem Jahr auch 24 Fälle bearbeitet, die schon in den Vorjahren von der Kommission registriert worden waren.

2006 erledigte die Kommission insgesamt 25 Fälle:

- einen durch Mediation,
- sechs durch Begutachtung zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales,
- achtzehn durch andere Entscheide (Nichteintretensentscheid, Klassierung oder Gutachten).

Am 31. Dezember 2006 waren 20 Dossiers vor der Kommission hängig.

Die Kommission trat zu elf ordentlichen Sitzungen zusammen.

Ihre Mitglieder beteiligten sich zudem ausserhalb der Sitzungen an den Aufgaben, die mit der Instruktion der Dossiers (namentlich Anhörungen und Inspektionen), der Vorbereitung von Direktiven und Rundschreiben oder durch den einen oder anderen Kontakt und Meinungsaustausch (namentlich mit dem neuen Kantonsarzt Dr. Chung-Yol Lee und dem juristischen Sekretariat der Genfer Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens) anfielen.

Das Sekretariat der Kommission wird durch das Amt für Gesundheit sichergestellt. Für das juristische Sekretariat verfügt die Kommission über die Unterstützung eines französischsprachigen und eines deutschsprachigen Juristen.

c) *Ausbildung*

Ende 2003 ging der ganze Sektor Ausbildung in den Berufen des Gesundheitswesens an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport über. Dennoch hat das Amt Stellung zu nehmen, wo es um Ausbildungskonzepte und die Anerkennung von Diplomen geht.

4. Spitäler

a) *Allgemeine Tätigkeit*

In Anwendung des Spitalgesetzes vom 23. Februar 1984 und des Gesundheitsgesetzes vom 16. November 1999 überwacht das Amt die Geschäftsführung und Verwaltung der öffentlichen Spitäler, kontrolliert die spitalmedizinische Tätigkeit und erteilt den Bezirksspitalern die kantonalen Subventionen. Hierfür verschickt es Weisungen zur Aufstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen; anschliessend untersucht es die von den Spitalern übermittelten Dokumente. Das Amt führt das Sekretariat der spitalmedizinischen Kommission und der Kommission für Verwaltungsangelegenheiten, die zu den Budgetanträgen und Jahresrechnungen der Spitäler Stellung nehmen, und bereitet die Sitzungen der Kommissionen vor. Es erarbeitet zuhanden der Direktion für Gesundheit und Soziales den Entwurf für die Beschlüsse, die über die Voranschläge und Jahresrechnungen der Bezirksspitäler gefällt werden. In diesem Zusammenhang formuliert es Anträge zum Globalbudget und zu allfälligen Berichtigungen der Budgettrahmen.

Das Amt beantwortet auch verschiedene Anfragen im Zusammenhang mit dem Spitalwesen und wirkt in interkantonalen und eidgenössischen Kommissionen mit. Es ist auch mit Aufgaben betraut, die mit der Spitalplanung, deren Umsetzung und der Aktualisierung der Spitalliste verbunden sind.

Im Übrigen erarbeitet das Amt die Entwürfe für die Botschaften und Dekrete im Zusammenhang mit Bau- und Renovationsarbeiten der Spitäler. Schliesslich wacht es darüber, dass die vom Grossen Rat genehmigten Projekte eingehalten werden und erledigt die Subventionierung der Arbeiten.

b) *Subventionierung*

Der Betriebskostenüberschuss der kantonalen Spitäler beträgt 81 915 366 Franken: 22 026 553 Franken für das Kantonale Psychiatrische Spital Marsens und 59 888 813 Franken für das Kantonsspital Bertigny. In diesen Zahlen ist die Beteiligung der Gemeinden des Saanebezirks an den Betriebskosten des Kantonsspitals (als Bezirksspital des Saanebezirks) über 19 323 995 Franken mit eingerechnet.

Das Amt prüfte die Jahresrechnungen 2005 und die Voranschläge 2007 der Bezirksspitäler. Die Jahresrechnungen 2005 der Bezirksspitäler wurden unter dem Aspekt des

Spitalgesetzes geprüft, das Voranschlagsverfahren für 2007 jedoch stellte die Verbindung her zwischen diesem Gesetz, das bis zum 31. Dezember 2006 gilt, und dem Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz, das am 1. Januar 2007 in Kraft tritt. So folgten die Voranschläge 2007 der öffentlichen Allgemeinspitäler bis auf einen Punkt dem bis zum 31. Dezember 2006 geltenden Verfahren: die ein Spital führenden Gemeindeverbände hatten die Voranschläge nicht anzunehmen, wird doch ab 1. Januar 2007 der Spitalaufwand vollumfänglich vom Staat finanziert. Anschliessend wurden die für die Bezirksspitäler und das Kantonsspital berechneten Globalbudgets dahingehend konsolidiert, dass ein Staatsratsbeschluss dem Freiburger Spitalnetz einen einzigen Budgetrahmen für das Jahr 2007 zuteilen konnte.

Im Jahr 2006 erhielten die Bezirksspitäler Kantonsbeiträge in Höhe von 26 738 360 Franken für ihre Betriebskosten. In diesem Betrag sind die budgetierten Vorschüsse von 27 158 543 Franken sowie ein Betrag von 420 183 Franken enthalten, der von diesen Vorschüssen abgezogen wird und die Berichtigung der Jahresrechnung 2005 darstellt. Die bezahlten Beträge verteilen sich wie folgt auf die Bezirksspitäler:

Tafers:	Fr. 4 802 018 davon Fr. 16 451 für die Berichtigung der Rechnung 2005.
HSF:	Fr. 15 025 860 davon Fr. 44 380 für die Berichtigung der Rechnung 2005.
Meyriez:	Fr. 2 914 023 davon Fr. 198 112 für die Berichtigung der Rechnung 2005.
HIB:	Fr. 3 996 459 davon Fr. 250 000 für die Berichtigung der Rechnung 2005.

Für die Subventionierung der Arbeiten zur Renovation, Vergrösserung und zum Umbau des Behandlungs- und Rehabilitationszentrums Billens und die Umbauarbeiten im Spital Meyriez im Zusammenhang mit dessen neuem Auftrag war im Budget 2006 des Amtes ein Betrag von 3 600 00 Franken vorgesehen worden. Das letztere Dossier wurde blockiert, nachdem der Bundesrat eine Neuüberprüfung der kantonalen Spitalplanung verlangt hatte, deren Inhalt im Laufe des Sommers 2007 bekannt wird. Infolge dieser Blockierung und des verspäteten Beginns der Arbeiten in Billens wird dieser Betrag vollständig auf das Jahr 2007 übertragen.

c) *Statistik*

Das Amt für Gesundheit ist auch mit der Erstellung der Bundesstatistik und der kantonalen Statistik in Verbindung mit den Spitalern betraut.

Es beteiligte sich auch an der Erhebung der Bundesstatistik der Betriebe des Gesundheitswesens, deren Ergebnisse vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlicht werden. Die gesammelten Daten betreffen die Verwaltungsdaten über die Spitäler für das Jahr 2005. Die Daten für die medizinische Bundesstatistik werden vom Kantonsarztamt gesammelt.

Allgemeine Betriebsstatistik 2006 der Spitäler des Kantons für somatische und psychiatrische Krankenpflege

SPITÄLER	Bewilligte Betten im Jahresdurchschnitt	Anzahl Patientenauftritte	Anzahl Pflegetage	Betten- belegungsgrad	Durchschnittlicher Aufenthalt (Tage)	Durchschnittliche Anzahl Patienten
Kantonsspitäler						
Kantonsspital Bertigny	351	10 309	102 316	80%	9.9	280
Psychiatrisches Spital Marsens	190	1 605	66 319	96%	41.3	182
Bezirksspitäler						
Bezirksspital Tafers	67	2 646	21 185	87%	8.0	58
Spital des Freiburger Südens, Standort Riaz	98	4 586	28 026	78%	6.1	77
Spital des Freiburger Südens, Standort Billens	35	573	10 697	84%	18.7	29
Spital des Freiburger Südens, Standort Châtel-St-Denis	45	646	13 267	81%	20.5	36
Bezirksspital Meyriez	50	1 712	13 741	75%	8.0	38
Interkant. Spital des Broyebezirks, Standort Estavayer-le-Lac ¹⁾	46	746	16 974	101%	22.8	47
Interkant. Spital des Broyebezirks, Standort Payerne ¹⁾	105	4 912	31 714	83%	6.5	87
Privatkliniken Freiburg²⁾	137	4 799	32 551	²⁾ 65%	6.8	89
Total für somatische und psychiatrische Krankenpflege	1 124	32 534	336 790	82%	10.4	923

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf das Interkant. Spital des Broyebezirks als ganzes (inklusive Waadtländer Patienten)

²⁾ Infolge Renovation standen in den Privatkliniken nicht alle Betten zur Verfügung

5. Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Nach Artikel 41 Abs. 2 und 3 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) und den kantonalen Ausführungsbestimmungen beteiligt sich der Wohnkanton der Patientin oder der Patienten an den Kosten medizinisch begründeter ausserkantonaler Spitalaufenthalte. Es handelt sich um Notfälle, die ausserhalb des Kantons eingetreten sind, oder um Fälle, in denen die nötige Behandlung nicht in einem Spital innerhalb des Kantons Freiburg erteilt werden kann, dies gemäss der vom Kantonsarztamt erstellten Negativliste der Leistungen. Zu diesem Zweck verwaltet das Amt die finanzielle Beteiligung und die Zahlung der Rechnungen für Spitalaufenthalte, deren medizinische Begründung vorgängig formell vom Kantonsarztamt anerkannt worden ist und für die von der Direktion für Gesundheit und Soziales eine Kostengutsprache erteilt wurde. Das Amt verhandelt auch die Tarifvereinbarungen mit den Westschweizer Kantonen, dem Kanton Tessin sowie mit dem Inselspital Bern.

Im Übrigen erstellt und aktualisiert das Amt das vom Staatsrat festgesetzte Verzeichnis der ausserhalb des Kantons Freiburg befindlichen Spitäler, die zur Deckung des Bedarfs der Bevölkerung nötig sind, soweit das interne Spitalangebot diesem nicht entspricht.

Was die Aufenthalte im Jahr 2006 angeht, so wurden rund 4400 Gesuche um finanzielle Beteiligung geprüft. Nahezu 64 % dieser Gesuche wurden angenommen, der Rest hingegen abgewiesen, da die Voraussetzungen nach KVG nicht erfüllt waren. Die Entscheide, die das Kantonsarzt-

amt durch Kompetenzenübertragung im Namen der Direktion für Gesundheit und Soziales fällt, werden den Zielspitalern, den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, den Krankenversicherern und im Ablehnungsfall auch den Patientinnen und Patienten mitgeteilt. Die Entscheide können mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. 2006 wurden neun Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde schliesslich zwei Gesuchen von der GSD aufgrund weiterer medizinischer Informationen stattgegeben, ein Ablehnungsentscheid wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt. Sechs Fälle sind noch hängig.

2006 wies die Rechnung des Staates Freiburg für die Finanzierung ausserkantonaler Spitalaufenthalte eine Summe von 24 230 348 Franken aus. Rund 18,6 Millionen Franken betreffen Aufenthalte im laufenden Jahr, und rund 5,9 Millionen Franken dienen der Zahlung von Rechnungen für Aufenthalte vor 2006.

	Aufenthalte vor 2005	Aufenthalte 2005	Aufenthalte 2006	Total
Rechnung 2005	8 444 650	16 716 035	–	25 160 685
Rechnung 2006	119 732	5 471 056	18 639 560	24 230 348

Es sei daran erinnert, dass Patientinnen und Patienten mit einer Zusatzversicherung aus rein persönlichen Gründen (ohne erwiesenen medizinischen Grund) frei die Dienste

eines ausserhalb des Kantons befindlichen Spitals beanspruchen können, ohne dass sich der Staat finanziell beteiligt.

Da die Verrechnung der Aufenthalte 2006 Ende 2006 nicht abgeschlossen ist, beziehen sich die letzten verfügbaren Daten für einen abgeschlossenen Zeitraum auf das Jahr 2005. Die Verteilung der Aufenthalte nach Spitalkategorie zeigt, dass die Leistungen der Universitätsspitäler gegenüber den übrigen Spitaltypen überwiegen.

Spitalkategorien	Aufenthalte 2005	Tage 2005	Betrag 2005
• CHUV (VD)	873	7 859	8 658 296
• Inselspital (BE)	1 086	7 655	9 160 072
• Hôpitaux universitaires de Genève (GE)	100	1 037	1 144 997
• Universitätsspital Zürich (ZH)	9	143	145 933
• Andere Universitätsspitäler	8	55	116 760
Universitätsspitäler	2 076	16 749	19 101 310
• Hôpital de l'Enfance (VD)	30	238	136 761
• Hôpital ophtalmique Jules Gonin (VD)	43	123	142 482
• Hôpital orthopédique (VD)	2	27	17 267
• Andere spezialisierte Spitäler	9	245	104 651
Spezialisierte Spitäler	84	633	401 161
Spitäler für allgemeine Krankenpflege	231	1 155	941 642
• Berner Klinik (VS)	69	1 517	473 803
• Berner Reha Zentrum (BE)	51	1 140	303 108
• Bethesda Klinik (BE)	39	1 069	288 810
• Institution de Lavigny (VD)	7	134	51 765
• Centre de réada. cardio- vasculaire (JU)	0	0	0
• Centre pour paraplégique (LU)	0	0	0
• Andere Rehabilitations- spitäler	6	278	131 709
Rehabilitationsspitäler	172	4 138	1 249 194
• Universitäre psychiatrische Dienste (BE)	18	648	261 830
• Andere psychiatrische Spitäler	16	393	107 206
Psychiatrische Spitäler	34	1 041	369 036
Insgesamt	2 597	23 716	22 187 091

6. Spitalplanung

Die neue Liste der Spitäler des Kantons Freiburg, die am 1. Januar 2005 in Kraft trat, wurde von santésuisse Freiburg mit Beschwerde angefochten; santésuisse wandte sich insbesondere gegen die Planung für das Spital des Seebezirks. Mit Entscheid vom 15. Februar 2006 hiess der Bundesrat die Beschwerde teilweise gut; er erwartet nun vom Staatsrat die Veröffentlichung einer neuen Spitalliste bis spätestens August 2007, die auf eine Neubeurteilung des Bedarfs der gesamten Bevölkerung des Kantons Freiburg abgestützt ist. Die Erteilung der Leistungsaufträge gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung setzt eine solche Analyse zwingend voraus. Die Liste 2005 bleibt bis zu

diesem Zeitpunkt jedoch in Kraft. In Berücksichtigung des bundesrätlichen Entscheids ist die spezifische Studie, mit der ein externer Sachverständiger betraut worden war und die der Planung der Übernahme von Pflegeleistungen in den Privatspitälern galt (die Ergebnisse sollten 2006 vorliegen), aufgegeben worden. Die Ermittlung des Spitalpflegebedarfs der Bevölkerung wird sämtliche Spitäler umfassen, die Privatkliniken inbegriffen.

Das Gesetz vom 27. Juni 2006 über das Freiburger Spitalnetz (FSNG) tritt am 1. Januar 2007 in Kraft; demzufolge war das Amt intensiv mit den Arbeiten für die konkrete Umsetzung des Netzes beschäftigt. Es hatte namentlich die Arbeiten und die Diskussionen der direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe der Kantonsverwaltung zu steuern, die vom Staatsrat mit der Begleitung dieser Umsetzung betraut worden war. Bis 31. Dezember 2006 stellte es auch die Begleitung der Arbeiten des FSN-Verwaltungsrats und dessen Sekretariat sicher sowie die Begleitung der verschiedenen Delegationen, mit denen sich dieser Rat versehen hat.

Was das Gesetz vom 5. Oktober 2006 über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit angeht, so wirkte das Amt an den Arbeiten der parlamentarischen Ad-hoc-Kommission mit, und es wird sich mit der Begleitung der Arbeiten befassen, die im Lauf des Jahres 2007 in der konkreten Umsetzung des künftigen Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit anfallen.

7. Hilfe und Pflege zu Hause

Das Amt für Gesundheit ist mit der Subventionierung der Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause beauftragt. In Wahrnehmung dieser Aufgabe schickt es den Diensten Weisungen für die Erstellung der Voranschläge und Jahresrechnungen und prüft im Detail die namentlichen Lohnkosten des von ihm subventionierten Personals. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales prüft das Amt die Gesuche um Änderung der Personaldotation von Diensten sowie die Gesuche um Betriebsbewilligung. Es beantwortet verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Hilfe und Pflege zu Hause und beteiligt sich im Rahmen seiner Verfügbarkeit an interkantonalen und eidgenössischen Arbeitsgruppen.

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Gesetzes über die Hilfe und Pflege zu Hause am 1. Januar 2006 bieten zwölf Dienste die Leistungen der Hilfe und Pflege zu Hause an, und ein Dienst erteilt im Auftrag des Saane-, des Greyerz- und des Broyebezirks Leistungen der Ergotherapie zu Hause; die übrigen Bezirke ziehen private Ergotherapeuten oder das Spital des Freiburger Südens heran. Die ganze Freiburger Bevölkerung wird durch diese Dienste insgesamt, die einen Kantonsbeitrag beziehen, abgedeckt. Die Beiträge werden aufgrund der Kosten für Pflegepersonal, Familienhilfen und Haushilfen gewährt, nach Abzug der von den Diensten bezogenen Bundesbeiträge und des Ertrags aus der Verrechnung der Leistungen mit den Krankenversicherern. Der Beitragsansatz beträgt 35 % für die Hilfe und die Pflege zu Hause. Nach dem Gesetz kann der Dachverband der Spitex-Dienste auch einen Auftrag von der Direktion für Gesundheit und Soziales erhalten. Für

das Jahr 2006 wurde für die Erstellung und Weiterverfolgung der Jahresstatistik über die Hilfe und Pflege zu Hause sowie für die Qualitätsförderung und die Einführung der Qualitätspolitik ein Vertrag mit dem Spitex Verband Freiburg (AFAS/SVF) abgeschlossen.

Die Beiträge an die Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause erreichten die Summe von 2 796 180.55 Franken (2 768 891.40 Fr. im Jahr 2005). Diese verteilt sich wie folgt:

Kantonsbeiträge 2006	Hilfe und Pflege zu Hause
Saane	866 813.10
Sense	386 056.80
Greyerz	473 729.70
See	240 423.80
Glane	386 649.65
Broye	181 483.90
Vivisbach	261 023.60
Insgesamt	2 796 180.55

8. Gesundheitsförderung und Prävention (siehe II. Kantonsarztamt, Ziffer 3)

In Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt stellt das Amt für Gesundheit hauptsächlich durch die Beauftragte für Suchtprävention und Gesundheitserziehung die Zweckmässigkeit der Präventionsaktionen, die Nachkontrolle und die Koordination zwischen den verschiedenen Gesundheitsförderungs- und Präventionsprojekten sicher.

2006 befasste sich das Amt mit der Ausarbeitung eines kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention 2007-2011, Ergebnis eines Arbeitsprozesses, in den die kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, das Kantonsarztamt sowie die kantonalen Partner für Gesundheitsförderung und Prävention einbezogen waren.

Das Amt betreute auch die Dossiers der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, die im Laufe des Jahres sechsmal zusammentrat. Die Tätigkeit der kantonalen Kommission im Jahr 2006 galt im Wesentlichen der Erarbeitung der Prioritäten des Kantons in der Gesundheitsförderung und Prävention für die kommenden Jahre. Die Kommission nahm auch Stellung zu Präventionsprojekten, die im Kanton laufen oder deren Durchführung noch ansteht.

Im Voranschlag des Amtes für Gesundheit befinden sich zum einen die Subventionen für die Leistungen von Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention, zum anderen die Subventionen für spezifische Projekte. Im Jahr 2006 galt ein Gesamtbetrag von 1 179 750 Franken den Leistungen von Institutionen, und eine Summe von 1 209 857.90 Franken wurde an verschiedene spezifische Projekte ausgerichtet. Diese Beträge umfassen auch den Anteil am Alkoholzehntel, den der Kanton von der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erhält.

Was die Leistungen von Institutionen angeht, so deckt der Subventionsbetrag die laufenden Tätigkeiten der betreffenden Institutionen, insbesondere: die Bedarfsanalyse, die Umsetzung und Nachkontrolle der ihrem

Auftrag entsprechenden Leistungen, die Erarbeitung allgemeiner Konzepte und spezifischer Projekte, die Zusammenarbeit mit weiteren Partnern für die Konzipierung, die Durchführung und/oder Evaluation spezifischer Projekte sowie die Informationsarbeit. In diesem Sinne subventioniert werden die folgenden Institutionen: Release, der Verein für Gesundheitsförderung und Suchtprävention und die Freiburger Liga für die Prävention von Alkohol- und Drogenmissbrauch (LIFAT/FLAD). Übrigens haben die Institutionen Release und FLAD im Jahr 2006 fusioniert.

Das Amt bereitet weiterhin Leistungsaufträge vor, die mit den meisten Institutionen für Gesundheitsförderung und Prävention abzuschliessen sind. Mit diesen Mandaten können die Beziehung zwischen dem Staat und den Institutionen und die Rolle der Institutionen in der Deckung des Bedarfs der Freiburger Bevölkerung klarer definiert werden. Sie ermöglichen es auch, die Tätigkeiten dieser Institutionen an die Prioritäten zu binden, die der kantonale Plan für Gesundheitsförderung und Prävention vorschlägt.

Spezifische Projekte sind gezielte Gesundheitsförderungs- und Präventionsaktionen, die einem besonderen Thema gelten. Sie sind befristet und müssen systematisch nach der Übereinstimmung zwischen Zielsetzung und eingesetzten Mitteln (Vorgehen, Methoden) evaluiert werden. Die spezifischen Projekte fügen sich im Jahr 2006 in den Rahmen der im März 1999 vom Staatsrat gutgeheissenen «Vorrangigen Gebiete der Gesundheitsvorsorge» ein (Suizid, gesundheitsschädliche Verhaltensweisen, Unfälle, unangemessene Nutzung der Gesundheitsdienste), die für den Zeitraum 1999–2002 bestimmt worden waren und deren Geltungsdauer bis 2006 verlängert wurde.

Die im Jahr 2006 unterstützten spezifischen Projekte galten vielfältigen Themen wie: Gesundheitsförderung bei Personen ab 50 Jahren (das Amt wählte die Zentrierung auf die Gesundheit am Arbeitsplatz, mit den Angestellten der Freiburger Kantonsverwaltung im weiten Sinne als Zielgruppe), gesunde Ernährung, Bewegung, Tabak, Alkohol, Präventionsprogramm gegen Alkohol und Drogen, Prävention im Strassenverkehr für 16- bis 25-Jährige, Gesundheitsförderungsprojekt durch Familienbegleitung. Letzteres Projekt wurde 2006 evaluiert, mit dem Ergebnis, dass man jetzt überlegt, wie die Angebote im Bereich Familienbegleitung für 0- bis 7-jährige Kinder und ihre Eltern vermehrt koordiniert werden können.

Innerhalb des Themas Schule und Gesundheit war das Amt wie folgt aktiv: in Partnerschaft mit den vier Pfeilern der Freiburger Wirtschaft Mitwirkung im Projekt «Santéjeunesse»; in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarztamt und den betroffenen Dienststellen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sports (EKSD) Begleitung der Umsetzung des Versuchsprojekts für Gesundheit in der Schule (projet expérimental de santé scolaire, PESS), Projekt, das mit Unterstützung des Zentrums der Universität Freiburg für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie geführt wird und zu einem Konzept für Gesundheit in der Schule führen soll; in Zusammenarbeit mit dem Berufsbildungsamt Mitwirkung in einem Projekt für die Erstellung einer Gesundheitsbilanz in den Berufsschulen des Kantons, ein Pro-

jekt, das ebenfalls mit Unterstützung des Zentrums der Universität Freiburg für Rehabilitations- und Gesundheitspsychologie durchgeführt wird.

Im Bereich der Tabakprävention und insbesondere in Bezug auf das Thema Passivrauchen redigierte das Amt die Antwort des Staatsrats auf die Motion Cédric Castilla und Jean-Pierre Dorand für rauchfreie Spitäler, Schulen und Verwaltungsgebäude. Um sich zu informieren und die Entwicklung dieses Themas zu verfolgen, beteiligte es sich an verschiedenen Seminaren. Das Amt beteiligte sich auch zusammen mit den Hauptakteuren der Tabakprävention und unter Leitung des BAG an der Erarbeitung einer nationalen Strategie für die Tabakprävention. Ferner antwortete es auf eine eidgenössische Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative «Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen».

Das Amt wirkte mit an einem Begutachtungsverfahren, das die Zweckmässigkeit einer neuen Reglementierung der Prävention und Gesundheitsförderung in der Schweiz betraf. Es beteiligte sich auch zusammen mit weiteren Partnern und im Rahmen einer Begleitgruppe an der Erarbeitung und Aufstellung eines Nationalen Programms Alkohol 2007–2011.

Auf interkantonaler Ebene, im Rahmen des interkantonalen Systems für die Prävention und Gesundheitsförderung (DiPPS), war das Amt auch in der Westschweizer Koordination tätig, namentlich für das interkantonale Programm der Gesundheitsförderung bei Personen ab 50 Jahren, das Programm Fourchette Verte für Gesundheitsförderung durch eine ausgewogene Ernährung, die Verbreitung der Ergebnisse der interkantonalen Analyse der Daten aus der Schweizerischen Gesundheitsbefragung 2002 und die Stellungnahmen zur neuen langfristigen Strategie der Gesundheitsförderung Schweiz.

Das Amt war aktiv im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen (KKBS), die im Lauf des Jahres 2006 viermal zusammentrat. Die Versammlung im Sommer bestand in einem Seminar zum Thema Jugendschutz.

Erwähnt sei schliesslich die Beteiligung des Amtes an der 8. nationalen Gesundheitsförderungskonferenz in Aarau, der 14. Europäischen Gesundheitskonferenz in Montreux und der 1. Konferenz über die Evaluation von Auswirkungen auf die Gesundheit, die in Lugano stattfand.

9. Tätigkeit des Kantonsapothekers

Der Kanton zählt 25 Apotheken im Grossraum der Stadt Freiburg und insgesamt 66 Apotheken, die der Aufsicht des Kantonsapothekers unterstellt sind.

An Firmen mit Bewilligung zur Herstellung und zum Vertrieb von Arzneimitteln und Medizinprodukten können im Kanton Freiburg aufgezählt werden:

- zehn Herstellerfirmen (Aufbereitung des Arzneimittels, Primärverpackung, Sekundärverpackung, Verpackung vor der Freigabe der Chargen für das Inverkehrbringen durch die Verteiler und Grossisten). Diese Betriebe müssen der Guten Herstellungspraxis (GPM) genügen;

- 18 Vertriebsfirmen mit Bewilligung zum Grosshandel bzw. Import und/oder Export. Diese Betriebe müssen der Guten Vertriebspraxis (GDP) genügen.

Nach der Aufgabenteilung zwischen dem Schweizerischen Heilmittelinstitut Swissmedic und den Kantonen unterliegen die Hersteller alle zwei Jahre der Inspektion des Verantwortlichen des Westschweizer Inspektorats für Heilmittel (ISOPTh) oder der spezialisierten Abteilungen von Swissmedic. Für die Kontrollen, Inspektionen und Expertisen im Zusammenhang mit der Guten Vertriebspraxis und dem Grosshandel mit Arzneimitteln und Medizinprodukten sind hingegen die Kantone zuständig, in der Regel ihr Kantonsapotheker. Für die tauglichen formellen Bewilligungen ist nach wie vor Swissmedic zuständig.

Seit Dezember 2006 sind das ISOPTh und die mit ihm verbundenen Westschweizer kantonalen Inspektionen von der Schweizerischen Akkreditierungsstelle (SAS) des Seco zertifiziert. Somit gilt der auf Kantonsebene erstellte Rapport dank dem vom ISOPTh entwickelten und im Namen des ISOPTh und seiner sechs kantonalen Partner zertifizierten Qualitätssicherungssystem auf internationaler Ebene, was die gegenseitige Anerkennung von Bewilligungen des Vertriebs und des Inverkehrbringens anbelangt.

Ebenfalls im Jahr 2006 inspizierte der Verantwortliche des ISOPTh (begleitet vom Kantonsapotheker, solange das Qualitätssystem nicht validiert war) zwölf Freiburger Firmen: fünf Hersteller- und sieben Vertriebsfirmen. Es musste keine strenge Massnahme ergriffen werden, weder Produkte noch Chargen mussten wegen Herstellungs- oder Präsentationsmängeln vom Markt genommen werden.

10. Krankenversicherung

Der Vorentwurf für die Änderung des Ausführungsgesetzes vom 24. November 1995 zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG), der im zweiten Halbjahr 2005 in die Vernehmlassung gegangen war und eine gute Aufnahme bei den befragten Instanzen fand, wurde vom Staatsrat an den Grossen Rat übermittelt und von diesem am 15. März 2006 verabschiedet. Im Wesentlichen ist die Änderung auf den 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Eine schon ab dem 1. Januar 2006 geltende Bestimmung schuf die gesetzliche Grundlage dafür, dass ein Teil der zu Lasten der Gemeinden gehenden Ausstände in der Krankenversicherung den eidgenössischen und kantonalen Beträgen entnommen werden kann, die für die Prämienverbilligung bestimmt sind, dies in den bundesrechtlich zulässigen Grenzen. Gemäss dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) können nur Prämienausstände und die damit verbundenen Verzugszinsen den Beträgen für die Prämienverbilligung belastet werden.

Im Zusammenhang mit der Befreiung von der Versicherungspflicht bearbeitete das Amt 257 Gesuche im Jahr 2006. Mehr als 80 % dieser Gesuche betreffen Personen in Aus- oder Weiterbildung sowie in Lehre und Forschung tätige Personen an Ausbildungsstätten. Nahezu 18 % der Gesuche wurden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingereicht, und rund 2 % betreffen Rentnerinnen und Rentner:

	Angenommen	Abgelehnt	Hängig	Insgesamt
Ausbildung	175	19	14	208
Arbeitnehmer/ -innen	13	32	0	45
Rentner/innen	0	1	3	4
Insgesamt	188	52	17	257

In der ersten Personenkategorie beträgt der Prozentsatz für die Annahme des Befreiungsgesuchs 90 %. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erreicht er fast 30 %, keine Befreiung bewilligt wurde für Rentnerinnen und Rentner.

Die Abweichungen zwischen diesen Prozentsätzen erklären sich durch eine unterschiedliche gesetzliche Reglementierung. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in der Regel eine Krankenversicherung am Arbeitsort abschliessen, wohingegen Personen, die Ausbildungsstätten angeschlossen sind, grundsätzlich aufgrund der Vorlage einer europäischen Versicherungskarte oder der Bescheinigung über eine Krankenversicherungsdeckung, die der Deckung durch einen KVG-Versicherer gleichwertig ist, eine Befreiung verlangen können.

Im Jahr 2006 kamen 88 535 Personen in den Genuss einer Prämienverbilligung für Versicherte in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Gesamtbetrag der Prämienverbilligungen belief sich auf 125 873 101 Franken. Für nähere Einzelheiten ist der dem Grossen Rat unterbreitete Bericht der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt (KSVA) heranzuziehen.

11. Schülerunfallversicherung

Das Personal der Schülerunfallversicherung umfasst zwei Mitarbeiter mit vollem Pensum: einen Verantwortlichen, der die Schadensfälle erledigt, und einen Sachbearbeiter, der für die Fakturierung mit EDV und die Datenverwaltung zuständig ist. Infolge der Auflösung der Mutualité Assurances am 31.12.2004 wird die Verantwortung für die Buchführung (insbesondere Jahresabschluss und Debitorenverwaltung) seit 1. Januar 2005 durch Mutuel Assurances der Gruppe Mutuel wahrgenommen.

Die Schülerunfallversicherung springt finanziell bei Körperverletzungen von Schülerinnen und Schülern ein und muss Folgendes gewährleisten:

- komplementär und subsidiär die Zahlung aller (unmittelbaren und künftigen) Behandlungskosten zulasten der Eltern;
- eine Entschädigung im Todesfall;
- die Zahlung eines Kapitals im Invaliditätsfall.

Bei jedem Schadensfall übernimmt die Schülerunfallversicherung die nicht von der Krankenversicherung gedeckten Kosten: die verbleibenden Kosten für Zahnbehandlungen, die Kostenbeteiligung von 10 % (ambulante Behandlung und Spitalaufenthalt), die frei wählbare Jahresfranchise, die ordentliche Jahresfranchise, Transportkosten, Kosten für Suchaktionen und Bergungen, zerbrochene Brillen, orthopädische Hilfsmittel, Prothesen, Krücken.

Todesfälle (Entschädigung von 5000 Franken) und Invaliditätsfälle (Kapital von 150 000 Franken, progressiv bis 350 %) werden der Nationale Suisse Assurances gemeldet, bei der diese beiden Risiken rückversichert sind.

Für die Erfüllung dieser Aufgaben zieht die Schülerunfallversicherung Prämien und Subventionen (Beiträge von Kanton und Gemeinden) ein. Im 2. Trimester jedes Schuljahrs verschickt sie Prämienabrechnungen (30 Franken je Schüler/in) an mehr als 21 000 Familien im Kanton. Die volle Prämie von 40 Franken (nicht subventioniert) wird für Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz ausserhalb des Kantons eingezogen. Fakultative Prämien werden für mehr als 300 Kinder im Vorschulalter eingezogen. Für die Zahlung des jährlichen Gemeindebeitrags (nach Schülerbestand und Klassifikation der Gemeinde) wird allen Gemeinden eine Beitragsabrechnung geschickt. Der Kanton entrichtet einen Beitrag in Höhe des Gemeindebeitrags.

Schliesslich ist die Schülerunfallversicherung noch mit der Kontrolle des Versicherungsobligatoriums gegen Unfallrisiken betraut (Registrierung der bei einer Privatversicherung versicherten Schüler/innen).

a) Statistik

Gezahlte Leistungen	Fr. 316 517.80
Im Jahr 2006 erfolgte Unfälle	836
Im Jahr 2006 gemeldete, jedoch schon in den Vorjahren erfolgte Unfälle)	<u>66</u>
Insgesamt	902

Alljährlich unterscheidet sich die Zahl der bei der Schülerunfallversicherung gemeldeten Unfälle von der Zahl der Unfälle, bei denen Leistungen erfolgt sind. Da die Schülerunfallversicherung komplementär und subsidiär zu den Leistungen anderer Krankenkassen einspringt, kommt sie nicht unbedingt in jedem Fall zum Zug oder erst später für Leistungen, die von den Krankenkassen nicht anerkannt werden. In sehr vielen Fällen muss auch mit der Behandlung gewartet werden, bis das Unfallopfer älter ist.

Unfalljahr	Anzahl der im Jahr 2006 erteilten Leistungen	Betrag
1984	2	164.30
1986	5	4 056.85
1988	11	12 803.50
1989	4	2 816.30
1990	4	709.9
1991	5	5 892.20
1992	2	4 018.15
1993	11	15 619.10
1994	11	12 416.15
1995	16	12 670.85
1996	9	5 481.05
1997	8	1 407.60
1998	7	4 422.30
1999	13	5 416.35
2000	11	3 891.05
2001	10	3 120.00
2002	33	14 262.10
2003	19	4 163.70
2004	59	13 671.20

Unfalljahr	Anzahl der im Jahr 2006 erteilten Leistungen	Betrag
2005	432	76 265.25
2006	558	113 249.90
Total	1230	316 517.80

Der Art nach verteilen sich die Kosten wie folgt:

Arzt- und Spitalkosten	47,1 %
Zahnbehandlungen	34,5 %
Transportkosten	11,3 %
Apparate, Prothesen, Brillen	6,5 %
Bergungskosten	0,6 %

2006 wurden der Nationale Suisse Assurances vier Todesfälle und fünf Invaliditätsfälle gemeldet. Diese richtete für drei Invaliditätsfälle eine Summe von insgesamt 494 780.20 Franken und für vier Todesfälle eine Summe von insgesamt 20 000 Franken aus. Doch waren am 31. Dezember 2006 noch zehn Invaliditätsfälle hängig, bei einer Reserve von insgesamt 818 588 Franken. Die Rückversicherungsprämie für Tod und Invalidität beträgt 31.40 Franken je versicherte Person, d.h. insgesamt rund 880 000 Franken.

b) Versicherungsprämien

Den 33823 «obligatorisch» Versicherten (Prämie je 30 Franken) wurde ein Betrag von insgesamt 1 014 690 Franken in Rechnung gestellt, den 331 fakultativ Versicherten im Vorschulalter (Prämie je 30 Franken) ein Betrag von insgesamt 9930 Franken und den 200 «ausserkantonalen» Versicherten (Prämie je 40 Franken) ein Betrag von insgesamt 8000 Franken. 5460 privat Versicherte wurden von der Versicherungspflicht bei der Schülerunfallversicherung freigestellt.

c) Subventionen

Die Beiträge der 177 Gemeinden machen insgesamt 167 520 Franken aus. Der Kantonsbeitrag beläuft sich ebenfalls auf 167 520 Franken.

d) Auflösung der Schülerunfallversicherung

In der Maisession 2006 beschloss der Grosse Rat nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrats vom 31. Januar 2006 und auf Antrag dieser Behörde, das Gesetz betreffend Errichtung einer Schülerunfallversicherung mit Wirkung auf den 1. September 2006 aufzuheben. Der Staat stellt jedoch sicher, dass die Übernahme der Leistungen, die über die Aufhebung des Gesetzes hinaus erteilt werden müssen, garantiert ist.

Das Vermögen der Schülerunfallversicherung wird in einen Fonds transferiert; dieser dient der Deckung der garantierten künftigen Leistungen. In den Grenzen der verfügbaren Mittel des Fonds ist es auch möglich, namentlich in Härtefällen finanzielle Beteiligungen an Eltern von Kindern auszurichten, die nach der Abschaffung der Schülerunfallversicherung verunfallen. Das Amt präsidierte die Ad-hoc-Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines Entwurfs für das Ausführungsreglement zuhanden des Staatsrats, der für die Festsetzung der neuen Reglementierung zuständig ist.

Seit dem 1. September 2006 ist das Amt mit der Liquidierung der laufenden Fälle betraut, die vor dem 1. September 2006 eingetretene Unfälle betreffen, und mit der Bearbeitung von Härtefällen, die nach diesem Datum eintreten.

II. Kantonsarztamt (KAA)

1. Personal

Das Personal umfasst einen Kantonsarzt, einen stellvertretenden Kantonsarzt, eine Verwaltungsmitarbeiterin, 3 Sekretärinnen mit insgesamt 155 Stellenprozenten, eine kaufmännische Lehrtochter, 3 Pflegefachfrauen mit insgesamt 200 Stellenprozenten. Von August bis September arbeitete der Krankenpflegesektor mit reduziertem Personalbestand, da der Mutterschaftsurlaub einer Mitarbeiterin nur teilweise durch die Anstellung einer neuen Pflegefachfrau kompensiert wurde.

2. Allgemeine Tätigkeit

Das Kantonsarztamt verfasste zahlreiche Stellungnahmen zu eidgenössischen und kantonalen Projekten im Gesundheitsbereich und erarbeitete mehrere Entwürfe zur Beantwortung von Fragen seitens des Grossen Rates, der Gesundheitsfachleute, der Medien und der Öffentlichkeit.

In 16 Fällen sprach es sich nach eingehender Prüfung der Dossiers für die Erteilung einer Betriebsbewilligung an Pflegeheime, Dienste für Hilfe und Pflege zu Hause und Mütter- und Väterberatungsdienste aus.

Der Kantonsarzt wirkte mit in der nationalen strategischen Gruppe für die Tabakprävention, in der wissenschaftlichen Begleitgruppe der neuen Bundesstrategie Migration und Gesundheit sowie in der externen Beratungsgruppe für den Revisionsentwurf zum Epidemiengesetz. Schliesslich referierten der Kantonsarzt und sein Stellvertreter auf Anfrage zu verschiedenen Themen wie: Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen, Sterbehilfe in Pflegeheimen, Wirtschaftslobbys und öffentliche Gesundheit, Tabakprävention in der Schweiz.

3. Spezifische Tätigkeiten

a) Bekämpfung übertragbarer Krankheiten

Die Gefahr einer von der Vogelgrippe ausgehenden Grippe-Pandemie beschäftigte das Amt während des ganzen Jahres erheblich. In Koordination mit dem Bund und den übrigen Kantonen wurde ein kantonaler Gesundheitsplan für den Pandemiefall erstellt, in Zusammenarbeit mit den Sachverständigen des Kantons im Gesundheitsbereich und in anderen Bereichen. Dieser Plan wurde vom Staatsrat gutgeheissen und basiert auf den Empfehlungen des BAG. Er enthält vor allem Massnahmen des Gesundheitswesens und muss demzufolge durch nichtgesundheitliche Massnahmen sowie durch einen detaillierteren Aktionsplan ergänzt werden. Der Kantonsarzt präsidierte in diesem Zusammenhang eine Arbeitsgruppe für das Kontaktmanagement im Pandemiefall.

Unter den übertragbaren Krankheiten, die gemäss dem Epidemiengesetz gemeldet wurden und epidemiologische

Abklärungen erforderten, seien insbesondere erwähnt: 27 Fälle von Salmonellose, 4 Fälle von Shigellose, 33 Fälle von Hepatitis B (davon 4 chronisch), 36 Fälle von Hepatitis C (davon 3 chronisch), 2 Fälle von kumulierter Hepatitis B+C.

Das Amt beauftragte die Freiburger Lungenliga mit 4 zum Teil ausgedehnten Umgebungskontrollen in gemeldeten Tuberkulosefällen.

3 neue Aids-Fälle wurden gemeldet und 16 VIH-Tests erwiesen sich als positiv. Die Prävention dieser Krankheit und die Hilfe an die betroffenen Personen werden in Zusammenarbeit mit dem Dienst für Familienplanung und Sexualinformation, der Freiburger Koordinationsgruppe zur Aids-Bekämpfung und dem Centre Empreinte sichergestellt.

Unter den übrigen gemeldeten Krankheiten seien erwähnt: 10 Fälle von Zecken-Enzephalitis, 2 Fälle von Legionellose, 3 Fälle von Hepatitis A, 8 Fälle von Malaria, 2 Fälle von Escherichia coli, 3 Fälle von Haemophilus influenzae, 34 Fälle von Pneumokokken und 9 Fälle von Masern (alle 9 nicht geimpft).

575 Impfungen, davon 286 gegen Gelbfieber, wurden Reisenden verabreicht, von denen 170 eine ärztliche Konsultation beanspruchten.

60 Impfdosen gegen Hepatitis B wurden Polizeiaspiranten und Mitarbeitenden des Tremplin verabreicht. Die Krankenpflegeschule wendet sich für die Impfung der Studierenden gegen Hepatitis B nicht mehr an unser Amt. Dank der Impfung auf OS-Stufe hat die Zahl von Studierenden, die noch einer Impfung bedürfen, deutlich abgenommen. Allenfalls nötige Impfungen erfolgen künftig bei den behandelnden Ärztinnen und Ärzten.

Im Rahmen der Vogelgrippe-Prävention und auf Verlangen des Kantonstierarztes wurden 11 Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit einem Risiko ausgesetzt sind, geimpft. 17 Hundehalterinnen und -halter wurden gegen Zecken-Enzephalitis geimpft.

b) Schulärztliche Betreuung

Die Schulärztinnen und Schulärzte führten die Vorsorgekontrollen kantonsweit in den Kindergarten- und 5. Primarschulklassen sowie in einigen Orientierungsschulklassen durch. Sie verabreichten ausserdem 2490 Impfungen gegen Masern, Mumps und Röteln, 2060 gegen Diphtherie und Tetanus, 1488 kombinierte Impfungen gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten-Kinderlähmung. Wie in den letzten Jahren stiess die Impfung der Jugendlichen in den Orientierungsschulen gegen Hepatitis B auf gutes Echo, liessen sich doch rund 2287 Jugendliche impfen.

c) Drogenabhängigkeit

438 Personen stehen in einer bewilligten Substitutionsbehandlung: 335 Männer und 103 Frauen im Alter zwischen 19 und 62 Jahren. Unter diesen Patientinnen und Patienten werden 33 mit Buprenorphin behandelt, 405 mit Methadon oral. 175 Fälle werden von der FSA in Freiburg betreut, 17 vom Psychosozialen Dienst in Bulle und die übrigen von

den 67 Ärztinnen und Ärzten, die zu ihrer Behandlung ermächtigt sind.

Der Kantonsarzt leitete ein Projekt für die Betreuung abhängiger Personen; dieses bezweckt in erster Linie, die Koordination der Betreuung abhängiger Personen im Kanton und mit den Nachbarkantonen zu verbessern.

d) Institutionen des Gesundheitswesens – Betagte Personen

Insgesamt 55 weitere Pflegeheimbetten (davon 5 für Kurzaufenthalte) sind in 10 Heimen anerkannt worden. In den Pflegeheimen erfolgten 5 Standardbesuche nach den interkantonalen Anforderungen, zuweilen gepaart mit einem gründlicheren Verfahren für die Erteilung einer Betriebsbewilligung. Mehrere Dossiers von Institutionen wurden im Hinblick auf eine Betriebsbewilligung geprüft.

Im Jahr 2006 gelangte keine Beschwerde gegen die Beurteilung des Pflegebedarfsgrads von Heimbewohnerinnen und -bewohnern an die Expertenkommission für Pflegeheime. Hingegen intervenierte das Amt im Rahmen einer Anzeige von Misshandlung in einem Pflegeheim. Die Kläger wurden in ihrem Schritt unterstützt und an die *Kommission für die Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens und die Wahrung der Patientenrechte* verwiesen.

Das Kantonsarztamt begleitete die Einführung einer alterspsychiatrischen Spezialeinheit in einem Pflegeheim, ein Pilotprojekt, das evaluiert werden muss.

e) Prävention und Gesundheitsförderung

Der Kantonsarzt und sein Stellvertreter, letzterer als Mitglied der Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention, wirkten das ganze Jahr hindurch mit bei der Erarbeitung eines Entwurfs des kantonalen Plans für Gesundheitsförderung und Prävention. Der neue kantonale Plan wird als Grundlage für einen detaillierteren Aktionsplan dienen; dieser wiederum ist dafür bestimmt, die Umsetzung der Massnahmen in den Bereichen, die in den kommenden Jahren vorrangig sind, zu lenken (s. hierzu Bericht des Amtes für Gesundheit). Doch sollen auch die bisher laufenden wichtigen Projekte in den vorrangigen Präventionsbereichen weiterhin unterstützt werden.

Im Auftrag des Staates setzte die Freiburger Krebsliga im dritten Jahr das Programm für das systematische Brustkrebs-Screening mit Mammographie fort. Die Ergebnisse der ersten Welle des Programms weisen eine Beteiligungsrate von 34,4 % auf; die Rate der Antworten auf die Mahnungsschreiben betrug 7,6 %. Dies sind Ergebnisse, die gegenüber den anderen dezentralisierten Programmen und im Vergleich zu den übrigen Westschweizer Zentren, die sich in der gleichen Phase befinden, als zufrieden stellend beurteilt werden. Diese Ergebnisse entsprechen auch den europäischen Empfehlungen. Durch die Vorsorgeuntersuchung konnten 65 Krebsfälle erfasst werden; dies entspricht einer Rate von 7,6 ‰ Frauen. Dank der umfangreicheren Lektüre durch akkreditierte Radiologen, einem individualisierten Feedback, der systematischen und strengen Kontrolle der Apparatequalität und der spezifischen Schulung des Radiologiepersonals konnten die Qualität

und die Interpretation der Mammographien verbessert werden. Die Koordination unter den Westschweizer Programmen ist sichergestellt und verstärkt worden.

Das Freiburger Krebsregister, mit dem die Freiburger Krebsliga beauftragt wurde, ist anfangs 2006 operationell geworden. Aus der Statistik vom 8. November 2006 geht hervor, dass schon 1090 Fälle registriert worden sind, davon 1043 Fälle im Kanton Freiburg und 47 Fälle ausserhalb des Kantons. 1300 bis 1500 neue Fälle werden jährlich erwartet. Bisher stellen uns nahezu sämtliche Partner ihre Daten in einem Klima ausgezeichneter Zusammenarbeit zu. Einige Schwierigkeiten gibt es noch zu überwinden, um die ausserhalb des Kantons behandelten Fälle zu erfassen und zu dokumentieren. Schliesslich konnte eine Vereinbarung mit dem Bundesamt für Statistik unterzeichnet werden; diese gilt dem Zugriff auf dessen Sterblichkeitsstatistik.

Das Amt veröffentlichte auf seiner Website (www.fr.ch/smc) eine Information und Ratschläge in Bezug auf die Prävention der negativen Auswirkungen von Hitzewellen und von Feinstaubpartikeln auf die Gesundheit. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Bevölkerungsschutz wurden allen Gemeinden und den Pflegeleistungserbringern für Betagte Informationen erteilt.

f) Ausserkantonale Spitalaufenthalte

Das Kantonsarztamt befasste sich mit rund 4400 Kostengutsprache gesuchen für ausserkantonale Spitalaufenthalte; rund 64 % davon wurden angenommen.

III. Schulzahnpflegedienst (SZPD)

1. Personal

Zum Personal gehören ein Dienstchef, ein Vertrauenszahnarzt mit Teilpensum, vier Kieferorthopäden in Teilzeit, neun Zahnärztinnen und Zahnärzte (zwei davon teilzeitlich beschäftigt), eine Zahnhygienikerin in Teilzeit, siebzehn Zahnarztgehilfinnen (zehn davon teilzeitlich beschäftigt), drei Lehrtöchter, zwei Zahnprophylaxe-Gehilfinnen in Teilzeitbeschäftigung und vier Teilzeitsekretärinnen.

2. Tätigkeiten

Die Tätigkeit des Schulzahnpflegedienstes konzentriert sich im Wesentlichen auf die Prävention, die Förderung der Mund- und Zahnhygiene, die Bekämpfung der Karies, der Parodontitis und der Missbildungen des Gebisses. Zur effizienten Erfüllung seiner Aufgaben ist der Dienst in drei Sektoren unterteilt:

a) Prophylaxe

Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen unterweisen die Kinder des Kantons im Primarschulalter praktisch und theoretisch in Zahnhygiene. Vom Kindergarten bis zur 6. Primarklasse wird jede Klasse grundsätzlich einmal jährlich besucht. Wegen des laufenden Anstiegs der Anzahl Klassen und Schüler brauchen die beiden Zahnprophylaxe-Gehilfinnen derzeit rund 18 Monate für das Aufsuchen sämtlicher Kin-

der des Kantons. Damit die Schülerinnen und Schüler das Gelernte in die Praxis umsetzen können, gibt der Dienst in präventiver Absicht und unentgeltlich an jedes Kind eine Zahnbürste und didaktisches Material ab. Die Zahnprophylaxe-Gehilfinnen besuchten 833 Klassen und unterwiesen 15 071 Schulkinder.

Dank der Prophylaxetätigkeit und auch der regelmässigen Kontrolle durch den Schulzahnarzt tritt die Karies bei den Kindern im Schulalter immer seltener auf. Hingegen ist Jahr für Jahr eine sehr beunruhigende Zunahme der Karies bei Kleinkindern festzustellen.

Dieses Jahr nahm der Dienst am Westschweizer Tag der Prophylaxe teil, der in Genf stattfand. Rund vierzig Fachleute aus der ganzen Romandie nahmen teil. Die Veranstaltung bot zum einen Gelegenheit, die in unserem Kanton geleistete Arbeit vorzustellen und an die wesentlichen Werte einer guten Zahnprophylaxe zu erinnern, zum anderen, eine auf die Westschweiz bezogene Bilanz über die Gesundheit im Mund- und Zahnbereich zu erstellen.

b) Zahnpflegedienst

Mit diesem Dienst steht den Kindern im schulpflichtigen Alter eine Infrastruktur für die Kontrolle und wenn nötig die Behandlung von Zähnen und Zahnfleisch zur Verfügung. Zur Verfügung stehen vier mobile Zahnkliniken, von denen zwei ausschliesslich für Kontrollen verwendet werden, und neuerdings acht ortsfeste Zahnkliniken. Zu Beginn des Schuljahres 2006/2007 eröffnete der Dienst eine neue Zahnklinik in der Stadt Freiburg. Diese befindet sich im Gebäude der Stiftung Les Buissonnets und bedient die Klassen vom Schönberg, der Villa Thérèse, der OS Bel-luard sowie diejenigen der Stiftung Les Buissonnets.

Die verschiedenen Kliniken des Dienstes sind während der Schulzeiten Betrieb, das heisst sie schliessen während der Ferien. Die mobilen Kliniken suchen alle Gemeinden des Kantons auf, die keinen Schulzahnarzt haben.

Die Hauptziele für das Jahr 2006 – Bedienung aller Gemeinden des Kantons, die im Jahr 2005 bzw. 2004 von der Zahnklinik nicht aufgesucht worden waren – sind erreicht worden. Ende 2006 waren alle Gemeinden des Kantons, die 2004 und 2005 nicht berücksichtigt worden waren, vom Schulzahnpflegedienst aufgesucht worden. Es braucht etwa achtzehn Monate, damit der Dienst sämtliche Kinder des Kantons kontrollieren und behandeln kann.

Es sei daran erinnert, dass sich der Dienst immer noch in einer Restrukturierungsphase befindet, die in den nächsten Jahren andauern wird. Der Zweck besteht darin, die Versorgungsleistungen zu verbessern und eine vermehrte Rentabilität des Betriebs zu gewährleisten. Das Konzept sieht mittelfristig vor, dass der Schulzahnpflegedienst die Gemeinden nicht mehr mit mobilen Kliniken bedient, sondern den Gemeinden, die keinen eigenen Schulzahnpflegedienst haben und nicht mit Privatzahnärzten zusammenarbeiten möchten, vorschlägt, dass sie ihre Kinder in ortsfesten Praxen, die in mehreren Ortschaften des Kantons bestehen, kontrollieren und behandeln lassen. In der Reorganisation des Schulzahnpflegedienstes wurden schon mehrere Etappen zurückgelegt:

- 1999: Zusammenfassung der Gemeinden des Plateaus von Marly zur Bedienung durch die Klinik von Marly;
- 2000: Reduktion der Fahrten der mobilen Klinik Nr. 2, die den Glanebezirk bediente;
- 2001: Abschaffung der mobilen Klinik Nr. 1, die namentlich den Sense- und den Seebezirk bediente; die Kinder dieser Bezirke wurden durch die ortsfesten Kliniken von Düdingen, Marly und Freiburg übernommen sowie von einer mobilen Klinik, die abwechselnd in Tavers, Wünnewil und Schmitten stationiert ist;
- 2002: Zusammenfassung der Kinder von Tour-de-Trême auf die Klinik von Bulle und der Kinder von Granges-Paccot auf die Klinik von Villars-sur-Glâne;
- 2003: Abschaffung der mobilen Kliniken Nr. 2 und 4, die den Glane- bzw. den Greyerzbezirk bedienten und Ersetzung durch ortsfeste Zahnkliniken. Die Zahnkontrollen werden in diesen beiden Bezirken nach wie vor mit Hilfe eines hierfür ausgerüsteten Wohnmobils sichergestellt. Einrichtung einer Praxis im Kollegium des Südens in Bulle für die Kieferorthopädie.
- 2005: Ausbau der Kieferorthopädie, Anstellung eines neuen Arztes;
- 2006: Eröffnung einer neuen ständigen Zahnklinik in der Stadt Freiburg.

Mit Befriedigung ist festzustellen, dass die verschiedenen Restrukturierungen Jahr für Jahr einen erfreulichen Anstieg der Patientenzahl gebracht und die Rentabilität des Dienstes spürbar verbessert haben. Dieser Optimismus muss aber gedämpft werden, denn als Opfer seines Erfolgs kann der Dienst die Nachfrage nicht immer bewältigen. Nach wie vor ist er nicht in der Lage, die Kinder so zu kontrollieren und zu behandeln, dass es dem Gesetz entspricht; dieses verlangt, dass der Schulzahnarzt das Gebiss der Kinder mindestens einmal jährlich untersucht.

2006 kontrollierten und behandelten die Kliniken von Marly und Villars-sur-Glâne die Kinder weiterhin nach den von der WHO definierten Kriterien. Die so erhaltenen Daten ermöglichten es, eine vergleichende Studie zwischen einer schweizerischen Region und verschiedenen Regionen des Erdballs über die Entwicklung der Karies anzufertigen. Diese wichtige Studie wurde Ende des Jahres abgeschlossen und wird im Laufe des Jahres 2007 veröffentlicht.

Die Zahl der Fahrten der mobilen Kliniken ist leicht ansteigend. Von 111 im Jahr 2000 ging diese Zahl auf 69 im Jahr 2001, 64 im Jahr 2002, 36 im Jahr 2003 und 34 im Jahr 2004 zurück, stieg hingegen im Jahr 2005 auf 45, im Jahr 2006 auf 49. Dieser leichte Anstieg ist in Verbindung zu setzen mit dem Ziel des Dienstes, im Jahr 2006 alle Gemeinden zu bedienen, die im Jahr 2005 nicht kontrolliert worden waren.

Im Jahr 2006 kontrollierte der Schulzahnpflegedienst 9064 Kinder, und 7542 von ihnen erhielten die geeignete Behandlung.

c) Kieferorthopädische Versorgung

Die kieferorthopädischen Kliniken in der Pérolles-Strasse 23 in Freiburg und im Kollegium des Südens in Bulle sind auf die Behandlung dentofazialer Missbildungen spezialisiert.

Anders als in den Vorjahren konnte beim Personal eine grosse Stabilität verzeichnet werden und hatten wir keinen für den Betrieb des Dienstes nachteiligen Abgang zu beklagen. Dies kam der finanziellen Situation der Kliniken sehr zugute, und die Ergebnisse entsprechen durchaus den Vorhersagen.

2006 stieg dank einer relativ stabilen Konjunktur die Zahl von Patientinnen und Patienten, die eine kieferorthopädische Behandlung wünschen, leicht an. Der Dienst hat keine Warteliste mehr, und jeder neuen Behandlungsnachfrage kann innert vernünftiger Frist entsprochen werden. Der Umsatz der kieferorthopädischen Kliniken beläuft sich auf 1 802 821 Franken. 1732 Kinder wurden im Laufe von 8470 Sitzungen behandelt.

KLINIKEN	1. Total der Kinder, die die Möglichkeit hatten, die Schulzahnklinik zu beanspruchen 2 + 5	2. In der Schulzahnklinik kontrollierte Kinder 3 + 4	3. In der Schulzahnklinik behandelte Kinder	4. In der Schulzahnklinik kontrollierte und privat behandelte Kinder	5. Privat kontrollierte und behandelte Kinder (mit Bestätigung)	Total der Rechnungen	In der Schulzahnklinik behandelte + kontrollierte Kinder in %
Buissonnets	380	336	263	73	44	78 161.30	88,42 %
Freiburg	2 716	1 469	1 298	168	1 247	273 046.45	54,09 %
Romont / Glâne	1 984	1 159	991	19	825	209 941.20	58,42 %
Nr. 3 Saane	2 572	940	727	213	1 632	144 158.10	36,55 %
Nr. 4 Vudalle Bulle / Greyerz	1 508	596	454	88	912	158 301.60	39,52 %
Nr. 5 Broye	2 542	1 077	968	101	1 465	155 601.20	42,37 %
Nr. 8 Marly, Do./Fr.	1 371	637	628	7	734	65 042.40	46,46 %
Nr. 9 Villars-s-Glâne, Mo./Di.	1 446	782	526	242	664	116 703.05	54,08 %
Nr. 10 Collège Sud Bulle / Greyerz	3 203	1 204	1 076	123	1 999	227 284.95	37,59 %
Nr. 11 Düdingen, Mi./Do./Fr.	3 605	864	611	253	2 741	113 841.55	23,97 %
Total	21 327	9 064	7 542	1 287	12 263	1 542 081.80	42,50 %

IV. Psychosozialer Dienst (PSD)

Der Psychosoziale Dienst (PSD) ist der öffentliche Dienst des Kantons für ambulante Psychiatrie und befasst sich mit Erwachsenen ab 18 Jahren. Er behandelt das ganze Spektrum psychiatrischer Störungen, mit einem besonderen Akzent jedoch auf Notsituationen, auf Fällen, die sozialer Interventionen bedürfen, und auf Fällen von Drogenabhängigkeit. Er stellt auch die psychiatrischen Konsultationen in den öffentlichen Spitälern und Institutionen (Heime, Gefängnisse, Polizeiposten usw.) sicher.

Der PSD entfaltet seine Tätigkeit an mehreren Standorten: im Psychosozialen Dienst der Stadt Freiburg, dem auch die Fachstelle für Abhängigkeit (FSA) und die Zweigstellen von Estavayer-le-Lac und Meyriez angegliedert sind, im Psychosozialen Dienst Bulle, im Kantonsspital, im Spital des Freiburger Südens (HSF) und in anderen Spitälern und Institutionen.

1. Personal

Der Dienst zählt 33,4 Vollzeitäquivalente, davon 1380 % Ärztinnen / Ärzte, 300 % Psychologinnen / Psychologen, 210 % Sozialarbeiterinnen / Sozialarbeiter, 650 % Pflegepersonal und 800 % Verwaltungspersonal. Wegen vorübergehend vakanter Stellen belief sich der effektive Personalbestand am 31.12.2006 auf 33,1 Vollzeitäquivalente.

Im PSD Freiburg arbeiten ein Chefarzt-Direktor, ein Chefarzt-Vizedirektor, ein Leitender Arzt, zwei Ständige Ärzte (Teilpensum), eine Oberärztin (Teilpensum), zwei Assistenzärzte mit vollem Pensum und drei Assistenzärzte sowie zwei Psychologen mit Teilpensum. Die 1,5 für die Sozialarbeit bestimmten Stellen werden von zwei Sozialarbeiterinnen mit Teilpensum besetzt. Das Pflegepersonal besteht aus einer Pflegedienstleiterin mit vollem Pensum, einer Pflegefachfrau mit vollem Pensum sowie zwei Pflegefachfrauen mit Teilpensum.

Die FSA untersteht der Verantwortung des Chefarzt-Vizedirektors. Angeschlossen sind zwei Assistenzärzte mit Teilpensum, zwei Psychologen mit Teilpensum, mehrere Fachpersonen für Krankenpflege (insgesamt 2,5 Vollzeitstellen) sowie zwei Sekretärinnen mit Teilpensum. Für die soziale Begleitung arbeitet die FSA mit dem Sozialdienst der Stiftung «Le Tremplin» zusammen.

Der PSD Bulle umfasst einen Chefarzt-Vizedirektor, eine Oberärztin und einen Assistenzarzt mit vollem Pensum sowie eine Psychologin, eine Sozialarbeiterin und zwei Pflegefachfrauen mit Teilpensum. Eine Arztassistentin mit vollem Pensum befasst sich mit Verwaltungs- und Pflegeaufgaben. Zwei Sekretärinnen mit Teilpensum sind für die administrativen Aufgaben des Ärztesekretariats und die Erfassung der Leistungen zuständig.

Der Leitende Arzt des PSD ist für die Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Kantonsspital zuständig und wendet hierfür 60 % seiner Arbeitszeit auf. Er wird durch eine Oberärztin mit 50 % unterstützt.

Der PSD stellt auch einen Liaison- und Konsiliardienst am Spital des Freiburger Südens sicher. Eine Oberärztin arbeitet dort zu 50 %.

Die ärztliche Sprechstunde der Zweigstelle in Estavayer-le-Lac wird von einem Ständigen Arzt an zwei Tagen pro Woche wahrgenommen, diejenige in Meyriez durch einen zweisprachigen Ständigen Arzt zu 50 %.

Für die administrative Führung sämtlicher Einheiten des PSD und die Personalverwaltung ist ein Adjunkt des Dienstchefs verantwortlich, der die gleiche Funktion beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst wahrnimmt. Im PSD Freiburg teilen drei Sekretärinnen und eine Empfangssekretärin in Teilzeitbeschäftigung die Verwaltungsarbeit unter sich auf. Eine Verwaltungsangestellte mit Teilpensum befasst sich mit der Erfassung und Verrechnung der Leistungen und mit dem Debitorenwesen.

Im Laufe des Jahres absolvierten vier Medizinstudierende der Universitäten Lausanne und Genf, drei angehende Psychologen sowie zwei Studierende der Krankenpflegeschule ein Praktikum beim PSD Freiburg.

Der PSD Bulle hatte zwei Studierende der Krankenpflege als Praktikantinnen zu betreuen. Auch in der FSA absolvierte eine Studierende der Krankenpflege ein Praktikum.

Um den Personalmangel im Beratungsdienst Freiburg und in der FSA wettzumachen, wurde der Verwaltungssektor von zwei Sekretärinnen im Rahmen eines Beschäftigungspraktikums unterstützt. Diese Praktika erfolgten innerhalb eines kantonalen Qualifizierungsprogramms gemäss dem Gesetz über Beschäftigung und Arbeitslosenhilfe (BAHG).

2. Haupttätigkeiten

Die Haupttätigkeit besteht in psychiatrischen Leistungen diagnostischer oder therapeutischer Zielrichtung; damit verbunden ist häufig eine Unterstützung sozialer Art und in geringerem Ausmass die Abfassung von Berichten und psychiatrischen Gutachten.

a) Gesamtüberblick

Der Dienst arbeitete weiter an seiner Entwicklung nach den Grundsätzen der Gesundheitspolitik: Zugänglichkeit der Pflegeleistungen, Verfügbarkeit, Zusammenarbeit mit den sozialen Partnern, Verbesserung der Qualität der Leistungen in partnerschaftlicher Beziehung mit den Patientinnen und Patienten sowie ihren Angehörigen.

Die als vorrangig geltende Liaison-Psychiatrie hat ihre relativ neue Stellung im HSF (wo sie seit 2005 besteht) durch Vereinbarungen über die Modalitäten der Zusammenarbeit gefestigt. Eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Kriseninterventionen am HSF befasst und zu zahlreichen Sitzungen zusammentrat, ist an der endgültigen Formulierung konkreter Vorschläge. Um die Präsenz des PSD in der Peripherie zu verstärken, ist auf Januar 2007 die Schaffung einer Oberarztstelle bewilligt worden, die für die Eröffnung einer Zweigstelle im Spital Tafers und für die psychiatrische Betreuung in Haftanstalten bestimmt ist.

Der Betreuung am Lebensort kam die Zusammenarbeit mit Berufspersonen zugute (Pflegefachpersonen, Psychologen), die neu auf Privatbasis psychiatrische Pflegeleistungen zu Hause anbieten.

Das therapeutische Angebot bereicherte sich um die Schaffung einer neuen sozialtherapeutischen Gruppe mit der Bezeichnung «Zeitstrukturierung im Alltag»; diese ist für Patientinnen und Patienten bestimmt, die unter einem Mangel an Tätigkeiten und Kontakten leiden.

Die Qualitätsverbesserung vollzog sich vor allem über die Zusatzausbildung der Mitarbeitenden (Ärztenschaft, Psychologen, Pflegefachpersonen, Sozialarbeiterinnen). Wie früher wurde der Akzent auf Kurztherapien gelegt und auf kognitiv verhaltenstherapeutische Ansätze, deren Wirksamkeit am besten erwiesen ist. Eine Aufstellung therapeutischer Instrumente (Tests, Evaluationsskalen, Arbeitsformulare) wurde fertig ausgearbeitet und allen Pflegenden ausgehändigt. Der interdisziplinären Arbeit dient eine neue Form des medizinischen Dossiers, das inzwischen elektronisch ist und somit den internen Informationsaustausch erleichtert.

Was die quantitative Entwicklung der Tätigkeit des Dienstes anbelangt, so geben die Statistiktabelle ein genaues Abbild, indem sie die Vergleichszahlen des Vorjahres aufzuführen.

Nach zwei Jahren der Stabilisierung befindet sich die Zahl der Aufnahmen trotz des Wegfalls der OHG-Tätigkeit im Lauf des Jahres 2005 erneut im Anstieg, von 2335 im Jahr 2005 auf 2605 im Jahr 2006 (+ 11,6 %). Dieser Anstieg zeigt sich hauptsächlich am Standort Freiburg (von 995 auf 1060, + 6,5 %) und vor allem in der Liaison-Psychiatrie (von 623 auf 745 im Kantonsspital, + 19,6 %; dazu kommen neu 146 Fälle am HSF). Am Standort Bulle hingegen ist eine Abnahme der neuen Fälle zu verzeichnen (von 398 auf 344, - 13,5 %), wahrscheinlich wegen der Eröffnung zweier psychiatrischer Privatpraxen in der Region.

Berücksichtigt man die Behandlungen, die von einem Jahr zum anderen weiterliefen, so beläuft sich die Gesamtzahl der Patientinnen und Patienten, die 2006 in den Genuss von Konsultationen kamen, auf 3287.

Trotz der Zunahme von Aufnahmen ist die Zahl der ärztlichen Leistungen rückläufig (- 6 % nach verrechneten Einzelleistungen, - 4,8 % nach der verrechenbaren Zeit). Dieser Rückgang ist zweifellos auf die längere Absenz zweier Assistenzärzte während des Jahres und auf den Rückgang der Nachfrage in Bulle zurückzuführen.

Die Krankenpflegeleistungen verzeichnen einen Rückgang von 13,5 %, betrachtet man die Anzahl verrechneter Einzelleistungen, hingegen nahezu Stabilität, betrachtet man die verrechnete Zeit (+ 0,4 %). Diese Differenz erklärt sich durch den Rückgang in der Abgabe von Substitutionsprodukten (Methadon, Buprenorphin) um - 15,6 % in der FSA und von - 22,2 % in Bulle. Dieser Rückgang ist seit mehreren Jahren zu beobachten. Das Pflegepersonal hat somit die Möglichkeit, sich anderen Pflegeleistungen zu widmen, die komplexer, weniger zahlreich, aber auch zeitaufwendiger sind.

Die Zahl der psychologischen Leistungen machte vor allem dank der Tätigkeit eines Psychologen, der Ende 2005 angestellt wurde einen Sprung von 42,6 % (nach der verrechneten Zeit sind es sogar 77 %). Diese Entwicklung entspricht dem Ziel des Dienstes, sein psychotherapeuti-

sches Angebot zu verbessern, sowohl bei den Einzel- als auch bei den Gruppentherapien.

Die sozialen Leistungen, die zum guten Teil auf Austausch und Netzarbeit gründen, eignen sich von ihrer Art her schlecht für die statistische Analyse. Soweit sie erfasst werden konnten, zeigen die Zahlen einen leichten Anstieg von 7 %.

Im Jahr 2006 veranlasste der Dienst 461 Hospitalisationen (2005: 435), von denen die meisten im Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens erfolgten (431). Er ergriff 192 Massnahmen der fürsorglichen Freiheitsentziehung (2005: 187).

Wie bisher wurden sehr viele Personen notfallmässig vom PSD aufgenommen (25,8 %; 2005: 25 %) oder zumindest als dringlicher Fall, das heisst innert 48 Stunden nach der Meldung der Person (7,2 %; 2005: 6,2 %).

Die Personalausbildung nimmt einen wichtigen Platz ein, und sie betraf sowohl das klinische als auch das administrative Personal. Sie erfolgte durch interne Aktivitäten sowie durch die Teilnahme an externen Ausbildungsgängen. Im Rahmen der Lunch-Meetings des PSD, das allen Psychiaterinnen und Psychiatern des Kantons sowie interessierten Berufspersonen offen steht, wurden acht Referate über die jüngsten Entwicklungen im Psychiatriebereich organisiert. Die Mitwirkung an verschiedenen Forschungsarbeiten stimulierte das Interesse und die Diskussion und ermöglichte interessante Kontakte. Die Ergebnisse einer Studie über die weitere Zukunft von Suizidanten, die von den Ärzten des PSD am Kantonsspital untersucht worden waren, wurden im Juni am Europäischen Kongress für Liaison-Psychiatrie (EACLPP) in Lausanne vorgestellt.

Auf Verwaltungsebene bewirken die Fluktuationen des TARMED-Taxpunktswerts nach wie vor Unsicherheit. Betrug er im Jahr 2004 noch 0.94 Franken, so ging er 2005 auf 0.88 und 2006 auf 0.75 zurück, und dies schlug sich in einem erheblichen Rückgang der Einnahmen nieder. Nach harzigen Verhandlungen mit den Krankenversicherern, an denen der Adjunkt des Dienstchefs teilnahm, ist der Taxpunktwert für 2007 auf 0.85 Franken festgesetzt worden. Besorgnis erregend ist auch die Aussetzung der Zahlung von Leistungen, zu der die Krankenversicherer künftig durch das Gesetz ermächtigt sind, wenn die Versicherungsprämien unbezahlt bleiben. Der PSD ist durch diesen Bundesentscheid besonders betroffen, denn viele seiner Patientinnen und Patienten sind in einer prekären finanziellen Lage. Die neue Verordnung über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) sieht für die Übernahme von Psychotherapien ab dem 1. Januar 2007 Beschränkungen und nach sechs Sitzungen eine obligatorische Meldung an den Vertrauensarzt vor; dies wird vermehrt administrative Arbeiten und vielleicht Abstriche in der Betreuung einiger Patientinnen und Patienten bewirken. Das häufige Fernbleiben von Patientinnen und Patienten (versäumte Sprechstunden, häufig ohne vorgängige Abmeldung und Entschuldigung) war Gegenstand einer internen Diskussion, und für 2007 sind Massnahmen zur Bekämpfung dieses Problems vorgesehen.

Im Oktober 2006 verabschiedete der Grosse Rat das neue Gesetz über die Organisation der Pflege im Bereich psy-

chische Gesundheit. Nach diesem Gesetz sollen auf den 1. Januar 2008 alle öffentlichen Dienste für Psychiatrie in einer einzigen Anstalt zusammengefasst werden, im Netz für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FPN).

Tabelle beinhalten sie nicht die Tätigkeit am Kantonsspital (HCF), denn bestimmte statistische Informationen werden für die dort untersuchten Patientinnen und Patienten nicht registriert.

b) Bezifferte Daten

Die Statistiktabelle geben die Tätigkeit des PSD genauer wieder. Mit Ausnahme der die neuen Fälle betreffenden

Neue Fälle

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	FSA	Bulle	HCF		Total
Psychische Störungen	1 060	60	73	177	344	745	146	2 605
im Jahr 2005	995	75	74	170	398	623	–	2 335

Eine neue, das HSF betreffende Rubrik ist eingeführt worden, um die liaison-psychiatrische Tätigkeit am Spital des Freiburger Südens wiederzugeben, die im Oktober 2005 aufgenommen wurde. Aus der Tabelle geht ein Gesamtzuwachs neuer Fälle hervor (+ 11,6 %), vor allem am Standort Freiburg (+ 6,5 %) und im Kantonsspital (+ 19,6 %). Ein Rückgang von 13,5 % wird in Bulle verzeichnet.

Ärztliche Leistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	FSA	Bulle	HCF	HSF	Total
Einzelkonsultationen	5 258	343	593	876	2 736	970	186	10 962
Not- oder Krisenkonsultationen	543	10	7	62	156	–	–	778
Paar- oder Familienkonsultationen	132	–	–	–	42	–	–	174
Gruppentherapie	–	–	–	5	–	–	–	5
Externe Konsultationen	9	–	–	2	20	–	–	31
Andere Leistungen	801	88	148	469	1 149	–	–	2 655
Insgesamt	6 743	441	748	1 414	4 103	970	186	14 605
im Jahr 2005	7 021	523	506	1 968	4 704	823	–	15 545

Trotz der Zunahme neuer Fälle ist die Gesamtzahl der ärztlichen Leistungen leicht rückläufig (– 6 %). Dies kann mit der längeren Abwesenheit zweier Assistenzärzte während des Jahres erklärt werden.

Gutachten

	Freiburg	Bulle	Total
IV-Gutachten	24	2	26
Gerichtliche Gutachten	25	–	25
Andere Gutachten	5	–	5
Insgesamt	54	2	56
im Jahr 2005	60	5	65

Die Anzahl Gutachten bleibt hoch. Der verzeichnete leichte Rückgang ist nicht auf eine geringere Nachfrage zurückzuführen, sondern auf die Schwierigkeit des Dienstes, der Nachfrage zu entsprechen.

Leistungen der Krankenpflege

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	FSA	Bulle	Total
Methadon, Buprenorphin	11	–	–	10 236	1 824	12 071
Antabus	410	–	–	93	412	915
Andere Medikamente	2 591	–	3	704	1 782	5 080
Injektionen, Blutentnahmen	644	–	–	74	466	1 184
Infusionen	16	–	–	–	–	16
Urinkontrollen	47	–	–	32	79	158
Körperzentrierte Therapien	78	–	–	–	129	207
Gespräche	1 225	3	2	641	401	2 272
Gruppentherapie	557	–	–	–	158	715
Andere Leistungen	179	–	–	95	161	435
Insgesamt	5 758	3	5	11 875	5 412	23 053
im Jahr 2005	5 821	25	16	14 362	6 342	26 566

Festzustellen ist ein gesamthafter Rückgang der Leistungen (– 13,5 %) hauptsächlich infolge der geringeren Abgabe von Methadon und Buprenorphin (– 15,6 % in der FSA, – 22,2 % in Bulle); damit bestätigt sich eine seit mehreren Jahren bestehende Tendenz. In verrechneter Zeit ausgedrückt sind die Leistungen der Krankenpflege aber stabil geblieben (+ 0,4 %).

Psychologische Leistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	FSA	Bulle	Total
Einzeltherapie	844	2	–	934	393	2 173
Paar-/Familientherapie	18	–	–	18	7	43
Gruppentherapie	92	–	–	–	59	151
Durchführung von Tests	5	–	–	–	–	5
Auswertung von Tests	4	–	–	–	–	4
Andere Leistungen	178	–	–	361	62	601
Insgesamt	1 141	2	–	1 313	521	2 977
im Jahr 2005	750	8	–	783	547	2 088

In Zahlen ausgedrückt haben die psychologischen Leistungen einen Sprung um 42,6 % gemacht, in verrechneter Zeit ausgedrückt um 77 %. Dies ist auf die Anstellung eines neuen Psychologen und die Verbesserung des Angebots in Einzel- und Gruppenpsychotherapie zurückzuführen.

Soziale Leistungen

	Freiburg	Estavayer	Meyriez	FSA	Bulle	Total
Soziale Konsultationen	615	2	12	10	183	822
Gruppenkonsultationen	1	–	1	–	–	2
Gruppentherapie	141	–	18	–	92	251
OHG-Konsultationen	10	–	–	–	–	10
Insgesamt	767	2	31	10	275	1 085
im Jahr 2005	764	1	14	7	224	1 010

Die sozialen Leistungen haben gesamthaft um 7 % zugenommen, besonders markant war der Anstieg in Bulle (+ 22,7 %).

Verteilung der Diagnosen neuer Fälle nach ICD-10

F 0	Organische psychische Störungen	1,6 %
F 1	Störungen durch psychotrope Substanzen	15,6 %
	davon F 10: Alkohol	8,4 %
	davon F 11: Opiate	2,3 %
	Nichtorganische Psychosen	8,0 %
F 2	davon F 20: Schizophrenien	3,6 %
F 3	Affektive Störungen	23,3 %
	davon F 32: depressive Episoden	11,4 %
F 4	Neurotische und reaktive Störungen	34,4 %
	davon F 43: reaktive Störungen	25,8 %
F 5	Essstörungen, sexuelle Störungen und Verhaltensauffälligkeiten	1,7 %
F 6	Persönlichkeitsstörungen	6,8 %
F 7	Intelligenzminderung	0,5 %
F 8-9	Störungen mit Beginn in der Kindheit	0,6 %
	Andere Andere und ohne Diagnose	7,5 %

Diese Tabelle zeigt die Diagnosen, die der Behandlung oder Untersuchung der neuen Fälle des PSD insgesamt zugrunde lagen, mit Ausnahme der Konsultationen im Kantonsspital und im Spital des Freiburger Südens. Die Änderungen im Vergleich zu den Vorjahren sind nicht erheblich. Nach wie vor an der Spitze stehen die neurotischen und reaktiven Störungen (34,4 %), gefolgt von den affektiven Störungen (23,3 %, leicht ansteigend) und Störungen, die auf den Missbrauch von Substanzen zurückzuführen sind (15,6 %). Zu vermerken ist ein Rückgang im Missbrauch von Opiaten (von 3,8 % auf 2,3 %).

Wohnort der Patienten nach Bezirk

Saane:	50,8 %
Greyerz:	15,3 %
Sense:	5,4 %
Broye:	8,7 %
Glane:	5,5 %
See	6,9 %
Vivisbach:	3,4 %
Ausserkantonal:	3,7 %

Die Patientinnen und Patienten aus den deutschsprachigen Bezirken (See, Sense) sind wie im Jahr 2005 deutlich untervertreten (2006: 12,3 %, 2005: 12,1 %). Das Gleiche gilt für die Bezirke, in denen der PSD keine Zweigstelle unterhält (Glane, Vivisbach). Der Anteil des Saanebezirks ist im Anstieg begriffen (2006: 50,8 %, 2005: 46,3 %).

Sprache

Gesamthaft machen die Deutschsprachigen nur 13,8 % der Klientel aus (14,3 % am Standort Freiburg; 79 % am Standort Meyriez). Im Vergleich zu den Vorjahren nimmt ihr Anteil leicht zu (11,4 % im Jahr 2005; 8,4 % im Jahr 2002).

Nationalität

Der Ausländeranteil insgesamt beträgt 29,2 % (2005: 30,5 %), davon 32,1 % in Freiburg und 29,5 % in Bulle. 69 Nationalitäten sind vertreten, mit allen damit verbundenen Sprachproblemen.

Aufnahmeart

25,8 % der neuen Fälle wurden notfallmässig und 7,2 % nahezu notfallmässig (innert 48 Stunden) empfangen. Diese Zahlen belegen die Rolle des PSD in Krisensituationen. Die Zahl der notfallmässigen Aufnahmen ist stabil gegenüber dem Vorjahr (2005: 25,2 %), wo sie infolge des Einbezugs der Privatpsychiatrie in den Bereitschaftsdienst zurückgegangen war (2004: 31,2 %).

Herkunft der Nachfragen

Ein wachsender Anteil der Patientinnen und Patienten wendet sich aus eigener Initiative an den PSD (40,6 %) (2005: 32,6 %); 19 % werden von ihrem behandelnden Arzt geschickt und 4,9 % von ihrer Familie oder von nahe stehenden Personen. Ein geringer Prozentsatz wird auf Verlangen der Polizei (1,9 %) und der Richter (1,6 %) untersucht.

Soziale Situation

Mit 7,9 % sind Arbeitslose unter den Patientinnen und Patienten stärker vertreten als in der Freiburger Bevölkerung insgesamt, ebenso die Bezügerinnen und Bezüger von IV-Leistungen (10,5 %) und die Asylsuchenden (3,1 %). Zum dritten Mal ist die letztere Gruppe gegenüber dem Vorjahr rückläufig (2005: 3,5 %).

Alter und Geschlecht

Das Durchschnittsalter der Patientinnen und Patienten ist niedrig: 6,7 % sind unter 20, 20,1 % unter 25, 33,4 % unter 30 und 48 % unter 35 Jahre alt. Nur 6,4 % sind älter als 65 Jahre. Das Durchschnittsalter ist seit dem Vorjahr leicht gesunken (2005: 46,8 % unter 35 Jahren). Die Männer sind gegenüber den Frauen leicht übervertreten (51,8 %).

c) Beratungsstelle Stadt Freiburg

Mit 1060 neuen Fällen verzeichnete dieser Standort trotz der längeren Abwesenheit zweier Assistenzärzte im Vergleich mit dem Vorjahr eine Zunahme der Aufnahmen um 6,5 %. Die Zahl der ärztlichen Leistungen hingegen ging um 4 % zurück. Dieser Rückgang konnte durch eine Intensivierung der mehrdisziplinären Arbeit und einen grösseren Einsatz der Psychologen (Leistungszunahme um 52 %) teilweise kompensiert werden.

Psychologen

Zusätzlich zu den üblichen Aufgaben (Einzel- und Gruppenpsychotherapien, Tests, interne Ausbildung und Praktikantenbetreuung) führte der psychologische Dienst während des Jahres 2006 ein Arbeitsdokument ein, das sich an der kognitiven Verhaltenstherapie sowie am systemischen Lösungsansatz für Kurztherapien ausrichtet. Dieses Dokument in Form eines Ordners ist an alle Mitarbeitenden verteilt worden und bezweckt eine Optimierung der Patientenbetreuung, eine verfeinerte Erfassung der Symptome sowie eine bessere Definition der Therapieziele. Ausser der internen Supervision im Zusammenhang mit der Betreuung von Patientinnen und Patienten mit Borderline-Störung erfolgte eine Vorstellung des Behandlungsansatzes

für diese Patientengruppe im Psychiatrischen Spital Marsens, aber auch in zwei Heimen, die solche Personen aufnehmen. Das Projekt besteht in einer künftigen Verbesserung in der Einzel- und Gruppenbetreuung dieses Patiententyps und darin, Zwischenlösungen zwischen der ambulanten und der stationären Betreuung vorzuschlagen.

Therapiegruppen

Die Therapiegruppen sind ein spezifisches und bewährtes Angebot des PSD und erlauben es, einem wachsenden Hilfe- und Pflegebedarf auf wirtschaftliche Weise zu entsprechen.

Die unterschiedlichen Gruppen gelten jeweils spezifischen psychologischen Problemen, die häufig bei den Patientinnen und Patienten anzutreffen sind, unabhängig von diagnostischen Kategorien. Sie beruhen auf gut strukturierten Modulen kognitiv-verhaltenstherapeutischer Art. Geleitet werden sie von Psychologinnen und Psychologen, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und von Pflegefachpersonen unter ärztlicher Supervision.

Als deutschsprachiges Gruppenangebot hat sich die Gruppe «Selbstbestimmte Kommunikation und Sozialkompetenz» als Pendant zur Gruppe «Affirmation de soi» erfolgreich etabliert.

Ein neues sozialtherapeutisches Gruppenangebot «Zeitstrukturierung im Alltag» ist 2006 konzipiert und umgesetzt worden.

Die für Borderline-Patienten bestimmte Gruppe für den Umgang mit Emotionen entspricht einem grossen therapeutischen Bedarf für diese schwierigen Fälle. Im Rahmen dieses Programms für die spezialtherapeutische Betreuung, das im Jahr 2006 noch verbessert wurde, ist das Angebot von sechzehn gemeinschaftlichen Sitzungen durch vier Einzelsitzungen ergänzt worden.

Die Gruppen für Selbstbehauptung und Entspannung sind sehr gefragt. Sie sind hilfreich bei Schwierigkeiten, die sich quer durch ein breites Spektrum von Diagnosen finden.

Die im Jahr 2005 geschaffene Gruppe, die sich auf das Thema Ernährung bezieht, richtet sich an arzneimittelbedingt übergewichtige Patientinnen und Patienten und verhilft ihnen zu einem geeigneten Essverhalten.

Die dem Alkoholmissbrauch geltenden Gruppen sind in die Angebote der FSA, die für verschiedene Abhängigkeitsformen bestimmt sind, eingeschlossen. Diese Gruppen unter der Bezeichnung «Von einer Sucht loskommen» unterteilen sich in «Motivation: morgen höre ich auf» und «Aktion: wie bleibe ich abstinent?»

Statistik über die Gruppentätigkeit 2006

Gruppen	Anzahl Sitzungen	Mittlere Anzahl Teilnehmende je Sitzung
Umgang mit Emotionen	31	5,2
Selbstbehauptung	20	10,8
Selbstbestimmte Kommunikation (d)	16	3,9
Entspannung	21	4
Ernährung	7	3,1
Zeitstrukturierung im Alltag	9	5,3
Abhängigkeit: Motivation (FSA)	8	6,5
Abhängigkeit: Aktion (FSA)	8	4,5

Soziale Begleitung

Im Rahmen der Entwicklung der interdisziplinären Tätigkeit des Hauses konnte der Sozialsektor des PSD seine Partnerrolle festigen. Er interveniert auf Verlangen der ärztlichen Bezugspersonen der Patientinnen und Patienten oder dieser selbst, um soziale, berufliche, finanzielle, rechtliche und häufig komplexe Situationen zu evaluieren und sich um Klärungen und Lösungen zu bemühen.

Im Jahr 2006 kam zu den punktuellen Unterstützungen die vermehrte Gewichtung der Ressourcen, Möglichkeiten und Projekte der Patientinnen und Patienten, mit dem Ziel, Autonomie und soziale Eingliederung dieser Personen zu fördern. Die enge Zusammenarbeit mit den personellen, institutionellen und aus Vereinen bestehenden Netzen der Patientinnen und Patienten nahm einen wichtigen Platz ein. Insgesamt 179 Dossiers wurden im Jahr 2006 bearbeitet, die jeweils unterschiedlich viele Kontakte bedingten (1-12, je nachdem ob es sich um eine punktuelle Anfrage, Evaluation oder um das Verlangen nach einer längerfristigen sozialen Begleitung handelte).

Ein neues sozialtherapeutisches Gruppenangebot zum Thema Zeitstrukturierung im Alltag, das sich an nicht berufstätige Patientinnen und Patienten richtet und sich an Methoden der kognitiven Verhaltenstherapie ausrichtet, konnte konzipiert und umgesetzt werden.

Durch die Beteiligung an öffentlichen Vorträgen, an Ausbildungssitzungen und Zusammenkünften zwecks Austausch und Information mit anderen Dienststellen und Instanzen des Freiburger Sozialnetzes knüpfte der Sozialsektor des PSD interinstitutionelle Verbindungen mit dem Anliegen, seinen Benützern Qualitätsleistungen anzubieten. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit wirkte es in einer Diskussionsgruppe mit, die sich mit der künftigen Zusammenarbeit der auf Psychiatrie spezialisierten Sozialdienste des Kantons befasse (PSD Bulle und Psychiatrisches Spital Marsens).

d) Fachstelle für Abhängigkeit (FSA)

Im Jahr 2006 stabilisierte sich die FSA in ihrer Betreuung abhängiger Personen, nachdem sie im Vorjahr grosse organisatorische Änderungen erfahren hatte. Ob im Bereich Drogenabhängigkeit, Alkoholsucht, Medikamentenmissbrauch oder Spielsucht – sie behielt das Spektrum ihrer therapeutischen Angebote bei.

Die Anzahl neuer Patientinnen und Patienten, die wegen Suchtproblemen behandelt werden, ist leicht gestiegen (177, + 4,1 %); 260 befanden sich in laufender Behandlung. Zu vermerken ist eine Tendenz zur Abnahme von Behandlungsnachfragen, die einem Problem der blossen Abhängigkeit von illegalen Drogen gelten. Dies schlägt sich in einem Rückgang der Anzahl Personen nieder, die mit Substitutionsprodukten behandelt werden. Was die Konsumenten von Drogen aus dem illegalen Handel angeht, so suchen die Patientinnen und Patienten Hilfe vor allem wegen des gleichzeitigen Missbrauchs mehrerer Substanzen und wegen psychischer Störungen infolge des Mehrfachkonsums. Unter diesen psychischen Störungen als Begleitsymptomen finden sich Angststörungen und vor allem depressive Zustände. Es kommen auch Pathologien psychotischer Art vor wie Schizophrenie oder Verfolgungswahn.

Bei den Leistungen ist ein Rückgang der Anzahl Krankenpflegeleistungen zu verzeichnen (– 17,3 %); dieser ist hauptsächlich auf die fallende Abgabe von Substitutionsprodukten (– 15,6 %) und die Umwandlung einer Krankenpflege- in eine Verwaltungsstelle zurückzuführen. Hingegen wird eine Zunahme der psychologischen Leistungen verzeichnet (+ 67,7 %).

Im Laufe des Jahres 2006 waren trotz der Betreuung fünf Todesfälle unter den in Behandlung stehenden Patientinnen und Patienten zu beklagen, infolge einer Überdosis, eines Unfalls oder wegen Suizid.

Die FSA ist stark in eine pharmazeutische Tätigkeit involviert, ist sie doch mit der Abgabe von Methadon und Buprenorphin an rund hundert Patientinnen und Patienten betraut. Diese Tätigkeit bedingte 2006 wegen der neuen Methadon-Konditionierung in Form von Gelatine kapseln eine gründliche Neuorganisation im Hinblick auf die Rückverfolgbarkeit der an Patienten abgegebenen Medikamente. Im Übrigen wurde Ende 2006 die Sozialhilfe an Personen, die in der FSA behandelt werden, durch den Beizug einer Sozialarbeiterin in Teilzeitbeschäftigung verstärkt.

Das Angebot in Gruppenpsychotherapie spielte sich im Jahr 2006 sehr gut ein. Allwöchentlich profitierten rund zehn Patientinnen und Patienten von einer Gruppentherapie, die spezifisch der Behandlungsmotivation und der Rückfallprävention galt. Diese Gruppenaktivitäten werden gemeinsam von zwei Psychologen der FSA sichergestellt.

Die FSA setzte ihren Einsatz im Alt-Quartier fort, und diese Partnerschaftsarbeit trug gewiss dazu bei, dass aus dem Jahr 2006 keine grösseren Vorkommnisse zu vermelden sind.

e) Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Kantonsspital

Die Tätigkeit der Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Kantonsspital nahm 2006 deutlich zu, mit 745 Erstkonsultationen (+ 20 %) und 225 Folgekonsultationen für 120 Patientinnen und Patienten während des Spitalaufenthalts. Was das Alter der Patientinnen und Patienten angeht, so betrafen 171 Konsultationen Personen ab 65 Jahren und 33 Konsultationen Personen unter 18 Jahren.

Die diagnostische Verteilung ist mit den Vorjahren vergleichbar: 47 Diagnosen lauteten auf organisch bedingte Störungen, 145 auf Suchtstörungen, 60 auf schizophrene Störungen, 159 auf affektive Störungen und 282 auf Angst-, Anpassungs- und psychosomatische Störungen. Nur 4 Hauptdiagnosen lauteten auf Störungen des Essverhaltens, jedoch wurden diese Patienten im Lauf des Spitalaufenthalts im Allgemeinen intensiv und nachhaltig von unserem Dienst begleitet. Die restlichen Diagnosen betreffen Persönlichkeitsstörungen, im Wesentlichen vom Borderline-Typ und andere.

Die Zahl der im Kantonsspital durch unseren Dienst registrierten Suizidversuche belief sich auf 138; im Vergleich zum Jahr 2005 ist dies eine Zunahme von 20 %. Auch die Zahl der Interventionen in der Notfallabteilung stieg an (auf 244); und die Zahl der Interventionen des psychiatrischen Bereitschaftsdienstes des PSD belief sich auf 220, davon erfolgten 175 abends, nachts, an Feiertagen und am Wochenende. 155 Einweisungen in psychiatrische Spitäler waren nötig, davon erfolgten 85 unfreiwillig, 81 Hospitalisationen im Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens erfolgten übrigens in fürsorgerischer Freiheitsentziehung, 59 freiwillig.

Hier die Verteilung der Interventionen auf die Pflegeeinheiten des Kantonsspitals: 252 Interventionen in der Notfallabteilung, 41 in der Intensivpflegeabteilung, 384 in den Stationen der Inneren Medizin (einschliesslich in der Überwachungspflege), 42 in der Chirurgie und Orthopädie, 8 in der Gynäkologie und Geburtshilfe und 7 in der HNO-Abteilung. 6 Konsilien erfolgten im Rahmen des interdisziplinären Schlaf-Kolloquiums, 1 in der Dialyse und 4 in der Station C3, wahrscheinlich für Patienten der Inneren Medizin.

Die Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Kantonsspital wurden durch den Leitenden Arzt des PSD (60 %) in Zusammenarbeit mit einer Oberärztin (40 %) wahrgenommen. Im Rahmen seiner liaison-psychiatrischen Tätigkeit beteiligte sich der Leitende Arzt an der Fortbildung der Assistenzärzte und des Pflegepersonals des Kantonsspitals, an regelmässigen interdisziplinären Kolloquien in der Notfallabteilung des Kantonsspitals, an regelmässigen interdisziplinären Kolloquien für Schlaf-Medizin, und er organisierte und betreute klinische Praktika von Medizinstudierenden des 5. Jahres aus Lausanne und des 6. Jahres aus Genf. Auch beteiligt er sich regelmässig am wöchentlichen mehrdisziplinären Kolloquium der Rheumatologie-Abteilung. Ausserdem präsierte er weiterhin die Arbeitsgruppe «Entwicklung der Liaison- und Krisenpsychiatrie am Kantonsspital Freiburg» und unterbreitete verschiedene Berichte im Hinblick auf die voraussichtliche Entwicklung im Rahmen des künftigen Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit. Als externer Leitender Arzt wirkt er innerhalb eines vierjährigen Mandats (2005-2008) im Vorstand des Ärztekollegiums des Kantonsspitals Freiburg mit. Er koordiniert auch die liaison-psychiatrische Tätigkeit in den Freiburger Spitälern und nimmt regelmässig an Westschweizer Treffen für Liaison-Psychiatrie teil, die im Rahmen des CHUV in Lausanne organisiert werden.

f) *Zweigstelle Estavayer-le-Lac*

Die Zweigstelle von Estavayer-le-Lac funktioniert nach wie vor in gleicher Weise; die Sprechstunde wird wöchentlich an zwei Tagen von einem Ständigen Arzt sichergestellt, der auf Erwachsenenpsychiatrie spezialisiert ist.

Bei den Leistungen gilt der Vorrang nach wie vor der Liaison-Psychiatrie im interkantonalen Spital der Broye, Standort Estavayer-le-Lac, sowie in den Institutionen der Region (La Rosière, Les Mouettes). Die Nachfrage von Seiten des Pflegeheims Les Mouettes ist rückläufig, denn immer mehr Konsilien erfolgen durch den alterspsychiatrischen Dienst Marsens. Die Nachfrage von Seiten der Allgemeinmediziner der Region nach Konsilien blieb auf gleichem Niveau. Die Anzahl neuer Fälle (60) bleibt stabil; jedoch nimmt der Bedarf an Pflegeleistungen zu, was zur Folge hat, dass ein Teil der bei Konsilien gesehenen Patientinnen und Patienten an niedergelassene Psychiater weitergeleitet werden muss, hauptsächlich also nach Freiburg. Dies stellt die Patientinnen und Patienten häufig vor organisatorische Probleme.

Die im Jahr 2005 aufgenommene Zusammenarbeit mit zwei selbständigen Pflegefachmännern der Region entwickelt sich weiter und ermöglicht es, die Kontinuität der psychiatrischen Betreuung unter guten Voraussetzungen sicherzustellen.

g) *Zweigstelle Meyriez*

Im vierten Jahr ihres Bestehens hat die Zweigstelle von Meyriez keine wesentliche Änderung erfahren, was die Erwachsenenpsychiatrie angeht.

Der verantwortliche Psychiater, zweisprachiger Facharzt FMH, bietet weiterhin an wöchentlich drei Tagen (50 %) ambulante psychiatrische Beurteilungen und Therapien an sowie – in Zusammenarbeit mit dem Spital Meyriez – konsiliarärztliche Untersuchungen.

Die Zahl der Konsultationen stieg auf 593 an (2005: 435), davon 36 Konsilien (2005: 49). Die Zahl neuer Fälle blieb mit 73 stabil (2005: 74).

h) *Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Spital des Freiburger Südens*

Die Tätigkeit der Liaison- und Konsiliarpsychiatrie am Spital des Freiburger Südens (HSF) wird von einer Oberärztin des PSD, die an vier Halbtagen in der Woche anwesend ist, wahrgenommen. Die Noteinsätze der Bereitschaftsärzte des PSD sind in der Statistik 2006 mit enthalten.

Die Liaison-Psychiaterin ist verantwortlich für die Konsilien und psychiatrischen Betreuungen an den drei Standorten des HSF (Riaz, Billens und Châtel-St-Denis) sowie für die Supervision der Pflegeteams und des Psychologie-Praktikanten, der 2006 vom HSF mit einem Tätigkeitsgrad von 50 % angestellt wurde. Für die Modalitäten der Anstellung und der Tätigkeit des Psychologie-Praktikanten wurde ein Anhang erarbeitet und der Vereinbarung zwischen dem PSD und dem HSF beigefügt, um den Empfehlungen der Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psycholo-

gen (FSP) Rechnung zu tragen. Die Liaison-Psychiaterin wirkt bei der Fortbildung der Assistenzärzte des Spitals mit.

Die Gesamtzahl der im Jahr 2006 erfolgten Liaison-Konsultationen beträgt 186, davon 146 neue Fälle, 36 Folgekonsultationen und 4 Debriefing-Sitzungen für die Pflorgeteams. In dieser Statistik nicht enthalten sind vom Psychologie-Praktikanten übernommenen Gespräche und psychologischen Betreuungen. 80 % der Personen, denen die Konsilien galten, waren zwischen 17 und 65 Jahre alt, 20 % waren älter als 65 Jahre. 42 Konsilien waren durch Suizidversuche begründet. 33 Verlegungen in ein psychiatrisches Spital wurden verlangt, davon 12 in fürsorglicher Freiheitsentziehung auf Gutachten des beratenden Psychiaters.

i) Psychosozialer Dienst Bulle

Im PSD Bulle ging die Anzahl neuer Fälle (343) im Jahr 2006 um 13 % zurück. Die medizinischen Leistungen nahmen um 12 % ab.

Die psychologischen Leistungen gingen auf 462 zurück (Abnahme um 15 %).

Auch die Leistungen der Krankenpflege gingen um 16 % zurück (5289 verrechenbare Akte). Der Rückgang erfolgte relativ ausgeglichen in allen Tätigkeitssektoren.

Die sozialen Leistungen nahmen zu, jedoch nur in Bezug auf die Gesamtzahl Leistungen, nicht aber, was die Zahl der Sozialsprechstunden anbelangt. Die Zunahme ist darauf zurückzuführen, dass die soziale Tätigkeit dieses Jahr mit mehr Einzelheiten erfasst worden ist.

Bei den Neuaufnahmen erfolgte die erste Konsultation in 30 % der Fälle notfallmässig.

Die neuen Patientinnen und Patienten kommen hauptsächlich aus dem Greyerzbezirk (60 %), es folgen der Glanebezirk (17,5 %) und der Vivisbachbezirk (14 %). Die Mehrheit wendet sich aus eigener Initiative oder auf Initiative der Familie an den Dienst (46 %). Ein weiterer grosser Anteil (30 %) wird vom behandelnden Arzt für somatische Medizin überwiesen. Der Rest (24 %) wird von Institutionen geschickt, hauptsächlich vom Spital Marsens, das – dieser Population schickt. 11 % sind Asylsuchende und werden vom Roten Kreuz geschickt. Weniger Personen wurden von Polizei- oder Gerichtsinstanzen geschickt (11 %). 5 % schliesslich wurden von der FSA geschickt.

25 % der Patientinnen und Patienten sind ausländischer Herkunft und kommen aus 29 Ländern wie: Portugal (28 %), Frankreich (10 %), Italien, Türkei und Kosovo (jeweils 5,6 %), Serbien (4,5 %), Mazedonien und Russland (jeweils 3,4 %).

Die allgemeine Abnahme der neuen Fälle und der Leistungen mag auf das grösser gewordene Angebot der Privatpsychiatrie zurückzuführen sein, haben sich doch zwei neue Psychiater im südlichen Kantonsteil niedergelassen. Effektiv ist ein solcher Rückgang an den übrigen Standorten des PSD nicht zu beobachten.

Auf Ausbildungs- Organisationsebene ging die Einführung des gemeinsamen Informatik-Dossiers mit regelmässigen

Supervisionen der interdisziplinären Teamarbeit einher. Diese interne Supervision wird durch vierteljährliche Supervisionen ergänzt, die von einem externen Psychiater geleitet werden.

3. Weitere Tätigkeiten

a) Beratungsstelle Stadt Freiburg

Der Chefarzt-Direktor hielt mehrere Referate für Berufskollegen und verschiedene Vereinigungen. Er nahm am Kongress der American Psychiatric Association in Toronto teil. Er wirkte mit an den Arbeiten und Sitzungen der Kommission für die Erarbeitung des Gesetzesvorentwurfs über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit. Er unterrichtete weiterhin Psychopharmakologie am Psychologischen und am Heilpädagogischen Institut der Universität Freiburg. Er tagte als Stellvertreter in der beratenden Kommission für die bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug.

Der für die FSA verantwortliche Arzt nahm an einem grossen internationalen Kongress in den USA über die Forschung im Suchtbereich teil und hatte Gelegenheit zur Teilnahme an mehreren Konferenzen in der Schweiz, die ebenfalls dem Suchtbereich galten. Er trug zur Verbreitung der Erkenntnisse in diesem Bereich bei, indem er am psychologischen Departement einen Kurs über Drogensucht erteilte. Im Rahmen der Fortbildung für die Psychiater des Standorts Cery (Universitätsdepartement des Kantons Waadt für Erwachsenenpsychiatrie) erteilte er auch einen Kurs über die Behandlung der Alkoholabhängigkeit. Als Experte schliesslich wurde er von der UNO im Rahmen eines Projekts betraut, das der Ermittlung des Ausbildungsbedarfs des Personals zweier Behandlungszentren für Drogenabhängigkeit in Togo und Benin gilt.

Der Leitende Arzt ist Mitglied des Vorstands der Vereins Suizidprävention im Kanton Freiburg und nimmt daher an den verschiedenen Veranstaltungen dieses Vereins teil. Er ist Vorstandsmitglied der Vereinigung freiburgischer Fachärztinnen und Fachärzte für Psychiatrie und vertritt dort den institutionellen Pool. Er ist Vorstandsmitglied der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemische Intervention sowie der schweizerischen Gesellschaft für Familientherapie und Systemische Intervention und führt im Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens Supervisionen nach systemischem und familientherapeutischem Ansatz durch. Er ist auch Mitglied des Stiftungsrats des Foyer St-Louis und Referenzpsychiater dieser Institution, wo er regelmässige Team-Supervisionen durchführt.

b) Beratungsstelle Bulle

Der für den PSD Bulle verantwortliche Chefarzt-Vizedirektor war aktives Mitglied des Vorstands der freiburgischen Gesellschaft für psychische Hygiene und der Westschweizer Sektion der Schweizerischen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie. Er wirkte mit bei der Organisation der Jahrestagung des Zentralvorstands dieser Gesellschaft in Ueberstorf. Aktiv war er auch im Westschweizer Verband für psychoanalytische Psychotherapie (ARPP) sowie in der Freiburger Gesellschaft für Familientherapie und systemi-

sche Intervention (AFRITHEF). Er stellte ein wöchentliches Liaison-Kolloquium zwischen der Zweigstelle Bulle und dem Psychiatrischen Spital Marsens sicher. Auf Verlangen der Direktion für Gesundheit und Soziales beteiligte er sich an einer Arbeitsgruppe für die Errichtung einer mobilen Einheit für soziale Notfälle. Er organisierte das «Herbsttreffen» der Freiburger Psychiatrie, bei dem private und institutionelle Psychiaterinnen und Psychiater sich zu einem Vortrag zum Thema «Schmerzhafte chronische Schmerzzustände und ihre psychischen Auswirkungen», der von der Invalidenversicherung mitgetragen wurde, zusammenfanden.

Eine Pflegefachfrau überwachte den psychiatrischen Aspekt der Hilfe und Pflege zu Hause, die vom Réseau de Santé Gruyère erteilt wird, und animierte eine Informations- und Gesprächsgruppe über Depression, die sich an Angehörige von Patienten richtete.

Die Sozialarbeiterin nahm an der sozialmedizinischen Koordinationsgruppe des Glane- und des Greyerzbezirks teil. Sie organisierte zwei Ausstellungen mit Gemälden von Patientinnen und Patienten in den Räumen des PSD Bulle.

Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG)

Die OHG-Tätigkeit ist im Juni 2005 an das Jugendamt (JugA) übergegangen. Es wurde somit kein neuer Fall übernommen. Es erfolgten aber noch zehn OHG-Beratungen, um noch laufende Fälle abzuschliessen.

V. Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst befasst sich mit der ambulanten psychiatrischen und psychotherapeutischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen des Kantons Freiburg unter 18 Jahren. Der KJPD bietet ambulante Konsultationen in seiner zentralen Poliklinik in Freiburg an sowie in seinen regionalen Zweigstellen im Spital des Seebezirks (Meyriez), im interkantonalen Spital der Broyeregion (HIB, Standort Estavayer-le-Lac) und in Bulle. Die Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital lief dank der Anwesenheit eines in die Kinderklinik integrierten Konsiliar- und Liaison-Psychiaters weiter. Diese Zusammenarbeit ermöglicht eine bessere Betreuung der hospitalisierten Kinder.

1. Personal

Der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst verfügt über 1380 Stellenprozent; davon entfallen 750 % auf das ärztliche Personal, 300 % auf das psychologische Personal, 80 % auf den Sozialarbeiter und 250 % auf das Verwaltungspersonal.

Das Budget 2006 erlaubte es dem KJPD, seinen Personalbestand durch die Anstellung eines Assistenzarztes mit vollem Pensum und einer Psychologin-Psychotherapeutin mit Teilpensum aufzustocken. Das Team des KJPD setzt sich somit wie folgt zusammen: ein Chefarzt mit vollem

Pensum, der seit diesem Jahr in der zentralen Poliklinik Freiburg und im Psychiatrischen Spital Marsens arbeitet, eine stellvertretende Chefärztin mit vollem Pensum, ein Oberarzt mit vollem Pensum und zwei Oberärztinnen mit Teilpensum. Das psychosoziale Team besteht aus drei Psychologinnen-Psychotherapeutinnen und einem Sozialarbeiter mit Teilpensum. Die Verwaltungsführung obliegt dem Adjunkten des Dienstchefs, der ein Teilpensum hat; für den Empfang und das Sekretariat sind vier ebenfalls teilzeitlich beschäftigte Sekretärinnen zuständig. Für die weitere Zusammenarbeit mit der Kinderklinik des Kantonsspitals ist eine Assistenzärztin zu 50 % bereitgestellt worden, für diejenige mit Time Out, der halbgeschlossenen Beobachtungsstätte für Jugendliche, stehen 20 % einer Oberarztstelle zur Verfügung.

2. Haupttätigkeiten

a) Konsultationen in der zentralen Poliklinik

Zwar verweist die Statistik für dieses Jahr auf keinen Anstieg der Nachfrage, jedoch war die Sprechstundentätigkeit im medizinisch-psychiatrischen, psychologischen und sozialen Bereich keineswegs weniger intensiv. Wie andere kinder- und jugendpsychiatrische Institutionen des Landes hat der Dienst den Eindruck, dass die gemeldeten Fälle immer vielschichtiger und komplizierter werden. Der Meldung des Kindes kann ein zunächst einzelnes Problem seiner psychischen und geistigen Entwicklung zugrunde liegen, das aber mit dem sozialen und familiären Kontext verbunden ist, in dem das Kind heranwächst. Somit muss die medizinisch-psychiatrische Untersuchung regelmässig durch eine psychologische Bestandaufnahme und häufig noch durch eine Beurteilung der Lebenssituation des betroffenen Kindes ergänzt werden. Diese Schritte ermöglichen es, eine vollständige Diagnose zu stellen, als unverzichtbare Voraussetzung für eine geeignete und wirksame therapeutische Intervention. Meist kommt eine integrierte psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung in Frage, das heisst eine Betreuung unter Einschluss mehrerer Massnahmen wie etwa einer psychiatrisch-psychotherapeutischen Arbeit, der Zusammenarbeit mit den Eltern, der Familie und dem Netz und allenfalls einer medikamentösen Behandlung. Eine gewisse Anzahl von Kindern kann von einer Einzelpsychotherapie, einer Familien- oder Gruppentherapie profitieren, ohne dass es weitere Komponenten braucht. Die «therapeutische Sprechstunde», eine spezifische therapeutische Intervention für sehr junge Kinder, wo das Kind mit mindestens einem Elternteil gesehen wird, gehört in den gleichen Zusammenhang. Diese Differenzierungen werden umso wichtiger, als am 1. Januar 2007 die neue Verordnung über Leistungen in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (KLV) in Kraft tritt. Diese verpflichtet alle Psychiater-Psychotherapeuten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Psychotherapien im eigentlichen Sinne, die über zehn Sitzungen hinausgehen, zu melden. Nicht darunter fallen integrierte psychiatrisch-psychotherapeutische Therapien, psychiatrische Notfälle, Konsilien, somit Leistungen, die häufig im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit der Kinderklinik des Kantonsspitals erteilt werden.

Ende 2006 befanden sich 91 Fälle auf der Warteliste (118 Ende 2005). 98 Meldungen wurden im Laufe des Jahres zurückgezogen, entweder wegen einer Verbesserung der Situation des Kindes oder wegen der Hinwendung zu anderen Fachleuten und Institutionen.

b) Regionale Konsultationen

Der Dienst bietet in den regionalen Konsultationen nach wie vor die gleichen Leistungen an, nur die psychologischen und sozialen Interventionen erfolgen immer noch von der zentralisierten Poliklinik Freiburg aus. Um Pflegeleistungen in nächster Nähe zu den «Benützern», das heisst den Kindern, Jugendlichen und ihren Familien anbieten zu können, befasst sich der Dienst weiterhin mit der Konsolidierung beziehungsweise Ausweitung der regionalisierten Angebote.

c) Kinder- und jugendpsychiatrische Konsultationen und Mitarbeit von Konsiliar- und Liaisonpsychiatern an der Kinderklinik des Kantonsspitals

Die Zusammenarbeit «K&L» – das heisst Konsilien, Liaison-Psychiatrie und Kriseninterventionen – stellt einen wichtigen und höchst nützlichen Pfeiler der klinischen Arbeit dar. Nicht selten nämlich manifestiert sich ein psychologisches Problem zumindest anfänglich durch ein somatisches Symptom. Die sofortigen kinder- und jugendpsychiatrischen Interventionen und die alle zwei Wochen stattfindenden Kolloquien mit dem Ärzteteam, manchmal auch mit dem Pflorgeteam, ermöglichen es den Pflegefachpersonen, die psychologische Dimension des Leidens, das vom Kind vordergründig durch ein somatisches Symptom ausgedrückt wird, zu beurteilen. Die gemeinsame Sprechstunde des Leitenden Arztes für pädiatrische Gastro-Enterologie und eines Kaderarztes des KJPD ermöglicht weiterhin eine bessere Betreuung von Kindern mit Störungen des Verdauungstrakts. Diese Zusammenarbeit ist durch die Erarbeitung eines Interventionsprotokolls für Jugendliche mit Essstörungen verstärkt worden.

d) Zusammenarbeit mit weiteren Diensten und Institutionen

In seiner sozialpsychiatrischen beziehungsweise systemischen Ausrichtung bietet der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst einen spezifischen medizinischen und psychologischen Ansatz im Kinder- und Jugendbereich. Er ist aktiver Partner und Partner «von Amtes wegen» für zahlreiche Institutionen, Dienste und Fachleute, die sich mit der minderjährigen Population unseres Kantons befassen. Besonders gepflegt wird die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt (JugA), mit dem der KJPD eine erhebliche Zahl von Fällen gemeinsam betreut. Praktiziert wird sie auch mit dem ambulanten Dienst für Erziehungsfragen (SEI), den so genannten Hilfsdiensten im Schulwesen (schulpsychologische Dienste, Logopädinnen und Psychomotorikerinnen), der Jugendstrafkammer, dem therapeutischen Tageszentrum für Kinder und seit Herbst 2006 für Jugendliche. Das letzte Angebot entspricht ganz und gar der künftigen Kinder- und Jugendpsychiatrie, wie sie im Rahmen des Freiburger Netzes für die Pflege im Bereich psychische Gesundheit (FPN) vorgesehen ist.

Regelmässig ist auch die Zusammenarbeit mit den Gerichten, den Vormundschaftsbehörden, das heisst dem Frie-

densgericht, den pädagogischen Sondereinrichtungen des Kantons. Besonders zu erwähnen ist die Zusammenarbeit mit dem Mütter- und Väterberatungsdienst des Office familial und unser Engagement im Time Out, einer halbgeschlossenen Institution für Jugendliche unter der Verantwortung der Vereinigung Saint-Etienne.

Eine erfahrene Mitarbeiterin ist regelmässig in den Sprechstunden der Mütter- und Väterberaterinnen anwesend. Letztere kommen auch in den Genuss von Supervisionen, die der Chefarzt des KJPD erteilt. Diese gemeinsamen Sprechstunden einer Mütter- und Väterberaterin und einer Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie sind ein wichtiges Instrument für die Prävention von Entwicklungsstörungen im Kleinkindalter geworden.

Dank der 20-prozentigen Anwesenheit einer beratenden Ärztin im Time Out ist es möglich, für Jugendliche zu intervenieren, die zusätzlich zu ihren Verhaltensstörungen ein psychosoziales Problem aufweisen. Ganz gewiss wird diese Zusammenarbeit die Interventionen erleichtern, die im Rahmen des neuen, am 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Jugendstrafrechts vorgesehen sind. Jede minderjährige Person, für die eine Massnahme der Platzierung oder Internierung über eine Dauer von höchstens vier Jahren ausgesprochen wird, muss künftig medizinisch oder psychologisch beziehungsweise kinder- und jugendpsychiatrisch begutachtet werden.

Eine neue intensivere Zusammenarbeit besteht seit einem Jahr mit den jugendpsychiatrischen Stationen des Kantonalen Psychiatrischen Spitals Marsens. Seit dem 1. Februar 2006 versieht der Chefarzt des KJPD die ärztliche Leitung der beiden jugendpsychiatrischen Stationen. Ausserdem leitet er eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines Jugendpsychiatriekonzepts im künftigen Sektor für Kinder- und Jugendpsychiatrie gemäss dem neuen Gesetz über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit, das am 5. Oktober 2006 angenommen wurde. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

e) Bezifferte Daten

Ärztliche Leistungen:

	Freiburg	Bulle	Kantons- spital	Estavayer	Meyriez	Total
Konsultationen	2 496	55	81	93	60	2 785
Anderer Leistungen	1 762	19	12	238	22	2 053
Insgesamt	4 258	74	93	331	82	4 838

Psychologische Leistungen:

	Freiburg	Bulle	Kantons- spital	Estavayer	Meyriez	Total
Konsultationen	1 664		4		17	1 685
Anderer Leistungen	756				2	758
Insgesamt	2 420		4		19	2 443

Soziale Leistungen:

	Freiburg	Bulle	Kantons- spital	Estavayer	Meyriez	Total
Konsultationen	327				3	330
Anderes	57					57
Insgesamt	384				3	387

- Alter der Patientinnen und Patienten: wie vermutlich in allen kinder- und jugendpsychiatrischen Diensten steht die grosse Mehrheit der gemeldeten Kinder im Primarschulalter, ist also 6 bis 12 Jahre alt. Die Jugendlichen stellen die zweite Gruppe dar, gefolgt von den Kindern im Vorschulalter. Die Gruppe der Jugendlichen zwischen 17 und 18 Jahren stellt die vierte Altersklasse dar.
- Sprache: nach wie vor sind die Deutschsprachigen des Kantons untervertreten.
- Nationalität: der Anteil von Personen anderer Staatsangehörigkeit und aus einer anderen Kultur beträgt 12,9 %; er ist dem Prozentsatz von Ausländern in der Bevölkerung des Kantons (16,3 %) vergleichbar.

3. Weitere Tätigkeiten

Es gehört zum Auftrag und zu den Aufgaben eines öffentlichen Dienstes für Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie, sich in der Öffentlichkeitsarbeit und in der Ausbildung spezifischer Berufsgruppen (Studierende, Pflegefachpersonen, Sozialdienste und andere) einzusetzen.

So hielten der Chefarzt, die stellvertretende Chefärztin und weitere Mitarbeitende des KJPD erneut mehrere Vorträge und Referate zu Themen der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, unter anderem bei den Schulleiterinnen und -leitern, den Schulinspektorinnen und -inspektoren, im Rahmen des Projekts «Santé Jeunesse», bei der Ärzteschaft usw.

Die ärztlichen und psychologischen Kader nahmen weiterhin Unterrichts- und Ausbildungsaufgaben wahr, an der Hochschule für Gesundheit, der Hochschule für Sozialarbeit in Givisiez sowie bei den Teams verschiedener Institutionen.

Im Rahmen der vom Chefarzt gehaltenen Vorträge und Referate wurden die folgenden Themen behandelt: Suizidprävention, die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit für Kinder und Jugendliche, Misshandlung und sexuelle Ausbeutung: Prävention und Intervention, die Sozialpsychiatrie im Kindes- und Jugendalter usw.

Der Einsatz im GRIMABU (Arbeitsgruppe für die Prävention von Misshandlung und sexueller Ausbeutung) und im CAN-Team (Child abuse and neglect prevention team) lief weiter, indem die stellvertretende Chefärztin und die verantwortliche Psychologin den KJPD in diesen Gruppen vertraten.

Der Chefarzt präsidiert nach wie vor den Verein PréSuiFri (Suizidprävention im Kanton Freiburg), der seine Tätigkeit im Jahr 2006 fortsetzte. Im Lauf dieses Jahres sind Interventionsprotokolle («guidelines») für die Berufspersonen aus verschiedenen Bereichen erarbeitet worden. Ausserdem wurden mehrere Ausbildungen organisiert, teilweise mit der Caritas Schweiz, vor allem für Berufspersonen aus dem psychosozialen Bereich, das Personal der Strafvollzugsanstalten und der Ärzteschaft (Allgemeinärzte und Hausärzte). Der Chefarzt als Vertreter von PréSuiFri nahm an mehreren Anlässen und Treffen auf nationaler Ebene

teil, insbesondere in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Aufstellung eines Netzwerks gegen Depression befasst, ein Projekt, das auch auf europäischer Ebene wichtig geworden ist.

Am 24. Juni 2006 fand in Freiburg der 2. Psychotherapiekongress statt; organisiert wurde er von mehreren Gesellschaften für Psychiatrie, Psychologie und Psychotherapie. Als Mitglied des Organisationskomitees hatte der Chefarzt die Ehre, den Vorsitz an dieser wichtigen Tagung zu führen; dabei konnte er auf den Beitrag und die Anwesenheit von Staatsrätin Ruth Lüthi, Direktorin für Gesundheit und Soziales, und Prof. Prof. Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, sowie mehrerer weiterer Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik zählen.

Am 7. September 2006 hatte der KJPD die Ehre, einen Besuch des «Klubs für Familienfragen» des Freiburger Grossen Rats zu empfangen. Dieser Besuch gab den Verantwortlichen des KJPD Gelegenheit, die Tätigkeit, die Entwicklung und die Projekte des Dienstes im Einzelnen vorzustellen.

In seiner Eigenschaft als Past President der Schweizerischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie (SGKJPP) und als Delegierter und Vertreter in der International Association of Child and Adolescent Psychiatry and Allied Professions (IACAPAP) hatte der Chefarzt Gelegenheit, am internationalen Kongress dieser Gesellschaft in Melbourne teilzunehmen, einem alle vier Jahre stattfindenden Kongress. An diesem Kongress, der unter dem Titel «Child and adolescent mental health: Nurturing Diversity» lief, trug er zwei Referate vor; das eine galt dem Stand der schweizerischen Kinder- und Jugendpsychiatrie und das andere den Ergebnissen einer Forschungsarbeit über das Problem des Zugangs Jugendlicher zur Pflege im Bereich psychische Gesundheit. Nach wie vor arbeitet der Chefarzt mit in der Psychotherapie-Arbeitsgruppe der beiden psychiatrischen Gesellschaften.

Der Chefarzt ist weiterhin Mitglied der eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) und nahm an mehreren Sitzungen und Arbeitstagungen dieser Kommission teil. Das «Forum» der EKFF im Frühjahr 2006 war der Diskussion über die so genannten «Sandwich-Familien» gewidmet, Familien, die sich sowohl um Kinder als auch um Grosseltern kümmern müssen.

2006 wurde der Chefarzt zum Mitglied der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften (SAMW) ernannt.

Ein wichtiges Ereignis für den KJPD in diesem Jahr war zweifellos der seit langem vorbereitete und erwartete Umzug. Seit dem 1. Mai 2006 befindet sich der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst in grossen und für seine Tätigkeit gut geeigneten Räumen am Chemin des Mazots 2 in Freiburg, in «Wohngemeinschaft» mit den französischsprachigen Schulinspektoren des nördlichen Kantonsteils, die das obere Stockwerk des Gebäudes belegen. Die offizielle Einweihung der neuen Räumlichkeiten fand am 24. November 2006 mit einem Tag der offenen Tür statt, mit einer Eröffnungsansprache von Staatsrätin Ruth Lüthi, Direktorin für Gesundheit und Soziales, einem Referat des Historikers Jean-Pierre Anderegg über die Vergangenheit

dieser Stätte und einem wissenschaftsgeschichtlichen Referat von Prof. Walter Bettschart über die Entwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Der KJPD befasste sich nach wie vor mit seiner Aufgabe in der Ausbildung künftiger Kinder- und Jugendpsychiater und -psychotherapeuten. Wie jedes Jahr stehen mehrere Mitglieder des Teams in Psychotherapieausbildung nach einem der anerkannten Therapieansätze (psychodynamischer, familiensystemischer oder kognitiv verhaltenstherapeutischer Ansatz). Die Teammitglieder profitierten regelmässig von Supervisionen unter externen Supervisoren in einem dieser Ansätze. Das Team insgesamt unterzieht sich regelmässig zwei je halbtägigen Supervisionen, um sein gutes Funktionieren zu gewährleisten.

Mehrere interne Weiter- und Fortbildungsanlässe des KJPD unter Moderation interner oder externer Referenten standen auch interessierten Berufspersonen aus anderen Institutionen oder privat praktizierenden Fachleuten offen. Zu nennen sind: ein Vormittag zum Thema Jugend und Homöopathie, Vorträge über die Probleme von Migrantenfamilien, das Angebot der psychologischen Beratung an der Universität und ein Referat über das «Familien-Totem», das heisst die therapeutische Beurteilung der Charaktere in der Familie mittels Tier-Repräsentationen.

4. Publikationen

Haemmerle Patrick (2006): Von der Schwierigkeit, Haltgebende Strukturen zu schaffen in haltloser Zeit. Kinderpsychiatrie als Sozialpsychiatrie. In: Ramseyer F., Genner R., Brenner H., Hrsg.: Die Schweizer Psychiatrieversorgung im internationalen Vergleich. Edition 8.

5. Statistik

Anzahl	– neue Fälle:	553
	– alte Fälle:	360

Besondere Leistungen und Interventionen

– Notfälle (Intervention innert 24 Stunden nach Meldung)	38
– Gutachten (Zivilrecht, Strafrecht, Militär, IV, OHG)	4
– Konsilien	21
– Rückzüge	98
– Warteliste am 31.12.06	91

Die folgenden Daten betreffen nur neue Fälle:

<i>Alter</i>	0 – 5 Jahre	95
	6 – 12 Jahre	247
	13 – 16 Jahre	173
	17 – 18 Jahre	35
	über 18 Jahre	3
Insgesamt		553
<i>Geschlecht</i>	weiblich	236
	männlich	317
Insgesamt		553
<i>Sprache</i>	französisch	473
	deutsch	76
	andere	4
Insgesamt		553

<i>Auf Anmeldung durch</i>	Mutter	411
	Vater	60
	Patient/in	4
	Drittperson	78

Insgesamt 553

<i>Verteilung nach Bezirk</i>	Saane	263
	Sense	49
	Greyerz	74
	See	32
	Glane	28
	Broye	91
	Vivisbach	9
	Ausserkantonale	7

Insgesamt 553

Diagnosen (Mehrfachdiagnosen möglich):

(nach ICD10, internationale Klassifikation multifaktorieller Krankheiten)

– Verhaltens- und emotionale Störungen (F9)	330
– Depressive Störungen, Angstzustände (F3 + F92.0)	389
– Anpassungs- und neurotische Störungen (F4)	777
– Entwicklungsstörungen (F8)	356
davon 53 invasive Störungen (Autismus)	
– Somatische, psychosomatische oder mit physiologischen Problemen verbundene Störungen (F5 + Faktor IV)	323
davon 43 Essstörungen (Anorexie und Bulimie) (F50)	
53 Störungen der Sphinkterfunktionen (Enuresis und Enkopresis) (F98.0 + F98.1)	
25 Suizidversuche (X60-84)	
– Psychosoziale Störungen oder abnorme psychosoziale Zustände	1536

(Kommentar: Die hohe Zahl in der letzten Rubrik zeigt, dass durchschnittlich bei jedem Kind 1 bis 2 psychosoziale Faktoren gefunden wurden, die als pathogen zu betrachten sind.)

VI. Dienst für Familienplanung und Sexualinformation (FSD)

Der Dienst für Familienplanung und Sexualinformation ist beauftragt mit der Prävention und der Förderung der sexuellen und auf die Fortpflanzung bezogenen Gesundheit im Kanton Freiburg, ganz besonders bei Kindern und Jugendlichen. Die Tätigkeiten gelten der Verhütung unerwünschter Schwangerschaften, der Prävention sexuell übertragbarer Krankheiten, von HIV/Aids, sexueller Ausbeutung und Misshandlung. Der Dienst umfasst zwei Sektoren, die Familienplanung und die Sexualinformation, und entfaltet seine Tätigkeit im ganzen Kanton.

1. Personal

Das Personal des Sektors Familienplanung umfasst eine Dienstchefin, drei Beraterinnen und eine Arztassistentin, die 3,2 Vollzeitstellen unter sich aufteilen. Die ärztlichen

Sprechstunden werden an zwei Tagen in der Woche (12 Stunden) von einem Assistenzarzt der Gynäkologieabteilung des Kantonsspitals sichergestellt. Der Dienst hat seinen Sitz in Freiburg, verfügt aber auch über zwei Beratungs- und Informationszweigstellen im Kanton. Die erste ist in Bulle, in den Räumen des Réseau santé Gruyère. Die zweite ist in Murten, im Spital Meyriez.

Das Personal des Sektors Sexualinformation besteht aus einer stellvertretenden Dienstchefin, die für den Sektor verantwortlich ist und ein halbes Pensum hat, und neun Sexualpädagoginnen, die in den Schulen und Institutionen des Kantons zum Einsatz gelangen. Sie arbeiten alle teilszeitlich und versehen insgesamt 2,5 Vollzeitstellen. Dazu kommen ein Sexualpädagoge und eine Sexualpädagogin mit einem Vertrag auf Stundenbasis.

2. Tätigkeiten

a) Familienplanung und Schwangerschaftsberatung

Gemäss seinem Auftrag für Prävention und Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit entsprach der Dienst Anfragen von Einzelpersonen, Paaren und Gruppen in Bezug auf sexuelle Gesundheit, Gefühlsleben und Schwangerschaft. Im Jahr 2006 verteilten sich die Gespräche wie folgt: 56 % der Anfragen bezogen sich auf Empfängnisverhütung, 19 % auf Schwangerschaft, 25 % auf sexuell übertragbare Krankheiten und HIV/Aids. Von den Personen, die an den Dienst gelangen, sind 50 % jünger als 20 Jahre, und von diesen wiederum sind 13 % jünger als 16 Jahre. Die Statistik zeigt eine Stabilität in der Anzahl Beratungen und in Bezug auf das Alter der Klientel. Hingegen verschiebt sich das Verhältnis zwischen der schweizerischen und der ausländischen Population weiterhin (63 % Schweizer/innen und 37 % Ausländer/innen). Im Jahr 2002 betrug dieses Verhältnis noch 56 % zu 44 %. Festzustellen ist auch ein Anstieg der Anzahl Telefongespräche, die sich auf 4754 Gespräche beziffern (+ 568).

In Anwendung des Bundesgesetzes vom 9. Oktober 1981 über die Schwangerschaftsberatungsstellen bietet der Dienst auf Wunsch Gespräche an, die der Information, der Klärung und Unterstützung gelten (347 Gespräche im Jahr 2006, davon betrafen 90 eine unerwünschte Schwangerschaft).

HIV- und Aids-Prävention

Der Dienst bietet die Möglichkeit von HIV-Tests, die durch ein Beratungsgespräch ergänzt werden. Handelt es sich in der Nachfrage auf dem Gebiet der Empfängnisverhütung im Wesentlichen um eine weibliche Klientel, so sind in Nachfrage nach HIV-Tests auch die Männer gut vertreten (123 Männer auf 287 Tests). In diesem Präventionsbereich referierten die Sexualpädagoginnen an der Berufsschule Bulle, an den Lehrwerkstätten Freiburg und an der spezialisierten Berufsausbildungsstätte Courtepin.

Weitere Tätigkeiten

Als Kompetenzzentrum auf dem Gebiet sexuelle und reproduktive Gesundheit erteilte der Dienst Kurse im Rahmen der Berufsbildung oder Fortbildung bei Studierenden

der Krankenpflege, Fachangestellten Gesundheit und Schulmediatorinnen und -mediatoren. Mit diesen Einsätzen kann erreicht werden, dass weitere Berufsgruppen die Anliegen der Prävention und der Förderung sexueller Gesundheit weitervermitteln. Eine Beraterin referierte zusammen mit weiteren Berufsleuten bei einer Fortbildung der deutschsprachigen Lehrpersonen zum Thema Umgang mit Gewalt und sexueller Gewalt. Die Verantwortliche des Dienstes gehört einer interkantonalen Arbeitsgruppe an, die sich mit der Errichtung eines Dienstes für Familienplanung in der Broyeregion befasst.

Von September bis Dezember 2006 wurde der Dienst in das Projekt der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) einbezogen. Wegen der geringen Grösse des Dienstes waren alle Mitarbeitenden in diesen Vorgang impliziert, der eine erhebliche Mehrarbeit verlangte. Die im Rahmen dieses Projekts erarbeiteten Vorschläge werden im Laufe des Jahres 2007 vom Staatsrat geprüft.

Zusammenarbeit und Ausbildung

Der Dienst arbeitet mit mehreren Institutionen des medizinischen, sozialen und Erziehungsbereichs zusammen, namentlich mit dem Kantonsspital, dem Spital des Freiburger Südens, den Gynäkologinnen und Gynäkologen, dem Psychosozialen Dienst, dem Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst, dem Jugendamt, der Stiftung «Aux Etangs» Frau und Kind und mit Empreinte. Er unterhält auch eine regelmässige Zusammenarbeit mit der Asylabteilung des Roten Kreuzes und mit Fri santé, um eine nachhaltige Prävention und die Gesundheitsversorgung für die betroffenen Frauen sicherzustellen. Das Gleiche gilt für Institutionen, die Jugendliche aufnehmen, wie Seedorf, les Peupliers, Time Out, la Traversée, Transit, Vis la Vie im Greyerzbezirk.

Der Dienst gehört mehreren Gruppierungen von Berufsleuten im Gesundheits- und Präventionsbereich wie etwa dem groupement de promotion, de prévention & d'éducation à la santé du canton de Fribourg (GES), der Koordinationsgruppe des Réseau Santé Gruyère, dem Verein Sozialtätige Deutsch Freiburg (VSD), der Freiburger Koordinationsgruppe zur Aidsbekämpfung und dem Verein für Suizidprävention Freiburg (PréSuiFri).

Ausbildung

Die Beraterinnen und Sexualpädagoginnen beteiligten sich an der Fortbildung des Verbands der Schwangerschafts- und Sexualberaterinnen. Eine Beraterin besuchte das vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) organisierte Schweizer Aids-Forum. Mehrere Mitarbeiterinnen nahmen am Ausbildungstag teil, der vom Walliser Verband für Familienplanung (SIPE) zu seinem 30. Jahrestag organisiert wurde. Zwei Sexualpädagoginnen nahmen am Ausbildungstag teil, der von Sexualpädagogik Deutsche Schweiz (SEDES) veranstaltet wurde. Eine Beraterin besuchte ein Symposium an der Universität Freiburg über Sexualität.

b) Sexualinformation

Im Jahr 2006 gelangten auch die Orientierungsschulen des Greyerzbezirks an den Dienst, so dass sich die Zahl

der Sexualinformationseinsätze auf Orientierungsstufe auf 127 erhöhte (+ 35). Künftig kommen alle zweiten Klassen der französischsprachigen Orientierungsschulen des Kantons in den Genuss eines Einsatzes, der zwischen zwei bis sechs Stunden Sexualinformation variiert. Diese Einsätze schliessen sich an diejenigen an, die im Grundangebot im Kindergarten und in der vierten Primarschulklasse erteilt werden sowie im erweiterten Angebot, das den Kindergarten, die zweite, vierte und sechste Primarschulklasse abdeckt. Im deutschsprachigen Kantonsteil erfolgen Einsätze in den Kindergarten- und Primarschulklassen, selten jedoch an der Orientierungsstufe, mangels Nachfrage der Orientierungsschulen.

Abgesehen von der Organisation der üblichen Einsätze in den Schulklassen des Kantons, referierte die Verantwortliche bei Schülerinnen und Schülern des Kollegiums Heilig Kreuz zum Thema «Die Sexualität Jugendlicher unter dem Einfluss der Pornographie» sowie beim Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst über die Entwicklung der Sexualität bei den Jugendlichen heute. Mehrere Gespräche mit Presse und Radio fanden im Gefolge aktueller Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Sexualität Jugendlicher statt. In diesem Zusammenhang nahmen die Sexualpädagoginnen und Sexualpädagogen, die besorgt sind wegen der in den Schulen auftauchenden Fragen im Zusammenhang mit Pornographie und Blogs, mit dem Gebrauch von Handys und Internet, an einer Zusammenkunft mit einem Vertreter der Sittenbrigade der Kantonspolizei teil.

Wie alljährlich kam der Dienst in mehreren Institutionen für Kinder zum Einsatz. Zwei davon zeigten sich besorgt über das Auftauchen neuer Situationen im Zusammenhang mit sexueller Gewalt und ersuchten um eine Diskussion sowie um Weiterbildungsanlässe für die Lehrpersonen und das Erziehungspersonal dieser Institutionen.

3. Statistik

a) Familienplanung

Konsultationen der Beraterinnen

Einzel- und Paargespräche	2 219
Gruppengespräche	78
Insgesamt	2 297

(französisch	87 %)
(deutsch	12 %)
(englisch	1 %)

Telefongespräche	4 754
Insgesamt	7 051

Ärztliche Sprechstunden	1 262
Injektionen Depo-Provera	65
Insgesamt	1 327

Nationalität

Schweiz	63 %
Ausland	37 %

Wohnort

Stadt Freiburg	38 %
Saanebezirk	27 %
Sense- und Seebezirk	10 %
Greyerz- und Vivisbachbezirk	11 %
Glane- und Broyebezirk	6 %
Andere Kantone	4 %
Unbekannt	4 %

Begleitete oder unbegleitete Personen

Ohne Begleitung	66 %
Mit Elternteil, Freund oder anderer Person	22 %
Mit Partner	12 %

b) Sexualinformation

Einsatzart

Einsätze in der Klasse	2 632	Stunden
Elternabende	99	Abende
Telefongespräche	462	

Einsatzort

Freiburg	13 %
Andere Gemeinden des Kantons	87 %

Schulstufe der Teilnehmer/innen

Jugendliche und Lehrlinge	21 %
Kindergarten- und Primarschüler/innen	74 %
Sonderklassenschüler/innen	5 %

Anzahl besuchter Klassen

Kindergärten, 1. und 2. Primarschulklassen (Prävention sexueller Ausbeutung)	269	Klassen
französisch	200	
deutsch	69	
Primarschulen (Sexualinformation)	258	Klassen
französisch	202	
deutsch	56	
Orientierungsschulen (Sexualinformation)	127	Klassen
französisch	126	
deutsch	1	
Berufsschulen (Aids-Prävention)	24	Klassen
französisch	22	
deutsch	2	
Andere Institutionen	35	Klassen
französisch	30	
deutsch	5	

VII. Kantonales Laboratorium (KL)

1. Personal

Zum Personal gehören der Kantonschemiker, zwei Chemiker, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter zu 50 %, fünf Lebensmittelinspektoren, ein Trinkwasserinspektor (seit 2006 Vollzeitstelle), zwei Sekretärinnen, eine Büroange-

stellte zu 50 %, vier Laborantinnen (davon zwei mit halbem Pensum), drei Laboranten, eine Gehilfin. Im Hinblick auf das Inkrafttreten der kantonalen Verordnung zum Vollzug des Bundesgesetzes über Chemikalien ist die 50 %-Stelle des Giftinspektors nicht wiederbesetzt worden. Im Laufe des Jahres 2006 traten der Trinkwasserinspektor (im Juli) und der Kantonschemiker (im Dezember) in den Ruhestand.

2. Aufträge des Kantonalen Laboratoriums

Das Kantonale Laboratorium ist damit betraut, die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden, zu schützen. Es hat auch darüber zu wachen, dass der Umgang mit Lebensmitteln unter guten Hygienebedingungen erfolgt und die Konsumentinnen und Konsumenten vor Irreführung im Lebensmittelbereich geschützt werden.

Zu diesen Aufgaben kommen die Überwachung der Badewasserqualität (Schwimm- und Strandbäder), die Überwachung des Verkehrs mit Giften, die Anwendung der Verordnung über die Deklaration landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Kontrolle der Selbsteinkellerer.

Das Lebensmittelrecht verpflichtet die Betriebe, die Konformität ihrer Erzeugnisse selbst sicherzustellen (Selbstkontrolle), und der Staat interveniert lediglich nach dem Grundsatz der Subsidiarität. Die Kontrollen (Probeentnahmen, Analysen, Inspektionen) erfolgen stichprobenartig. Die Art der Erzeugnisse (verderblich oder nicht verderblich), frühere Vorkommnisse in den Geschäften/Betrieben und weitere Faktoren bestimmen die Häufigkeit der Kontrollen.

In Anwendung dieser Grundsätze (Kontrolle nach Stichproben, Bestimmung der Prioritäten nach Risiko-Analyse) kann eine gute Lebensmittelsicherheit gewährleistet werden, dies zu Kosten, die für die Steuerpflichtigen erträglich bleiben.

Seit mehreren Jahren wirkt das Kantonale Laboratorium bei Aktionen mit, die auf nationaler oder regionaler Ebene organisiert werden, sei es nun im Analysen- oder im Inspektionsbereich. Dies ermöglicht einen Vergleich der Lebensmittelsicherheit des Kantons mit derjenigen der anderen Kantone.

3. Tätigkeit im Jahr 2006 – das Wesentliche in Kürze

Da die Interventionen des Kantonalen Laboratoriums vorrangig in kritischen Bereichen erfolgen, dürfen die Ergebnisse dieser Kontrollen nicht als repräsentativ für die Situation allgemein betrachtet werden. Nachstehend eine tabellarische Zusammenstellung der untersuchten Proben und die summarische Beschreibung besonderer Probleme oder der im Lauf des Jahres durchgeführten Kampagnen.

Untersuchte Proben

Bezeichnung	Anzahl untersuchter Proben	Anzahl beanstandeter Proben
Trinkwasser / Mineralwasser	1 893	166
Quell-, Brunnen-, Seewasser	1 136	–
Wasser von Schwimmbädern	76	20*
Brauchwasser / Abwasser	105	–
Andere Lebensmittel	870	186
Kosmetika und andere Gebrauchsgegenstände	260	34
Verschiedenes	44	–
Insgesamt	4 384	

* kantonale Gesetzgebung

Trinkwasser

Jahresbericht für jedes öffentliche Trinkwassernetz

Das Kantonale Laboratorium untersucht das Trinkwasser der öffentlichen Netze mindestens zweimal jährlich und erstellt nach jeder Probeentnahme einen Bericht. Am Jahresende verfasst es einen zusammenfassenden Bericht für jedes der 139 öffentlichen Netze und beurteilt deren Sicherheit. Darin berücksichtigt es die Ergebnisse der Wasseranalysen, die Feststellungen bei Inspektionen (im Jahr 2006 wurden 37 Netze inspiziert), die Massnahmen von Seiten der Betreiber und die festgestellten Lücken und Mängel. Für eine Mehrheit der Netze ist die Sicherheit gewährleistet, doch gibt es einige, bei denen Sanierungen unumgänglich sind.

Was nützt eine Chlorieranlage, die nicht richtig funktioniert?

Auf den Anruf einer Konsumentin hin, die einen ausgeprägten Chlorgeruch und -geschmack des Wassers festgestellt hatte, intervenierte das Kantonale Laboratorium bei den Verantwortlichen des betroffenen Netzes. Die Messungen ergaben einen Chlorgehalt des fraglichen Wassers, der mehr als 50mal den Toleranzwert (0,1 mg/l) überstieg. Sofortmassnahmen wurden angeordnet: Information der Bevölkerung über die Medien, das Wasser nicht zu konsumieren, Verbot, das überchlorierte Wasser aus dem Reservoir zu verteilen und verschiedene weitere Massnahmen. Die Überchlorung hatte sich aus der Verkettung zweier Fehler ergeben:

- Die Chlorieranlage wies einen konzeptuellen Fehler auf.
- Der über den abnorm hohen Chlorgehalt informierte Brunnenmeister stellte die Stromversorgung der Chlorieranlage ab, ohne sich zu vergewissern, dass die Zufuhr von Natriumhypochlorit tatsächlich unterbrochen war.

Dieses Beispiel belegt, wie notwendig es für die Wasserverteiler ist, dass sie ihre Anlagen zur chemischen Behandlung beherrschen.

Weniger Herbizide im Wasser entlang von Eisenbahndämmen

In den Achtzigerjahren wurde im Wasser von Brunnen und Quellen in der Nähe von Bahndämmen eine erhebliche Verschmutzung mit Herbiziden, insbesondere Atrazin fest-

gestellt. Die gefundenen Herbizidmengen überschritten regelmässig den Toleranzwert von 0,1 µg/l. In der Folge wurde es verboten, Atrazin als Herbizid für Bahndämme zu verwenden. Heute wird in kritischen Zonen Glyphosat, ein leichter abbaubares Herbizid verwendet. Im Jahr 2006 wollte das Kantonale Laboratorium in Erfahrung bringen, in welchem Umfang der Atrazingehalt abgenommen hat und ob in den Quellwassern allenfalls Glyphosat auftritt.

Von den 14 untersuchten Wasserproben überschreitet keine den Atrazin-Toleranzwert von 0,1 µg/l. In 5 Proben wurden Atrazinspuren unterhalb des Toleranzwertes nachgewiesen.

Seit es verboten ist, Atrazin auf Bahndämmen zu verwenden, ist die Verschmutzung durch dieses Herbizid laufend zurückgegangen. Kein Glyphosat-Rückstand konnte nachgewiesen werden, wobei die Nachweisgrenze auf 0,05 µg/l festgesetzt war. Auch die übrigen 8 gesuchten Herbizide konnten innerhalb der jeweiligen Nachweisgrenze nicht nachgewiesen werden.

Milch und Milchprodukte

Nationale Kampagne bei Milchprodukten aus kleingewerblichen Betrieben

346 Proben von Milchprodukten und 68 Wässer wurden im Rahmen der nationalen Kampagne 2006, die gemeinsam von den kantonalen Laboratorien und vom Bundesamt für Veterinärwesen organisiert worden ist, untersucht. Die mikrobiologische Qualität der industriell gefertigten Milchprodukte ist unter Kontrolle. Einige Probleme stellen sich zuweilen bei Produkten, die von kleingewerblichen und Alpwirtschaftsbetrieben hergestellt werden. Die am häufigsten beanstandeten Produkte sind Sérac (36 %) und Doppelrahm (29 %). Eine erneute Kampagne wird im Jahr 2007 organisiert.

Fleisch – Fleischprodukte

Beinschinken – noch zuviel Nitrat – schlecht kontrollierte Rötung

25 Beinschinken-Proben wurden verschiedenen chemischen Kontrollen unterzogen. 9 (36 %) der kontrollierten Proben wurden wegen eines zu hohen Nitratgehalts beanstandet. Trotz zahlreicher Kontrollen in den letzten Jahren zeigt diese Bilanz, dass mehrere Produzenten die Technologie dieses Produkts, für das ein AOC-Gesuch eingereicht worden ist, immer noch nicht beherrschen. Weitere Kontrollen finden im Jahr 2007 statt.

Fische – zum Teil falsche Bezeichnung

In den letzten Jahren ist namentlich vom Neuenburger Service de la consommation (SNCO) festgestellt worden, dass es bei der Bezeichnung von Fischarten Probleme gibt. Im Jahr 2005 aktualisierte das BAG auf zahlreiche Anfragen hin die Liste der für Fische zu verwendenden Bezeichnungen. Diese Liste umfasst die lateinischen, französischen, deutschen und italienischen Bezeichnungen.

Das Kantonale Laboratorium entnahm in 6 Betrieben des Kantons (Supermärkte, Grossisten) 21 Proben von Fische-

reierzeugnissen oder zubereiteten Fischereierzeugnissen. Der Zweck der Kampagne bestand darin zu überprüfen, ob die Bezeichnung der Erzeugnisse mit der Realität übereinstimmt. Die Proben wurden aus den Arten ausgewählt, bei denen am häufigsten Bezeichnungsprobleme auftreten: Königsfilet, Alaska-Seelachs, Scharbe, Echte Rotzunge, Seezunge, Kabeljau, Gestreifter Seewolf, Goldbutt, Wittling. Die durch das SNCO durchgeführten Analysen ergaben, dass die Bezeichnung von 5 der insgesamt 21 Proben nicht vorschriftsmässig war:

- In 2 Fällen war «Echte Rotzunge» als «Scharbe» bezeichnet; der Fehler lag beim Verkaufspersonal.
- In 2 Fällen war «Seebarsch» als «Gestreifter Seewolf» bezeichnet. Der Fehler lag beim Verkaufspersonal.
- In 1 Fall war eine als Goldbuttfilet bezeichnete Probe effektiv Schellfisch («*Melanogrammus aeglefinus*»). Der Ursprung des Fehlers konnte nicht genau festgestellt werden.

Diese Bilanz (24 % Beanstandungen) verweist auf eine untragbare Situation. 2007 werden erneute Kontrollen stattfinden.

Obst – Gemüse – Gewürze

Aflatoxine in Feigen – weiterer Kontrollbedarf

14 Proben von Feigen wurden auf ihren Aflaxotin-Gehalt hin kontrolliert (durch Schimmel erzeugte Toxine). Eine der Proben wies einen Aflaxotin-Gehalt oberhalb des Grenzwertes auf. Der Rest des fraglichen Warenloses wurde aus dem Handel gezogen und vernichtet. Auch wenn die Beanstandungsrate niedrig ist, rechtfertigt sich eine jährliche Kontrolle, denn die Aflaxotine stellen eine erhebliche Gesundheitsgefährdung für die Konsumenten dar.

Aflatoxine in Gewürzen – keine Beanstandung im Jahr 2006

Nach den Kontrollen im Jahr 2005 untersuchte das Kantonale Laboratorium erneut 15 Gewürzproben auf ihren Gehalt an Aflatoxinen, Metallen und Farbstoffen (insbesondere Sudanrot). Keine der untersuchten Proben wurde beanstandet. Weitere Stichproben sind auch im Jahr 2007 vorgesehen.

Manchmal ranzige Nüsse und Haselnüsse!

Nüsse und Haselnüsse können schnell ranzig werden. Das Kantonale Laboratorium kontrollierte 12 Proben daraufhin. Jede dieser Proben wurde einer sensorischen Prüfung und danach einer chemischen Analyse unterzogen (Bestimmung der Peroxidzahl). Von den 6 untersuchten Walnussproben wurden 2 wegen ihres ranzigen Geruchs beanstandet. Von den 6 Haselnussproben wurde keine beanstandet. Die sensorische Prüfung durch mehrere Degustierende scheint das beste Mittel zum Nachweis ranziger Erzeugnisse zu sein.

Schwermetalle in Küchenkräutern

64 Proben von Küchenkräutern wurden auf ihren Blei- und Cadmiumgehalt hin geprüft. Eine Probe wurde wegen Überschreitung des Toleranzwerts für Blei beanstandet. Es

handelte sich um eine Thymianprobe. Die 4 untersuchten Thymianproben wiesen übrigens die höchsten Bleigehalte von allen Küchenkräutern auf. Eine spezifischere Kontrolle des Thymians wird in den nächsten Jahren erfolgen.

Keime – Sprossen verschiedener Pflanzenarten

Mikrobiologische Qualität überwachungsbedürftig

Die Literatur erwähnt Fälle von Lebensmittelvergiftungen (Salmonellen, E. coli O157, ...) in Verbindung mit dem Verzehr von verschiedenartigen Sprossen/Keimen. Im Jahr 2006 entnahm das Kantonale Laboratorium 9 Proben von Sprossen/Keimen (Alfalfa, Zwiebeln, Rettich, Mungobohnen, Bockshornklee, Rotkohl, Linsen, Weizenkeime). Jede dieser Proben wurde zahlreichen mikrobiologischen Analysen unterzogen. Zwei Proben wurden beanstandet: eine wegen Salmonellen, die andere wegen eines Gehalts an Bacillus cereus oberhalb des Grenzwerts.

Der von einer der Proben isolierte Salmonellenstamm wurde dem Nationalen Zentrum für enteropathogene Bakterien (NENT) in Luzern zur Identifikation geschickt. Es handelte sich um einen selten vorkommenden Stamm. Trotz zahlreicher Nachforschungen war es nicht möglich, die Herkunft dieser Salmonellen ausfindig zu machen. Gemäss der Fachliteratur sind schon die für die Keimung verwendeten Samen manchmal mit Salmonellen kontaminiert. Neue Kontrollen finden 2007 statt.

Teigwaren

Verbotene Verwendung künstlicher Farbstoffe in Erzeugnissen asiatischer Herkunft

Die Verwendung künstlicher Farbstoffe in Teigwaren ist nicht zulässig. Bei einer Kampagne im Jahr 2003 zeigte sich, dass zahlreiche asiatische Erzeugnisse solche Farbstoffe enthielten und somit der Schweizer Gesetzgebung nicht entsprachen.

Eine erneute Kontrolle fand im Jahr 2006 statt. 23 Proben von aus Asien stammenden Teigwaren wurden vom Kantonalen Laboratorium untersucht; 11 davon enthielten künstliche Farbstoffe, darunter Tartrazin. Das Kantonale Laboratorium ordnete den Rückzug und die Vernichtung dieser Erzeugnisse an.

In öffentlichen Gaststätten zubereitete Gerichte

Häufige Beanstandungen bei Teigwaren und Reis

Während des Jahres entnehmen die Lebensmittelinspektoren in den Gaststätten Proben verschiedener Produkte, um sie auf ihre mikrobiologische Qualität hin zu kontrollieren. Mit den Kontrollen soll überprüft werden, ob die Guten Praktiken in Sachen Hygiene eingehalten werden. Häufig beanstandet werden Teigwaren und Reis. Es handelt sich um Produkte, die in zu grosser Menge vorbereitet und im Allgemeinen zu lange aufbewahrt werden. Diese Kontrollen erfolgen systematisch jedes Jahr.

Gebrauchsgegenstände

Noch zu viel Nickel in Metallteilen von Kleidungsstücken

126 Kleidungsstücke mit metallischen Bestandteilen wurden kontrolliert. Von 32 Kleidungsstücken, die Nickel ent-

hielten, mussten 26 aus dem Verkauf gezogen werden, da ihr Nickelgehalt den zulässigen Grenzwert überschritt. Diese unbefriedigende Situation zwingt das Kantonale Laboratorium, die Kontrollen fortzusetzen.

Babyartikel, Spielzeug für Kinder unter 36 Monaten – zu kontrollierende Gegenstände

115 Proben der obgenannten Erzeugnisse wurden auf ihren Gehalt an Phtalaten und Metallen untersucht. 3 Proben wurden beanstandet: eine wegen eines zu hohen Gehalts an Phtalaten, zwei wegen ihres zu hohen Zinkgehalts. Diese Kontrollen werden stichprobenartig fortgesetzt.

Abklärung im Fall einer Vergiftung

Im Juli 2006 fragte das Personal eines Regionalspitals beim Kantonalen Laboratorium an, ob es in der Lage sei, mikrobiologische Analysen an Proben von Risotto, Tee und Trinkwasser vorzunehmen. Ausserdem wollte es wissen, ob es möglich sei, die im Risotto enthaltene Pilzsorte zu bestimmen. Diese Anfragen erfolgten nach der Spitalweisung von drei Personen, die an einem Lager teilnahmen. Einige Stunden nach dem Abendessen waren sie von Unwohlsein befallen worden. Die zugeschickten Proben wurden zahlreichen Analysen unterzogen. Ausserdem suchte ein Inspektor das Lager auf, um Abklärungen zu tätigen und Proben zu erheben. Die Analyse der Pilze im Risotto durch einen Pilzexperten ergab keinen Hinweis auf giftige Sorten. Bei der Beurteilung der Analyseergebnisse erfuhr das Kantonale Laboratorium, dass die Risottoreste einige Stunden nach der Mahlzeit einem Kompost entnommen worden waren. Zudem waren diese Reste rund zwölf Stunden bei Raumtemperatur stehen geblieben. Somit war die Interpretation der Ergebnisse sehr schwierig. Nur drei von den 80 im Lager weilenden Personen waren erkrankt. Der genaue Ursprung der gesundheitlichen Probleme dieser drei Personen konnte nicht ermittelt werden.

Lebensmittelsicherheit in den Betrieben des Kantons

Nach dem Konzept, das die Kantonschemiker im Jahr 2000 erstellten, wird jeder inspizierte Betrieb einer der vier folgenden Sicherheitsstufen zugeordnet:

Stufe 1: Sicherheit gewährleistet:	keine Mängel;
Stufe 2: verminderte Sicherheit:	Mängel ohne direkte Auswirkung auf die Lebensmittelqualität;
Stufe 3: gefährdete Sicherheit:	erhebliche Mängel und Fehler;
Stufe 4: Sicherheit nicht gewährleistet:	schwere Mängel, gesundheitliche Gefährdung der Konsumentinnen und Konsumenten.

Für 2006 dienten 966 Inspektionen von Lebensmittelbetrieben, 37 Inspektionen von öffentlichen Trinkwassernetzen und 102 Beurteilungen von öffentlichen Trinkwassernetzen aufgrund der Analyseergebnisse des Jahres zur Erstellung der folgenden Bilanz:

	Sicherheitsstufe			
	1	2	3	4
Lebensmittelbetriebe	842	105	19	0
Öffentliche Trinkwassernetze – Beurteilung im Anschluss an eine Inspektion	19	15	3	0
Öffentliche Trinkwassernetze – Beurteilung der Sicherheitsstufe aufgrund der Analyseergebnisse und des Dossiers der fraglichen Netze	55	41	6	0

Verschiedene bei den Inspektionen kontrollierte Punkte

Bezeichnung «Schinken» – immer noch zu viele Beanstandungen

Schinken ist ein Fleischprodukt aus der Hinterkeule des Schweins. Erzeugnisse, für die andere Teile des Schweins oder das Fleisch anderer Tierarten verwendet wird, dürfen nicht als «Schinken» bezeichnet werden. Es besteht die Versuchung, billigeres Fleisch als Schinken zu verwenden, um Produkte wie «Schinkensandwich» oder «Schinken-Pizza» herzustellen.

In 111 Betrieben wurde die Bezeichnung «Schinken» kontrolliert. In 27 Fällen (24 %) wurde die Bezeichnung «Schinken» als irreführend beanstandet. Übrigens zogen die meisten Pizzerias es vor, echten Schinken zu kaufen und die Bezeichnung «Schinken-Pizza» beizubehalten, als ihre Speisekarten zu ändern und die Bezeichnung «Schinken» wegzulassen. Diese Kontrollen werden 2007 fortgesetzt.

Verkauf alkoholischer Getränke – Hinweisschilder

In 630 Betrieben wurde kontrolliert, ob ein Anschlag vorhanden ist, auf dem das gesetzliche Alter für die Erlaubnis der Abgabe von Alkohol angegeben ist. In 87 Betrieben (14 %) musste das Fehlen des Hinweisschildes beanstandet werden. Die Kontrollen werden 2007 fortgesetzt.

Wasser von Schwimm- und Strandbädern

Insgesamt ist die Wasserqualität der Schwimm- und Strandbäder mit derjenigen im Jahr 2005 vergleichbar.

4. Verzeigungen

7 Fälle sind gerichtlich verzeigt worden:

- drei öffentliche Gaststätten wegen Nichtbeachtung der Hygienevorschriften;
- ein Betrieb wegen Konsumententäuschung (Verlängerung der Datierung des Produkts);
- eine Firma wegen Inverkehrbringens eines neuen Produkts ohne Bewilligung;
- eine Firma wegen Nichtbeachtung des Verkaufsverbots für ein Produkt;
- eine Firma wegen Gefährdung der Konsumentengesundheit.

Sozialfürsorge

I. Sozialvorsorgeamt (SVA)

1. Personal

Zum Personal zählen eine Vorsteherin mit Teilpensum (seit 1. März 2006), ein für den Pflegeheimsektor verantwortlicher Adjunkt der Vorsteherin, eine Sonderheiminspektorin mit halbem Pensum, zwei wissenschaftliche Mitarbeiter mit vollem Pensum und zwei Mitarbeiterinnen mit Teilpensum für den Sonderheimsektor, eine hauptsächlich im Pflegeheimbereich tätige Verwaltungsmitarbeiterin mit halbem Pensum, zwei Sekretärinnen mit halbem Pensum und eine Lehrtochter (bis Sommer 2006). Dazu gehörten dieses Jahr noch das Unterstützungspersonal für die Einführung einer neuen Informatikanwendung im Amt und eine Praktikantin.

2. Tätigkeiten

Das Sozialvorsorgeamt stellt die Umsetzung einer Politik zugunsten behinderter oder gefährdeter sowie betagter Personen sicher.

Das Amt besteht aus zwei Sektoren:

- dem Sektor Sonderheime für behinderte oder gefährdete Personen;
- dem Sektor Pflegeheime für Betagte.

a) Sektor Sonderheime

Allgemeines

Die Hauptaufträge dieses Sektors bestehen in der Planung, der Koordination und der Subventionierung der stationären Einrichtungen für geistig, psychisch, körperlich und sensorisch behinderte Personen sowie in der Kontrolle der Leistungen, die von diesen Institutionen erteilt werden. Dieses Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auch auf die Institutionen, die Personen mit Abhängigkeitsproblemen aufnehmen, auf die geschützten Werkstätten und auf die Erziehungsheime für Minderjährige.

NFA

Sehr gefordert sah sich der Sektor durch die Arbeiten in Verbindung mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die auf den 1. Januar 2008 in Kraft treten soll. Das Bundesgesetz vom 6. Oktober 2006 über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) bestimmt eine Reihe von Anforderungen, die die Kantone erfüllen müssen, um jeder invaliden Person den Zugang zu einer Institution zu gewährleisten. Das IFEG verlangt insbesondere von den Kantonen die Aufstellung eines strategischen Plans für 2011, in dem die Grundsätze, Instrumente und Verfahren namentlich für die Bedarfsermittlung, die Finanzierung und die interkantonale Zusammenarbeit entwickelt werden müssen. Während einer Übergangsperiode von drei Jahren (2008–2010) sind die

Kantone gehalten, die bisher von der IV erteilten Leistungen zu übernehmen.

Das Amt wirkt mit in verschiedenen Arbeitsgruppen, die auf Westschweizer und Schweizer Ebene eingesetzt worden sind, um zusammen an der Umsetzung des NFA zu arbeiten und zu bestimmen, welche Verfahren und Instrumente gemeinsam auf regionaler oder nationaler Ebene verwendet werden könnten. Zu den für die Finanzierung der Institutionen unverzichtbaren Instrumenten zählt die Kostenrechnung. Ein erstes Kostenrechnungsmodell ist entwickelt und dieses Jahr in den Freiburger Institutionen eingeführt worden. Dieses Modell entspricht den Anforderungen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) auf dem Gebiet des Kostenausgleichs. Die am 1. Januar 2006 in Kraft getretene IVSE bezweckt die Festsetzung der Voraussetzungen und Modalitäten, nach denen der Heimaufenthalt von Personen, die in Institutionen ausserhalb ihres Wohnkantons untergebracht sind, finanziert werden kann.

Betreuung abhängiger Personen

Die Direktion für Gesundheit und Soziales bezeichnete eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines Konzepts für die Betreuung abhängiger Personen im Kanton Freiburg. Angesichts der Entwicklung des Betreuungsbedarfs und des rückläufigen Belegungsgrads, wie sie in einigen Sektoren der im Suchtbereich tätigen Freiburger Institutionen festgestellt wurden, erweist sich eine Neubestimmung der Aufgaben und Zuständigkeiten als nötig; diese fügt sich in die gleiche Logik ein, die für dem IFEG unterstellte Institutionen gilt.

Periodische Überprüfung der Subventionen

Nach dem Subventionsgesetz vom 17. November 1999 (SubG) müssen die Subventionen periodisch auf ihre Notwendigkeit, ihren Nutzen, ihre Wirksamkeit und ihre Wirtschaftlichkeit hin überprüft werden. Am 25. April 2006 beschloss der Staatsrat, welche Subventionsbereiche im Jahr 2006 überprüft werden sollten; darunter fiel derjenige nach dem Gesetz vom 20. Mai 1986 für Hilfe an Sonderheime für Behinderte oder Schwererziehbare. Das vom Staatsrat festgesetzte Ziel bestand darin, das Projekt der Umsetzung von Leistungsaufträgen aus zukunftsorientierter Sicht zu prüfen.

Die Finanzierung der Institutionen aufgrund von Leistungsaufträgen wird eines der Themen sein, das im strategischen Plan nach IFEG zu entwickeln ist. In diesem Zusammenhang wird sie Gegenstand eines Analyse- und Vernehmlassungsverfahrens sein.

Professionelle Pflegefamilien

Im Jahr 2006 wurden von der Direktion für Gesundheit und Soziales drei Betreuungsstrukturen für Kinder in ihrer Eigenschaft als professionelle Pflegefamilien nach dem Gesetz vom 20. Mai 1986 für die Hilfe an Sonderheime anerkannt. Diese Familien, eine im deutschsprachigen und die beiden anderen im französischsprachigen Kantonsteil, nehmen Kinder auf, die aus sozialerzieherischen oder familiären Gründen untergebracht werden müssen. Die

Anerkennungsgesuche waren vom Jugendamt, das mit der Beurteilung der Pflegefamilien betraut ist, befürwortet worden.

HorizonSud

Um eine optimale Betreuung psychisch behinderter Personen zu gewährleisten, beschlossen die Stiftungen Bellevue, Hannah und Perspectives ihre Fusion in einer neuen Stiftung mit dem Namen HorizonSud. Die Fusion der drei Stiftungen wird auf den 1. Januar 2007 wirksam. Sie ermöglicht eine bessere Koordination der angebotenen Leistungen und ihre Ausdehnung auf den ganzen Süden des Kantons. Zudem ermöglicht sie eine Optimierung der Verwaltung und Bewirtschaftung dieser Institutionen.

Als öffentlich-rechtliche Anstalt war die Stiftung Bellevue durch das Gesetz vom 8. Februar 1990 über die Errichtung und die Organisation der öffentlich-rechtlichen Stiftung «Bellevue» für psychisch und geistig behinderte Personen eingesetzt worden. Dieses Gesetz ist am 3. November 2006 aufgehoben worden.

Statistik

Ende 2006 zählte der Kanton 738 Plätze in Heimen und 1012 Plätze in geschützten Werkstätten. 2006 willigte das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) auf Antrag des Kantons in die Schaffung 7 neuer Heimplätze und 2 neuer Plätze in Werkstätten ein. Die Verteilung dieser Plätze nach Behinderungsart ist den folgenden Tabellen zu entnehmen.

Anzahl Plätze in Sonderheimen 2005/2006

Heime mit oder ohne Beschäftigung Tagesstätten		2005			2006
Geistige Behinderung	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Tages- stätte	Neue Plätze
Sonneg	Zumholz	8			
Home-Atelier «Linde»	Tentlingen	47		6	
Home-Atelier La Colombière	Misery	27		6	
Foyer La Rosière	Estavayer-le-lac	18			
Home Clos Fleuri	Bulle	44	30		
Home La Colline	Ursy	30			
Homato, Les Buissonnets	Freiburg	32		8	
Wohnheime Sensler Stiftung	Tafers		44		
Communauté de La Grotte et Béthanie	Freiburg		15		
Geschützte Wohnform SSEB					
Wohnschule	Murten		18		
La Farandole	Freiburg		36		
Appartements protégés de la Glâne	Romont		13		
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis		17		
Plätze insgesamt		206	173	20	

Heime mit oder ohne Beschäftigung		2005		2006
Psychische Behinderung	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Fondation Hannah	Les Sciernes			
	d'Albeuve	23		
Fondation Bellevue	Marsens	77		
La Traversée 3	Seiry	12		
Perspectives	Gumefens		29 (+ 3) *	
Foyer St-Louis	Freiburg		37	
Applico, Schmitten, Düdingen	Schmitten		12	
La Traversée 1	Freiburg		13	
La Traversée 4	Freiburg		11	
Plätze insgesamt		112	102 (+ 3) *	

* () vom BSV nicht subventionierte Plätze, die aber in der kantonalen Planung aufgeführt sind

Heime mit oder ohne Beschäftigung		2005		2006
Psychische Behinderung	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Foyer St-Camille	Marly	30	12	
Foyer des Préalpes	Villars-sur-Glâne	27		
Linde, deutschsprachige Einheit*	Tentlingen			7
Plätze insgesamt		57	12	7

* Eröffnung vorgesehen im August 2007.

Heime mit oder ohne Beschäftigung		2005		2006
Suchtprobleme	Ort	Heim mit Beschäftigung	Heim ohne Beschäftigung	Neue Plätze
Le Torry	Freiburg	20		
Centre Le Radeau	Orsonnens	12		
Foyer Horizon	Pensier	14		
Geschützte Wohnung «Le Belvédère»	Freiburg		6	- 6
Plätze insgesamt		46	6	- 6

Geschützte Werkstätten		2005	2006
Geistige Behinderung	Ort	Plätze	Neue Plätze
Sensler Stiftung für Behinderte Behindertenwerkstatt (SSB)	Tafers	50	
Fondation broyeur	Estavayer-le-Lac	50	2
Ateliers protégés Clos-Fleuri	Bulle	110	
Fondation du district du Lac pour personnes handicapées adultes (SSEB)	Montilier	50	
La Farandole	Freiburg	88	
Ateliers de la Glâne	Romont	42	
La Belle Etoile	Châtel-St-Denis	40	
Sensler Stiftung für Behinderte (SSB)	Schmitten	80	
Plätze insgesamt		510	2

Geschützte Werkstätten		2005	2006
Psychische Behinderung	Ort	Plätze	Neue Plätze
Fondation Perspectives	Gumefens	43	
Fondation Bellevue	Marsens, Bulle, Epagny	94	
Fondation St-Louis	Freiburg	35	
Centre d'intégration socio-professionnelle CIS (AOPH)	Freiburg	85	
Fondation L'Estampille	Freiburg	30	
Applico	Murten, Schmitten	30	
Plätze insgesamt		317	

Geschützte Werkstätten		2005	2006
Physische Behinderung	Ort	Plätze	Neue Plätze
Ateliers de la Gérine	Marly	110	
Ateliers des Préalpes	Villars-sur-Glâne	53	
Plätze insgesamt		163	

Geschützte Werkstätten		2005	2006
Suchtprobleme	Ort	Plätze	Neue Plätze
Beschäftigungswerkstätte Tremplin	Freiburg	12 (+ 8) *	
Plätze insgesamt		12 (+ 8) *	

* () vom BSV nicht subventionierte Plätze, die aber in der kantonalen Planung aufgeführt sind

Erziehungsheime		2005
Probleme der Sozialerziehung	Ort	Plätze
Le Bosquet *	Givisiez	18
Foyer St-Etienne	Freiburg	40
Foyer St-Etienne, Time Out	Villars-sur-Glâne	10
Foyer Bonnesfontaines	Freiburg	23
Nid Clairval	Givisiez	15
Foyer pour Apprentis	Freiburg	15
La Traversée junge Mädchen	Corminbœuf	7
Kinderheim Heimelig	Kerzers	12
Centre éducatif et pédagogique *	Estavayer-le-Lac	3
Transit Notaufnahme	Villars-sur-Glâne	10
Aux Etangs **	Freiburg	6
Plätze insgesamt		159

* Gemischte Institutionen

** Die Institution Aux Etangs nimmt junge Frauen und ihr(e) Kind(er) für erzieherische Massnahmen auf. 6 Plätze sind für die Aufnahme dieser jungen Frauen anerkannt, wobei die Institution ausserdem 4 Kinder beherbergen kann.

b) Sektor Pflegeheime für Betagte

Anlässlich des Voranschlagsverfahrens 2007 beschloss der Staatsrat die Anerkennung von 50 neuen Pflegeheimbetten für Langzeitaufenthalte sowie von 10 weiteren Pflegeheimbetten für Kurzaufenthalte. Diese Betten verteilen sich auf die folgenden Heime:

Betten für Langzeitaufenthalte:

– La Résidence des Chênes, Freiburg	+ 7 Betten
– La Résidence Les Martinets, Villars-sur-Glâne	– 3 Betten
– Maison Sainte-Jeanne-Antide, Givisiez	+ 3 Betten
– Alters- und Pflegeheim St. Martin, Tafers	+ 5 Betten
– Foyer Saint-Vincent, Vuadens	+ 2 Betten
– Foyer Saint-Germain, Gruyères	+ 2 Betten
– Foyer Saint-Joseph, Sâles	+ 2 Betten
– Foyer Saint-Joseph, Sorens (neu)	+ 10 Betten
– Home pour personnes âgées du Vully, Sugiez	+ 2 Betten

– Alters- und Pflegeheim Kerzers, Kerzers	+ 2 Betten
– Altersheim Ulmiz, Ulmiz (neu)	+ 10 Betten
– Foyer Sainte-Marguerite, Vuisternens-devant-Romont	+ 5 Betten
– Les Grèves du Lac, Gletterens	+ 3 Betten

Betten für Kurzaufenthalte:

– La Résidence Les Martinets, Villars-sur-Glâne	3 Betten
– Pflegeheim des Sensebezirks, Tafers	1 Bett
– Pflegeheim Sonnmatt, Schmiten	1 Bett
– Pflegeheim Wolfacker, Düringen	1 Bett
– Alters- und Pflegeheim Region Aergera, Giffers	1 Bett
– Home médicalisé du district de la Broye, Estavayer-le-Lac	3 Betten

Anfangs 2006 zählte das Pflegeheimnetz 2183 Betten. 2007 wird es 2233 Betten für Langzeitpflege und 35 Betten für Kurzaufenthalte umfassen. Dadurch entfallen 6,59 %

Pflegeheimbetten auf je 100 Personen von über 65 Jahren. Dieser Ansatz dient nur als Anhaltspunkt, insofern als die Zahlen über die Bevölkerung 2007 eine Extrapolation aus der Bundesstatistik sind und sich diese Extrapolation auf

die Entwicklung der Population dieser Altersklasse im Verhältnis zur gesamten Kantonsbevölkerung stützt, da die Zahlen nach Bezirk nicht verfügbar sind. Für Personen von über 80 Jahren beträgt dieser Ansatz 23,33 %.

Anzahl Betten für 100 Personen ab 65 Jahren

Nach Bezirk	Bevölkerung 2003 Volkszählung 2000 + 2,57 %)	2006				2007			
		Anzahl Pflegeheimbetten	%	Anzahl Nicht-Pflegeheimbetten	%	Anzahl Pflegeheimbetten	%	Anzahl Nicht-Pflegeheimbetten	%
Saane	11 311	726	6,49	73	0,65	733	6,48	66	0,58
Sense	4 996	321	6,50	14	0,28	326	6,53	9	0,18
Greyerz	6 125	424	7,00	94	1,55	440	7,18	78	1,11
See	3 949	215	5,51	81	2,08	229	5,80	67	1,70
Glane	2 607	169	6,56	23	0,89	174	6,68	18	0,69
Broye	3 133	179	5,78	6	0,19	182	5,81	3	0,10
Vivisbach	1 776	149	8,48	0	0,00	149	8,39	0	0,00
Kanton	33 897	2 183	6,51	291	0,87	2 233	6,59	241	0,68

2006 beantragten drei weitere Tagesstätten ihre Anerkennung: die Tagesstätte des Pflegeheims les Mouettes in Estavayer-le-Lac, die Tagesstätte Wolfacker in Düdingen und die Tagesstätte St-Joseph in Châtel-St-Denis. Die beiden letzten Tagesstätten nehmen ihre Tätigkeit anfangs 2007 auf. Damit beläuft sich die Zahl der Tagesstätten für Betagte auf sechs (40 Plätze).

Mit Verordnung vom 5. Dezember 2006 setzte der Staatsrat für 2006 den Pensionspreis fest, der in der Berechnung der Ergänzungsleistungen und für die Beteiligung der öffentlichen Hand an den Betreuungskosten berücksichtigt wird. Gegenüber 2006 wurde der Pensionspreis um einen Franken je Pflegestufe angehoben. Im Jahr 2007 beträgt dieser Preis:

- 94 Franken/Tag für Personen, die keiner Pflege bedürfen oder mit Pflegestufe A
- 95 Franken/Tag für die Pflegestufe B
- 96 Franken/Tag für die Pflegestufe C
- 97 Franken/Tag für die Pflegestufe D.

In Heimen oder Heimabteilungen, die nicht als Pflegeheim anerkannt sind, wird der tägliche Pensionspreis 105 Franken betragen.

Die Arbeitsgruppe für die Analyse der Pensionspreise der Pflegeheime trat 2006 zu zwei Sitzungen zusammen. Ihr Auftrag besteht darin, den Standard und die Kosten für jede Hotellerieleistung zu bestimmen, ein System für die regelmässige Indexierung der Leistungen je nach ihrer Art vorzuschlagen, Regeln für die Bezahlung des Hotelleriepersonals der Pflegeheime vorzuschlagen und Massnahmen der Rationalisierung zwischen den Heimen zu prüfen. Um die Methode und das im Kanton Waadt verwendete Berechnungsinstrument SOHO zu verfeinern und zu testen, schlug die Arbeitsgruppe eine Versuchsphase mit elf Pflegeheimen in den sieben Kantons-

bezirken vor. Für die Durchführung dieser Testphase, die Anpassung der Waadtlander Standards an die Freiburger Verhältnisse, die Sammlung der Daten und die Sicherstellung der einheitlichen und korrekten Anwendung des Instruments in den elf einbezogenen Pflegeheimen wurde ein Projektleiter ernannt in der Person von Prof. Alain Boutat, Lehrbeauftragter an der HEG des Kantons Waadt und an der Universität Lausanne. Herr Boutat übergab der Arbeitsgruppe seinen definitiven Evaluationsbericht im Oktober 2006. Der Bericht wurde von der Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung vom 3. November 2006 besprochen und gutgeheissen; er ist dem Staatsrat übermittelt worden, der anfangs 2007 über den Fortgang der Arbeiten entscheiden wird.

Die beratende Kommission für Pflegeheime für Betagte trat während des Jahres 2006 zu zwei Sitzungen zusammen. Die folgenden Themen wurden behandelt: Planung der Pflegeheimbetten für Langzeit- und Kurzaufenthalte, Entwicklung der Tagesstätten.

Das Pilotprojekt für eine alterspsychiatrische Station in der Résidence des Chênes, Freiburg, schreitet voran. Im Jahr 2006 trafen sich Vertreter des Kantonsarztesamtes und des Sozialvorgesamtes mehrmals mit den Verantwortlichen dieser Station. Namentlich organisierte der VFA einen eintägigen Besuch von alterspsychiatrischen Einheiten der Stadt Zürich. Die Eröffnung der Station ist auf den 1. Juni 2007 geplant.

Zwischen dem Kantonalen Psychiatrischen Spital Marsens und den Pflegeheimen fanden auch Gespräche statt, die der Entwicklung der Liaison-Psychiatrie galten. Letztere besteht seit 2005 (2 Pilot-Pflegeheime), und sie soll ab 2007 auf weitere Pflegeheime ausgedehnt werden. Auf diese Weise würden die Pflegeheime einmal im Monat für drei Stunden vom interdisziplinären Team von Marsens aufgesucht (Psychiater, Psychologe und/oder spezialisierte Pflegefachperson).

Die Arbeiten für die Umsetzung der Artikel in der neuen Verfassung des Kantons Freiburg, die sich auf ältere Menschen beziehen, haben im Oktober 2006 begonnen. In einer ersten Phase wurde beschlossen, ein Inventar der Massnahmen zu erstellen, auf denen heute die Freiburger Alterspolitik beruht. Anschliessend sollen die Bedürfnisse bestimmt werden, die künftig zu decken sind, um dem Verfassungsauftrag in geeigneter Weise zu entsprechen. Diese Studie wird der Erarbeitung des Entwurfs eines Konzepts für eine umfassende Alterspolitik dienen; darin zu bestimmen sind unter anderem die Zuständigkeiten des Kantons, der Gemeinden und Privater auf diesem Gebiet.

II. Kantonales Sozialamt (KSA)

1. Personal

Zum Personal gehören ein Vorsteher, eine stellvertretende Vorsteherin, ein juristischer und ein wissenschaftlicher Berater, zwei Verwaltungsadjunkten, eine Bürochefin, zwei Sekretärinnen, sechs Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, vier Buchhaltungssekretärinnen, eine kaufmännische Lehrtochter, drei Praktikantinnen (Soziologin und zwei Personen mit juristischer Ausbildung). Das vollzeitlich oder teilzeitlich beschäftigte Personal des Amtes (insgesamt 11,55 Vollzeitstellen entsprechend) befasst sich mit vier Tätigkeitsgebieten: Hilfe an bedürftige Personen, Hilfe an Opfer von Straftaten, Hilfe an Asylsuchende und Flüchtlinge, Hilfe bei der Eintreibung und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen.

2. Hilfe an bedürftige Personen

Nach dem Sozialhilfegesetz (SHG) ist das KSA zuständig für die Entscheide über die materielle Hilfe an Personen, die sich im Kanton aufhalten oder vorübergehend hier sind, sowie an Personen ohne festen Wohnsitz. Es unterhält die interkantonalen Beziehungen nach dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger, was die in anderen Kantonen wohnhaften Freiburgerinnen und Freiburger sowie die seit weniger als zwei Jahren im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Bürger angeht. Es verteilt die Lasten der materiellen Hilfe unter den Gemeinden, dem Kanton und den übrigen Kantonen der Eidgenossenschaft. Das Amt hat auch zur Aufgabe, sozialpolitische Massnahmen vorzuschlagen, das kantonale Sozialhilfesystem zu evaluieren und zu verbessern, über sein gutes Funktionieren zu wachen und für die Harmonisierung der Praxis zu sorgen, so dass eine Gleichbehandlung der begünstigten Personen gewährleistet ist. Ausserdem sorgt das Amt für die Förderung des Dialogs und der Zusammenarbeit unter den öffentlichen, privaten, ehrenamtlichen Akteuren und den Kirchen. Die vom Sozialhilfegesetz vorgeschriebenen Aufgaben der Koordination, Information und Prävention nehmen daher einen bevorzugten Platz unter den Tätigkeiten des Amtes ein.

Der Beitrag an die Entwicklung sozialpolitischer Massnahmen und die Mitwirkung an zahlreichen kantonalen und eidgenössischen Vernehmlassungen zählten 2006 zu den überwiegenden Aufgaben des Amtes. Es befasste sich insbesondere mit der von der Schweizerischen Konferenz

für Sozialhilfe (SKOS) eingeleiteten Revision der Richtsätze für die materielle Hilfe, indem es die neue Verordnung über die Richtsätze für die Bemessung der materiellen Hilfe vorbereitete; diese tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Zusätzlich überholte es die Weisungen für die Anwendung dieser Richtsätze. Das Amt organisierte die Vernehmlassung über die neuen Richtsätze. Es veranstaltete drei Sitzungen (in französischer und in deutscher Sprache) für die Sozialkommissionen und die regionalen Sozialdienste, um sie über die Einzelheiten in der Anwendung der Richtsätze zu informieren. In einem anderen Zusammenhang beendete es die Redaktion des Berichts des Staatsrats über die Einführung eines einheitlichen massgebenden Einkommens (EME), mit welchem dem Postulat Nr. 249.04 Folge geleistet wurde. Der Bericht wurde am 4. Oktober 2006 vom Grossen Rat einstimmig angenommen. Die verschiedenen Dienststellen, die durch die Einführung eines solchen Einkommens betroffen sein können, sind im Zusammenhang mit diesem Dossier angehört worden: Kantonale Sozialversicherungsanstalt/kantonale Ausgleichskasse, Amt für Ausbildungsbeiträge, Amt für Gesundheit, Sozialvorsorgeamt, Amt für Justiz, Amt für Wald, Wild und Fischerei, Meliorationsamt, kantonale Steuerverwaltung. Für eine Veranschlagung der informatikgebundenen Kosten des Informationssystems im Zusammenhang mit dem EME arbeitete das KSA auch eng mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) zusammen. Beide Ämter beteiligten sich auch gemeinsam an der Vorstellung des Berichts über die Einführung eines einheitlichen massgebenden Einkommens anlässlich einer Pressekonferenz, die am 22. September 2006 von der Direktion für Gesundheit und Soziales und von der Finanzdirektion veranstaltet wurde. Im Bereich Familienpolitik wirkte das Amt im Steuerungsausschuss und im Projektausschuss mit, die vom Staatsrat eingesetzt wurden, um die Umsetzung und Ausführung der unter diese Politik fallenden Leistungen zu koordinieren. Es führt auch das Sekretariat dieser beiden Ausschüsse.

Das Amt äusserte sich zu mehreren Motionen: Errichtung eines Solidaritätsfonds (Nr. 115.05), Einführung eines Preises des Staates Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit (Nr. 111.05), Änderung des Sozialhilfegesetzes (Nr. 118.05), Stellung von Konkubinatspartnern (Nr. 151.06). Es erarbeitete die Verordnung vom 5. Dezember 2006 über den Preis des Staates Freiburg für Sozial- und Jugendarbeit sowie die am gleichen Datum vom Staatsrat verabschiedete Verordnung über die Errichtung eines kantonalen Sozialfonds. Das Amt antwortete auf die Vernehmlassung über den Vorentwurf des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt (BAMG). Schliesslich befasste es sich im Rahmen der periodischen Überprüfung der kantonalen Subventionen gemäss dem Subventionengesetz mit der Überprüfung der Hilfen, die nach dem Sozialhilfegesetz ausgerichtet werden. Es überwies der Kommission für die Koordination der periodischen Überprüfung der Subventionen seinen detaillierten Bericht.

In der Wahrnehmung seiner Koordinationsaufgaben, einer wesentlichen Tätigkeit für das gute Funktionieren des kantonalen Sozialhilfesystems, hat das Amt zur Entfaltung von Synergien zwischen den Akteuren dieses Systems und

ihren öffentlichen und privaten Partnern beigetragen. Das Amt setzte seine Arbeiten in der Koordinationskommission für die interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) fort, die vom Staatsrat nach den Empfehlungen der Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (VDK) und der Sozialdirektorenkonferenz (SODK) eingesetzt worden ist. In diesem Zusammenhang trug es zur Erarbeitung des Berichts bei, der im Juni 2006 an den Staatsrat ging und auf dessen Grundlage der Staatsrat die allgemeine Ausweitung des IIZ-Systems ab 2007 auf den ganzen Kanton beschloss. Aufgrund dieser Erfahrung wurde das Amt auch zur Mitwirkung am nationalen Projekt «IIZ-MAMAC» aufgefordert und zum Mitglied im Steuerungsausschuss und im Projektausschuss ernannt. Schliesslich wurde es auch für die Aufstellung einer Westschweizer Ausbildung für die IIZ beigezogen; diese wird in Zusammenarbeit mit der Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale (ARTIAS) organisiert.

Im Interesse eines leistungsstarken Steuerungsinstruments, das interkantonale Vergleiche im Sozialhilfebereich ermöglicht, führte das Amt seine Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik (BFS) weiter. Es koordinierte insbesondere die Arbeiten zur Anpassung der verschiedenen Informatikanwendungen für die schweizerische Sozialhilfestatistik (SOSTAT) in den regionalen Sozialdiensten, dies schon im Hinblick auf die neuen SHG-Richtsätze. Es trug finanziell zu dieser Aktualisierung bei und unterstützte die Bemühungen der regionalen Sozialdienste, damit sie die nötigen Daten fristgemäss liefern können. Die ersten Ergebnisse werden anfangs 2007 erwartet. In diesem Zusammenhang folgte das Amt der Einladung des BFS auf Vorschlag des Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS), die Westschweizer Kantone in der gesamtschweizerischen Arbeitsgruppe für die Begleitung der Umsetzung von SOSTAT zu vertreten.

Von der Direktion beauftragt, das Vorgehen für den Informationsaustausch zwischen den regionalen Sozialdiensten (RSD) und dem Jugendamt (JugA) zu prüfen, um deren Zusammenarbeit effizienter zu gestalten, schlug das Amt ein Verfahren für die Zusammenarbeit vor. Es erarbeitete dieses aufgrund der Ergebnisse einer Vernehmlassung bei den betroffenen Organismen, ausgehend von einem Bericht aus dem Jahr 2005 über die subsidiäre Übernahme der Fahrkosten und der Nebenkosten einer Unterbringung in Erziehungsheimen oder Pflegefamilien.

Weiterhin bemühte sich das Amt um die Koordination auf dem Gebiet der Eingliederung, indem es den Katalog der sozialen Eingliederungsmassnahmen (MIS), der ständig auf der Website des Amtes erscheint, regelmässig aktualisierte und erweiterte. Der Katalog umfasst Ende 2006 nahezu 120 auf sechs verschiedene Kategorien verteilte Tätigkeiten (Ausbildung, persönliche Entwicklung, Aufbau des persönlichen Wohlbefindens, gemeinschaftliche Tätigkeiten, Tätigkeiten sozialer Beteiligung und Tätigkeiten von gesellschaftlichem Nutzen). Das Amt achtete darauf, dass diese Tätigkeiten unverzüglich für die Durchführung sozialer Eingliederungsverträge verfügbar sind. Die Vielfalt dieser in französischer und deutscher Sprache und mit Hilfe von rund 50 Organisationen organisierten Massnahmen erlaubt es, den unterschiedlichen Eingliede-

rungsbedürfnissen individuell zu entsprechen. Eine MIS-Börse wurde am 12. Dezember 2006 in Grangeneuve organisiert, damit die regionalen Sozialdienste die Hauptorganisatoren von sozialen Eingliederungsmassnahmen treffen und sich mit ihren Angeboten vertraut machen konnten. Im Übrigen bildete das Amt die Berufsleute der regionalen Sozialdienste ein weiteres Mal für die Anwendung der MIS aus, dies ist wegen der Personalwechsel in den Sozialdiensten und im Hinblick auf die neuen Sozialhilferichtsätze ab 2007 nötig geworden. Diese Ausbildung erfolgte am 11. und 12. Dezember 2006 unter Mitwirkung der Freiburger Hochschule für Sozialarbeit. Das Amt beurteilte auch im Einzelnen die von vier Organisatoren angebotenen Eingliederungsmassnahmen. In Zusammenarbeit mit dem Amt für den Arbeitsmarkt. Schliesslich erarbeitete es das Pflichtenheft und organisierte die Ausschreibung für die Evaluation der sozialen Eingliederungsmassnahmen nach SHG und der beruflichen Eingliederungsmassnahmen nach dem Gesetz über die Beschäftigung und die Arbeitslosenhilfe (BAHG). Eine solche quantitative und qualitative Evaluation wird vom Sozialhilfegesetz verlangt.

Das Amt unterhält enge Beziehungen mit mehreren spezialisierten Sozialdiensten (Art. 14 SHG), die im Rahmen von Vereinbarungen vom Staat subventioniert werden und auf ihrem spezifischen Gebiet die RSD unterstützen sollen. Es handelt sich um die Stiftung «Le Tremplin» (Hilfe an drogenabhängige Personen), La Tuile (Hilfe an Obdachlose und/oder Personen in Not), Pro Infirmis (Hilfe an geistig und/oder körperlich behinderte Personen), Pro Senectute (Hilfe an betagte Personen), die Freiburger Krebsliga (Hilfe an Krebskranke und ihre Angehörigen), die Stiftung «SOS werdende Mütter» (Unterstützung werdender Mütter in Schwierigkeiten). Es stellte ausserdem die Begleitung des Partnerschaftsvertrags zwischen dem Staat und der Caritas Freiburg sicher, der den Schuldenberatungsdienst betrifft. Nachdem der Staat die Finanzierung dieses Dienstes übernommen hat, bereitete das Amt die unter das SHG fallende Vereinbarung zwischen dem Staat und Caritas Freiburg vor. Diese tritt am 1. Januar 2007 in Kraft. Die Begleitung der Vereinbarung zwischen dem Staat und dem Verband der Gemeinden des Gbloux, welche die Führung der Sozialhilfedossiers der in Châtillon wohnenden Fahrenden betrifft, stand ebenfalls auf der Tagesordnung. Vermerkt sei noch die Mitwirkung des Amtes an der von der Caritas Freiburg geschaffenen Koordinationsplattform freiburgischer Freiwilligenorganisationen.

Gleichzeitig wachte das Amt darüber, dass die RSD und die Sozialkommissionen ihre Sozialhilfeaufgaben erfüllen. Hierfür übermittelte es ihnen regelmässig Rechtsgutachten, Informationen über die einschlägige Rechtsprechung sowie Synthesen der Antworten auf Fragen von Seiten der RSD zur Anwendung der Sozialhilferichtsätze. Gemäss dem Sozialhilfegesetz stellte es die Aufteilung der Kosten materieller Hilfe unter allen Gemeinden des Bezirks sicher. Im Bestreben nach Effizienz und Arbeitsrationalisierung befasste es sich hierfür weiter mit der Automatisierung des Transfers der von den RSD gelieferten Daten sowie ihrer Buchungserfassung.

Auf Informationsebene organisierte das Amt am 9. November 2006 in Grangeneuve den kantonalen SHG-

Thementag. Nahezu 150 Personen nahmen an dieser Zusammenkunft teil, die dieses Jahr vor allem den folgenden Themen galt: neue Sozialhilferichtsätze 2007, EME, Sucht, verschiedene Probleme in Verbindungen mit der Anwendung des Sozialhilfegesetzes. Das Amt unterhält auch enge Verbindung mit den RSD, indem es regelmässig an den Sitzungen der französischsprachigen und der deutschsprachigen Gruppierung der RSD des Kantons teilnimmt. Über seine Website (www.fr.ch/sasoc) bietet das Amt seinen Ansprechpartnern sowie der ganzen Öffentlichkeit eine reiche Dokumentation über alle seine Tätigkeitsbereiche (Sozialhilfe, Hilfe an Asylsuchende, Opferhilfe, Unterhaltsbeiträge, Konferenz für Sozialfragen, Förderung der sozialen Aktion). Diese regelmässig aktualisierte und mit neuen Rubriken ergänzte Website (sie wurde namentlich durch einen Themenindex ergänzt) wird nahezu 15 000mal im Monatsdurchschnitt aufgesucht (+ 50 %). Im Lauf des Jahres hielt das Amt auf Einladung kommunaler, kantonaler oder eidgenössischer Organismen und nicht gewinnorientierter Vereinigungen im Sozialbereich sowie von Hochschulen für Sozialarbeit rund zehn Referate zu Themen der Sozialhilfe, der Eingliederung, der interinstitutionellen Zusammenarbeit, der Gewaltprävention in Sozialdiensten, der Obdachlosen. Es antwortete regelmässig den Medien zu aktuellen Fragen, die namentlich die Freiwilligenarbeit, die Familienpolitik, die «working poor», die Sozialhilferichtsätze, die Obdachlosen, das EME betrafen.

Das Amt engagierte sich in der Prävention, die darin besteht, soziale Probleme zu erfassen, sobald sie sich abzeichnen beginnen, und die nötigen Massnahmen zu antizipieren. Insbesondere versieht es den Vorsitz der Kommission für die Verwendung des kantonalen Entschuldungsfonds, mit dem verhütet werden soll, dass sich die soziale Situation verschuldeter Personen drastisch verschlechtert. In Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg und den öffentlichen und privaten Sozialdiensten stellt es die Kontrolle und Führung dieses neuen Instruments für die Sanierung sozial prekärer Situationen sicher. Im Übrigen wirkte es weiterhin mit in der vom Staatsrat eingesetzten Arbeitsgruppe «Sicherheit der Behörden und des Staatspersonals». In diesem Zusammenhang trug es zur Konzeption und Steuerung der für die Staatsangestellten bestimmten Ausbildung «Gefahrenprävention und Umgang mit Gewaltsituationen» bei. Es nahm an dem Seminar teil, das vom Amt für Gesundheit über die Familienbegleitung organisiert wurde. Um sich zu informieren und die Entwicklung sozialer Phänomene zu verfolgen, beteiligte es sich an verschiedenen Seminaren, die hauptsächlich den folgenden Themen galten: «working poor», junge Erwachsene in Schwierigkeiten, Familie, Arbeitslosigkeit und Eingliederung, interinstitutionelle Zusammenarbeit, neue Sozialmodelle, Ausbildung in Sozialberufen. Das Amt sorgte auch dafür, dass sein Personal Gelegenheit hatte, eine Fortbildung über Beschäftigungspolitik und soziale/berufliche Wiedereingliederung zu absolvieren.

Aufgrund seiner Aufgaben nach SHG ist das Amt ausserdem vertreten in den folgenden Kommissionen: kantonale Kommission für den Stellenmarkt, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann und für Familienfragen, kantonale Kommission der Loterie Romande, Kommission

für die Überwachung des Arbeitsmarkts, Plattform «Landwirtschaftsbetriebe in Schwierigkeiten», kantonale Kommission zur Bekämpfung häuslicher Gewalt. Auf interkantonaler Ebene trug es zur weiteren Ausarbeitung des «Sozialführers Westschweiz» bei (www.guidesocial.ch), in Zusammenarbeit mit der Vereinigung der freiburgischen Sozialinstitutionen (VFSI) und der Association romande et tessinoise des institutions sociales (ARTIAS), in deren Vorstand es vertreten ist. Es ist auch vertreten im Vorstand der Schweizerischen Konferenz für Sozialfragen (SKOS) und des Groupement romand des chefs de services des affaires sociales (GRAS). Daneben beteiligte sich das Amt am 12. Mai 2006 wie jedes Jahr an dem von der ARTIAS organisierten Kurs, der darauf hinzielt, die Anwendung der Sozialhilferichtsätze unter den Kantonen zu harmonisieren.

Im Forschungs- und Ausbildungsbereich antwortete das Amt auf verschiedene Umfragen der Universitäten und anderer Forschungszentren. Insbesondere geschah dies im Rahmen einer Studie des IDHEAP zum Thema «le benchmarking du revenu d'insertion», der SKOS zum Thema «Existenzsicherung im Föderalismus der Schweiz», des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) zum Thema «Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung», der Universität Lausanne zum Thema «working poor», der Universität Freiburg über die Situation landwirtschaftlicher Betriebe in Schwierigkeiten, der Pädagogischen Hochschule des Kantons Waadt über die Entwicklung der Kompetenzen bei Langzeitarbeitslosen, ferner im Rahmen einer Dissertation über die Entwicklung von Instrumenten für die Messung der Lebensqualität. Das Amt antwortete auch auf eine Anfrage des Amtes für den Arbeitsmarkt über die Ursachen von Sozialhilfeleistungen. Es unterstützte auch die Ausbildungsbemühungen, indem es für seine verschiedenen Tätigkeitsbereiche drei Praktikanten mit Universitätsausbildung (Rechtswissenschaft und Soziologie) anstellte. Schliesslich engagierte es sich in der Organisation der vierten Konferenz für Sozialfragen, die am 7. April 2006 in Grangeneuve stattfand, in Zusammenarbeit mit dem französischsprachigen Lehrstuhl für Sozialarbeit der Universität Freiburg. Diese Konferenz galt dem Thema «Auf dem Weg zu einem neuen Sozialmodell, Anerkennung und sozialer Zusammenhalt». An diesem zweisprachigen Kolloquium, das als Diskussionsraum und Handlungsanlass vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik konzipiert ist, nahmen rund 180 Teilnehmende die eigenständigen Beiträge von zwölf Referentinnen und Referenten zur Kenntnis.

Wie jedes Jahr erstellte das Sozialamt die Statistik über die materielle Hilfe. Diese Datensammlung gibt Auskunft über die gewährte materielle Hilfe, enthält eine Bilanz über die Anwendung der sozialen Eingliederungsmassnahmen, beziffert die finanzielle Belastung der Gemeinden in Berücksichtigung der Aufteilung nach Bezirk, führt die den spezialisierten Sozialdiensten des Kantons geleisteten Subventionen sowie Informationen aus den Tätigkeitsberichten der SHG-Sozialdienste auf.

Der Aufwand für die im Jahr 2006 erteilte materielle Hilfe an Bedürftige, die im Kanton wohnen oder sich hier aufhalten, belief sich (vor der Aufteilung Kanton/Gemeinden

und in Berücksichtigung persönlicher Rückerstattungen) auf 25 034 824.95 Franken (8,66 % mehr als im Jahr 2005) und verteilte sich auf 4701 Dossiers (– 0,58 % gegenüber 2005), die insgesamt 8540 Personen umfassen (– 3,06 % gegenüber 2005). Der Kanton übernahm zudem die materiellen Hilfeleistungen an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz in anderen Kantonen (3 045 583 Franken) und an Freiburgerinnen und Freiburger mit Wohnsitz im Ausland (94 258 Franken). Weitere Einzelheiten sind den Tabellen im Anschluss an diesen Bericht zu entnehmen.

Kantonaler Entschuldungsfonds

Die Kommission für die Verwendung des Entschuldungsfonds besteht aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Tätigkeitsbereiche wie Bank, Versicherung, Sozialdienst, Steuerverwaltung, Amt für Personal und Organisation, Finanzverwaltung, Sozialamt, Schuldenberatungsdienst und Vormundschaftsamt. Sie trat zu acht Sitzungen zusammen und entschied über dreizehn Entschuldungsanträge, die im Lauf des Jahres eingereicht wurden. Sie fällte neun positive Entscheide über einen Gesamtbetrag von 179 813.80 Franken und vier Ablehnungsentscheide.

Kantonale Kommission der Loterie Romande (LoRo)

In Absprache mit der Direktion unterstützte die kantonale LoRo-Kommission im Jahr 2006 im Sozialbereich tätige Institutionen und Vereinigungen mit einem Gesamtbetrag von 6 634 530 Franken.

3. Hilfe an Opfer von Straftaten

Gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 8. Oktober 1992 ist das KSA mit der Anwendung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG) betraut. Dieses gewährleistet die Hilfe an jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, sexuellen oder psychischen Integrität direkt Schaden genommen hat. Im Rahmen seiner Zuständigkeiten sorgt das Amt zum einen für die Einleitung der Verfahren, die nötig sind, um den Opfern von Straftaten eine effiziente Hilfe zu gewährleisten. Zum anderen wacht es über den guten Betrieb der beiden Beratungsstellen des Kantons, die damit betraut sind, den Opfern eine sofortige und (mit Einwilligung des Amtes) längerfristige Hilfe zu erteilen. Das Amt äussert sich zu Anfragen dieser Beratungsstellen und Dritter, die zugunsten der Opfer intervenieren, wie etwa Psychotherapeuten oder Rechtsanwälte. Es ist auch betraut mit der Information über das kantonale OHG-Dispositiv, mit der spezifischen Ausbildung der mit der OHG-Hilfe beauftragten Personen, der Ausrichtung der Kantonsbeiträge, der Aufteilung der Kosten für sofortige und längerfristige Hilfe unter dem Staat und den Gemeinden. Es ist die zuständige Behörde für die Entscheide über die Erteilung einer Entschädigung und/oder Genugtuung sowie für die Nachkontrolle im Zusammenhang mit den Vereinbarungen zwischen dem Staat und privaten Einrichtungen, die OHG-Aufgaben wahrnehmen: Frauenhaus und ASADE (Adultes Sexuellement Abusé(e)s Durant l'Enfance). Bei der Dargebotenen Hand sind die Telefongespräche mit Personen, die das OHG für sich geltend machen können, sowie die Informierung solcher Personen über die OHG-Beratungsstellen

des Kantons Freiburg stark zurückgegangen. Einer der Gründe ist die Zusammenlegung der Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche mit derjenigen für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen, aus der eine Synergie im telefonischen Bereitschaftsdienst resultierte. Im Übrigen haben die Bemühungen der Akteure des OHG-Dispositivs, das Konzept und die OHG-Leistungen des Kantons besser bekannt zu machen, Früchte getragen. Demzufolge ist die Vereinbarung des Staates Freiburg mit dieser Einrichtung auf Ende 2006 gekündigt worden, im Anschluss an eine in Biel stattfindende Unterredung zwischen dem Amt und den Vertretern der Dargebotenen Hand. Hingegen unterstützt der Staat Freiburg diese Einrichtung nach wie vor im grösseren Rahmen der öffentlichen Gesundheit.

Das Amt engagierte sich in der Revision des OHG, indem es unter der Schirmherrschaft des Bundesamtes für Justiz in einer Arbeitsgruppe mitwirkte, die namentlich die heutige Praxis der Kantone ermittelte. Nach der Veröffentlichung der Botschaft des Bundesrats und des Neuentwurfs für das OHG im Bundesblatt vom 9. November 2005 (s. BBl 2005 S. 7165ff.) sollte der Bundesrat das Datum für das Inkrafttreten des neuen Gesetzes festsetzen, sobald der Entwurf im Frühjahr 2007 von den beiden Parlamentskammern verabschiedet ist. Angekündigt ist das Inkrafttreten für 2009, damit die Kantone Zeit haben, ihre Ausführungsgesetze zu ändern. Unter den vorgesehenen Neuerungen scheinen einige schon festzustehen: die Verlängerung der Frist für die Einreichung eines Gesuchs um Entschädigung und/oder Genugtuung infolge einer Straftat von zwei auf fünf Jahre, wobei längere Fristen zugunsten unmündiger Kinder vorbehalten bleiben, Begrenzung (Höchstbetrag) der Genugtuungen auf 70 000 Franken für das direkte Opfer und auf 35 000 Franken für die Angehörigen des Opfers, keine Entschädigung und Genugtuung, wenn die Straftat im Ausland begangen wurde.

Während des Jahres 2006 befasste sich das Amt weiterhin systematisch mit dem Inkasso bei den Urhebern der jeweiligen Straftaten. Denn die Intervention des Staates zugunsten der Opfer soll nicht die Wiedergutmachung des Schadens durch den Täter selbst ersetzen, wenn dieser sie leisten kann. Dieser Standpunkt dürfte auch zur sozialen Wiedereingliederung der Straftäter beitragen. Dank der Unterstützung der Haftanstalten und des Schutzaufsichtsamtes konnte der Staat im Jahr 2006 insgesamt 47 281 Franken wieder einbringen (nach Abzug der Inkassokosten), gegenüber lediglich 27 820 Franken im Jahr 2005. Zu diesen Inkassobemühungen tritt die Aktivierung der Sozial- und Privatversicherungen durch das Amt, da es selber nur subsidiär Leistungen erteilt (Art. 14 OHG).

Im Prävention- und Informationsbereich nahm das Amt an mehreren Arbeitstreffen mit der Stiftung Charlotte Olivier teil; diese galten der Errichtung einer Referenzstruktur im Kanton für die Prävention der Kindesmisshandlung. Das Amt organisierte auch eine Fortbildungssitzung für das Personal der OHG-Beratungsstellen.

Im Rahmen der kantonalen OHG-Koordination, die achtzehn Mitglieder aus der Polizei, der Justiz, dem medizinischen, sozialen und schulischen Bereich zählt, präsidierte das Amt eine Sitzung, um die Koordination, die Informa-

tion und die gute Zusammenarbeit unter den verschiedenen Akteuren des Kantons, die sich OHG-relevanten Situationen gegenüber gestellt sehen können, zu gewährleisten und zu verbessern. Das Amt ist auch Mitglied der regionalen OHG-Konferenz, der die Westschweizer Kantone sowie die Kantone Bern und Tessin angehören. Ausserdem nahm das Amt an drei Sitzungen der schweizerischen Konferenz der OHG-Verbindungsstellen teil, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Justiz und den Vertreterinnen und Vertretern der kantonalen Sozialdepartemente stattfanden. Es erfolgte auch eine Zusammenkunft in Bern mit Vertretern des Bundesamtes für Statistik zwecks Aktualisierung der Datenerfassung in der Schweiz, nicht nur für die sofortige und die längerfristige Hilfe, sondern auch für die Entschädigung und die Genugtuung.

Das Amt nahm an drei Sitzungen der kantonalen Kommission für die Bekämpfung häuslicher Gewalt teil; diese organisierte am 24. November 2006 in Grangeneuve einen Informationstag. Das Amt beteiligte sich ebenfalls an einer Vernehmlassung über die Umsetzung der neuen Kantonsverfassung, um eine besondere Hilfe an junge Opfer von Straftaten zu gewährleisten.

Die den Opfern erteilten Leistungen fallen unter die sofortige oder längerfristige Hilfe und die Entschädigung oder Genugtuung. Die Bundesstatistik, die sich auf die von den Kantonen gelieferten Daten stützt, wird künftig veröffentlicht auf der Website: www.bfs.admin.ch/bfs/-portal/fr/-index/themen/rechtspflege.html.

Im Jahr 2006 bearbeitete das Amt 263 Dossiers, für die 536 Buchungseinträge verzeichnet wurden, alle Leistungen zusammengenommen. Während der Vorjahre bearbeitete das Amt: 365 Dossiers im Jahr 2005, 354 Dossiers im Jahr 2004, 256 Dossiers im Jahr 2003, 225 im Jahr 2002, 200 im Jahr 2001, 142 im Jahr 2000, 121 im Jahr 1999 und 105 im Jahr 1998. Im Jahr 2006 fällte das Amt 55 formelle Entscheide: 22 Entscheide über sofortige oder längerfristige Hilfe (einschliesslich Anwaltskosten) und 33 Entscheide über Entschädigungen und/oder Genugtuungen. Nach der vom Amt geführten Statistik liegen die den Opfern erteilten Leistungen im Allgemeinen unter den von ihnen oder ihren Anwälten gestellten Ansprüchen. Jedoch wurden die gefällten Entscheide zur grossen Mehrheit nicht mit Beschwerde angefochten. Derzeit sind nur zwei Beschwerden bei der Direktion für Gesundheit und Soziales hängig (über sofortige und längerfristige Hilfe) und zwei Verfahren vor dem Verwaltungsgericht (über Entschädigung und Genugtuung). Der OHG-Aufwand belief sich im Jahr 2006 insgesamt auf 1 236 395.35 Franken (für Einzelheiten s. Tabelle im Anschluss auf diesen Bericht), gegenüber 1 385 811.65 Franken im Jahr 2005, 1 147 072.35 Franken im Jahr 2004, 1 271 665.60 Franken im Jahr 2003, 1 066 317.05 Franken im Jahr 2002, 927 186.65 Franken im Jahr 2001, 998 755.85 Franken im Jahr 2000, 1 160 400.05 Franken im Jahr 1999 und 960 533 Franken im Jahr 1998.

<i>OHG</i> <i>Tätigkeiten und Aufwand im Geschäftsjahr 2006</i>	
Staatliche Subventionen an die drei Beratungsstellen	Fr. 742 518.85
Kosten für sofortige Hilfe	¹ Fr. 174 410.70
Kosten für längerfristige Hilfe	¹ Fr. 26 058.55
Anwaltskosten	¹ Fr. 9 342.85
¹ Unter Staat und Gemeinden aufzuteilender Gesamtbetrag (45 %/55 %): Fr. 209 812.10	
Entschädigung (materieller Schaden)	² Fr. 18 370.75
Genugtuung	² Fr. 265 985.60
Verschiedenes	² Fr. -291.95
² Ausgaben 100 % zu Lasten des Staates: Fr. 284 064.40	
Total	<u>Fr. 1 236 395.35</u>

4. Hilfe an Asylsuchende, Flüchtlinge und an Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE-Personen)

Das KSA ist mit der Anwendung des Asylgesetzes vom 26. Juni 1998 (AsylG) betraut, namentlich mit der Aufnahme, Beherbergung, Betreuung und materiellen Unterstützung von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Personen und schutzwürdigen Personen ohne Aufenthaltsbewilligung, die dem Kanton vom Bundesamt für Migration (BFM) zugeteilt werden. Hierfür bezieht es sich auf die Bestimmungen der Vereinbarung zwischen dem Staat und dem freiburgischen Roten Kreuz (FRK), dem ein Mandat erteilt wurde. Im Übrigen versieht das Amt aufgrund derselben Bundesgesetzgebung die Verantwortung für Personen mit Flüchtlingsstatus, die seit weniger als fünf Jahren im Kanton wohnhaft sind.

Seit am 1. April 2004 das Bundesgesetz vom 19. Dezember 2003 über das Entlastungsprogramm 2003 und die revidierten Asylverordnungen in Kraft getreten sind, gelten Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid (NEE), die nicht mehr unter das Asylgesetz fallen, als Personen in ungesetzlicher Situation, die unter das Gesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) und des Bundesgesetzes über die Nothilfe fallen. Demzufolge ist es am Kanton, die Heimschaffung solcher Personen zu vollziehen und für die Nothilfe im Sinne von Artikel 12 der Bundesverfassung aufzukommen. Das Amt nimmt die Verantwortung, die Koordination und die finanzielle Kontrolle über die erteilte Nothilfe wahr. Ab 1. Januar 2006 ist die die ORS (Organisation für Regie- und Spezialaufträge AG), deren Sitz sich in Zürich befindet, vom Staatsrat mit der Betreuung der NEE-Personen betraut worden, nachdem das FRK darum ersucht hatte, von diesem Auftrag entlastet zu werden.

Nach den starken Rückgängen, die seit 2003 verzeichnet worden waren, hat sich die Anzahl der in der Schweiz registrierten Asylgesuche etwas stabilisiert, mit 10 537 Einreisen im Jahr 2006 gegenüber 10 061 im Jahr 2005. Dem Kanton zugewiesen wurden 314 Asylsuchende. Die Zahl der im Kanton wohnenden Asylsuchenden ist weiterhin

regelmässig zurückgegangen. Am 31. Dezember 2006 betrug sie 1436 Asylsuchende gegenüber 1 505 am 31. Dezember 2005.

Die in den Jahren 2004 und 2005 begonnene Anpassung der Betreuungsstrukturen des FRK lief im Jahr 2006 weiter. So hat das FRK das Zentrum «La Chassotte» in Givisiez am 31. Dezember 2006 definitiv geschlossen. Im Übrigen beschloss der Staatsrat in seiner Sitzung vom 25. April 2006, auf den Erwerb des Foyers St. Wolfgang – Eigentum der Stiftung St. Altersheim St. Wolfgang auf dem Gemeindegebiet Düdigen – zu verzichten. Dieser Entscheid wurde mit der heute vorherrschenden Situation im Asylbereich begründet.

Im Lauf des Jahres 2006 führte das FRK Beschäftigungsprogramme nach seinem Aktionsplan durch, der im Dezember 2005 vom Bund bewilligt worden war. Das Amt koordinierte die Aufstellung eines neuen Integrationsprojekts durch das FRK; dieses erfolgt im Hotelleriebereich und ist für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bestimmt, um diesen Personen den Zugang zum Beschäftigungsmarkt zu erleichtern. Das Projekt, das im Dezember 2005 vom Bundesamt für Migration gutgeheissen worden war, wurde durch einen Sonderbetrag des Bundes finanziert. Ein Zwischenbericht wurde am 20. Dezember 2006 eingereicht. In der Evaluation des Integrationsprojekts wird der Bund namentlich die Ergebnisse berücksichtigen, die in der Eingliederung der Teilnehmenden in den Arbeitsmarkt erzielt worden sind.

Im November 2006 reichte das Amt den Aktionsplan des Kantons für die Beschäftigungsprogramme ein, die 2007 vom FRK durchgeführt werden. Vor allem wegen des regelmässigen Rückgangs der Asylbewerberzahl (und des entsprechenden Rückgangs der Bundesbeiträge) hat sich die Vielfalt der Programme und die Zahl der verfügbaren Plätze leicht verringert (128 Plätze im Jahr 2006 gegenüber 138 im Jahr 2005). Das FRK wird die folgenden Programme organisieren: Schreinerarbeiten, Nähen, Kochen, Velo-Reparaturwerkstätte, Flachmalerei und Wäscherei/Büglerei. Der Kanton wird sich 2007 noch an einem Westschweizer interkantonalen Programm für die Redaktion einer Zeitschrift mit dem Titel «Voix d'exils», die Asylsuchenden vorbehalten ist, beteiligen. Alle diese Tätigkeiten werden in vom FRK gemieteten Räumlichkeiten organisiert und befinden sich somit alle zusammen unter einem Dach, was der Motivation förderlich ist und der Rationalisierung und Fahrkosteneinsparung dient.

Seit dem 1. April 2006 geniessen vorläufig aufgenommene Personen die gleichen Bedingungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt wie die anderen ausländischen Stellensuchenden, die sich schon in der Schweiz befinden und eine Arbeitsbewilligung haben. Somit haben sie Vorrang vor Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten oder von Drittstaaten, die zum ersten Mal die Bewilligung zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit beantragen. Diese Gesetzesänderung hat zum Zweck, die berufliche Eingliederung dieser Personenkategorie zu fördern. Im Rahmen der Umsetzung dieser neuen Bestimmungen nahm das Amt an Arbeitssitzungen mit dem Amt für den Arbeitsmarkt und den regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) des Kantons teil.

Beim Anschluss der Asylsuchenden an die Krankenversicherung wurde eine proportionale Verteilung auf die Krankenkassen, deren Versichertenbestand im Kanton sich nach der Statistik 2004 des Bundesamtes für Gesundheit auf mindestens 10 000 Versicherte in der obligatorischen Krankenversicherung beläuft, für das Jahr 2006 beibehalten. Auf dieser Basis sind die Asylsuchenden bei den folgenden Krankenkassen versichert worden: Assura, Avenir, Concordia, CSS, Helsana, CPT, Mutuel Assurances Sion und Visana.

Um den Vorschriften der Bundesgesetzgebung gerecht zu werden und gleichwohl zu versuchen, eine menschenwürdige Behandlung der NEE-Personen zu gewährleisten, setzte der Kanton für die betroffenen Personen eine von der ORS geführte «niederschwellige» Aufnahmestruktur ein. Die Struktur im Foyer de la Poya in Freiburg entspricht den Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz der Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK) in Sachen Nothilfe. Ein Pavillon ist speziell Frauen und Familien vorbehalten. Die auf 20 Plätze angelegte «niederschwellige» Struktur erteilt NEE-Personen eine Nothilfe in Form von Bargeld, die von der GSD auf 10 Franken/Tag festgesetzt wurde. Die Nothilfe wird auf Entscheid des Amtes und nur Personen erteilt, die von der Kantonspolizei identifiziert worden sind; die Dauer beschränkt sich auf sieben Tage. Im Winter ist die «niederschwellige» Struktur täglich rund um die Uhr geöffnet. Im Laufe des Jahres 2006 nahm sie durchschnittlich zehn Personen pro Tag auf. Zwei Einelfamilien wurden in einer Wohnung beherbergt. Es handelt sich um so genannt gefährdete Personen, für die der Nichteintretensentscheid vor dem 1. April 2004 in Kraft getreten war. Eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der ORS, des Amtes für Bevölkerung und Migration (BMA), der Kantonspolizei und des KSA wurde gebildet, um die Ergebnisse des eingesetzten Dispositivs regelmässig zu beurteilen.

Nach Artikel 14f (neu) ANAG richtet der Bund den Kantonen Pauschalentschädigungen für die Ausgaben im Zusammenhang mit der Nothilfe und dem Vollzug der Wegweisung aus. Ein Monitoring wurde vom Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen eingeführt, um die Kosten während einer befristeten Zeit von drei Jahren zu evaluieren. Der Kanton hat das KSA und das BMA als Kontaktorgane für das BFM bezeichnet, um die für dieses Monitoring nötigen Informationen zu übermitteln. Es geht darum, den durch die Einführung dieser Bestimmungen verursachten Sozial-, Gesundheits- und Polizeiaufwand sowie die an die öffentliche Sicherheit gebundenen Informationen bestmöglich herauszukristallisieren. Das BFM veröffentlicht vierteljährliche Berichte. Aus den Berichten 2005 geht hervor, dass die Bundesbeiträge die Höhe der Ausgaben bei weitem nicht gedeckt haben.

Dies erklärt sich daraus, dass entgegen den Erwartungen ein Teil der NEE-Personen den Kanton beziehungsweise die Schweiz nicht verlässt, dies trotz Aufhebung der Sozialhilfe, an deren Stelle die Nothilfe tritt. Die zunehmende Dauer ihres Aufenthalts erhöht nicht nur die Kosten der Nothilfe, sondern auch die Kosten der medizinischen Notversorgung. Im Übrigen erweist sich bei fehlender Mitwirkungsbereitschaft der betroffenen Personen die Organi-

sation der Wegweisung als extrem schwierig oder gar als unmöglich, wenn keinerlei Reisepapier vorliegt. Die Errichtung einer «niederschweligen» Struktur entspricht den Anforderungen von Artikel 12 der Bundesverfassung, wonach Nothilfe zu leisten ist, was als Existenzminimum ein Dach über dem Kopf beziehungsweise eine angemessene Beherbergung beinhaltet. Diese Struktur zeitigt unumgängliche Betriebskosten, deren Subventionierung der Bund bis heute trotz wiederholter Vorstösse der Kantone abgelehnt hat.

Aufgrund dieser Feststellung und infolge einer Vernehmlassung bei den Kantonen und den Organisationen, die von der Betreuung der NEE-Personen betroffen sind, ist im Dezember 2005 ein Kompromiss ausgehandelt worden, dies geschah im Rahmen der Plattform, an der sich das Eidgenössische Departement für Justiz und Polizei (EJPD), die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) und die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) beteiligten. Im Rahmen dieses Kompromisses vereinbarten der Bund und die Kantone eine Anhebung der Nothilfe-Pauschale an NEE-Personen rückwirkend ab 1. Januar 2005 von 600 auf 1800 Franken. Dieser Kompromiss gilt auch für das Jahr 2006. Demzufolge belaufen sich die Bundesbeiträge 2006 für NEE-Personen für unseren Kanton auf 81 000 Franken (1800 × 45 Personen), wohingegen der kantonale Aufwand sich auf 699 278 Franken beläuft (624 278 + 75 000 Mietzins Poya). Die im Rahmen des Kompromisses erfolgte Anhebung der Beiträge auf 1800 Franken ist offensichtlich noch ungenügend. Jedoch haben der Bund und die Kantone beschlossen, auch 2007 bei diesem Kompromiss zu bleiben, das heisst bis zum 1. Januar 2008, wenn das geänderte Asylgesetz in Kraft tritt. Die dazugehörigen Bundesverordnungen, die Anfang 2007 in die Vernehmlassung gehen, werden die neuen Beträge der Bundessubventionen festsetzen.

Das Amt antwortete auf zahlreiche Vernehmlassungen auf Bundesebene, namentlich in den folgenden Belangen: auf die Finanzierung bezogene Änderung der Asylverordnung 2 und Änderung weiterer Verordnungen im Rahmen der Anpassung der Asylstrukturen, Anpassung der Pauschale der Nothilfe für NEE-Personen und Änderung der Direktive über die Heimkehrberatung. Das Amt wirkte mit im Rahmen von Arbeitsgruppen, die vom BFM geleitet wurden und sich mit der Erarbeitung der Verordnungen zum revidierten Asylgesetz und zum neuen Ausländergesetz befassen. Es beteiligte sich auch an einer Arbeitsgruppe der SODK für die Ausarbeitung von Empfehlungen im Zusammenhang mit dem Zuständigkeitswechsel, der für vorläufig aufgenommene Personen nach Ablauf von 7 Jahren gilt. Auf Kantonsebene befasste sich das Amt mit der Untersuchung der Auswirkungen, die das Inkrafttreten der erwähnten neuen Gesetze am 1. Januar 2008 für den Kanton haben wird. Es handelt sich um zahlreiche und besonders grosse Auswirkungen sowohl auf finanzieller Ebene als auch in Bezug auf die nötigen Reorganisationen in der Betreuung der verschiedenen Personenkategorien (Personen im Asylverfahren, abgewiesene und NEE-Personen, seit weniger und seit mehr als 7 Jahren vorläufig aufgenommene Personen sowie Flüchtlinge, die seit weniger als

5 Jahren im Land sind). Im Übrigen wird die Einführung einer Gesamtpauschale in der Betreuung der Asylsuchenden den finanziellen Rahmen, die administrative Führung und die Beziehungen mit dem Bund vollständig ändern. In diesem Zusammenhang und um die Änderungen besser zu bewältigen hat der Staatsrat die Vereinbarung mit dem FRK über die Betreuung der Asylsuchenden gekündigt, vor allem um ein neues Mandat auf Grundlagen auszuhandeln, die dem neuen gesetzlichen, finanziellen und administrativen Rahmen Rechnung tragen.

Das Amt war aktiv in der Eidgenössischen Kommission für Flüchtlingsfragen, in der paritätischen Kommission für Asylfragen, der kantonalen Kommission für die Einschulung und Integration von Migrantenkindern sowie in der Kommission für die Integration von Migrantinnen und Migranten und für Rassismusbekämpfung. Es beteiligte sich an den Sitzungen der Westschweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren und auf nationaler Ebene an den vom BFM organisierten Seminaren der Schweizer Koordinatorinnen und Koordinatoren. Unter den zahlreichen aktuellen Themen, die dabei debattiert wurden, sind namentlich zu nennen: die Einführung der gegenüber NEE-Personen getroffenen Massnahmen und die ersten Erfahrungen der Kantone; das Konzept der Nothilfe für diese Personen und die Analyse der Monitoring-Ergebnisse; der Revisionsentwurf für das AsylG und die Einführung einer Gesamtpauschale; die Integrationsmassnahmen für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen.

Das Amt beteiligte sich an mehreren Informationssitzungen bei Gemeindebehörden, namentlich in Düringen im Rahmen der Untersuchung, ob es angebracht sei, eine auf dem Gemeindegebiet befindliche Liegenschaft für die Beherbergung Asylsuchender zu erwerben. Im Rahmen der Vereinbarung zwischen der GSD und dem Lehrstuhl für Sozialarbeit und Sozialpolitik der Universität Freiburg führten Studierende eine Sozialstudie (angewandte Forschung) durch, die vom Amt in Auftrag gegeben worden war und die NEE-Personen und ihre Probleme zum Thema hat.

Die materielle Hilfe an Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Personen, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der Beherbergungszentren beliefen sich im Jahr 2006 auf 16 375 000 Franken. Davon bleiben 438 000 Franken zu Lasten des Staates.

Die Nothilfe (materielle Hilfe und Gesundheitskosten) an Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid, die Kosten des Betreuungs- und Verwaltungspersonals sowie die Betriebskosten der «niederschweligen» Betreuungsstruktur beliefen sich im Jahr 2006 auf 699 278 Franken, von denen 81 000 Franken (45 × 1800) im Lauf des ersten Quartals 2007 vom Bund vergütet werden. Der Saldo geht aufgrund der eidgenössischen und kantonalen Sozialhilfegesetzgebung zu Lasten des Kantons.

In Fragen der Sozialhilfe an Personen mit Flüchtlingsstatus und an schutzwürdige Personen mit Aufenthaltsbewilligung traf das Amt mehrmals mit Caritas Freiburg zusammen. Mit diesem Hilfswerk hat der Staatsrat eine Vereinbarung abgeschlossen, um Fragen zu regeln, die in den

folgenden Zusammenhängen anfallen: Regelung der sozialen Begleitung, Unterbreitung der vierteljährlichen Abrechnungen, Verrechnung an das Bundesamt für Migration, Kontrolle der Anwendung der Sozialhilferichtsätze für Flüchtlinge.

Infolge der Änderung einer Direktive des BFM können Flüchtlinge jetzt an den temporären Beschäftigungsprogrammen der Arbeitslosenversicherung teilnehmen. Im Rahmen der Einführung dieser neuen Bestimmungen nahm das Amt an Arbeitssitzungen mit der Caritas, dem Amt für den Arbeitsmarkt und den RAV des Kantons teil. Ein Integrationsbüchlein, das jedem betroffenen Flüchtling abgegeben wird, erlaubt es den intervenierenden Diensten, den von Personen zurückgelegten Weg besser zu erfassen (absolvierte Sprachkurse und Massnahmen zur beruflichen Eingliederung) und somit eine wirkungsvollere berufliche Eingliederung voranzutreiben. Der Kanton konnte sich auch an einem Projekt für berufliche Eingliederung beteiligen, das vom BFM für die Kantone Neuenburg, Freiburg, Jura, Waadt und den französischsprachigen Teil des Kantons Bern aufgestellt wurde. Es handelt sich um eine Logistikausbildung, die speziell für Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen konzipiert ist. Organisiert wurde sie von einer Firma in unserem Kanton.

Das Controlling der Ergebnisse auf dem Gebiet der Erteilung von Sozialhilfe an Flüchtlinge (seit September 2005 in den Kantonen eingeführt) wurde 2006 fortgesetzt. Das Amt hat die Rolle eines Kontaktorgans gegenüber dem BFM und ist beauftragt, die von Caritas im Rahmen ihres Mandats erfassten Daten zu übermitteln.

Die die Flüchtlinge betreffenden Ausgaben für die materielle Hilfe und die Betreuung beliefen sich im Jahr 2006 auf 1 230 000 Franken. Sie werden vollumfänglich vom Bund vergütet.

5. Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen

Das KSA ist beauftragt, die geeignete Hilfe bei der Geltendmachung von Unterhaltsbeiträgen, die Kindern sowie Ehegatten oder Ex-Ehegatten geschuldet werden, zu erteilen. Ausserdem hat es Vorschüsse für den Unterhalt des Kindes auszurichten, wenn der Vater oder die Mutter ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen und die Situation der Anspruchsberechtigten es rechtfertigt. Zu diesen Unterhaltsvorschüssen kommen diejenigen zugunsten von Ehegatten oder Ex-Ehegatten (Art. 79 und 81 Abs.1 EGZGB). In diesem Zusammenhang nimmt das Amt die folgenden Aufgaben wahr: Verwaltung und Bearbeitung der Dossiers, administrative, finanzielle und rechtliche Weiterverfolgung, Information, Beratung und Anhörung sowohl der Anspruchsberechtigten als auch der Schuldner. Die Rechte, Aufgaben und Pflichten der Begünstigten und der Schuldner wie auch des Amtes im Zusammenhang mit der Inkassohilfe und der Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen sind im Zivilgesetzbuch, in dessen Ausführungsgesetz, im Beschluss vom 14. Dezember 1993 und in den Anwendungsrichtlinien der GSD festgehalten.

Die täglichen Tätigkeiten des Amtes sind namentlich: Bestimmung des Anspruchs auf Inkassohilfe und/oder Vor-

schüsse, Begründung der Entscheide über Gewährung oder Verweigerung dieser Leistungen, Information der begünstigten Person und des Schuldners über die Bearbeitung des Dossiers, Empfang, Anhörung und Beratung dieser Personen, Bearbeitung der Probleme in Verbindung mit der Anwendung des Grundsatzes des Gläubigerwechsels, monatliche Verrechnung an die Schuldner der Unterhaltsbeiträge, Auszahlung der Vorschüsse an die Anspruchsberechtigten, Inkasso der vom Schuldner getätigten Unterhaltszahlungen und Verwaltung des Debitorenwesens bei laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, periodische Überprüfung der Leistungsansprüche, Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sowie in Zivil- und Strafverfahren, Vertretung des Amtes im Rahmen dieser Verfahren. Im Übrigen nahm das Amt an den Sitzungen der Westschweizer Konferenz der Ämter für Bevorschussung und Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen teil.

Im Lauf des Jahres 2006 befasste sich das Amt weiterhin mit einem neuen Konzept organisatorischer, struktureller und legislativer Art auf dem Gebiet der Unterhaltsbeiträge. Mit diesem Konzept sollen nicht nur die Leistungen des Amtes gegenüber Anspruchsberechtigten, Schuldnern sowie Akteuren des kantonalen Dispositivs (unter gleichzeitiger Wahrung des Rechts und Berücksichtigung der finanziellen Aspekte), sondern auch die Arbeitsbedingungen des Amtspersonals verbessert werden. In diesem Zusammenhang seien die laufenden Arbeiten unterstrichen, die in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) erfolgen und die mit der vollständigen Revision des Informatiksystems für die Bewirtschaftung des Dispositivs (administrative, finanzielle, Buchungs- und Kostenrechnungsbelange) verbunden sind. Dieses Jahr war es möglich, unter Beizug einer externen Firma und in enger Zusammenarbeit mit dem KSA und dem ITA das Pflichtenheft für die neue Anwendung unter Dach und Fach zu bringen.

Bei den thematischen Dossiers in engerer oder loserer Verbindung mit der Neuorganisation an sich ist ausser den Rechtsgutachten und den neuen Grundsätzen für eine einheitliche Praxis die Umsetzung einiger Neuerungen zu erwähnen: Führung eines amtseigenen Postscheckkontos, Einführung des Rechtsmittels der Einsprache, Automatisierung der Bescheinigungen an die Begünstigten oder die Schuldner für die Steuererklärung, Mandat an eine spezialisierte Inkassostelle für die Eintreibung von ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, Fusion der von den Systemen Host und Follow me registrierten Basisdaten.

Am 31. Dezember 2006 beliefen sich die vom Staat Freiburg ausgerichteten Unterhaltsvorschüsse auf 5 557 775 Franken (5 423 873 Fr. im Jahr 2005 und 5 231 763 Fr. im Jahr 2004). Von dieser Summe wurden 2 731 060 Franken (48,45 %) wieder eingebracht, davon 58 629 Franken durch die vom Staatsrat beauftragte spezialisierte Inkassostelle. Der nicht eingebrachte Teil wurde hälftig unter dem Staat und den Gemeinden aufgeteilt. Im Rahmen der Inkassohilfe (Hilfe bei der Eintreibung von laufenden und ausstehenden Unterhaltsbeiträgen, die gemäss den zivilrechtlichen Urteilen geschuldet werden) wurden vom Amt ausserdem 2 277 682 Franken bei Schuldnern eingetrieben. Diese Summe wurde an die Anspruchsberechtigten weiter überwiesen.

Auf die 230 eingereichten Gesuche (239 im Jahr 2005, 221 im Jahr 2004, 217 im Jahr 2003) entfielen 182 Dossieröffnungsentscheide der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (202 im Jahr 2005, 199 im Jahr 2004, 193 im Jahr 2003). Die Anzahl «aktiver» Dossiers belief sich am 31. Dezember 2006 auf 1498, wohingegen sie sich Ende 2005 auf 1479 und Ende 2004 auf 1561 belief. Unter den Aufgaben in Verbindung mit der Zwangsvollstreckung sind zu nennen: 96 Beteiligungen (109 im Jahr 2005, 119 im Jahr 2004), 10 Rechtsöffnungsentscheide, 59 Pfändungsprotokolle, 193 Verlustscheine (185 im Jahr 2005, 109 im Jahr 2004), 47 Lohnzessionen (34 im Jahr 2005, 11 im Jahr 2004). Ausserdem wurden 86 Strafklagen eingereicht (140 im Jahr 2005, 36 im Jahr 2004). Von den 131 Verordnungen und Urteilen der Strafbehörden (128 im Jahr 2005, 91 im Jahr 2004) betreffen 32 % eine Verurteilung (31 % im Jahr

2005, 54 % im Jahr 2004), 12 % ein Nichteintreten (18 % im Jahr 2005, 21 % im Jahr 2004), 58 % eine Einstellung des Verfahrens (52 % im Jahr 2005, 25 % im Jahr 2004) und 1 % ein laufendes Verfahren. Was die Nachkontrolle der Dossiers betrifft, so wurden 659 die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen betreffende Dossiers revidiert und 128 die blosser Inkassohilfe betreffende Dossiers, was zu insgesamt 787 Entscheiden des Amtes führte. Unter diesen Statistikzahlen muss eine hervorgehoben werden: 58 % der Verordnungen und Urteile von Seiten der Strafbehörden lauteten auf eine Einstellung des Verfahrens, gegenüber nur 25 % im Jahr 2004. Schliesslich sei noch unterstrichen, dass im Jahr 2006 das Rechtsmittel der Einsprache 24mal ergriffen wurde (16 im Jahr 2005). Drei Beschwerden (2 im Jahr 2005, 12 im Jahr 2004) wurden bei der Direktion eingereicht.

Materielle Hilfe netto 2006 (1.10.2005 – 30.09.2006)

Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt

Art. 7 und 8 SHG: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Aufteilung Gemeinden/Staat Art: 32/33 SHGoc							
Personenkategorie	Zu Lasten des Staates in Fr.	% Total	Zu Lasten anderer Kantone in Fr.	% Total	Zu Lasten der Gemeinde in Fr.	% Total	Total in Fr.
Schweizer	6 741 523.75	55,89	1 227 199.35	90,32	6 529 056.50	56,22	14 497 779.60
Ausländer	5 320 330.80	44,11	131 470.60	9,68	5 085 243.95	43,78	10 537 045.35
Total	12 061 854.55	100	1 358 669.95	100	11 614 300.45	100	25 034 824.95

Materielle Hilfe 2005:

im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen

Verteilung der Dossiers nach Sozialhilfeursache		
Sozialhilfeursachen	Anzahl Dossiers	% Total
Arbeitslosigkeit/Vorschüsse Arbeitslosenentsch.	631	13,24
Einelternefamilie/getrenntes Paar	506	11,78
Krankheit/Unfall/Spitalaufenthalt	320	6,83
Hilfe an Kinder	69	1,48
Schutzaufsicht	41	0,10
AHV/IV/EL: Vorschüsse/ungenügende Leistungen	760	16,18
Ungenügendes Einkommen	1 467	32,22
Unterbringung in Heim/Heim für Betagte	29	0,08
Drogen/Alkohol	177	3,78
Spital/Unfall/Krankheit/: vorübergehend anwesende Personen	36	0,09
Heimschaffung: vorübergehend anwesende Personen	65	1,41
Beitrag Krankenversicherung	1	0,04
Arbeitslosigkeit: Aussteuerung	599	12,77
Total Dossiers	4 701	100

Materielle Hilfe netto 2006 (1.10.2005 – 30.09.2006)

*Persönliche Rückerstattungen sind berücksichtigt / vor Aufteilung Staat/Gemeinden/andere Kantone
Art. 7 und 8 LASoc: im Kanton wohnhafte, sich aufhaltende oder vorübergehend anwesende Personen*

Aufteilung nach Regionalem Sozialdienst und nach Kategorie							
Regionaler Sozialdienst	Freiburger		Schweizer		Ausländer		Total
	Betrag der Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Betrag der Hilfe in Fr.	Anzahl Dossiers	Betrag der Hilfe in Fr.	Anzahl Dossier	Betrag der Hilfe in Fr.
Stadt Freiburg	2 657 482.05	469	1 843 801.30	270	4 413 676.60	705	8 914 959.95
Villars-sur-Glâne	185 535.30	80	61 959.40	39	468 382.75	126	715 877.45
Sonnaz	273 650.25	81	216 422.00	43	485 809.95	71	975 882.20
Marly	164 405.65	54	135 509.50	33	684 338.40	73	984 253.55
Haute-Sarine	163 358.50	35	85 463.60	23	77 188.80	10	326 010.90
Gibloux	519 461.55	66	576 051.70	51	281 623.10	29	1 377 136.35
Sarine-Ouest	221 853.70	39	130 078.25	24	154 248.35	19	506 180.30
Sense-Mittelland	140 865.30	24	181 580.70	27	49 332.55	11	371 778.55
Schmitten	216 285.25	20	12 269.30	20	45 578.20	8	274 132.75
Bösingen	54 270.25	2	56 467.70	14	109 967.90	8	220 705.85
Düdingen	424 056.35	47	137 463.45	32	306 123.90	24	867 643.70
Sense-Oberland	368 580.75	50	216 125.75	33	81 027.40	12	665 733.90
Wünnewil-Überstorf	121 786.40	26	287 705.35	56	269 605.20	53	679 096.95
Gruyère	1 018 460.60	267	329 968.45	120	1 152 955.75	220	2 501 384.80
Murten	176 890.15	17	467 754.40	50	374 307.25	49	1 018 951.80
See	247 467.10	44	574 156.35	69	286 058.80	60	1 107 682.25
Kerzers	17 245.05	6	132 777.05	29	207 142.15	27	357 164.25
Glâne-sud	12 323.05	21	24 202.85	25	34 792.10	6	71 318.00
Romont	187 656.85	41	48 344.00	26	206 977.30	60	442 978.15
Glâne	123 281.30	36	54 547.00	16	75 037.15	18	252 865.45
Broye	319 602.95	97	375 641.60	71	354 091.75	90	1 049 336.30
Basse-Veveyse	84 522.75	13	241 627.05	32	129 649.35	13	455 799.15
Haute-Veveyse	85 642.15	11	69 358.50	11	20 914.05	4	175 914.70
Châtel-St-Denis	234 616.60	29	216 082.30	49	144 666.35	27	595 365.25
Kant. Sozialamt	2 862.45	5	259.75	1	123 550.25	110	126 672.45
Insgesamt	8 022 162.30	1 580	6 475 617.30	1 164	10 537 045.35	1 833	25 034 824.95

III. Jugendamt (JugA)**1. Mandate und Personal**

Das Jugendamt (JugA) hat die folgenden Aufträge:

Schutz des Kindes in Ausführung der Mandate, die vom Friedensgericht oder Zivilgericht oder von der Jugendstrafkammer angeordnet wurden, Schutz des Kindes ohne

amtlichen Auftrag, auf Gesuch der Kinder oder ihrer Eltern (Sektor direkte Sozialarbeit);

Beurteilung, Bewilligung und Überwachung der Unterbringung von Kindern ausserhalb ihrer Familie (Sektor familienexterne Kinderbetreuung);

Beratung für Kinder, Jugendliche und Männer, die einer Straftat gegen ihre physische, psychische oder sexuelle

Integrität zum Opfer gefallen sind, und Beratung für Opfer von Verkehrsunfällen (OHG-Beratungsstelle).

Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben im Jahr 2006 beschäftigte das Amt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich wie folgt verteilen:

	Personen	Vollzeitstellen
Direktion	2	2,0
Jurist/in	1	0,5
Verwaltungssektor: (+ 1 kaufmännischer Lehrling)	8 1	6,0
Sektor direkte Sozialarbeit:		
Sektorverantwortliche	3	2,8
Sozialarbeiter/innen	22	17,0
OHG-Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche:		
Sozialarbeiter/innen	3	1,9
Psychologin	1	0,5
Sektor familienexterne Kinderbetreuung:		
Sektorverantwortlicher	1	0,9
Sozialarbeiter/innen	6	3,6
Insgesamt:	48	35,2

Der Sektor direkte Sozialarbeit erhielt im Voranschlag 2006 eine halbe Sozialarbeiterstelle zugesprochen, die mit einer deutschsprachigen Person zu besetzen war, um das in der Stadt Freiburg und im Sense- und im Seebezirk tätige Team zu verstärken.

Auch eine halbe Sekretariatsstelle wurde im Voranschlag 2006 gesprochen; dies erlaubte vor allem eine vermehrte administrative Unterstützung der OHG-Beratungsstelle.

Eine Person absolviert eine kaufmännische Lehre.

Drei Personen absolvierten ein Praktikum im Rahmen ihrer Ausbildung an höheren Berufsschulen für Sozialarbeit oder an der Universität. Sechs Personen absolvierten temporäre Beschäftigungsprogramme oder Praktika nach ihrer Ausbildung.

2. Allgemeine Tätigkeit

Am 12. Mai 2006 verabschiedete der Grosse Rat das Jugendgesetz.

Das Thema der Unterbringung von Kindern in einer Institution und/oder einer Pflegefamilie beschäftigte das ganze Amt. Richtlinien für die Sozialarbeit im Zusammenhang mit den Unterbringungen sind von der Direktion für Gesundheit und Soziales endgültig gutgeheissen und genehmigt worden.

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter nahmen nicht nur ihre übliche Arbeit im Rahmen des Kinderschutzes wahr, sondern beteiligten sich auch weiterhin an Arbeitsgruppen sowie an Veranstaltungen in den Bezirken des Kantons.

3. Tätigkeiten der Sektoren

3.1 Sektor direkte Sozialarbeit

Auch in diesem Jahr zeigte sich, wie sehr die 2003 eingeführte Organisation dem Funktionieren des Sektors zugute kommt. Dies lässt sich an der Stabilität des Personals und

seinem Einsatz in immer heikleren Situationen des Kinderschutzes ermassen. Es zeigt sich auch, dass das Team «Intake», das nicht nur die Bereitschaftsdienste wahrnimmt, sondern auch Anfragen der Bevölkerung in Kinder- und Jugendbelangen beantwortet und in diesem Zusammenhang auch beratend tätig ist, ein immer wichtigeres Glied in der Prävention von Schwierigkeiten in der Kindheit und für die Frühzeitigkeit der Interventionen darstellt. Dieses Team interveniert wenn nötig auch in Dossiers, die in anderen Teams offen sind, etwa dann, wenn eine Krise eintritt und die zuständige Sozialarbeiterin oder der zuständige Sozialarbeiter nicht verfügbar ist. Ein weiteres Plus des Teams «Intake» ist die Intervention «gleich danach»; hier geht es um neue Fälle von Kindern, die sehr rasch Schutz und Hilfe brauchen, etwa infolge Misshandlung, sexueller Ausbeutung, schwerer Funktionsstörung der Eltern oder einer notfallmässigen Spitaleinweisung. Das Team «Intake» führt ferner auf Verlangen von Friedens- oder Zivilgerichten sehr kurze und gezielte Abklärungen durch.

Die Entwicklung der Tätigkeit des Sektors direkte Sozialarbeit zwischen 1997 und 2006 geht, in der Anzahl Fälle ausgedrückt, aus der nachstehenden Tabelle hervor. Diese Statistik widerspiegelt jedoch nicht die zunehmende Komplexität der Fälle.

Allgemeines	1997	2000	2003	2006
Anzahl behandelter Kinder	1 877	2 326	2 581	2 588
Anzahl betroffener Familien	1 255	1 537	1 796	1 455
Anzahl bearbeitete Interventionen verteilt auf Interventionen mit sozialer Aktion	1 500	1 944	2 253	2 123
Interventionen ohne soziale Aktion	1 292	1 601	1 915	2 038
Interventionen «unbestimmte Aktion»	155	100	245	54
Anzahl neuer Interventionen	507	737	1 046	853
Anzahl klassierter Interventionen	405	684	1 029	818
Interventionen nach Sektor	1997	2000	2003	2006
Jugendstrafkammer	138	106	84	105
Bezirkszivilgericht	144	174	78	55
Friedensgerichte	555	786	1 371	1 402
Situationen ohne amtlichen Auftrag	549	675	662	553
Andere administrative Aufträge (ZEA – BMA)	114	140	47	8

Ein wichtiges Anliegen des Amtes und des Sektors direkte Sozialarbeit bestand darin, über die vom Amt organisierten Platzierungen nachzudenken. Hier die Aufstellung über die Platzierungen, die im Jahr 2006 liefen und diejenigen, die im Jahr 2006 endeten:

	Kantonale Institution	Ausserkantonale Institution	Professionelle Pflegefamilie	Nichtprofessionelle Pflegefamilie	Total
Total Platzierungen im Jahr 2006	290	68	6	58	424
im Jahr 2006 beendete Platzierungen	143	32	0	17	192
Am 31.12.2006 laufende Platzierungen	147	36	6	41	232

Aus diesen Daten geht hervor, dass die Platzierungen zur Hälfte zeitlich ziemlich begrenzt sind. Die Rückkehr des Kindes in sein familiäres Umfeld ist ein wichtiges Ziel. Dieses kann dank Institutionen erreicht werden, die kurzfristige Aufnahmen anbieten und eine Beobachtung der Situation ermöglichen, wie etwa Transit, le Bosquet oder Time Out. Jedoch bedürfen bestimmte Kinder einer längerfristigen Unterbringung, damit ihr Schutz sichergestellt ist; solche Platzierungen erfolgen in Pflegefamilien.

Die Erziehungshilfe im offenen Umfeld ist eine Alternative zur Platzierung. Dank dieser Art von frühzeitiger Intervention können Platzierungen in Institutionen häufig vermieden werden. Darüber hinaus können dank solcher sozio-educativer Massnahmen erhebliche Kosten eingespart werden, die bei einer Unterbringung im Sonderheim anfallen würden.

Ende 2006 bestätigte ein tragisches Vorkommnis leider, dass die Dossiers im Zusammenhang mit sehr schwierigen und konfliktreichen Trennungen oder Scheidungen der Eltern ein immer komplexeres Betreuungsproblem beinhalten. Denn in solchen Situationen kann der Konflikt zwischen den Eltern die Entwicklung der Kinder gefährden. Zudem werden die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die in behördlichem Auftrag die persönlichen Beziehungen beaufsichtigen müssen, in einem bestehenden Konflikt immer häufiger angegriffen.

3.2 Sektor familienexterne Kinderbetreuung

Der Sektor familienexterne Kinderbetreuung hat den Bezugsrahmen für die Beurteilung, die Ermächtigung und die Beaufsichtigung der nichtprofessionellen Pflegefamilien endgültig in Form gebracht; dies gilt auch für die Komponenten, welche die Koordination der Platzierungen an diesen Betreuungsstätten ermöglichen. Alle diese Massnahmen sind in einem Bericht niedergeschrieben worden, der von der Direktion für Gesundheit und Soziales gutgeheissen wurde.

Der Sektor beteiligte sich zusammen mit der Association Fribourgeoise des écoles maternelles (AFEM) an einer Studie, um die Arbeiten einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport zum Thema Einführung eines zweiten Kindergartenjahrs zu ergänzen.

Der Sektor erstellte den ersten Bericht über die Aufsichtstätigkeit, die durch Leistungsauftrag an die die neun auf Kantonsgebiet tätigen Tageselternvereinigungen übertragen ist.

	2005	2006
Anzahl betreuter Situationen in familienähnlichem Betreuungsmilieu (Pflegefamilien – Adoption – Tagesbetreuung)	304	271

	2005	2006
Anzahl betreuter Situationen in institutionellem Aufnahmemilieu (Einrichtungen für Kinder im Vorschulalter und ausserschulische Betreuung)	191	195
Anzahl betreuter Situationen in institutionellem Aufnahmemilieu, das nicht durch das Gesetz vom 20. Mai 1986 über die Hilfe an Sonderheime anerkannt ist	0	1
Anzahl Tageselternvereinigungen	9	9
Total der eröffneten Dossiers (die Bewilligungen oder die Aufsicht betreffend)	504	476
Andere vom Sektor familienexterne Kinderbetreuung bearbeitete Anfragen	2005	2006
Neue Gesuche um gemeinsame Adoption eines Kindes	26	17
Neue Gesuche um Adoption des Kindes des Ehegatten	7	17
Anzahl Abklärungen BMA – Aufnahme ausländischer Kinder ohne Adoptionsabsicht	2	5
Anzahl Stellungnahmen BSV (Einrichtungen für Vorschulalter und ausserschulische Betreuung)	6	13
Insgesamt	41	52

Auf dem Gebiet der internationalen Adoption gelangten die adoptierenden Paare in der sehr grossen Mehrheit der Fälle an eine vom Bund anerkannte Vermittlungsstelle, um ein Kind in die Schweiz kommen zu lassen. Dies zeigt, dass die Grundsätze des Kinderschutzes in diesem Bereich immer besser angewandt werden.

Herkunft der Kinder, die 2006 für ihre Adoption aufgenommen wurden

Herkunftsländer	Im Rahmen des Haager Übereinkommens	Vermittlungsstelle	Total
Thailand	ja	Kantonale Zentralbehörde	1
Thailand	ja	SOS Adoption	2
Thailand	ja	BGA (Bureau Genevois d'adoption)	1
Bolivien	ja	MEF (Mouvement Enfance et Foyer)	3
Marokko	nein	SOS Adoption	4
Marokko	nein	Atlas	2
Philippinen	ja	BGA	1
Madagascar	ja	ohne zugelassene Vermittlungsstelle	3
Indien	ja	Terre des Hommes	1
Mexico	ja	ohne zugelassene Vermittlungsstelle	1
Häiti	nein	privater Vermittler	1
Total	–	15 mit zugelassenen Vermittlungsstellen 1 Kantonale Zentralbehörde 4 ohne zugelassene Vermittlungsstelle	20

3.3 OHG-Beratungsstelle

Die OHG-Beratungsstelle erteilt Opfern und ihren Angehörigen Hilfe nach dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG). Ein Sektor befasst sich spezifisch mit Kindern und Jugendlichen, um den Bestimmungen der Freiburger Kantonsverfassung gerecht zu werden. Ein weiterer Sektor betreut Männer und Opfer von Verkehrsunfällen.

Die Unterstützung durch die OHG-Beratungsstelle soll einer raschen Hilfe dienen, mit dem Zweck der Wiedereingliederung des Opfers in die Gesellschaft und einer Wiedergutmachung der negativen Auswirkungen der Straftat.

Die Beratungsstelle wurde mit einer neuen Software versehen, damit die vom Bund verlangte standardisierte Statistik geliefert werden kann.

Die Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle wirken regelmässig an Ausbildungen von Berufspersonen mit (15 Einsätze) und gehören mehreren Arbeitsgruppen auf kantonaler und nationaler Ebene an, die sich mit der Opferhilfe befassen.

3.3.1 Beratung für Kinder und Jugendliche

Der Sektor erfuhr einen starken Anstieg der Anzahl neuer Beratungsnachfragen. Die Hälfte betraf Straftaten gegen die sexuelle Unversehrtheit. Ein Viertel der Gesuche stand in Verbindung mit häuslicher Gewalt (von ihren Eltern misshandelte Kinder oder solche, die von der häuslichen Gewalt unter den Eltern in Mitleidenschaft gezogen wurden).

In 27 % der Fälle war der Täter minderjährig (19 % im Jahr 2005). Dieses Phänomen, von dem in den Medien viel die Rede ist, bereitet auch der OHG-Beratungsstelle Sorgen. Die grosse Mehrheit der Straftaten ist jedoch von volljährigen Urhebern begangen worden.

Die Möglichkeit, Kindern und Jugendlichen innerhalb der Beratungsstelle eine spezifische psychologische Unterstützung bieten zu können, ist ein grosses Plus in der Gesamtbetreuung der Opfer. 52 Opfer kamen in den Genuss dieser Unterstützung (276 Gespräche).

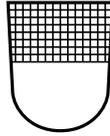
	2005	2006
Neue Gesuche im Laufe des Jahres	128	177
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	139	122
Total der behandelten Fälle	267	299

3.3.2 Beratung für Männer und Opfer von Verkehrsunfällen

Die Anzahl neuer Fälle stieg im Vergleich zu 2005 um 54 %. Um der Nachfrage von Seiten der Opfer zu entsprechen, wurden im Laufe des Jahres von dem für die Beratung verantwortlichen Sozialarbeiter trotz der grossen Hilfe und Unterstützung durch den Sektor für Kinder und Jugendliche Überstunden geleistet, die einer 20 %-Stelle entsprechen.

Ein Drittel der Gesuche betraf Opfer von Körperverletzungen (einschliesslich Opfer eines Vergehens gegen das Strassenverkehrsgesetz). 25 Personen waren durch ein Tötungsdelikt oder einen Tötungsversuch betroffen. 14 Personen waren Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Integrität, und 10 Personen waren Opfer häuslicher Gewalt. Von den insgesamt 187 Fällen, die 2006 bearbeitet wurden, waren 73 % Männer und 27 % Frauen, hauptsächlich Opfer eines Vergehens gegen das Strassenverkehrsgesetz.

	2005	2006
Neue Gesuche während des Jahres	91	141
Aus dem Vorjahr übernommene Fälle	59	46
Total der bearbeiteten Fälle	150	187



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Finanzdirektion

Inhaltsverzeichnis

I. Direktion	3	5. Informatik bei der KSTV	23
1. Gesetzgebung	3	6. Bezug der Gemeinde- und Kirchen-	24
2. Allgemeines	4	steuern durch die KSTV	24
3. Tätigkeiten	5	7. Steuerstatistiken	25
II. Finanzverwaltung	7	8. Entwicklung der Zahl	25
1. Personal	7	der Steuerpflichtigen	25
2. Tätigkeiten	7	9. Die wichtigsten im Jahr 2006 verbuchten	25
III. Finanzinspektorat	11	Steuereinnahmen	25
1. Personal	11	10. Steuerhinterziehungsverfahren	25
2. Tätigkeiten	11	11. Steuererlasse	26
IV. Amt für Informatik		VII. Amt für Erbschafts-	
 und Telekommunikation	12	 und Schenkungssteuern	27
1. Tätigkeiten des ITA	12	1. Organisation/Personal	27
2. Informatikkommission des Staates	15	2. Veranlagung der Erbschafts- und	27
3. Kantonale Kommission für Informatik	16	Schenkungssteuern	27
im Unterrichtswesen	16	3. Weitere Aktivitäten	27
V. Amt für Personal und		4. Gesetzgebung	27
 Organisation des Staates Freiburg	17	VIII. Amtliche Vermessung	28
1. Personal	17	1. Lage- und Höhenfixpunkte	28
2. Tätigkeiten	17	2. Übersichtspläne	28
VI. Kantonale Steuerverwaltung	22	3. Parzellarvermessung	29
1. Einleitung	22	4. Geomatik	30
2. Im Jahr 2006 geleistete Arbeiten	22	IX. Grundbuch	31
3. Gesetz über die direkten	23	1. Grundbuchämter	31
Kantonssteuern (DStG) – Änderungen	23	2. Die Grundbuchämter	32
vom 3. November 2006	23	als Steuerbehörde	32
4. Dekret vom 3. November 2006 über den	23	3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch ..	33
Steuerfuss der direkten Kantonssteuern	23		
für die Steuerperiode 2007	23		

I. Direktion

1. Gesetzgebung

Im Folgenden sind in chronologischer Reihenfolge die Gesetze und Dekrete sowie die Verordnungen und Beschlüsse aufgeführt, die im Jahr 2006 in den Bereichen erlassen wurden, die der Finanzdirektion unterstellt sind.

1.1 Gesetze und Dekrete

Dekret vom 9. Februar 2006 über die Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2005;

Dekret vom 10. Mai 2006 zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2005;

Dekret vom 5. Oktober 2006 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV);

Gesetz vom 31. Oktober 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Freiburger Kantonalbank;

Dekret vom 2. November 2006 zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2007;

Gesetz vom 2. November 2006 zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal; (freiwilliger Unterstützungsbeitrag zu Gunsten des Dachverbands des Personals öffentlicher Dienste des Kantons Freiburg);

Gesetz vom 3. November 2006 zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern;

Dekret vom 3. November 2006 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2007.

1.2 Verordnungen und Beschlüsse

Beschluss vom 10. Januar 2006 über das Inkrafttreten des Übergangsregisters für das Gebiet der Güterzusammenlegung Courgevau (RP Courgevau);

Beschluss vom 24. Januar 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Farvagny, Los III;

Verordnung vom 24. Januar 2006 zur Änderung des Reglements über den Sozialfonds;

Beschluss vom 13. März 2006 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 1. Quartal 2006 (148. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 28. März 2006 zur Änderung des Beschlusses über die Besteuerung der nichtlandwirtschaftlichen Liegenschaften;

Beschluss vom 25. April 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Corminbœuf;

Verordnung vom 25. April 2006 zur Änderung des Reglements über das Staatspersonal (Mutterschaftsurlaub vor der Niederkunft);

Beschluss vom 30. Mai 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Murist;

Verordnung vom 13. Juni 2006 zur Verlängerung der Geltungsdauer des Dekrets über die Führung mit Leistungsauftrag in der Kantonsverwaltung;

Verordnung vom 27. Juni 2006 über die Förderung der freiwilligen Pensionierung des Staatspersonals ab 2007;

Verordnung vom 27. Juni 2006 zur Festsetzung der auf Grund der letzten Staatsrechnung berechneten Beträge;

Beschluss vom 27. Juni 2006 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 2. Quartal 2006 (149. Gewinnverteilung);

Beschluss vom 4. Juli 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Nuvilly;

Beschluss vom 22. August 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Corbières (Los II);

Beschluss vom 19. September 2006 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 3. Quartal 2006 (150. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 19. September 2006 über die steuerlichen Auswirkungen der Einführung des Freiburger Spitalnetzes;

Verordnung vom 10. Oktober 2006 über bestimmte geringfügige Subventionen;

Verordnung vom 24. Oktober 2006 über die abziehbaren Prämien der Kranken- und Unfallversicherung für die Steuerperiode 2007;

Beschluss vom 24. Oktober 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Gurmels, Los III (Dorf);

Beschluss vom 21. November 2006 über das Inkrafttreten des eidgenössischen Grundbuches der Gemeinde Farvagny, Los II;

Beschluss vom 12. Dezember 2006 über die Gewinnverteilung der Loterie Romande für das 4. Quartal 2006 (151. Gewinnverteilung);

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Quellensteuer;

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Entschädigung der obligatorischen Verpflegung am Arbeitsort;

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über die Festsetzung der Gehaltsskalen des Staatspersonals und die Teuerungsanpassung für das Jahr 2007;

Verordnung vom 12. Dezember 2006 über den Unterstützungsbeitrag an die Personalverbände;

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Änderung des Beschlusses über die Haushaltsführung der Verwaltungseinheiten, die versuchsweise die Führung mit Leistungsauftrag anwenden;

Verordnung vom 19. Dezember 2006 zur Änderung des Beschlusses über die Personalverwaltung der Verwaltungseinheiten, die versuchsweise die Führung mit Leistungsauftrag anwenden.

2. Allgemeines

2.1 Personal

Im Jahr 2006 verfügte das Generalsekretariat der Finanzdirektion über 5,76 Vollzeitäquivalente (VZÄ).

2.2 Staatsvoranschlag

Für die Finanzdirektion ist die Aufstellung des Staatsvoranschlags für das kommende Jahr eine der wichtigsten Aufgaben. Hier kurz zusammengefasst einige Überlegungen und Äusserungen, die bei der Präsentation des Voranschlags 2007 gemacht wurden:

Nachdem in der neuen Kantonsverfassung der Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts verankert worden ist, ist der Begriff der «gesetzlichen Defizitgrenze» in den Hintergrund getreten. Die Frage der Einhaltung dieser Defizitgrenze (die nebenbei auf 2 % gesenkt wurde) wird erst in einer schwierigen konjunkturellen Lage oder bei ausserordentlichen Finanzbedürfnissen aktuell (Art. 83 der Kantonsverfassung; Art. 40b / 40c des am 9. September 2005 geänderten Gesetzes über den Finanzhaushalt des Staates). Da keine dieser beiden Bedingungen erfüllt ist, galt für die Aufstellung des von Kontinuität geprägten Voranschlagsentwurfs 2007 der Grundsatz des ausgeglichenen Haushalts. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung ist zum zweiten aufeinanderfolgenden Mal leicht in der Gewinnzone, wodurch die verfassungsmässige Vorschrift des ausgeglichenen Haushalts eingehalten werden kann. Gleichzeitig nimmt auch die Steuerentlastungspolitik mit einer neuen Senkung der Steuern der natürlichen Personen um 12 Millionen Franken weiter Gestalt an.

Neben diesen prioritären Zielen konnten auch weitere wichtige Ziele erreicht werden. Dazu gehören namentlich die Aufrechterhaltung oder sogar der Ausbau der staatlichen Leistungen sowie der Einbezug der finanziellen Folgen der Einsetzung des Freiburger Spitalnetzes in die Staatsrechnung.

Ausserdem sind die globalen Finanzkriterien eingehalten (Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen) oder sehr nah an der zwingend vorgeschriebenen gesetzlichen Grenze (Subventionsquote), und das Investitionsvolumen (brutto wie netto) steigt.

Insgesamt sind die Ergebnisse des Voranschlagsentwurfs 2007 als zufriedenstellend zu bezeichnen. Allerdings gibt es immer noch «Gefahrenzonen», auch wenn die von der Kosa-Initiative drohende Gefahr inzwischen abgewendet ist. Was uns gefährlich werden kann, sind namentlich ein

immer grösserer Druck mit zunehmenden Subventionsanträgen, ein weiterhin steigender Personalbedarf, die Umsetzung der neuen Bestimmungen der Kantonsverfassung und schliesslich vor allem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Jahr 2008. Es muss auch im Auge behalten werden, dass bei der Konjunktur und Inflation rasche Trendwenden möglich sind.

Um Entwicklungen, die sich als negativ herausstellen könnten, bewältigen zu können, wird der Staatsrat weiterhin auf der Hut sein und die strenge Budgetpolitik verfolgen, die sich bisher bewährt hat.

2.3 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren hat sich im Jahr 2006 zu vier Sitzungen getroffen, nämlich am 20. Januar, am 1./2. Juni, am 7. Juli und am 22. September. Die Finanzdirektorenkonferenz ist der Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements, Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Finanzverwaltung und der eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertreter der Schweizerischen Steuerkonferenz, in der die Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Steuerverwaltungen zusammengeschlossen sind, eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Fortsetzung der Reform der Unternehmensbesteuerung (Teilbesteuerung der qualifizierten Beteiligungen). Die Unternehmenssteuerreform wird auf Bundesebene seit mehreren Jahren geprüft, einerseits für die direkte Bundessteuer und andererseits für die direkten Kantons- und Gemeindesteuern durch das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern, das für die Kantone in diesem Gebiet zwingende Grundsätze festlegt. Trotz mehrerer Studien und Vorentwürfe ist dieses Thema noch nicht abgeschlossen. Das gleiche gilt übrigens für die Reform der Familienbesteuerung respektive die Individualbesteuerung der natürlichen Personen nach der Ablehnung des Steuerpakets durch das Schweizer Stimmvolk am 16. Mai 2004.
- Das umfangreiche Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» (NFA). Das Schweizer Stimmvolk hat den mit dieser Vorlage verbundenen Verfassungsänderungen am 28. November 2004 zugestimmt. Die eidgenössische Ausführungsgesetzgebung wurde von 14 Projektgruppen erarbeitet, die sich paritätisch aus Vertretern des Bundes und der Kantone zusammensetzten. Die Finanzdirektorenkonferenz hat im Jahr 2006 die Dotation des Ressourcenausgleichs, des Lastenausgleichs sowie des Härteausgleichs einer eingehenden Prüfung unterzogen. Die Kantone werden die notwendigen Massnahmen für die Umsetzung dieser Reform treffen müssen, die Anfang 2008 in Kraft treten soll.
- Die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemein-

den in den Kantonen sowie ein neuer gesamtschweizerischer Lohnausweis für die Steuerverwaltungen, interkantonale Steuerkonkurrenz, insbesondere auch im Verhältnis zur EU, steuerliche Bevorzugung des Bausparens nach dem Baselbieter Bauspar-Modell, Aufteilung der Besteuerung der Mitglieder des Bundesrats zwischen dem Wohnsitzkanton und dem Kanton Bern, Kosa-Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» und harmonisiertes Rechnungslegungsmodell.

- Die Antworten auf mehrere Vernehmlassungen des Bundes mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die Kantone (insbesondere Kürzung der Beteiligung an der Swisscom; Stromversorgungsgesetz).
- Die Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der Konferenz und ihrer Organe (Vorstand, Koordinations- und Beratungsstelle für Fragen der Steuerpolitik, Schweizerische Informatikkonferenz, Arbeitsgruppe Finanzausgleich).

2.4 Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin

Die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin hat sich im Jahr 2006 zu fünf Sitzungen getroffen, nämlich am 19. Januar, 7. April, 16. Juni, 11. September und 24. November. Diese Konferenz ist der Zusammenschluss der Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der sechs Westschweizer Kantone und der Kantone Bern und Tessin. Zu ihren Sitzungen sind in der Regel Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Finanzverwaltungen und Vertreterinnen und Vertreter der eidgenössischen Steuerverwaltung eingeladen.

Im Berichtsjahr standen hauptsächlich folgende Traktanden auf dem Programm:

- Die Finanzierung der Fachhochschulen (FH Westschweiz und FH-GS), insbesondere Prüfung und Integration des Finanzierungsbedarfs im Rahmen der Verfahren zur Aufstellung der Voranschläge der einzelnen Kantone.
- Das Projekt «Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen» und hier insbesondere die Globalbilanz und die Übergangsprobleme.
- Die Finanzierungssysteme und Deckungsgrade der Pensionskassen des Personals der öffentlichen Körperschaften der Westschweizer Kantone.
- Die finanziellen Auswirkungen insbesondere auf die Westschweizer Kantone einiger Geschäfte des Bundes, wie Ausschüttung des Nationalbankgewinns, Mehrwertsteuer auf den Subventionen und Leistungsaufträgen, die Besteuerung von Einzelternfamilien.
- Der Austausch von Informationen über die Jahresrechnungen und Voranschläge der vertretenen Kantone.

3. Tätigkeiten

3.1 Führung mit Leistungsauftrag (FLA)

Wie dies seit 2001 der Fall ist, wurde das Projekt «Führung mit Leistungsauftrag» (FLA) auch im Jahr 2006 von der Freiburger Hochschule für Wirtschaft geleitet. Die Arbeiten der Projektleitung (DIRPRO) haben sich auf drei Hauptbereiche konzentriert: Koordination der Routinearbeiten, Umsetzung des verbesserten Instrumentariums sowie konzeptuelle Weiterentwicklung und Gesetzgebungsarbeiten.

Routinearbeiten

- Jahresrechnung 2005 der Piloteinheiten

In Anwendung des Dekrets vom 8. Februar 2000 über die Führung mit Leistungsauftrag wiesen die Jahresrechnungen der Piloteinheiten Ergebnisse aus, die sich auf den Aufwand, den Ertrag sowie den Saldo der einzelnen Produktgruppen und Produkte beziehen, und lieferten auch Kennzahlen und Kommentare zu ihren Tätigkeiten. Die Projektleitung hat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung das Verfahren zur Rechnungsaufstellung 2005 koordiniert und die Piloteinheiten unterstützt.

- Controlling 2006 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten hielten den Stand ihrer Tätigkeiten in einem Controllingbericht vom 31. August 2006 fest. Der Bericht per 31. Dezember 2006 wird im Februar 2007 erstellt. Jeder einzelne Bericht wird zuerst von der Direktion der betreffenden Einheit genehmigt, dann nimmt die Controlling-Gruppe dazu Stellung, und anschliessend wird er dem Staatsrat überwiesen. Die Projektleitung hat das Verfahren zur Erstellung und Bearbeitung der Controlling-Berichte koordiniert und die Piloteinheiten unterstützt.

- Erstellung der Budgets 2007 der Piloteinheiten

Die Piloteinheiten haben die Voranschläge 2007 nach Produktgruppen im Rahmen des ordentlichen Voranschlagsverfahrens aufgestellt. Die Projektleitung hat in Zusammenarbeit mit der Finanzverwaltung die Aufstellung der Budgets nach Produktgruppen koordiniert und den Piloteinheiten dabei geholfen.

Arbeiten zur Verbesserung des Instrumentariums

Auf der Grundlage der Optionen, für die sich der Staatsrat im Bericht Nr. 136 über die FLA entschieden hat, und in Anbetracht der im Laufe des Jahres 2005 durchgeführten Analysen hat sich die FLA-Projektleitung für eine Verbesserung folgender Instrumente entschieden, und mit der Unterstützung der Finanzverwaltung wurden folgende Arbeiten durchgeführt:

- Kosten- und Leistungsrechnung

Im ersten Halbjahr 2006 hat die Projektleitung in Zusammenarbeit mit der NIGEFI-Abteilung (Neue Instrumente für das Finanzmanagement) die Piloteinheiten bei der Umsetzung des neuen Kosten- und Leistungsrechnungsmodells unterstützt, damit Änderungen ab dem Voranschlag 2007 vorgenommen werden können. Im zweiten Halbjahr wurde dann ein neues Handbuch zur Kosten- und

Leistungsrechnung verfasst, damit die Grundsätze des neuen Modells, das auf den im KOLIBRI-Handbuch veröffentlichten Empfehlungen der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren fusst, gefestigt werden konnten. Die Validierungsarbeiten für das Handbuch sind im Gang.

– Führungsindikatoren

Die Projektleitung hat ein Handbuch entworfen, das die Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung bei der Definition ihrer Leistungsstruktur und den entsprechenden Indikatoren unterstützen soll. Dieses Handbuch wird im Laufe des ersten Quartals 2007 einer Arbeitsgruppe zur Validierung unterbreitet.

– Zeiterfassung

Im Anschluss an die Vorarbeiten einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe hat das ITA eine Vorstudie zu den Zeiterfassungssystemen lanciert. Die FLA-Projektüberleitung ist eng in diese Vorstudie eingebunden, in deren Rahmen im Laufe des Jahres Anwendungen vorgeschlagen werden sollen, die insbesondere die Bedürfnisse der Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung abdecken. Ausserdem hat die Finanzdirektion eine Richtlinie zur Harmonisierung der Unterscheidung zwischen unmittelbar und mittelbar produktiven Arbeitsstunden erlassen, damit die Qualität der Ergebnisse in der Kosten- und Leistungsrechnung verbessert werden kann.

– Präsentation der Budgets/Rechnungen und Voranschlagsverfahren

Die Dokumente zur Vorlage der Budgets und Rechnungen wurden ebenfalls vereinfacht und so den Bedürfnissen der verschiedenen Adressaten besser angepasst. Demnach werden im Sonderdruck des Staatsvoranschlags (und analog dazu auch in dem der Staatsrechnung) ab Voranschlag 2007 die Resultate nach Leistungen zusammengefasst, während für die Verwaltung und die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission ein detaillierterer Budgetnachweis nachgereicht wird. Es wurden beim Voranschlagsverfahren verschiedene Massnahmen getroffen, damit die Piloteinheiten genügend Zeit für die Analyse und Anpassung ihrer Budgets nach Leistungen haben.

– Finanzplanung nach Leistungen

Eine Arbeitsgruppe hat ein Konzept zur Finanzplanung nach Leistungen ausgearbeitet, das ab der Legislaturperiode 2007–2011 den Finanzplan der Verwaltungseinheiten mit leistungsorientierter Führung ergänzen wird.

– Controlling

Das neue Reportingmodell konnte beim Zwischenberichtsverfahren Ende August 2006 eingesetzt werden. Dieser Bericht gibt dem Staatsrat eine Übersicht über die Ergeb-

nisse nach Leistungen der Piloteinheiten. Die FLA-Projektüberleitung hat auch ein Modell zur Führungskontrolle genehmigt, das die Aufgaben und die Verantwortung auf den einzelnen hierarchischen Ebenen definiert (Staatsrat, Direktionen, Verwaltungseinheiten).

Entwicklung der FLA und Gesetzgebungsarbeiten

Die Projektleitung hat im Laufe des Jahres 2006 gewisse konzeptuelle Weiterentwicklungen am Modell der leistungsorientierten Führung vorgenommen, damit in der ordentlichen Gesetzgebung Bestimmungen eingeführt werden können, um diese Art von Führung in der Kantonsverwaltung auch nach Ablauf der Gültigkeit des Dekrets vom 8. Februar 2000 weiterführen zu können. Die Finanzverwaltung hat einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der dem Grosse Rat im Laufe des Jahres 2007 unterbreitet werden wird.

Ressourcen

Im Jahr 2006 bestand das Projektteam aus dem Projektleiter (rund 0,7 VZÄ) und seinem Adjunkten (rund 0,65 VZÄ); andere Mitarbeiter der Hochschule für Wirtschaft wurden im Umfang von insgesamt rund 0,1 VZÄ für verschiedene Arbeiten beigezogen. Die für die Projektabwicklung anfallenden Kosten lagen im Jahr 2006 etwas über 250 000 Franken.

3.2 Weitere Tätigkeitsbereiche

Der Betrag der beiden Gewinnfonds der Loterie Romande bei der Finanzverwaltung beläuft sich per Ende 2006 auf 13 705 Franken (1 394 940 Franken Ende 2005).

Im juristischen Bereich entfiel ein Grossteil der Arbeiten auf die Bearbeitung von Einsprachen, Steuerbefreiungs- und Steuererlassgesuchen sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu internen und externen Fragen zu den Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern) und den Handänderungssteuern. Es bleibt festzustellen, dass weiterhin viele Dossiers hängig sind, auch wenn ihre Zahl im Jahr 2006 zurückgegangen ist. Die juristische Tätigkeit war überdies insbesondere im gesetzgeberischen Bereich gefordert, und zwar neben der Umsetzung der neuen Kantonsverfassung auch mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer, dessen Vorentwurf im Sommer 2006 in die Vernehmlassung geschickt worden ist.

II. Finanzverwaltung

1. Personal

Im Jahr 2006 verfügte die Finanzverwaltung (FinV) über durchschnittlich 24,5 Vollzeitäquivalente.

2. Tätigkeiten

Die Finanzverwaltung führte im Jahr 2006 hauptsächlich folgende Arbeiten aus: Voranschlagsentwurf 2007, Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), Prüfung der Projekte der Direktionen, Weiterführung der Einrichtung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement, Überprüfung der Subventionen, Führung der Staatsbuchhaltung, Finanzdienst und Tresorerieverwaltung. Die Finanzverwaltung war auch in folgenden Bereichen aktiv: Inkasso und Debitorenverwaltung, leistungsorientierte Führung, Budgetkontrolle. Einen grossen Einsatz hatte die Finanzverwaltung auch für die Projekte Freiburger Spitalnetz, interkommunaler Finanzausgleich und Gebietsreform zu leisten.

1. Voranschlagsentwurf 2007

Die Arbeiten des Staatsrates zur Aufstellung des Voranschlags 2007 waren hauptsächlich von drei Zielsetzungen geleitet. Er wollte

- das Haushaltsgleichgewicht erreichen,
- den zahlreichen Erwartungen bei der Senkung der Steuerlast entsprechen und
- die bisherigen Leistungen auf dem qualitativ und quantitativ erreichten Niveau halten.

Mit dem vom Staatsrat am 12. September 2006 verabschiedeten Voranschlagsentwurf 2007 werden diese Ziele erreicht. Der Grosse Rat hat bei der Prüfung des Entwurfs nur geringfügige Änderungen angebracht, die in Kreditabtretungen von einem Rechnungskonto auf das andere bestanden, ohne dass dies etwas an den Ergebnissen geändert hat.

Der Voranschlag 2007, der vom Grossen Rat am 2. November 2006 schliesslich verabschiedet worden ist, weist die folgenden voraussichtlichen Hauptergebnisse aus:

- einen Ertragsüberschuss von 949 540 Franken in der Laufenden Rechnung;
- einen Ausgabenüberschuss von 95,5 Millionen Franken in der Investitionsrechnung;
- einen Gesamtausgabenüberschuss von 94,5 Millionen Franken in der Verwaltungsrechnung;
- einen Finanzierungsfehlbetrag von 8,4 Millionen Franken.
- eine Subventionsquote von 22,12 % gemessen am kantonalen Steueraufkommen. Als Folge der Einrichtung

des Freiburger Spitalnetzes (FSN) wurde die Höchstquote, die ursprünglich bei 25 % lag, mit Wirkung ab dem Jahr 2007 auf 22 % gesenkt.

2. Finanzbeziehungen mit dem Bund

Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), die am 1. Januar 2008 in Kraft treten wird, ist für die Kantonsverwaltung mit viel Arbeit verbunden. Die Finanzverwaltung hat sich in diesem Bereich im Jahr 2006 hauptsächlich mit Folgendem befasst:

- Sekretariat und Leitung des NFA-Steuerungsausschusses: Vorbereitung der Sitzungsunterlagen, Protokollführung und Korrespondenz, Vorbereitung verschiedener Referate;
- Teilnahme in der Arbeitsgruppe über die Programmvereinbarungen: Protokollführung und Korrespondenz, Verfassen eines Berichts an den NFA-Steuerungsausschuss, Verfassen eines Zwischenantrags zuhanden des Staatsrats;
- Fortschrittskontrolle der bei den Direktionen und Verwaltungseinheiten laufenden Umsetzungsarbeiten: Aufstellung zweier Zwischen-Bestandesaufnahmen;
- Verifizierung und Prüfung der vom Bund errechneten NFA-Globalbilanz;
- Analyse der finanziellen Auswirkungen der NFA auf die Gemeinden: Information des Staatsrats und Erarbeitung eines Ausgleichskonzepts;
- Unterhalten von administrativen Kontakten in Finanzfragen mit der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK) und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD); Stellungnahmen zu diversen provisorischen Versionen der NFA-Globalbilanz 2004/2005;
- Vorbereitung der Antworten des Staatsrates auf die von der FDK und dem EFD zur dritten NFA-Botschaft durchgeführten Vernehmlassungen.

Der Freiburger Grosse Rat hat am 5. Oktober 2006 das Dekret über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) verabschiedet.

Am 8. Dezember 2006 hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zu den Bundesbeschlüssen über die Dotierung des Ressourcenausgleichs, des Lastenausgleichs und des Härteausgleichs und zum Bundesgesetz über die Änderungen von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA überwiesen. Alle Voraussetzungen sind nun erfüllt, damit die NFA am 1.1.2008 in Kraft treten kann.

3. Analyse der Erlassentwürfe der Direktionen

Im Jahr 2006 wurde die Finanzverwaltung von den Direktionen des Staatsrates zur Prüfung von Gesetzes- oder Dekretsentwürfen insbesondere in finanzieller Hinsicht stark in Anspruch genommen. Sie hatte namentlich zu folgenden Themen detailliert Stellung zu nehmen: Gesetze

über das Freiburger Spitalnetz, die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit, die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt, die Schulberatung, die Landwirtschaft, die Hunde, die Gewässer, das Landwirtschaftliche Institut Grangeneuve, die Fachhochschule Freiburg, den Grossen Rat, die Schülerunfallversicherung. Sie nahm auch zu Dekreten Stellung, insbesondere über die Poyabrücke, ein Baurecht für die Sportanlagen St. Leonhard, die Niveauübergänge, die gefährlichen Kreuzungen und die Lärmbekämpfung. Bei der Prüfung dieser Dossiers hat sich die Finanzverwaltung auch eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob diese Geschäfte dem Finanzreferendum zu unterstellen seien.

4. Neue Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement (NIGEFI)

Die Schwerpunkte im Berichtsjahr waren:

- Datensicherheit;
- Fortführen der Implementierungen;
- Integration diverser Informatiklösungen mit der SAP-Anwendungssoftware.

Ausser diesen Tätigkeiten war die Abteilung stark mit der Verbesserung der für die leistungsorientierte Führung erforderlichen Instrumente beschäftigt, namentlich mit der Umsetzung des neuen Kostenrechnungskonzepts auf der Grundlage des harmonisierten Kostenrechnungsmodells für die Kantone und Gemeinden.

Im Bereich der Fakturierung haben die auf den 1. Januar 2007 in Kraft tretenden Gesetzesänderungen einen erheblichen Arbeitsaufwand hinsichtlich Unterhalt und Einführung neuer Fakturierungsverfahren bei den Oberämtern, dem Zivilstandsamt, dem Amt für Gewerbepolizei sowie dem Amt für Wald, Wild und Fischerei erzeugt.

4.1 Datensicherheit

Die Datensicherheit und die Erhaltung der gespeicherten Daten gehören weiterhin zu den Hauptanliegen der Abteilung, wie auch eine hohe Verfügbarkeit des Informationssystems, das über das Jahr 2006 eine Verfügbarkeitsrate von 100 % über den Zeitraum von 07.00 bis 18.00 Uhr und eine Gesamtverfügbarkeit (rund um die Uhr während 7 Tagen in der Woche) von 99,34 % ausweisen kann.

Zur Qualitätssteigerung der in der SAP-Software enthaltenen Informationen sind Überlegungen zur Datenarchivierung angestellt worden, und mit der Digitalisierung der ausgehenden Dokumente ist eine erste Massnahme getroffen worden. So werden ab 1. Januar 2007 alle mit SAP edierten Rechnungen automatisch digitalisiert und im PDF-Format abgespeichert.

4.2 Fortführen der Implementierungen

Die Implementierung der SAP-Anwendungssoftware, die die Standardsoftware zur Fakturierung der diversen Leistungen der Kantonsverwaltung ist, wurde in den folgenden Sektoren fortgesetzt: Anstalten von Bellechasse, Amt für Gesundheit, Kantonsarztamt, Kantonales Laboratorium, Kantons- und Universitätsbibliothek.

Es sind auch verschiedene Möglichkeiten der Software zur einfacheren Verwaltung des vom Kantonalen Sozialamt verwalteten Entschuldungsfonds eingesetzt worden.

Eine Lösung für die Verwaltung und die Kontrolle der Zahlungsausstände ist in Entwicklung und dürfte zu Beginn des zweiten Quartals 2007 betriebsbereit sein.

4.3 Integration diverser Informatiklösungen mit der SAP-Anwendungssoftware

Seit April 2006 ist die Intranet-Lösung für den Online-Einkauf von Material beim Amt für Drucksachen und Material in Betrieb, die bei den Dienststellen sehr beliebt ist. 75 % der Materialbestellungen gehen beim Amt für Drucksachen und Material über diese Anwendung ein, was eine erhebliche Verringerung der Doppelerfassungen sowie eine raschere Auftragsbearbeitung ermöglicht.

Im Bereich der Verrechnung von Forderungen ist mit den Arbeiten zur Integration mit der neuen Steuerveranlagungs- und Steuerbezugsanwendung der Kantonalen Steuerverwaltung begonnen worden.

5. Periodische Überprüfung der Subventionen

Im Jahr 2006 wurde die sechste Serie der in Anwendung des Subventionsgesetzes erfolgenden Überprüfungen der Subventionen durchgeführt. Damit sind alle kantonalen Subventionen einer ersten Überprüfung im Sinne des SubG unterzogen worden. Davon ausgenommen sind jedoch Subventionen in gewissen Bereichen, deren Rechtsgrundlagen in den letzten Jahren geändert worden sind. In diesen Fällen hat die Finanzverwaltung ihre Analyse im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens durchgeführt, um sicherzugehen, dass die Entwürfe in Übereinstimmung mit dem SubG sind.

- Überprüfung der Subventionen 2006

Wie in der Planung vorgesehen, wurden im Laufe des Jahres sechs Überprüfungen durchgeführt. Eine Überprüfung war Ende 2006 allerdings noch nicht abgeschlossen. Sie soll Anfang 2007 zu Ende geführt werden.

Nachdem die mit der Überprüfung beauftragten Personen von der Finanzverwaltung individuell geschult worden waren, haben sie die Überprüfungen von April bis Ende Oktober durchgeführt. Die Ergebnisse wurden an die Koordinationskommission für die periodische Überprüfung der Subventionen (die Kommission) weitergeleitet, die sie zum Teil in ihrer Sitzung vom Dezember behandelt hat. Die Kommission wird dem Staatsrat im ersten Quartal des Jahres 2007 ihre Vorschläge zu dieser sechsten Prüfungsserie unterbreiten.

- Nachkontrolle der im Rahmen von Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen

Die Finanzverwaltung führt eine laufend aktualisierte Datei der im Rahmen der Subventionsüberprüfungen beschlossenen Massnahmen, die als Grundlage für die Nachkontrollen dient. Die Nachkontrollen erfolgen in regelmässigen Abständen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Direktionen und sollen eine adäquate Umsetzung der beschlossenen Massnahmen gewährleisten.

- Regelmässige Kontrolle der SubG-Vorschriften

Das SubG sieht in Artikel 21 Abs. 2 vor, dass das Gesamtvolumen der Subventionen für Funktionsausgaben nicht mehr als einen bestimmten Anteil am gesamten kantonalen Steueraufkommen betragen darf. Während des ganzen Voranschlagsverfahrens wird mit Berechnungen sichergestellt, dass diese Vorschrift eingehalten wird. Diese gesetzliche Grenze für die Nettosubventionen für Funktionsausgaben nach Massgabe des Steueraufkommens ist im Jahr 2006 nach der Schaffung des Freiburger Spitalnetzes (FSN) angepasst worden. Die Umsetzung des FSN hat nämlich zu einer Anpassung des Steuerfusses der direkten Kantonssteuern sowie zur Aufhebung der kantonalen Subventionen für die Bezirksspitäler geführt. Um diesen Änderungen Rechnung zu tragen, ist die Obergrenze für die Subventionen ab 2007 von 25 % auf 22 % des Steueraufkommens gesenkt worden.

Ausserdem hat die Finanzverwaltung, wie im SubG vorgesehen, eine detaillierte Prüfung von mehreren Textentwürfen zur Spezialgesetzgebung über die Subventionen vorgenommen. Überprüft wurde insbesondere die Übereinstimmung der vorgeschlagenen Texte mit den Vorschriften und Grundsätzen des SubG.

6. Staatsrechnung 2006

Die Staatsbuchhaltung erfasst sämtliche Vorgänge, die zur Erstellung der Staatsrechnung notwendig sind. Der grösste Arbeitsaufwand besteht in der Erfassung der Lieferantenrechnungen, die zu 2/3 von der Staatsbuchhaltung und zu 1/3 von den Dienststellen erledigt wird, bei denen aufgrund der Menge der zu bearbeitenden Rechnungen eine dezentrale Erfassung gerechtfertigt ist. Die Buchhaltung ist für die Kontokorrente Staat-Gemeinden zuständig und kümmert sich um die Nachführung dieser Konten. Die Finanzbeziehungen mit dem Bund werden über ein Kontokorrent geregelt, über das die meisten Finanzvorgänge laufen. Die Buchhaltung ist an den Arbeiten zur Einführung der Neuen Instrumente für das Finanz- und Verwaltungsmanagement beteiligt, und sie unterstützt die Dienststellen bei der Reorganisation ihrer Buchhaltung. Sie ist ebenfalls sehr aktiv in der Führung des Finanzdienstes.

Die Staatsrechnung für das Jahr 2006 wird in einem Sonderdruck herausgegeben, der eine erläuternde Botschaft sowie die detaillierte Rechnung und Bilanz enthält. Im vorliegenden Rechenschaftsbericht führen wir daher nur die Hauptergebnisse der Bilanz von 1996 bis 2006 und der Gesamtrechnung von 2000 bis 2006 auf.

Bilanz

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
1996	1 349 281 615.42	1 248 477 532.84	+ 100 804 082.58
1997	1 354 753 014.34	1 281 161 321.96	+ 73 591 692.38
1998	1 291 656 616.61	1 218 180 176.58	+ 73 476 440.03
1999	1 265 488 680.33	1 209 536 997.63	+ 55 951 682.70
2000	1 366 008 196.88	1 316 114 087.06	+ 49 894 109.82
2001	1 465 029 537.96	1 420 005 433.54	+ 45 024 104.42
2002	1 394 452 926.11	1 346 014 049.99	+ 48 438 876.12

Jahr	Aktiven	Passiven	Überschuss Passiven (-) Überschuss Aktiven (+)
2003	1 379 603 003.23	1 267 862 379.15	+ 111 740 624.08
2004	1 342 637 275.24	1 185 169 023.44	+ 157 468 251.88
2005	2 098 675 653.75	1 092 068 811.08	+ 1 006 606 842.67
2006	2 201 131 411.37	1 110 122 346.42	+ 1 091 009 064.95

Gesamtrechnung des Staates in Millionen Franken

Jahr	Laufende Rechnung			Investitionsrechnung			Verwaltungsrechnung	Finanzierungsfehlbetrag/überschuss
	Aufwand	Ertrag	Saldo	Ausgaben	Einnahmen	Saldo	Saldo	
2000	1 968,5	1 962,4	- 6,1	245,6	139,2	- 106,4	- 112,5	- 21,9
2001	2 048,8	2 043,9	- 4,9	262,2	135,5	- 126,7	- 131,6	- 42,1
2002	2 122,9	2 126,3	+ 3,4	173,6	81,6	- 92,0	- 88,6	- 4,2
2003	2 258,8	2 322,1	+ 63,3	188,0	85,9	- 102,1	- 38,8	+ 51,2
2004	2 409,8	2 455,5	+ 45,7	164,4	70,4	- 94,0	- 48,3	+ 47,6
2005	2 497,8	3 346,9	+ 859,1	173,5	85,5	- 88,0	+ 761,1	+ 908,9
2006	2 501,7	2 586,1	+ 84,4	162,7	89,1	- 73,6	+ 10,8	+ 107,8

7. Finanzamt und Tresorerieverwaltung

Die wichtigsten in diesem Bereich ausgeführten Arbeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Ausführung der Zahlungen für die gesamten Voranschlagsausgaben des Staates, mit Ausnahme der Ausgaben einiger Anstalten;
- Erfassung der Erhebung sämtlicher veranschlagter kantonalen Einnahmen;
- Verwaltung und Führung der Buchhaltung der allgemeinen Bankkonten des Staates und Nachkontrolle des Tresoreriebudgets.

Der Umfang der vom Finanzdienst der Finanzverwaltung erledigten Geschäfte hat sich zwischen 2005 und 2006 wie folgt verändert:

	2005	2006
Bankverkehr DTA (in Millionen Franken)	1 131,99	1 304,60
Bank- und Postkonten:		
- Inkasso (in Millionen Franken)	7 262,19	7 148,06
- Zahlungen (in Millionen Franken)	7 312,63	7 121,03
- erfasste Buchungen	7 192	7 669

Dass das Inkasso und die Zahlungen auf einem so hohen Niveau sind, erklärt sich hauptsächlich aus den Kapitalbewegungen in Zusammenhang mit der Ausschüttung des Erlöses aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes und der Anlage dieser Gelder. Es ist auch auf den ständig zunehmenden Bankverkehr und die steigende Zahl der erfassten Buchungen hinzuweisen.

Weitere Aktivitäten dieser Dienststelle sind:

- Verwaltung der flüssigen Mittel sowie der Fonds und Stiftungen:

Im Jahr 2006 betrug das Volumen der kurzfristigen Darlehen 2,560 Milliarden Franken (2005: 2,775). Die Zahl der

Darlehen hat sich bei 39 eingependelt gegenüber 46 im Jahr 2005. Der Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die Freiburger Kantonalbank ein Cash-Management-Konto ON-CALL 24H zur Verfügung gestellt hat, über das der momentane Liquiditätsüberhang zu interessanten Konditionen angelegt werden kann.

Die Finanzverwaltung verwaltet und führt die Buchhaltung von 48 Fonds und Stiftungen:

- Verwaltung der öffentlichen Schuld des Staates:

Im Jahr 2006 sind die mittel- und langfristigen Schulden des Staates nicht zurückgegangen. Sie setzen sich aus 10 Darlehen in einem Gesamtbetrag von 615 Millionen Franken zusammen.

- Verwaltung der Darlehen:

Die Finanzverwaltung kümmert sich um die Rechnungsführung und die Verwaltung der Darlehen für die Investitionshilfe in Berggebieten (20,8 Millionen, 207 Darlehen) und die Landesreserven (1,8 Millionen, 7 Darlehen).

- Weitere Aufgaben:

Weitere Aufgaben sind die Verwaltung des Wertschriftenportefeuilles des Staates, die Rechnungsführung für die den öffentlichen Institutionen gewährten Darlehen und Vorschüsse, die Rechnungsführung und Auszahlung der vom Tourismusfonds gewährten Finanzhilfen, die Rückforderung der Verrechnungssteuer bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

8. Kantonaler Finanzdienst

Seit dem 1. Januar 2004 sind die Bezirksfinanzdienste und die Generaleinnemerei des Staates in einer einzigen Dienststelle zusammengeschlossen, dem «kantonalen Finanzdienst». Dieser gehört zur Finanzverwaltung und kümmert sich insbesondere um das Inkasso, die Debitorenverwaltung und das Mahnwesen aller Dienststellen des Staates, die über keine entsprechende Infrastruktur verfügen und die Debitoren nicht selber verwalten. Dank der Einrichtung dieses Dienstes und der Verwendung der SAP-Anwendungssoftware konnte das Inkasso- und Mahnverfahren erheblich verbessert und rationalisiert werden.

Die wichtige Rolle des kantonalen Finanzdienstes wird auch durch eine statistische Analyse der von diesem Dienst mit SAP über das Modul SD bearbeiteten und ausgeführten Zahlungen belegt. Im Jahr 2006 belief sich der Gesamtbetrag der bearbeiteten Rechnungen auf nahezu 120 Millionen Franken, was annähernd 120 000 Rechnungen entspricht. Ende 2006 waren Betreibungsverfahren im Betrag von 737 399 Franken offen (2005: 772 000 Franken). Die Möglichkeit, mit Debitkarte zu bezahlen, ist rege genutzt worden, was sich darin zeigt, dass im ersten Jahr, in dem sie zum Einsatz gekommen ist, 110 000 Franken eingenommen wurden.

9. Budgetkontrolle

Die Budgetkontrolle erfolgt auf zwei Ebenen. Zunächst einmal wird sie von der Staatsbuchhaltung vorgenommen,

die insbesondere darauf achtet, dass die zur Zahlung vorgelegten Rechnungen mit den in den Voranschlagsnachweisen detailliert ausgewiesenen Krediten übereinstimmen, bevor sie verbucht werden. Die Budgetkontrolle befasst sich auch mit der Frage der Kreditüberschreitungen. Die Abteilung Finanzplanung und Budgetkontrolle bearbeitet sämtliche Nachtragskreditbegehren. Sie nimmt zu diesen Begehren Stellung und unterbreitet sie anschliessend dem Staatsrat. Im Jahr 2006 hat der Staatsrat 29 Begehren (33 im Jahr 2005) in einem Gesamtbetrag von 18,4 Millionen Franken (26,1 Millionen im Jahr 2005) genehmigt, was 0,73 % (1,07 % im Jahr 2005) der für das Jahr 2006 budgetierten Gesamtausgaben entspricht. Dieses Nachtragskreditvolumen liegt unter dem Durchschnitt von 0,81 % für den Zeitraum 1990-2005. Dem Grossen Rat wird in der Märzsession 2007 dazu eine ausführliche Botschaft unterbreitet.

10. Weitere Aktivitäten

- Ausarbeitung des Vorentwurfs eines Gesetzes über die leistungsorientierte Führung, der im Dezember 2006 in die Vernehmlassung geschickt wurde;
- Mitwirkung an der Projektleitung der Projekte Reform der Spitalstrukturen, interkommunaler Finanzausgleich, Analyse der staatlichen Leistungen und leistungsorientierte Führung;
- Antworten auf kantonale, interkantonale und eidgenössische Vernehmlassungen;
- Stellungnahmen zu finanzwirksamen Geschäften, die dem Staatsrat unterbreitet werden (Botschaften, Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Verordnungen);
- Konjunktüreinschätzung im Hinblick auf den Staatsvoranschlag 2007;
- Mitwirkung an der Arbeitsgruppe der Finanzverwaltungen der Westschweizer Kantone für die Voranschlagsentwürfe 2007 der FH Westschweiz und der FH-GS;
- Erstellen der Statistik der Arbeitsstellen für die Staatsrechnung 2005 und den Voranschlag 2007;
- Vorbereiten der Unterlagen für die Pressekonferenzen zu Staatsrechnung und Voranschlag;
- Ausarbeitung eines Berichts über die finanziellen und personellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2006 gefassten Beschlüsse;
- Präsidium und Mitwirkung bei den Projektgruppen, die sich mit der Verbesserung der Instrumentierung des FLA (Führen mit Leistungsauftrag) befassen, sowie Mitarbeit beim Controlling;
- Erstellen des Faltprospekts zu den statistischen Finanzkennzahlen des Staates, Ausgabe 2006;
- monatliche Fakturierung der Ausgaben für Posttaxen an die Dienststellen;
- Unterhalt der Intranetsite der Finanzverwaltung;
- Teilnahme an verschiedenen Seminaren, Konferenzen und Kommissionen.

III. Finanzinspektorat

1. Personal

Das Personal des Finanzinspektorats (FI) setzte sich Ende 2006 aus dem Dienstchef, fünf Finanzinspektoren und einer Sekretärin zu 30 % zusammen. Ein Finanzinspektor hat das Amt am 31. Juli 2006 verlassen und wurde am 1. November durch eine Inspektorin ersetzt. Im April 2006 waren zwei Praktikanten aus Madagaskar zu Gast im Finanzinspektorat.

2. Tätigkeiten

Im Jahr 2006 führte das Finanzinspektorat folgende Arbeiten aus: ordentliche Überprüfung der Verwaltungsabteilungen und anderer parastaatlicher Organe sowie Kontrolle eines Baukontos. Ausserdem hat es 21 unangemeldete Kontrollen von Liquiditätskonten durchgeführt.

2.1 Ordentliche Rechnungsprüfungen

Das Amt führte im Jahr 2006 insgesamt 75 Revisionen durch.

Von diesen 75 Kontrollen gaben 33 Anlass zu 124 Beanstandungen, Bemerkungen oder Feststellungen und zu 133 Empfehlungen. Nach Artikel 54 des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates mussten zwei überprüfte Organe schriftlich Stellung nehmen. Die entsprechenden Antworten wurden den Berichten beigelegt.

Die Revisionsarbeiten betrafen 37 Sektoren der eigentlichen Staatsverwaltung und 38 Organisationen, Institutionen oder verschiedene Fonds. Zehn Kontrollen wurden in Zusammenarbeit mit anderen Revisionsorganen durchgeführt. Das genaue Verzeichnis der Kontrollarbeiten wurde dem Staatsrat und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zugestellt.

Die Revisionen teilen sich wie folgt auf:

Gerichtsbehörden:	7
Vollziehende Behörde – Verwaltung:	30
Fonds und Stiftungen:	21
Diverse Aufträge:	17

Die 75 Revisionsberichte verteilen sich wie folgt auf die verschiedenen Direktionen:

Erziehung, Kultur und Sport	22
Sicherheit und Justiz	13
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	10
Volkswirtschaft	15
Gesundheit und Soziales	8
Finanzen	3
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	4

In Anwendung des Gesetzes vom 25. November 1994 über den Finanzhaushalt des Staates und seines Ausführungsreglements vom 12. März 1996 wurden 65 Berichte an den Staatsrat, die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates und an die Finanzverwaltung überwiesen. Zehn Berichte wurden nur Stiftungs- oder Schulräten zugestellt.

Ausserdem wurden sieben Berichte dem Kantonsgericht als oberster Aufsichtsbehörde über die Sektoren der Justiz vorgelegt. Schliesslich wurden acht Berichte über staatliche Dienststellen, denen ein Bundesbeitrag gewährt wird, verschiedenen Bundesstellen zugestellt.

2.2 Sonstiges

- Teilnahme an den Sitzungen einer Arbeitsgruppe und eines Verwaltungsrats.
- Bearbeitung spezifischer Probleme in Zusammenhang mit der MWSt für verschiedene staatliche Sektoren.
- Einrichtung einer Auditsoftware und einer Softwareunterstützung für die Revisionen einschliesslich Schulung der Inspektorin und der Inspektoren.
- Erstellen eines Leistungskatalogs im Rahmen der Analyse der staatlichen Leistungen (ASL) in Zusammenarbeit mit den Projektverantwortlichen.
- Analyse der Finanzbewegungen auf einem nicht in der Staatsbuchhaltung verzeichneten PC-Konto, das von den Verantwortlichen des Sektors geführt wurde, und zwar auf Anfrage der Direktion der betreffenden Anstalt.

IV. Amt für Informatik und Telekommunikation

Das Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) ist der spezialisierte Dienst des Staates im Bereich der Informatik. Seine Hauptaufgabe besteht in der rationellen Planung und Anwendung der Informatik, einschliesslich der Telekommunikationsbelange (Netz, Telefonie) der Kantonsverwaltung und der staatlichen Anstalten.

Der Personalbestand des ITA umfasste 2006 63 Vollzeit-äquivalente sowie 6 Lernende (4 Informatik- und 2 KV-Lehrlinge) und einen Praktikanten.

1. Tätigkeiten des ITA

1.1 Übersicht über die Aktivitäten

Die Betriebsbereitschaft und -fähigkeit des Informatiksystems in einem sich ständig ändernden Kontext wurde gewährleistet.

In diesem Zusammenhang hat das ITA folgende Hauptaktivitäten ausgeführt:

- Management des Informationssystems des Staates Freiburg (Architektur, Normen und Standards, Steuerung und Koordination, kantonales Informatikbudget);
- Leistungserbringung entsprechend den definierten Standards (Leistungskatalog);
- standardisierte Projektmethodik mit einem Ansatz, der standardisierte und vorhandene Lösungen bevorzugt;
- eine leistungsfähige, standardisierte und konsolidierte Infrastruktur.

Die Tätigkeiten zielten auf eine nachhaltige Optimierung der Informatikressourcen.

Besondere Anstrengungen wurden in diesen Bereichen für die Integration der Informatik des Kantonsspitals ins ITA gemacht.

Es wurden in informatiktechnischer und organisatorischer Hinsicht komplexe Vorstudien (z.B. einziges massgebendes Einkommen) durchgeführt, von denen einige im Jahr 2007 in verschiedenen Direktionen der Kantonsverwaltung weitergeführt werden (z.B. Harmonisierung der Personenregister, Harmonisierung der Informationssysteme für die Verwaltung des administrativen Umfelds der Schulen).

Besonderes Gewicht wurde auf die Einrichtung einer gesicherten elektronischen Kommunikationsplattform gelegt, um den Datenaustausch zwischen den Einheiten der Kantonsverwaltung, ihren Dienststellen und Aussenstehenden (z.B. Gemeinden) zu erleichtern, auf die weitere Umsetzung des Informatikleitschemas der Kantonalen Steuerverwaltung sowie auf die Migration der Personalverwaltungssoftware. Diese Projekte werden in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen durchgeführt.

Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Informatikeinheiten geht weiter und wird konkret vertieft.

1.2 GIS-Kompetenzzentrum (Geografisches Informationssystem)

Aufgrund von Änderungen innerhalb des Teams (Pensionierung, neue Mitarbeiterin, Praktikant) kam es zu einer Neubeurteilung der vom GIS-Kompetenzzentrum übernommenen Aufgaben und zu gewissen Reorganisationsmassnahmen. Seit dem Herbst 2006 nimmt ausserdem der Informatiker der Grundbuchämter regelmässig an den Sitzungen des GIS-Kompetenzzentrums teil, was zeigt, wie nahe diese beiden Bereiche beieinanderliegen und dass eine Zusammenarbeit wünschenswert ist.

Es wurden Überlegungen angestellt, wie die Organisation und der Betrieb des GIS sowohl auf der Ebene seines operativen Zentrums im ITA als auch auf Ebene der Kantonsverwaltung angepasst werden können.

1.2.1 Rechtsgrundlagen

Das GIS-Kompetenzzentrum beteiligte sich an der Vernehmlassung zu neuen oder revidierten Verordnungen zum Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG), das vom Bundesrat im September 2006 verabschiedet wurde.

1.2.2 Koordination

Die Koordination trägt in erster Linie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Direktionen und der Dienststellen des Staates Freiburg bei. Intern erfolgt die GIS-Koordination:

- in Zusammenhang mit den Aufgaben der IT-Governance: Zentralisierung und Standardisierung der Infrastrukturen (Server und Datenbanken), Monitoring der Lizenznutzung, Prüfung, ob das Angebot bedürfnisgerecht ist, mit entsprechender Anpassung, Infrastruktur-Update, Einhaltung der Weisungen des ITA (insbesondere hinsichtlich der Verwaltung der Hardware und der Sicherheit);
- in Zusammenhang mit der Geodatenverwaltung: Weisungen für die Aufbewahrung und Aktualisierung der Daten, Verwaltung der Metadaten, Harmonisierung der Softwarelösungen;
- im Rahmen der Querschnittsprojekte: der im September 2006 nach mehr als zwei Jahren Arbeit veröffentlichte Geodatenkatalog und das Geoportal, mit dessen Eröffnung im Mai 2006 begonnen wurde.

Auf nationaler Ebene erfolgt diese Koordination im Rahmen der Aktivitäten von Vereinigungen wie der SOGI oder geosuisse, im Rahmen von Programmen (e-geo.ch) und Projekten (z.B. geocat.ch) des Bundes sowie im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Bundesämtern (swisstopo, BFS, BAFU, BLW, ASTRA usw.).

Über die KKGEO (Konferenz der kantonalen Geodaten-Koordinationsstellen und GIS-Fachstellen) können die Kantone am besten ihre Ansicht zur GIS-Politik äussern. Neben der Teilnahme in diesem Organ setzt der Kanton

Freiburg weiter auf den fruchtbaren Austausch mit den Westschweizer Kantonen und arbeitet mit anderen Partnerkantonen kantonsübergreifend in verschiedenen Bereichen (z.B. integriertes Gewässermanagement) oder im Rahmen von Einzelprojekten (Strassensignalisation, Erdwärmesonden, Geoportal usw.) zusammen.

Das GIS-Kompetenzzentrum arbeitet schliesslich auch mit mehreren Hochschulen (insbesondere bei der prospektiven Forschung), Gemeinden, der KGV sowie verschiedenen Verbänden und privaten Organisationen zusammen.

1.2.3 Projekte

Das GIS-Kompetenzzentrum ist an zahlreichen Projekten beteiligt. Um sich einen Überblick über seine Engagements sowie die Planungsmittel zu verschaffen, hat das GIS-Kompetenzzentrum die Projekte aufgelistet, an denen es beteiligt ist, und technische Merkblätter für die bedeutendsten davon verfasst.

Einige Beispiele sollen die Vielfalt dieser Projekte zeigen: Bearbeitung der Daten der amtlichen Vermessung (VGA), Waldbestandeskartierung und Massnahmenplanung (WaldA), Erosion der landwirtschaftlichen Böden (LIG, LwAi), statistische Kartographie im Internet (StatA), Gewässerinformationssystem (TBA – Sektion Gewässer), Verwaltung der Zivilschutzbauten (MBSA-Zivilschutz), Kanalisation entlang der Kantonsstrassen (TBA), Ortspläne (BRPA), Unterhalt der Naturreservate (Büro für Natur- und Landschaftsschutz).

Es sei hier auch auf die Projekte des GIS-Kompetenzzentrums und des ITA hingewiesen, bei denen es sich um Organisationsprojekte, Projekte in Zusammenhang mit der IT-Governance und Querschnittsprojekte handelt, wie im Kapitel über die Koordination erwähnt.

1.2.4 Geografische Daten

Das GIS-Kompetenzzentrum verwaltet zahlreiche Geodatenätze (mehr als 400 vektorielle und fast 150 Rasterdatenätze) auf einer immer komplexer werdenden Architektur.

Im Laufe des Jahres 2006 konnte das kantonale GIS um einige interessante Datenpakete angereichert werden: Siegfriedkarten, politische Gemeinden und frühere Gemeinden, Ortschaften, Gefahrenkarten, öffentliches Verkehrsnetz, Geo-Karten der Schweiz im Massstab 1:500 000 (geologische, tektonische und hydrogeologische Karten), vektorielle Daten des Geologischen Atlas der Schweiz 1:25 000, Gebäudeadressen usw.

Die nach einer Umfrage bei den Dienststellen erhaltenen Orthophotos 2005 in Farbe und Infrarot wurden den Benutzern im März 2006 in verschiedenen Auflösungen (50 cm, 1 m und 2 m) zur Verfügung gestellt.

1.2.5 Information und Förderung

Für das kantonale GIS gibt es eine Internet-Website (<http://www.sysif.ch>) mit Basisinformationen für die breite Öffentlichkeit und eine Intranetsite für die interne Kommunikation. Diese Informationskanäle werden durch Mailings an verschiedene Interessengruppen ergänzt.

In Zusammenarbeit mit privaten Partnern aus Freiburg und der Waadt wurden verschiedene Kurse organisiert. Zusammen mit dem GIS-Labor der ETHL wurde eine Monitoring-Tagung organisiert. Mehrere Mitarbeiter des GIS-Kompetenzzentrums haben auch am GIS/SIT 2006 Schweizer Forum für Geoinformation in Zürich teilgenommen sowie an der internationalen Konferenz FOSS4G, die im September 2006 in Lausanne stattfand.

1.3 Sektion Solution Engineering SE (Entwicklung, Projektplanung, Integration)

Die Sektion ist mit der Anschaffung, der Entwicklung und der Umsetzung von Informatiklösungen, aber auch mit der Wartung, Betreuung und Unterstützung der Anwendungen beauftragt. Die Mitarbeiter der Sektion haben die Wartung von gut zwanzig berufsspezifischen Applikationen gewährleistet und etwa dreissig Projekte von unterschiedlicher Art und unterschiedlichem Umfang durchgeführt. Zusätzlich wurden zirka 200 Datenbanken gewartet und weiterentwickelt.

Wichtigste Projekte im Jahr 2006

- Kantonale Steuerverwaltung (KSTV)

Im Rahmen der Umsetzung des Informatikleitschemas der KSTV managt das ITA das gesamte Programm und hilft mit bei der Projektumsetzung und bei der Qualitätssicherung.

Beim Reengineering der Anwendungen für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug hat sich das ITA vor allem um die Architektur und die Einrichtung der neuen Austauschplattform und die Integration dieser neuen Anwendungen mit den bestehenden Applikationen wie denjenigen der Steuerregister oder der Buchhaltungssoftware SAP gekümmert. Die ITA-Mitarbeiter haben auch an den technischen Tests der künftigen Applikationen teilgenommen.

Das Projekt einer neuen elektronischen Kommunikationsplattform wurde im Jahr 2006 fortgesetzt. Damit wird die elektronische Kommunikation verbessert und eine gesicherte Öffnung zu den Steuerpflichtigen und den Partnern der Kantonsverwaltung, namentlich den Gemeinden des Kantons, möglich. Einige Gemeinden haben an einer Pilotphase teilgenommen und diesen direkten und gesicherten Zugriff auf sie betreffende Daten sehr positiv aufgenommen. Den Gemeinden, die dieses neue Angebot in Anspruch nehmen möchten, wird im Jahr 2007 nach und nach die Möglichkeit dazu geboten.

- Betreibungsämter

Die neue Anwendung für die Verwaltung der Betreibungsämter, die THEMIS getauft wurde, ist am 3. April 2006 beim Betreibungsamt des Saanebezirks in Betrieb genommen worden und im Juni 2006 auch bei allen anderen Betreibungsämtern. Das Projekt wird mit der Entwicklung weiterer Möglichkeiten wie dem elektronischen Austausch von Informationen mit den Gläubigern für mehr Effizienz und bessere Kommunikation bei der Bearbeitung der Betreibungen fortgesetzt.

Die Anwendung ist in der Westschweiz sehr populär. Der Waadtländer Grosse Rat hat der Anschaffung von THEMIS fast einstimmig zugestimmt, und im Herbst 2006 ist in Zusammenarbeit mit den Waadtländer Informatikstellen und den Benutzern mit dem Projekt begonnen worden. Auch einige andere Westschweizer Kantone haben konkretes Interesse angemeldet, und in einigen Fällen ist mit den entsprechenden Vorstudien schon begonnen worden.

- Amt für Personal und Organisation (POA)

Bei der Ersetzung der Personalverwaltungssoftware unterstützten die Mitarbeiter des ITA das POA bei der Projektführung. Sie richteten die Produktionsinfrastrukturen ein und validierten die Technik der neuen Anwendung. Um die Kosten zu senken, kümmerte sich das ITA auch um die Migration von der bisherigen auf die künftige Software und den Austausch zwischen dem neuen HR-Access Softwarepaket und den bestehenden Systemen wie etwa denjenigen der Pensionskasse oder der Finanzverwaltung. Die Produktivsetzung erfolgte wie vorgesehen Ende 2006.

- Elektronische Dokumentenverwaltung

Nach dem Entscheid des ITA, aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen bis 2010 vom Mainframe wegzukommen, ist das auf dieser Plattform betriebene Archivierungssystem mit den immer zahlreicheren Bedürfnissen der staatlichen Dienststellen im Bereich der elektronischen Dokumentenverwaltung, der Prozessautomatisierung und Archivierung konfrontiert, weshalb die Direktion des ITA beschlossen hat, ein diesbezügliches Leitbild zu erstellen. Dabei konnten ein ganzes Bündel von einschlägigen Normen und Zielschemata entsprechend den Bedürfnissen und Ausrichtungen der Kantonsverwaltung definiert und die angestrebte Lösung umrissen werden. Schliesslich wurde auch eine Reihe von organisatorischen und technischen Projekten bestimmt, die in den nächsten drei Jahren verwirklicht werden sollen. Die ersten dieser Projekte, worunter das Projekt für den Erwerb eines Systems zur elektronischen Dokumentenverwaltung, wurden rasch lanciert und werden im Prinzip im Jahr 2007 eine erste produktive Nutzung durch die Staatskanzlei ermöglichen.

1.4 Sektion Computing services & Network CS (Betrieb der Infrastrukturen, der Telekommunikation, der Arbeitsplatzsysteme und operative Informatiksicherheit)

Die Hauptaufgabe dieser Abteilung besteht darin, die Informatikwerkzeuge zur Verfügung zu stellen, die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung für ihre tägliche Arbeit benötigt werden. Sie gewährleistet demzufolge den Betrieb der gesamten Informatik-, Telematik- und Telefoninfrastrukturen. Sie liefert auch den Support, der zur Nutzung der zur Verfügung gestellten Informatikwerkzeuge gehört.

Neben den auf die Benutzer ausgerichteten operativen Tätigkeiten hat sich die Arbeit des Personals dieser Abteilung auch auf die Integration der Spitalinformatik konzen-

triert, und zwar auf technischer wie auch auf organisatorischer Ebene. Diese Integration wird im Laufe des Jahres 2007 weitergehen, um von den Synergien zu profitieren, die eine solche Integration bietet.

1.4.1 Sektor User Services

Der Sektor User Services ist aus einer organisatorischen Anpassung hervorgegangen, die Anfang 2006 in Kraft getreten ist. Er umfasst die auf den Benutzer ausgerichteten Tätigkeiten mit Schwerpunkt auf den Leistungen in Zusammenhang mit den Arbeitsplatzsystemen sowie den Benutzersupport.

Im Bereich Arbeitsplatzsysteme hat der Sektor User Services rund einen Fünftel des PC-Bestands, für den das ITA zuständig ist, ersetzt, das heisst fast 500 PCs. Diese «natürliche» Erneuerung, mit der der Abstand zwischen der alten und der neuen PC-Generation verringert werden soll, bereitet den PC-Bestand auf den künftigen Einsatz des von den Lieferanten angekündigten Betriebssystemes vor und erleichtert gleichzeitig die Unterhaltsarbeiten. Für die Benutzer bringt diese Erneuerung einen immer zuverlässigeren, homogenen und leistungsfähigen Computerpark. Desgleichen konnten mit der Auswechslung von 80 Druckern die Modellvielfalt und die Pannenhäufigkeit verringert werden. Das Bemühen des ITA, den Bedürfnissen der Benutzer rasch zu entsprechen, sowie die zahlreichen «Pannenhilfen» vor Ort zeigen, wie wichtig dem ITA auch der Dienst am Kunden ist.

Mit der Integration der Informatik des Kantonsspitals ist die Zahl der beim User Support eingegangenen Pannemeldungen erheblich gestiegen. Von den 15 800 im Jahr 2006 aufgenommenen Meldungen stammten 25 % vom Kantonsspital (seit Juli 2006). Über 80 % der registrierten Problemmeldungen wurden gleichentags geregelt, hauptsächlich vom Mitarbeiterstab des User Support.

Die Migration der Anwendungen im Hinblick auf die Aufgabe des Mainframe bis 2010, mit der vor zwei Jahren begonnen worden ist, geht weiter. Das Leistungsniveau dieser Plattform muss jedoch für die Anwendungen, die noch produktiv sind, sowie für die Dateneinsicht und die elektronische Archivierung gehalten werden.

Die WebLogic-Plattformen für die Anwendung THEMIS (Betreibungsämter), die Vorbereitungsarbeiten zur Produktivsetzung von HR Access (Personalamt) und PlatCom, mit der die für die neue Kommunikationsplattform des Staates erforderlichen Infrastrukturen eingerichtet werden, erfordern einen optimalen Service und permanente Wartungsarbeiten.

Die Datensicherung ist von grundlegender Bedeutung. Das immer grössere Datenvolumen zwingt das ITA dazu, die Hard- und Softwarestruktur im Rahmen des bewilligten Budgets regelmässig auszuweiten.

Die SAP-Systeme müssen auf höchstem Niveau gehalten werden. Die Schnittstelle SAP-KSTV für die Verrechnung von Forderungen, der Zugriff aufs DMA via Internet und die Vorbereitung eines Archivierungssystems sind die hauptsächlichsten Arbeiten, die 2006 realisiert wurden.

1.4.2 Sektor Web Services

Der Sektor WebServices installiert und verwaltet den Park der Haupt-Webserver (Intranet und Internet) des Staates Freiburg. Dieser Sektor wurde von den einzelnen Dienststellen sowie im Rahmen von dienststellenübergreifenden Projekten beim Staat stark in Anspruch genommen. Die diesbezüglichen Aufgaben konnten termingerecht und unter Wahrung der Dienstleistungsqualität erledigt werden.

Im Jahr 2006 war der Sektor an zwei bedeutenden Projekten beteiligt. Beim ersten handelt es sich um das weiter oben bereits beschriebene Projekt PlatCom. Beim anderen Projekt, dem Projekt Votel06, ging es um die Einrichtung der neuen, von der Staatskanzlei im Rahmen der Abstimmungen und Wahlen verwendeten Anwendung. Diese Lösung kam für die Wahlen und Abstimmungen vom Herbst 2006 zum Einsatz, und der Presse wurden kabellose Internetzugänge zur Verfügung gestellt.

Die Sicherheit und Integrität der Web-Inhalte wurden während des ganzen Jahres gewährleistet, insbesondere dank eines Werkzeugs zur automatischen Überwachung.

1.4.3 Sektor Datacenter

Dieser Sektor ist für den Unterhalt und den Betrieb der für die Datenaufbewahrung eingesetzten Server und Infrastrukturen verantwortlich. Der gegenwärtige Maschinenpark umfasst über 250 Server, und im Jahr 2006 lag die Priorität bei Werkzeugen zur einfacheren Verwaltung des Serverparks.

Dazu gehören einerseits die Einrichtung eines zentralisierten Managementtools zur proaktiven Überwachung der Plattformen und Kontrolle über die Dienstleistungsqualität. Andererseits kann mit der Einführung der «Virtualisierung» der Server mittelfristig der Anstieg der Produktionskosten eingedämmt werden, insbesondere durch die Verringerung der physischen Server. Diese beiden Projekte werden im Laufe des Jahres 2007 abgeschlossen.

Die Server der Gerichtsbehörden, die bis jetzt auf verschiedene dezentrale Standorte verteilt waren, wurden alle in einem Maschinenraum des ITA in einer Servergruppe von fünf Servern zusammengefasst und so die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit erhöht. Heute verteilt sich bei einer Panne die Charge automatisch auf die verbleibenden Server.

Dieser Sektor hat wie die anderen Sektoren auch seinen Beitrag zur Integration der Informatik des Kantonsspitals geleistet. Er hat namentlich einen Cluster für die Plattform zur Verwaltung der elektronischen Patientendossiers (Projekt unter der Verantwortung des Kantonsspitals) eingerichtet, der eine hohe Verfügbarkeit dieser heiklen Anwendung gewährleistet.

Schliesslich wurde noch ein neues System zur Spam-bekämpfung eingerichtet, um so den E-Mail-Benutzungs-komfort zu erhöhen und eine «Verschmutzung» der Mailboxen der Anwender zu verhindern (heute sind 85 % der beim Staat eingehenden E-Mails Spams).

1.4.4 Sektor Telekommunikation

Der Sektor Telekommunikation beschäftigte sich neben gängigen Arbeiten in Zusammenhang mit dem Betrieb des Telekommunikationsnetzes mit einigen Projekten.

Ein wichtiger Arbeitsbereich im Jahr 2006 war die Übernahme der Informatik des Kantonsspitals. Für die Umsetzung des Spitalprojekts «Elektronisches Patientendossier» musste nämlich eine Wifi-Plattform (kabelloses Netzwerk) eingerichtet werden, um die dem Spitalwesen eigene Mobilität der Arbeitsplätze zu gewährleisten (Tablet PC). In diesem Zusammenhang wurden im Kantonsspital über 100 Wifi-Antennen installiert. Dieser Einführung folgte eine Harmonisierung sämtlicher Wifi-Infrastrukturen beim Staat im Hinblick auf ihre zentralisierte Verwaltung. Diese Arbeiten werden im Jahr 2007 fortgesetzt.

Was das Glasfasernetz betrifft, so hatten die langdauernden Arbeiten auf dem Autobahnabschnitt Vaulruz und Châtel-St-Denis zur Folge, dass die dem Kanton von den Nationalstrassen zur Verfügung gestellten Glasfaserkabel nicht genutzt werden konnten und Glasfaserkabel bei anderen Lieferanten besorgt werden mussten. Ausserdem wurden einige neue Glasfaserabschnitte in Betrieb genommen, um unter anderem die Redundanz der Verbindung zum Kantonsspital sicherzustellen.

Ausserdem wurde an einer Datenbank gearbeitet, die die Dokumentation zum Glasfasernetz (in Papierform) elektronisch erfassen soll. Diese Arbeiten erfolgen in Zusammenarbeit mit dem Informatikdienst der Universität, die Miteigentümerin gewisser Abschnitte des kantonalen Informatiknetzes ist. Gegenwärtig ist das Glasfasernetz in einem Bezirk und in gewissen Teilen der Stadt Freiburg vollständig elektronisch inventarisiert.

Im Maschinenraum wurden die Informatikkabel vollständig saniert. Nicht weniger als 16 km Kupferkabel, 9 km Glasfaserkabel sowie 3500 Konnektoren für alle Medien zusammen wurden installiert und innerhalb eines Wochenendes in Betrieb gesetzt.

Bezüglich Telefonie wurde die Einsatz- und Alarmzentrale (EAZ) mit einer neuen traditionellen Telefonielösung der letzten Generation ausgestattet. Die letzten Verwaltungsdienststellen wurden andererseits mit VoIP ausgestattet. So können seit Ende 2006 praktisch alle Dienststellen des Staates kostenlos miteinander kommunizieren, da sie ans kantonale Netz angeschlossen sind.

2. Informatikkommission des Staates

Die Informatikkommission des Staates hat im Jahr 2006 unter dem Vorsitz des Finanzdirektors vier Mal getagt. Gemäss den Bestimmungen ihres Pflichtenhefts hat die Kommission zu folgenden Projekten Stellung genommen oder ist darüber informiert worden:

- Kantonales Informatikbudget 2007;
- Übernahme der Informatik des Kantonsspitals;

- Standortbestimmung zu verschiedenen Informatikprojekten (u. a. POA, KSTV, Betriebsämter, Anwendung für die Abstimmungen/Wahlen, elektronische Dokumentenverwaltung, Virtualisierung der Server beim ITA);
- Validierung der Projektmethodik bei Informatikprojekten;
- Ausbau und Wartung des kantonalen Informatiknetzwerkes;
- Bestätigung der Strategie für VoIP-Telefonie (Voice over IP (Internet-Protokoll));
- Begleitung des Aktionsplans zur Auflösung der Host-Plattform (Mainframe);
- Sicherheitskonzept für die Informationssysteme;
- Studie über die Informatikverwaltung an den Schulen in Zusammenarbeit mit FR-IKT;
- Interkantonale Zusammenarbeit.

3. Kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen

Die kantonale Kommission für Informatik im Unterrichtswesen (KK-IU) hat sich im Jahr 2006 unter dem Präsidium von Heinz Wyler zu drei Sitzungen getroffen und sich dabei mit folgenden Aufgaben befasst:

- Sie hat den Informatikbedarf bei den post-obligatorischen Schulen geprüft sowie die Informatikstrategien und Budgets mit Ausnahme des Budgets der Universität und der FH, die einen Sonderstatus innehaben.
- Sie hat ihre Stellungnahme abgegeben zu den Arbeiten für eine künftige Organisation der Wartungsarbeiten der Informatik in den post-obligatorischen Schulen.
- Sie hat Kenntnis von den verschiedenen Standortbestimmungen des FR-IKT Projekts genommen.
- Sie hat zu einem künftigen Projekt für eine globale Anwendung zur Schüler- und Studentenverwaltung Stellung genommen.

V. Amt für Personal und Organisation des Staates Freiburg

1. Personal

Der Personalbestand des Amtes für Personal und Organisation (POA) betrug im Jahre 2006 27,8 VZÄ (Vollzeitäquivalente), wobei drei dieser VZÄ aus dem Stellenpool stammen und dem Projekt ASL (Analyse der staatlichen Leistungen) zugeteilt sind.

2. Tätigkeiten

2.1 Allgemeines

Das POA war auch im Jahr 2006 stark von den Projekten in Anspruch genommen, zu denen das Inkrafttreten des Gesetzes über das Staatspersonal (StPG) und des Gesetzes über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG) den Anstoss gegeben haben. Nebst dem Projekt ASL (Analyse der staatlichen Leistungen) und dem Projekt «Führen mit Zielen», auf Französisch «Conduite par Objectifs», kurz CPO, auf die bereits im Rechenschaftsbericht 2005 eingegangen wurde, ist auf ein Projekt hinzuweisen, das den Mechanismus der Anpassung der Gehälter an die Reallohnentwicklung untersuchen soll, auf ein Projekt zur Untersuchung der Arbeitszeitflexibilisierung für das Staatspersonal sowie auf ein Projekt für ein Care Management mit individualisierter Kontrolle der krankheitsbedingten Abwesenheiten, dessen im Jahr 2006 entwickeltes Konzept im Laufe des Jahres 2007 konkretisiert und umgesetzt werden dürfte. Das POA ist auch weiterhin federführend bei der Schaffung der Personalfachstellen bei den Direktionen und Anstalten entsprechend den Vorschriften von Artikel 13 StPG. Im Jahr 2006 sind mehrere Vereinbarungen zur Schaffung solcher Personalfachstellen unterzeichnet worden, und das POA wird seine diesbezüglichen Anstrengungen im Jahr 2007 fortsetzen und auch die Organisation der Fachstellenkonferenz definieren. Im Weiteren war das POA stark eingebunden in die Arbeiten zur Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse des Staatspersonals, die noch nicht abgeschlossen sind. Schliesslich hat das POA die Migration seiner Software für den Voranschlag und die Gehälter geleitet und betreut und dabei das gesteckte Ziel der Produktivsetzung der neuen Software auf den 1. Januar 2007 erreicht.

a) Gesetzgebungsarbeiten

Am 27. Juni 2006 wurde dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf zur Änderung des StPG unterbreitet. Es ging dabei um die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erhebung eines freiwilligen Unterstützungsbeitrags zugunsten des Dachverbands des Personals öffentlicher Dienste des Kantons Freiburg. Nachdem der Grosse Rat diesem Entwurf zugestimmt hatte, hat das POA einen Verordnungsentwurf ausgearbeitet, der die Modalitäten für den Bezug und eine

allfällige Ablehnungserklärung regelt. Der Staatsrat hat diese Verordnung am 12. Dezember 2006 verabschiedet.

Gewisse interne Reglemente und Weisungen wurden geändert, um sie mit dem Sinn und Zweck des StPG in Übereinstimmung zu bringen. Ausserdem wurden in Entsprechung zur Antwort des Staatsrates auf die Anfrage Denis Grandjean über eine bessere Berücksichtigung eines öffentlichen Amtes durch längeren bezahlten Urlaub für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates die Weisungen des POA über die öffentlichen Ämter vollständig überarbeitet. Die neuen Bestimmungen klären die Modalitäten für die Gewährung von bezahltem Urlaub und kommen den Bedürfnissen der Inhaber/innen öffentlicher Ämter entgegen.

Es wurden zwei verwaltungsinterne Vernehmlassungen zu Änderungen von reglementarischen Bestimmungen durchgeführt. Die erste Vernehmlassung betraf die Entschädigung der obligatorischen Verpflegung am Arbeitsort. Auslöser für diese Vernehmlassung war die Notwendigkeit, die bestehenden Beträge zu harmonisieren und denjenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die während mehreren aufeinanderfolgenden Stunden Nachtarbeit leisten, eine neue Verpflegungsentschädigung zu gewähren. Der Staatsrat hat die entsprechende Verordnung am 12. Dezember 2006 gutgeheissen. Die zweite Vernehmlassung betraf die Wahrung des Lohnbesitzstands bei tieferer Einreihung einer Funktion und hatte eine Lohnbesitzstandsgarantie während fünf Jahren bei Tieferreihung der Funktion im Anschluss an eine Funktionsbewertung mit Evalfri zum Inhalt. Nach der Vernehmlassung wurde ein Verordnungsentwurf ausgearbeitet, der dem Staatsrat Anfang 2007 unterbreitet wird.

Das POA hat auch im Jahr 2006 seine allgemeine Beratungs- und Unterstützungsfunktion für die Direktionen, die Anstalten des Staates mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie gewisse subventionierte Institutionen wahrgenommen. Das POA hat sein Projekt zur Schaffung der Personalfachstellen bei den Direktionen und Anstalten entsprechend den Vorschriften von Artikel 13 StPG weitergeführt. Im Jahr 2006 wurden mehrere Vereinbarungen zur Schaffung solcher Personalfachstellen unterzeichnet.

b) Administrative Tätigkeiten

Personalrekrutierung: Die Personalsuche des Staates erfolgt über die Publikation der offenen Stellen im Amtsblatt, in den Printmedien und auf der Website des Staates. Ein Grossteil der Routinearbeit der Abteilung Verwaltung entfällt auf die Stelleninserate. Die Zahl der in den kantonalen und nationalen Printmedien veröffentlichten Stellenausschreibungen hat gegenüber 2005 um 12 % zugenommen, während die diesbezüglichen Kosten um 15 % angestiegen sind.

Anstellungsverträge: Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, hat das POA im Jahr 2006 640 Verträge und Vertragsänderungen ausgestellt bzw. vorgenommen (571 im Jahr 2005 und 566 im Jahr 2004). Darin nicht inbegriffen sind die Verträge der Anstalten des Staates und die Verträge der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport, die nicht vom POA ausgestellt werden.

Direktionen	Anstellungs- verträge	Vertrags- änderungen
Sekretariat des Grossen Rates	1	3
Staatskanzlei	4	5
Erziehung, Kultur und Sport	18	5
Sicherheit und Justiz	160	59
Institutionen und Land- und Forstwirtschaft	35	19
Volkswirtschaft	62	25
Gesundheit und Soziales	72	45
Finanzen	63	28
Raumplanung, Umwelt und Bauwesen	22	14
Total	437	203

c) Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Auch im Jahr 2006 hatte das POA das Präsidium der Branchenlösung «Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz in den kantonalen und eidgenössischen Verwaltungen» inne und führte deren Sekretariat. Im Jahr 2001 hatten ja die Kantone Aargau, Bern, Genf, Jura, Neuenburg, Tessin, Waadt, Wallis und Solothurn die Entwicklung einer gemeinsamen Branchenlösung für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz beschlossen. Im Jahr 2006 konnte im Rahmen dieser Zusammenarbeit und unter der Leitung des POA das SGA-Handbuch für die Kader der Verwaltung fertiggestellt werden.

Die Umsetzung des SGA-Systems in den Verwaltungseinheiten mit besonderen Gefahren wurde vertieft. Es ging darum, die Gefahren am Arbeitsplatz zu ermitteln und Massnahmen zu treffen, um diese Gefahren zu bewältigen.

Im Rahmen des von der Fachhochschule Freiburg für Soziale Arbeit (FH-SA) geleiteten Ausbildungsgangs «Gewalt: Prävention und Umgang» hatten zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Gelegenheit, sich in einem Kurs mit dem Umgang des Feuerlöschers vertraut zu machen. Dieser praktische Kurs sollte das richtige Verhalten bei einem Brandausbruch trainieren.

Ausserdem wurden in einigen Verwaltungseinheiten Kurse im Hinblick auf die Schaffung eines Netzes von Betriebs-sanitätern durchgeführt. Dieses Vorhaben wird in den kommenden Jahren weitergeführt.

Was den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz betrifft, so wurden in Zusammenarbeit mit Arbeitsärzten und Arbeits-hygienikern des Institut universitaire romand de santé au travail (IST) verschiedene punktuelle Untersuchungen durchgeführt.

d) Bewertung der Funktionen

Im Jahr 2006 hat die Kommission für die Bewertung und Einreihung der Funktionen (KBF) die Bewertung einer Gruppe von 19 Funktionen abgeschlossen, die Bestandteil der zweiten Etappe des dritten Mandats war, das der Staatsrat der KBF im Jahr 2005 erteilt hatte. Die bewerteten Funktionen sind hauptsächlich im pädagogischen, therapeutischen und pflegerischen Bereich angesiedelt. Der Bericht der KBF und die Stellungnahme des Amtes für Personal und Organisation (POA) wurden im Dezember

hinterlegt, und der Staatsrat hat sich in seiner Sitzung vom 19. Dezember 2006 damit befasst.

Im Jahr 2006 hat sich die KBF, die vom POA präsiert wird, das auch das Sekretariat führt, zu 17 Kommissions-sitzungen getroffen.

Ausserdem hat die Abteilung Studien zur Erstellung eines Inventars der Funktionsbeschriebe durchgeführt, das gemäss Artikel 17 StPG veröffentlicht werden muss. Die KBF hat Ende 2006 mit den ersten Funktionsbeschrieben begonnen.

Im Rahmen des Projekts «Führen mit Zielen» hat die Abteilung auch ein Bezugssystem für Kernkompetenzen entwickelt, das als Grundlage zur Personalbeurteilung dienen wird.

2.2 Informatik und Planung

Die Abteilung Informatikdienste des POA ist für die Entwicklung, den Betrieb und den Unterhalt der Informatik-systeme für die Personalbewirtschaftung zuständig. Ihre Tätigkeit umfasst dabei die Planung aller Prozesse im Zusammenhang mit der «technischen» Verwaltung des Personals, der Abwicklung der Gehaltszahlungen und den Personalbewirtschaftungsmodulen. Sie bildet die Benutzer aus und berät sie. Sie ist für die Stellenbewirtschaftung verantwortlich und erstellt den Voranschlag, die Rechnung und die Kontrolle des Personalbestandes.

Besondere Aktivitäten im Jahr 2006

Nebst diesen Routinearbeiten hat die Abteilung das Projekt «Migration HR Access» abgeschlossen, das in der Migration des Moduls «Gehälter-Voranschlag» der Sigagip-Software auf die Software HR Access bestand. Ende 2006 konnte aufgrund des Stands der Arbeiten und der Implementierungstests grünes Licht für die Produktivsetzung von HR Access für die Gehaltszahlungen vom Januar 2007 gegeben werden, wie dies in der ursprünglichen Planung vorgesehen war. Das Budget für dieses Vorhaben konnte eingehalten werden.

2.3 Personalverwaltung und Sozialversicherungen

a) Obligatorische Unfallversicherung (UVG)

Das gesamte Personal des Staates und seiner Anstalten ist gemäss UVG versichert (einschliesslich des teilzeitlich oder vorübergehend angestellten Personals). Der versicherte Lohn beträgt 80 % von maximal 106 800 Franken, bei einer UVG-Lohnsumme von über 880 Mio. Franken. Die Prämien für Nichtberufsunfallrisiken gehen ganz zu Lasten des Personals.

Die Prämienzahlungen gehen zu einem Fünftel an die SUVA und zu vier Fünfteln an einen Pool von Privatversicherern, der durch die National-Versicherung vertreten ist. Für die Nichtberufsunfallversicherung betrug der Prämien-satz des Pools 9,1 ‰ für Männer und Frauen, derjenige der SUVA 15,8 ‰. Für die Berufsunfallversicherung betrug der Prämien-satz des Pools 1,86 ‰ und derjenige der SUVA 7,250 ‰ und 31,313 ‰, wobei letzterer für die Bereiche mit erhöhtem Risiko gilt (Wald, Jagd und Fischerei).

Die Dienste des UVG-Büros als Verbindungs-, Koordinations- und Informationsorgan für die bei der SUVA und der National Versicherten werden das ganze Jahr hindurch in Anspruch genommen. Es wurden mehr als 2000 Unfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staates aufgenommen, kontrolliert und ergänzt, wobei 17 % davon auf die SUVA und 83 % auf die National-Versicherung entfallen. Die Unfallmeldungen betrafen zu $\frac{1}{3}$ Berufsunfälle und zu $\frac{2}{3}$ Nichtberufsunfälle. Ungefähr 50 % der Unfallmeldungen sind auf Stürze oder Sportverletzungen zurückzuführen, und etwa 30 % der Unfälle führten zu Arbeitsunfähigkeit.

	2004	2005	2006
Anzahl Versicherungsfälle UVG	2 011	2 098	2 018
– Berufsunfälle	352	371	323
– Rückvergütete Taggeldentschädigungen (Mio. Fr.)	2,06	2,4	2,286
Anzahl Taggelder (30 Tage pro Monat)	13 614	16 937	16 023
Rückvergütungen Dritter:			
– Invalidenversicherung		Fr. 48 307,45	
– Militärversicherung		Fr. 88 288,20	
– Haftpflichtversicherung haftbarer Dritter		Fr.	–,—

b) Andere Sozialversicherungen

Das POA ist auch mit der Betreuung invalider Angestellter beauftragt. Im Jahr 2006 wurden zwei Mitarbeiter/innen auf der Grundlage der dafür vorgesehenen Budgetrubriken angestellt. Zudem musste das Amt 73 IV-Rentengesuche behandeln. Gegenwärtig sind 38 Personen gemäss dem Staatsratsbeschluss über die Anstellung invalider Personen angestellt.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) musste das UVG-Büro im Jahr 2006 fast 200 Unfallversicherungsbestätigungen ausstellen.

119 Personen konnten im Jahr 2006 von der «Förderung der freiwilligen Pensionierung» in Form einer AHV-Überbrückungsrente profitieren.

c) Sozialfonds

Das Amt für Personal und Organisation verwaltet die Dossiers und führt das Sekretariat des Sozialfonds für das Staatspersonal. Im Jahr 2006 sind beim Sekretariat des Sozialfonds neun Gesuche eingegangen. Sieben Gesuchen wurde stattgegeben und zwei Gesuche wurden abgelehnt. Es laufen Darlehen im Gesamtbetrag von 116 318 Franken (Stand per 31. Dezember 2006).

Die Gründe der Gesuchstellenden stehen meistens in Zusammenhang mit einer finanziellen Notlage zum Beispiel auf Grund unvorhersehbarer Ausgaben, von Verschuldung oder des Auseinanderbrechens der Familie. Anträge für Darlehen für Konsumkredite werden immer abgelehnt. Die Finanzverwaltung zahlt die Darlehen direkt den Gläubigern aus, und die Rückerstattung erfolgt über einen Lohnrückbehalt auf dem Monatsgehalt der betreffenden Person.

Bei komplexen Fällen, in denen die finanzielle Lage der verschuldeten Personen eingehender geprüft und diese Personen umfassender betreut werden müssen (Schuldenberatung), leitet der Sozialfonds den Fall zur Prüfung an die CARITAS Freiburg weiter. Auf der Grundlage der Empfehlungen der CARITAS Freiburg (Bericht über die finanzielle Lage der Gesuchstellerin/des Gesuchstellers) kann der Sozialfonds mit der Gewährung eines Darlehens eine punktuelle Finanzhilfe leisten.

2.4 Organisation

Das POA, bei dem annähernd 200 Anträge für neue Stellen eingingen, hat die Direktionen und den Staatsrat bei der Aufstellung des Personal- und Stellenvorschlags unterstützt.

Das POA hat mehrere Mandate in Organisationsfragen finanziell unterstützt und betreut. Es handelte sich dabei um in verschiedenen Verwaltungseinheiten laufende Projekte, die sich mit der Entwicklung organisatorischer Instrumentarien, der Optimierung von Prozessabläufen, der Kommunikation, dem Change Management und der Verbesserung von Verfahrensabläufen befassten. Diese Projekte wurden vom POA im Jahr 2006 insgesamt mit rund 65 000 Franken unterstützt.

Das POA hat auch mehrere Verwaltungseinheiten in ihren Anstrengungen bei der Organisation, Optimierung oder Reorganisation, der Auswahl eines Beraters oder der Betreuung von an Dritte übertragenen Arbeiten unterstützt und begleitet.

Das Projekt ASL (Analyse der staatlichen Leistungen) war 2005 lanciert worden, und 31 Einheiten haben – auf drei Etappen verteilt – bereits an der Analyse teilgenommen. Das Projekt bezweckt die Analyse sämtlicher vom Staat erbrachten Leistungen im Hinblick auf die Freistellung von Ressourcen für die Wahrnehmung neuer Aufgaben bei gleichzeitig geringerer Zunahme des Personalbestandes. Das Projekt ASL, mit dem sich die Abteilung Organisation des POA hauptsächlich beschäftigen wird, erstreckt sich zeitlich bis ins Jahr 2009.

Das Projekt, das sich mit der Neugestaltung der Pflichtenhefte und ihrer Anpassung an das StPG und das SVOG befasst, steht kurz vor dem Abschluss. Das POA wollte den Personen, die Pflichtenhefte erstellen müssen, zweckmässige und genaue Unterlagen zur Verfügung stellen. So werden die neuen Standardpflichtenhefte, die entsprechenden Weisungen des POA sowie ein Leitfaden ab Anfang 2007 auf der Website des POA zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Priorität, die der Staatsrat dem Projekt ASL gegeben hat, musste das POA seine Ressourcen zugunsten des Projekts «Führen mit Zielen» nach unten anpassen. Dieses Projekt will ein System zur Führung der Verwaltungseinheiten und des Personals mit Zielen und zur Beurteilung der täglich von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erbrachten Leistungen. Für die laufende ausführliche Studienphase muss vom POA Aufbauarbeit geleistet werden, die den Besonderheiten in den Betriebsabläufen der verschiedenen Tätigkeitsbereiche beim Staat Rechnung trägt.

2.5 Ausbildung und Entwicklung

Das Aus- und Weiterbildungsprogramm des Staates soll es dem Verwaltungspersonal, den Kadermitgliedern sowie den Lernenden erlauben, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten auf einem aktuellen Stand zu halten und sie weiterzuentwickeln.

a) Kaderfortbildung

Für die Kadermitarbeiter ging im Jahr 2006 der Ausbildungszyklus FOCAFRI – formation des cadres de l'Etat de Fribourg – zu Ende, an dem 18 Personen teilgenommen haben. Es wurde auch ein Ausbildungszyklus zur Vermittlung von Management-Grundkenntnissen (FORMAFRI) organisiert, an dem 17 Personen teilnahmen.

Ausserdem konnten dank einer interkantonalen Vereinbarung Kaderseminare im Rahmen des Programms der öffentlichen Verwaltungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin besucht werden.

Die Kaderfortbildung ist eines der vorrangigen Ziele des Ausbildungsprogramms. Die Kurse sollen es ermöglichen, persönliche, zwischenmenschliche und organisatorische Kompetenzen zur Effizienzsteigerung der Kadermitarbeitenden in ihren Verwaltungs- und Führungsaufgaben zu entwickeln. 210 Kadermitglieder haben Weiterbildungskurse besucht.

b) Ausbildung im Bereich Sicherheit

Auf der Grundlage des Berichts zuhanden des Staatsrates über die Sicherheit der Behörden und des Personals des Staates Freiburg wurde ein Ausbildungskonzept aufgestellt. Es wurden Ausbildungsmodule ausgearbeitet, damit die Mitarbeitenden eine spezifische Ausbildung in diesem Bereich absolvieren können. Im Jahr 2006 wurde dieses Angebot wie folgt genutzt:

Einführungskurs – Prävention von Risiken: 174 Personen

Basiskurs (Mitarbeiter/innen ohne Kaderfunktion) – Gewaltsituationen: Prävention und Umgang: 122 Personen

Basiskurs (Kader) – Gewalt: Prävention und Umgang – die Rolle des Vorgesetzten: 56 Personen

Option – Einführung in die Selbstverteidigung: 142 Personen.

c) Ausbildung der Berufsbildner/innen und der Lernenden

Die Reform der kaufmännischen Grundbildung verlangte erhebliche Anstrengungen in der Ausbildung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner beim Staat Freiburg. Rund zwanzig Ausbildungsverantwortliche haben einen Kurs über die Neuerungen der Reform der kaufmännischen Grundbildung besucht. Ausserdem wurden im Jahr 2006 dreizehn neue Ausbildungsmodule für die Lernenden der Branche «Öffentliche Verwaltung» eingerichtet.

Die Ausbildung in der Lehre ermöglicht es den Lernenden, sich rasch ins Berufsleben einzufügen und sich mit der Kantonsverwaltung vertraut zu machen. Über 350 Lernende haben an den verschiedenen Kursen zu folgenden The-

men teilgenommen: Kundenempfang, effizient kommunizieren, Besuch des Grossen Rates, Motivation und Selbstmotivation, Protokollführung, Vorbereitung der Lehrabschlussprüfungen und Stellenbewerbung.

d) Rekrutierung der Lernenden

Im Jahr 2006 bewarben sich über 320 Jugendliche für eine Lehrstelle bei der Verwaltung und absolvierten eine Aufnahmeprüfung. Ihre Dossiers wurden nach der Auswertung an die Dienststellen und Anstalten weitergeleitet, die dann die definitive Auswahl trafen. Im kaufmännischen Bereich wurden für die Profile Basisbildung (B-Profil) und erweiterte Grundbildung (E-Profil) 45 Jugendliche angestellt. Mit Besuchen in über 60 Dienststellen konnte die Schaffung von neuen Lehrstellen gefördert werden. Diese Kontakte werden im Jahr 2007 weiter gepflegt.

e) Weiterbildung des Personals

Das Weiterbildungsangebot für das Personal umfasst zehn Hauptthemen. Die folgende Aufstellung nach Kernbereichen und Anzahl Teilnehmer/innen gibt einen Überblick über den Besuch der angebotenen Kurse:

Allgemeine Kenntnisse	101 Personen
Arbeitsmethoden	231 Personen
Gesundheit am Arbeitsplatz	40 Personen
Kommunikation und soziale Kompetenzen	88 Personen
Selbstkenntnis	142 Personen
Projektbegleitung	36 Personen
Massgeschneiderte Ausbildung/Coaching	154 Personen
Gewalt am Arbeitsplatz: Prävention und Umgang	25 Personen
Sprachausbildung	180 Personen
Informatikausbildung	450 Personen

Im Jahr 2006 haben insgesamt 2559 Personen am Fortbildungsprogramm des Staates Freiburg teilgenommen.

2.6 Gehälter / Gehaltsauszahlung

Die Abteilung Gehälter sieht sich mit einem weiterhin anwachsenden Arbeitsvolumen konfrontiert. Verantwortlich dafür sind zur Hauptsache die Übernahme neuer Sektoren, der Transfer von Stellen aus den Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit und die Zunahme der Teilzeitbeschäftigungen, insbesondere mit der Reduktion des Beschäftigungsgrades im Anschluss an einen Mutterschaftsurlaub. Die Abteilung ist für die monatlichen Gehaltszahlungen für durchschnittlich über 8800 Personen zuständig, was einer Verwaltung von insgesamt etwa 10 000 Dossiers entspricht.

Hauptaufgabe dieser Abteilung ist die Sicherstellung der Gehaltszahlungen gemäss Dienstverhältnis, den gesetzlichen Bestimmungen, den Gehaltsskalen und den für gewisse Personalkategorien geltenden ausserordentlichen Gehaltsskalen. Für diesen weitläufigen Bereich braucht es eine entsprechende Organisation sowie regen Kontakt mit den Anstellungsbehörden und den verschiedenen Dienststellen, damit die Qualität der Lohnverwaltung durchgehend garantiert ist.

Die Verwaltung der kantonalen Familienzulagen sowie der Arbeitgeberzulagen wird immer umfangreicher. Im Jahr 2006 wurden für über 3500 Kinder die Anspruchsberechtigung überprüft und die Studienbescheinigungen nachgeführt und kontrolliert. Dazu kommen die Prüfung der neuen Anspruchsberechtigungen nach der Geburt eines Kindes und die Überprüfung geänderter Familienverhältnisse (Trennung, Scheidung, Patchworkfamilien).

Die Abteilung Gehälter des POA war im Jahr 2006 sehr stark in Anspruch genommen mit mehr neuen Aufgaben, zunehmenden Routinearbeiten sowie der Vorbereitung zur Migration auf die neue Gehaltssoftware «HR Access», die auf den 1. Januar 2007 eingeführt wurde.

VI. Kantonale Steuerverwaltung

1. Einleitung

1.1 Aufgabe

Die Kantonale Steuerverwaltung (KSTV) ist verantwortlich für die Veranlagung der verschiedenen im Gesetz vom 6. Juni 2000 über die direkten Kantonssteuern und im Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) vorgesehenen Steuern. Im Hinblick darauf führt sie in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) das Register der Steuerpflichtigen nach.

Die KSTV bezieht die Kantonssteuern, die direkte Bundessteuer und die Kirchensteuer der juristischen Personen. Sie nimmt auf der Grundlage einer jeweiligen Vereinbarung auch die Steuern zahlreicher Gemeinden und Pfarreien ein.

Die KSTV stellt den Gemeinden eine Kopie der Veranlagungsverfügungen zu und übermittelt den AHV-Behörden diejenigen Informationen, die für den Bezug der AHV-Beiträge bei den Selbstständigerwerbenden und den Personen ohne Erwerbstätigkeit erforderlich sind.

1.2 Personalbestand

Der Personalbestand, der seit 2003 unverändert geblieben ist, umfasst 176,75 Vollzeitäquivalente. Diese verteilen sich (drei Lernende eingeschlossen) auf insgesamt 191 Personen, und zwar 61 Frauen und 130 Männer. Für bestimmte Arbeiten, die sich auf einen kurzen Zeitraum konzentrieren, etwa die Entgegennahme und die Erfassung der zirka 145 000 Steuererklärungen und die Archivierung der alten Dossiers, stellt die KSTV Hilfspersonal ein.

2. Im Jahr 2006 geleistete Arbeiten

2.1 Veranlagung der natürlichen Personen

Nachdem die einjährige Gegenwartsbesteuerung gut eingespielt ist, brauchen nicht mehr jedes Jahr Informationsveranstaltungen zum Ausfüllen der Steuererklärung durchgeführt zu werden. Deshalb hat die Steuerverwaltung diese Veranstaltungen seit dem Jahr 2005 durch sog. Treffpunkte in allen Bezirken ersetzt. Mitarbeitende der Steuerverwaltung standen den Steuerpflichtigen an acht Orten für Informationen zur Verfügung. Dieses Angebot wurde von 113 Steuerpflichtigen genutzt. Die geringe Nachfrage nach dieser Dienstleistung erklärt sich daraus, dass es für die Steuerperiode 2005 keine grösseren Änderungen gab.

Den Steuerpflichtigen wurde zum dritten Mal eine Software zur Verfügung gestellt, damit sie ihre Steuererklärung zu Hause am PC ausfüllen können. Diese Software namens FRITAX muss von der Website der Steuerverwaltung heruntergeladen werden. Sie bietet zwei verschiedene Möglichkeiten für die Erfassung der Steuerdaten: Es steht eine

mit einem Assistenten geführte Eingabe zur Verfügung, oder die Daten können direkt auf den Formularen am Bildschirm eingegeben werden. Die ausgedruckten Formulare und das dazugehörige Barcode-Blatt müssen anschliessend per Post der KSTV zugestellt werden. Die in den Barcodes enthaltenen Daten erlauben ein rascheres Erfassen der Steuererklärungen. Mehr als 29 000 Steuererklärungen konnten mit optischen Lesern erfasst werden, was 21,25 % der eingegangenen Steuererklärungen entspricht. Im Vorjahr waren es rund 21 600 Steuererklärungen gewesen.

Das Personal hat das neue Veranlagungssystem gut im Griff, so dass über 95 % der Steuerpflichtigen ihre Veranlagungsanzeige und die Schlussabrechnung 2005 bis Ende Dezember 2006 erhalten haben. Die noch nicht veranlagten Steuereinstreicher betreffen hauptsächlich Selbstständigerwerbende, die ihre Steuererklärung häufig etwas später einreichen.

Die KSTV behandelte parallel zu den Veranlagungen auch die eingegangenen Einsprachen und Beschwerden.

2.2 Veranlagung der juristischen Personen

Für die juristischen Personen gilt die einjährige Gegenwartsbesteuerung. Der erste Teil des Jahres wurde darauf verwendet, die Veranlagungen des Steuerjahres 2004 abzuschliessen. Die Hauptarbeit bestand im Jahr 2006 in der Prüfung der Steuererklärungen des Steuerjahres 2005. Mit der einjährigen Gegenwartsbesteuerung werden die Experten parallel zu den Veranlagungsarbeiten durchgeführt.

2.3 Vorarbeiten und Sonstiges

Ausser der Veranlagung und dem Bezug der verschiedenen Steuern, mit denen sich das Personal grösstenteils beschäftigt, erfüllt die KSTV auch andere Aufgaben, insbesondere im Rechtswesen, im Bereich der Statistik und bei der Aufstellung von Rechnung und Voranschlag. Den verschiedenen Instanzen im Kanton und beim Bund wurden zahlreiche Stellungnahmen, Bemerkungen, Berechnungen von finanziellen Auswirkungen und Antworten auf Vernehmlassungen abgegeben. Die KSTV hat auch die Antworten auf parlamentarische Vorstösse zum Steuerwesen vorbereitet. Bei der KSTV fiel auch im Vorfeld der Steuererklärung 2006 viel Arbeit an, vor allem mit der inhaltlichen Überarbeitung der zahlreichen Steuerformulare und der Wegleitung für das Ausfüllen der Steuererklärung, aber auch mit der Aufstellung der neuen Steuertarife für die Quellensteuer.

2.4 Neuer Lohnausweis

Ab dem 1. Januar 2007 (Steuerperiode 2007) wird in den meisten Kantonen – auch im Kanton Freiburg – der neue Lohnausweis (NLA) obligatorisch eingeführt.

Anhand von praktischen Beispielen hat die KSTV in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Freiburg, der Fédération Patronale et Economique und dem Freiburgerischen Arbeitgeberverband die hauptsächlichen Neuerungen vorgestellt. An drei französisch- und einer deutschsprachigen Informationsveranstaltung haben insgesamt über 500 Personen teilgenommen. Die Neuerungen wur-

den auch der Sektion Freiburg der Schweizerischen Treuhandkammer (70 Teilnehmende) und der Chambre des Experts en Finance et en Controlling (SWISCO) (200 Teilnehmende in der Westschweiz) vorgestellt.

2.5 Personalschulung

Die neuen Mitarbeitenden kamen in den Genuss einer zentralisierten internen Schulung. Die Vertiefung gewisser Themen und Fallstudien bot die Gelegenheit, sich die notwendigen Grundkenntnisse anzueignen und sich mit dem Steuersystem vertraut zu machen. Das Personal wurde über die Einführung des neuen Lohnausweises informiert. Die Schweizerische Steuerkonferenz (SSK) hat ein Aus- und Weiterbildungskonzept für alle Steuerverwaltungen bereitgestellt. Der Ausbildungskurs I (Basiskurs) wird zweimal pro Jahr durchgeführt, während der Ausbildungskurs II (Selbständigerwerbende und juristische Personen) im Berichtsjahr begonnen hat. Mit bestandener schriftlicher Prüfung erwarben fünf Mitarbeiter der KSTV das Zertifikat SSK-Kurs I. Gegenwärtig nehmen zwei Mitarbeiterinnen am Kurs I teil.

2.6 Zusammenarbeit

2.6.1 Innerkantonal

Da die KSTV im Besitz von umfangreichem Zahlenmaterial ist, das für gewisse Untersuchungen sehr wertvoll ist, wird sie unter Wahrung des Datenschutzes von anderen Dienststellen des Staates wie beispielsweise der Kantonalen Sozialversicherungsanstalt, dem Amt für Gemeinden oder dem Amt für Statistik wegen Statistiken angefragt. Im Jahr 2006 hat die KSTV zahlreiche Statistiken für die Projekte «Freiburger Spitalnetz» und «Neugestaltung des interkommunalen Finanzausgleichs» erstellt. Im Bereich Verwaltung hat sie im Jahr 2006 für sich und auch für andere Dienststellen des Staates (Amt für Personal und Organisation, Kantonale Gebäudeversicherung, kantonale Ausgleichskasse, Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt usw.) mit mehr als 1 555 000 (1 455 000) Postsendungen rund 2 710 000 (2 730 000) Unterlagen versandt. Diese Postsendungen wurden zur Hälfte für andere Dienststellen ausgeführt. Ferner beantwortete sie zahlreiche von Gemeinde- und Kirchenbehörden eingegangene Fragen im Zusammenhang mit der Aufstellung ihrer Budgets.

2.6.2 Steuerwesen

Mit der Steuerharmonisierung hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen stark zugenommen. Man spricht von vertikaler Harmonisierung beim Vergleich des Gesetzes über die direkten Bundessteuern mit den kantonalen Gesetzgebungen und von horizontaler Harmonisierung beim Vergleich der kantonalen Gesetzgebungen untereinander.

Die Eidgenössische Steuerverwaltung und die kantonalen Steuerverwaltungen sind in der Schweizerischen Steuerkonferenz (SSK) zusammengeschlossen. Die Mitglieder des Stabs der KSTV sowie gewisse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in diesem Gremium stark engagiert. So ist der Kanton Freiburg in den Kommissionen «Selbständigerwerbende und juristische Personen», «Einkommens-

und Vermögenssteuern», «Verfahren, Bezug und Strafen» sowie in verschiedenen Arbeitsgruppen, namentlich in derjenigen zur beruflichen Vorsorge und der WVK (Software zur Übermittlung der Wertschriftenverzeichnisse) vertreten. Für alle Beteiligten bedeutet dies einen beträchtlichen zusätzlichen Arbeitsaufwand.

3. Gesetz über die direkten Kantonssteuern (DStG) – Änderung vom 3. November 2006

Die eidgenössische Steuergesetzgebung ist erneut in einigen Punkten geändert worden. Der Staatsrat hat demzufolge im Hinblick auf die Harmonisierung die Anpassung des kantonalen Steuergesetzes beantragt.

Der Grosse Rat hat die vom Staatsrat beantragten Änderungen am 3. November 2006 gutgeheissen. Im Anschluss an das Bundesgesetz über dringende Anpassungen bei der Unternehmensbesteuerung (dieses Gesetz regelt die Tatbestände der indirekten Teilliquidation und der Transponierung) bringt der neue Artikel 21a eine gesetzliche Lösung für die indirekte Teilliquidation. Der neue Artikel 34a regelt den Abzug von freiwilligen Leistungen von Geld und übrigen Vermögenswerten mit der Festsetzung eines Mindestbetrags von 100 Franken und einem Maximalabzug von 20 % der Nettoeinkünfte bzw. des Reingewinns (Art. 101 Abs. 1 Bst. c). Diese Gesetzesänderung ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten.

4. Dekret vom 3. November 2006 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2007

Dieses Dekret trägt dem Mehraufwand, der dem Kanton mit der Einrichtung des Freiburger Spitalnetzes zum ersten Mal entsteht, durch eine Erhöhung des Steuerfusses auf 108,9 % Rechnung.

Anstatt die Einkommenssteuer der natürlichen Personen mit einer linearen Kürzung des Steuertarifs zu senken, wie dies der Staatsrat beantragt hatte, hat der Grosse Rat diese Senkung per Dekret vorgenommen. Demzufolge ist der Steuerfuss der Kantonssteuer auf dem Einkommen der natürlichen Personen auf 106,6 % der einfachen Steuer festgesetzt. Der Steuerfuss der Kantonssteuer auf dem Vermögen der natürlichen Personen und der Steuerfuss der Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen für die Steuerperiode 2007 betragen 108,9 %. Diese Einkommenssteuersenkung für die natürlichen Personen hat für den Staat eine Einnahmeneinbusse in der Höhe von 12 Millionen Franken zur Folge.

5. Informatik bei der KSTV

5.1 Ersetzung der Software zur Veranlagung der natürlichen Personen und zum Steuerbezug

Wie in der Planung des «Informatikleitschemas der KSTV» vom Jahr 2002 vorgesehen, liefen die von der

Cross Systems SA geleiteten Arbeiten zur Ersetzung der Software für die Veranlagung der natürlichen Personen und den Steuerbezug während des ganzen Jahres 2006 weiter. Der intensive Einbezug des Personals der KSTV wurde durch die enorme und unabdingbare technische Unterstützung des ITA ergänzt, namentlich zur Sicherung der Qualität und Stabilität der Architektur der neuen Software oder zur Anpassung und Integration der vorhandenen Systeme. Das ehrgeizige Ziel, dieses Werkzeug ab dem 1. Januar 2007 in Betrieb setzen zu können, ist Ende Jahr angepasst und die Produktivsetzung auf den 1. Januar 2008 festgesetzt worden. Die Bedürfnisse der KSTV führen auch zu anderen «Nebenprojekten», die die Informatikstruktur des gesamten Staates beeinflussen. Diese müssen parallel geführt werden, um die Koordination der verschiedenen Systeme sicherzustellen.

5.2 Steuererklärung der juristischen Personen – Einreichung der Steuererklärung via Internet und Simulation der Veranlagung

Das von der KSTV initiierte Projekt DI-PM Web will den steuerpflichtigen juristischen Personen sowie ihren Treuhandbüros ein Werkzeug zur Online-Einreichung der Steuererklärung zur Verfügung stellen. Die Anwendung wurde so konzipiert, dass sie von den Anwendern über eine gesicherte Internetverbindung benutzt werden kann. Dieses Projekt wurde im Herbst 2006 den Treuhandbüros vorgestellt, die es sehr begrüßten, da es ihren Erwartungen entspricht. Mit diesem neuen Werkzeug, das im Frühling 2007 zur Verfügung stehen wird und zum Ausfüllen der Steuererklärung für das Jahr 2006 verwendet werden kann, fällt bei der Erfassung für die Veranlagung viel Arbeit weg. Mit der von der Sopra Group realisierten neuen zweisprachigen Software kann nicht nur die Steuererklärung online eingereicht werden, es ist auch möglich, die Fristen abzufragen, die früheren Veranlagungen einzusehen, auf die Wegleitung und spezifische Online-Hilfe zuzugreifen sowie Dateien oder Beilagen beizufügen oder das Veranlagungsergebnis zu simulieren.



Die Online-Steuererklärung der juristischen Personen, bei der die erste gesicherte Internetverbindung im Kanton zum Einsatz kommt, wurde mit der Zielsetzung ausgearbeitet, dass bessere Kommunikation zu mehr Effizienz führt, und fügt sich in einen umfassenderen Ansatz ein, der auf einen verbesserten Austausch abzielt.

5.3 Sonstige Entwicklungen und Wartungsarbeiten

- Die Gemeinden, die dies wünschten, konnten die Steuerinformationen über ihre Steuerpflichtigen bisher in elektronischer Form ausschliesslich auf Diskette bei der KSTV beziehen. Für diese Dienstleistung ist eine neue, auf der Internettechnologie basierende Lösung entwickelt und das ITA mit deren Realisierung beauftragt worden. Diese neue Lösung ermöglicht ein einfaches, rasches, zuverlässiges und sicheres Datenrouting

und wird von den Gemeinden ab Februar 2007 als Dienstleistung in Anspruch genommen werden können.

- Bei der KSTV wird traditionellerweise mit fünf Hauptanwendungen gearbeitet, von denen jede einzelne ihre eigenen Zugriffsberechtigungen verwaltet, was punkto Sicherheit nicht optimal ist. Das ITA hat ein Projekt zu einer verstärkten Anwendungssicherheit bei den Anwendungen der KSTV durchgeführt, und für die Software zur Veranlagung der juristischen Personen, für die Quellensteuer und die Datensammlung mit den Grunddaten der Steuerpflichtigen ist eine zentralisierte Benutzerverwaltung eingerichtet worden. Die Anwendung zur Veranlagung der natürlichen Personen und diejenige für den Steuerbezug werden bei der Produktivsetzung der neuen Werkzeuge verbunden.
- Die Informatikanwendungen der KSTV mussten gewartet werden, und es mussten die vom Grossen Rat für die Steuerperiode 2007 beschlossenen Gesetzesänderungen, insbesondere die verschiedenen kantonalen Steuerfüsse, berücksichtigt werden. Die den Steuerpflichtigen zur Verfügung gestellte Software FRItax wurde an die neuen Anforderungen angepasst und ermöglicht eine abgestimmte Berechnung der direkten Bundessteuer.
- Aufgrund der Sachzwänge der neuen Informatiktechnologien musste der gesamte PC-Park der KSTV im Laufe des Jahres 2006 erneuert werden, und eine Produktionskette für das automatische Kuvertieren der Postsendungen wurde modernisiert.
- Die Abteilung EDV und Logistik der KSTV führt auch folgende Aufgaben aus: Unterhalt der Website www.fr.ch/scc, Planung, Starten und Kontrolle aller Vorgänge in Zusammenhang mit den Veranlagungsarbeiten, Wartung der Daten, Ausgabe der Akontozahlungen und der Abrechnungen, Debitorenverwaltung sowie Drucken und Kuvertieren der Dokumente. Sie erstellt die Formulare für die Büroautomation und die Druckerei. Sie ist ebenfalls zuständig für die Verwaltung der gesamten Arbeitsplätze, die Zugriffsberechtigungen und den Maschinenpark.

6. Bezug der Gemeinde- und Kirchensteuern durch die KSTV

Im Jahr 2006 nahmen 51 (58) Gemeinden diese Dienstleistung des Staates für den Bezug ihrer ordentlichen Steuern in Anspruch. Dieser Rückgang beruht insbesondere auf den zahlreichen Gemeindegemeinschaften im Jahr 2006.

Mit der Informatikanwendung, die 1995 eingerichtet wurde, kann diese Dienstleistung auch den Pfarreien des Kantons angeboten werden, sofern die Steuern bei allen Pfarreimitgliedern einer bestimmten Gemeinde erhoben werden. Seit dem 1. Januar 2003 nimmt die KSTV die Steuern der natürlichen Personen für zahlreiche Pfarreien in 129 (135) Gemeinden des Kantons ein. Diese Steuern werden auf der Grundlage einer Vereinbarung bezogen.

Die von den juristischen Personen geschuldete Kirchensteuer wird gemäss dem Artikel 17a des Gesetzes vom 26. September 1990 über die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat seit dem Steuerjahr 2001 von der Kantonalen Steuerverwaltung bezogen.

7. Steuerstatistiken

Die Steuerstatistiken 2004 sind im November 2006 veröffentlicht worden. Auf 40 Seiten geben sie mit Kommentaren, Tabellen und Grafiken Auskunft über den Ertrag der Kantonssteuern auf dem Einkommen und dem Vermögen der natürlichen Personen und über den Ertrag der kantonalen Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen für das Jahr 2004. Diese Statistiken wie auch diejenigen der Vorjahre sind auf der Website der KSTV unter der Adresse www.fr.ch/scc/ verfügbar.

8. Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen

Die Höhe der Steuereinnahmen ist auch von der Zahl der Steuerpflichtigen abhängig, und es ist interessant zu sehen, wie diese zugenommen hat. Sie ist auch ein Indikator für die Mehrarbeit bei der KSTV, obwohl der Faktor «Komplexität der Dossiers» in einer solchen Statistik nicht zum Tragen kommt.

9. Die wichtigsten im Jahr 2006 verbuchten Steuereinnahmen

9.1 Kantonale Steuereinnahmen

	Fr.	Fr.
Einkommens- und Vermögenssteuer der natürlichen Personen	640 368 267	
Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen	83 796 805	
Quellensteuern	19 462 395	
Steuern auf Kapitalabfindungen	13 479 644	
Steuern und Bussen infolge Hinterziehungsverfahren	3 088 174	
Besondere Liegenschaftssteuern	4 736 608	
Liegenschaftsgewinnsteuern	15 167 536	
Kapitalgewinnsteuern	12 920	780 112 349

9.2 Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer

	Fr.	Fr.
– Natürliche Personen	54 346 069	
– Juristische Personen	42 769 851	
– Finanzausgleich	92 813 102	189 929 022
Total		970 041 371

10. Steuerhinterziehungsverfahren

10.1 Kantonssteuern

In Anwendung der Artikel 220 ff. DStG hat das Steuerinspektorat 339 (278) Entscheide eröffnet, die sich wie folgt aufteilen:

In den letzten Steuerperioden haben sich die Steuerdossiers zahlenmässig wie folgt entwickelt:

– Natürliche Personen

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2005	2006
Freiburg-Stadt	18 809	19 458	19 016	18 747	18 865
Saane Land	18 169	24 639	26 185	27 654	28 432
Sensebezirk	17 673	21 216	22 172	22 546	22 824
Greyerzbezirk	18 462	21 454	22 884	23 709	24 056
Seebezirk	12 172	15 223	16 441	17 281	17 542
Glanebezirk	8 165	9 711	9 878	10 066	10 293
Broyebezirk	11 847	13 915	14 497	14 959	15 306
Vivisbachbezirk	5 898	7 492	7 869	8 040	8 268
	111 195	133 108	138 942	143 002	145 586

– Juristische Personen

Bezirke	Anzahl Steuerpflichtige per 31. Dezember				
	1985	1995	2000	2005	2006
Freiburg-Stadt	3 934	4 056	3 749	4 099	4 043
Saane Land	657	1 366	1 572	2 033	2 130
Sensebezirk	773	1 074	1 107	1 308	1 333
Greyerzbezirk	611	964	1 042	1 308	1 331
Seebezirk	477	782	913	1 159	1 187
Glanebezirk	306	386	442	515	521
Broyebezirk	427	582	666	832	868
Vivisbachbezirk	242	337	433	538	564
	7 427	9 547	9 924	11 792	11 977

273 (236) Fälle von Steuerhinterziehung und Steuerbussen

47 (27) Fälle von versuchter Hinterziehung und Gehilfenschaft

19 (15) Fälle von Nachsteuern.

Gegen diese Entscheide wurden bei der KSTV 22 (18) Einsprachen erhoben und 2 (3) Beschwerden beim Steuergesichtshof des Verwaltungsgerichts eingereicht.

Die Nachsteuern oder hinterzogenen Steuern und Steuerbussen ergeben folgende Beträge:

	2006 Fr.	2005 Fr.
Steuern	2 208 364	2 245 591
Bussen	879 810	777 765
Total	3 088 174	3 023 356

10.2 Direkte Bundessteuer

Im Jahr 2006 hat das Steuerinspektorat auch in Anwendung der Artikel 175 ff. des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG) Nachsteuerverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet und Bussenverfügungen erlassen.

Der Gesamtbetrag der Nachsteuern und Steuerbussen beläuft sich auf 1 233 946 Franken (1 390 634 Franken).

10.3 Steuervergehen

Wer zum Zweck einer Steuerhinterziehung gefälschte, verfälschte oder inhaltlich unwahre Urkunden zur Täuschung der Steuerbehörden gebraucht, wird zusätzlich zu den administrativen Massnahmen mit Gefängnis oder Busse bis zu 30 000 Franken bestraft (Art. 231 DStG – Art. 186 DBG).

Im Jahr 2006 wurden beim Untersuchungsrichteramt des Kantons Freiburg 3 (0) Strafanzeigen erstattet. Die Gerichte erliessen 3 (11) Urteile.

11. Steuererlasse

Gestützt auf Artikel 212 DStG, entscheidet die Finanzdirektion nach Anhören der Gemeindebehörde über Steuererlassgesuche. Zu diesem Zweck stellt die KSTV die notwendigen Ermittlungen an, unterbreitet eine Stellungnahme und bereitet die von der Finanzdirektion getroffenen Entscheide vor.

Im Jahr 2006 wurden 606 (583) Erlass- und Revisionsgesuche gestellt, die wie folgt bearbeitet wurden: 213 (193) Steuerpflichtige erhielten einen abschlägigen Entscheid, während 180 (131) Steuerpflichtigen ein Steuererlass gewährt wurde. In 165 (125) Fällen wurde die Steuer für ein Jahr erlassen, in 13 (5) Fällen die Steuer für zwei Jahre und in 2 (1) Fällen die Steuer für mehr als zwei Jahre. 148 (144) Gesuche wurden schlussendlich nicht als Steuererlassfälle erledigt. Die Zahl der Dossiers berücksichtigt auch die laufenden Gesuche, und zwar 111 zu Beginn des Jahres und 65 am Ende des Jahres.

Der Betrag der erlassenen Kantonssteuern beläuft sich auf 157 481 Franken (119 366 Franken).

VII. Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern

1. Organisation/Personal

Das Amt für Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESSA) verfügt seit 1998 unverändert über 2,30 Vollzeitäquivalente, die sich wie folgt aufteilen: ein Dienstchef zu 100 %, eine Verwaltungssachbearbeiterin zu 60 %, eine Sekretärin zu 40 %, eine Verwaltungsangestellte zu 30 % und ein KV-Auszubildender. In den ersten vier Monaten des Jahres wurde das Team noch durch eine kaufmännische Angestellte verstärkt, die im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms angestellt war.

2. Veranlagung der Erbschafts- und Schenkungssteuern

Im Jahr 2006 bearbeitete das Amt 1734 Steuerinventare bei Todesfall und Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen (1882 im Jahr 2005). Es stellte 364 Erbschafts- und Schenkungssteuerrechnungen aus (412 im Jahr 2005), welche einer Gesamtsteuereinnahme für den Kanton von 2 745 312 Franken entsprachen.

Die Erbschafts- und Schenkungssteuern teilen sich wie folgt auf:

- Erbschaftssteuern: 329 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 2 601 151 Franken
- Schenkungssteuern: 35 Rechnungen in einem Gesamtbetrag von 144 161 Franken

Der Erbschafts- und Schenkungssteuerertrag der letzten acht Jahre (1999 – 2006) beläuft sich auf durchschnittlich 4 720 280 Franken jährlich. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern haben sich seit 1999 wie folgt entwickelt:

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
4 063 581	4 090 467	4 011 707	4 553 051	5 165 721	8 939 871	4 192 536	2 745 312

Es sei daran erinnert, dass der Betrag des Jahres 2004 dank eines ausserordentlichen Einzelfalls aussergewöhnlich hoch ausgefallen war. Ohne diesen «Sonderfall» würde der Jahresdurchschnitt bei rund 4 Mio. Franken liegen.

3. Weitere Aktivitäten

Das Amt kontrolliert die von den Friedensrichtern aufgenommenen Erklärungen für Nichtvorhandensein von Vermögen und Steuerinventare sowie die damit zusammenhängenden Gebührenrechnungen. Es ist auch Bindeglied zur Kantonalen Steuerverwaltung, indem es jeweils dem betroffenen Sektor ein Exemplar des Steuerinventars übermittelt.

Das Amt erhält von Treuhandbüros, Notaren, Banken und Privaten zahlreiche Anfragen zur Erbschafts- und Schenkungssteuer. Seit dem 1. Oktober 2003 ist eine Website mit einem umfassenden Informationsangebot in Betrieb. Sie gibt Antwort auf die wichtigsten Fragen auf dem Gebiet der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Gesetz, Steuertarif, Abzug für Beerdigungskosten, Versicherungen usw.). Die eingegangenen Rückmeldungen stufen diese Website als benutzerfreundlich und informativ ein. Die Website wird auch regelmässig aktualisiert.

Das Amt hat an der 3. Etappe des Leistungsanalyseprojekts teilgenommen (Analyse der staatlichen Leistungen, ASL). Das Programm begann am 24. August 2006 mit einer Informationsveranstaltung und wurde Ende November 2006 mit der Übergabe des Vorschlagskatalogs abgeschlossen.

Das Amt bildet auch einen Lernenden aus. Die Reform der kaufmännischen Grundausbildung erfordert einen viel grösseren Einsatz der für seine Ausbildung verantwortlichen Personen.

4. Gesetzgebung

Rechtsgrundlage ist das Gesetz vom 4. Mai 1934 betreffend die Einregistrierungsgebühren (Erbschafts- und Schenkungssteuern). Es enthält die Bestimmungen über die Erhebung verhältnismässiger Gebühren auf den unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden (Schenkungssteuern) und von Todes wegen (Erbschaftssteuern) sowie auf den Stiftungsurkunden.

Nach dem Inkrafttreten der Weisung vom 24. Juni 2003 über die Anwendung von Artikel 16 Bst. b des Tarifs der Einregistrierungsgebühren sind immer mehr Gesuche für diesen ermässigten Steuersatz gestellt worden. Dieser Artikel kann bei der Veranlagung von Zuwendungen an nicht verwandte Begünstigte zur Anwendung gebracht werden, die mit der oder dem Zuwendenden in einer Beziehung gelebt haben, die mit einer engen familiären Bindung vergleichbar ist. Es handelt sich dabei hauptsächlich um in der gleichen Familiengemeinschaft aufgewachsene Kinder der Ehegattin oder des Ehegatten, um Konkubinatspartner oder gleichgeschlechtliche Partner. In Anbetracht der zunehmenden Zahl der Patchworkfamilien entspricht dieser Artikel einem echten Bedürfnis und ist offizielle Rechtsgrundlage für die Anwendung dieses ermässigten Steuersatzes.

Die seit Herbst 2004 laufenden Vorarbeiten für ein neues Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuern (ESchG) wurden im Berichtsjahr abgeschlossen und der Vorentwurf dieses Gesetzes sowie die dazugehörige Botschaft in die Vernehmlassung geschickt. Das Amt gab nach Prüfung des Gesetzes- und Botschaftstextes seine Stellungnahme an die Finanzdirektion ab.

VIII. Amtliche Vermessung

Als amtliche Vermessung gelten die zur Anlage und Führung des Grundbuches ausgeführten Vermessungen. Die von ihr produzierten Geodaten dienen dem Aufbau und dem Betrieb von Landinformationssystemen. Der Staatsrat übt die kantonale Obergewalt über die amtliche Vermessung aus und verfügt zu diesem Zweck über das Amt für Vermessung und Geomatik (das Amt).

Das Amt leitet, kontrolliert und koordiniert die Vermessungsarbeiten, die Nachführung und die Abgabe der Information der amtlichen Vermessung. Es ist verantwortlich für die Datenbank der raumbezogenen Informationen des kantonalen Landinformationssystems, verwaltet sie und gewährleistet deren Qualität. Bei den raumbezogenen Daten handelt es sich um die Daten über den Grundbesitz und seine Einschränkungen, über die Bodenbedeckung und die Einzelobjekte, über die Nomenklatur und die Adressen, über die Höhe, über die Fixpunkte, über die Übersichtspläne und Luftaufnahmen. Das Amt gewährleistet die Zuverlässigkeit, die Aktualisierung und die Vollständigkeit dieser Daten unter Berücksichtigung der vom Bund erlassenen Standards und in Übereinstimmung mit den Erwartungen der Gemeinwesen und der Allgemeinheit betreffend Fristen, Kosten und Koordination der Aktivitäten mit den anderen Wirtschaftszweigen.

Das Amt hat ein Qualitätssystem erarbeitet und ist ISO9001- und PM9001 zertifiziert. Es hat fünfzehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (was 14 Vollzeitäquivalenten entspricht) sowie einen Lernenden und wird vom Kantonsgeometer geleitet. Für die Ausführung der Arbeiten stützt es sich hauptsächlich auf den Privatsektor, die Ingenieur-Geometer und andere Vermessungsfachleute.

1. Lage- und Höhenfixpunkte

Bezugsrahmen: In der Schweiz stützt sich die amtliche Vermessung auf ein Koordinatensystem, das zu Beginn des 20. Jahrhunderts eingeführt wurde, den Benutzern der Landeskarten (mit den Koordinaten $Y = 600\,000$ m und $X = 200\,000$ m für Bern) bestens bekannt ist und von den Wissenschaftlern LV03 (für Landesvermessung 1903) genannt wird. Durch den Gebrauch von Satelliten für die Positionierung von Gegenständen auf der Erdkugel hat sich ein weltweit gültiges geodätisches Bezugssystem aufgedrängt (WGS84 für World Geodetic System 1984) und qualitative Mängel der nationalen Systeme konnten aufgezeigt werden. In allen Ländern hat sich nach und nach eine neue Bestimmung der Bezugsrahmen durchgesetzt. Für die Schweiz haben die Geodäten von Swisstopo einen solchen neuen Bezugsrahmen LV95 (für Landesvermessung 1995) bestimmt. In der Praxis unterscheidet man ihn durch den Namen und den Wert der Koordinaten E (für East/Ost) $= 2\,600\,000$ m und N (für Nord) $= 1\,200\,000$ m für Bern. Die Abweichung zwischen dem alten und dem neuen Rahmen ist in Bern gleich Null und bewegt sich im Bereich von einem Meter an den Extremitäten der Schweiz. Im

Kanton Freiburg muss man mit Abweichungen von 10 cm bis 35 cm rechnen. Seit mehreren Jahren organisiert der Bund das Projekt und bereitet die Umsetzung der Landesvermessung vor (Geodäsie, Karten usw.). Die Kantone ihrerseits bereiten intensiv die Grundlagen für die Umsetzung der Daten der amtlichen Vermessung (Kataster und Grundbuch) und der lokalen Daten vor.

In Freiburg hat das Amt im Jahr 2006 die notwendigen Vorbereitungsarbeiten beendet, um diese Umsetzung LV03 \leftrightarrow LV95 zu gewährleisten. Die Transformationsdreiecke wurden erstellt und Swisstopo hat sie als Parameter der Umsetzung eingeführt. Swisstopo muss sie nun auch gleichzeitig auf dem ganzen nationalen Territorium veröffentlichen.

Unterhalt und Wiederherstellung: Das Amt ist auch in den Gemeinden tätig geworden, in denen neue Parzellarvermessungen oder Erneuerungen vorgesehen sind, und auf Verlangen, wenn ihm ein bedrohter Bezugspunkt signalisiert wurde. Beim Höhenfixpunktnetz wurden keine besonderen Arbeiten ausgeführt.

2. Übersichtspläne

Die in «Raster»-Form gespeicherten Übersichtspläne sind für die Dienststellen auf dem Server des Staates via Netzwerk jederzeit verfügbar. Die Abgabe an Dritte erfolgt hauptsächlich auf CD-ROM.

Das Kantonsgebiet wird von einem Gitternetz von 172 Planblätter im Massstab 1:5000 abgedeckt. Für 28 Pläne oder 16 % (22 %) des vorwiegend im Berg- und Grenzgebiet gelegenen Gebiets geht die Nachführung auf das Jahr 1990 zurück; für 16 % des Gebiets (28 Pläne) wurde die Nachführung zwischen 1992 und 1995 grafisch durchgeführt; für den Rest des Gebiets, nämlich 68 % (62 %) und 121 (107) Pläne, erfolgt die Nachführung numerisch entsprechend dem Verlauf des Vermessungsprogramms. 100 (86) dieser Pläne sind nach dem Jahr 2000 nachgeführt worden. 2006 wurden 13 Planblätter nachgeführt, und zwar die Blätter 1165.44, 1184.12, 13 und 14, 1186.14, 31, 32, 33 und 34, 1204.23, 1224.42, 1226.31 und 1246.11.

Das Amt hat auch die Daten des digitalen Oberflächenmodells und des digitalen Terrainmodells der Vereinbarung mit Swisstopo entsprechend an zahlreiche Kunden abgegeben.

Die am 9. August 2005 durchgeführte fotografische Abdeckung des Kantonsgebiets wurde mit Hilfe des digitalisierten Oberflächenmodells zu massstabgetreuen, aktualisierten Orthophotos verarbeitet. Diese Orthophotos mit einer Auflösung von 50 cm pro Pixel am Boden wurden allen Dienststellen des Staates zur Verfügung gestellt und den Gemeinden für ihr eigenes Gebiet angeboten. In der amtlichen Vermessung werden sie für die interaktive Kartografie und für die Nachführung der Übersichtspläne und der Bodenbedeckung, namentlich die Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen, benutzt. Eine Infrarot-Version wurde dem Amt für Wald, Wild und Fischerei zur Verfügung gestellt.

3. Parzellarvermessung

3.1 Organisation

Die Daten der amtlichen Vermessung werden von einer Informatikanwendung verwaltet, die 1991 in Betrieb genommen wurde und die seit 2003 vom Lieferanten nicht mehr gewartet wird. Seit 2001 hat das Amt in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen Neuenburg und Waadt auf dem Markt befindliche Software und ihre Möglichkeiten zur Anpassung an die Zusammenarbeit zwischen den privaten Geometern und der Verwaltung evaluiert. Auf Grund eines genauen Pflichtenheftes, eines Pilotprojekts und einer gezielten Ausschreibung fiel die Wahl auf das Produkt «TOPOBASE» der Firma C-plan. Nach zahlreichen vom Amt unabhängigen «Hürden» (offenkundige Unterschätzung des Arbeitsausmasses durch den Lieferanten, seine Übernahme durch die Firma Autodesk sowie sein erwiesener Mangel an Ressourcen für dieses Projekt) konnte die Migration der Daten im Herbst 2006 endlich geplant werden. Da diese Operation mit einer umfassenden Anpassung des Datenmodells einhergeht, musste die Speisung der Datenbank vor ihrer Exportation für die Transformation unterbrochen werden. All diese Einschränkungen hatten Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation, sowohl bei den neuen Parzellarvermessungen wie auch bei der Nachführung. Denn um mit den mit dem alten System verwalteten Dossiers reinen Tisch machen zu können, wurde den privaten Geometerbüros für die Lieferung von Gebäudeaufnahmen aus laufenden Mandaten eine letzte Frist auf den 15. Juni und für die Mandate von Grenzänderungen eine letzte Frist auf den 18. September gesetzt. Nach der Nachführung dieser Dossiers wurde die Datenbank exportiert und Anfang Oktober Autodesk für die Migration übergeben, die 6 Wochen dauerte. Diese Zeit wurde für die Schulung und Einführung der Mitarbeitenden des Amtes und der privaten Büros in die neuen Praktiken genutzt. Die letzten Wochen des Jahres waren der Kontrolle des Transfers und der Anpassung der sich aus dem Wechsel des Datenmodells ergebenden Besonderheiten gewidmet. Ab 2007 müssen der durch diese Operation entstandene Rückstand aufgeholt und die unentbehrlichen Werkzeuge für den Betrieb dieser neuen Ressourcen, wie die Parameterdarstellung der Zeichen-, Extraktions-, Formatumwandlungs- und Abgabe-Software, ausgearbeitet werden.

3.2 Neue Parzellarvermessungen (Katastererstellungen)

Das Programm zur Realisierung der Neuvermessungen und der Numerisierung der bestehenden Pläne ist weitgehend von den auf diesem Gebiet zwischen Bund und Kanton abgeschlossenen Programmvereinbarungen abhängig. Die Rahmenvereinbarung 2004 – 2007 sieht die Realisierung von 54 000 ha Vermessung und 17 000 ha Numerisierung vor; die Jahresvereinbarung 2006 erwähnt 22 % der Rahmenvereinbarung. Die gesetzten Ziele wurden erreicht und stellen sich wie folgt dar:

Im Jahr 2006 beschlossene Operate:

- In Anwendung der Bestimmungen über das öffentliche Beschaffungswesen wurden die Arbeiten für die neue

Parzellarvermessung von Autafond, Crésuz, Kleinbödingen, La Brillaz, La Folliaz, Léchelles (Sektor Chandon), Le Flon (Sektoren Bouloz und Porsel), Haut-Intyamou, Mézières (Sektor Berlens), Muntelier, Plaffeien, Siviriez (Sektoren Villaranon und Siviriez), Torny und Wallenried vergeben. Ferner wurden die Arbeiten infolge der Güterzusammenlegungen von Auboranges und Gurmels mit dem Meliorationsamt abgestimmt.

- Erneuerungen wurden für Bödingen, Léchelles (Sektor Léchelles), Montagny (Sektor Mannens-Grandsivaz), Muntelier und Siviriez (Sektoren Chavannes-les Forts, Le Saulgy, Prez-vers-Siviriez und Villaraboud) vergeben.
- Numerisierungen wurden für St. Antoni, Vuadens und Vuarmarens vergeben.

Operate in Bearbeitung:

Die gegenwärtig in Bearbeitung stehenden Operate betreffen 62 691 ha, was 37,56 % (33,68 %) des Kantonsgebietes entspricht, während bereits 69 261 ha (63 563 ha) oder 41,50 % (38,04 %) des Kantons definitiv in der Datenbank verwaltet werden. Seit der Einführung der Programmvereinbarungen am 1. Januar 1998 wurden 61 120 ha den Dienststellen und den Dauerbezügern auf dem Vermessungs-Server zur Verfügung gestellt.

Während der Bund plötzlich für 2007 ein Moratorium für Vertragsabschlüsse beschlossen hat, das voraussichtlich bis zur Einführung der NFA dauern wird, sind Vorprojekte, wovon einige in Verbindung mit Güterzusammenlegungen stehen, noch in Châtel-sur-Montsalvens, Cheiry (Sektor Chapelle), Haut-Intyamou, Misery-Courtion und Plaffeien in Arbeit und betreffen 12 432 ha.

Im Jahr 2006 beendete Operate:

- Die Parzellarvermessungen von Düdingen, Lose 9A und 9B, Gurmels Los 3, Murten (Sektor Altavilla) sowie die Erneuerung von Le Flon (Sektor Pont) und die Numerisierungen von Arconciel, Corpataux-Magnedens (Sektor Corpataux), Heitenried, Grangettes, Gurmels (Sektor Wallenbuch), Mézières Los Ia, Vernay und Vuisternens-devant-Romont (Sektoren La Magne, La Joux und Lieffrens) sind beendet. Dies entspricht einer Gesamtfläche von 5828 ha, die neu auf dem Server zur Verfügung gestellt wurden.
- Die Arbeiten zur Kontrolle der landwirtschaftlichen Nutzflächen mittels Vermessungen führten zu periodischen Nachführungen auf 2298 ha der Gemeinden Grangettes, Heitenried, Le Flon, Mézières und Vuisternens-devant-Romont.
- Nach Abzug der Kostenbeteiligungen des Bundes und des Kantons wurden die Restkosten der Neuvermessungen von Düdingen Los 8, Agriswil, Büchslen, Gempnach, Farvagny Los 2, Murist Lose 1 und 2 und Nuvilly verteilt und den Gemeinden und den betroffenen Eigentümern in Rechnung gestellt.

3.3 Unterhalt und Nachführung

Mutationen: Die wegen der Migration der Datenbank gesetzten Fristen (s. oben Absatz 3.1) führten zu einer Abnahme der eingereichten Dossiers. 2006 haben die amtlichen Geometer dem Amt 2574 (3673) Mutationsverbale zugestellt. 1112 (1168) dieser Verbale sind Grenzänderungs- oder Teilungsverbale, 1138 (1086) wurden nach der Kontrolle durch das Amt visiert. Betreffend die Katasteraufnahme der neuen oder abgeänderten Gebäude hat das Amt 2308 (2648) Mandate und 2241 (2007) Kontrollvisen erteilt. Im Jahr 2006 lagen 71 % der Mutationen in den 41,5 % des Gebiets, die bereits numerisch in der Datenbank verwaltet werden.

Nachführung: Die im Jahre 2005 erstellten Mutationsverbale wurden auf den Plänen der Grundbuchämter und der Gemeinden nachgeführt.

4. Geomatik

4.1 Koordination mit dem Grundbuch

Wie in den vergangenen Jahren hat das Amt nach jeder Vermessung den Grundbuchämtern die Daten der Liegenschaftsbeschreibungen übermittelt, die automatisch aus den numerischen Daten der amtlichen Vermessung hervorgegangen sind.

Eine Gemeinsamkeit der Grundbuchämter und des Amtes für Vermessung und Geomatik ist, dass beide Informationen über die Liegenschaften verwalten. Die Publikation dieser Daten im Internet wurde in der interaktiven Kartographie vereint. Mittelfristig geht es darum, die Datenbanken des Grundbuches und der amtlichen Vermessung zu verbinden, um die Verfahren bei der Hinterlegung von Dokumenten beim Grundbuch zu vereinfachen.

4.2 Geometrische Datenbank der amtlichen Vermessung

Aufgrund der Nachführungsarbeiten der amtlichen Geometer hat das Amt nach Prüfung der Daten deren Transfer in die Originaldatenbank der Vermessung veranlasst. Ende 2006 waren 2358 (2221) Katasterpläne auf dem Server abgespeichert, 137 (220) mehr als Ende 2005, und 3 197 978 (2 964 422) Objekte, 233 556 (303 454) mehr als Ende 2005. Durch die Nachführungen des LIS waren 7169 (7714) Bodenbedeckungselemente und 5178 (5913) Liegenschaften durch 790 (884) Grenzänderungen betroffen, von denen 480 (500) definitiv rechtsgültig im Grundbuch eingetragen wurden.

4.3 Intranet und Internet

Das Amt nutzt seine Internet- und Intranet-Seiten regelmässig als seine wichtigsten Informationsträger. Es hat seine Arbeiten zur Publikation der Daten der amtlichen Vermessung, die es seit 1998 im Internet zur Einsichtnahme zur Verfügung stellt, weiter ausgebaut. Es sind dies die Übersichtspläne, die Parzellarraster, die numerischen Katasterpläne (vektorielle Parzellen, Bodenbedeckungen, Adressen), die Orthophotos, die numerischen Höhenmodelle (Höhenkurven, schattierte Höhenmodelle mit oder ohne Bewuchs und Bebauung) und die Adressen des Gebäude- und Wohnungsregisters.

Auf diesem Gebiet hat das Amt seine Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg, mit der es die Infrastruktur und die Kosten teilt, fortgesetzt. Je nach Vermessungsstand werden die Daten alle drei bis sechs Monate publiziert.

IX. Grundbuch

Die Führung des Grundbuchs obliegt in unserem Kanton sieben Grundbuchämtern, das heisst, es gibt ein Grundbuchamt pro Bezirk. Nebst der Hauptaufgabe, nämlich der Führung und Verwaltung der Dokumente und Informationen hinsichtlich der Rechte und Pflichten in Zusammenhang mit dem Immobiliarsachenrecht, nehmen die Grundbuchämter auch Aufgaben als Steuerbehörde wahr, da sie mit der Veranlagung mehrerer Steuern beauftragt sind. Es sind dies die Handänderungssteuer bei Grundstückübertragung, die Grundpfandrechtssteuer und die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes.

Die Grundbuchämter verfügen über durchschnittlich 32 Vollzeitäquivalente und bilden 10 Personen aus (Berufsmatura sowie kaufmännische Grundbildung mit Profil B und E).

Pierre Rime, Notar in Bulle, ist als Nachfolger des zurückgetretenen Sébastien Schneuwly als Grundbuchverwalter des Greyerzbezirks angestellt worden. Er hat sein Amt am 1. Oktober 2006 angetreten.

1. Grundbuchämter

1.1 Ordentliche Tätigkeiten

Die Hauptaufgabe der sieben Grundbuchämter besteht in der Führung des Grundbuchs. Das Arbeitsvolumen lässt sich anhand folgender Indikatoren abschätzen: Anzahl der Eintragungsbegehren, ausgestellte Grundbuchauszüge und eingegangene Auskunftsbegehren.

Im Jahr 2006 wurden 31 079 Eintragungsbegehren gestellt (30 152 im Jahr 2005). Die Urkunden werden innert drei bis zwölf Wochen nach Eingang beim Grundbuchamt ins Grundbuch eingetragen.

Die Grundbuchauszüge, insbesondere die maschinengeschriebene Übertragung der handschriftlichen Angaben im Kataster, machen weiterhin einen Grossteil des Arbeitsvolumens aus. Im Jahr 2006 wurden 14 942 Grundbuchauszüge ausgestellt gegenüber 17 670 im Jahr 2005.

Die Auskunftsbegehren betreffen vor allem die Dienstbarkeiten. Sie sind oft rechtlicher Natur, oder es geht um Fragen im Zusammenhang mit dem Vorhandensein oder dem Inhalt von Rechten.

1.2 Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs

Die Einführung des eidgenössischen Grundbuchs, der ordnungsgemäss eine neue Parzellarvermessung oder eine Güterzusammenlegung vorausgeht, umfasst eine Phase, in der die Rechte gesichtet und bereinigt werden; sie macht eine spätere Arbeitsrationalisierung möglich, insbesondere was die Informatisierung der Daten und das Erstellen der Auszüge betrifft.

Alle Grundbuchämter führten Arbeiten zur Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs aus. Im Jahr 2006 wurde das

eidgenössische Grundbuch in folgenden Gemeinden oder Teilen von Gemeinden in Kraft gesetzt: Corbières (Los II), Courgevaux, Gurmels (Los III), Murist, Progens, Villariaz, Vuisternens-dt-Romont.

1.3 Informatik

Die Grundbuchämter verfügen einerseits über einen Informatiker, dessen Aufgabe es ist, das Grundbuch-Informationssystem zu planen, zu konzipieren und zu verwalten. Der Informatiker nimmt diese Aufgaben in enger Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Informatik, dem Personal der Grundbuchämter, den verschiedenen Grundbuch-Partnern, dem ITA und den Lieferanten von Informatiklösungen wahr. Andererseits verfügen die Grundbuchämter auch über eine Arbeitsgruppe Informatik für die Projekte der Grundbuch-Informatisierung, die die oberste Instanz für die Beschlussfassung und strategische Projektsteuerung ist. Sie setzt sich aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikprojektleiter zusammen. Diese Arbeitsgruppe hat 2006 mehrere Arbeits- und Beschlussfassungssitzungen abgehalten. Zwei Delegierte dieses Projektleitungsausschusses, der Präsident und der Informatikprojektleiter, haben sich mehrfach mit Vertretern von Kantonen mit der gleichen Grundbuch-Informatiklösung getroffen, um Erfahrungen auszutauschen, nach Synergien zur Kostensenkung für die Entwicklung und den Unterhalt der Softwarepakete für die Grundbuchverwaltung zu suchen, die ersten Konsequenzen der künftigen Versionen dieser Softwarepakete festzustellen, die gegenwärtig neu entwickelt werden, und um den vom Bund gesetzten Standards zu entsprechen.

Drei Projekte wurden parallel zur elektronischen Bewirtschaftung des Grundbuchs und der Verwaltungstätigkeiten geführt, und zwar:

- Neue Website der Grundbuchämter auf dem Portal des Staates Freiburg.
- Entsprechend Artikel 53a des Gesetzes vom 28. Februar 1986 über das Grundbuch (GBG) sowie Artikel 111f der eidgenössischen Verordnung betreffend das Grundbuch hat die Grundbuch-Informatik intern eine Anwendung namens «RFPublic» entwickelt, mit der die informatisierten Daten des eidgenössischen Grundbuchs über das Internet abgefragt werden können. Diese Anwendung steht der Öffentlichkeit seit Mai 2006 zur Verfügung und bietet mit fortschreitender Informatisierung regelmässig aktualisierte Informationen über die Eigentümer und die Grundstückbeschreibung mit direktem Link auf die interaktive Kartografie des Amts für Vermessung und Geomatik. Täglich werden rund 468 Anfragen gestartet.
- Das Projekt «Numerisierung der Grundbuchdokumente» namens «RFscan», das im Herbst 2005 von der Arbeitsgruppe Informatik lanciert worden war und dann aufgrund einer Prioritätenänderung ein Jahr lang auf Eis gelegt wurde, ist im September 2006 wieder aufgenommen worden. Mit diesem Projekt ist eine Arbeitsgruppe beschäftigt, die sich aus drei Grundbuchverwaltern und dem Informatikprojektleiter

zusammensetzt. Das Projektziel ist die logische Folge der Grundbuchinformatisierung, die hauptsächlich darin besteht, den Grundbuchämtern eine Informatiklösung zu bieten, mit der die massgeblichen Informationen aus den Dokumenten in Papierform gemäss Artikel 48 GBG gesichert werden können. Der Zweck dieses Projekts ist nicht nur der einfachere Zugang zu den nicht in der «Capitastra»-Software erfassten historischen Informationen, sondern auch die Numerisierung (Einscannen, Digitalisierung der Dokumente in Papierform) der verschiedenen Dossiers, die bis ins Jahr 1850 zurückgehen und schätzungsweise mehr als 8 Millionen Seiten umfassen. Mit dieser Digitalisierung sollen die Grundbuchdokumente gesichert werden, damit eine sachgerechte Aufbewahrung und Erschliessung der Originaldokumente, die als Kulturgut bezeichnet werden können, gewährleistet wird. In der ersten Projektphase, der Machbarkeitsstudie, konnten die Bedürfnisse eingegrenzt, die Komplexität abgeschätzt und eine Lösung zugunsten der grundbuchinternen Umsetzung gewählt werden. Angesichts der wirtschaftlichen Sachzwänge und im Bestreben um mehr Effizienz soll die Umsetzung bis Ende 2016 erfolgen. In Anbetracht seines Umfangs muss dieses Projekt in Unterprojekte aufgeteilt werden, von denen das erste die Einrichtung eines Pilotstandorts im Grundbuchamt des Saanebezirks vorsieht.

Die elektronische Zustellung der verschiedenen Grundbuchinformationen lief korrekt ab, das heisst der automatische Versand der Veräusserungsanzeigen an die Gemeinden sowie an gewisse Dienststellen des Staates (Kantonale Steuerverwaltung, Kantonale Gebäudeversicherung, Amt für Statistik). Wöchentlich wurden durchschnittlich insgesamt rund 618 Dateien (628 im Jahr 2005) an die verschiedenen Empfänger verschickt.

Was die Datenlieferungen in elektronischer Form mit oder ohne Abonnement betrifft (Datenauszüge), eine Dienstleistung für die Gemeinden, die amtlichen Ingenieur-Geometer und gewisse Dienststellen des Staates, so wurden insgesamt 76 Bestellungen bearbeitet (2005 waren es 84), wovon 48 Lieferungen gemäss der Verordnung über die Grundbuchgebühren (Art. 2 Ziff. 17) in einem Betrag von 24 278 Franken fakturiert wurden (21 200 im Jahr 2005).

Die mit Benutzererkennung mit der Software «Intercapi» nur für einen bestimmten Benutzerkreis über Internet und Intranet mögliche Abfrage von Grundbuchdaten ist um 5,4 % zurückgegangen. Im Jahr 2004 erfolgten über alle 1019 Benutzer gerechnet – wovon 475 zahlende Kunden – durchschnittlich 853 Abfragen täglich (901 im Jahr 2005). Die fakturierten Abfragegebühren haben um 7,5 % zugenommen und beliefen sich auf 175 869 Franken (163 530 Franken im Jahr 2005). Obwohl die Abfrage mit Intercapi im Jahr 2006 mit der Gratisabfrage über «RFpublic» auf dem Internet zurückgegangen ist, wird Intercapi als Abfragetool weiterhin sehr geschätzt und mit der fortschreitenden Grundbuchinformatisierung auch immer mehr genutzt.

Die Ersterfassung der Daten ist ein wichtiger Teil der Arbeit bei der Umstellung auf das EDV-Grundbuch. In Anbetracht sowohl der juristischen als auch der wirtschaft-

lichen Bedeutung dieser Daten erfolgt diese Erfassung unter der Verantwortung der Grundbuchverwalter/innen. Gegenwärtig sind 101 117 der insgesamt 200 505 Grundstücke im Kanton, also 50,69 % vollständig informatisiert. Vollständig informatisiert wurden die Grundbücher der Gemeinden und Sektoren der Gemeinden Albeuve (Los I), Maules, Romanens, Rueyres-Treyfayes, Sâles, Schmitten (teilweise), Sorens (Los I) und Ueberstorf.

1.4 Freiburger Vereinigung der Grundbuchverwalterinnen und Grundbuchverwalter

Die Vereinigung wurde zum Vorentwurf des kantonalen Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuern konsultiert und nahm dazu Stellung.

Die Vereinigung hielt im Jahr 2006 vier Arbeitssitzungen ab mit dem Hauptziel, die Praxis zu vereinheitlichen.

Präsident der Vereinigung ist Josef Haag, Grundbuchverwalter des Seebezirks. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder sind Anita Bulliard, Grundbuchverwalterin des Vivisbachbezirks, und Jean-Jacques Gumy, Grundbuchverwalter des Broyebezirks.

1.5 Grundbuchgebühren

Es gibt zwei Arten von Grundbuchgebühren, nämlich feste und verhältnismässige. Einsprachen fallen in den Zuständigkeitsbereich der Grundbuchverwalter/innen. Im Jahr 2006 beliefen sich die Gebühren auf 7 468 075 Franken (7 154 104 Franken im Jahr 2005).

2. Die Grundbuchämter als Steuerbehörde

2.1 Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes

Diese Steuer wird gemäss Gesetz vom 28. September 1993 bei der Veräusserung von produktivem Boden erhoben, die eine Verringerung des Kulturlandes zur Folge hat. Die Erhebung dieser Steuer bereitet schon seit einigen Jahren die gleichen Schwierigkeiten, und zwar insbesondere auf Grund des Zeitpunktes der Steuererhebung (die Steuer wird bei der Veräusserung erhoben, und diese kann lange nach der Umzonung in Bauland erfolgen) sowie auf Grund des möglichen Abzugs der Detailerschliessungs- und Baukosten. Der Gesamtbetrag dieser Steuer belief sich im Jahr 2006 auf 4 570 758 Franken (3 156 403 Franken im Jahr 2005).

2.2 Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern

Diese Steuern werden in Anwendung des Gesetzes vom 1. Mai 1996 über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern erhoben. Der Gesamtbetrag für das Jahr 2006 beläuft sich bei den Handänderungssteuern auf 19 710 541 Franken (17 647 666 Franken im Jahr 2005) und bei den Grundpfandrechtssteuern auf 9 756 554 Franken (8 933 497 Franken im Jahr 2005).

Die Schätzungskommission für die Steuer zum Ausgleich der Verminderung des Kulturlandes und die Handänderungssteuer ist im Berichtsjahr nicht zum Einsatz gekommen.

3. Aufsichtsbehörde über das Grundbuch

a) Organisation

Im Jahr 2006 wurde die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch von Hubert Bugnon, Kantonsrichter, präsiert. Bettina Hürlimann-Kaup, Lehrbeauftragte an der Universität Freiburg und Vizepräsidentin der Aufsichtsbehörde, und Catherine Overney, Gerichtsschreiberin beim Kantonsgericht, amtierten als Mitglieder. Alexandra Rumo-Jungo, Universitätsprofessorin, und Jérôme Delabays, Präsident des Zivilgerichts des Saanebezirks, amtierten als Ersatzmitglieder.

Bettina Hürlimann-Kaup ist Ende Jahr zurückgetreten. Eva Maria Belsler, Universitätsprofessorin, ist zum Mitglied der Aufsichtsbehörde ab dem 1. Januar 2007 ernannt worden. Pierre-Henri Gapany, Rechtsanwalt, ist zum Ersatzmitglied ernannt worden, und mit ihm ist die Aufsichtsbehörde wieder vollzählig.

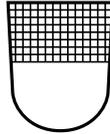
b) Tätigkeiten

Die Aufsichtsbehörde hielt sieben Sitzungen ab, in denen sie die laufenden Geschäfte erledigte und juristische Fragen behandelte. Sie hat sämtliche Grundbuchämter besucht und die Eintragungen stichprobenweise kontrolliert.

Neben den vorrangigen Arbeiten in Zusammenhang mit der Einführung des eidgenössischen Grundbuchs laufen auch die seit Februar 2000 in Angriff genommenen Informatisierungsarbeiten (elektronische Datenerfassung) weiter. Die Informatisierung der Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs hat im Vergleich zum Vorjahr um rund 7 % zugenommen. Das Grundbuchamt des Saanebezirks hat sämtliche Grundstücke des eidgenössischen Grundbuchs informatisiert, das Grundbuchamt des Greyerzbezirks 97 %. Die Anzahl der Anmeldungen ist seit 2003 ständig gestiegen. Sie hat gegenüber 2005 um 3 % zugenommen, gegenüber 2002 um 20 %. Der Rückstand bei den Eintragungen beträgt vierzehn Wochen beim Grundbuchamt des Vivisbachbezirks, dessen Arbeitsvolumen um 10 % zugenommen hat, neun Wochen beim Grundbuchamt des Seebezirks, das viel Arbeit mit dem Anlegen des eidgenössischen Grundbuchs hatte, und acht Wochen beim Grundbuchamt des Broyebezirks, bei dem die Anmeldungen in zwei Jahren um 17 % zugenommen haben; diese Rückstände sind unter Kontrolle. In den anderen Grundbuchämtern beträgt der Rückstand bei den Eintragungen zwischen sechs und drei Wochen.

c) Beschwerden

Bei der Aufsichtsbehörde wurden drei Beschwerden (4 im Jahr 2005) eingereicht. Sie fällte vier Entscheide. Ein Verfahren wird ins Jahr 2007 übernommen.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Inhaltsverzeichnis

Direktion	5		
I. Gesetzgebung	5		
1. Gesetze und Dekrete	5		
II. Allgemeines	5		
2.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) ..	5		
2.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)	5		
III. Personal	5		
IV. Forschung nach Kohlenwasserstoffen	5		
V. Natur- und Landschaftsschutz	5		
VI. Öffentliches Beschaffungswesen, Betrieb SIMAP 1 – Projekt SIMAP 2	6		
Tiefbauamt	7		
I. Allgemeine Tätigkeit	7		
1. Stab	7		
2. Kommissionen und Arbeitsgruppe	7		
3. Vernehmlassungen	7		
4. Allgemeine Planung	8		
5. Informatik	8		
II. Personal	9		
III. Sektion Verwaltung	9		
1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite	9		
2. Statistik über die erteilten Bewilligungen	9		
IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen	9		
IV.1 Projektierung von Strassen und Kunstbauten	9		
1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten	9		
2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten	9		
3. Planungsstudien	10		
4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen	10		
5. Kontrolle und Unterhalt der Kunst- bauten im Kantonsstrassennetz	11		
6. Gemeindestrassen	11		
		7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen	12
		8. Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen	12
		9. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC) ..	12
		10. Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)	12
		IV.2 Sektor Grundstückerwerb	12
		IV.3 Sektor Bauleitung	12
		IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen	14
		1. Lärmschutz	14
		2. Verkehrszählungen	14
		3. Geschwindigkeitsmessungen	14
		4. Baubewilligungen und Bebauungspläne	14
		5. Sondertransporte	15
		6. Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen	15
		7. Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)	15
		8. Revision des ARStrG	15
		9. Unfallkataster	15
		V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen	15
		1. Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen	15
		2. Strassensignalisation und Reklamen	16
		3. Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen	16
		4. Unterhalt der Nationalstrassen	16
		VI. Sektion Gewässer	17
		1. Studien	17
		2. Bauten	19
		Bau- und Raumplanungsamt	21
		I. Allgemeine Tätigkeit	21
		II. Personal	21
		III. Kantonalplanung	21
		1. Richtplanung	21
		2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonalen Bedeutung	21

IV. Regionalplanung	21
V. Naturgefahren	21
VI. Ortsplanungen	22
VII. Subventionierung der Planungen	22
VIII. Koordination, Verwaltung und Studien	22
1. Allgemeines	22
2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen	22
3. Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen	22
4. Informatik	22
IX. Kommissionen	22
1. Beratende Raumplanungskommission ..	22
2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung	22
3. Naturgefahrenkommission	22
4. Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees	23
X. Kiesgruben und Materialausbeutungen	23
XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne	23
XII. Beschwerden	23
1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung	23
2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone	23
3. Entscheide des Verwaltungsgerichts	23
4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP	23
XIII. Architekten- und Ingenieurregister	23

Hochbauamt **24**

I. Allgemeine Tätigkeit	24
II. Personal	25
III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten	25
1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	25
2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion ..	26
3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	26
4. Für die Volkswirtschaftsdirektion	26
5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales	26
6. Für die Finanzdirektion	26
7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	26
8. Für die Zentralverwaltung	26
9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler	27
10. «Télégestion»	27

IV. Laufender Unterhalt	27
1. Laufender Unterhalt	27
2. Vermietung (Stockwerkeigentum)	27
3. Vermietung	27
4. Heizung	27
5. Unterhalt	28
6. Versicherungen	28
7. Gebäudeverwaltung	28
V. Kosten	29

Amt für Umwelt **30**

I. Allgemeine Tätigkeit	30
1. Aussenbeziehungen	30
2. Gesetzgebung	31
3. Information	31
4. Verschiedene Tätigkeiten	32
II. Personal	32
III. Gewässerschutz und Störfälle	33
1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen	33
2. Sektor Industrie	33
3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten ...	33
4. Sektor Landwirtschaft	34
IV. Sektion Grundwasser und Oberflächengewässer	34
1. Sektor Grundwasser	34
2. Sektor Oberflächengewässer	35
V. Labor und Stoffe	35
1. Akkreditierung nach ISO 17025	35
2. Abwasserreinigungsanlagen (ARA)	35
3. Industrieabwasser	35
4. Oberflächengewässer	36
5. Verschmutzungen	36
6. Interkantonale Zusammenarbeit	36
7. Stoffe	36
VI. Abteilung Luftreinhalteung	36
1. Massnahmenplan	36
2. Sektor Emissionskontrolle	36
3. Sektor Immissionsüberwachung	37
VII. Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung ..	37
1. Schutz vor Strassenlärm	37
2. Nichtionisierende Strahlung	37
VIII. UVP, Bodenschutz und Biosicherheit	38
IX. Abfall und Altlasten	38
1. Abfallstatistik	38
2. Kehrlichtverbrennungsanlage (KVA) und Schlammverbrennungsanlage (SVA)	39
3. Abfallreglemente der Gemeinden	39
4. Reaktordeponien	39
5. Inertstoffdeponie	39
6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen	39
7. Baustellenabfälle	39
8. Organische Abfälle	39
9. Sonderabfälle	39
10. Prüfung von Baugesuchen	39
11. Belastete Standorte	39

Autobahnamt	41	V. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaN)	43
I. Allgemeine Tätigkeiten	41	1. Pavement Management System (PMS) ..	43
II. Personal	41	2. Bridge Management System (BMS)	44
III. Staff	41	3. Electrical Management System (EMS) ..	45
1. Ständige Verbesserungen	41	4. Vergaben	47
IV. Ressourcen	41		
1. Erwerb von Liegenschaften	41		
2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit ...	41		
3. Güterzusammenlegungen	41		
4. Umweltbelastungen	42		
5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)	42		
6. Verwendung der Kredite	42		

Direktion

I. Gesetzgebung

1. Gesetze und Dekrete

Dekret vom 31. Januar 2006 über einen Verpflichtungskredit für die Planung der Strassenverbindung Marly–Posieux.

Dekret vom 25. April 2006 über einen Verpflichtungskredit für den Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie für die Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren in Freiburg und Granges-Paccot.

Dekret vom 12. Juli 2006 über einen Beitrag an die Verbauung der Täna in Grandvillard.

Dekret vom 26. September 2006 über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung gefährlicher Kreuzungen auf dem Kantonsstrassennetz.

Dekret vom 2. Oktober 2006 über einen Verpflichtungskredit für Studien und Landerwerb der Kantonsstrassen in den Jahren 2006–2011.

Dekret vom 10. Oktober 2006 über einen Verpflichtungskredit für den Ausbau des Grossratssaals im Rathaus von Freiburg.

II. Allgemeines

2.1 Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

Diese Konferenz ist ein Verbindungsorgan zwischen den Vorsteherinnen und Vorstehern (Regierungs- und Staatsräte) sämtlicher schweizerischer Kantone, die sich mit Aufgaben in den Bereichen Bau, Raumplanung und Umweltschutz befassen.

2006 trat sie dreimal zusammen. Hauptthemen waren die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), der Fonds für Agglomerationsverkehr und Nationalstrassen (Infrastrukturfonds), die Bekämpfung der Feinstaub- und Ozonbelastung, die Arbeitszonen, das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Raumentwicklung.

2.2 Conférence des directeurs des travaux publics, de l'aménagement du territoire et de la protection de l'environnement de Suisse occidentale et latine (CDTAPSOL)

Die Konferenz kam zweimal zusammen. Themen waren der Schadstoffausstoss (Feinstaub und Ozonspitzen) und die Raumplanung.

III. Personal

2006 umfasste der Personalbestand 8,88 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

IV. Forschung nach Kohlenwasserstoffen

Die Gesellschaft FREAG Erdöl AG besitzt eine Forschungsbewilligung für das nordöstliche Kantonsgebiet, die bis zum 15. Juni 2008 gültig ist. Für das restliche Kantonsgebiet wurden keine Forschungsbewilligungen erteilt.

V. Natur- und Landschaftsschutz

Die Zahl der vom Büro für Natur- und Landschaftsschutz behandelten Dossiers hat 2006 mit insgesamt 491 behandelten Dossiers (Gutachten und/oder Stellungnahmen) einen neuen Höchststand erreicht:

- 208 Bauvorhaben innerhalb von Landschaftsschutzgebieten;
- 147 Ortsplanungen, Detailbebauungspläne, Quartierpläne oder generelle Entwässerungspläne;
- 47 Projekte von Gewässerverbauungen;
- 32 Projekte für Strassen- oder Eisenbahninfrastrukturen;
- 13 Gesuche für die Benützung der öffentlichen Gewässer;
- 13 land- und forstwirtschaftliche Meliorationsprojekte;
- 11 Gesuche für den Betrieb von Kiesgruben oder Deponien;
- 8 Entwürfe für kantonale bzw. interkantonale Richtkonzepte;
- 6 Touristische Anlagen;
- 3 Vernehmlassungsdossiers im Rahmen von Gesetzesänderungen und Geschäften der Rechtspflege;
- 3 Alpenverkehrswege.

Für die Prüfung dieser Dossiers wurden zahlreiche Ortsbesichtigungen sowie Arbeits- und Koordinationssitzungen mit den Gesuchstellern, den Projektverfassern und den betroffenen kantonalen Dienststellen abgehalten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Büros für Natur- und Landschaftsschutz wirkten zudem in mehreren kantonalen und interkantonalen Arbeitsgruppen mit, insbesondere im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Bundesinventare, im Bereich ökologischer Ausgleich sowie bei der Ausarbeitung und der Umsetzung neuer Instrumente für die Finanzpolitik des Bundes.

Die Feldequipe der Personen, die im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen angestellt wurden bzw. Zivildienst

oder gemeinnützige Arbeit leisteten, erbrachte erneut mehrere tausend Arbeitsstunden für den Schutz, den Unterhalt und die Revitalisierung von Biotopen.

Das Büro für Natur- und Landschaftsschutz wandte sich für den Unterhalt von Biotopen an die Revierkörperschaften und konnte so die Zusammenarbeit mit den Gemeinwesen verstärken. Das Büro kann sich zudem auf die äusserst geschätzte Unterstützung von freiwilligen Helfern stützen, namentlich bei den Kampagnen im Frühling zum Schutz der Amphibien.

Für mehr als 560 ha ökologische Ausgleichsflächen (ÖAF) wurden Verträge abgeschlossen, mit denen die angemessene Nutzung von Magerwiesen und Streueflächen, die Nutzungseinschränkungen in den Pufferzonen um die geschützten Lebensräume sowie weitere Leistungen zu Gunsten des Natur- und Landschaftsschutzes entschädigt werden. Mit der Zunahme der Vernetzungsprojekte nach ÖQV (Bundesverordnung vom 4. April 2001 über die regionale Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft) nimmt auch die Zahl der Landwirte, die ihre ÖAF besonders sinnvoll angelegt haben, konstant zu.

Bei der Öffentlichkeitsarbeit wurde das Schwergewicht auf die Aufklärung über die Biodiversität gelegt – namentlich mit dem «Geotag der Artenvielfalt» im Sensegraben und anderen Aktionen (Ausflüge, Ausstellungen usw., die den einheimischen Reptilien wie Eidechsen, Nattern und Ottern gewidmet waren).

VI. Öffentliches Beschaffungswesen, Betrieb SIMAP 1 – Projekt SIMAP 2

Die RUBD hat ihre Tätigkeiten über ihr Kompetenzzentrum in folgenden Bereichen ausgebaut:

- Machbarkeitsprüfung des Verfahrens, das eine zweistufige Eingabe der Offerten vorsieht und so die Anbieter entlasten will; es konnten konstruktive Verhandlungen mit allen Partnern geführt werden, aufgrund deren die Dokumente der QM-Koordinationsgruppe nachgeführt wurden.
- Betrieb SIMAP 1; Aktualisierung der Website, Unterstützung der öffentlichen Stellen und Schulung der Anwender von simap.ch (insbesondere Auftragnehmer und Gemeindevertreter).
- Punktuelle Mitarbeit am Projekt SIMAP 2. Wie bereits Ende 2005 vermutet, hat dieses vom Bund geleitete und finanzierte Projekt zusätzliche Verzögerungen erlitten, sodass es wohl erst in der zweiten Hälfte 2007 in Betrieb genommen werden kann.
- Der Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge wurde im Juni 2006 aktualisiert und kann online eingesehen werden (www.simap.ch). Die deutsche Version des Leitfadens wird gleichzeitig mit der interaktiven CD-ROM herausgegeben werden (im ersten Halbjahr 2007).

Der Leitfadens, der aus einer engen Zusammenarbeit zwischen den Westschweizer Kantonen entstanden ist, wurde 2006 mit dem «Preis für Excellence in der öffentlichen Verwaltung» in der Kategorie «Governance und partnerschaftliche Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben» ausgezeichnet. Dieser Qualitätswettbewerb wird vom Institut de hautes études en administration publique (IDHEAP) und der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW) organisiert.

Tiefbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Die Tätigkeiten des Tiefbauamts (TBA) waren im Jahr 2006 hauptsächlich von folgenden Ereignissen geprägt:

- Das Poyaprojekt (H182) – die neue Strassenverbindung im Norden der Stadt Freiburg – wurde am 23. Juni 2006 dem Grosse Rat vorgelegt, der das Projekt mit 103 Ja-Stimmen gegen 2-Nein-Stimmen (bei 3 Enthaltungen) mit überwältigender Mehrheit (95,4 %) annahm. Die Freiburger Bevölkerung hiess den Verpflichtungskredit von 58 072 000 Franken anlässlich des obligatorischen Referendums vom 21. September 2006 mit mehr als 81 % der Stimmen gut.
- Die Bauarbeiten für die Umfahrung von Bulle (H189) wurden weitergeführt. Insbesondere dank des milden Herbstes konnten die Arbeiten gar beschleunigt werden.
- Die Bauarbeiten für die schweizerische Hauptstrasse H190 Montbovon–La Tine konnten mit der Ortsdurchfahrt von Montbovon abgeschlossen werden.
- Die Ausbauarbeiten für die Achse 3100 Plasselb–Oberschrot wurden fortgesetzt und die Sanierung der Achse 1450 Châtel-St-Denis–Bossonnens sowie der Ortsdurchfahrt von Fétingy (Achse 2300) beendet.
- Die Arbeiten für die schweizerische Hauptstrasse H189, Abschnitt Javroz–Brücke–Charmey und Ortsdurchfahrt von Charmey, sowie für die Ortsdurchfahrt von Le Mouret (Achse 1200) haben begonnen.
- Am 2. November 2006 hat der Grosse Rat den Verpflichtungskrediten für die Sanierung gefährlicher Kreuzungen auf dem Kantonsstrassennetz sowie für Studien und Landerwerb der Kantonsstrassen in den Jahren 2006–2011 zugestimmt.
- Nationales Komitee Schweiz des AICPR;
- Schweizerischer Verband der Strassen- und Verkehrsfachleute (VSS), technische Kommission 7, Bewirtschaftung der Unterhaltsarbeiten;
- Verkehrskommission der Stadt Freiburg;
- Technische Kommission des Verkehrsverbands der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- Kommission Organisation für den Katastrophenfall im Kanton Freiburg (ORKAF);
- Kommission Kantonaler Führungsstab der Gesamtverteidigung (KFS);
- Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen;
- Kommission für Verkehrserziehung;
- Kommission Schweizer Sicherheitsfunknetz (Polycorn);
- Unterkommission Fussgänger in der Stadt Freiburg;
- Unterkommission Fahrräder in der Stadt Freiburg;
- Arbeitsgruppe Koordination der Verkehrsfragen;
- Arbeitsgruppe Delegation von Aufgaben und Befugnissen an die Gemeindepolizei;
- Arbeitsgruppe Aufwertung des Strassenraums VALTRALOC;
- Arbeitsgruppe Strassenverkehrssicherheit;
- Koordinationsgruppe für Verkehr;
- Technische Gruppen für die Begleitung der «Plateau d'Agy-Studien»;
- Technische Gruppe und Steuerungskomitee für die «CIG-Moncor-Studien»;
- Bundesamt für Strassen, Projekt MISTRA, Strategischer Ausschuss;
- Projektausschuss und Arbeitsgruppen für FLA.

1. Stab

Die Kadermitglieder des TBA wirken in zahlreichen Kommissionen mit und beteiligen sich an interdisziplinären und interdepartementalen Koordinationsaufgaben. Sie nehmen zu den Vernehmlassungen von Bund, Kanton und Gemeinden Stellung. Sie pflegen die Beziehungen zum Bundesamt für Strassen (ASTRA) im Hinblick auf Bundesbeiträge für Strassenarbeiten. Die Mitarbeiter des Stabes übernehmen Aufgaben in den Bereichen Qualitätssicherung, Planung, Informatik, Verwaltung des Personals, Führung mit Leistungsauftrag (FLA) sowie analytische Buchhaltung.

2. Kommissionen und Arbeitsgruppen

Das TBA wirkte in folgenden Kommissionen und Arbeitsgruppen mit:

- Weltstrassenverein (AIPCR), technische Kommission 4.1, Bewirtschaftung der Strassen;
- Weltstrassenverein (AIPCR), Rat;

3. Vernehmlassungen

Das TBA hat bei folgenden Vernehmlassungen Stellung genommen:

- Entwurf zur Änderung des Gesetzes vom 17. Oktober 2001 über das Staatspersonal, Einführung eines neuen Artikels (Art. 128a StPG, Freiwilliger Unterstützungsbeitrag);
- Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 (RPBG); Entwurf, interne Vernehmlassung;
- Entwurf zum Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch EGStGB (Totalrevision);
- Entwurf zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die neuen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches;
- Interkantonale Vereinbarungen;

- Sachplan Materialabbau (SaM);
- Entwurf zum Gesetz über die kantonale Lehrmittelverwaltung (Gewährung des Status einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit);
- Revision der Binnenschiffverkehrsverordnung und der Verordnung über die Abgasemissionen von Schiffsmotoren;
- Provisorischer Statuts der Agglomeration Freiburg – erste Vorprüfung;
- Motion M.-Th. Weber-Gobet / J.F. Steiert: Gesetz über die Reglementierung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum;
- Entwurf der Verordnung über die Wahrung des Lohnbestands nach tieferer Einreihung einer Funktion;
- Entwurf des Reglements zur Änderung des Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden (ARGG);
- Verwaltung und Finanzierung des Verkehrsbereichs (unabhängig von den Verkehrsträgern);
- NFA, Vernehmlassung im Zusammenhang mit der 3. Botschaft, Umsetzung auf Kantonsebene, Bestandaufnahme;
- Entwurf der Verordnung über die Entschädigung für die Verpflegung am Arbeitsort;
- Änderung der Verordnung über eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (SVAV);
- Entwurf zum Energiereglement (EnR);
- Informationspolitik des Staatsrats; eingeschränktes Vernehmlassungsverfahren der Staatskanzlei;
- Revision RPBG: Vor-Vernehmlassung des ARRPBG.

4. Allgemeine Planung

- Die Analyse der Kriterien für einen Ausbau des kantonalen Strassennetzes nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung wurde in Zusammenarbeit mit der Kommission für Strassen- und Wasserbau fortgeführt.
- Die Studien zur allgemeinen Planung für den Ausbau der Strasse Romont–Vaulruz wurden in Zusammenarbeit mit der Region durchgeführt und 2006 abgeschlossen; der Vorschlag, der aufgrund dieser Studien ausgearbeitet wurde, wird Anfang 2007 vom Staatsrat behandelt werden.
- Das Pflichtenheft im Zusammenhang mit den allgemeinen Verkehrsstudien für den unteren Sensebezirk wurde in Zusammenarbeit mit der betroffenen Region festgelegt.

5. Informatik

Bei den laufenden Projekten hielt sich das TBA an die im Richtschema Informatik (SDI) von 2003 definierten Prioritäten.

Laufende Projekte:

- Strassendatenbank STRADA-DB: Ende Oktober 2006 wurde die Version 4.0 von STRADA auf dem Server des ABA und auf den Arbeitsplätzen des TBA installiert. Diese Installation erfolgte dank der Unterstützung des ITA. Es war dies das letzte grosse Update, bevor STRADA-DB im Jahr 2008 durch MISTRA ersetzt wird. Bis anhin wurden acht Personen geschult, um die STRADA-DB-Anwendungen zu nutzen. Neben den laufenden Nachführungen bleibt noch als letzte grosse Aufgabe die Erfassung aller Objekte am Strassenrand (Böschungen, Strassenschultern, Bankette usw.). STRADA-DB wird erst dann ersetzt werden, wenn MISTRA die gesamte Funktionspalette anbietet.
- MISTRA ist der designierte Nachfolger von STRADA: Diese EDV-Lösung wird vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) entwickelt und soll Anfang 2008 in Betrieb genommen werden. MISTRA ist ein GIS-basiertes Werkzeug (geographisches Informationssystem), mit dem Daten im Zusammenhang mit den Strassen abgefragt, weiterverwendet und ausgedruckt werden können. MISTRA ist im Hinblick auf die Umsetzung der NFA ein strategisches Projekt. Mehr dazu unter <http://www.mistra.ch/>.
- Lärmbelastungskataster: Die Anwendung «Lärm» wird derzeit getestet. Die Inbetriebnahme ist für das Frühjahr 2007 vorgesehen. Das Projekt hat wegen der fehlenden Personalressourcen Verzögerungen erfahren.
- Verwaltungssystem für Gewässer SI-Eaux: Anfang Jahr haben das TBA und die zuständige Waadtländer Dienststelle (Service des eaux, sols et assainissement, SESA) eine Konvention über den Kauf der Anwendung GESREAU und die künftige Zusammenarbeit der beiden Kantone im Bereich der Gewässer-Informationssysteme unterschrieben. Eine Praktikantin hat Daten über den Raumbedarf von Fliessgewässern erfasst und somit mit der Speisung der SI-Eaux-Datenbank begonnen. Dabei stellte sich heraus, dass die Gewässernetzdaten vom Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) noch zahlreiche Fehler enthalten, die von einem Praktikanten oder einer anderen externen Person korrigiert werden müssen. Das ITA will das Pflichtenheft bis Anfang Februar 2007 vervollständigen. In der Folge werden in Absprache mit dem SESA Honorarangebote für die EDV-Dienstleistungen eingefordert werden.
- Verwaltungssystem für Unfälle SI-Accidents: Der Bund ist daran, ein MISTRA-Modul für die Unfälle zu entwickeln, das dann für die interne Programmierung unter ArcGIS verwendet werden wird. Das Vorschreiten dieses Projekts ist von den Fortschritten beim Bund abhängig.
- Verwaltungssystem für die Kanalisationen SI-Canalisations: Derzeit wird die gewählte Lösung Tests unterzogen. Die Validierung wird im Januar 2007 und die Inbetriebnahme im Frühjahr 2007 erfolgen.
- Verwaltung der Strassensignalisation: Nach Abschluss der Programmierarbeiten wurde die Anwendung für den operativen Einsatz Anfang Dezember 2006 instal-

liert. Nun stehen fünf Arbeitsplätze für die Datenerfassung zur Verfügung. Noch ist nicht entschieden, auf welche Weise diese Daten den betroffenen Dienststellen zur Verfügung gestellt werden sollen. Die Datenerfassung wird sich über die nächsten drei Jahre erstrecken.

II. Personal

2006 umfasste der Personalbestand 209,8 Stellen (Vollzeitäquivalenz).

III. Sektion Verwaltung

1. Statistik über die Verwendung der Strassenkredite

Die Verwendung der Strassenkredite erfolgte auf der Grundlage verschiedener Dekrete des Grossen Rats.

Die Bruttogesamtausgaben betragen 44 891 697 Franken. Die am 31. Dezember 2006 verfügbaren Verpflichtungskredite betragen einschliesslich Beiträge des Bundes und Dritter 319 457 266 Franken.

2. Statistik über die erteilten Bewilligungen

- Es wurden 195 Gesuche zur Benützung der öffentlichen Strassen und Gewässer geprüft und bewilligt.
- es wurden 20 Vereinbarungen zwischen dem TBA und verschiedenen Gemeinden, gemeinnützigen Verbänden und Privaten ausgearbeitet und unterzeichnet.
- Es wurden 9 Gesuche für einen Anschluss der Abwasserleitungen an die Kanalisation entlang der Kantonsstrassen geprüft und provisorisch bewilligt.
- Es wurden 14 Dienstbarkeitsverträge abgeschlossen.

IV. Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen

IV.1 Projektierung von Strassen und Kunstbauten

1. Öffentliche Auflage von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Vor der öffentlichen Auflage werden die Strassenpläne den betroffenen Dienststellen und Organen zur Vorprüfung und Begutachtung vorgelegt. 34 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die Gutachten wurden im Durchschnitt 5,3 Wochen nach Eingang des Dossiers ausgestellt.

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
020	6	Corminboeuf; Einrichtung eines provisorischen Kreisels bei der Kreuzung von Le Bugnon
050	8	Gurmels; Kreuzung, Fuss- und Radweg bei Kleingurmels

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
050	11	Düdingen; Einrichtung einer Vorsortierspur auf der SIKA-Kreuzung
080	15	Oberschrot; Einrichtung eines Rückhaltebeckens
132	1	La Verrerie; Bau von Banketten
136	1	Vaulruz-Sâles; Neubau der Strasse und Bau eines Trottoirs
180	6	Montet (Glâne); Änderung des Kantonsstrassentrassesees
200	4	Ursy; Errichtung einer Wendemöglichkeit für die tpf
311	2	Châbles; Bau eines Trottoirs
420	4	Vuisternens-devant-Romont; Errichtung einer Wendemöglichkeit für die tpf

2. Genehmigung von Plänen für Strassen und Kunstbauten

Nach Abschluss der öffentlichen Auflagen für die oben genannten Projekte sowie für frühere Projekte wurden 17 Einsprachen eingereicht. 9 Einsprachen konnten in Einigungsverhandlungen erledigt werden. 8 Einsprachen waren Gegenstand eines Entscheids der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion.

Vor der Genehmigung und abhängig vom Ergebnis der Vorprüfung sowie der öffentlichen Auflage wurden die Pläne den zuständigen Dienststellen und Organen zur Schlussprüfung vorgelegt. 40 Dossiers wurden in die Vernehmlassung geschickt; die durchschnittliche Dauer betrug 4–6 Wochen.

Folgende Projekte wurden geprüft und der zuständigen Behörde zum Entscheid vorgelegt:

a) Kantonale Objekte

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
020	6	Corminboeuf; Einrichtung eines provisorischen Kreisels bei der Kreuzung von Le Bugnon
050	3	Salvenach; Einrichtung eines Kreisels beim Knoten von Jeuss
080	15	Oberschrot; Einrichtung eines Rückhaltebeckens
090	10-11	Le Mouret; Ausbau Ortsdurchfahrt
132	1	La Verrerie; Bau von Banketten
180	6	Montet (Glâne); Änderung des Kantonsstrassentrassesees

b) Städtebauliche Objekte

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
010	10	Romont; Verlängerung der Route de l'Industrie und Anschluss der Route d'Arruffens

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
011	28-29	Matran/Villars-sur-Glâne; Einrichtung eines gemeinsamen Rad- und Fussweges
040	7	Courtepin; Rückhaltebecken für das Regenwasser (La Colline)
040	3	Freiburg; neue Friedhofsallee
042	4	Bas-Vully; Kreisel und Zufahrt zur Industriezone von Sugiez
050	11	Düdingen; Einrichtung einer Vorsortierspur auf der SIKA-Kreuzung
050	13	Düdingen; Einrichtung eines Kreisels bei der Kirche und Bau einer neuen Gemeindestrasse (Käsereistrasse)
190	1	Auboranges; Ausbau Ortsdurchfahrt (VALTRALOC)

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
290	2	Nuvilly; Bau eines Trottoirs
331	2	Môtier; Bau von zwei Ortseingangstoren

3. Planungsstudien

Die Mitwirkung an der Planung Dritter wurde fortgesetzt oder beendet; dazu gehört insbesondere:

- Freiburg–Granges-Paccot: genossenschaftliches Projekt Plateau d'Agy;

Nachfolgende Planungsstudien wurden weitergeführt oder beendet:

- Studie für die Verbesserung der Verbindung Romont–Vaulruz;
- Verkehrsstudie für den unteren Sensebezirk.

4. Ausführungsprojekte für Kantonsstrassen

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Merkmale			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
011+	1	Romont; Vorstudie für die Umfahrung.	1 500	7		x		80
011	11	Cottens; SBB-Unterführung, Absenken der Kantonsstrasse und Einrichtung eines Rückhaltebeckens.	200	8,5			x	20
011	16	Matran; Verkehrsstudie für den Sektor Bois-Kreisel – A12-Anschluss – Pueblo-Kreisel.	600	7		x		100
016	16	Wünnewil-Flamatt; Ersatz und Versetzung der Brücke über die Taverna.	12	11,5		x		80
019	1	Freiburg; Poya-Projekt (Brücke und gedeckter Einschnitt).	1 467	19,25			x	25
021	4	Middes; Bau einer Kanalisation.	200				x	50
024	1	Avry-sur-Matran; Ausbau der Kantonsstrasse und einer Zufahrt zur OS Saane-West.	250	10,5			x	75
030	4	Givisiez; Ausbau des Escale- und Epinay-Kreisels sowie Ausbau der Strasse zwischen diesen beiden Kreuzungen.	140	35,5		18,0	x	90
030+032	8	Grolley; Errichtung eines Kreisels bei La Rosière.			36		x	100
040	3	Freiburg und Granges-Paccot; Ausbau der Murtenstrasse.	800	14	36	x		100
040	7	Courtepin; Einrichtung des Kreisels und des Rückhaltebeckens (Route de la Colline).			26		x	100
040	14	Courgevaux; Bau eines Trottoirs und einer Kanalisation bei Champ Olivier.	320	1,65			x	100
050	2	Salvenach; Kleine Bibera, Ausbau des Durchlasses unter der Kantonsstrasse.	40				x	90
050	3	Salvenach; Bau eines Kreisels.			26		x	100
050	8	Kleinböisingen; Kreisel und Sichtberme.			26		x	80
050		Düdingen; Umfahrung, Verbindung Birch–Luggiwil.	1 800	7			x	10
050	11-12	Düdingen; Ortsdurchfahrt, VALTRALOC-Studie.	1 500	7			x	100
050	20-21	Alterswil; Ortsdurchfahrt.	500	6		x		100
060	8	Tafers; Langenbitzen, Abbruch Gebäude.					x	100
080	7	Tentlingen; Bau einer Kanalisation.	580				x	20
080	8	Tentlingen; Einrichtung von Bushaltebuchten in Dürrenberg.						100
080	13	Plasselb; Verstärkungsmassnahmen.	600	7		x		70
080	14	Plasselb, Oberschrot; Projekt 1. Etappe.	900				x	100
080	14-15	Plasselb, Oberschrot; Ausbau Kantonsstrasse und Radstreifen.	2 200	6			x	100
080	14-15	Plasselb, Oberschrot; Errichtung einer Bushaltebucht in Plasselb, Ausbau von 3 Rückhaltebecken.	60	3			x	75

Strasse	Sektor	Bezeichnung	Merkmale			Stand der Arbeiten		
			Länge m	Breite m	Durch- messer m	Vor- projekt	Aus- führungs- projekt	%
080	19	Plaffeien; Sanierung der Mauern unterhalb von Riedle.	56	2			x	85
090	4	Marly; Ausbau der Kantonsstrasse und Bau eines Kreisels im Sektor Les Rittes.	400	7 - 12,5			x	75
102	1	Freiburg; SBB-Überführung bei der Fonderie	34	16,7			x	25
110	9	Javroz-Charmey; Neubau der Kantonsstrasse.	500	7			x	100
110	17	Im Fang; Bau einer Kanalisation und mehrerer Bankette.	550				x	100
110	19	Jaun; Studie Karstüber tretungen Unter der Burg.	100				x	25
120	1	Gruyères; Brücke über die Trême in Epagny	400	6,5			x	
140	1-9	Romont-Vaulruz; allgemeine Planungsstudie für die Verbesserung der Strassenverbindung.	11 000	7			x	100
140	1-9	Romont-Vaulruz; allgemeine Vorprojektstudie für die Verbesserung der Strassenverbindung.	11 000	7			x	60
242	4	La Roche; Serbache-Brücke.	13	6,2			x	10
242	1	Pont-la-Ville; Creux d'Enfer, Korrekturen an der Kantonsstrasse.	150	5			x	10
260	2	Cheiry; Ortsdurchfahrt.	850	6,0			x	60
351	5	Kerzers; Einrichtung eines Trottoirs, Mühlegasse-Kreuzbergstrasse.	30	1,65			x	75
410	1	Zumholz; Breitenacker, Ausbau und Stabilisierung der Kantonsstrasse.	500	6			x	100

5. Kontrolle und Unterhalt der Kunstbauten im Kantonsstrassennetz

Anzahl kontrollierter Bauten:

Brücken: 67 Inspektionen (40 Haupt- und 27 Zwischeninspektionen), wobei alle intern durchgeführt wurden

Durchlässe: 59 Inspektionen

Mauern: 24 Inspektionen

Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten, namentlich:

Strasse	Sektor	Nr.	Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten
012	3		Autigny; Brücke über die Glane, Umsetzung dringlicher Massnahmen zur Begrenzung der Belastung durch die Einführung eines alternierenden Einbahnverkehrs.
016	1		Freiburg; Zähringerbrücke, Instandsetzung der Querfugen zwischen den Platten, 2. Etappe.
093	2		Corbières; Brücke von Corbières, Sanierung der Gussfugen, Instandsetzung der Belagsickerwasserableitungen und Reinigungsarbeiten. Reinigung der Randabschlüsse und Anbringung eines Schutzanstrichs zur Rissversiegelung.
100	15		Pont-en-Ogoz; Überführung von Avrydevant-Pont, Reinigung und Reparatur der vereinzelt aufgetretenen kleinen Schäden. Reinigung der Randabschlüsse und Anbringung eines Schutzanstrichs zur Rissversiegelung.

Strasse	Sektor	Nr.	Gemeinde, Bauwerk, Arbeiten
110	13		Charmey; Brücke von La Bourlianda, Entfernung der Dichtungsschicht, Einbau einer neuen Abdichtung und eines neuen Belags sowie Anpassung des Strassenanschlusses.
110	14		Jaun; Brücke von Praz-Jean und von Krämersweidle, Abbau der Brüstungen, Neubau der Randabschlüsse und Einrichtung von Leitschranken. Fräsarbeiten und Einbau eines neuen Belags.
110	17		Jaun; gedeckte Galerie Zur Eich, Drainageprüfung und Verbesserungen, neue Fallrohre auf der Seite von Bulle.
240	15		Treyvaux; Lehenbrücke von La Verasse, Sanierung der Dränmauer unter der Lehenbrücke.

Insgesamt wurden an weiteren 41 Bauwerken (18 Brücken, 1 Lawinengalerie, 14 Durchlässe und 3 Mauern) Reinigungs- und kleinere Reparaturarbeiten vorgenommen.

6. Gemeindestrassen

Genehmigungen und Entscheide

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen und auf Antrag der betroffenen Gemeinden hat das Amt verschiedene Vorschläge und Projekte geprüft und anschliessend den zuständigen Behörden zum Entscheid vorgelegt: Strassen, Sammel- und Zugangsstrassen, Trottoirs, Fussgängerverbindungen, Fussgänger- und Radwege, Bushaltestellen, Tempo-30-Zonen, verkehrsberuhigende Massnahmen, Rückhaltebecken, Ausweichstellen, Industriezonen, Verkehrsmassnahmen, Versetzung und Korrektur von Gewer-

bestrassen, Verengung von Strassen, Fliessgewässerrevitalisierung, Errichtung von Inseln, Ausbau von Dorfzentren, Kreisel und Minikreisel, Einrichtung von Buslinien inklusive Bau von Perrons und Inseln, Winterlager für Boote und verschiedene Anschlüsse an eine Kantonsstrasse.

Die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hat 52 Pläne für Gemeindestrassen und Trottoirs genehmigt.

7. Kantonales Strassennetz – Vergabe von Aufträgen gemäss Reglement über das öffentliche Beschaffungswesen

- Die RUBD bzw. das TBA haben 15 Dienstleistungsaufträge für weniger als 100 000 Franken vergeben.
- Des Weiteren wurden 14 Ausschreibungen und Zuschläge für Aufträge, die dem öffentlichen Beschaffungswesen unterstehen, auf SIMAP veröffentlicht.

8. Baubewilligungen, Bebauungspläne, GEP, Güterzusammenlegungen

Folgende Objekte waren Gegenstand einer internen Stellungnahme des Sektors Projektierung:

- 92 Vorprüfungsgesuche und Baubewilligungen für Arbeiten entlang der Kantonsstrassen sowie Detailbebauungspläne und Ortsplanungen;
- 15 Dossiers zu generellen Entwässerungsplänen (GEP);
- 13 Dossiers zu Güterzusammenlegungen und Bestandaufnahmen der öffentlichen Sachen.

9. Aufwertung des Strassenraums von Ortsdurchfahrten (VALTRALOC)

Das VALTRALOC-Büro und die VALTRALOC-Untergruppe unter der Leitung des Sektors Projektierung setzen sich aus Vertretern der Dienststellen zusammen, die von VALTRALOC-Projekten betroffen sind. Sie beraten die Gemeindebehörden und die Autoren der Projekte in den verschiedenen Phasen der Studien.

Folgende Bewerbungsdossiers wurden dem VALTRALOC-Büro unterbreitet:

Strasse	Sektor Nr.	Projekt
152	2-3	Attalens; Ortsdurchfahrt
030	4	Givisiez; Route de la Chassotte und Route de Belfaux (Zusatz zum Projekt von 2005)
101	12	Haut-Intyamou; Ortsdurchfahrt von Neirivue
020	8-10	Avry; Ortsdurchfahrt von Rosé (Zusatz zum Projekt von 2003)
010	10	Romont; Route d'Arrufens von Rosé (Zusatz zum Projekt von 2005)

Folgende Vorprojekte wurden der VALTRALOC-Untergruppe unterbreitet:

Strasse	Sektor Nr.	Gemeinden
331	2	Haut-Vully; Ortsdurchfahrt von Môtier

10. Bundesverordnung über den Schutz gegen Störfälle (StFV)

Zweck der StFV ist, die Bevölkerung und die Umwelt vor schweren Schädigungen infolge von Störfällen bei der Beförderung gefährlicher Güter zu schützen. Das Tiefbauamt ist für die Anwendung der StFV auf den Hauptachsen des Kantonsstrassennetzes verantwortlich.

IV.2 Sektor Grundstückerwerb

Für 41 Ausbau- und 34 Unterhaltsbaustellen wurden Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern geführt.

Ausserdem sind Mutationsverbale für 44 Ausbau- und Unterhaltsbaustellen im Zusammenhang mit Gemeindearbeiten auf den Kantonsstrassen (Kreisel, Vorsortierungen, Trottoirs usw.) entweder erledigt worden oder in Bearbeitung.

Die Verwaltung der Privatgrundstücke des Staates (gesamthaft rund 1 615 817 m²) und die Fakturierung der Pachtzinse für an Dritte vermietete Grundstücke wurde fortgeführt. Die Mieterträge betragen insgesamt 131 178 Franken.

Behandlung der Dossiers im Zusammenhang mit den Neuvermessungen und laufenden Güterzusammenlegungen.

IV.3 Sektor Bauleitung

Die Gesamtlänge des Kantonsstrassennetzes beträgt zurzeit 635 km (zuzüglich der Bewirtschaftung von 5,478 km der Strasse Montbovon-Allières).

Das Vorankommen der Bauarbeiten in Prozenten per Ende 2005 und per Ende 2006 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Nr.:	Nummer der Kantonsstrasse
B:	nominale Fahrbahnbreite in m
L:	Streckenlänge in m
F:	Fläche in m ²
SRB:	Datum der Vergabe der Arbeiten durch Beschluss des Staatsrats
INFRA:	Infrastrukturen, d.h. Erdarbeiten, Kanalisationen, Fahrbahnfundamente einschliesslich HMT und bituminöses Mischgut, Strassenschultern, Randabschlüsse und Pflastersteine
BELAG:	Belag (Deckschicht)

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2005	2006	2005	2006
	a) Vor dem 1. Januar 2006 begonnene Arbeiten								
	1. Strassen								
150	<i>Dekret vom 9. Februar 1995</i> Attalens–Bossonnens (mit Velostreifen)	6,00	1 700	13 900	20.04.04	47	100	–	100
101	<i>Dekret vom 23. September 1997</i> Montbovon–La Tine	6,50	1 800	12 150	17.12.02	70	100	–	100
011	<i>Dekret vom 18. Oktober 1997</i> Villars-sur-Glâne; Route du Condoz	6,00	970	6 700	10.10.05	–	100	–	–
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Los 113 Baupiste Les Granges – La Ronclina, inklusive Installationsplatz	6,00	1 125	6 750 + 8 925	04.02.03	70	–	–	–
	Los 121 Überführung und Anpassungen bei La Léchère Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassungen)	6,00	290	1 740	01.07.03	100	–	–	–
	Los 122 Überführung und Anpassungen bei Planchy Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassungen mit Velostreifen)	6,00	280	1 680	01.07.03	100	–	–	–
	Los 124 Überführung und Anpassungen bei Le Pâquier Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Neubau der Kantonsstrasse mit Velostreifen)	6,00	863	5 178	04.02.03	100	–	85	–
	Los 221 Materialverwaltung und Betonherstellung	–	–	–	06.04.04	2 5	50	–	–
	Los 311 Süd-Anschluss und Trasse Pré-du-Chêne – Les Granges, inklusive Überführung Flurweg Rochena	7,00	1 830	12 810	25.01.05	25	80	–	70
	Los 312 Trasse Nordabschnitt	7,00	1 015	7 105	13.09.05	15	85	–	80
080	<i>Dekret vom 25. März 2003</i> Plaffeien; Rufenen – Der Hubel	6,00	430	2 800	18.05.04	100	–	–	100
093	Corbières (einfache) Bushaltestelle	–	–	225	19.06.06	–	100	–	–
080	<i>Dekret vom 18. November 2003</i> Plasselb–Oberschrot (mit Velostreifen)	6,00	2 150	23 800	05.07.05	–	60	–	–
095	<i>Dekret vom 24. Juni 2005</i> Hauterive–Arconciel, Neubau der Kantonsstrasse	6,25	2 900	18 200	05.09.05	100	–	–	100
	2. Kunstbauten								
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 212 Trême-Tunnel	7,50	580	4 350	23.06.04	25	45	–	–
	b) 2006 durchgeführte Arbeiten								
	1. Strassen								
101	<i>Dekret vom 23. September 1997</i> Montbovon; Ortsdurchfahrt Montbovon; Les Basses Sciernes Rastplatz, neuer tpf-Perron und Sanierung der alten Brücke über den Hongrin	6,00	460	2 760	20.12.05 20.12.05	– –	100 100	– –	100 100
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse Los 112 Zufahrtspiste La Pâla – Planchy Los 123 Überführung und Anpassungen bei La Pâla Strassenbauarbeiten (provisorische Umleitung und Anpassungen)	3,00 6,00	950 560	2 850 3 360	04.02.03 01.07.03	– 60	100 –	– 20	100 –

Str. Nr.	Abschnitt	B	L	F	SRB	INFRA		BELAG	
						2005	2006	2005	2006
030	<i>Dekret vom 25. März 2003</i> Grolley, Ortsdurchfahrt	6,00	1 500	9 050	13.09.06	–	100	–	100
090	Le Mouret, Ortsdurchfahrt	7,00	675	9 000	16.05.06	–	15	–	–
110	<i>Dekret vom 24. Juni 2005</i> Charmey; Le Javroz – Dorfeingang Charmey	7,00	410	3 100	04.07.06	–	35	–	–
110	Charmey; Gondelbahn Le Chêne	7,00	500	4 400	13.03.06	–	100	–	–
2. Kunstbauten									
104	<i>Dekret vom 18. Oktober 2000</i> Bulle – La Tour-de-Trême, Umfahrungsstrasse, Los 123 Überführung und Anpassungen bei La Pâla Überführung	14,00	27,5	385	01.07.03	–	80	–	–
	Los 322 gedeckter Einschnitt Montcalia	7,50	460	3 450	04.09.06	–	5	–	–
	Los 324 gedeckter Einschnitt Les Granges	7,50	335	2 500	11.04.06	–	20	–	–
3. Lärmschutz									
	entfällt								

IV.4 Sektor Bewirtschaftung der Strassen

1. Lärmschutz

Alle nachstehend aufgeführten Aufgaben wurden entsprechend der Lärmschutz-Verordnung (LSV) vom 15. Dezember 1986 und dem Ausführungsbeschluss des Staatsrats vom 8. Juli 1988 ausgeführt.

- Erstellung von 205 LSV-Gutachten, hauptsächlich im Zusammenhang mit Baugesuchen, aber auch Detailbebauungsplänen, Detailerschliessungsplänen, Ortsplanungsrevisionen und Strassenprojekten. Für jedes Gutachten wurde eine Berechnung des Lärmpegels im Vergleich zum Lärmbelastungskataster des betreffenden Sektors durchgeführt.
- Messung des Lärmpegels an 35 Standorten sowie Verfassung der entsprechenden Lärmbelastungsberichte.
- 11 Lärmmessungen im Rahmen eines Programms zur Überwachung der akustischen Vorteile von lärm-schluckenden Belägen auf den Kantonsstrassen.
- Aufnahme von 4 Studien zur Bekämpfung des Strassenlärms; die Überwachung und Überprüfung in diesem Zusammenhang wurden gewährleistet. Diese Studien stehen kurz vor dem Abschluss.
- Aktualisierung gemäss Anordnung von 2 Studien für die Strassenlärmsanierung. Eine Studie konnte beendet werden, während die andere noch von unserer Sektion überprüft und genehmigt werden muss.
- Derzeit ist eine Studie zur Integration einer Lärmschutzwand für den Sektor des Motels in Gruyères im Gange.
- Die Migration des Lärmbelastungskatasters von Géobruit auf ArcView ist abgeschlossen. Allen Zonentypen wurden die entsprechenden Empfindlichkeitsstufen zugeordnet.

- Ausserdem wurden 22 Klagen von Privaten oder Gemeinden behandelt (Lärmmessungen vor Ort und akustische Berichte), die übermässige Lärmbelastungen entlang der Kantonsstrassen betrafen.

2. Verkehrszählungen

Die Daten der Verkehrszählungen von 2005 (234 automatische und 17 manuelle Zählstellen) wurden ausgewertet. Aufgrund dieser Resultate konnte die Verkehrslast auf dem gesamten Kantonsstrassennetz ermittelt werden. Auch wurde eine Verkehrsbelastungskarte erstellt, die bei der Sektion Projektierung und Realisierung von Strassen, Sektor Bewirtschaftung der Strassen, und auf der Website des Kantons eingesehen werden kann.

3. Geschwindigkeitsmessungen

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat an 2 Standorten Verkehrszählungen zu Stosszeiten und 13 Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen. Dank diesen Messungen konnten Entscheide über die Signalisation gefällt werden.

4. Baubewilligungen und Bebauungspläne

Es wurden 2660 Baugesuche oder Bewilligungsgesuche für Umbauten von Gebäuden entlang der öffentlichen Strassen geprüft und begutachtet. 2559 dieser Gesuche wurden positiv, 19 provisorisch negativ und 5 negativ begutachtet.

Ferner wurden 362 Abweichungen mit Grundbucheintrag und 152 Abweichungen ohne Grundbucheintrag gewährt. Ausserdem wurden 397 Vorgesuche, insbesondere für Zufahrten zum öffentlichen Strassennetz, geprüft. Weiter waren 125 Dossiers für Ortsplanungen, 62 Detailbebauungspläne und 9 generelle Entwässerungspläne Gegenstand von Vorprüfungen oder Gutachten im Hinblick auf deren Genehmigung.

5. Sondertransporte

Die Sicherstellung der Routen für Sondertransporte konnte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen der Nachbarkantone gewährleistet werden.

6. Sicherheitsanalysen und Verkehrsuntersuchungen

Folgende Analysen und Untersuchungen wurden durchgeführt:

- 80 Unfallstatistiken;
- 10 Sicherheitsanalysen;
- 3 Planungsstudien.

Diese Untersuchungen ermöglichen die Planung und Realisierung von Verkehrs- bzw. Signalisationsmassnahmen auf Kantons- und Gemeindestrassen.

Im Übrigen wurden im Rahmen der gesetzlichen Verfahren und im Rahmen des VALTRALOC-Büros 17 Projekte unter dem Gesichtspunkt des Verkehrs begutachtet.

Und schliesslich ist die Verkehrsingenieurin bei 8 von Dritten geplanten Projekten (ABA und BRPA) hinzugezogen worden.

7. Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF)

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat das Tiefbauamt bei den 6 Sitzungen der technischen Gruppe des CUTAF vertreten. Aufgabe dieser Gruppe ist die technische Begleitung des CUTAF-Generalprojekts.

8. Revision des ARStrG

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen hat die interne Arbeitsgruppe für die Revision des Ausführungsreglements vom 7. Dezember 1992 zum Strassengesetz (ARStrG) geleitet.

9. Unfallkataster

Der Sektor Bewirtschaftung der Strassen leitet die interne Arbeitsgruppe, die mit dem EDV-Projekt für einen Unfallkataster betraut ist.

V. Sektion Unterhalt der National- und Kantonsstrassen

1. Sektor Unterhalt der Kantonsstrassen

Auf der Grundlage des Voranschlags 2006 wurden 7 500 000 Franken für den Unterhalt der Kantonsstrassen eingesetzt, und zwar für folgende Arbeiten:

1.1 Baulicher Unterhalt, im Jahr 2006 von Bauunternehmen ausgeführte Arbeiten:

a) Fundamente	5 425 m ²
b) Verstärkungen und Neuprofilierungen	6 185 m ²
c) Beläge: Trag- und Deckschicht	84 560 m ²
d) Einprofilierungen durch Fräsen	49 267 m ²

e) Böschungen und Strassenschultern	3 992 m ²
f) Kanalisationen	1 794 m
g) Bituminöses Mischgut	11 903 t
h) Anzahl ausgeführter Analysen des bituminösen Mischgutes	150 Stk.

Die Kosten dieser Arbeiten beliefen sich auf 5 203 276 Franken.

1.2 Unterhalt von Kunstbauten, im Jahr 2006 von Bauunternehmen ausgeführte Arbeiten:

Die Kosten dieser Arbeiten beliefen sich auf 512 773 Franken.

1.3 Vom Unterhaltsdienst des Werkhofs der Kantonsstrassen ausgeführte betrieblicher Unterhalt

Insgesamt beliefen sich die Kosten auf 1 908 927 Franken, wobei sich die Leistungen wie folgt aufteilen:

1.3.1 Werkhof Kantonsstrassen

- a) Tiefbau
 - Kanalisationen, Strassenschultern, Reparaturen und Instandstellungen der Fahrbahn, Reparaturen und Mähen der Strassenböschungen, Fällen von Bäumen, Holzkästen, Entwässerung, Reinigung von Felsen, Änderungen an Kammern, Anbringen von Steinkörben, Einbau der Deckschicht in: Pont-la-Ville, Corbières, Grolley, Corserey, Montagny, Romont, Billens, Rue, Torny, Châbles, Misery, St-Aubin, Cugy, Chénens, Léchelles, Siviriez, Domdidier, Kerzers, Schmitten, Giffers, Wallenried, Pierrafortscha, Freiburg, Alterswil, Cressier-sur-Morat, St. Ursen, Düdingen, Wünnewel, Flamatt, St. Silvester, Gurmels, Bösinggen.
- b) Kunstbauten
 - Unterhalt und Reparatur von 45 Kunstbauten
- c) Strassensignalisation
 - Einrichtung, Ersatz, Reparatur von Signalisationen und Leitplanken.
 - Mittellinien 229 000 m – Randlinien 118 000 m – Linien bei Kreuzungen 36 000 m.
- d) Werkstatt
 - Werkstatt: Unterhalt und Reparatur des Fahrzeug- und Maschinenparks des Werkhofs bzw. der Kreise.

1.3.2 In den Kreisen ausgeführte Arbeiten

Die Tätigkeit der Strassenwärter umfasste hauptsächlich folgende Aufgaben:

Winterdienst:	36 270 Stunden
– Pikettdienst – Aufstellen und Räumen von Leitpfosten und Treibschneezäunen – Schneeräumung und Salzstreuung – Auftaumittel	3 900 t
Überwachung des Strassennetzes:	5 285 Stunden
– Kontrollgänge – Strassenpolizei	

Unterhalt der Grünzonen:	42 168 Stunden
– Mähen – Auslichten und Fällen – Pflanzen – chemische Behandlung	
Unterhalt der Fahrbahnen:	23 516 Stunden
– Reinigung – lokale Reparaturarbeiten	
Unterhalt der Seitenstreifen:	15 571 Stunden
– Reparatur der Böschungen und Bankette – Reinigung der Felswände – Kontrolle der Abmarkung der öffentlichen Sachen	
Unterhalt der Kanalisationen:	11 336 Stunden
– Reinigung der Kanalisationen – Videokontrolle – lokale Reparaturarbeiten	
Unterhalt der Kunstbauten	1 485 Stunden
– Reinigung – Geringfügige Reparaturen	
Unterhalt der Signalisation:	11 368 Stunden
– Unterhalt der Baken – Unterhalt der STRADA-Messpunkte – Vormarkierungen	
Spezialdienst:	829 Stunden
– Überschwemmungen – Erdbeben	
Strasse Montbovon–Allières	
– Betrieb	922 Stunden
– Winterdienst	147 Stunden

2. Strassensignalisation und Reklamen

Der Sektor Strassensignalisation hat insgesamt 777 Gesuche in folgenden Bereichen geprüft:

– Beschlüsse über definitive Verkehrsbeschränkungen	132
– Beschlüsse über temporäre Verkehrsbeschränkungen	10
– Einsprachen	9
– Diverse Bewilligungen	142
– Prüfungen und Gutachten für technische Dossiers	330
– Gesuche für das Aufstellen von Werbeträgern an Strassen	154

Der Sektor hat sich zudem zu folgenden Entwürfen zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen geäußert:

– Signalisationsverordnung (SSV)	1
– VSS-Norm «Markierungen, Unterflurfeuer»	1

Er hat an 20 Koordinationssitzungen mit der Strassenpolizei teilgenommen, an denen 84 Strassensignalisationsdossiers geprüft wurden.

Ferner wurden zahlreiche Bodenmarkierungen auf dem Strassennetz vorgenommen sowie Gemeindebehörden und Unternehmen beraten.

3. Kommission für den Verkehr auf Meliorations- und Forststrassen

Die Kommission hielt fünf Sitzungen ab. Sie hat verschiedene Gesuche um die Einführung von Verkehrsbeschränkungen begutachtet. Die Gesuche teilten sich wie folgt auf:

– Saanebezirk:	1 Dossier
– Sensebezirk (gesamter Bezirk):	1 Dossier
– Greyerzbezirk:	5 Dossiers
– Seebezirk:	4 Dossiers
– Broyebezirk:	1 Dossier

Die Kommission hat zur Kenntnis genommen, dass die verschiedenen beim Verwaltungsgericht eingereichten Einsprachen zur geplanten Verkehrsbeschränkung auf dem Weg Les Botteys–Gîte d'Allières zurückgezogen wurden. Damit ist die Massnahme vollstreckbar.

4. Unterhalt der Nationalstrassen

Gegenwärtig beträgt die Länge des Autobahnnetzes auf freiburgischem Gebiet 62,4 km für die A12. Zudem übernimmt der Kanton Freiburg den Unterhalt der A1 auf einer Länge von 38,92 km – wovon sich 16,18 km auf waadtländischem und 1,14 km auf bernischem Gebiet befinden – sowie von der Autostrasse Givisiez und der T10 Kerzers.

Die vom Unterhaltspersonal erbrachten Arbeitsleistungen lassen sich wie folgt aufteilen:

- Die Arbeiten für den Winterdienst erforderten 9441,25 Stunden, wobei 2251,73 Tonnen chemische Auftaumittel verwendet wurden.
- Die Arbeiten für die Reinigung der Fahrbahnen, Halteplätze und Kanalisationen sowie für den Unterhalt der Grünzonen erforderten 24 679,50 Stunden.
- Bei der Erneuerung von Markierungen bei Anschlüssen, Inseln oder in Tunnel durch die Signalisationsequipe wurden 56,50 km Mittel- und Randlinien markiert. Dafür wurden 4460 kg Farbe verwendet.
- Es wurden 262 Unfälle registriert (in 83 Fällen konnten die Verursacher nicht ausfindig gemacht werden). Für die Reparaturarbeiten waren 2628,75 Arbeitsstunden erforderlich und der finanzielle Aufwand belief sich auf 814 134,90 Franken.

VI. Sektion Gewässer

1. Studien

1.1 Generelle Studien

a) Gewährleistung der Niederwassermengen

Die Sektion Gewässer setzt den Betrieb eines hydrologischen Messnetzes fort und führt monatliche Wasserstandsmessungen durch, um die natürlichen Restwassermengen der Wasserläufe bei Niederwasser zu ermitteln. Diese Daten werden in eine systematische Datenbank eingegeben.

Die Fabriken haben Gegenvorschläge zur Sanierung der Wasserentnahmen aus dem Jaunbach unterbreitet. Diese Vorschläge wurden vom Amt geprüft. Insbesondere musste untersucht werden, inwieweit eine Koordination mit den Massnahmen zur Mückenvernichtung beim Greyerzersee nötig ist.

Von der Trockenperiode im Sommer 2003 bis heute sind im Jahresvergleich unterdurchschnittliche Niederschlagsmengen gemessen worden. Zahlreiche Fliessgewässer und Quellen wiesen anfangs des Winters 2005 einen äusserst tiefen Wasserstand auf. Dank der Niederschläge im April hat sich die Situation allerdings praktisch normalisiert.

b) Kartografie der Gefahren

Das Programm zur Kartografierung der Naturgefahren wird gemäss dem von der KNG erarbeiteten Programm weitergeführt. Für die 2006 durchgeführten Untersuchungen wurden Bundesbeiträge gewährt.

Im Mittelland führt die Sektion die Kartografierung der Naturgefahren durch Wasser gemäss der von der KNG erarbeiteten Planung fort. Der Perimeter, der den unteren Teil des Broyebezirks umfasst, wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt kartografiert.

c) Naturgewalten

Der Pegelstand des Murtensees hat am 11. April 2006 einen historischen Rekord von 430,47 m ü. M. erreicht, während für den Neuenburgersee am folgenden Tag 430,23 m ü. M. gemessen wurden. Diese Höchststände waren auf die ergiebigen Niederschläge und auf die Schneeschmelze in den Einzugsgebieten der Aare und der Saane sowie in den Jura-Einzugsgebieten der Seen zurückzuführen.

d) Revitalisierung der Fliessgewässer

2006 wurden bedeutende Revitalisierungsarbeiten beim Crausabach in Misery-Courtin und Courtepin sowie bei den Bächen Hôpital in Domdidier und Grandvau in Vesin fortgeführt. Bei all diesen Projekten werden neben der Revitalisierung auch andere Ziele (Hochwasserschutz, Abführung des Sickerwassers usw.) verfolgt.

e) Raumbedarf

Mit der Einhaltung des minimalen Raumbedarfs werden sowohl Ziele des Hochwasserschutzes als auch Ziele der Revitalisierung verfolgt. Die Übertragung dieses Katasters

in die Nutzungspläne erfolgt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Dienststellen. Damit soll der Raumbedarf der Fliessgewässer im Rahmen der Revision von Ortsplanungen sichergestellt werden. Es wurden mehrere Studien parallel in Auftrag gegeben. Auf diese Weise soll der Raumbedarf in etwa dreissig Gemeinden systematisch ermittelt werden.

1.2 Studien über Wasserbauprojekte

a) Grundstudien, Konzepte:

- Unterer Broyebezirk, mehrere Gemeinden (Gefahrenhinweiskarte)
- Minimaler Raumbedarf der Fliessgewässer, mehrere Gemeinden (Kataster)
- Ärgera, Plasselb (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Glane in Matran, Hauterive und Villars-sur-Glâne (Gefahrenkarte und Risikoermittlung)
- Jaunbach und Nebenflüsse, Jaun (Massnahmenkonzept)
- Javro, Cerniat (Geschiebeführung, Entwicklung)
- Bäche in Le Pâquier (Massnahmenkonzept)
- Saane von Hauterive bis Schiffenen
- Gebirgsbäche von Schwarzsee (Aktualisierung der Gefahrenkarten)

b) Wasserbauprojekte:

- Ärgera, Tentlingen (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Albeuve, Gruyères
- Bibera, Gempenach und Ulmiz
- Düdingerbach und Heitwilbach, Düdigen
- Dütschbach und Zuflüsse, Oberschrot und Plaffeien
- Ärgera, Marly (Hochwasserschutz und Revitalisierung)
- Marivue, Haut-Intyamou (Zusatzarbeiten)
- Moulin, Vuisternens-en-Ogoz
- Ondine, Bulle
- Pra Riondet, Villarvolard
- Seeweidbach, Plaffeien
- Saane im oberen Greyerzbezirk, Broc und Bas-Intyamou (Enney)
- Saane bei der Magerau, Freiburg
- Mortivue, Semsales
- Warme Sense beim Rohrmoos, Plaffeien
- Taverna, Mühletal und Wünnewil-Flamatt

1.3 Im Jahr 2006 beendete Projekte und Studien

a) Grundstudien, Konzepte:

- Perimeter unterer Broyebezirk (Gefahrenkarte)
- Glane in Matran, Hauterive und Villars-sur-Glâne (Gefahrenkarte und Risikoermittlung)
- Jaunbach und Nebenflüsse, Jaun (Massnahmenkonzept)
- Saane in Freiburg (Analyse des Hochwassers vom August 2005)
- Gebirgsbäche von Schwarzsee (Aktualisierung der Gefahrenkarten)

b) Wasserbauprojekte (Abschluss der Arbeiten):

- Arbogne, Montagny

- Caudra, Châtonnaye
- Bäche von Coppet, Oleyres und Longeaigue, Domdidier
- Corsalettes, Grolley
- Galternbach, Alterswil
- Glane, Autigny
- Hürlinenbach, Plaffeien
- Noflenbach, Bösing
- Pra Gremy, Châtel-St-Denis
- Pra, Maradan, Botterens
- Ruisseau de Seigneux, Villeneuve
- Stoutz, La Roche

1.4 Projekte mit Beitragsleistungen

Wasserläufe, Gemeinden	Kostenvoranschlag Fr.	Ansatz %	Beiträge Fr.
<i>a) auf Kantonsebene:</i>			
Arbogne, Montagny	27 500.00	30,00	8 250.00
Brêts, Vuisternens-devant-Romont	23 807.25	30,00	7 142.20
Broye Sektion II, mehrere Gemeinden	64 000.00	30,00	19 200.00
Caudra, Châtonnaye	54 601.85	27,00	14 742.50
Coppet, Oleyres und Longeaigue, Domdidier	30 000.00	30,00	10 500.00
Corsalettes und Chandon, Léchelles und Misery-Courtion	50 000.00	30,00	15 000.00
Hochwasser August 2005, mehrere Gemeinden	655 000.00	33,00	216 150.00
Hochwasser Mai 2005, mehrere Gemeinden	81 477.30	31,00	25 257.95
Galternbach, Alterswil	11 000.00	30,00	3 300.00
Noflenbach, Bösing	62 000.00	29,00	17 980.00
Obere Bibera, mehrere Gemeinden	40 092.20	30,00	12 027.65
Obere Bibera, mehrere Gemeinden	53 080.60	31,50	16 720.40
Ondine, Bulle	692 000.00	27,00	186 840.00
Pra Gremy, Châtel-St-Denis	50 000.00	30,00	15 000.00
Pra Maradan, Botterens	48 000.00	32,00	15 360.00
Pra Riondet, Villarvolard	337 000.00	30,00	101 100.00
Ruisseau de Seigneux, Villeneuve	37 000.00	30,00	11 100.00
Saane im oberen Greyerzbezirk, mehrere Gemeinden	46 500.00	30,00	13 950.00
Stoutz, La Roche	156 246.85	33,00	51 561.45
Tâna, Grandvillard (Botschaft Nr. 273)	1 879 000.00	35,00	657 650.00
Total	4 398 306.05		1 418 832.15
<i>b) auf Bundesebene:</i>			
Caudra, Châtonnaye	55 000.00	38,00	20 900.00
Hochwasser August 2005, mehrere Gemeinden	1 410 000.00	45,00	634 500.00
Taverna, mehrere Gemeinden	743 000.00	34,00	252 620.00
Total	2 208 000.00		908 020.00

1.5 Detail- und Ausführungsstudien

Die Sektion hat generelle Projekte ausgearbeitet und Studien beaufsichtigt, die Ingenieurbüros anvertraut worden waren. Parallel dazu hat sie Detailstudien durchgeführt, Pläne ausgearbeitet, mehrere Arbeitsetappen

ausgeschrieben und deren Ausführung geleitet. Ferner hat die Sektion unter Mitwirkung von Ingenieurbüros weitere Arbeitsetappen geprüft und deren Ausführung geleitet. Sie hat ebenfalls die Abrechnungen für die Gesamtarbeiten erstellt.

1.6 Zusatzarbeiten

Die Sektion führte Kontrollen und Inspektionen durch. Ausserdem hat sie Erhebungen sowie hydrologische Berechnungen vorgenommen und die entsprechenden Genehmigungen ausgestellt (davon zirka 560 Bau- und Planungsdossiers):

- Nutzung öffentlicher Gewässer (Wasserkraft, Wasserpumpenanlagen, Ableitungen, Bootsverankerungen und andere Flächenbenützigungen, Materialentnahmen usw.) und damit einhergehend die Berechnung der Gebühren für die Nutzung der Wasserkraft des Kantons durch die Groupe E;
- Wasserbaupolizei (Bauten im Zusammenhang mit Wasserläufen, Brücken, Stegen und Bachquerungen);

- Dossiers in Zusammenhang mit Ortsplanungen und generellen Entwässerungsplänen;
- Baugesuche sowie verschiedene Fragen im Zusammenhang mit Gemeinde-, Kantons- und Nationalstrassen.

1.7 Überwiesene Beiträge

Im Jahr 2006 wurden für Wasserbauarbeiten (Kostenpunkt: 5 130 902 Franken) Kantonsbeiträge von insgesamt 1 400 832 Franken überwiesen.

Die subventionierten Wasserbauarbeiten wurden an rund fünfzehn Fliessgewässern ausgeführt und machten ein Beitragsvolumen von 230 447 Franken aus. In diesem Betrag sind auch die verspäteten Beitragszahlungen für die obere Bibera und das Grosse Moos enthalten.

2. Bauten

2.1 Subventionierte Verbauungsarbeiten

Wasserläufe, Gemeinden	Ausbau	Beiträge	
	Arbeiten Fr.	Bund Fr.	Kanton Fr.
Arbogne, Montagny	27 500.00		8 250.00
Gefahrengrundlagen: Mortivue, Vivisbach, Jaunbach, Sense, Albeuve, Düdingerbach (Beschluss 356)	36 919.15	25 843.40	
Brêts, Vuisternens-dt-Romont	23 807.25		7 142.20
Broye, Villeneuve	126 397.30		12 639.70
Broye, Semsales	144 141.70	28 129.25	45 404.65
Caudra, Châtonnaye		14 563.50	14 742.50
Corsalettes, Grolley	350 706.10		75 384.00
Crausa, Courtepin	418 161.20	154 719.65	120 430.45
Hochwasser Mai 2005, mehrere Gemeinden	81 477.30		21 592.90
Hochwasser August 2005, mehrere Gemeinden	1 025 602.05		283 225.80
Ärgera, Marly	309 772.10	122 767.50	
Glane, Autigny	58 852.10	23 541.00	23 541.00
Grandvau, mehrere Gemeinden	27 586.00	10 758.55	7 696.50
Jaunbach, Charmey	595 767.90	108 565.15	154 344.95
Longivue, Farvagny	138 714.15	28 345.40	38 701.25
Löwenbergbach, Murten	251 128.35	87 894.90	54 243.70
Obere Bibera, Liebistorf	40 092.00		28 748.05
Obere Taverna, Tafers		252 417.15	
Pra Gremy, Châtel-St-Denis	48 681.85		14 604.55
Pra Maradan, Botterens	51 215.55		16 389.00
Riggisalpbach, Plaffeien	50 735.15	179 832.70	18 264.65
Saane im oberen Greyerzbezirk, mehrere Gemeinden	46 500.00		13 950.00
Stoutz, La Roche	330 152.05	103 800.00	108 611.40
Tâna, Grandvillard	374 678.20		131 137.35
Tiguellet, mehrere Gemeinden	519 239.40	286 822.60	186 926.20
Tufterabach, Böisingen	53 075.00		14 861.00
Total	5 130 901.85	1 428 000.75	1 400 831.80

2.2 Subventionierte Erhaltungsarbeiten

Wasserläufe	Gemeinde / Wasserbauunternehmen	Fr.
Kleine Glane und Fossé Neuf	Gewässerregulierungsunternehmen	43 504.85
Verschiedene Fliessgewässer	Cheyres	2 613.75
Arbogne und Hôpital	Dompierre	1 137.25
Verschiedene Fliessgewässer	Semsaies	1 667.30
Chandon	Léchelles	88.80
Verschiedene Fliessgewässer	Hauteville	2 803.20
Pisse-Sang	Vaulruz	1 142.80
Verschiedene Fliessgewässer	La Pâquier	544.35
Tiguelet	Wasserbauunternehmen «Tiguelet»	6 643.70
Moosbach	WBU Moosbach-Fromattbach	1 237.15
Trême	Wasserbaukommission Trême	5 875.35
Hôpital	Wasserbauverband des Ruisseau de l'Hôpital	1 523.15
Bibera	WBU Bibera im Grossen Moos	34 939.60
Bibera (Zusatzkredit)	WBU Bibera im Grossen Moos	126 725.50
Total		230 446.75

Bau- und Raumplanungsamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Bau- und Raumplanungsamt (BRPA) befasste sich mit der Koordination der kantonalen, regionalen und kommunalen Planung. Im Kapitel der aussergewöhnlichen Tätigkeiten ist für das Jahr 2006 das Vorantreiben der Totalrevision des Raumplanungs- und Baugesetzes vom 9. Mai 1983 (BRPG) hervorzuheben – ein Projekt, an dem 12 Mitarbeitende des Amts direkt beteiligt sind. Für das Vorprojekt zum RPBG wurde vom April bis Juni 2006 (bis Mitte Juli für die Gemeinden) eine öffentliche Vernehmlassung durchgeführt.

Das BRPA hat verschiedene Ortsplanungen (OP) und Detailbebauungspläne (DBP) sowie deren Reglemente geprüft und zahlreiche Baugesuche bearbeitet. Ferner hat es die Reglemente über Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben sowie die Materialausbeutungsgesuche geprüft und sämtliche juristischen Probleme in diesem Zusammenhang und die Probleme in Bezug auf Naturgefahren behandelt. Im Namen der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion (RUBD) hat das BRPA zudem im Zusammenhang mit OP und DBP die gegen Gemeindeentscheide eingereichten Beschwerden instruiert.

Es hat zu parlamentarischen Vorstössen in Sachen Raumplanung und Bauwesen Stellung genommen und in verschiedenen Kommissionen für die Raumplanung und das Bauwesen mitgewirkt. Weiter hat das BRPA verschiedene Gesetzesentwürfe und Sachpläne geprüft, die ihm vom Bund oder von den Nachbarkantonen zur Vernehmlassung unterbreitet wurden.

II. Personal

2006 umfasste der Personalbestand 25,20 Stellen (Vollzeitäquivalenz). Weil der Kantonsplaner das BRPA verliess, übernahm Frau Giancarla Papi, Chefin der Abteilung kantonale Planung, die Interimsleitung.

III. Kantonalplanung

1. Richtplanung

Die Änderungen des kantonalen Richtplans im Zusammenhang mit dem kantonalen Verkehrsplan und den erhaltenswerten Alpbetrieben wurden vom Staatsrat angenommen und dem Bund zur Genehmigung unterbreitet.

Weitere vier Änderungen (zwei aufgrund des neuen Massnahmenplans Luftreinhaltung, eine im Zusammenhang mit den bei Hafenprojekten erforderlichen Planungsdokumenten und eine zur Berücksichtigung des minimalen Raumbedarfs von Fliessgewässern in der Raumplanung) wurden vom April bis Juli 2006 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben.

Im Übrigen wird derzeit – parallel zur Revision des Sachplans Materialabbau (SaM) – der Text des kantonalen Richtplans zu diesem Thema überarbeitet.

2. Arbeitsgruppe für die Unterstützung und Koordination der Arbeitszonen von kantonaler Bedeutung

Die Gruppe erhielt vom Staatsrat den Auftrag, ihm einen Bericht zu den Vor- und Nachteilen einer aktiven Grundstückspolitik im Kanton vorzulegen. Derzeit wird der Entwurf des Berichts ausgearbeitet.

IV. Regionalplanung

Das BRPA nahm Einsitz in der technischen Begleitgruppe zur Ausarbeitung eines Agglomerationsprojekts für Freiburg. Für das Projekt ist eine öffentliche Vernehmlassung im April 2007 geplant.

Das Amt hat ausserdem die ersten Arbeiten im Hinblick auf einen kantonsübergreifenden regionalen Richtplan für die Broye verfolgt, die im Rahmen des Regionalplanungsverbands Broye (COREB) ausgeführt wurden.

V. Naturgefahren

Das BRPA hat in Zusammenarbeit mit der Naturgefahrenkommission (KNG) die Umsetzung der im kantonalen Richtplan festgelegten vorsorglichen Massnahmen in den Bereichen Raumplanung und Bauwesen weitergeführt. Dazu gehören insbesondere:

- die Berücksichtigung der Grundlagenstudien (namentlich der Gefahrenkarten) in der Gemeindeplanung (OP, DBP) und bei baupolizeilichen Arbeiten;
- die systematische Prüfung aller Dossiers für OP, DBP oder Baugesuche unter dem Gesichtspunkt der Naturgefahren;
- die Prüfung der von den Gesuchstellern eingereichten geologischen und geotechnischen Expertisen.

Das Amt hat wiederholt Gemeinden, Privatpersonen und kantonalen Dienststellen Auskünfte erteilt über den Grad der Gefährdung und die Art der Naturgefahren, die für ein einzelnes Projekt oder eine bestimmte Region bestehen. Die Beraterfunktion wird immer wichtiger, und die Zahl der Interventionen in diesem Bereich ist in ständigem Steigen begriffen.

Das Amt hat sich aktiv an der Koordination der Grundlagestudien beteiligt. Es hat namentlich die administrative Leitung des Kartografierungsprogramms der Naturgefahren (2000–2005) inne. Die Gefahrenkarten für die Gemeinden, die von der ersten Studienphase (Voralpen) betroffen sind, wurden diesen Gemeinden im Januar 2006 übergeben.

Das Amt hat bei der Entwicklung des Prototyps für einen virtuellen Kartografie-Schalter, der ab Januar 2007 verfügbar sein soll, mitgewirkt. Von dieser Website aus wird es möglich sein, die bestehenden Naturgefahrenkarten sowie die kantonale Übersichtskarte der Rutschgebiete (inklusive erläuternder Bericht) einzusehen.

Das BRPA war an folgenden Projekten beteiligt:

- Ausarbeitung der Bundesrichtlinien über die Bestimmung der Gefahr von Rutschungen;
- Projekte «Risikoanalyse» und «Präventionsmassnahmen», die als Vorbereitung für das künftige Gesetz über den Schutz der Bevölkerung (Umsetzung der neuen Kantonsverfassung) dienen.

Auch dieses Jahr wurden mehrere Rutschgebiete regelmässig überwacht.

VI. Ortsplanungen

Die RUBD genehmigte fünf OP-Generalrevisionen. Es handelte sich um die OP der Gemeinden Echarlens, Greng, Gurmels, Ueberstorf und Vuadens. Zudem wurden der RUBD 65 Änderungen von OP und Gemeindebaureglementen (GBR) zur Genehmigung unterbreitet.

Das BRPA hat 9 Generalrevisionen von OP sowie Änderungen an 51 OP und GBR vorgeprüft. Dazu kommen 8 Vorstudienberichte für OP-Revisionen.

VII. Subventionierung der Planungen

Den Gemeinden wurden 2006 keine Kantonsbeiträge ausbezahlt.

VIII. Koordination, Verwaltung und Studien

1. Allgemeines

Die Zusammenarbeit mit den Raumplanungsämtern der Kantone Waadt und Bern sowie mit dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) wurde weitergeführt. Zudem fanden über die CORAT regelmässige Kontakte mit den übrigen Westschweizer Raumplanungsämtern statt.

2. Tätigkeiten innerhalb von Verbänden und Kommissionen

Das BRPA hat sich an den Arbeiten der in seinem Tätigkeitsbereich aktiven kantonalen, interkantonalen und nationalen Instanzen, Konferenzen und Kommissionen beteiligt.

3. Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen

Das BRPA hat die Koordination mit den anderen kantonalen Dienststellen für raumwirksame Tätigkeiten weitergeführt.

4. Informatik

Die Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Informatik und Telekommunikation (ITA) und dem Berater des BRPA für die Umsetzung des Informatikkonzepts des BRPA wurde fortgesetzt.

Die Informatisierung des Amtes betraf namentlich folgende Bereiche:

- Vorstudie für den Ersatz der Anwendung für die Verwaltung der Baugesuche.
- Eingabe der Zonennutzungspläne (ZNP) und der GBR. Inzwischen sind alle Zonennutzungspläne erfasst worden. Diese Daten werden nun laufend (bei jeder Genehmigung durch die RUBD) nachgeführt.
- Machbarkeitsstudie für die Ausarbeitung einer Datenbank für die Verwaltung der administrativen Daten (Adressdateien, Verwaltung der Veröffentlichungen, Verfolgung der OP- und DBP-Dossiers).

Die Website des BRPA (admin.fr.ch/brpa) wird regelmässig (Statistik der Baugesuche und der Genehmigungen durch die RUBD von Raumplanungsdokumenten) oder von Fall zu Fall (z.B. Revision des RPBG) nachgeführt. Und auf den Internetseiten zum kantonalen Richtplan wird die Öffentlichkeit über den Stand der Arbeiten in diesem Bereich informiert.

IX. Kommissionen

1. Beratende Raumplanungskommission

2006 hielt die Kommission 3 Sitzung ab. Sie nahm zum Entwurf des Raumplanungs- und Baugesetzes (vor und nach der öffentlichen Vernehmlassung), zum Sachplan Materialabbau, zur Revision des Massnahmenplans Luftreinhaltung sowie zu den entsprechenden Änderungen im kantonalen Richtplan Stellung.

2. Kommission für Architektur und Siedlungsgestaltung

2006 hat die Kommission keine Sitzung abgehalten.

3. Naturgefahrenkommission

2006 hielt die Kommission 5 Plenarsitzungen ab. Folgende Themen wurden dabei behandelt:

Umsetzung der Vorsorgeprinzipien, die im kantonalen Richtplan definiert sind.

- Koordination der Grundlagestudien im Bereich Naturgefahren: systematische Kartografierung der Naturgefahren (Voralpengebiet), Hochwasser-Gefahrenhinweiskarte (Mittelland), Festlegung des Konzepts für die Erforschung der Gefahren im Mittelland, Verteilung der Gefahrenkarten, Definition der kantonalen Schutzziele (vorbereitende Überlegungen).

Begleitung von Massnahmenkonzepten (insbesondere für Semsales).

- Prüfung von Dossiers für die Änderung von OP und DBP sowie Prüfung von Baugesuchen.
- Durchsicht der RPBG-Revision (die Artikel, die die Naturgefahren betreffen).

Die Kommission hat durch ihr Sekretariat gesamthaft 64 OP, DBP und GEP sowie 450 Baudossiers (Baugesuche, Gutachten für die KGV und andere Dienststellen) begutachtet; in 25 weiteren Fällen war ein spezifischer Einsatz

vor Ort nötig. Diese Fälle gaben Anlass zu Anmerkungen (Standortbestimmungen, Ratschläge zu dringenden Massnahmen, Sanierungsmassnahmen usw.).

4. Verwaltungskommission für das Südufer des Neuenburgersees

2006 hielt die Kommission 5 Plenarsitzungen ab.

X. Kiesgruben und Materialausbeutungen

Die Arbeiten für die Revision des Teilrichtplans der verwertbaren Materialvorkommen, TVM (neu: Sachplan Materialabbau, SaM), die im August/September 2004 begannen, wurden fortgesetzt. Es wurde ein Entwurf eines neuen Dokuments für die öffentliche Vernehmlassung anfangs 2007 vorbereitet.

2006 waren im Kanton Freiburg 69 Kiesgruben und 12 Steinbrüche in Betrieb.

XI. Baubewilligungen und Detailbebauungspläne

2006 wurden 3070 Bewilligungen erteilt: 1835 für Neubauten und 1235 für Umbauten, Vergrösserungen, Renovierungen sowie Abbrüche.

Auf Antrag des BRPA hat die RUBD 607 Sonderbewilligungen für Bauten oder Umbauten ausserhalb der Bauzone (Projekte in Verbindung mit der Landwirtschaft oder andere) und für Deponien erteilt, die sich folgendermassen aufteilen lassen:

159	Neubauten
177	Umbauten
271	verschiedene Bauwerke wie Kanalisationen für Abwasser oder unverschmutztes Wasser, Trinkwasser- oder Löschwasserleitungen, Erdarbeiten, Antennen usw.

Im gleichen Zeitraum wurden 11 Sonderbewilligungen für nicht zonenkonforme Neubauten, Ausbauten, Umbauten oder Anlagen verweigert.

376 Dossiers wurden in Bezug auf bauliche Hindernisse geprüft.

Ferner behandelte das BRPA 76 Abweichungen von Gemeindebaureglementen, wovon 12 zurückgewiesen wurden.

Das BRPA hat der RUBD 21 Detailbebauungspläne sowie 18 Änderungen zur Genehmigung unterbreitet. Ausserdem waren 26 Detailbebauungspläne Gegenstand einer Vorprüfung.

23 Detailbebauungspläne wurden aufgehoben; 3 Reglemente über den Tarif der Verwaltungsgebühren und Ersatzabgaben im Raumplanungs- und Bauwesen wurden von der RUBD genehmigt.

XII. Beschwerden

1. Entscheide der RUBD über Beschwerden gegen Gemeindeentscheide zu Einsprachen betreffend die Raumplanung

Am 31. Dezember 2006 waren 77 Beschwerden bei der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion hängig.

2006 wurden 35 Beschwerden gegen Gemeindeentscheide eingereicht. Keine dieser Beschwerden wurde zurückgezogen.

Die RUBD hat im Jahr 32 Entscheide zu Beschwerden getroffen. Dagegen wurden 2 Beschwerden beim Verwaltungsgericht eingereicht.

2. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD über Bauten ausserhalb der Bauzone

Beim Verwaltungsgericht wurden 10 Beschwerden gegen die Erteilung oder Verweigerung von Sonderbewilligungen durch die RUBD eingereicht.

3. Entscheide des Verwaltungsgerichts

2006 hat das Verwaltungsgericht 8 Beschwerden gegen Entscheide der RUBD über die Raumplanung oder über Bauten ausserhalb der Bauzone behandelt: 5 dieser Beschwerden wurden abgewiesen, 2 wurden teilweise und 1 vollständig gutgeheissen.

Darin nicht enthalten sind die Beschwerden, die nachträglich beigefügt wurden und im selben Entscheid wie die ursprüngliche Beschwerde behandelt wurden.

4. Beschwerden an das Verwaltungsgericht gegen Entscheide der RUBD zu Genehmigungen von OP

Von Seiten der Gemeinden wurde keine Beschwerde beim Verwaltungsgericht eingereicht.

XIII. Architekten- und Ingenieurregister

2006 wurden 95 neue Eintragungen in die verschiedenen Kategorien gemäss Artikel 187, 188 und 189 des RPBG vorgenommen.

Hochbauamt

I. Allgemeine Tätigkeit

Das Hochbauamt (HBA) hat zum Ziel, den Bedarf aller staatlichen Dienststellen und Anstalten an Immobilien und Mobilien zu decken. Im Rahmen seiner Beratertätigkeit im Bereich Bau und Nutzung von Gebäuden hat das Hochbauamt in verschiedenen Arbeitsgruppen bei der Ausarbeitung folgender Vorhaben mitgewirkt:

- Kollegium Gambach, Ausarbeitung eines Aus- und Umbauprojekts sowie Erstellung des Kostenvoranschlags;
- Kantons- und Universitätsbibliothek, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Erweiterung der Zentralbibliothek befasst;
- Fachhochschule für Gesundheit und Soziales (FH GS), Suche nach einem Standort, an dem die Hochschule für Gesundheit und die Fachhochschule für Soziale Arbeit zusammengelegt werden könnten;
- Universität, Studien für die Sanierung der Räumlichkeiten, der technischen Anlagen und der Installationen der Mensa Miséricorde;
- Polizeiposten, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Gebäudeplanung;
- Kantonsgericht und Verwaltungsgericht, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die die Zusammenlegung dieser beiden Gerichte prüft;
- Anstalten von Bellechasse, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die den Bau von 40 Zellen für Personen im vorzeitigen Strafvollzug sowie den Bau einer Sporthalle und einer Waschküche prüft, Festlegung des Programms, Organisation des Architekturwettbewerbs, Ausarbeitung des Projekts, Kostenvoranschlag und Botschaft zuhanden des Grossen Rats;
- Kantonsspital, Mitwirkung in der Arbeitsgruppe für die Planung und den Bau eines neuen Gebäudes mit Operationssälen, Projekt, Kostenvoranschlag und Botschaft zuhanden des Grossen Rats;
- Psychiatrisches Spital Marsens, Unterstützung bei der Suche nach Räumlichkeiten für die Einheit der Jugendlichen;
- Teilnahme an der ersten Sitzung des FSN (Freiburger Spitalnetz);
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Zusammenführung der Laboratorien und Studien für den Um- und Ausbau des Gebäudes des Kantonalen Laboratoriums in Freiburg;
- Organisation eines Architekturwettbewerbs für die Sanierung des Autobahnamt-Gebäudes in Givisiez und die Aufwertung des Aussenraums;
- Grossratssaal, Studie für den Ausbau des Saals, Kostenvoranschlag und Botschaft zuhanden des Grossen Rats.

Im Rahmen der Interessenvertretung des Staats bei Bauten, Umbauten und Renovationen von Gebäuden durch Privatunternehmungen hat das Amt Ausführungspläne geprüft sowie die Masse und Abrechnungen stichprobenweise kontrolliert. Es nahm bei folgenden Vorhaben an den Bau- und Baustellenkommissionen teil:

- | | |
|-----------------|---|
| Freiburg: | Universität, Nachbearbeitung und Garantierarbeiten im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Gebäude auf der Pérolles-Ebene;

Lehrwerkstätte, Verwaltung des Baubewilligungsverfahrens, Entwicklung des Projekts und Ausschreibung der Arbeiten für ein Generalunternehmen; |
| Romont: | Vergrößerung und Umbau des Schweizerischen Glasmalerei-Museums, Abschluss der Arbeiten und Einweihung der Räumlichkeiten; |
| Payerne | Interkantonales Gymnasium der Region Broye, Mitwirkung in der interkantonalen Arbeitsgruppe und in der Baukommission, Nachbearbeitung und Garantierarbeiten; |
| Granges-Paccot: | Konservatorium, Abschluss der Bau- und Ausbauarbeiten, Einweihung der Räumlichkeiten; |
| Chénens: | Salzhalle, Baubeginn. |

Das Hochbauamt hat regelmässig an den Sitzungen folgender Organe teilgenommen:

- kantonale Kulturgüterkommission;
- kantonale Energiewirtschaftskommission;
- kantonale Kommission für Planung und Bau von Schulgebäuden;
- Pensionskasse des Staatspersonals und weitere davon betroffene Kommissionen;
- Kommission für das Universitätsstadion St. Leonhard, Prüfung eines selbständigen und dauernden Baurechts zugunsten eines Einkaufszentrums;
- Kantonale Unterkommission Loro-Sport (Loterie Romande Sport);
- Stiftungsrat des Schweizerischen Zentrums für Forschung und Information zur Glasmalerei, Vitrocentre;
- Stiftungsrat des Schlosses Greyerz und dessen Erhaltungskommission (Studien und Verwirklichung der Sanierung der Abwartwohnung);
- Stiftungsrat Pro Vallon;
- Stiftungsrat der St.-Niklaus-Kathedrale.

Ferner wirkte es an Studien oder Verwirklichungen von Bauten für weitere Körperschaften mit:

- Vereinigung des kantonalen Berufszentrums, Studie für den Bau der Berufsschulen auf dem Gelände bei den Stadtmauern in Freiburg, Vorsitz der Baukommission;

- Stiftung Les Buissonnets in Freiburg, Umbau der Gebäude;
- Kantonale Lehrmittelverwaltung, Studien für die Erweiterung der Räumlichkeiten;
- Association des amis de Notre Dame de Compassion in Bulle, Studie für den Umbau des ehemaligen Kapuzinerklosters.

Das Hochbauamt hat ferner technische Gutachten zu Beitragsgesuchen für Um- oder Ausbauten von Spitälern und Pflegeheimen erstellt.

Das Hochbauamt hat Schulbauprojekte und Bauvorhaben von Sportanlagen für Loro-Sport entsprechend den Gesuchen der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport begutachtet.

Verschiedene Tätigkeiten

Das Hochbauamt hat seine Leistungen analysiert (ASL) und an folgenden Sitzungen teilgenommen:

- Sitzungen beruflicher und kultureller Organisationen;
- Sitzungen für die Nachführung und Übersetzung ins Deutsche des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge.

Das Amt hat regelmässig Auftraggeber, Auftragnehmer sowie berufliche Organisationen im Zusammenhang mit der Gesetzgebung im öffentlichen Beschaffungswesen beraten.

II. Personal

Am 31. Dezember 2006 setzte sich das Personal des Hochbauamts wie folgt zusammen (in Vollzeitäquivalenzen): 20 Mitarbeitende im technischen und administrativen Bereich; 23 Hauswarte und Handwerker; 45,47 Vollzeitstellen in der Raumpflege.

Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten Weiterbildungskurse, insbesondere in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung und Ausarbeitung von Fachnormen.

III. Unterhalts- und Renovationsarbeiten

Im Bereich Unterhalts- und Renovationsarbeiten von Gebäuden und Installationen des Staates hat die technische Abteilung des Hochbauamts die Leitung der Arbeiten an folgenden Gebäuden übernommen.

1. Für die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport:

- Kantons- und Universitätsbibliothek, Zentrale, Rue Joseph-Piller 2, Lieferung und Installierung eines Wechselrichters sowie Instandsetzung der Notbeleuchtung, Lieferung einer Plattform für den Unterhalt, Kontrolle und Instandsetzung der technischen Anlagen, Anbringen von Sicherheitsfolien für die Verglasung, Reorganisation der Eingangshalle und der Schleuse, Zugangskontrolle, Lieferung und Einbau eines Luftbe-

feuchtungssystems, Auffrischung von Büros und Sanitäranlagen, laufender Unterhalt.

- Kantons- und Universitätsbibliothek, Depot Beauregard, Route de la Carrière 22, laufender Unterhalt;
- Kollegium des Südens, Auswechseln des Abschlusses und Zutrittskontrollsystems für die Gebäude, Unterhalt des Parketts in sechs Klassenzimmern, Lieferung und Einrichtung von verschiedenen Instrumenten (Mikroskope und Lupen) für die Biologiezimmer, Anhebung des Pflastersteinplatzes und Einbau von neuen Randabschlüssen auf dem Parkplatz;
- Kollegium St. Michael, Renovation des zweiten Geschosses und Erneuerung der Schulungseinrichtungen in sechs Klassenzimmern, Entfernung des Wärmeerzeugungssystems im alten Internat und Anschluss an die Zentrale des Kollegiums, neue Anschlüsse an die Trinkwasser- und Gasleitungen, Restaurierung des Sandsteins auf der Ost-Fassade der Sakristei und St.-Ignatius-Kapelle, Entstaubung und Inventar der Kirchenaltäre, dringlicher Unterhalt bei zwei Bildern und Rahmen des St.-Katharina-Altars, Restaurierung der Jungfrau-Statue sowie der Nische und Sonnenuhr bei der Ost-Fassade (zum Ehrenhof hin), Erneuerung des Bodens und der Bilder auf der Mauer der grossen Turnhalle im 1. Untergeschoss des Sportzentrums;
- Güter des Kollegiums St. Michael, letzte Etappe für die Instandsetzung des Dachs der Scheune «Sur Tercier» in Les Molettes, Vaulruz, Ausbau der Aussenparkplätze und der Zufahrten auf dem Gut Monteynan in Arconciel;
- Pädagogische Hochschule I, Zutrittskontrolle und Beschilderung (Fortsetzung und Abschluss), Einrichtung von Einzel-WC, Auditorium, Klassenzimmer, Büros, Ausbau des Didaktischen Zentrums (Abschluss), Optimierung der Aussenbeleuchtung, Einrichtung der Informatikzentrale und der Klimaanlage, laufender Unterhalt;
- Pädagogische Hochschule II, Erhaltung der Bilder im Erker, Bestandesaufnahme und Instandsetzung der Heizung, laufender Unterhalt;
- Pädagogische Hochschule III (Stand, Turnhalle), Kontrolle der Heizung und der Spanndecken, laufender Unterhalt;
- Kollegium Heilig Kreuz, Teilsanierung der Sporthalle (Zugang zur Spielzone und zu den Geräteräumen, Plattenbelag in den Duschen und Umkleieräumen, Reparatur des Epoxy-Bodens unter den Zuschauerrängen, Reparatur des Sporthallenbodens), Sanierung der Klassenzimmerböden (Fortsetzung);
- Universität, Überwachung der Ausbau- und laufenden Unterhaltsarbeiten;
- Fachmittelschule, Einrichtung von Beamern in den dreissig Klassenzimmern;
- Naturhistorisches Museum, Einrichtung des Schau-fensters für die Bärenhöhle «Bärenloch», Modernisie-

– rung der Schalttafel im Vogelsaal, laufender Unterhalt und Studie für einen neuen Belag im Saal für Sonderausstellungen;

- Museum für Kunst und Geschichte, Sanierung des Dachs des «Ancien Arsenal», Ersatz des Schaufensters auf der Seite der Murtengasse, Einrichtung eines Kontrollsystems mit Kameras (Eingangshalle), diverse Unterhaltsarbeiten.

2. Für die Sicherheits- und Justizdirektion:

- Zeughaus, Projekt und definitives Programm für die teilweise Nutzung des Gebäudes durch die Lehrwerkstätten und den Zivilschutz;
- Zentralgefängnis, Ausbau der Brandmeldeanlage und Sanierung der elektrischen Installationen, Einrichtung eines Belüftungssystems für die Büros im Erdgeschoss, den Eingang und die Küche, allgemeiner Unterhalt des Dachs, Einrichtung eines Fitnesssaals im Dachgeschoss;
- Gefängnis von Bulle, Sanierung der Gegensprech-, Kontroll- und Überwachungsanlagen, Verbesserung der Sicherheit, neuer Anstrich für die Räumlichkeiten und Durchgänge, diverse Unterhaltsarbeiten;
- Amt für Bevölkerung und Migration, Absicherung (kugelsicheres Glas) aller Schalter der verschiedenen Sektoren, Um- und Ausbau von neuen Büros;
- Zivilschutzausbildungszentrum in Sugiez, Bau eines Unterstands für die neuen Transportfahrzeuge.

3. Für die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft:

- Rebgut Faverges, Renovierung der Wohnung von Herrn Philippe Regamey infolge seines Wegzugs und im Hinblick auf den Einzug seines Sohnes, der Weinbauer ist.

4. Für die Volkswirtschaftsdirektion:

- Lehrwerkstätte, Chemin du Musée 2, laufender Unterhalt;
- Lehrwerkstätte, Chemin du Musée 4, laufender Unterhalt, Austausch des Systems für die Wasserbehandlung, Auffrischung der Büros und Korridore (HSW);
- Hochschule für Technik und Architektur Freiburg, Erneuerung der Mess-, Steuer- und Regelungstechnik-Anlagen und der Belüftung der Säle G.01 28/26/24, Schliessung des Lokals F. 10.06, Studie für Waschraum (Chemie), Einrichtung einer Regalanlage (Compactus) im Chemiedepot, Trennung der Räume G10.09/11, verschiedene Arbeiten zur Verbesserung der Sicherheit und der Zugangskontrolle, Auffrischung von Büros und Klassenzimmern, Ersatz eines Wechselrichters, Arbeiten an der Feuerlösch- und der Klimaanlage im Informatikraum (Fortsetzung und Abschluss), Ersatz der Abschlussüren, laufender Unterhalt.

5. Für die Direktion für Gesundheit und Soziales:

- Kantonales Laboratorium, Studie für Zugangskontrolle, Auffrischung der Büros, laufender Unterhalt;

- Fachstelle für Abhängigkeit, Einrichtung von Empfangsräumen, einer Apotheke, eines Abgaberaums, eines neuen Empfangs und Ausbau des Sekretariats sowie Verbesserung des Sicherheits- und Alarmsystems;

- Chemin des Cliniques 17, Sanierung der Räumlichkeiten.

6. Für die Finanzdirektion:

- Amt für Informatik und Telekommunikation, Installation einer neuen Klimaanlage (Phase I), Auffrischung von zwei Büros, Studie und Planung für die Klimaanlage (Phase II), laufender Unterhalt;
- Rue Joseph-Piller 13, Ersatz der Zugangskontrolle und des Zeiterfassungssystems.

7. Für die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion:

- Werkhöfe Tour Rouge, Ersatz der Boxen-Tore (inklusive elektrische Anlage);
- Werkhöfe Stadtberg, laufender Unterhalt;
- Gurles-Hütte, Renovierung und Einrichtung einer Infrastruktur für die Organisation von Exkursionen im Feuchtgebiet, für das Büro für Natur- und Landschaftsschutz;
- Häuserblock Tour-Henri, neue Bedachung (Ziegel) für das Gebäude Tivoli 5.

8. Für die Zentralverwaltung:

- in Freiburg:
 - Chorherrengasse 17, 19 und 21, Auffrischung von Büros, Einrichtung der Archive im Untergeschoss, laufender Unterhalt;
 - Grenette, Vorhaben zur Vergrösserung der Parkieranlage;
- In den Bezirken:
 - Oberamt Bulle, 1. Etappe der Instandsetzungsarbeiten des Bergfrieddachs (abgeschlossen), laufender Unterhalt;
 - Oberamt Murten, Anstrich im Innern und diverse Unterhaltsarbeiten;
 - Oberamt Châtel-St-Denis, Zurverfügungstellung der Räume des Zivilstandsamts und Umbau der Räume im ersten Obergeschoss (im Gang) im Rahmen des Schlussumbaus, Teilsanierung des Dachgeschosses und der Bedachung;
 - Oberamt Estavayer-le-Lac, Fortsetzung der öffentliche Auflage, Beginn der Arbeiten in der Eingangshalle (grosser Saal), Errichtung von Gittern vor der Höhle (Phase I), laufender Unterhalt;
 - Polizeiposten an der Route Neuve 9 in Freiburg, Ausbau der Räumlichkeiten für die Nutzung durch die Stadtpolizei;
 - Polizeiposten von Châtonnaye, Zurverfügungstellung einer Wohnung und eines neuen Polizeipostens mit getrennten Eingängen;

- Polizeiposten von Farvagny, Prez-vers-Noréaz und Cheyres, diverse Unterhaltsarbeiten, Sanierung und Auffrischung infolge von Umzügen;
- Polizeiposten von Pilettes, Vorbereitung des Projekts.

9. Für die Kirchen, Kapellen und historischen Kunstdenkmäler:

- St.-Niklaus-Kathedrale, Fortsetzung der Datenerhebung und Erstellung von Plänen (CAD), Einrichtung eines neuen Schliess- und Zugangskontrollsystems, Installation von Trockensteigleitungen für die Brandbekämpfung, Restaurierung der Seitenschiffe (Joch V Nord und Joch IV Süd), Beginn der Restaurierung eines anderen Seitenschiffs (Joch IV Nord), CAD-Erhebung der Türme, Restaurierung der unteren Sakristei und der technischen Anlagen (Fortsetzung), Restaurierung des äusseren Jochs V Nord und der Balustraden, Restaurierung der Empore suite (Fortsetzung und Abschluss), laufender Unterhalt;
- Rathaus, Wiedereinbau und Einweihung der Glockenschläger;
- Bollwerk, Instandsetzung der Pflasterung;
- Türme und Tore, Abschluss der Restauration der Warte beim Murtentor (Sektor Nr. 11), Schliessung der westlichen Maueröffnung und allgemeine Reinigungsarbeiten beim Bourguillon-Tor (Sektor Nr. 6), Gesamtbericht über den Zustand der Türme und Tore im Zusammenhang mit dem laufenden Unterhalt;
- Pfarrkirche St. Moritz, Erhebung und Aktualisierung der Pläne, Bericht des allgemeinen Zustands (Fortsetzung), Prüfung der Heizanlagen (1. Etappe), laufender Unterhalt.

10. «Télégestion»

Das Hochbauamt hat einen Mitarbeiter eingestellt, der sich um den Bereich des Energiesparens kümmert.

IV. Laufender Unterhalt

Der administrative Dienst des Hochbauamts ist aufgeteilt in eine Abteilung Gebäudeunterhalt und eine Abteilung Gebäudeverwaltung. Der laufende Unterhalt wurde von der Abteilung Gebäudeunterhalt in folgenden Bereichen gewährleistet:

1. Laufender Unterhalt

Das Budget für das Mobiliar der Ämter und Anstalten des Staates wurde auf die verschiedenen Kostenstellen verteilt. Aus die-

sem Grund hat das Hochbauamt das Mobiliar der Ämter kontrolliert und bestellt, jedoch nicht jenes der Anstalten. Diese Ausgaben betragen 1 162 861 Franken (darin nicht enthalten sind die Beträge für die Fachhochschule für Soziale Arbeit, die Universität Freiburg, die Anstalten von Bellechasse, das kantonale Zeughaus, die Kasernen, das Lager von Schwarzsee, die Anstalten von Marsens und das Kantonsspital). Ausserdem wurden 660 Gebäudeversicherungsprämien und 659 Unterhaltsabonnemente überprüft und wo nötig korrigiert.

Die Handwerker leisteten 1265 Einsätze, die sich wie folgt aufteilen lassen:

Malerarbeiten	71 Baustellen
Schreinerarbeiten	659 Einsätze
Elektrikerarbeiten	407 Einsätze
Sanitärarbeiten	128 Einsätze

2. Vermietung (Stockwerkeigentum)

Die Abteilung Gebäudeunterhalt hat den Staat Freiburg an den Versammlungen für das folgende Stockwerkeigentum vertreten:

- Givisiez, Route André-Piller 21;
- Wünnewil-Flamatt, Bernstrasse 21;
- Charmey, La Soldanelle;
- Schmitten, Wirtshausmatte.

3. Vermietung

Die Mieten für die verschiedenen Dienstwohnungen werden auf die entsprechenden Dienstbereiche aufgeteilt. Die Vermietung der gedeckten und ungedeckten Parkplätze brachte Einnahmen von 868 200 Franken. Es wurden 285 Änderungen vorgenommen. Seit Ende 2002 ist das Unternehmen Securitas mit der Überwachung der Parkieranlagen beauftragt. Im Jahr 2006 wurden beim Oberamt des Saanebezirks mehr als 900 Anzeigen eingereicht. Das Hochbauamt seinerseits hat 300 Anzeigen verfasst und eingereicht.

Das Bollwerk wird auch weiterhin regelmässig für öffentliche Anlässe genutzt.

4. Heizung

Es wurden 1 913 600 Liter Heizöl bei 4 Lieferanten bestellt und in 82 Lieferungen an 54 Gebäude verteilt.

Ferner werden 32 Gebäude mit Gas beheizt:

	2003	2004	2005	2006
Niedertarif (12 Gebäude)	7 615 123	7 620 921	9 933 560	8 545 948
Volltarif (9 Gebäude)	3 274 890	3 047 210	2 213 683	2 325 098
Fernheizung (Placad) (11 Gebäude)	12 423 864	12 494 139	15 064 955	13 747 164
Total	23 313 877	23 162 270	27 212 198	24 618 210

5. Unterhalt

Der Wartungsdienst zählt für den technischen Bereich 23 Hauswarte und Handwerker sowie 211 Raumpflegerinnen (220 Stellen), die die Reinigung der Verwaltungs- und Schulräume übernehmen. Die Hochschule für Technik und Architektur Freiburg und das Amt für den Arbeitsmarkt (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) sind hier nicht mit eingerechnet.

Für die Raumpflege wurden insgesamt 347 Bestellungen, insbesondere für Putzmittel, aufgegeben.

Die Abteilung Gebäudeverwaltung übernahm die Aufstellung der Salärabrechnungen und die Ausarbeitung der Arbeitsverträge.

6. Versicherungen

Die Abteilung Gebäudeverwaltung führt die Inventare der Dienststellen nach und verwaltet die Schadensfälle. Bei der Sachversicherung ist der Staat gegen Brand an Gebäuden (KGV) und Mobiliar, Wasserschäden an Gebäuden und Mobiliar, Einbruch und Diebstahl sowie Schäden an Computern versichert. In diesem Jahr wurden 19 Schadensmeldungen behandelt (die Schäden an der Universität, die seit 2003 nicht mehr in diesem Rahmen behandelt werden, ausgenommen).

7. Gebäudeverwaltung

Die Abteilung Gebäudeverwaltung schloss folgende Mietverträge, Vereinbarungen und Nachträge zu Verträgen ab und befasste sich mit folgenden Aufgaben:

- Aufsetzen und Abschluss von Mietverträgen für 52 Parkplätze, Chemin des Mazots 2, in Freiburg;
- Abschluss eines Mietvertrags für die Vergrößerung des Konservatoriums Freiburg, Route Louis-Braille 8, in Freiburg;
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Reorganisation der Friedensgerichte in den Bezirkshauptorten sowie Suche nach geeigneten Räumlichkeiten;
- Unterstützung der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport beim Verkauf eines Grundstücks an Herrn Paul Roulin, Art. 155 des Grundbuchs von Arconciel;
- Mitarbeit in der Baukommission der Tagesklinik, Chemin de Nazareth 1, in Givisiez;
- Follow-Up des Dossiers über den Betrieb und die Verwaltung der Restaurants, Mensen und Cafeterias des Staats und Abschluss eines neuen Vertrags für die Ingenieurschule Freiburg, das Kollegium Heilig Kreuz und für die Pädagogische Hochschule, in Freiburg;
- Mitarbeit bei der Reorganisation des Amtes für Landwirtschaft, das der Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft unterstellt ist;
- Mitarbeit bei der Reorganisation der Forstkreise 3, 4, 5 und 6 sowie bei der Suche nach Räumlichkeiten;
- Überprüfung und Änderung von Mietverträgen im Namen der Abteilung Gebäudeunterhalt des Hochbauamts;
- Umzug und Einrichtung des Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienstes und des Amtes für französischsprachigen obligatorischen Unterricht (Kindergarten- und Primarschulinspektion Region Nord), Chemin des Mazots 2, in Freiburg;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe, die sich mit der Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen für die staatlichen Behörden und das Staatspersonal befasst;
- Mitarbeit beim Ausarbeiten eines Projekts für die Schaffung eines selbständigen und dauernden Baurechts und eines Stockwerkeigentums für die Kantonale Lehrmittelverwaltung (KLV), in Freiburg;
- Administrative und technische Verwaltung des Platzes für Fahrende in Châtillon-Hauterive;
- Abschluss eines Mietvertrags für Räumlichkeiten zugunsten der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und der Direktion für Gesundheit und Soziales im Kinder- und Jugendheim Bonnesfontaines-Torry 30, 32, 34 und 36, in Freiburg;
- Mitarbeit bei der Reorganisation der Räumlichkeiten des Zeughauses von Freiburg und Abschluss verschiedener Vereinbarungen für die Nutzung der Räume durch Dritte;
- Ausarbeitung einer Notiz zuhanden des Staatsrats und Abschluss eines Mietvertrags zugunsten der Kantonspolizei in den «Galeries du Rex», Boulevard de Pérolles 7, in Freiburg;
- Ausarbeitung eines Berichts zuhanden des Staatsrats und einer Vereinbarung für die jährliche Zahlung einer Subvention an die «Landwehr», in Freiburg;
- Unterzeichnung einer notariellen Urkunde für die Schenkung einer Parzelle auf dem Art. 162 des Grundbuchs von Arconciel zugunsten des Unternehmens Groupe E, in Freiburg;
- Abschluss eines Mietvertrags zugunsten der Kantonspolizei, Route Neuve 9, in Freiburg;
- Abschluss eines Mietvertrags zugunsten des Friedensgerichts des Greyerzerkreises, Avenue de la Gare 12, in Bulle;
- Abschluss eines Mietvertrags zugunsten des Amtes für Informatik und Telekommunikation, Impasse de la Colline 1, in Givisiez;
- Verkauf einer Parzelle auf dem Art. 7349 des Grundbuchs von Murten (Löwenberg) im Namen des Tiefbauamts;
- Abschluss eines Mietvertrags zugunsten des Amtes für den Arbeitsmarkt, Boulevard de Pérolles 24, in Freiburg;
- Abschluss mehrere Mietverträge für die Verwahrstellen der Kantonspolizei, in Domdidier, Vaulruz und Villars-sur-Glâne;
- Übernahme und Verwaltung mehrerer Mietverträge der Fachhochschule für Soziale Arbeit, in Givisiez;

- Abschluss eines Mietvertrags für die Fachhochschule für Soziale Arbeit, Rue Jean-Prouvé 11, in Givisiez;

Die Abteilung Gebäudeverwaltung hat ausserdem die Direktionen des Staats beraten.

V. Kosten

Die Ausgaben für diese Arbeiten lassen sich wie folgt aufteilen:

	Fr. *	Fr. **
Gebäudeunterhalt	3 601 910	5 228 190
Unterhalt und Reparatur von Kirchen, Kapellen und Kunstdenkmälern	1 315 960	80 000
Bau, Erweiterung, Ausbau sowie ausserordentliche Arbeiten, Kauf von Gebäuden	2 993 640	31 857 950
* zu Lasten des Hochbauamts		
** zu Lasten der übrigen Direktionen, vom Hochbauamt verwaltet, Anstalten ausgenommen		

Amt für Umwelt

I. Allgemeine Tätigkeit

1. Aussenbeziehungen

Das Amt für Umwelt (AfU) arbeitete in folgenden Kommissionen, Verbänden und Arbeitsgruppen aktiv mit:

a) auf nationaler Ebene

- Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter der Schweiz (KVU);
- Verband Schweizerischer Abwasserfachleute (VSA);
- Vereinigung kantonaler Gewässerschutzchemiker und -limnologen (Cercl'eau), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Schweizerische Gesellschaft der Lufthygienefachleute (Cercl'Air), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute (Cerle Bruit), in deren Vorstand es mitwirkt;
- Schweizerischer Verband der kantonalen Verantwortlichen für geologische und hydrologische Fragen;
- Schweizerische Gesellschaft für Hydrogeologie;
- Kontaktgruppe des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) für den Vollzug der Störfallverordnung (StfV);
- interkantonale Gruppe für den Vollzug der Störfallverordnung im Bereich der biologischen Sicherheit (ERFA BIO);
- interkantonale Gruppe für die Beförderung gefährlicher Güter (ERFA Strasse);
- Arbeitsgruppe «Erfa-Austausch Fachstellen Bodenschutz»;
- Arbeitsgruppe für Tankanlagen (CITA);
- interkantonale Konferenz für die Sonderabfälle und Arbeitsgruppe für die Einführung der neuen Bundesverordnung;
- Arbeitsgruppen des BAFU für den Bodenschutz;
- Evaluations- und Studiengruppen des BAFU für die Verbesserung der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und die Revision der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV);
- Arbeitsgruppe Netzwerk Umwelt Daten (NUD-CH 2006), die vom BAFU und der KVU initiiert wurde;

b) auf interkantonaler Ebene

- Konferenz der Westschweizer Umwelt- und Gewässerschutzvorsteher (CREPE), namentlich Mitwirkung bei der Plattform «énergie-environnement»;
- interkantonale Kommission für die Abfallbehandlung (CIRTD), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Verwaltungsrat des Zentrums für Sammlung und Identifizierung von Sonderabfällen (CRIDEC) in Eclépens;

- Westschweizer Vereinigung für Gewässerschutz und Luftreinhaltung (ARPEA), in der sich das Amt an der Ausarbeitung von Ausbildungskursen beteiligt;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Kantons Bern für den Grundwasserschutz;
- Gruppe der Verantwortlichen der Westschweiz und des Tessins für die Umweltverträglichkeitsprüfungen (grEIE), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- Westschweizer Gruppierung der Lufthygieneverantwortlichen (GREMMI);
- Westschweizer Gruppierung der kantonalen Heizungsinspektoren (GRICCH);
- Westschweizer Arbeitsgruppe der Verantwortlichen für die Luft/Emissionen in Industrie und Gewerbe;
- Westschweizer Koordinationsgruppe für den Boden (ROSOL);
- interkantonale technische Gruppe für die Integration des Moduls Bodenerosion in die Informatiklösung GELAN (PROSOL-GELAN), deren Vorsitz zurzeit das AfU innehat;
- interkantonale Gruppe der Westschweiz und des Tessins für die Umweltinformation (Info-Environnement);
- interkantonale Gruppe Bern-Neuenburg-Freiburg für die Kontrolle der Seen des Mittellands (Neuenburger-, Bieler- und Murtensee);
- Deutschschweizer Sachbearbeitertagungen für Industrie und Gewerbe;
- Arbeitsgruppe für die Bewertung externer Risiken im Zusammenhang mit der Prävention von Störfällen und der Raumplanung (BEKER); diese Arbeiten finden bereits in der Planungsphase statt;
- Westschweizer Gruppe für Industriesanierung (GRAIN);
- Westschweizer Gruppe für die Sanierung belasteter Standorte (GLASP);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Überwachung von Anlagen zur Lagerung von wassergefährdenden Flüssigkeiten (SIL);
- interkantonale Planungs- und Einsatzgruppe für die Bekämpfung von Kohlenwasserstoffverschmutzungen im Neuenburger-, Bieler- und Murtensee sowie in den Kanälen (GIPESI);
- Westschweizer Arbeitsgruppe für die Automobilbranche (AGC);
- interkantonale Arbeitsgruppe, die mit der Umsetzung des neuen Bundesrechts im Bereich der Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten betraut ist;
- interkantonale Konferenz der Verantwortlichen bei Umweltverschmutzungen;
- Westschweizer Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien der Kantone (Lab'Eaux);

- Methodikgruppe der internationalen Kommission zum Schutz des Genfersees (CIPEL);

c) auf kantonalen Ebene

- kantonale Kommission für Umwelt-, Natur- und Landschaft, für die das AfU das Sekretariat führt;
- «Umweltklub» des Grossen Rates, dessen Sekretariat es führt;
- kantonale Kommission für Schiessstände, deren Sekretariat das Amt führt;
- beratende Raumplanungskommission (CCCAT);
- kantonale Kommission für Fischerei;
- kantonale Kommission für Pflanzenschutz;
- kantonale Kommission für Gesundheitsförderung und Prävention;
- Verwaltungsrat und Projektausschuss SAIDEF;
- Verwaltungsrat der Kompostieranlage Seeland AG;
- Kommission für die Abfallbewirtschaftung der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK);
- ständige Kommission des Kompostierzentrums Châtillon;
- Verkehrsverbund der Agglomeration Freiburg (CUTAF);
- technische Gruppe @gglo, die mit der Ausarbeitung des Agglomerationsprojekts Freiburg beauftragt ist;
- kantonale Koordinationsgruppe zum Schutz gegen Störfälle (GROPAM), deren Vorsitz das Amt innehat;
- Projektgruppen für den Schutz der Bevölkerung («Prävention», «Risikoanalyse» und «Grossschäden»);
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung, in der es die Vizepräsidentenschaft innehat;
- technische Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1, deren Vorsitz das AfU innehat;
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Nachführung des Sachplans Materialabbau (SaM);
- Arbeitsgruppe der Verwaltung für die Begleitung des kantonalen Richtplans;
- Arbeitsgruppe für den Sachplan Arbeitszonen;
- Arbeitsgruppe Erosion FR;
- Arbeitsgruppe für die Verbesserung der Staatseinnahmen;
- Arbeitsgruppe mit Vertretern mehrerer Dienste für die Anwendung der Gesetzgebung über den Bodenschutz, deren Vorsitz und Sekretariat es innehat.
- Kantonale Konferenz der Stützpunktkommandanten;
- Arbeitsgruppe für die Abklärung der mit den Gasleitungen verbundenen Risiken;

- Kommission für die Verwaltung des Fonds der Groupe E zur Vermarktung des Labels «Nature Made Star».

2. Gesetzgebung

Mit dem Vorentwurf zum kantonalen Gesetz über die Gewässer soll eine ganzheitliche und nachhaltige Gewässerbewirtschaftung im Kanton sichergestellt und das kantonale Recht an die neue Gesetzgebung auf Bundesebene angepasst werden. Der Vorentwurf wurde in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Er wurde über alles gesehen positiv aufgenommen, auch wenn zahlreiche Bemerkungen – insbesondere zu den finanziellen Aspekten – gemacht wurden. Derzeit wird das Resultat der Vernehmlassung ausgewertet. Es ist vorgesehen, dass der Staatsrat den neuen Gesetzesentwurf dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2007 unterbreitet.

Eine länger anhaltende stabile Wetterlage im Januar und im Februar 2006 hat zu einer hohen Feinstaubbelastung geführt (siehe Punkt VI). Die meisten Kantone haben darum beschlossen, zum Schutze der Gesundheit der Bevölkerung kurzfristige Massnahmen zur Begrenzung der Feinstaubemissionen anzuordnen. Zur Vereinheitlichung und Koordination des Vorgehens der Kantone hat die Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz am 21. September 2006 beschlossen, ein interkantonales Interventionskonzept festzulegen, das temporäre Massnahmen bei ausserordentlich hoher Luftbelastung durch eine übermässige Feinstaubkonzentration vorsieht. Auf dieser Grundlage wurde eine Wintersmog-Verordnung ausgearbeitet und am 19. Dezember 2006 vom Staatsrat angenommen.

Der Staatsrat hat einen Dekretsentswurf über einen zusätzlichen Verpflichtungskredit für die Subventionierung der Gewässerschutzbauten und -arbeiten gutgeheissen. Der Grosse Rat wird dieses Geschäft Anfang 2007 behandeln.

3. Information

Die Information im Umweltbereich ist eine wesentliche Aufgabe der Kantone, die in der Gewässer- und Umweltschutzgesetzgebung des Bundes festgelegt ist. Durch die Schaffung einer Teilzeitstelle konnte diese Aufgabe 2006 vermehrt wahrgenommen werden. Das Amt richtete sein Augenmerk zwar auch dieses Jahr vor allem auf die Beratung der Gemeinden, für die spezifische Dokumentationen ausgearbeitet wurden, damit diese die Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Themen informieren können, doch konnten auch zahlreiche andere Bereiche behandelt werden:

- Plattform der Westschweizer Konferenz der Dienstchefs im Bereich Umwelt (energie-environnement.ch);
- Ausarbeitung des Informationskonzepts des Amts;
- Ausarbeitung, Veröffentlichung und Zustellung des Umweltberichts 2006;
- Fragebogen und Information zuhanden der Gemeinden über das illegale Verbrennen von Abfällen;
- Information im Zusammenhang mit den 1. August-Feuern;

- Information zuhanden der Gemeinden und Organisation der Aktion «Frühjahrsputz» – einer Sensibilisierungskampagne zur Problematik der Abfallbewirtschaftung und der Ressourcenschonung, an der sich die Bevölkerung aktiv beteiligte. 2006 haben die Gemeinden 25 solche Aktionen durchgeführt. Ausserdem fand am 20. Mai 2006 eine Presseorientierung statt;
- Zurverfügungstellung einer DVD in den französischsprachigen Primarschulen; dieses Lehrmittel wurde von der interkantonalen Arbeitsgruppe Info-Environnement produziert und enthält fünf Trickfilme zu den Themen Wasser, Abfall, Luft, Lärm und Mobilität;
- Ausstellung in Grolley über das Wasser im Kanton Freiburg, im Rahmen eines Herbstmarktes zum Thema Umwelt;
- Überarbeitung und Umgestaltung der Website, Migration zum CMS und Aktualisierung der Website mit neuen Informationen zur Umwelt (18 im Jahr 2006);
- Ausarbeitung, Abfassung und Verteilung von Medienmitteilungen, Organisation von Presseorientierungen und -konferenzen (Wintersmog-Verordnung, Vereinbarung mit den Mobilfunkanbietern, Revision des kantonalen Massnahmenplans Luftreinhaltung, Vorentwurf zum Gesetz über die Gewässer, Besuch von OECD-Experten);
- Ausarbeitung des grafischen Auftritts für die Publikationen des Amts;
- Fertigstellung der Datenbank mit den Adressen des Amts;
- Vorbereitung einer Publikation zum Thema Gewässerschutz.

Das Amt hat ausserdem an der Aktualisierung der Datenbank mitgearbeitet, in der alle Westschweizer Unternehmen, die im Bereich der Abfallbearbeitung tätig sind, aufgeführt sind. Die Datenbank kann auf der Website des AfU abgerufen werden.

Auf Ersuchen des Freiburgischen Baumeisterverbands (FBV) hat das Amt 10 Kurse über die Sicherheit beim Lagern von Kohlenwasserstoffen und den Umgang mit ihnen, über den Gewässerschutz sowie über die Abfallbewirtschaftung durchgeführt. Diese Kurse richteten sich an Geräteführer sowie Bauführer und fanden im kantonalen Berufsbildungszentrum statt.

Zusammen mit dem Freiburger Kiesverband (FKV) und dem Fachverband der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie (FSKB) hat das AfU im Zusammenhang mit der Rekultivierung einen Kurs für Maschinenführer über die Techniken zum Schutz des Bodens organisiert. Ausserdem hat das Amt für Käserinnen und Käser sowie für Lebensmitteltechnologinnen und -technologien Kurse über den Gewässerschutz durchgeführt.

Das Amt beteiligte sich ferner aktiv an der Ausbildung der Polizeiaspirantinnen und -aspiranten des Jahrgangs 2006. In den Kursen werden praktische Kenntnisse über den Umweltschutz vermittelt, die den Ordnungshütern bei ihren künftigen Einsätzen nützlich sein werden.

Auf seiner Website (www.fr.ch/sen) informiert das AfU wöchentlich über die Luftqualität, die in den verschiedenen über das ganze Kantonsgebiet verteilten Messstationen gemessen wurde. Auf der Website findet man zudem allgemeine Informationen über sämtliche Tätigkeitsgebiete des AfU und auch Informationsbroschüren über die Abfallentsorgung, die heruntergeladen werden können, sowie nützliche Internet-Adressen und den Umweltbericht im pdf-Format. Die Website wurde ausserdem durch einen gemeinsam mit dem Autobahnamt (ABA) ausgearbeiteten Internetauftritt über die ökologischen Ausgleichsmassnahmen für die A1 vervollständigt. Eine weitere Website (www.les3lacs.ch), die von den drei Kantonen Bern, Freiburg und Neuenburg gemeinsam verwaltet wird und direkt über die Site des AfU angeklickt werden kann, liefert monatlich aktualisierte Informationen über die Entwicklung der Wasserqualität in den drei Seen des Mittellands (Bieler-, Murten-, und Neuenburgersee).

4. Verschiedene Tätigkeiten

Das Amt hat begonnen, die interne Charta, in der seine Aufgaben, Ziele und Werte festgehalten sind, und die darin verankerten Grundsätze umzusetzen. Damit will es – namentlich aus Sicht des Umweltschutzes – ein kohärentes und beispielhaftes Handeln auf der Ebene des Amts und des Personals (beruflich und menschlich) fördern.

Die Zahl der Dossiers, die das AfU im laufenden Jahr bearbeitet hat, ist nach einer spektakulären Zunahme im Jahr 2005 stabil geblieben. Rein mengenmässig fallen die Baugesuche am stärksten ins Gewicht. 2006 hat das AfU 3422 Baugesuchsdossiers behandelt (2005 waren es 3409 gewesen). Entsprechend gross war der Arbeitsaufwand.

Das Amt hat gemeinsam mit dem Landwirtschaftlichen Institut Grangeneuve (LIG) den Bericht «Landwirtschaft und Umwelt» erarbeitet. In diesem Bericht wird eine Bilanz der letzten zehn Jahre gezogen für die verschiedenen Umweltaspekte, die die Landwirtschaft betreffen, namentlich den Bodenschutz und die Erosion. Ausserdem ging es in diesem Bericht darum, die Ziele und Prioritäten für die nächsten zehn Jahre unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Entwicklung festzulegen.

Im März 2006 hat eine hochrangige Delegation der OECD den Kanton Freiburg im Rahmen der periodischen Umweltperformance-Prüfung der Schweiz besucht. Die Kantone Freiburg und Basel-Stadt wurden ausgewählt, um die Rolle der Vollzugsbehörden auszuleuchten. Das AfU organisierte den Besuch, bei dem die OECD-Experten verschiedene Aspekte der Verwaltung der natürlichen Ressourcen (Wasser, Biodiversität, Kies) und die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und der Wirtschaft untersuchten.

II. Personal

Ende 2006 umfasste der Personalbestand 35,66 Stellen (Vollzeitäquivalenz). Hinzu kommt noch ein Laborantlehrling in Chemie.

III. Gewässerschutz und Störfälle

1. Sektor Kanalisationen und Abwasserreinigungen

a) Ausführung von Bauwerken

2006 betragen die überwiesenen Kantonsbeiträge 457 000 Franken (für 19 kommunale und 3 gemeindeübergreifende GEP). Die Bundessubventionen beliefen sich auf rund 559 000 Franken.

b) Gemeindeplanungen

Das Amt hat 109 Ortsplanungen (OP) mit Revisionen und Änderungen sowie 62 Detailbebauungspläne (DBP) geprüft. Zudem hat es 186 Bauprojekte für öffentliche oder private Anlagen begutachtet. Es befasste sich mit 16 Kanalisationsreglementen und den entsprechenden Gebühren, wobei es meistens um die Änderung eines geltenden Reglements ging. Auf Grund der Einführung von kostendeckenden Gebühren gemäss Verursacherprinzip und Artikel 60a des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG) müssen noch zahlreiche Gemeindereglemente angepasst werden.

c) Baugesuche

Das Amt für Umwelt hat 3422 Baugesuche sowie 208 diverse andere Gesuche von Gemeinden (beschränkte Auflagen) geprüft und begutachtet.

d) Generelle Entwässerungspläne (GEP) und globale Pläne

Zurzeit sind 30 GEP-Dossiers in der Vorprüfung und 5 Dossiers im Genehmigungsverfahren. Ausserdem werden derzeit 8 globale GEP, die GEP von Verbänden und Gemeinden zusammenfassen, ausgearbeitet (deren Vorprüfung ist für 2007 vorgesehen).

e) ARA

Auch 2006 ist das Amt den Betreibern der 29 Abwasserreinigungsanlagen (ARA) im Kanton mit Rat und Tat zur Seite gestanden, damit die in der Gewässerschutzverordnung vom 28. Oktober 1998 (GSchV) definierten Wirkungsgrade und Normen für die abgeleiteten Mengen und Konzentrationen von Stoffen eingehalten werden. Zu diesem Zweck hat das AfU für die Betreiber eine Datenbank sowie ein neues Kontrollformular zusammengestellt. 2006 haben alle ARA von dieser Betreuung profitiert.

Am 1. Oktober 2006 trat in unserem Kanton das Verbot, Klärschlamm auszutragen, in Kraft. Das Amt hat die Verwirklichung der notwendig gewordenen Infrastruktur (Anlagen zur Klärschlammmentwässerung in den Haupt-ARA und Zusammenfassung der anderen ARA (Satelliten) nach Einzugsgebiet) begleitet.

2. Sektor Industrie

Das Amt hat für Industrie und Gewerbe 348 Baugesuche, 36 Dossiers für Sanierungen, 44 OP- und DBP-Dossiers sowie 15 GEP- und UVP-Dossiers bezüglich Abwasserbehandlung und Bestimmung der StfV geprüft und begutachtet. Darin sind auch die Prüfungsdossiers für

ISO14001-Projekte enthalten. Im Rahmen der Industriekataster, die gemeinsam mit den Gemeinden erstellt wurden, sind 90 Unternehmen besucht und saniert worden.

Im Rahmen der Störfallverordnung hat das AfU die Bewertung von 9 Objekten im Bereich der stationären Anlagen vorgenommen. Ende 2006 waren rund 80 % der festen Anlagen und etwa 80 % der Verkehrsachsen in Kurzberichten oder anderen Studien bewertet worden. Es wurden zudem mehrere Risikoberichte im Zusammenhang mit der Raumplanung erstellt und untersucht. Ein Geschäft ist zurzeit beim Verwaltungsgericht hängig. Die Ausarbeitung und Bewertung einer Risikoabklärung im Zusammenhang mit einer Gasleitung sind im Gang – in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie (BFE). Die Projektierungs- und Sanierungsarbeiten werden weitergeführt. In enger Zusammenarbeit mit der Kantonalen Gebäudeversicherung (KGV) hat das Amt 9 Einsatzpläne für verschiedene Unternehmen gutgeheissen.

Der Risikokataster wird regelmässig in Form von Tabellen nachgeführt (eine graphische Aufbereitung der Daten ist für 2007 vorgesehen).

3. Sektor Kohlenwasserstoffe und wassergefährdende Flüssigkeiten

a) Neue Lageranlagen für Kohlenwasserstoffe

Das AfU hat 193 Bewilligungen für 350 Tanks geprüft und begutachtet.

b) Garagen, Autospenglereien und andere Betriebe der Autobranche

Das AfU hat 115 Baugesuche und 17 Umbaugesuche von Betrieben der Automobilbranche geprüft und begutachtet. Auf Grund des vom Amt für Strassenverkehr und Schifffahrt verlangten Konformitätsberichts mussten 55 Betriebe ihre Anlagen gemäss Umweltschutzanforderungen sanieren. Die Sanierungsarbeiten erforderten insgesamt 90 Ortsbesichtigungen.

c) Unfälle und Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe

Das Amt hat 184 Dossiers zu Verschmutzungen durch Kohlenwasserstoffe behandelt. In diesem Zusammenhang wurden 402 Rechnungen ausgestellt, deren 3 Gegenstand von Beschwerden und deren 31 Gegenstand von Einsprachen waren.

d) Revisionen von Tankanlagen

Am 31. Dezember 2006 waren 49 800 Tankanlagen im Register eingetragen.

e) Revisionen von Tankanlagen

Es wurden 2600 Tankanlagen revidiert und registriert. 220 Tanks wurden wegen Undichtigkeit oder anderen Mängeln definitiv ausser Betrieb gesetzt. Zudem konnten 580 Mahnungen bearbeitet und die Anlagen saniert werden. Derzeit sind 220 Mahnungen in Bearbeitung. Insgesamt waren 63 Ortsbesichtigungen nötig.

f) Leckerkennungsgeräte

Es wurden 1850 Kontrollberichte über Leckerkennungsgeräte geprüft. 619 Geräte werden derzeit bearbeitet.

g) Kontrolle der Revisionsunternehmen

3 Tankrevisionsunternehmen sind geprüft worden. Dazu waren 14 Ortsbesichtigungen nötig.

8 Treibstofflieferanten wurden kontrolliert und über die Bemerkungen des Amtes informiert.

h) Abnahme von Tankanlagen

Im Zusammenhang mit der Abnahme von 96 Installationen mussten 40 Besitzer schriftlich benachrichtigt werden, dass ihre Tankanlagen nachgebessert werden müssten.

i) Verwaltung des Tankanlagenkatasters, Gemeindefusionen und neue Katastervermessungen

Das Amt hat 96 allgemeine Tankanlagenlisten nachgeführt (je Gemeinde) und wo nötig Korrekturen angebracht. Das neue Verwaltungstool für den Kataster erforderte eine umfangreiche Nachführung der Daten und zahlreiche Änderungen für alle Gemeinden, die fusioniert haben. Die allgemeine Tankanlagenliste und die Liste mit den Anlagen, die 2007 saniert werden müssen, wurden nachgeführt und dann allen Gemeinden des Kantons zugestellt.

j) Verordnung vom 1. Juli 1998 über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)

Infolge der Aufhebung dieser Bundesverordnung auf den 31.12.2006 mussten bei der Anwendung «Tankanlagen» zahlreiche Änderungen und Aktualisierungen vorgenommen werden. Ausserdem waren zahlreiche Sitzungen mit dem BAFU und anderen Kantonen nötig.

4. Sektor Landwirtschaft

Im Rahmen der Kampagne für die Sanierung der Lagervolumen von landwirtschaftlichen Betrieben des Kantons hat das Amt 51 Betriebe auf die Einhaltung der Anforderungen und gesetzten Fristen hin kontrolliert. Ein paar Dossiers wurden dem Amt für Landwirtschaft für allfällige administrative Massnahmen übergeben.

Von den 222 behandelten Dossiers wurden 9 Gesuche vom Meliorationsamt übermittelt (im Rahmen von Subventionsgesuchen).

Das Gesamtvolumen der dieses Jahr begutachteten Jauchegruben (Kontrolle der Dichtigkeit) betrug 44 000 m³, was 85 Kontrollen erforderte.

Im Zusammenhang mit der Erfassung der Gewässerschutzbauten (verfügbares Lagerungsvolumen) hat das Amt bei 452 Landwirten nachgefragt, um die bereits 2001 geforderten Informationen zu erhalten. Dies geschah in Zusammenarbeit mit den für die Landwirtschaft zuständigen Personen vor Ort.

IV. Sektion Grundwasser und Oberflächengewässer

1. Sektor Grundwasser

a) Karten über Gewässerschutzbereiche 1:25 000

Im Rahmen der regelmässigen Aktualisierung der Gewässerschutzbereiche wurden 6 der 17 Karten des Kantons gemäss den Bestimmungen der neuen Bundesverordnung über den Gewässerschutz (GSchV) nachgeführt. Die Veröffentlichung ist für Anfang 2007 vorgesehen.

b) Grundwasserschutzzonen (Zonen S)

Die Studien und öffentlichen Auflagen von Schutzzonen bei den öffentlichen Wasserfassungen wurden weitergeführt. Sie führten zur Legalisierung von 32 Grundwasserschutzzonen in den Gemeinden Avry (1), La Brillaz (1), Prez-vers-Noréaz (1), Châbles (1), Cheyres (2), Haut-Intyamon (2), Châtel-St-Denis (1), Schmitten (2), St. Antoni (1), Vuarmarens (2), Cressier (1), La Folliaz (1), Giffers (1), Rechthalten (1), Tentlingen (1), Plaffeien (2), Plasselb (1), Oberschrot (2), Villarepos (1), Alterswil (1), Brünisried (1), Charmey (2), Heitenried (1), St. Ursen (1) und Semsales (1). Inzwischen wurden etwa 95 % der Schutzzonen im Kanton legalisiert.

c) Zuströmbereiche (Sektoren Zu)

Zusammen mit dem LIG, dem Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) und dem BAFU hat das AfU hydrogeologische Studien in 2 neuen Zuströmbereichen auf den Gebieten der Gemeinden Neyruz und Russy-Dompierre beendet und weitere Studien für Posat und Barberêche in Angriff genommen. Diese Studien erfolgen im Rahmen der vom Bund ausgearbeiteten Strategie zur Reduktion des Nitratgehalts in den unterirdischen Gewässern und werden durch Bundes-, Kantons-, und Gemeindebeiträge unterstützt.

Die Wasserqualität in den Einzugsgebieten von Avry-sur-Matran, Courgevau, Domdidier, Fétigny, Lurtigen, Midde und Salvenach wurde jeden Monat analysiert. 8 weitere Standorte wurden alle zwei Monate kontrolliert.

d) Kiesgruben, Materialausbeutungen

Es wurde ein Gesuch zur Ausbeutung von sandig-kiesigem Material geprüft.

e) Baugesuche, Bewilligungen und verschiedene Gutachten

Es wurden rund 2500 Baudossiers und Baugesuche, 109 OP, 62 DBP, 186 DEP, 15 GEP, Wasserkonzessionen und Pumpbewilligungen sowie 688 Dossiers für etwa 800 Installationen von geothermischen Sonden und Wärmepumpen in Bezug auf den Grundwasserschutz geprüft (2005 waren es 435 Sonden gewesen).

f) Besondere Studien

Das in Zusammenarbeit mit dem BAFU ausgearbeitete Projekt für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität konkretisierte sich 2002 und wurde weitergeführt, indem insbesondere gezielte Studien über bestimmte

Mikroverschmutzer in das Projekt aufgenommen wurden. Es handelt sich dabei um ein Projekt auf nationaler Ebene namens NAQUA, für das jährlich vier Messkampagnen in 10 Freiburger Messstationen durchgeführt werden, die auf dem Kantonsgebiet gemäss hydrogeologischer Besonderheit der Trinkwasserreserven verteilt sind. Die Arbeiten werden vom Bund subventioniert.

g) Überwachung der Entwicklung der Grundwasserqualität

Die Überwachung der Grundwasserqualität ist eine Aufgabe des Kantons. Dafür wurde ein Konzept für ein Netz zur Überwachung der Grundwasserqualität auf regionaler Ebene mit 49 Standorten definiert. 2006 wurden zwei Messkampagnen durchgeführt.

2. Sektor Oberflächengewässer

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Bern, Neuenburg und Freiburg hat das AfU für die Studie und Analyse der Wasserqualität in den Seen des Mittellands 12 Proben (1 pro Monat) aus dem Murtensee entnommen. Das AfU hat sich auch an den Probeentnahmen aus dem Bieler- und Neuenburgersee beteiligt. Ferner hat das AfU die Kontrolle der Wasserqualität im Greyerzer- und im Schifflensee durch eine jährliche Probeentnahme weitergeführt.

Die jährliche Analyse der Wasserqualität in den Zuflüssen des Murtensees (Arbogne, Broye, Chandon, Kleine Glane) und des Neuenburgersees (Broyekanal) wurde mit 4 Probeentnahmen weitergeführt. Dabei wurden auch die Ableitungen der ARA von Murten, die sich im betroffenen Einzugsgebiet befindet, einer Qualitätskontrolle unterzogen.

Das Amt hat die 1999 begonnenen Arbeiten im Hinblick auf die Bestimmung des ökomorphologischen Zustands der Bäche im Kanton fortgeführt. 2006 hat es die Studie für das Einzugsgebiet Sonnaz-Crausa abgeschlossen. Die wichtigsten Fließgewässer des Kantons haben zusammen eine Länge von rund 600 km. Davon wurden inzwischen 350 km erfasst. Das AfU hat ausserdem 12 Messkampagnen für die Aufstellung einer Schadstoffbilanz durchgeführt: 4 im Einzugsgebiet der Kleinen Glane, 4 im Einzugsgebiet der Bibera und 4 im Einzugsgebiet Sonnaz-Crausa.

Das AfU hat die 2004 begonnene Kampagne für die Untersuchung des Gesundheitszustands der Gewässer im Kanton Freiburg fortgeführt. Dabei verwendete das Amt die so genannte IBGN-Methode (Genormte Biologische Gesamtzahl), die auf der Beobachtung der Gemeinschaften der Wirbellosenlarven (Makro-Invertebraten) basiert. 2006 wurde das Einzugsgebiet Glane-Neirigue untersucht. Da das AfU dafür nur über beschränkte Mittel verfügt, wird diese Kampagne frühestens Anfang 2008 abgeschlossen werden können.

Um eine bessere Koordination innerhalb der Verwaltung im Bereich Wasserbewirtschaftung sicherzustellen, nahm das Amt zudem an Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen teil. Folgende Bereiche werden dabei behandelt:

- Verbauung und Unterhalt der Fließgewässer und Seen;
- landwirtschaftliche Wasserentnahmen durch Pumpen;

- Restwassermengen und Unterhalt der Elektrizitätswerke (in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Groupe E). In diesem Bereich setzte das Amt seine Mitarbeit bei der Nutzwertanalyse für die Sanierung des Staudamms von Montsalvens fort. Wie schon bei der Studie für den Staudamm von Rossens sollen auch mit dieser Studie die Restwassermengen gemäss GSchG bezeichnet werden;
- Revitalisierung der Fließgewässer.

Im Rahmen des Schutzes der Oberflächengewässer hat das AfU 90 Dossiers für OP, DBP, GEP, Meliorationen, Materialausbeutungen, Hafenausbauten, Wasserpumpwerke sowie Verbauungen und Unterhalt von Fließgewässern geprüft und begutachtet, wobei 9 Dossiers eine Reinigung, 6 Dossiers eine Revitalisierung, 2 Dossiers eine Ausdolung des Baches und 5 Dossiers die Entnahme von Material zum Gegenstand hatten. Für diese Dossiers hat das AfU an den entsprechenden Sitzungen und Ortsbesichtigungen teilgenommen.

V. Labor und Stoffe

1. Akkreditierung nach ISO 17025

Im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems führte das AfU verschiedene Ringanalyse-Serien durch, die entweder von der Arbeitsgruppe «Analysen und Methoden» der CIPEL, von Lab'Eaux oder von WEPAL (Wageningen Evaluating Programme for Analytical Laboratories) aus den Niederlanden organisiert worden waren. Insgesamt erfolgten 447 Analysen, dank denen die Qualität der vom Laboratorium des AfU erbrachten Leistungen bescheinigt werden konnten.

2. Abwasserreinigungsanlagen (ARA)

Gestützt auf die gesetzlichen Bestimmungen – namentlich der Gewässerschutzverordnung und der kantonalen Weisung vom 21. Juli 1991 über die Ausstattung und die Kontrolle von ARA-Betrieben – hat das AfU die 29 in Betrieb stehenden ARA von Gemeinden und Gemeindeverbänden kontrolliert. Im Rahmen dieser Kontrollen wurden 2990 Analysen durchgeführt.

Das AfU hat die regelmässige Qualitätskontrolle der von den ARA produzierten Klärschlämme mit vier Probeentnahmen für die grossen und mittleren Anlagen und zwei Probeentnahmen für die kleinen Anlagen weitergeführt, was gesamthaft 1837 Analysen entspricht. Das AfU hat ferner seine Mitarbeit am MARSEP-Programm fortgesetzt, das von der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik zur Qualifizierung der Laboratorien eingeführt wurde. Das AfU-Labor ist dadurch offiziell für die Kontrolle der Klärschlämme und des Kompostes gemäss Verordnung vom 18. Mai 2005 zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (ChemRRV) zugelassen.

3. Industrieabwasser

Wegen Personalmangel konzentriert sich das AfU 2006 auf die vorrangigen Geschäfte, insbesondere die Abnahme neuer

Anlagen. So wurden 39 Analysen von Industrieabwässern vorgenommen. Zudem setzte das Amt seine umfassenden Untersuchungen der Qualität der Abwasserleitungen und des Grundwassers unter der Deponie von En Craux in Châtel-St-Denis sowie die Studien zur Qualität des Grundwassers unter der Deponie von Châtillon in Hauterive fort. Dafür wurden insgesamt 938 Proben analysiert.

4. Oberflächengewässer

Das AfU hat im Rahmen der Wasserbewirtschaftung 5877 Untersuchungen der Oberflächengewässer vorgenommen.

5. Verschmutzungen

Das Amt musste in 16 Fällen von Fließgewässerverschmutzung einschreiten. Die identifizierten Urheber der Verschmutzungen wurden bei der zuständigen Behörde angezeigt. Diese Verschmutzungen gaben Anlass zu 172 Untersuchungen.

6. Interkantonale Zusammenarbeit

Schon seit mehr als einem Jahr nimmt das AfU am Netzwerk der Gruppierung der Gewässer- und Umweltschutzlaboratorien (Lab'Eaux Sektion Westschweiz) teil. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit hat das Amt 132 Proben behandelt, wofür 204 Analysen nötig waren. Das AfU hat seinerseits 112 Proben für die Quantifizierung einer breiten Palette von Pestiziden (3331 Parameter, für deren Bestimmung das Laboratorium nicht über die entsprechenden Instrumente verfügt) eingereicht.

7. Stoffe

Im Hinblick auf die Anwendung der Bestimmungen, die sich aus dem am 1. August 2005 in Kraft getretenen Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (ChemG) ergeben, hat das Amt aktiv an den Überlegungen innerhalb einer eigens für diesen Zweck eingesetzten und von der GSD geleiteten Arbeitsgruppe teilgenommen. Es ging darum, die Verteilung der Aufgaben, die sich aus dem Inkrafttreten dieses Rahmengesetzes und der gut zehn Ausführungsverordnungen ergeben, festzulegen; denn die Arbeitslast wird erheblich zunehmen. Die Arbeitsgruppe hat ihr Mandat Ende September beendet, was sich in der Abfassung eines Entwurfs für eine Ausführungsverordnung zum ChemG und der einschlägigen Gesetzgebung niederschlug.

Weil beim Kantonalen Laboratorium noch kein neuer Giftinspektor angestellt worden ist, wurde der Kanton Freiburg durch das AfU in der Westschweizer Gruppierung der Giftinspektoren (GRIT) vertreten. Das Amt stellte diese Stellvertretung bei 2 Sitzungen der Westschweiz und bei einem nationalen Treffen über die Überwachung des Marktes sicher.

Es hat über die elektronische Plattform (Internet) zur Bewilligung von Kältemittelanlagen 19 Gesuche für die Benutzung von Kältemitteln registriert. Ausserdem wurden im Rahmen von öffentlichen Auflageverfahren 27 Bewilligungen für die Einrichtung von Kältemittelanlagen mit einem Kältemittelvolumen von über 3 kg erteilt.

VI. Abteilung Luftreinhaltung

1. Massnahmenplan

Der Entwurf für die Revision des Massnahmenplans Luftreinhaltung wurde 2006 in die öffentliche Vernehmlassung geschickt. Der Entwurf wurde äusserst positiv aufgenommen. In der Folge wurde ein Vernehmlassungsbericht verfasst. Die Annahme des Massnahmenplans durch den Staatsrat ist für 2007 geplant.

Das AfU beteiligte sich an den Arbeiten der Koordinationsgruppe für Verkehr sowie an denjenigen der technischen Kommission für die Umsetzung des CUTAF-Generalprojekts. Zudem arbeitete es in der technischen Gruppe für die raumplanerischen Tätigkeiten im Rahmen des Agglomerationsprojekts aktiv mit.

Auf interkantonaler Ebene nahm das AfU an zahlreichen Sitzungen zur interkantonalen Koordination des Vollzugs der Gesetzgebung teil.

2. Sektor Emissionskontrolle

Zur Überprüfung der gasförmigen Emissionen von industriellen und gewerblichen Heizungsanlagen wurden 16 Holzfeuerungsanlagen sowie 2 Öl- und Gasfeuerungen kontrolliert. Im Übrigen wurden die Emissionen von 4 industriellen Produktionsstätten untersucht. Auf Grund dieser Untersuchungen mussten 2 Installationen reguliert und 2 saniert werden. Dem ist anzufügen, dass bei den meisten Messungen auch die Partikelemission gemessen wurde, weil dies beim Kampf gegen übermässige Feinstaubbelastung (PM10, siehe weiter unten) besonders wichtig ist. Des Weiteren wurden 10 Anlagen zur chemischen Kleiderreinigung mit Perchlorethylen kontrolliert. Die Kontrollen und Sanierungen von industriellen und gewerblichen Anlagen konnten hingegen nicht wie vorgesehen durchgeführt werden.

Die Kaminfeger haben 17 900 Hausfeuerungen kontrolliert. In 1250 Fällen musste eine Frist zur Sanierung der Feuerung angeordnet werden. Heute gelten noch 1624 Anlagen als sanierungsbedürftig.

Das AfU hat unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung 193 Dossiers für Baugesuche behandelt, darunter 33 für Industrie- und Gewerbebetriebe, 53 im Rahmen landwirtschaftlicher Tierhaltung, 29 für den Bau von Parkieranlagen, 14 für den Betrieb von Gasthöfen und 4 für den Bau von Tankstellen oder mechanischen Werkstätten. Die landwirtschaftlichen Dossiers betrafen zwei Bereiche: einerseits die Einhaltung des Mindestabstands zwischen einer landwirtschaftlichen Tierhaltung und der nächsten Wohnzone, andererseits die Begrenzung der Ammoniakemissionen, die namentlich von Jauchegruben stammen; die Umsetzung wurde in Absprache mit den kantonalen landwirtschaftlichen Dienststellen festgelegt.

Es wurden zudem 66 Gesuche für die Installation von neuen Heizkesseln (nur kontrollierbare Anlagen) begutachtet. Das AfU hat ferner 28 Dossiers von OP oder DBP sowie verschiedene weitere Dossiers bezüglich Luftreinhaltung geprüft und 14 Klagen über Geruchsemissionen entgegen-

genommen, wovon einige noch in Behandlung sind. Es handelt sich dabei um Fälle, die von den Gemeindebehörden nicht geregelt werden konnten.

Das AfU beriet die von der Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) betroffenen Unternehmen des Kantons. Die Bilanz der flüchtigen organischen Verbindungen von 17 Unternehmen wurde überprüft und nach Ausführung der nötigen Anpassungen und Korrekturen der Eidgenössischen Oberzolldirektion zwecks Entschädigung zugestellt.

3. Sektor Immissionsüberwachung

Ein Teil der Messresultate für die Luftqualität von 2005 wurde wie jedes Jahr im statistischen Jahrbuch des Kantons Freiburg «STAT-FR 2006» sowie auf der Website des Bundesamts für Umwelt (http://www.bafu.admin.ch/luft/luftbelastung/blick_zurueck) veröffentlicht. Auf der Website des AfU (www.fr.ch/sen) werden die aktuellen Stickstoffdioxidwerte wöchentlich und die Ozonwerte stündlich veröffentlicht. Während des Sommers werden nicht nur die aktuellen Ozonwerte veröffentlicht, sondern auch eine Vorhersage der Maximalwerte für die nächsten drei Tage.

Die kritischen Schadstoffe sind weiterhin Stickstoffdioxid, Ozon und der Feinstaub. Diese Substanzen überschreiten regelmässig die in der Bundesverordnung für die Luftreinhaltung festgelegten Grenzwerte. Wegen der lang andauernden stabilen Wetterlage wurde in den Monaten Januar und Februar 2006 eine hohe Feinstaubbelastung gemessen: Der Tagesgrenzwert von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$, der laut Bundesverordnung höchstens einmal pro Jahr überschritten werden darf, wurde während mehr als 20 Tagen nicht eingehalten.

Das AfU betreibt weiterhin eine ständige Station für Immissionsmessungen an der Route de la Fonderie 2 in Freiburg. Zudem wurden zwei Messwagen wie folgt eingesetzt:

- a) Messung der Schadstoffbelastung an der Rue de Vevey in Bulle, in der Nähe der Place Nicolas-Glasson;
- b) Messung der Schadstoffbelastung im Gambach-Quartier von Freiburg, am Rande der Avenue Louis Weck-Reynold.

Das Netz der NO₂-Passivsammler umfasste im Jahr 2006 folgende Gemeinden: Bulle (4 Standorte, davon 1 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können) Châtel-St-Denis (1), Cormérod (1), Düdingen (1), Estavayer-le-Lac (1), Freiburg (5 Standorte, davon 2 bei der Messstation, um Vergleiche anstellen zu können), Givisiez (2), Granges-Paccot (1), Kerzers (1), Murten (2), Romont (1), Villars-sur-Glâne (2) und Vuisternens-en-Ogoz (1), was ein Total von 23 Messstandorten ergibt. An 5 dieser Standorte wurden Vergleichsmessungen mit zwei verschiedenen Methoden durchgeführt. Die Messresultate können auf der Website des AfU eingesehen werden (www.fr.ch/sen).

VII. Lärmschutz und nichtionisierende Strahlung

1. Schutz vor Strassenlärm

Die Arbeit des AfU konzentrierte sich im Bereich Lärmschutz insbesondere auf die Umsetzung des Vorsorgeprinzips. In diesem Rahmen wurden 135 Dossiers für OP und DBP, 1220 Baugesuche und 44 Patentgesuche oder Gesuche um Verlängerung der Öffnungszeiten von öffentlichen Anstalten begutachtet.

Die Bevölkerung reagiert immer empfindlicher auf die Lärmimmissionen. Die Zahl der Klagen wegen übermässiger Lärmbelastung bleibt weiterhin hoch: 2006 wurden 23 neue Dossiers eröffnet.

Während die Umsetzung des Vorsorgeprinzips Priorität genießt (Baubewilligungen, OP, DBP), ist die akustische Sanierung bestehender Anlagen (Schiessstände, Industrieanlagen, Strassen) von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig. Die erste Frist von 15 Jahren (31. März 2002), wie sie für die akustische Sanierung lärmiger Anlagen im Bundesrecht vorgesehen ist, konnte deswegen nicht eingehalten werden. Und so kommt es, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bevölkerung immer noch Lärmbelastungen ausgesetzt ist, die – zum Teil massiv – über den zulässigen Höchstwerten liegen. Mit der Verstärkung unseres Amtes durch einen zu 80 % angestellten Mitarbeiter sollte diesbezüglich eine Besserung eintreten.

Der Staatsrat hat dem Grossen Rat einen Bericht zum Postulat Nr. 277.05 von Grossrat Jean Genoud über die Anwendung der Lärmschutz-Verordnung entlang des Freiburger Strassennetzes unterbreitet. Dieser Bericht legt die allgemeine Situation dar, listet die Lärmschutzmassnahmen auf, präzisiert die vorgegebenen Fristen, fasst die in den letzten 20 Jahren eingesetzten Mittel zusammen, beschreibt den Stand der Arbeiten und definiert die finanziellen und personellen Mittel, die für eine optimale Ausführung der Arbeiten nötig sind. In der Schlussfolgerung argumentiert der Staatsrat, dass es für den Kanton sowohl für die Lebensqualität eines wichtigen Teils der Bevölkerung als auch aus wirtschaftlichen Überlegungen wichtig ist, dass alle Strassen auf seinem Gebiet innerhalb der verbindlichen Fristen lärmsaniert werden können. Der Staatsrat wird denn auch im Rahmen der Prioritäten des Staats um die notwendigen Kredite ersuchen.

2. Nichtionisierende Strahlung

Der Grossteil der Arbeit in diesem Bereich erfolgt im Zusammenhang mit der Mobiltelefonie (Antennen und Basisstationen). Durch das Aufkommen neuer Kommunikationstechnologien (namentlich UMTS) und wegen der Notwendigkeit, die bestehenden Installationen an die ständig steigende Nachfrage anzupassen, bleibt die Zahl der eingereichten Baugesuche, die für jede Änderung eines Parameters der Basisstation (Sendeleistung, Zahl, Sende-richtung) nötig sind, auf konstant hohem Niveau: Dieses Jahr wurden 52 Dossiers behandelt.

Die Bevölkerung macht sich nach wie vor grosse Sorgen wegen der NIS. So wurde praktisch gegen alle Baugesuche

Einsprache erhoben. Und die Zahl der Beschwerden steigt beständig. Im Lauf des Jahres 2006 wurden 20 Einsprachen oder Beschwerden behandelt.

Im Zusammenhang mit der vorsorglichen Begrenzung von elektromagnetischen Emissionen ist zu sagen, dass die RUBD und die Mobilfunkanbieter, die im Kanton tätig sind, im November 2006 nach langen Verhandlungen ein Vereinbarungsprotokoll unterzeichnet haben. Dieses Protokoll sieht eine Koordination bei der Errichtung neuer Antennen und eine Begrenzung der neuen Standorte durch eine gemeinsame Nutzung bereits bestehender Antennen vor. Standortwahl und Nutzung von Mobilfunk-Basisstationen werden dadurch optimiert.

Um den immer stärker und zahlreicher werdenden Befürchtungen der Bevölkerung gerecht zu werden, wurde 2006 ein neues System zur Messung der elektromagnetischen Strahlung im Zusammenhang mit der Mobiltelefonie erworben. Die Messungen haben gezeigt, dass die Immissionen, denen die Anwohner von Basisstationen ausgesetzt sind, nicht höher sind als die im Bundesrecht festgehaltenen Grenzwerte. Es ist vorgesehen, das Material 2007 zu erweitern, um auch die Strahlung im Niederfrequenz-Bereich (Stromleitungen, Transformatoren) messen zu können.

VIII. UVP, Bodenschutz und Biosicherheit

Das AfU hat sich in folgenden Bereichen engagiert:

a) Umweltverträglichkeitsprüfungen

- Begleitung bei der Ausarbeitung von Berichten zur Umweltverträglichkeit (Teilnahme an Sitzungen, Ausarbeitung von Richtlinien, Auswertung von Zwischenberichten usw.);
- Auswertung und Stellungnahme des Amtes im Zusammenhang mit Voruntersuchungen, Berichten und Kurzberichten zur Umweltverträglichkeit, einschliesslich Koordinationsmassnahmen mit anderen Behörden auf Kantons- und Bundesebene: 21 Umweltverträglichkeitsberichte (UVB), 8 Berichte zu Voruntersuchungen mit Pflichtenheft für die Hauptstudie und 8 Kurzberichte zur Umweltverträglichkeit. Derzeit sind 25 UVB in Ausarbeitung (durch die Gesuchsteller) bzw. in Prüfung (beim Amt);
- Mitarbeit in Arbeitsgruppen rund um kantonale UVP-Projekte;
- Koordination der Baustellenbegleitung: Strasse Montbovon–La Tine, Umfahrung von Bulle H189, Lehmgrube Wallenried, KAPAFLEX Düdingen;
- Vorsitz der technischen Gruppe für den Unterhalt und die Begleitung der Ausgleichsmassnahmen für die A1: Verwaltung der Ausgleichsmassnahmen.

b) Bodenschutz

- Verwaltung des kantonalen Bodenschutzkonzepts, allgemeine Koordination, Ausarbeitung eines Informationskonzepts im Bereich des Bodenschutzes;

- Begleitung der ersten Kampagne zur Analyse der Böden in städtischen Gebieten;
- Begutachtung von Baugesuchen in städtischen Gebieten;
- Zusammenarbeit mit dem Freiburger Kiesverband und dem Fachverband der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie im Bereich der Rekultivierung;
- Vorbereitung der Stellungnahme der kantonalen Koordinationsgruppe für den Boden (KGBo) zum Postulat Losey / Bachmann über die Bekämpfung der Erosion.

c) Biologische Sicherheit

- Bearbeitung von Zustellungs- und Genehmigungsgesuchen: Das Amt hat sich zu 6 Projekten zur Verwendung von Organismen in geschlossenen Systemen geäussert;
- Kontrolle von 2 meldepflichtigen und der Klasse 2D zugeordneten Projekten (Diagnostiklabors; Tätigkeiten der Klasse 2 sind laut Verordnung über den Umgang mit Organismen in geschlossenen Systemen, ESV, Tätigkeiten, bei denen ein geringes Risiko für den Menschen und die Umwelt besteht);
- Wahrnehmung der kantonalen Aufgaben im Bereich der biologischen Sicherheit in geschlossenen Systemen, Mitarbeit bei der Ausarbeitung der technischen Richtlinien über die biologische Sicherheit und interkantonale Harmonisierung der Umsetzung der entsprechenden Bundesverordnung.

d) Allgemeine Koordination

- Koordination der ISO14001-Projekte und Erteilung von Konformitätszertifikaten;
- Prüfung und Zusammenfassung der OP, der DBP und der wichtigen Baubewilligungsdossiers;
- verschiedene Stellungnahmen zu Erlassentwürfen auf Kantons- und Bundesebene;
- Stellungnahmen zu richtungweisenden Berichten des Bundes;
- Entwicklung und Webmastering des AfU-Internetauftritts;
- Ausarbeitung und Veröffentlichung des Umweltberichts 2006;
- Verwaltung des schweizerischen Umweltdatenkatalogs envirocat.
- Unterstützung der RUBD bei ihrem Auftrag, Lösungen für die nachhaltige Entwicklung des Kantons Freiburg zu prüfen.

IX. Abfall und Altlasten

1. Abfallstatistik

Der Umweltbericht 2006 gibt einen Überblick über die Abfallproduktion der letzten Jahre. Die nächste Erhebung ist für 2007 vorgesehen.

2. Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) und Schlammverbrennungsanlage (SVA)

Die KVA funktioniert anstandslos und wird regelmässig kontrolliert. Wegen eines technischen Problems erfolgte die Inbetriebnahme der SVA mit Verspätung. Der Probetrieb der SVA begann am 11. August 2006. Die Betriebsbewilligungen für die KVA und SVA wurden am 4. Juli 2006 verlängert.

3. Abfallreglemente der Gemeinden

9 Gemeinden haben ihr Abfallreglement der Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion zur Genehmigung unterbreitet.

4. Reaktordeponien

Die Reaktordeponie der Sorval SA wurde geschlossen und muss nun entsprechend verwaltet werden.

Die Betriebsgenehmigung für die Deponie Châtillon in Hauterive wurde am 28. Dezember 2006 verlängert. Dadurch kann die Lagerung der Schlacke der KVA und der Abfälle, die weder verbrannt noch wiederverwertet werden können, sichergestellt werden.

5. Inertstoffdeponie

Von 9 in Betrieb stehenden Inertstoffdeponien neigt sich diejenige von Villorsonens ihrem Betriebsende zu. Das Dossier für die Vergrösserung der Deponie Montet (Glane), die 2005 geschlossen wurde, weil das zulässige Volumen erreicht worden war, hat 2006 verschiedene Dienststellen der Kantone Freiburg und Waadt sowie des Bundes beschäftigt. Die Bau- und Betriebsbewilligung dürften Anfang 2007 erteilt werden. Nach der ersten Etappe wird ein Volumen von zirka 150 000 m³ zur Verfügung stehen.

Angesichts der bedeutenden Bautätigkeit im Kanton und des politischen Drucks der peripheren Regionen wurden 2006 Forderungen nach einer bedeutenden Kapazitätserweiterung der Inertstoffdeponien laut. Um eine kohärente Lösung in dieser Sache sicherzustellen, muss die kantonale Abfallplanung revidiert werden. Diese Revision muss schnellstmöglich vorgenommen werden.

Im Herbst 2006 wurden systematisch Proben aus den Gewässern in der Nähe der Inertstoffdeponien entnommen.

Die Lagerung von Aushub-, Abraum- und Ausbruchmaterial in den dafür vorgesehenen Deponien wurde auch diesmal systematisch kontrolliert. Diese Kontrollen haben gezeigt, dass die Betriebsnormen auf breiter Basis respektiert werden.

6. Sanierung von Deponien und diversen Lagerplätzen

Es wurden rund 20 neue Dossiers über wilde Abfalldeponien eröffnet, welche die Sanierung von kleineren wilden Deponien für organische Abfälle mit Feuerstelle sowie Inertstoffdeponien am Waldrand oder bei Bächen betrafen.

7. Baustellenabfälle

Die Inspektoren der kantonalen Bauwirtschaftskonferenz (KBWK) haben ihre Kontrollen der Abfallbewirtschaftung

auf den Baustellen weitergeführt. Im Lauf des Jahres haben sie 609 Baustelleninspektionen durchgeführt.

8. Organische Abfälle

Das Interesse an der Wiederverwertung von organischen Abfällen hat 2006 im Kanton zugenommen, sei es im Bereich des Kompostierens mit neuen Projekten für Anlagen zur Feldrandkompostierung, sei es im Bereich der Vergärung zur Energiegewinnung (Stichwort erneuerbare Energien). Das Amt ist im Rahmen solcher Projekte wiederholt angefragt worden. Auch in diesem Bereich drängt sich eine Revision der kantonalen Abfallplanung auf.

2006 hat das AfU die Kontrollen der Kompostieranlagen wegen einer zu hohen Arbeitslast im Bereich der belasteten Standorte aussetzen müssen. Das Amt beschränkte sich darauf, Ortsbesichtigungen durchzuführen und an Sitzungen teilzunehmen, wenn Klagen wegen Geruchsbelästigungen eingereicht worden waren und deshalb Lösungen für den Betrieb gesucht werden mussten.

9. Sonderabfälle

Am 1. Januar 2006 ist die neue Bundesverordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA), die die Verordnung vom 12. November 1986 über den Verkehr mit Sonderabfällen (VVS) aufhebt, in Kraft getreten. Die Bekanntgabe der neuen Codes und die Aktualisierung der Genehmigungen für Entsorgungsunternehmen erfolgten ohne nennenswerte Probleme. Es wurden rund zwanzig Betriebsbewilligungen für Anlagen zur Entsorgung von Sonderabfällen ausgestellt.

Ende 2006 hat das AfU die Entsorgungsunternehmen für kontrollpflichtige Abfälle (altes Holz, Altfahrzeuge usw.), die noch nicht um eine neue Bewilligung gemäss VeVA ersucht hatten, gemahnt, dies nachzuholen.

10. Prüfung von Baugesuchen

468 Baugesuche aus Gewerbe, Industrie und Gemeinden wurden hinsichtlich der Abfallbewirtschaftung geprüft. Darin enthalten sind auch die Abbruch- und Aufschüttungsgesuche sowie die Gesuche für das Erstellen oder Betreiben von Deponien.

Es wurden zudem 34 Revisionen von OP und DBP, Quartierpläne sowie 34 UVP im Hinblick auf die Abfallbewirtschaftung geprüft.

11. Belastete Standorte

2006 ging es hauptsächlich darum, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, um die Besitzer darüber informieren zu können, welche Daten ins Kataster der belasteten Standorte aufgenommen werden. 2006 betrafen diese Benachrichtigungen 200 belastete Standorte (2005 waren es 500 gewesen). Auf diese Weise konnten Bundessubventionen von 350 000 Franken gesichert werden. Besonders viel zu tun gab die Bearbeitung der Nachfragen der Grundbesitzer, die eine Benachrichtigung erhalten hatten. Noch sind rund 300 Benachrichtigungen ausstehend. Diese betreffen insbesondere die heikelsten Fälle im Kanton (Standorte, an denen zusätzliche Abklärungen vor Ort vorgenommen werden müssen).

Die Arbeiten für die Einrichtung einer Datenbank, die nötig ist, um ein Kataster der belasteten Standorte im Kanton gemäss Bundesrecht veröffentlichen zu können, konnten nicht wie geplant fortgeführt werden; sie mussten aufgeschoben werden. Dasselbe gilt auch für die Vorbereitungsarbeiten zur Anpassung des Gesetzes über die Abfallbewirtschaftung, um die finanziellen Fragen, die

sich dem Kanton im Rahmen der Sanierung von belasteten Standorten stellen könnten, zu regeln.

2006 musste das AfU – namentlich für laufende Bauprojekte – in rund zwanzig Verschmutzungsfällen Untersuchungen und Massnahmen anordnen.

Autobahnamt

I. Allgemeine Tätigkeit

2006 war erneut ein äusserst arbeitsreiches Jahr für das Autobahnamt (ABA). Dies war vor allem auf den Beginn der Arbeiten auf der zweiten grossen Unterhaltsbaustelle der A12 zurückzuführen, die nach den Grundsätzen der vom Bund vorgegebenen Unterhaltsplanung Nationalstrassen (UPLaNS) realisiert wird. Der fragliche Unterhaltsabschnitt befindet sich zwischen La Veyre (Vevey) und Semsales. Ausserdem wurde der Bau der Verbindung zwischen der künftigen Umfahrungsstrasse H189 und dem Autobahnanschluss Bulle zu Ende geführt und mit der Verwirklichung des neuen A12-Anschlusses bei Riaz begonnen.

Der Bau- und Ausbaurkredit betrug 23,9 Millionen Franken. Damit wurden die oben erwähnten Arbeiten sowie weitere Ausbaurbeiten auf der A12 finanziert. Der Unterhaltskredit seinerseits belief sich auf 30,4 Millionen Franken; er wurde für die laufenden Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten auf der A12, für die Erneuerung der elektromechanischen Anlagen in den Tunnel und für Studien im Zusammenhang mit den künftigen UPLaNS-Projekten (2007 bis 2010) für beide Nationalstrassen verwendet.

Auf der Umfahrung von Murten, zwischen Greng und Löwenberg, wurden verschiedene Studien sowie Ausbau- und Erneuerungsarbeiten für die elektromagnetischen Anlagen ausgeführt.

Die Studien für die UPLaNS-Projekte zwischen Löwenberg und Gurbrü auf der A1 sowie zwischen Semsales und Riaz auf der A12 sind im Gang. Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat das ABA damit beauftragt, das Ausführungsprojekt für den Umbau des Anschlusses Düdingen und für den Bau der neuen Verbindung Birch–Luggiwil, die zum Anschluss auf der Jura-Seite führen wird, auszuarbeiten.

Die enge Kooperation mit dem ASTRA sowie den Gemeinden und Güterzusammenlegungsgenossenschaften wurde im Rahmen der genannten Projekte und Arbeiten weitergeführt.

Die Kontinuität der Informationspolitik des ABA zeigt sich unter anderem darin, dass die Website des ABA regelmässig aktualisiert wurde und dass Mitarbeiter des ABA Vorträge hielten bzw. an Informationsveranstaltungen und Veranstaltungen der Schweizerischen Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) teilnahmen.

Im Juni 2006 unterzog sich das ABA mit Erfolg dem Wiederholaudit seines Qualitätsmanagement-Systems nach ISO 9001-2000.

Schliesslich hat das ABA auf Anfrage des ASTRA in zwei Arbeitsgruppen mitgewirkt, die vom Bund geschaffen wurden, um das Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) vorzubereiten. Bereits haben Mitarbeitende des ABA zum ASTRA gewechselt. Laut aktueller Planung des Bundes wird der Bund nämlich ab dem 1. Januar 2008 alleine für die Nationalstrassen verantwortlich sein.

Im Rahmen der NFA hat der Bund Estavayer-le-Lac als Standort für die neue regionale Filiale «West» des ASTRA gewählt. Damit hat sich der grosse Einsatz des ABA, das die Federführung innehatte, aber auch der Einsatz des Kantons und der Freiburger Deputation im Bundesparlament zugunsten des Freiburger Dossiers bezahlt gemacht.

II. Personal

2006 umfasste der Personalbestand 24,26 Stellen (Vollzeitäquivalenz). 1998 waren es noch 60,5 Stellen gewesen.

III. Staff

1. Ständige Verbesserungen

- Vorbereitung des Wiederholaudits;
- Betreuung und Anpassung der QM-Unterlagen.

IV. Ressourcen

1. Erwerb von Liegenschaften

A1

- Verkauf von neun Parzellen (insgesamt 170 918 m² zum Preis von 555 889 Franken) auf dem Gebiet der Gemeinden Cheyres und Murist;

A12

- Übernahme ohne Kostenfolge von 282 m² auf dem Gebiet der Gemeinde Villars-sur-Glâne infolge des Ausbaus der Lärmschutzwand in Givisiez;
- Kauf von 5159 m² für 34 138 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Düdingen; wird für den Bau des künftigen Rückhaltebeckens in Räsch benötigt;
- Kauf von 258 m² für 616 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Bösinggen; wird für die Verbreiterung der Autobahnbrücke in Richterwil benötigt;
- Übertragung von 24 406 m² auf dem Gebiet der Gemeinde Pont-en-Ogoz (Sektor Avry-devant-Pont), die damit von den Nationalstrassen an das Hochbauamt übergehen;
- Verkauf eines Waldes von 629 m² für 1100 Franken auf dem Gebiet der Gemeinde Pont-en-Ogoz (Sektor Gumefens).

2. Entschädigung für vorzeitige Inbesitznahme und für Schäden während der Bauzeit

Den Landwirten wurden Entschädigungen für Verdienstaufälle von insgesamt 86 454 Franken ausbezahlt.

3. Güterzusammenlegungen

A1

Cheyres – Yvonand (VD)

- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

Bollion–Châbles–Seiry

- das Übergangskataster wird zurzeit erstellt;
- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

Châtillon–Font–Lully

- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

Frasses und Umgebung

- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

Cugy–Bussy

- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

Murten–Altavilla

- die Vermessungsarbeiten sind im Gang.

A12

Farvagny–Grenilles–Posat

- Verkauf der Autobahngrundstücke.

4. Umweltbelastungen

A12

- Gemeinden Bulle und Riaz, Sektor La Sionge, Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind;
- Gemeinden Vuadens und Vaulruz, Sektor Le Maupas, Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind;
- Gemeinde Villars-sur-Glâne, Sektor Les Dailles, Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind;

6. Verwendung der Kredite

a) Nettoausgaben für den Bau von Nationalstrassen			
Projektierung, Bauleitung	A1 in Franken	A12 in Franken	
Landerwerb und Umlegungen	1 657 637.85	1 716 865.75	
Bauausführung	970 145.70	116 757.85	
	4 644 271.85	14 775 643.80	
Total verwendete Kredite	7 272 055.40	16 609 267.40	23 881 322.80
./. Einnahmen ausserhalb der Kreditverwendung	2 549 389.45	141 331.40	2 690 720.85
Total Nettoausgaben			21 190 601.95
b) Total Bruttoausgaben für den baulichen Unterhalt der Nationalstrassen:			30 353 324.45
c) Verpflichtungskredit des Kantons (Dekret vom 26. Juni 2001)			
Saldo per 1. Januar 2006:			5 323 609.40
Verwendung 2006:			2 123 504.15
Am 1. Januar 2007 verfügbarer Saldo:			3 200 105.25

- Gemeinde Villars-sur-Glâne, Sektor La Grande Fin des Dailles, Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind;
- Gemeinde Matran, Sektoren La Fenetta, Impasse de la Montagne Sud-Ouest sowie Impasse de la Montagne Nord-Est, Untersuchung, ob die Lärmschutzmassnahmen wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig sind, und Weiterleitung des Dossiers an das Bundesamt für Umwelt (BAFU) und das ASTRA;
- Gemeinden Granges-Paccot und Givisiez, Sektor Chamblieux, Zusatz zur Untersuchung, ob die Abdeckung des Sektors Chamblieux wirtschaftlich tragbar und verhältnismässig ist, Bestimmung der Kostenaufteilung und Weiterleitung des Dossiers an das ASTRA;
- Vorbereitung der Unterlagen und der Metadaten für die elektronische Archivierung der Gutachten und EDV-Daten der Jahre 2004 und 2005;
- Studien und Gutachten für 118 Baugesuche sowie 41 Vor- und Schlussprüfungen von Quartierplänen, Revisionen von Ortsplanungen und Ähnlichem;
- Auswertung der Resultate der automatischen Verkehrszählungen auf den Autobahnen A1 und A12 sowie Veröffentlichung der Ergebnisse auf der Website des ABA (www.sar-fr.ch);

5. Elektronische Datenverwaltung (GEDARC)

GEDARC wird im Einverständnis mit dem ASTRA weitergeführt. Ende 2006 waren 100 % der Pläne und 67 % der Unterlagen elektronisch archiviert.

V. Ausarbeitung – Bau, Unterhalt, Erneuerung (UPlaNS)

1. Pavement Management System (PMS)

A1 Bau- und Ausbaurbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy und Enklave Domdidier

- Signalisation auf dem Rastplatz «Rose de la Broye» zur Umleitung im Falle einer Überlastung der Autobahn zwischen Estavayer-le-Lac und Yverdon-les-Bains: Genehmigung durch das ASTRA;
- Ausbau und Revitalisierung des Biokorridors der Arbo-gne, öffentliche Auflage abgeschlossen;
- Ende des Unterhalts der ökologischen Ausgleichsmassnahmen (öAM) und Vorbereitung der Betriebsdossiers zuhanden der technischen Gruppe;
- Luftfotogrammetrie mit orthofotografischer Rekonstruktion und Topografie;
- fünf Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Kontrolle von vierzehn Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Unterhalt (öAM) des Baches Chèvrefu unter dem Viadukt von Lully, bis 2008;
- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank.

Abschnitt Greng–Gurbri

- Ausbau des Dy- und Mühlebachs, der die Verwirklichung eines Beckens beinhaltet, öffentliche Auflage abgeschlossen;
- Ende des Unterhalts der ökologischen Ausgleichsmassnahmen (öAM) und Vorbereitung der Betriebsdossiers zuhanden der technischen Gruppe;
- Anpassung des Projekts für die Instandsetzung der Länggasse im Hinblick auf die öffentliche Auflage;
- Archäologie: Ausarbeitung der Vorberichte (A1 und A12); der neue Mietvertrag für die Räumlichkeiten in Estavayer-le-Lac (geringere Fläche) wird voraussichtlich früher als geplant aufgelöst werden.

Folgende Arbeiten wurden abgeschlossen:

- Kontrolle von drei Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

A12 Bau- und Ausbaurbeiten

Abschnitt Châtel-St-Denis–Vaulruz

- fünf Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken;

- Bau des provisorischen Kreisels von En Craux auf dem Zubringer von Châtel-St-Denis;
- Studie und Bewilligungsgesuch bei den zuständigen Bundesstellen für die Realisierung eines Wildwechsels bei «La Joux des Ponts».

Abschnitt Vaulruz–Bulle

- zwei Höhen- und Lagekontrollen von Kunstbauwerken;
- Zubringer Bulle, Kiesel auf dem Nord-Anschluss La Sionge;
- Zubringer Bulle, Änderung des Anschlusses Riaz.

Abschnitt Bulle–Corpataux

- eine Höhenkontrolle des Kunstbauwerks;
- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;
- zwei Höhenkontrollen von Kunstbauwerken;
- Verwirklichung des provisorischen Ausbaus des Anschlusses Matran (die Möglichkeit links abzubiegen wurde an drei Stellen aufgehoben);
- Begleitung der langfristigen Studie, die vom TBA geleitet wird und die Verbesserung des Sektors beim Anschluss Matran zum Ziel hat;
- Studie zur Abwasserbeseitigung auf der Autobahn im Sektor zwischen dem Anschluss Freiburg-Süd und dem Anschluss Freiburg-Nord.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

- Eingabe des unterirdischen Katasters in eine Datenbank;
- Änderung des Anschlusses Düdingen, zweispurige Ausfahrtsrampe (von Freiburg her kommend) bis zum Sika-Kiesel;
- Verwirklichung des provisorischen Ausbaus des Anschlusses Freiburg-Nord (die Möglichkeit, links abzubiegen, wurde an einer Stelle aufgehoben, und es wurde der Madeleine-Kiesel gebaut);
- Anschluss Düdingen: Übernahme und Fortsetzung durch das ABA der vom TBA begonnenen Studien für die Verbindung Birch–Luggiwil, da dieser Abschnitt neu Teil des Nationalstrassennetzes ist.

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- eine Höhenkontrolle des Kunstbauwerks.

A1 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR–Kantonsgrenze FR/BE

- TE6, Höhenmessung der Fahrbahn vor Beginn der Bauarbeiten;
- TE6, Erfassen der Grunddaten für alle Bereiche;
- Einsatzkonzept für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü: Genehmigung durch das ASTRA;
- Ausarbeitung des Einsatzprojekts für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü;
- Ausarbeitung des Ausschreibungsdossiers für den Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü;

A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens

- P12: UPlaNS-Unterhaltsabschnitt zwischen Châtel-St-Denis und Semsales, Realisierung der ersten Etappe von 3,4 km in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt, der für die Arbeiten zwischen Châtel-St-Denis und Vevey zuständig ist, und Vorbereitung der zweiten Etappe von 3,6 km, die 2007 verwirklicht werden wird; die Kosten für die Arbeiten auf Freiburger Boden betragen zirka 60 Millionen Franken;
- TE1: Erfassen der Grunddaten für alle Bereiche;
- Absteckung, Kennzeichnung, Berechnung der Basispunkte entlang des Zubringers von Bulle-Riaz;
- TE1 Outre Broye–Riaz: Zusammenstellung der Ausschreibungsunterlagen für den Planungsauftrag, Ausschreibung, Beurteilung der Offerten und Zuschlag des Auftrags;
- TE1: Genehmigung des Gesamtkonzepts durch das ASTRA;
- Avry–Gumefens (AvGu): Ausschreibungsunterlagen für die zu erbringenden Leistungen, Studie, Begleitung des Dossiers, Ausschreibung, Beurteilung der Offerten und Zuschlag des Auftrags;
- AvGu: Zusammenstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Bauleitung, Ausschreibung, Beurteilung der Offerten und Zuschlag des Auftrags;

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- AvGu: Verwirklichung der ersten Etappe der Arbeiten.
- Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE
- Übernahme des Projekts für den Bau der Umfahrungsstrasse Düdingen–Luggiwil, Landumlegungsstudie.

Folgende Arbeiten sind im Gang:

- Kontrolle von vier Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Kiesgruben

Basilea:

- Die Rekultivierung ist abgeschlossen.

Grandvillard:

- Anhängigmachung einer Streitigkeit zwischen dem ABA und der Association intercommunale pour le captage d'eau dans la nappe phréatique de Grandvillard (AICEG) bei der Enteignungskommission;
- Die Instandsetzung sollte im Frühjahr 2007 beginnen.

STRADA-Projekt

Realisierungseinheit A:

- Eingabe der vom ASTRA für die A1 und A12 erhobenen Daten über deren Zustand.
- 2006 kam das STRADA-Projekt nicht voran. Von den Daten auf dem Server wurde eine Sicherungskopie erstellt; ausserdem wurde die Version 4.0 der STRADA-Software installiert.

Verschiedenes

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Qualitätssicherung (QS): FBV/SIA/TBA/ABA;
- Mitwirkung im CEES (Club environnement, énergie et sécurité);
- Wiederholaudit durch die SQS des Qualitätssystems;
- Begleitung und Anpassung des Qualitätssystems, insbesondere für das EMS;
- Fortlaufende Überwachung der PMS-Bauwerke (Pavement Management System) pro Einzugsgebiet;
- Einführung eines Systems zur Verwaltung der Daten zur Autobahn über ein geographisches Informationssystem (GIS);
- Erhebung topographischer Daten auf den Autobahnbaustellen;
- Erstellung mehrerer Gutachten für Bauten innerhalb der Baugrenzen der Nationalstrassen;
- Mitwirkung in der Arbeitsgruppe «Routes/Strassen» im Rahmen des Projekts Managementinformationssystem Strasse und Strassenverkehr (MISTRA) des ASTRA.

2. Bridge Management System (BMS)

A1 Bau- und Ausbauarbeiten

Abschnitt Cheyres–Cugy

- Kontrolle von sieben Objekten vor Ablauf der Garantie;
- Ausbau der Sicherheitssignalisation in den Tunnel, Anstrich;
- Ausbau der Sicherheitssignalisation in den Tunnel, Einfassungen;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

Abschnitt Greng–Gurbrü

- Kontrolle von drei Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten.

A12 Bau- und Ausbaurbeiten

Abschnitt Châtel-St-Denis–Vaulruz

- Unterhaltsabschnitt P12: Verbreiterung, auf der Jura-Seite, der Autobahnbrücke über die Veveysse de Châtel.

Abschnitt Vaulruz–Bulle

- Errichtung einer Signalbrücke beim Kreisel des Nord-Anschlusses La Sionge;
- Abbruch der Überführung im Rahmen der Umbauarbeiten für den Anschluss Riaz.

Abschnitt Bulle–Corpataux

- Ausarbeitung des Projekts für die Lärmschutzwände in Matran im Hinblick auf die öffentliche Auflage und Weiterleitung an das ASTRA zwecks Genehmigung.

Abschnitt Corpataux–Freiburg

- nichts zu vermelden.

Abschnitt Freiburg–Düdingen

- Sanierungsprojekt für die Umgebung von Chamblieux: ergänzende Abklärungen zur Variantenanalyse für die 2005 realisierten Lärmschutzmassnahmen und Abgabe des Dossiers zum Lärmsanierungsprojekt zwecks Genehmigung durch das zuständige Bundesdepartement.

Abschnitt Düdingen–Flamatt

- Überwachung durch Instrumente der verankerten Mauer in Flamatt in der Nähe der SBB-Geleise.

A1 bauliche Unterhaltsarbeiten und Erneuerungen

Abschnitt 14 Kantonsgrenze VD/FR – Kantonsgrenze FR/BE

- periodische Inspektion von 15 Kunstbauten;
- Kontrolle von drei Objekten vor Ablauf der Garantie;
- Anpassung an die neuen Richtlinien des ASTRA über Auffangnetze zwischen Zwillingsbrücken;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Unterhaltsabschnitt TE6: Untersuchung des Zustands der Baustoffe und Einsatzprojekte für 18 Kunstbauten.

A12 Baulicher Unterhalt und Erneuerungen

Abschnitt 76 Châtel-St-Denis–Rossens

- periodische Inspektion von 13 Kunstbauten;
- Kontrolle von fünf Objekten vor Ablauf der Garantie;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Unterhaltsabschnitt P12 (La Veyre–Outre Broye): Instandsetzung von drei Übergängen (Viadukt von Semsales, Brücke der Kantonsstrasse und tpf-Brücke) sowie von sieben Nebenanlagen (P1, Bachdurchlässe, Gewölbe);

- Unterhaltsabschnitt TE1 (Outre Broye–Riaz): Prüfung des Zustands der Baumaterialien von 31 Kunstbauten sowie Bewertung der strukturellen Sicherheit und der Erdbebensicherung von 31 Kunstbauten.

Abschnitt 80 Rossens – Kantonsgrenze FR/BE

- periodische Inspektion von 27 Kunstbauten;
- Kontrolle von neun Objekten vor Ablauf der Garantie;
- dringliche Instandsetzung der Hauptträger des Viadukts von Chaney;
- verschiedene unter Garantie stehende Arbeiten;
- Inspektion der Strassenfugen des Viadukts von Chaney.

Verschiedenes

- Jahreskontrolle der Fingerübergänge (Fahrbahn) auf den Kunstbauten der A1 und A12 inklusive Ersatz der defekten Elemente durch sichere Elemente; Festlegung eines Verfahrens für die Bewirtschaftung;
- kleine Arbeiten an mehreren Kunstbauten der A1 und der A12 zur Sicherung dieser Bauwerke für die gesamte Lebensdauer;
- Mitwirkung in Arbeitsgruppen der VSS und des ASTRA;
- Eingabe der Daten zu den Kunstbauten auf der A1 und der A12 in die Datenbank KUBA-DB;
- Mitwirkung bei der Anpassung der Software KUBA-Tunnel (koordiniert mit dem ASTRA);
- Aktualisierung der Pläne gemäss Ausführung der Bauwerke;
- Ausarbeitung und Aktualisierung der allgemeinen Ausführungspläne;
- Mitwirkung in der Koordinationsgruppe für das Qualitätsmanagement, der Vertreter des Kantons, des Schweizerischen Ingenieur- und Architektenvereins (SIA), der Association Fribourgeoise des Ingénieurs (AFI), des Freiburgischen Baumeisterverbands (FBV) und des Tiefbauamts (TBA) angehören;
- Vorbereitung der Pläne und der Dokumente für die elektronische Archivierung in der GEDARC-Datenbank.
- Längenprofil-Studie für die neuen Beläge auf den Kunstbauten des Unterhaltsabschnitts P12.

3. Electrical Management System (EMS)

- Das Inkrafttreten der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) am 01.01.2008 zog sich wie ein roter Faden durch alle Phasen der Projekte von 2006.
- Aus Sicht des EMS wird die NFA tiefgreifende Auswirkungen auf die Struktur der verschiedenen kantonalen Kommunikationsnetze und der Glasfasernetze haben, werden diese doch in ein paar Jahren eine Einheit bilden.

- Das ASTRA hat ein Projekt zur Verkehrslenkung sowie zur Verkehrsleitung und -steuerung auf nationaler Ebene gestartet, um bei Inkrafttreten der NFA einen grossen Teil des Verkehrs von einer nationalen Zentrale aus verwalten zu können. Als Standort für diese Zentrale wurde 2006 die Stadt Luzern gewählt.
- Dank der Vereinheitlichung des Managementsystems, auch Richtplan genannt, und der Einführung von Richtlinien haben die Dienststellen, die Verfasser von Projekten und die Unternehmen ein wertvolles Instrument, das sowohl bei Nationalstrassenprojekten als auch bei kantonalen Projekten wie der Umfahrung von Bulle (H189) oder der Poyabrücke angewandt wird bzw. angewandt werden wird.
- Die Anomalienblätter, die durch den Sektor Unterhalt der Nationalstrassen ausgestellt wurden, betrafen Anlagen auf der A1, die noch unter Garantie stehen, sowie Signalisations- und Brandmeldeanlagen auf der A12 zwischen Ottisberg und Flamatt. 2006 sind 15 Anomalienblätter ausgestellt worden, die alle liquidiert werden konnten.
- Die Einsatz- und Alarmzentrale in Granges-Paccot (EAZ) ersuchte das ABA, sich am Ersatz des Einsatzhilfssystems zu beteiligen. Das ASTRA hat einer finanziellen Beteiligung zugestimmt und den Betrag 2006 ausbezahlt.

A1

Abschnitt Cheyres–Cugy

- Die Inspektion von Bauwerken vor Ablauf der Garantien wurde für fünf Lose durchgeführt. Dabei wurden ein paar Mängel festgestellt, die bereits behoben wurden oder deren Behebung im Gang ist.
- Bei den Brandmeldeanlagen in den Tunnel dieses Abschnitts kann es bei starken meteorologischen Störungen (Unwetter) zu Stabilitätsproblemen kommen. Um dem Problem abzuwehren, wurde ein umfangreiches technisches Follow-Up auf die Beine gestellt. Die Firma Securiton hat die bisherige Brandmeldeanlage durch eine solche der neusten Generation ersetzt, wodurch die Situation deutlich verbessert werden konnte.
- Die beiden Tunnel von Frasses und Sévaz müssen an die neuen Richtlinien des Bundes angepasst werden. Die entsprechenden Studien konnten abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgt 2007. So soll insbesondere auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet werden. Zudem sollen neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert werden.
- Im Bruyères-Tunnel und im gedeckten Einschnitt von Châbles wurden die stark beanspruchten und am Ende ihrer Lebensdauer angelangten Computer der elektromechanischen Anlagen (EMS) durch neue ersetzt; die neuen Computer wurden bereits abgenommen.
- Im Zusammenhang mit den wiederholt auftretenden Pannen bei der Autobahn-Wechselsignalisation im Sek-

tor der Raststätte «Rose de la Broye» wurden Mängel festgestellt. Derzeit wird den genauen Ursachen der Probleme nachgegangen.

Abschnitt Greng–Gurbrü

- Im Les-Vignes-Tunnel und im gedeckten Einschnitt von Combette wurde die Ventilation an die neuen Richtlinien angepasst. Dabei wurden Sonden hinzugefügt und die vorprogrammierten Szenarien im Falle eines Ereignisses geändert.
- Diese Tunnel müssen an die neuen Richtlinien des Bundes angepasst werden. Die entsprechenden Studien konnten abgeschlossen werden. Die Umsetzung erfolgt 2007. So soll insbesondere auf beiden Seiten der Fahrbahn ein beleuchtetes Leitsystem eingerichtet werden. Zudem sollen neue Türen eingebaut sowie die Wahrnehmbarkeit der Fluchtwege und Notausgänge verbessert werden.
- Die Studien für den kommenden UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE6 Löwenberg–Gurbrü sind weit fortgeschritten. Nun muss das ASTRA das Projekt noch definitiv genehmigen. Die Arbeiten sind für 2008 vorgesehen.

A12

- Die Arbeiten für die Sanierung der elektrischen Einrichtungen (Niederspannungskabel und -buchsen, Schalttafeln) zwischen Outre Broye und Ottisberg wurden 2006 fortgeführt und stehen kurz vor Abschluss. Die Abnahme dürfte Anfangs 2007 erfolgen. Im Rahmen dieses Projekts wurden die bestehenden Signale zudem durch retro-reflektierende Signale ersetzt. Dadurch konnten die Stromquellen für die alten Signale demontiert werden. Ausserdem entsprechen die restlichen Elektroanlagen nun der Bundesverordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen.

Abschnitt 2 Vaulruz–Bulle

Errichtung der oberirdischen Anlagen beim Kreisel auf dem Nord-Anschluss La Sionge.

Abschnitt 76 Kantonsgrenze VD/FR – Rossens

- Die Arbeiten im Zusammenhang mit den elektromechanischen Anlagen für den Kreisel beim Nord-Anschluss La Sionge wurden 2006 ausgeführt und abgenommen.
- Das ASTRA hat im März 2006 die geplante Erneuerung der elektromechanischen Anlagen der gedeckten Einschnitte von Avry-devant-Pont und Gumefens genehmigt. Die Tiefbauarbeiten für 2006 konnten bereits vergeben und verwirklicht werden. Die Studien für das Teilprojekt EMS werden fortgeführt. Die Ausschreibungen werden derzeit publiziert, damit alle EMS-Arbeiten bis im Herbst 2007 zugeschlagen werden können.
- Die Studien für den künftigen UPlaNS-Unterhaltsabschnitt TE1 «Outre Broye–Riaz» sind im Gang. Die erste Phase des Projekts wurde dem ASTRA zur

Genehmigung vorgelegt. Dieser Abschnitt ist sehr wichtig, weil diese EMS-Arbeiten für die Kommunikation (Daten) mit der Polizei in der Einsatz- und Alarmzentrale von Freiburg-Nord (Granges-Paccot) mit denen auf der H189 synchronisiert werden müssen, damit beide Abschnitte integriert werden können.

Abschnitt 80 Rossens–Kantonsgrenze FR/BE

- Einrichtung von Warnlichtern und Verkehrsschildern vor der Ausfahrt von Düdingen (von Freiburg her kommend). Die Warnlichter werden automatisch eingeschaltet, wenn sich ein Stau bildet.

P12 interkantonaler UPlaNS-Unterhaltsabschnitt «La Veyre–Outre Broye» (Semsales).

- Die erste Etappe der EMS-Arbeiten auf diesem Abschnitt wurde beendet.
- Die Integrierung der elektromechanischen Anlagen in den Werkhof von Vaulruz steht kurz vor dem Abschluss. Die definitiven Arbeiten sind für 2007 vorgesehen.

UPlaNS-Unterhaltsabschnitt P3 «Ottisberg–Kantonsgrenze FR/BE»

- Während des Jahres 2006 haben das ABA, der UNS und die Polizei die Brandmeldeanlage per Videoüberwachung getestet, um sicherzustellen, dass die Anlage einwandfrei funktioniert. Sie wurde im September 2006 abgenommen.

4. Vergaben

A1 Bauten

- EMS: Für die Beteiligung mit dem Kanton Waadt an der Einrichtung der Sicherheitssignalisation in den Tunnel (Beleuchtung) wurde ein Auftrag für 495 358 Franken inkl. MWST vergeben.
- EMS: Für die Beteiligung mit dem Kanton Waadt am Ausbau des Verwaltungssystems (SGE-EXT) wurde ein Auftrag für 118 180 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für den Ausbau der Sicherheitssignalisation in den Tunnel (Anstrich) wurde ein Auftrag für 121 459 Franken inkl. MWST vergeben.
- EMS: Für den Ausbau der Sicherheitssignalisation in den Tunnel (Beleuchtung) wurde ein Auftrag für 1 713 212 Franken inkl. MWST vergeben.
- EMS: Für den Ausbau der Sicherheitssignalisation in den Tunnel (Verwaltungssystem) wurde ein Auftrag für 431 277 Franken inkl. MWST vergeben.

A12 Bauten

- PMS: Für den Umbau des Anschlusses Riaz und den Abbruch der Überführung wurde ein Auftrag für 4 071 021 Franken inkl. MWST vergeben.
- PMS: Für den Ausbau des Anschlusses Freiburg-Nord (Elemente der Strassensignalisation) wurde ein Auftrag für 99 140 Franken inkl. MWST vergeben.

- PMS: Für den Ausbau des Anschlusses Matran (Oberbau) wurde ein Auftrag für 71 548 Franken inkl. MWST vergeben.
- PMS: Für den Ausbau des Anschlusses Freiburg-Nord (Oberbau) wurde ein Auftrag für 127 387 Franken inkl. MWST vergeben.
- PMS: Für den Ausbau des Anschlusses Düdingen (Oberbau) wurde ein Auftrag für 157 672 Franken inkl. MWST vergeben.
- PMS: Für den provisorischen Ausbau des Anschlusses En Craux (Oberbau) wurde ein Auftrag für 479 880 Franken inkl. MWST vergeben.

A1 Unterhalt

- EMS: Für die Anpassung der Brand-Szenarien bei den Niederspannungsinstallationen der Tunnel wurde ein Auftrag für 69 920 Franken inkl. MWST vergeben.
- EMS: Für die Anpassung der Brand-Szenarien beim Ventilationssystem der Tunnel wurde ein Auftrag für 343 552 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für die Anpassung an die neuen Richtlinien des ASTRA über Auffangnetze bei Brücken wurde im Zusammenhang mit dem Viadukt von Lully ein Auftrag von 94 745 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für die Anpassung an die neuen Richtlinien des ASTRA über Auffangnetze bei Brücken wurde im Zusammenhang mit dem Löwenberg-Viadukt ein Auftrag von 61 374 Franken inkl. MWST vergeben.

A12 Unterhalt

- BMS: Im Zusammenhang mit dem Unterhaltsabschnitt P12 «La Veyre–Outre Broye» wurde ein Auftrag in der Höhe von 72 092 Franken inkl. MWST für die Beleuchtung der Schnellübergänge im Freien vergeben.
- PMS: Für die Erneuerung der elektromechanischen Anlagen in den gedeckten Einschnitten von Avry und Gumefens wurde ein Auftrag für 4 986 416 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für den Ersatz der Fahrbahnübergänge auf der Brücke beim Anschluss Rossens wurde ein Auftrag für 96 463 Franken inkl. MWST vergeben.
- PMS: Für die Lieferung und Einrichtung einer neuen Signalisation (Outre Broye–Ottisberg) wurde ein Auftrag für 337 007 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für die Sanierung der Hauptträger des Viadukts von Chaney wurde ein Auftrag für 99 630 Franken inkl. MWST vergeben.
- BMS: Für die Lieferung und Einrichtung von Schildern zur Identifikation der Kunstbauwerke wurde ein Auftrag für 73 368 Franken inkl. MWST vergeben.

Der Gesamtbetrag der im Jahr 2006 vergebenen Bau- und Unterhaltsarbeiten belief sich auf 14 174 778 Franken.

Kontrolle der Einkäufe

Der Einkaufsverantwortliche hat zahlreiche Überprüfungen in drei spezifischen Bereichen vorgenommen: Überprüfung der von Unternehmen und Lieferanten ausgestellten Rechnungen, Überprüfung der Dokumente für die Vergabeanträge sowie Überprüfung der Vertragsentwürfe aufgrund des Verfahrens für die Beschaffung von Material und Leistungen und der Gesetzgebung zum öffentlichen Beschaffungswesen.

Neben der Behandlung von weniger wichtigen Fragen wurden in diesen Bereichen 42 interne Notizen verfasst. Dank der Stichhaltigkeit dieser Notizen konnten insbesondere das Controlling der von den Auftragnehmern ausgeführten Arbeit und gewisse Verfahren für die Beschaffung von Material und Leistungen verbessert werden.

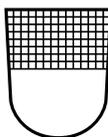
Öffentliches Beschaffungswesen

Das ABA hat aktiv in verschiedenen Arbeitsgruppen im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens mitgewirkt.

Die Freiburger Seiten von www.simap.ch (siehe Abschnitt über das öffentliche Beschaffungswesen im Kapitel «Direktion») werden von einem Mitarbeiter des ABA verwaltet. Dieser Mitarbeiter beteiligte sich auch an der Entwicklung des vom Bund geleiteten Projekts SIMAP 2.

Im Übrigen haben sich zahlreiche Anwender (hauptsächlich Auftragnehmer) vom Vertreter des ABA schulen lassen.

Bleibt noch anzufügen, dass die 2005 begonnene Analyse des Waadtländer Verfahrens, das eine zweistufige Eingabe der Offerten vorsieht, abgeschlossen wurde. Auf der Grundlage der Resultate wurden der RUBD mehrere Vorschläge unterbreitet. Dank dieser Vorschläge konnte die Zahl der Dokumente, die bei der Offerteingabe eingereicht werden müssen, gesenkt und damit bereits eines der Ziele verwirklicht werden.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Staatskanzlei

Inhaltsverzeichnis

Staatskanzlei	3
Konferenz der Generalsekretäre	4
Büro für Information	4
Aussenbeziehungen	4
Sektor Sprachen und Publikationen	7
Sektor Wahlen und Abstimmungen	7
Amt für Drucksachen und Material	8

Staatskanzlei

Der Staatsrat hielt 51 Sitzungen, davon waren 6 vollständig für die Prüfung des Voranschlags für das Jahr 2006 reserviert. Er erliess 1644 Beschlüsse (50 Sitzungen und 1454 Beschlüsse 2005). Den Direktionen wurden 768 (2005: 1126) Schreiben für Bericht und Antrag oder zur direkten Beantwortung überwiesen. Die Kanzlei beglaubigte 4201 (2005: 3641) Schriftstücke. Zudem wurden zahlreiche Bestätigungen, Erklärungen und andere Zertifikate ausgestellt. Der Ertrag der Gebühren ist in der Staatsrechnung unter der Rubrik 3105/431.000 aufgeführt.

Der Staatsrat hat an folgenden traditionellen weltlichen und kirchlichen Feierlichkeiten und Anlässen teilgenommen: Hochamt an Ostern und Fronleichnam, Gedenkfeier zur Schlacht bei Murten, Solennität, Feier zum eidgenössischen Buss- und Betttag, Feier in Memoriam, Europatag und Dies Academicus der Universität Freiburg sowie Weihnachtsmesse.

Der Staatsrat traf sich zu Arbeitstagen mit dem Gemeinderat von Freiburg und dem Vorstand des Freiburger Gemeindeverbandes.

Die traditionelle Arbeitstagung mit den Oberamtännern fand dieses Jahr im Glanebezirk statt.

Auf Ersuchen des Staatsrats wurde im Rahmen einer Fahrt mit der MS Freiburg auf dem Murten- und auf dem Neuenburgersee eine Sitzung mit den Mitgliedern der Konferenz der höheren Kader der Kantonsverwaltung organisiert.

Die Neujahrswünsche wurden nach dem traditionellen Protokoll ausgetauscht. In den Räumen des ehemaligen Gebäudes der Kantonalen Gebäudeversicherungsanstalt nahmen am Empfang teil: die Grossratspräsidentin, der Präsident des Kantonsgerichts, die Präsidentin des Verwaltungsgerichts, die Vertreter des Bistums, der Katholischen Kirchlichen Körperschaft, der Synode der Evangelisch-Reformierten Kirche und der Israelitischen Kultusgemeinde sowie der Domprobst des Domkapitels St. Nikolaus.

Das Wahlkollegium (Staatsrat und Kantonsgericht in gemeinsamer Sitzung) hielt 6 Sitzungen ab, in denen mit der Rechtspflege betraute Personen in ihren Ämtern bestätigt oder ernannt wurden. Der Staatsrat und das Verwaltungsgericht hielten eine gemeinsame Sitzung ab, in der Mitglieder der Enteignungskommission in ihrem Amt bestätigt oder ernannt wurden.

Es fanden zwei protokollarische Besuche statt; die amtierenden Botschafter der Republik Chile und der Republik

Kuba in der Schweiz wurden empfangen. Der Generalkonsul von Italien in Lausanne wurde ebenfalls von einer Delegation des Staatsrats empfangen.

Der Staatsrat wurde von der Regierung des Kantons Schwyz und vom Staatsrat des Kantons Tessins eingeladen.

Er empfing die Regierung des Kantons Aargau zu einem offiziellen Besuch; dabei wurde ein Ausflug in die Weinberge «Faverge», zum Weingut des Staates Freiburg im Lavaux, organisiert.

Bei der Durchfahrt des Sonderzugs, der die frisch gewählte Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey in ihren Wohnkanton brachte, hatte der Staatsrat die Gelegenheit, die Gewählten zu beglückwünschen.

Abdelkader Bensallah, Präsident des Rates der Nation von Algerien, wurde anlässlich seines Besuchs in Freiburg von einer Delegation des Staatsrats empfangen.

Die Freiburger Regierung hat ausserdem dem zurückgetretenen Bundesrat Joseph Deiss ihren aufrichtigen Dank ausgerichtet für seine 7-jährige Tätigkeit in der Bundesregierung, insbesondere für das, was er für die Region und den Kanton Freiburg getan hat.

Die Regierung hatte ebenfalls die Gelegenheit, Carsten Schlotter nach seiner Ernennung zum Generaldirektor der Swisscom AG zu einem Essen einzuladen.

Anlässlich ihrer Sitzungen im Freiburgerland hat der Staatsrat die Mitglieder der französischsprachigen Unterkommission der Redaktionskommission der eidgenössischen Kammern und die Mitglieder der Unterkommission für die Finanzen des Nationalrats empfangen.

Bei den kirchlichen Feierlichkeiten in Freiburg und in Rom zum 500-Jahr-Jubiläum der Päpstlichen Schwergarde war er vertreten.

Anlässlich ihrer Jahresversammlung im Kanton Freiburg hatte der Staatsrat die Gelegenheit, einen Empfang zu Ehren der Mitglieder der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz und der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz zu organisieren. Die Regierung hat auch die Mitglieder der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz anlässlich ihrer Frühjahrssitzung empfangen.

Im Oktober 2006 fand eine Veranstaltung des Staatsrats mit den hohen Bundesbeamten aus dem Kanton Freiburg statt.

Anlässlich eines Essens dankte er dem Präsidenten und den Mitgliedern des Komitees, das mit Organisation der Teilnahme des Kantons Freiburg am Zürcher Sechseläuten 2005 beauftragt war.

Mit einem Essen verabschiedete er offiziell Marius Zosso, Oberamtmann des Sensebezirks von 1996 bis 2006.

Im Rahmen eines gemütlichen Abends verabschiedete er die Mitglieder des Staatsrats, die sich nicht zur Wiederwahl stellten, nämlich Ruth Lüthi, Staatsrätin von 1992 bis 2006, Michel Pittet, Staatsrat von 1992 bis 2006, und Claude Grandjean, Staatsrat von 1997 bis 2006.

Der Staatsrat hat auf Einladung der religiösen Gemeinschaften an folgenden Essen teilgenommen: am Fasnachtssonntag im Franziskanerkloster, an den Mittfasten im Kapuzinerkloster und am Andachtsessen in der Abtei Altenryf.

Wie jedes Jahr hat er verschiedene Unternehmen im Kanton besucht und so seinen ständigen Bemühungen um die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung des Kantons Ausdruck gegeben.

Der Staatsrat hat die ehemaligen Mitglieder der Regierung und die alt Staatskanzler mit ihren Ehegatten zu einem gemütlichen Beisammensein eingeladen.

Ebenfalls zu den entspannteren Anlässen gehörte die Teilnahme des Staatsrats am Wintersporttag des Grossen Rates.

Konferenz der Generalsekretäre

Die Konferenz der Generalsekretäre, die von der Staatskanzlerin präsiert wird, hielt im Jahr 2006 sieben Sitzungen ab, an denen hauptsächlich Projekte zur Umsetzung des Gesetzes über die Organisation des Staatsrats und der Verwaltung und die Begleitung der Projekte zur Umsetzung der neuen Verfassung behandelt wurden.

Büro für Information

Das neue Informationsbüro, das der Staatskanzlei angeschlossen ist, nahm am 3. April 2006 seine Tätigkeit auf. Während der ersten 8 Monate hat der Verantwortliche sich vor allem um zahlreiche Kontakte mit dem Personal der Kantonsverwaltung bemüht, um die Aufgaben oder ganz einfach die Existenzberechtigung eines solchen Büros zu erklären. Dabei handelt sich um eine langwierige Arbeit, die im Herbst ihre ersten Früchte trug, aber 2007 und in den nächsten Jahren fortgeführt werden muss. In dieser Zeit hat der Verantwortliche auch die Beziehungen zu den Vertreterinnen und Vertretern der Medien gepflegt. Er steht mit ihnen fast täglich über Telefon oder E-Mail in Kontakt. Aber vor allem bei den direkten Kontakten, an Medienkon-

ferenzen, bei Wahlen oder informellen Treffen ergibt sich der beste gegenseitige Gedankenaustausch.

Die wichtigste Aufgabe des Informationsbüros und seines Verantwortlichen besteht im Verfassen und Verfolgen aller Medienmitteilungen des Staates und der Begleitung aller Medienkonferenzen. Dies zeigt ein Blick auf die Jahresbilanz des Regierungspräsidenten: Im Jahr 2006 wurden den Medien 250 Mitteilungen zugestellt, und rund 50 Medienkonferenzen wurden organisiert, an denen mindestens ein Mitglied des Staatsrats beteiligt war. Das Informationsbüro war in irgendeiner Form an fast all diesen Medienkonferenzen beteiligt und hat mehrere von ihnen selbst organisiert (Übung zur Vogelgrippe, Legislaturbilanz, Bilanz des Staatsratspräsidenten). Bei den Medienmitteilungen wirkte das Informationsbüro im Wesentlichen als «Beratungsinstanz» und als Verteiler. Es hat aber auch einige Mitteilungen selbst verfasst (Situation an der Vogelgrippenfront, verschiedene Stellungnahmen des Staatsrats, Empfehlungen zu Gegenständen kantonaler Volksabstimmungen ...).

Welchen Beschäftigungsanteil der Verantwortliche für die Verwaltung des Inhalts des Internet-Portals des Staates und der Website der Staatskanzlei aufgewendet hat, ist schwierig zu bestimmen. Bis voraussichtlich im Frühling 2007 ein richtiger Spezialist angestellt wird, hat sich der Verantwortliche bemüht, so gut wie möglich die täglichen News sowie einen Teil des Inhalts der beiden Websites zu verwalten. Ausserdem übernahm das Informationsbüro seit Sommer 2006 die Mailbox des Staates Freiburg. Das ist eine wichtige Aufgabe, denn die Mailbox ist eine Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung. In der Mailbox gehen durchschnittlich jede Woche rund 10 Fragen ein (seit Ende Juli 2006 waren es insgesamt 225); sie kommen grösstenteils von Internet-Usern aus dem Kanton Freiburg, aber auch zu einem schönen Teil aus der übrigen Schweiz und aus dem Ausland. Die Fragen sind oft komplex, und ihre Beantwortung nimmt jedes Mal Zeit in Anspruch.

Zu den Tätigkeiten des Informationsbüros im Jahr 2006 gehörten auch das Verfassen verschiedener Berichte und die Beteiligung an der Ausarbeitung grösserer Gesetzesentwürfe und an der Information bei den Wahlen; im ersten Jahr des Bestehens wurde das Informationsbüro von diesen Tätigkeiten stark beansprucht (Informationspolitik des Staatsrats und der Verwaltung des Kantons Freiburg, neue Ausgabe der Legislaturbilanz, Gesetzesentwurf über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu den amtlichen Dokumenten, kantonale Wahlen im Herbst 2006).

Aussenbeziehungen

Koordination der Aussenbeziehungen

Von den zahlreichen Ereignissen im Jahr 2006, die die Aussenbeziehungen des Kantons betreffen, seien zwei hervorgehoben:

- Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und

Kantone (NFA) wird für die künftige Entwicklung des Föderalismus entscheidend sein. Die NFA ist jetzt immer mehr ein allgemeingegenwärtiges Thema in den Beziehungen zwischen Bund und Kantonen, aber auch Gemeinden; sie betrifft sowohl die Politik, die Finanzen, die Gesetzgebung als auch die Institutionen.

Dieses bedeutende Dossier enthält gleichzeitig Möglichkeiten und Risiken für die Beziehungen zwischen den drei Staatsebenen. Die Landschaft der Institutionen könnte sich unter anderem für die Kantone verändern, denn diese könnten *in neun Aufgabenbereichen*, die in Artikel 48a Abs. 1 der Bundesverfassungen enthalten sind¹, zur interkantonalen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

- Aus dieser Feststellung kann man den Schluss ziehen, dass der horizontale Föderalismus, nämlich die interkantonale Absprache und Zusammenarbeit, eine immer wichtigere Rolle spielt. Damit man den Verlauf der politischen Entscheidung im Sinn des Kantonsinteresses beeinflussen kann, ist es in der Tat entscheidend, dass der Kanton sein ganzes Gewicht im Entscheidungsverfahren so weit oben wie möglich geltend machen kann, d. h. bevor die endgültigen Entwürfe auf interkantonaler oder Bundesebene unterbreitet werden (Bundesrat oder Parlament). Aus diesem Grund widmen die Mitglieder des Staatsrats immer mehr von ihrer Zeit den Arbeiten, die unter der Leitung der nationalen oder regionalen Fachdirektorenkonferenzen ausgeführt werden.

Interkantonale Zusammenarbeit

Multilaterale Zusammenarbeit

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen hielt 2006 vier Plenarversammlungen ab. Für unseren Kanton hat der amtierende Staatsratspräsident daran teilgenommen. Von den wichtigsten behandelten Themen seien an dieser Stelle erwähnt: die Neugestaltung des Finanzausgleichs und insbesondere die parlamentarischen Beratungen über die Ausführungsgesetzgebung zur NFA (2. NFA-Botschaft) sowie die Vernehmlassung zum Schlussbericht über die Dotierung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs (3. NFA-Botschaft). Der Entwurf des Bundesrats zur Totalrevision des Gesetzes über die eidgenössische Volkszählung hat die KdK auch sehr beschäftigt, denn er hat starke Kritik von Seiten der Kantone, aber auch der Städte und Gemeinden hervorgerufen. Die Revision des KVG, namentlich der Finanzierung der Spitäler und der Pflege, bildete eine weitere wichtige Angelegenheit.

Damit die Information innerhalb der Regierung und der Kantonsverwaltung besser zirkuliert, wurde von der Koordination der Aussenbeziehungen eine interne Informationsplattform über die Angelegenheiten der KdK unterhalten.

Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Die Westschweizer Regierungskonferenz hielt 2006 vier Plenarversammlungen ab. Damit die WRK (die 7 Kantone, darunter Bern, umfasst) sich auf Bundesebene mehr Gehör verschaffen kann, hat sie beschlossen, ihre Zusammenarbeitsstrukturen zu verstärken. Sie führt neu ein ständiges Sekretariat, das seit dem 1. Februar 2006 in Freiburg angesiedelt ist.

Im Jahr 2006 hat sich die WRK insbesondere mit der Entwicklung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen auf Bundesebene und mit der Revision der Vereinbarung über die Aus handlung, Ratifikation, Ausführung und Änderung der interkantonalen Verträge beschäftigt. Sie hat sich auch bemüht die Verbindungen zur KdK und zu den verschiedenen Fachkonferenzen der Westschweiz (Westschweizer oder Westschweizer und Tessiner Konferenzen) zu verstärken.

ch-Stiftung

Die Stiftung setzt ihre Arbeit zur Aufwertung der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kulturen, den Sprachen und den Regionen des Landes fort. Der Direktor der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft gehört dem siebenköpfigen Leitungsausschuss an, der viermal jährlich in Bern zusammentritt.

Die zentralen Bestrebungen der *ch*-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit gelten der Förderung und Modernisierung des Föderalismus; Mitglieder der Stiftung sind die 26 Kantone. Jedes Jahr untersucht diese Einrichtung, in welche Richtung sich der Föderalismus entwickelt und wie weit es nötig ist, zu handeln. Das Ergebnis dieser Zustandsanalyse für 2006 ist Gegenstand des zweiten Berichts über den Föderalismus. Dieser Bericht untersucht die Entwicklung des Föderalismus anhand der Medien, der Wissenschaft und Forschung, der vom Bund in die Vernehmlassung gegebenen Entwürfen, den im Parlament behandelten Gesetzesentwürfen und der parlamentarischen Vorstösse.

Bei den Medien nimmt der Föderalismus einen bedeutenden Platz ein. Unter den Themen, die mit Föderalismus in Zusammenhang stehen und über die letztes Jahr berichtet wurde, befinden sich der Steuerwettbewerb, die Finanzierung des Gesundheitswesens, die NFA und Neuorganisation des Bildungsbereichs (Bildungsartikel). Die zum föderalistischen System gehörenden Leistungen, die diesen Angelegenheiten zugrunde liegen, sind der grossen Öffentlichkeit aber kaum bekannt. Als gutes Beispiel kann man das Projekt NFA erwähnen; die Kantone haben es entscheidend beeinflusst, und es war für sie die Gelegenheit, den Föderalismus gründlich zu reformieren.

Die Bilanz aus den Vernehmlassungsentwürfen und den parlamentarischen Angelegenheiten 2006 fällt vom Stand-

¹ 1) Straf- und Massnahmenvollzug, 2) kantonale Universitäten, 3) Fachhochschulen, 4) kulturelle Einrichtungen von überregionaler Bedeutung, 5) Abfallbewirtschaftung, 6) Abwasserreinigung, 7) Agglomerationsverkehr, 8) Spitzenmedizin und Spezialkliniken, 9) Einrichtungen für die Integration und die Betreuung von Behinderten. Ein Antrag, wonach dieser Liste noch ein zehnter Aufgabenbereich, das Erziehungswesen, hinzugefügt werden soll, wird zurzeit im eidgenössischen Parlament diskutiert.

punkt des Föderalismus aus gesehen insgesamt positiv aus. Die Mehrheit dieser Angelegenheiten entwickelt sich systemgemäss. Allfällige Zentralisierungstendenzen wurden in den meisten Fällen von den Kantonen gewünscht. Eine Ausnahme von dieser positiven Feststellung gibt es aber: Bei der Volkszählung 2010 hat der Bundesrat die Forderungen für die Statistik und die von den Kantonen, den Städten und den Gemeinden vorgebrachten Einwände völlig ignoriert.

Die Auswertung der parlamentarischen Vorstösse auf Bundesebene bestätigt das Ergebnis des ersten Monitoringberichts, nämlich, dass die Problematik im Zusammenhang mit dem Föderalismus in den Vorstössen nur selten ein Thema ist (im Nationalrat: 6 %; im Ständerat: 12 %). In beiden Kammern stellt man fest, dass eine Tendenz besteht, Bundeslösungen gegenüber dezentralen Lösungen zu bevorzugen.

Dank einer Reihe von konkreten Massnahmen schlägt die *ch*-Stiftung vor, das Bild des Föderalismus in der Öffentlichkeit zu verbessern. Das Projekt «Haus der Kantone», mit dem die Zusammenarbeit zwischen den Kantonen auf eine neue Basis gestellt werden soll, bildet in dieser Hinsicht eine gute Gelegenheit.

Bilaterale Zusammenarbeit

Der Staatsrat hat sich mit der Neuenburger Regierung zu einer Arbeitssitzung getroffen. Er traf sich auch zu einer Arbeitssitzung mit dem Regierungsrat des Kantons Bern. In beiden Fällen wurden Themen, die jeweils für beide Kantone von Interesse sind, behandelt, z. B. die Zusammenarbeit im Spitalbereich, bei der Universität und in der Wirtschaft.

Angelegenheiten des Bundes

Vernehmlassungen des Bundes

Der Staatsrat hat auf 67 Vernehmlassungsverfahren des Bundesrats, der eidgenössischen Departemente und der Bundesämter, der Konferenz der Kantonsregierungen oder verschiedener Konferenzen kantonaler Departementsvorsteher geantwortet.

Der Staatsrat hat beschlossen, wie bereits 2005 und in den vorhergehenden Jahren auf die Zusammenfassung seiner Vernehmlassungsantworten im Rechenschaftsbericht zu verzichten. Die Grossrätinnen und Grossräte, die das wünschen, können den Text der Vernehmlassungsantwort bei der Staatskanzlei einsehen. Diese Vernehmlassungsantworten werden den Freiburger Vertretern in der Bundesversammlung und der Presse mitgeteilt.

Beziehungen zu den Freiburger National- und Ständerätinnen und -räten

2006 wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Staatsrat und den Freiburger National- und Ständerätinnen und -räten noch verstärkt. Es wurde ein regelmässiger und systematischer Informationsaustausch eingerichtet. Vier Begegnungen zwischen dem Staatsrat und den Freiburger Vertreterinnen und Vertretern im National- und Ständerat

wurden organisiert; dabei wurden Themen behandelt, die für den Kanton von zentraler Bedeutung sind (zum Beispiel NFA, neue Regionalpolitik, Infrastrukturfonds, KVG, Finanzierung der Bildung, der Forschung und der Innovation). Zu vorrangigen Projekten wurden auch besondere Treffen zwischen Delegationen des Staatsrats und den National- und Ständerätinnen und -räten organisiert.

Die Koordination der Aussenbeziehungen hat im Übrigen eine regelmässige Beziehung zu den Freiburger Mitgliedern der eidgenössischen Kammern sichergestellt, insbesondere während den Sessionen; sie hat sich auch um einen systematischen Rückfluss der Information zur Kantonsregierung bemüht.

Beziehungen zu den Bundesbehörden

Besondere Treffen zu aktuellen Themen zwischen Delegationen des Staatsrats und der Freiburger National- und Ständeräte und den Bundesräten und Amtsvorstehern wurden organisiert.

Europäische Integration

Sektorielle Abkommen mit der EG – Bilaterale I und II, Erweiterung der EU

2006 hatte keine Angelegenheit, die in der Politik der europäischen Integration behandelt wurde, direkte Auswirkungen auf den Kanton. Einige der angenommenen Abkommen, insbesondere Schengen/Dublin, verlangten vom Kanton gewisse administrative und legislative Begleit- und Umsetzungsarbeiten.

Weitere Verbindungen mit Europa

- Versammlung der Regionen Europas (VRE)

Die VRE hielt ihre Generalversammlung am 9. und 10. November 2006 in Palma de Mallorca ab. Bei dieser Gelegenheit wurden die neuen Mitglieder des Büros gewählt; zu den Gewählten gehört auch Staatsrat Beat Vonlanthen. Er tritt im Büro die Nachfolge des zurücktretenden Westschweizer Vertreters an und vervollständigt die Schweizer Delegation, die sich aus den Staatsräten Peter Schönenberger (SG) und Urs Wüthrich-Pelloli (BL) zusammensetzt.

- Conseil du Léman

Der Kanton wird zu den Sitzungen dieser Gemeinschaft eingeladen und nimmt je nach Traktandenliste daran teil.

- INTERREG-Programm

Das INTERREG-Programm geht auf eine europäische Initiative zurück, und die Schweiz ist daran beteiligt. Mit diesem Programm soll die Zusammenarbeit zwischen den grossen Regionen Europas gefördert werden.

Der Rahmenkredit des Bundes für die Umsetzung der Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinweg ist aufgebraucht. Er wird demnächst reaktiviert, wenn die Neue Regionalpolitik (NRP) in Kraft tritt. 2006 hat der Kanton Freiburg zusammen mit anderen Westschweizer Kantonen dennoch an zwei vielversprechenden Projekten teilgenommen (Blutplättchen und E-Learning).

Sektor Sprachen und Publikationen

Mit der neuen Organisation der Staatskanzlei wurden im Juni 2006 Sektoren eingeführt, unter anderen auch der Sektor Sprachen und Publikationen. Dieser umfasst die bisherigen Dienste für amtliche Veröffentlichungen, den Dienst für den Verkauf von Gesetzen und den Sprachendienst.

Die Aufgaben dieses Sektors bestehen im Wesentlichen darin:

- die französischen und deutschen Fassungen der von den Direktionen vorbereiteten Erlassentwürfe auf ihre formale und sprachliche Richtigkeit zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen;
- die Botschaften zu Gesetzen und Dekreten für den Druck und fürs Internet vorzubereiten;
- Übersetzungen für die Kanzlei und wenn nötig für die Direktionen anzufertigen;
- einschlägige Fachwortbestände terminologisch zu erfassen und an TERMDAT weiterzuleiten;
- die in Kraft stehenden Erlasse für die interessierten Bürger und Bürgerinnen bereit zu halten und die Abonnemente der amtlichen Sammlungen (SGF, AGS) und ihrer Nachführungen zu verwalten.

Der Sektor arbeitet auch mit bei der Veröffentlichung von Erlassen und Botschaften auf dem Internet.

Die meisten Arbeiten bewegten sich umfangmässig im Rahmen der letzten Jahre, mit dem Unterschied allerdings, dass in der zweiten Hälfte des Jahres viel mehr Erlasse mit viel kürzeren Fristen beschlossen wurden als in früheren Jahren.

Von den zahlreichen Publikationen und Übersetzungen, an denen der Sektor mitarbeitete, seien hier nur einige grösse genannt: das neue Grossratsgesetz (Totalrevision), die Bilanz der Legislaturperiode (neu), Abstimmungserläuterungen für die Poya-Brücke, Verordnungen über die Ergebnisse der Grossrats-, der Staatsrats- und der Oberamtswahlen sowie der erläuternde Bericht zum neuen Informationsgesetz.

Ferner war der Sektor involviert bei der Diskussion und der Ausarbeitung des neuen Organigramms der Staatskanzlei und der Vorarbeiten für die neuen Pflichtenhefte. Er hat auch Sitzungen zum geplanten Geschäftsverwaltungssystem (GED/GEVER) vorbereitet.

Auf dem Gebiet der Terminologie konnte zusammen mit dem Dekanat der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg ein Glossar mit 90 Fachbegriffen der Studienreform «Bologna» erarbeitet und an zahlreiche Interessierte abgegeben werden. Ferner wurde das Terminologieprojekt zum neuen Wassergesetz weiterverfolgt. Der erreichte Stand (Verifizierung durch Experten) sollte es erlauben, das Projekt 2007 zu Ende zu führen. Schliesslich hatte der Sektor Gelegenheit, mit einer externen Terminologin auf Vertragsbasis zusammenzuarbeiten und so die Fachwörter auf dem Gebiet der Gesetzgebung über die Gesundheit zu erfassen. Diese Terminologearbeiten werden es erlauben,

eine Gegenleistung dafür zu erbringen, dass die ganze Kantonsverwaltung und weitere Instanzen die wertvolle Datenbank TERMDAT des Bundes benützen können.

Sektor Wahlen und Abstimmungen

Abstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen

2006 fanden 3 eidgenössische Abstimmungen statt:

- am 21. Mai 2006 stimmte das Freiburger Volk über 1 Vorlage ab:

Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung (36 039 Ja / 4536 Nein)

- am 24. September 2006 stimmte das Freiburger Volk über 3 Vorlagen ab:

1. Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Volksinitiative vom 9. Oktober 2002 «Nationalbankgewinne für die AHV» (32 772 Ja / 49 721 Nein)

2. Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) (52 781 Ja / 30 619 Nein)

3. Änderung vom 16. Dezember 2005 des Asylgesetzes (AsylG) (52 515 Ja / 30 786 Nein)

- am 26. November 2006 stimmte das Freiburger Volk über 2 Vorlagen ab:

1. Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (43 756 Ja / 34 614 Nein)

2. Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG) (59 797 Ja / 19 103 Nein)

Kantonale Abstimmungen

Es fand eine kantonale Volksabstimmung statt:

- am 24. September 2006 stimmte das Volk über 1 Vorlage ab:

Dekret vom 23. Juni 2006 über einen Verpflichtungskredit für den Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie für die Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren in Freiburg und Granges-Paccot (66 487 Ja / 15 555 Nein)

Wahlen

Der Sektor Wahlen und Abstimmungen wurde ausserdem beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit den Oberämtern die Wahlen zur Gesamterneuerung der Gemeinderäte und der Generalräte und die Wahlen zur Gesamterneuerung des Grossen Rates, des Staatsrates sowie die Oberamtmännerwahlen zu organisieren.

Initiative – Referendum – Petitionen

Initiative

Am 25. August 2006 wurde ein Gesetzesinitiativbegehren «Passivrauchen und Gesundheit» eingereicht. Ob die Initiative zustande kommt oder nicht, wird im Verlauf des Jahres 2007 veröffentlicht.

Referendum

Am 13. Dezember 2006 wurde ein Referendumsbegehren gegen das Gesetz vom 2. November 2006 über die Hundehaltung (HHG) eingereicht. Ob das Referendum zustande kommt oder nicht, wird im Verlauf des Jahres 2007 veröffentlicht.

Petitionen

Am 22. März 2006 wurde eine Petition an den Staatsrat gerichtet; sie stammte von Geschäften und Unternehmen in den Gemeinden Granges-Paccot, Givisiez und Freiburg und richtete sich gegen die Einrichtung eines Standplatzes für Fahrende auf dem Gebiet der Gemeinde Granges-Paccot.

Am 7. Juli 2006 wurde eine neue Petition zum selben Gegenstand eingereicht.

Am 6. September 2006 wurde vom Verein «Le Cloalet» in La Tour-de-Trême eine Petition an den Staatsrat gerichtet; sie betraf die Einrichtung eines Standplatzes für Fahrende auf dem Gebiet von La Tour-de-Trême.

Am 5. Oktober 2006 wurde vom Dachverband des Personals öffentlicher Dienste des Kantons Freiburg (FEDE) und von den Verbänden der Organisationen des Personals der Sozialen Institutionen des Kanton Freiburg (VOPSI) eine Petition an den Staatsrat gerichtet; mit ihr wird eine zusätzliche Ferienwoche für das ganze Personal mit Ausnahme des Lehrpersonals gefordert.

Diese Petitionen wurden an die betreffenden Direktionen überwiesen, damit sie zuhanden des Staatsrats Stellung nehmen und eine Notiz verfassen können.

Amt für Drucksachen und Material

Allgemeines

Das Amt für Drucksachen und Material (DMA) verfügte erstmals während eines vollen Jahres über die Verwaltungssoftware SAP MM/SD. Mit dieser Anwendung konnte es seine Tätigkeit besser überblicken, und seine Verwaltung wurde beträchtlich erleichtert.

Büromaterial

Das DMA setzte bei einem Sortiment von Standardprodukten die Zusammenarbeit mit der Westschweizer Einkaufsgemeinschaft für Schul- und Büromaterial (GRAFO-SA) fort. Bei der Anschaffung von Büropapieren, Klarsichttaschen und -mappen, Ordnern und gewissen For-

maten von Couverts hat sich das DMA deshalb im Rahmen von öffentlichen Beschaffungen GRAFOSA angeschlossen.

Beim Verbrauchsmaterial für die Informatik (Toner und Tintenpatronen) versuchte das DMA Nachahmerprodukte vorzuschlagen, die gegenüber den Originalprodukten deutliche Einsparungen erlauben. Es musste aber feststellen, dass die Dienststellen, die Material bestellten, sehr zurückhaltend vom Angebot an Nachahmerprodukten Gebrauch machten.

Für die Bürogeräte, für die das DMA zuständig ist (Multimedia-Projektoren, elektronische Agenden), konnte es interessantere Konditionen erreichen, indem es im Allgemeinen Offerten einholte und nach neuen Lieferanten suchte.

Büromaschinen und -apparate

Das DMA hat bei seiner Tätigkeit die seit einiger Zeit angenommene Linie weiterverfolgt und so die Ausrüstungen weiterhin so weit wie möglich vereinheitlicht. Leider muss es immer öfter Lieferanten ausserhalb des Kantons Freiburg berücksichtigen, da zahlreiche Unternehmen ihre Tätigkeit an einem einzigen Standort in der Schweiz oder in der Westschweiz zusammengefasst haben. Im Jahr 2006 versuchte das DMA erneut den Bestand an Fotokopiergeräten auf dem neuesten Stand zu halten. So wurden in Absprache mit den Lieferanten um die 50 Fotokopierapparate durch digitale Systeme der neusten Generation ersetzt. Es sei darauf hingewiesen, dass diese Ersetzungen gemäss dem Rahmenvertrag, mit dem GRAFOSA und damit auch das DMA mit den Lieferanten verbunden sind, für den Staat Freiburg zu denselben Konditionen ausgeführt wurden.

Auf diesen Geräten wurden mehr als 39 000 000 Seiten gedruckt, wenn man den ganzen Park von Fotokopier- und multifunktionalen Geräten, der vom DMA verwaltet wird, berücksichtigt.

Die schnelle Entwicklung der Technologie bei den Bürogeräten führt dazu, dass das DMA regelmässig relativ neue Maschinen und Apparate ausrangieren und durch ein neues Modell ersetzen muss, weil man die alten Geräte nicht mehr reparieren kann.

Drucksachenbüro

Die Tätigkeit des Drucksachenbüros wird durch den Staatsratsbeschluss vom 18. November 1985 über die Stellung und die Aufgaben des Amtes für Drucksachen und Material geregelt.

Im Jahr 2006 hat das Büro sich bemüht, für die Dienststellen des Staates die besten Lösungen zu finden, die unter Einhaltung der Fristen die technischen und wirtschaftlichen Anforderungen berücksichtigen. Es hat die Verhandlung von Verträgen mit externen Leistungserbringern für immer wiederkehrende Arbeiten fortgesetzt.

Das Drucksachenbüro steht allen Dienststellen und Anstalten des Staates zur Verfügung. Die wichtigsten Tätigkeiten sind der Entwurf und die Produktion von Drucksachen, der

Einkauf bei anerkannten Lieferanten und die technische Beratung für Drucksachen, Veröffentlichungen und Arbeitsunterlagen.

Jede Arbeit, die dem Drucksachenbüro anvertraut wird, wird auf Grund der technischen Kriterien (Auflage, Format, Papier, Farben usw.) geprüft. Scheinen diese Kriterien mit den Produktionsmitteln des Amtes vereinbar zu sein, so wird die Arbeit intern entweder im Offsetdruck oder digital (Schwarzweiss- oder Vierfarbentwürfen) ausgeführt. Das Aufkommen des Drucks auf Verlangen (kleine Auflagen, kurze Fristen) trägt zum ständigen Aufschwung des Digitaldrucks bei. Die Qualität und die Möglichkeiten dieses Druckverfahrens ermöglichen ein gut gemachtes Endprodukt. Man kann jedoch feststellen, dass diese Entwicklung beim Farbdruck ausgeprägter verläuft, denn dieser wird sowohl in qualitativer als auch in preislicher Hinsicht immer leistungsfähiger.

Das Drucksachenbüro hat 2005 auf seinen Anlagen über 450 000 Farbkopien, 7 000 000 Schwarzweisskopien und fast 1 800 000 Offsetkopien ausgeführt. Es hat ausserdem 1200 CD kopiert und bedruckt und mehr als 200 vierfarbige Plakate im Format A0 und über 100 Legitimationskarten im Kreditkartenformat gedruckt.

Es kann weiterhin die Hilfe von einer Person im Beschäftigungsprogramm in Anspruch nehmen; diese Person wird vor allem bei der Endbearbeitung (Heften, Lochen, besondere Falzungen usw.) eingesetzt. Die oben erwähnten Zahlen zeigen, dass der schwarz-weiße und vor allem der farbige Digitaldruck eine bedeutende Zunahme erfahren haben. Die Druckarbeiten, die nicht mit den Einrichtungen des Amtes ausgeführt werden können, werden hauptsächlich an Unternehmen im Kanton vergeben; deren Einrichtungen müssen eine qualitativ hochstehende und günstige Produktion ermöglichen. Jede neue Arbeit wird ausgeschrieben; die Unterlagen werden den Unternehmen zugesandt, die den Kriterien für die auszuführende Arbeit am besten entsprechen. Das grafische Gewerbe hat in den letzten Jahren eine ständige Entwicklung durchgemacht. Die neuen, auf dem Markt erhältlichen Maschinen bieten eine sehr hohe Produktionskapazität und können für gewisse Arbeiten Preissenkungen zur Folge haben. Deshalb muss regelmässig geprüft werden, ob der Lieferant, dem regelmässige Aufträge übergeben werden, immer noch die leistungsfähigste Einrichtung (und den günstigsten Preis) für das gewünschte Produkt anbieten kann.

Bindewerkstatt

Diese Abteilung hat weiterhin die ihr zugewiesenen Aufgaben erfüllt, und ihre Tätigkeit kann wie folgt zusammengefasst werden:

Handwerkliche Bindearbeiten:	
Leinenbände	773
Halbleinenbände	143
Halbleder- und Lederbände	43
Einbanddecken	335
Restaurations- und Reparaturarbeiten	138
Grosse Register (Zivilstand und Grundbuch)	107
Kartonierte Bände	15
Etuis für Pläne	9
Halbindustrielle Bindearbeiten:	
Thermobindungen	9 850
Spiralbindungen	4 200
Fastback-Bindungen	5 150
Laminierungen	820

Wie bisher hat das Personal des Bindeateliers der Drucksachenabteilung bei der Fertigstellung der intern angefertigten Dokumente geholfen.

Mikrofilmzentrale

Diese Abteilung hat weiterhin die Mikrofilmaufnahmen gemacht, die von der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons vor allem für das Grundbuch und den Zivilstand vorgeschrieben werden.

Sie stellte ihre Dienste ausserdem für die Aufnahmen von Dokumenten anderer Verwaltungseinheiten zur Verfügung.

2006 wurden 115 000 Aufnahmen gemacht.

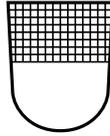
Die Mitarbeiterin der Abteilung hat ausserdem auf Verlangen der Staatskanzlei 14 Fotoreportagen gemacht.

Personal

Die Teilzeitstelle einer Verwaltungssachbearbeiterin, die im Herbst 2006 ablief, wurde nicht wiederbesetzt.

Weiterbildung

Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DMA haben Ausbildungskurse besucht.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatesrates
für das Jahr 2006

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge

Inhaltsverzeichnis

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge	3
1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport	3
2. Sicherheits- und Justizdirektion	4
3. Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft	4
4. Volkswirtschaftsdirektion	5
5. Direktion für Gesundheit und Soziales	5
6. Finanzdirektion	5
7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion	7
8. Staatskanzlei	7

Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge

(Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates)

Der Artikel 78 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates schreibt vor: «Der Staatsrat unterbreitet dem Grossen Rat jedes Jahr in seinem Rechenschaftsbericht einen besonderen, hinreichend begründeten Bericht über den Stand der hängigen Motionen, Postulate und Aufträge und über die Folgen, die er ihnen gegeben hat oder zu geben gedenkt.»

Dieser besondere Teil des Rechenschaftsberichts enthält somit:

- a) die Motionen, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- b) die Postulate, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;
- c) die Aufträge, die im Berichtsjahr oder früher erheblich erklärt wurden, sofern die endgültige Folge, die ihnen geleistet wurde, nicht bereits in einem früheren Rechenschaftsbericht behandelt wurde;

Hingegen sind nicht enthalten die Motionen, Postulate und Aufträge, die der Staatsrat noch nicht beantwortet hat, da die gesetzliche Frist noch nicht abgelaufen ist, sowie die Motionen und Postulate, deren Erheblicherklärung der Grosse Rat abgelehnt hat.

Bemerkung:

Dieser Teil des Rechenschaftsberichts ist für die Beratung im Grossen Rat nach Direktionen gegliedert.

1. Direktion für Erziehung, Kultur und Sport

Motionen

Maria-Grazia Conti / Antoinette Romanens: Ausbildungsbeiträge und -darlehen. Diese Motion wurde am 11. Mai 2005 erheblich erklärt. Der Grosse Rat hat die gesetzliche Antwortfrist verlängert, damit die künftigen Bestimmungen des Bundes über die Ausbildungsbeiträge für die Tertiärstufe (im Zusammenhang mit der NFA) und die Mindeststandards einer allfälligen interkantonalen Vereinbarung für die Sekundarstufe II im Gesetzesentwurf berücksichtigt werden können. Ein Gesetzesänderungsentwurf wird dem Grossen Rat 2007 vorgelegt.

Jacques Baudois / Bernard Garnier: Sprachenlernen während der obligatorischen Schulzeit. Diese Motion wurde am 2. Oktober 2001 erheblich erklärt. Das Büro des Grossen Rates hat für den Bericht eine Fristverlängerung bewilligt. Dieser wird 2007 vorgelegt, sobald die Ergebnisse der Vernehmlassung von 2004 und die von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren beschlossene Sprachunterrichtsstrategie sowie Bestimmungen des Konkordatsentwurfs über die Harmonisierung der obligatorischen Schule, der bis am 30. November 2006 in Vernehmlassung war, im Konzeptentwurf berücksichtigt worden sind.

Bruno Fasel / Charly Brönnimann: Unterrichtsstunde bei Beginn des neuen Schuljahres über «EVAKUIERUNGEN» in den Schulhäusern bei Feuer- und Naturkatastrophen. Die Motion wurde am 15. Mai 2006 erheblich erklärt. Der Artikelentwurf wird dem Grossen Rat im Rahmen der Totalrevision des Schulgesetzes vorgelegt.

Postulate

Solange Berset / Jacques Bourgeois: Kantonale Gesetzgebung über den Sport und dessen Förderung, insbesondere bei den Jugendlichen. Dieses Postulat wurde am 7. Mai 2003 erheblich erklärt. Der Bericht wird vorgelegt, sobald die gegensätzlichen Ergebnisse der Vernehmlassung zum Entwurf des Sportkonzepts von 2004 ausgewertet sind.

Nicolas Bürgisser / Jean-Pierre Dorand: Sport neu als Hauptfach (Bachelor- und Masterstudium) integriert als Lehrgang am Institut für Sport der Universität Freiburg. Dieses Postulat wurde am 11. Oktober 2005 erheblich erklärt. Der Bericht (Nr. 300) wurde dem Grossen Rat am 24. Oktober 2006 vorgelegt.

Nicole Aeby-Egger / Guy-Noël Jelk: Entwicklung der Kantonalen Diplommittelschule (KDMS) zu einer Fachmaturitätsschule für Gesundheit und Soziales (FMS-GS). Das Postulat wurde am 8. September 2006 erheblich erklärt. Der Bericht zu diesem Postulat wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

Françoise Morel / Patrice Morand: Dezentrale Gruppenkurse zur Einführung in die Musik und für Solfège. Das Postulat wurde am 8. September 2006 erheblich erklärt. Der Bericht zu diesem Postulat wird in der gesetzlichen Frist vorgelegt.

Martin Tschopp / Hugo Raemy: Berufsberatung. Das Postulat wurde am 8. September 2006 erheblich erklärt und der Bericht zu diesem Postulat ist integrierender Bestandteil der Botschaft vom 12. Dezember 2006 zum Gesetzesentwurf über die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung.

2. Sicherheits- und Justizdirektion

Motionen

Joe Genoud / Joseph Binz: Mehr Kompetenzen und Vorrechte für die Ortspolizei. Die Motion wurde am 6. November 2003 erheblich erklärt. 2006 wurde dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Charly Haenni / Rudolf Vonlanthen: Vernichtung von Hanfpflanzen. Die Motion wurde am 17. November 2005 erheblich erklärt. 2006 wurde dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Jean-Jacques Collaud / Jacques Bourgeois: Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (VRG). Die Motion wurde am 13. Dezember 2005 teilweise angenommen. 2006 wurde dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Jean-Jacques Collaud / Jean-Denis Geinoz: Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Änderung der Frist zur Bestätigung der Scheidung und der Vereinbarung). Die Motion wurde am 2. November 2006 erheblich erklärt. 2007 wird dem Grossen Rat ein Gesetzesentwurf unterbreitet.

Postulate

Josef Fasel: Elementarschäden als Folge von Klimaveränderung. Das Postulat wurde am 24. Juni 2003 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wird 2007 ein Bericht unterbreitet.

Michel Losey: Aufhebung des Landwirtschaftsbetriebs bei der Strafanstalt Bellechasse. Das Postulat wurde am 24. März 2004 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wurde 2006 ein Bericht unterbreitet.

Solange Berset / Markus Bapst: Erdbebenprävention im Kanton Freiburg. Das Postulat wurde am 22. Juni 2005 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wird 2007 ein Bericht unterbreitet.

Michel Zadory: Westschweizer Polizeischule. Das Postulat wurde am 17. März 2006 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wird 2007 ein Bericht unterbreitet.

Antoinette Badoud / André Masset: Ein Heim Tannenhof für Frauen. Das Postulat wurde am 6. September 2006 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wird 2007 ein Bericht unterbreitet.

Madeleine Genoud-Page: Unentgeltliche Rechtspflege. Das Postulat wurde am 6. September 2006 erheblich erklärt. Dem Grossen Rat wird 2007 ein Bericht unterbreitet.

3. Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft

Motionen

Beat Vonlanthen / Jean-Pierre Dorand: Preis zur Förderung der Zweisprachigkeit und des Verständnisses zwischen den Sprachgemeinschaften. Die Motion wurde am

6. Mai 2003 erheblich erklärt; sie wird im Rahmen der Projekte zur Umsetzung der Kantonsverfassung behandelt.

Christine Schneuwly: Neues Gesetz über die Hundehaltung. Die Motion wurde am 25. Juni 2003 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit dem Entwurf für ein Gesetz über die Hundehaltung, der am 2. November 2006 vom Grossen Rat angenommen wurde, Folge gegeben.

Georges Godel / Jean-Louis Romanens: Finanzausgleich und Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. Die Motion wurde am 26. März 2003 erheblich erklärt; sie wird im Rahmen des Projekts über den Finanzausgleich, das zurzeit geprüft wird, behandelt.

Albert Bachmann: Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (kantonale Fleischhygiene). Die Motion wurde am 16. Juni 2004 erheblich erklärt; sie wurde im Rahmen der Motion Jacques Bourgeois über die Optimierung der Kontrollen und der Bekämpfung von Betrug im Lebensmittelbereich behandelt. Ein Gesetzesentwurf über Lebensmittelsicherheit wurde dem Grossen Rat im Herbst 2006 überwiesen.

Antje Burri-Escher: Gesetz betreffend die Hundesteuer. Die Motion wurde am 16. Dezember 2004 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit dem Entwurf für ein Gesetz über die Hundehaltung, der am 2. November 2006 vom Grossen Rat angenommen wurde, Folge gegeben.

Denis Grandjean: Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (PRG). Die Motion wurde am 4. Mai 2004 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit der Änderung des PRG, die am 7. September 2006 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, Folge gegeben.

Michel Monney / Benoît Rey: Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (PRG) (Art. 48). Die Motion wurde am 24. Juni 2005 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit der Änderung des PRG, die am 7. September 2006 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, Folge gegeben.

Ueli Johner-Etter: Dekret über die Anwendung von Anbaumethoden zum Schutz landwirtschaftlicher Böden. Die Motion wurde am 14. Dezember 2005 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit der Überweisung eines Gesetzesentwurfs über die Landwirtschaft, der am 3. Oktober 2006 vom Grossen Rat angenommen wurde, Folge gegeben.

Hubert Carrel / Patrice Jordan: Erhöhung des kantonalen Landwirtschaftsfonds. Die Motion wurde am 14. März 2006 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit der Überweisung eines Gesetzesentwurfs über die Landwirtschaft, der am 3. Oktober 2006 vom Grossen Rat angenommen wurde, Folge gegeben.

Claudia Cotting: Gesetz über die Ausübung der politischen Rechte (PRG). Die Motion wurde am 10. Mai 2006 erheblich erklärt. Der Motion wurde mit der Änderung des PRG, die am 7. September 2006 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, Folge gegeben.

Markus Bapst / Benoît Rey (parlamentarische Initiative): Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit zwi-

schen den Kantonen. Die Initiative wurde am 20. Juni 2006 angenommen. Der Motion wird in der gesetzlichen Frist Folge gegeben.

Paul Sansonnens / Michel Losey: Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte (PRG). Die Motion wurde am 2. November 2006 erheblich erklärt. Der Motion wird in der gesetzlichen Frist Folge gegeben.

Postulate

Jean-Pierre Dorand: Finanzausgleich zu Gunsten der Städte mit Zentrumsfunktion. Das Postulat wurde am 11. Februar 2003 erheblich erklärt. Dieses Postulat wird bei den laufenden Arbeiten über die Studie zu einem neuen System des Finanzausgleichs berücksichtigt.

Michel Losey / Joe Genoud: Neuer Schlüssel für die Berechnung der Finanzkraft und neue Klassifikation der Gemeinden. Das Postulat wurde am 26. März 2003 erheblich erklärt. Dieses Postulat wird bei den laufenden Arbeiten über die Studie zu einem neuen System des Finanzausgleichs berücksichtigt.

Beat Vonlanthen / Jean-Pierre Dorand: Politische Bildung der Jugendlichen. Das Postulat wurde am 15. Juni 2004 erheblich erklärt. Im Dezember 2006 wurde dem Grossen Rat ein Bericht überwiesen.

Jean-François Steiert / Charly Haenni: Gemeindegemeinschaften. Das Postulat wurde am 3. Februar 2005 erheblich erklärt. Gegenwärtig wird eine Studie gemacht; die Ergebnisse werden auf Ende 2007 erwartet.

4. Volkswirtschaftsdirektion

Motion

Denis Boivin: Aktualisierung der Gesetzgebung über die Feiertage: Diese Motion wurde am 12. Mai 2005 erheblich erklärt und wird im Entwurf des Gesetzes über die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt berücksichtigt, der 2007 vorgelegt wird.

Josef Fasel: Energiebewirtschaftung im Kanton / Energie aus Biomasse. Diese Motion wurde am 6. September 2005 erheblich erklärt. Der Motion wird im Rahmen einer Änderung des Energiegesetzes Folge geleistet.

Postulate

Jacques Bourgeois / Pascal Kuenlin: Entwicklung einer starken und koordinierten Regionalpolitik. Das Postulat wurde am 9. September 2003 erheblich erklärt: Es ist Gegenstand eines Berichts, den der Grosse Rat am 3. November 2006 zur Kenntnis nahm.

Heinz Etter / Nicolas Bürgisser: Evaluation eines Beitritts zum Tarifverbund Libero. Das Postulat wurde am 12. Mai 2005 erheblich erklärt: Ein Bericht wird dem Grossen Rat 2007 unterbreitet.

Claire Peiry-Kolly / Solange Berset: externes Audit für das Amt für den Arbeitsmarkt. Das Postulat wurde am 13. Oktober 2005 erheblich erklärt: Es ist Gegenstand eines

Berichts, den der Grosse Rat am 3. November 2006 zur Kenntnis nahm.

Jean-Jacques Collaud / Antoinette Romanens / Jean-Louis Romanens: Förderung von neuen Lehrstellen. Das Postulat wurde am 12. Mai 2006 erheblich erklärt: Ein Bericht wird dem Grossen Rat 2007 unterbreitet.

Jean-Louis Romanens / Markus Bapst: Schaffung einer «SEED CAPITAL»-Stiftung. Das Postulat wurde am 3. November 2006 erheblich erklärt. Ein Bericht wird dem Grossen Rat 2007 unterbreitet.

5. Direktion für Gesundheit und Soziales

Motionen

Jacques Bourgeois: Optimierung der Kontrollen und Repression von Betrug im Lebensmittelbereich. Die Motion wurde am 16. Juni 2004 erheblich erklärt. Der Staatsrat ernannte einen Steuerungsausschuss und eine Projektgruppe für die Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs. Die Botschaft und der Entwurf des Gesetzes über die Lebensmittelsicherheit sind am 22. August 2006 dem Grossen Rat übermittelt worden.

Cédric Castella / Jean-Pierre Dorand: Rauchfreie Spitäler, Schulen und Verwaltungsgebäude. Die Motion wurde am 7. Februar 2006 erheblich erklärt. Auf mehrere Vorstösse hin, die in die gleiche Richtung gehen, wird im Laufe des Jahres 2007 eine Koordination im Sinne dieser Motion erfolgen.

Postulate

Anne-Claude Demierre / Yves Menoud: Errichtung eines Informationsdienstes für Familien und Kinder. Das Postulat wurde am 15. September 2004 angenommen. Der Grosse Rat wird sich im Verlaufe des Jahres 2007 damit beschäftigen.

Catherine Keller Studer / Christian Ducotterd: Schaffung einer mobilen Einheit für soziale Notfälle. Das Postulat wurde am 17. November 2005 angenommen. Der Grosse Rat wird sich im Verlaufe des Jahres 2007 damit beschäftigen.

Marie Thérèse Weber-Gobet / René Thomet: Bericht zu einer umfassenden Alterspolitik im Kanton Freiburg. Das Postulat wurde am 8. September 2006 angenommen. Ein Bericht wird im Verlauf des Jahres 2007 überwiesen.

6. Finanzdirektion

Motionen

Georges Godel / Jean-Louis Romanens: Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern (DStG), damit die Kapitalgewinne der Selbstständigerwerbenden als Leistung der Säule 3a gelten und dementsprechend besteuert werden. Diese Motion wurde am 19. März 2002 angenommen. Der Staatsrat wird dem Grossen Rat einen Antrag unterbreiten, sobald sich das eidgenössische Parla-

ment zu diesem Thema hinsichtlich der direkten Bundessteuer und im Gesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden geäussert hat. Im Jahr 2006 haben die eidgenössischen Räte die Prioritäten bei den Bereichen indirekte Teilliquidation und Transponierung gesetzt. Bei den Massnahmen zugunsten der Personengesellschaften bleiben noch Differenzen zwischen der grossen und der kleinen Kammer bestehen. Die Frage der Motionäre vom 16. Februar 2006 hat der Staatsrat dahingehend beantwortet, dass er bereit ist, dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2007 einen Gesetzesentwurf zu unterbreiten.

Denis Boivin / Claude Masset: Änderung des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren mit der Abschaffung der Erbschaftssteuer für die Verwandten des zweiten Stammes und der Herabsetzung für die Verwandten des dritten und vierten Stammes sowie die Nichtverwandten. Diese Motion wurde am 2. Dezember 2003 angenommen. Der Staatsrat hat diese Motion in einen Gesetzesentwurf integriert, den er im Sommer 2006 in die Vernehmlassung geschickt hat. Der Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat Anfang 2007 unterbreitet.

Georges Godel / Bruno Tenner: Über fünf Jahre verteilte 10-prozentige Senkung der Steuerlast im DStG. Diese Motion wurde am 16. September 2004 mit Wirkung ab 2007 angenommen. Eine erste Senkung um 2,7 % mit Wirkung auf den 1. Januar 2006 wurde mit den Änderungen des DStG vom 21. Juni und vom 15. November 2005 bereits durchgeführt. Eine zweite Senkung um 2,3 % erfolgte mit dem Dekret vom 3. November 2006 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2007.

Denis Boivin: Änderung des Gesetzes über die Gemeindesteuern (GStG) im Hinblick auf eine unbeschränkte Liegenschaftsteuerpflicht der Freiburger Kantonalbank (FKB) für ihre Betriebsliegenschaften (Anhebung des Höchstsatzes von 1 ‰ auf 3 ‰). Diese Motion wurde am 15. Februar 2006 angenommen. Die Anpassung wurde ins Gesetz vom 31. Oktober 2006 zur Änderung des Gesetzes über die Kantonalbank integriert, mit dem auch das Gesetz über die Gemeindesteuern geändert wurde.

Markus Bapst / Jean-Louis Romanens: Lineare Senkung der Kantonssteuer der natürlichen Personen um 5 %. Diese Motion wurde am 15. Februar 2006 angenommen. Eine Steuersenkung um 2,7 % mit Wirkung auf den 1. Januar 2006 war bereits beschlossen und die fehlenden 2,3 % wurden mit Wirkung auf das Jahr 2007 mit dem Dekret vom 3. November 2006 über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2007 gewährt.

Pierre-André Page / Michel Losey: 5-prozentige lineare Senkung der Kantonssteuer der natürlichen Personen. Diese Motion wurde am 15. Februar 2006 angenommen. Ihr wurde genau gleich Folge geleistet wie der zuvor erwähnten Motion Bapst / Romanens.

Marc Gobet: Änderung des Gesetzes betreffend die Einregistrierungsgebühren – Möglichkeit der Entrichtung der Erbschafts- und Schenkungssteuer durch Hingabe an Erfüllung statt. Diese Motion wurde am 15. Februar 2006

angenommen. Der Staatsrat hat diese Motion in einen Gesetzesentwurf integriert, den er im Sommer 2006 in die Vernehmlassung geschickt hat. Der Gesetzesentwurf wird dem Grossen Rat Anfang 2007 unterbreitet.

Denis Boivin: Änderung des DStG im Hinblick auf eine Erhöhung der Steuerabzüge für Mäzene. Diese Motion wurde am 11. Mai 2006 angenommen. Ihr ist im Gesetz vom 3. November 2006 zur Änderung des DStG Rechnung getragen worden.

Hans Stocker: Änderung des DStG im Hinblick auf eine Erhöhung des Abzugs von Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke. Diese Motion wurde am 11. Mai 2006 angenommen. Ihr ist im Gesetz vom 3. November 2006 zur Änderung des DStG Rechnung getragen worden.

Yvan Aeby: Änderung des Gesetzes über die Handänderungs- und Grundpfandrechtssteuern hinsichtlich der Handänderungssteuer bei Übertragung des Aktienkapitals von Immobiliengesellschaften. Diese Motion wurde am 4. Oktober 2006 angenommen. Ihr wird innert der gesetzlichen Frist Folge geleistet.

Postulate

Solange Berset: Ausweitung des Kreises der an die Pensionskasse des Staatspersonals des Kantons Freiburg angeschlossenen Versicherten. Dieses Postulat wurde am 13. Oktober 2004 angenommen. Dem Grossen Rat wird Ende 2007 im Rahmen eines Gesetzesentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Pensionskasse ein entsprechender Bericht unterbreitet.

Alex Glardon / Charly Haenni: Prüfung von Massnahmen, um die finanzielle Entwicklung der Pensionskasse des Staatspersonals unter Kontrolle zu halten. Dieses Postulat wurde am 16. März 2005 angenommen. Aus dem Bericht Nr. 303 vom 12. Dezember 2006 des Staatsrats an den Grossen Rat über die versicherungstechnische Expertise der Pensionskasse des Staatspersonals per 31. Dezember 2005 geht als Schlussfolgerung hervor, dass das finanzielle Gleichgewicht der Kasse per 31. Dezember 2005 in Anbetracht der Finanzierung, des Vorsorgeplans, der Finanzierungssysteme und der Staatsgarantie gesichert ist.

Nicole Aeby-Egger: Überprüfung der Einreihung der Funktionen Pflegefachfrau / Pflegefachmann und Primarlehrer / in. Dieses Postulat wurde am 11. Mai 2006 angenommen. Die entsprechenden Abklärungen laufen, und der diesbezügliche Bericht wird dem Grossen Rat innert der gesetzlichen Frist unterbreitet.

René Thomet: Übergang zu fünf Wochen Ferien und / oder zur wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden im Sinne einer Harmonisierung der Arbeitsbedingungen mit den Nachbarkantonen. Dieses Postulat wurde am 15. Mai 2006 angenommen. Die diesbezüglichen Abklärungen sind im Gang, auch im Anschluss an eine Petition zum selben Thema, die zusammen mit den Unterschriften am 6. Oktober 2006 eingereicht worden ist. Der entsprechende Bericht wird dem Grossen Rat im Laufe des Jahres 2007 unterbreitet.

7. Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion

Postulate

Bruno Tenner / Claire Peiry-Kolly: Verwaltung der kantonalen Liegenschaften. Das Postulat wurde am 4. Mai 2004 erheblich erklärt. Der Bericht wurde dem Grossen Rat am 2. Oktober 2006 überwiesen.

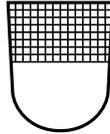
Jean Genoud: Vollzug der Lärmschutzverordnung auf dem Freiburger Strassennetz. Das Postulat wurde am 11. Oktober 2005 erheblich erklärt. Der Bericht wurde dem Grossen Rat am 10. Oktober 2006 überwiesen.

Madeleine Genoud-Page / Guy-Noël Jelk: Untersuchungen über die Überschwemmungen durch die Saane. Das Postulat wurde am 12. Mai 2006 erheblich erklärt. Ein Bericht wird dem Grossen Rat in der gesetzlichen Frist überwiesen.

8. Staatskanzlei

Motion

Solange Berset / Dominique Rhême: Gesetz über die Information und den Zugang zu den Dokumenten. Die Motion wurde am 9. Februar 2001 erheblich erklärt (der Grosse Rat hat eine Frist von 2 Jahren zur Umsetzung dieser Motion angenommen). Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, die entsprechende Gesetzgebung auszuarbeiten. Ein Vorentwurf wird demnächst in die Vernehmlassung gegeben, und der Entwurf sollte dem Grossen Rat im 2. Halbjahr 2007 unterbreitet werden.



Kanton Freiburg

Rechenschaftsbericht des Staatsrates
für das Jahr 2006

Finanzielle und personelle Auswirkungen
der vom Grossen Rat im Jahr 2006
gefassten Beschlüsse

Inhaltsverzeichnis

Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2006 gefassten Beschlüsse	3
a) Investitionsrechnung	3
b) Laufende Rechnung	3
Im Jahr 2006 verabschiedete Gesetze und Dekrete ..	4

Finanzielle und personelle Auswirkungen der vom Grossen Rat im Jahr 2006 gefassten Beschlüsse

(Art. 66 Abs. 5 des Gesetzes vom 15. Mai 1979 über das Reglement des Grossen Rates)

Im Laufe des Jahres 2006 hat sich der Grosse Rat zu 28 Gesetzes- und 25 Dekretsentwürfen geäussert. Mehr als die Hälfte der im Grossen Rat beratenen und gutgeheissenen Erlasse, und zwar 17 Gesetze und 12 Dekrete, haben keine oder nur sehr geringfügige Auswirkungen in finanzieller Hinsicht.

Mit Vorbehalten aufgrund der Schwierigkeiten, die zum Teil einmaligen, zum Teil sich wiederholenden finanziellen Auswirkungen sowohl auf die Laufende Rechnung als auch auf die Investitionsrechnung zusammenzuzählen, können die finanziellen und personellen Auswirkungen der anderen Gesetzes- und Dekretsentwürfe wie folgt zusammengefasst werden:

a) Investitionsrechnung

Hier hat der Grosse Rat im vergangenen Jahr 10 Verpflichtungskredite gesprochen, die insgesamt einem Investitions- oder Investitionsbeitragsvolumen von 139 178 469 Franken entsprechen. Als wichtigste Vorhaben zu nennen sind der Kredit für den Bau der Poyabrücke (58,1 Millionen Franken), der Kredit für die Sanierung von Gebäuden des Kantonsspitals und für den Bau von Bertigny III (insgesamt 30,6 Millionen Franken), der Kredit für den Bau eines neuen Gebäudes für den Strafvollzug in Bellechasse (14,3 Millionen Franken), der Kredit für die Sportanlagen St. Leonhard (10,4 Millionen Franken) und für die Kantonsstrassen (insgesamt 18 Millionen Franken). Weiter sind zu nennen die Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes mit einer Erhöhung der vom Landwirtschaftsfonds genehmigten Darlehen um 10 Millionen Franken sowie die Entschädigung im Betrag von 12 Millionen Franken für die Übernahme der Spitalvermögenswerte der Gemeindeverbände im Rahmen der Einführung des Freiburger Spitalnetzes.

b) Laufende Rechnung

Die signifikanten Auswirkungen der 10 Gesetze und 3 Dekrete auf die Laufende Rechnung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Gesetz über das Freiburger Spitalnetz mit erheblichen Auswirkungen, da es sowohl zu einer Zunahme des Nettoaufwandes um 50,3 Millionen Franken als auch zur Aufhebung des Anteils der Gemeinden des Saanebezirks an der Finanzierung des Kantonsspitals (20,8 Millionen Franken) führt, wobei diese negativen Auswirkungen durch die Steuerverschiebung kompensiert werden, die Mehreinnahmen in der Grössenordnung von 60 Millionen Franken bringt,
- eine weitere Kantonssteuersenkung im Betrag von 12 Millionen Franken,
- eine Netto-Zunahme des Personalaufwands um 10,6 Millionen Franken in Zusammenhang mit der Schaffung neuer Stellen im Staatsvoranschlag 2007,
- Erhöhung des Personalbestands bei der Polizei mit einmaligen Ausbildungskosten von 4,6 Millionen Franken und 4 Millionen Franken Mehraufwand bei den Gehältern,
- diverse neue Gesetzesbestimmungen mit neuen, sich wiederholenden (3,5 Millionen Franken) oder einmaligen (0,6 Millionen Franken) Nettoaufwendungen und einer Einnahmeneinbusse von rund 2,8 Millionen Franken.

Abgesehen vom bedeutsamen Fall der Entschädigung im Betrag von 12 Millionen Franken, die den Gemeindeverbänden für die Übernahme der Spitalvermögenswerte ausgerichtet wird, hatten die Änderungen des Grossen Rats an den Vorlagen des Staatsrats keine finanziellen Auswirkungen.

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
					GR: bei Änderung personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	über die kantonale Statistik (StatG)	223	VWD	07.02.06		Keine finanziellen und personellen Auswirkungen
D	zur Änderung des Dekrets über den Bestand der Kantonspolizei	238	SJD	09.02.06	+ 40 VZÄ	Einmaliger Ausbildungsaufwand: + 4 600 000 Fr. Wiederkehrender Personalaufwand: + 4 000 000 Fr.
D	über die Nachtragskredite zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2005	243	FIND	09.02.06		Keine finanziellen Auswirkungen
D	über die Einbürgerungen	247	ILFD	14.03.06		Keine finanziellen Auswirkungen
G	zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung	241	GSD	15.03.06		Aufwand: + 1 000 000 Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über die Gemeinden (Oberaufsicht über die Gemeinden und Gemeindeverbände und teilweise Anpassung an die Kantonsverfassung)	237	ILFD	16.03.06		Keine finanziellen Auswirkungen

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
					GR: bei Änderung personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D	über einen Verpflichtungskredit für die Planung der Strassenverbindung Marly-Posieux	245	RUBD	16.03.06		Ausgaben: + 6 625 000 Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz	229	SJD	17.03.06		
D	über ein Baurecht und einen Beitrag an den Bau der Sportanlagen St. Leonhard in Freiburg	256	EKSD	09.05.06		Ausgaben: + 4 000 000 Fr.
D	zur Staatsrechnung des Kantons Freiburg für das Jahr 2005	252	FIND	10.05.06		Keine direkten finanziellen Auswirkungen
G	Jugendgesetz (JuG)	224	GSD	12.05.06	+ 1.50 VZÄ	Keine finanziellen Auswirkungen Personalaufwand: + 125 150 Fr. Sonstiger Aufwand: + 250 000 Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen	242	GSD	12.05.06		Keine finanziellen Auswirkungen

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
					<u>GR: bei Änderung</u> personell: Vollzeitäquivalente (VZA)	<u>finanziell:</u> jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	zur Aufhebung des Gesetzes betreffend Errichtung einer Schüerunfallversicherung	244	GSD	12.05.06		Aufwand: – 169 500 Fr.
G	zur Änderung des Gesetzes über die kulturellen Angelegenheiten	234	EKSD	15.05.06		Keine besonderen finanziellen Auswirkungen
D	zur Genehmigung der Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen	240	EKSD	15.05.06		Keine finanziellen Auswirkungen
D	über die Kündigung des Konkordats betreffend Hochschule und Berufsbildungszentrum Wädenswil	254	ILFD	20.06.06		Aufwand: – 55 000 Fr.
D	über die Einbürgerungen	263	ILFD	20.06.06		Keine finanziellen Auswirkungen
G	über das Landwirtschaftliche Institut des Kantons Freiburg (LIGG)	248	ILFD	23.06.06		Keine finanziellen und personellen Auswirkungen

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung</u> personell: Vollzeitäquivalente (VZA)	<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthafft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für den Bau der Poyabrücke und des Poyatunnels sowie für die Erweiterung der Murtenstrasse auf vier Spuren in Freiburg und Granges-Paccot	259	RUBD	23.06.06		Ausgaben: + 58 072 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Spielapparate und die Spielsalons	250	SJD	26.06.06		Ertrag: – 830 000 Fr.
G zur Einführung der eingetragenen Partnerschaft in die kantonale Gesetzgebung	258	SJD	26.06.06		Geringfügige finanzielle Auswirkungen
G über das Freiburger Spitalnetz (FSNG)	251	GSD	27.06.06		Aufwand: + 50 325 000 Fr. Ertrag: – 20 815 000 Fr. Steuerertrag: + 60 000 000 Fr. (Steuerverschiebung)
G zur Anpassung der Gesetzgebung über den Staatsrat an die neue Verfassung	266	SJD	05.09.06		Keine finanziellen Auswirkungen GR: Ausgaben: + 12 000 000 Fr.

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				GR: bei Änderung personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Änderung des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (Friedensgerichte)	253	SJD	06.09.06	+ 24.25 VZÄ	Einmaliger Aufwand: + 631 600 Fr. Wiederkehrender Aufwand: + 790 000 Fr. (ohne Informatik)
G Grossratsgesetz (GRG)	265	SR- Präsidium	06.09.06	+ 0.50 VZÄ	Aufwand: + 96 000 Fr.
G zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung der politischen Rechte und zur Änderung des Gesetzes über das Petitionsrecht	268	ILFD	07.09.06		Keine finanziellen Auswirkungen
G Landwirtschaftsgesetz (LandwG)	246	ILFD	03.10.06	- 2 VZÄ	Für die Finanzierung neuer Massnahmen eingesetzte personelle Einsparungen GR: Darlehensausgaben: + 10 000 000 Fr.
D zur Änderung des Dekrets über ein Globalkonzept für die Integration der Informations- und Kommunikationstechnologien in den Unterricht an allen Schulstufen	271	EKSD	03.10.06		Kein Mehraufwand gegenüber dem 1. Verpflichtungskredit

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
					<u>GR: bei Änderung</u> personell: Vollzeitäquivalente (VZA)	<u>GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angegr. Entwürfe</u> finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D	über die Einbürgerungen	275	ILFD	03. 10. 06		Keine finanziellen Auswirkungen
G	zur Änderung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Kostenvorschuss)	267	SJD	04. 10. 06		Keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen Verminderung der Arbeitslast
D	über einen Beitrag an die Verbauung der Tâna in Grandvillard	273	RUBD	04. 10. 06		Ausgaben: + 657 650 Fr.
D	über den Beitritt des Kantons Freiburg zum Konkordat über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz (Konkordat über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen)	279	SJD	04. 10. 06		Keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen des Konkordats
D	über den Beitritt des Kantons Freiburg zur Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV)	226	FIND	05. 10. 06		Keine unmittelbaren finan- ziellen Auswirkungen, aber künftige Kosten möglich, je nach mit anderen Kantonen abgeschlossenen Vereinbarungen

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

	Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
					GR: bei Änderung personell: Vollzeitäquivalente (VZÄ)	Auswirkungen der Entwürfe der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken
D	über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für die Ausführung des Projekts Bertigny III des Kantonsspitals	261	GSD	05.10.06		Nettoaussgaben: + 18 338 896 Fr. (Finanzierung des Kantonsanteils hauptsächlich durch ein für den Bau von Bertigny III verwendetes Legat an das Kantonsspital)
G	über die Organisation der Pflege im Bereich psychische Gesundheit (PGG)	264	GSD	05.10.06		Vorläufig keine finanziellen Auswirkungen
G	zur Änderung der Strafprozessordnung	262	SJD	06.10.06		Keine finanziellen Auswirkungen
G	über den Justizrat (JRG)	276	SJD	06.10.06	+ 2 VZÄ	Aufwand: + 380 000 Fr.
G	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch (EGStGB)	277	SJD	06.10.06	+ 4 VZÄ	Personalaufwand: + 457 160 Fr. Sonstiger Aufwand: + 600 000 Fr. Ertrag: - 2 000 000 Fr.

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der <u>Entwürfe des Staatsrats</u>	
				<u>GR: bei Änderung</u> personell: Vollzeitaquivalente (VZÄ)	<u>Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe</u> finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamt: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G zur Anpassung des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege an das Jugendstrafgesetz	278	SJD	06. 10. 06		Keine eigentlichen finanziellen Auswirkungen (jedoch erhebliche, aber schwer bezifferbare finanzielle Auswirkungen bei der Umsetzung des materiellen Rechts)
G zur Änderung des Gesetzes über die Freiburger Kantonbank	285	FIND	31. 10. 06		Keine finanziellen Auswirkungen (die 3 neuen Einnahmequellen entsprechen mindestens dem bisherigen Gesamtbetrag zugunsten des Staates)
G über die Hundehaltung (HHG)	269	ILFD	02. 11. 06	+ 1 VZÄ	Mehrkosten von allen Hundehaltern gemeinsam getragen
G zur Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal	270	FIND	02. 11. 06		Vorläufig keine personellen Auswirkungen
D zur Verlängerung des Dekrets über die Anwendung neuer Techniken zur Resultatermittlung bei Volksabstimmungen	284	ILFD	02. 11. 06		Keine neuen finanziellen Auswirkungen

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				<u>GR: bei Änderung personell:</u> Vollzeitäquivalente (VZÄ)	<u>finanziell:</u> jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung gefährlicher Kreuzungen auf dem Kantonsstrassennetz	286	RUBD	02.11.06		Ausgaben: + 8 033 000 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für Studien und Landerwerb der Kantonsstrassen in den Jahren 2006–2011	293	RUBD	02.11.06		Ausgaben: + 10 000 000 Fr.
D über die Einbürgerungen	295	ILFD	02.11.06		Keine finanziellen Auswirkungen
D zum Voranschlag des Staates Freiburg für das Jahr 2007	297	FIND	02.11.06	+ 133.70 VZÄ	Neue Stellen: Bruttoaufwand: + 12 649 270 Fr. Nettoaufwand: + 10 590 070 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für den Umbau des Grossratsaals im Rathaus von Freiburg	299	RUBD	02.11.06		Ausgaben: + 570 000 Fr.

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

Gesetzesentwurf / Dekretsentwurf	Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verab- scheidung Grosser Rat	Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats	
				GR: bei Änderung: personell: Vollzeitäquivalente (VZA)	GR: bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamthaf: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
D über den Bau eines Gebäudes für den vorzeitigen Strafvollzug und einer Sporthalle sowie über den Umbau der gesicherten Ateliers in den Anstalten von Bellechasse	272	SJD	03.11.06		Ausgaben: + 14 266 000 Fr.
D über einen Verpflichtungskredit für die Sanierung von Gebäuden und Strassen des Kantonsspitals	281	GSD	03.11.06		Ausgaben: + 12 240 923 Fr.
G zur Aufhebung des Gesetzes über die Errichtung der öffentlich-rechtlichen Stiftung «Bellevue» für psychisch und geistig behinderte Personen und über ein Baurecht zu Gunsten der Stiftung «HorizonSud»	283	GSD	03.11.06	Keine finanziellen Auswirkungen	
D über den Steuerfuss der direkten Kantonssteuern für die Steuerperiode 2007	290	FIND	03.11.06	Steuerverschiebung (s. FSNG) + 60 000 000 Fr. Senkung des kantonalen Einkommenssteuerfusses Ertrag: - 12 000 000 Fr.	

IM JAHR 2006 VERABSCHIEDETE GESETZE UND DEKRETE
(mit Angabe der finanziellen und personellen Auswirkungen)

		Auswirkungen der Entwürfe des Staatsrats				
Gesetzesentwurf / Dekretentwurf		Nr. Botschaft	Zuständige Direktion	Datum Verabschiedung Grosser Rat	<u>GR:</u> bei Änderung: personell: Vollzeitäquivalente (VZA)	<u>GR:</u> bei Änderung, Auswirkungen der vom Grossen Rat angen. Entwürfe finanziell: jährlich: auf Laufende Rechnung in Franken gesamtthaft: über mehrere Jahre auf Investitionsrechnung in Franken
G	zur Änderung des Gesetzes über die direkten Kantonssteuern	291	FIND	03.11.06		Geringfügige, nicht bezahlbare finanzielle Auswirkungen